

UNIVERSITÉ DE NANTES

UFR DE LANGUES

N° attribué par la bibliothèque

|||||

2009

THESE
pour obtenir le grade de
DOCTEUR DE L'UNIVERSITÉ DE NANTES
Discipline : Études germaniques

présentée et soutenue publiquement par
Delphine Choffat
le 24 octobre 2009

Le chemin de l'Allemagne vers la « normalité » (1945/49-2002) ? : analyse linguistique d'un
concept controversé dans le discours médiatico-politique allemand

Directeur de thèse : M. Hervé Quintin, Professeur à l'Université de Nantes

Volume 2 : Annexes

Jury :

Madame Irmtraud Behr, Professeur à l'Université de Paris III-Sorbonne Nouvelle
Madame Christine de Gémeaux, Professeur à l'Université François Rabelais de Tours
Monsieur Patrice Neau, Professeur à l'Université de Nantes
Monsieur Hervé Quintin, Professeur à l'Université de Nantes

Sommaire

FRANKFURTER RUNDSCHAU	558
DIE WELT	678

Les articles sont reproduits dans l'ordre chronologique.

Frankfurter Rundschau

12. November 1948

Französische Deutschlandpolitik

General Koenig protestiert gegen „zu rasche Genesung“

Berlin, 10. November. Der französische Versuch, das Tempo des Wiederaufbaus in Westdeutschland abzustoppen, wird möglicherweise Präsident Truman nach seiner Wiederwahl die ersten Kopfschmerzen bereiten. Der französische Militärgouverneur, General Pierre König, protestierte in der vergangenen Woche auf einer von ihm geforderten Geheimsitzung der Militärgouverneure gegen die „zu rasche“ Genesung Westdeutschlands. Er drohte, mit der Billigung der westdeutschen Verfassung zurückzuhalten und den Anschluß der französischen Zonen an die Bizone zu verhindern, solange das Tempo des Wiederaufbaus nicht verlangsamt werde.

18. März 1949

Deutschland auf dem Weg zu Isolationismus

Der Hauptvorwurf, der Deutschland heute im Ausland wieder gemacht wird, ist der eines neu aufkeimenden Nationalismus. Dieser Nationalismus, so sagt man im Ausland, gehe mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage förmlich parallel. [...] Nun befindet sich Deutschland allerdings in einer höchst eigenartigen Situation: es gibt zwar keine deutsche Außenpolitik, aber die tägliche Berührung mit dem Ausland und seine Repräsentanten ist schon derart intensiv, daß es kaum noch eine wichtige Entscheidung verantwortlicher deutscher Stellen oder Organisationen gibt, die nicht gleichzeitig ein Stück echter außenpolitischer Praxis darstellt. Dieser Zustand ist aber voller Gefahren. Die Tatsache, daß es heute noch keine verantwortliche Regierung gibt, bringt es beispielsweise allein in der Demontagefrage mit sich, daß lokale Parteisekretäre oder andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens völlig unerwartet in die Situation geraten können, große politische Erklärungen abzugeben, die dann, in die Welt hinausgefunkt, das Bild von einem nationalistischen Deutschland ohne jegliches außenpolitische Fingerspitzengefühl vermitteln. [...]

Die deutsche Reaktion auf gewisse Maßnahmen und auf den Nachkriegszustand überhaupt ist aber durchaus kein aggressiver Nationalismus, sondern mehr eine Art von trotzigem Isolationismus vereint mit einer nationalen Selbstspiegelung, die oft gleichermaßen bereit ist, sich zu bewundern und zu beweinen. Die lange Jahre erzwungene Absperrung von der Welt hat die geistige Isolierung nämlich derart intensiv werden lassen, daß sie bereits begonnen hat, sich gesinnungsmäßig in einen Isolationismus spezifisch deutscher Prägung zu verwandeln. Die Komplizierung der internationalen Situation und die innere Widersprüchlichkeit der Okkupationspolitik zu 1945 und 1948 hat diesen Prozeß leider noch vertieft. Der Wandel, der sich etwa seit der Währungsreform ankündigt, macht sich nur zögernd bemerkbar. Unglückliche deutsche Trompetenstöße der letzten Zeit haben das Tempo nicht gerade beschleunigt, sondern dazu geführt, daß man aufs neue in einen politischen und auch psychologischen Engpass geraten ist. [...] Gewisse Schlagworte, auf eine unglaubliche Weise breitgetreten, lasten zudem wie ein Fluch auf allen politischen Gesprächen. Uns ist kein Land bekannt – außer Europa natürlich – in dem der Begriff „Demokratie“ für so vieles gebraucht und so oft mißbraucht wird wie in Deutschland. Das erinnert etwas peinlich an die Zeit des Nazismus, in der bekanntlich alles „Sozialismus“ gewesen ist. Noch schlimmer ist es augenblicklich mit der „Europa“-Propaganda, die in einer Fülle von oft unberufenen Zeitungen und Zeitschriften breitgewalzt wird, daß man sich manchmal von einem gewissen

unangenehmen Verdacht schwer freihalten kann. Damit meinen wir allerdings weniger mögliche neofaschistische Spekulationen. Sie bilden keine ernste Gefahr, sondern einen ausgesprochenen Unwillen und eine offenbare Unfähigkeit, sich über Bedeutung, Ursachen und Folgen der Ereignisse von gestern und heute eine volle, ungeschminkte Rechenschaft abzulegen. Die Spekulation über das europäische Wunschbild von morgen dient nämlich vielen Leuten nur als bequeme Ausflucht gegenüber gewissen Geschehnissen von gestern. Alle diese Schlagworte und Ideologien, die vorgeben, in die Zukunft zu weisen, sind für viele ihrer Anhänger im Grunde genommen nichts anderes als eine Umschreibung ihrer Flucht in die Utopie. [...] die deutsche Flucht in die Utopie entspringt im wesentlichen nicht einer qualvollen Enge der Gegenwart, sondern resultiert in erster Linie aus einer allgemein verbreiteten Furcht vor der selbstkritischen Abrechnung mit der eigenen Vergangenheit.

10. Mai 1949

Alliierte Zustimmung zum Grundgesetz verzögert. Französische Einwände. Konferenz der Militärgouverneure vertagt. Adenauer bittet um schnelle Genehmigung des Grundgesetzes. [...] Zur bevorstehenden Pariser Konferenz sagte Adenauer, Deutschland wünsche von ganzem Herzen seine Einheit, es wünsche auch seine Freiheit, damit jeder Deutsche so leben könne, wie der europäische Mensch leben solle.

23. Mai 1949

Nach einem Orgelspiel sagte Dr. Adenauer in einer Ansprache u.a., heute beginne ein neuer Abschnitt in der wechselvollen Geschichte unseres Volkes, heute werde nach der Unterzeichnung und Verkündung des Grundgesetzes die BRD in die Geschichte eintreten. Wer die Jahre seit 1933 bewußt erlebt habe, der denke bewegten Herzens daran, daß heute ein neues Deutschland entsteht. Durch Kräfte, die stärker seien als der Wille des deutschen Volkes, sei es auch heute unmöglich gemacht, das ganze Deutschland zu einem Staat zusammenzufassen. Aber trotz allen Beschränkungen stelle er fest: „das Grundgesetz besteht auf dem freien Willen und der freien Entscheidung des deutschen Volkes.“

28. Mai 1949

Neutralisierung Deutschlands. Europäisch gesehen. Ernst von Schenk

„Professor Noack hat den Gedanken einer unbewaffneten deutschen Neutralität in den Rang eines politischen Programms erhoben. Die Russen haben entsprechende Versuchsballone aufsteigen lassen. Schon gleich nach dem Krieg ist diese Vorstellung da und dort aufgetaucht, insbesondere bei der enttäuschten, gründlich kriegsmüden Jugend, hat er nicht wenig Anklang gefunden. Gewisse nationalistische Politiker spielen unter der Hand mit diesem Gedanken. Es ist anzunehmen, daß es ihnen im Gegensatz zu jener Jugend weniger auf die Entwaffnung und auf Förderung des Friedens ankommt als auf die nationale Einigung und den wichtigen Schritt zur Souveränität. [...]

Eines der Hauptargumente für den deutschen Nationalismus war immer wieder der Hinweis auf die von Natur ungeschützten Grenzen des Reiches. Ganz zweifellos hat dessen geopolitische Lage viel zu der Popularität beigetragen, die der preußische Militarismus nach 1870 im deutschen Volk gefunden hat. Man kann von einem Schutzlosigkeitskomplex sprechen, der als Grundlage für aggressive Begeisterungen mißbraucht wurde. Nun ist die heutige Welt wahrhaftig nicht so, wie sie in der Atlantikcharta als Ziel des Zweiten Weltkrieges erschien. Die gefährlichen Spannungen, die sich durchziehen und verwirren,

müssen sich im geschlagenen Volk in einem Fortbestehen des Schuldlosigkeitskomplexes auswirken, zumal die Grenzlinie des möglicherweise in einen Krieg umschlagenden Weltkonflikts mitten durchs Land geht. Eine der natürlichen Folgen dieser Situation ist der wachsende Nationalismus. Wenn dieser auch noch andere Ursache hat, so nährt ihn doch vor allem der Wunsch nach der Überwindung der unnatürlichen Zweiteilung, die Sehnsucht nach der Wiederherstellung der nationalen Einheit. [...]"

1. Juni 1949

Keine Lösung der gesamtdeutschen Frage. Kurt Kornicker

„Im Vordergrund solcher Diskussionen steht immer wieder das französische Verlangen nach Sicherheit. Frankreich hat einen berechtigten Anspruch auf Sicherheit. Aber dieser Anspruch kann nicht mit veralteten Mitteln erfüllt werden! [...] Dabei ist wichtig, als wesentlichen Punkt festzustellen, daß eine entscheidende Voraussetzung für die Sicherheit Frankreichs darin besteht, den deutschen Demokraten eine wirkliche Chance zu geben. Frankreich muß in erster Linie erkennen: Je schwerer die Hypothek sein wird, die der jungen deutschen Demokratie als Erbe der Vergangenheit aufgeladen werden soll, desto geringer werden die Chancen der deutschen Demokraten, sich im eigenen Volk durchzusetzen. Und je freier sich ein demokratisches Deutschland unter Verzicht auf jegliche Machtpolitik zu entwickeln vermag, desto weniger wird sich ein von neo-nationalistischen Auffassungen getragener Geist zu entwickeln vermögen, der ein modernes Rapallo anstrebt! Die Sicherheit Frankreichs liegt im Atlantikpakt in der Einbeziehung Deutschlands als gleichberechtigter Partner einer europäischen Union, im Mit-Einander-Reden, in einer wirklichen Annäherung von Volk zu Volk, in der Niederlegung der Reisebeschränkungen auch für Deutsche, die ins Ausland fahren sollen, und in dem Bewußtsein, daß gegenseitiges Kennenlernen zum Verstehenlernen führt, woraus vernünftige Menschen schließlich einen wirklichen Frieden aufzubauen vermögen.“

27. Juni 1949

Vor der Wahl / von Otto Blessing

„In wenigen Wochen werden wir die Abgeordneten zum ersten deutschen Bundestag wählen. Wir werden eine deutsche Bundesrepublik haben – eine halbierte, denn die östlichen Gebiete werden ihr formal nicht angehören. Man wird die Bundesrepublik nicht als souverän bezeichnen können. Sie wird aber trotzdem praktisch eine Art von Staat sein. Ihr Werdegang war seltsam. Es wird wohl kaum einen Fall in der Geschichte geben, wo ein demokratisches Gemeinwesen von einer Militärregierung in Szene gesetzt wurde. Trotz aller formalen Einwände gegen diese Art der Staatsbildung kann man die sichtbaren Fortschritte nicht leugnen. Nun, da wir vor der ersten allgemeinen Wahl stehen, also einen vorläufigen Abschluß erreichen sollen, ist eine kurze Phase des Nachdenkens angebracht.

Etwas ist uns unheimlich an den Fortschritten, die das deutsche Gemeinwesen in Richtung auf eine Verselbständigung macht, die Frage: wer trägt eigentlich diesen Staat und wie lauten die politischen Grundentscheidungen, auf denen er aufgebaut ist? Es gibt darauf zwei Antworten: die eine ist die naheliegende, nämlich: die Parteien. Die andere Möglichkeit, die als Zeichen am Himmel der Zukunft immer wieder aufgetaucht ist: die sogenannten „unabhängigen politischen Kreise. [...]"

1. Juli 1949

„Worum geht es bei den Bundestagswahlen?“

Die bevorstehenden ersten Bundestagswahlen sind von größerer Tragweite, als Wahlen gemeinhin zukommt. Sie entscheiden grundlegend über die Richtung, die das politische Leben in der Bundesrepublik einschlagen wird. Da sich Deutschland durch die geographischen und geschichtlichen Besonderheiten seiner Lage in einem Brennpunkt der Gegensätze befindet, die die Menschheit in zwei Lager spaltet, ist die Entwicklung der deutschen Zustände ein Problem, dessen Bedeutung über unsere Grenzen weit hinausreicht. Ob sich Deutschland organisch in ein vereinigtes Europa einfügen läßt, hängt zwar nur zum Teil von uns selber ab. Der Beitrag, den wir heute leisten können, ist vor allem eine Frage des Vertrauens, das zwischen Frankreich und Deutschland entstehen muß, wenn Europa noch eine Zukunft haben soll. [...]

9. Juni 1949

Die große Illusion (I). Deutschland im Verhältnis zur Welt.

Wer heute im Ausland lebt, wer nicht nur die ausländischen Zeitungen aufmerksam liest, sondern auch mit den verschiedenen Schichten der Bevölkerung Fühlung hat, mit den maßgebenden Politikern wie mit dem einfachen Mann von der Straße, der weiß, daß das Deutschland gegenüber bestehende Mißtrauen in der Welt immer noch riesengroß ist. Wenn auch die Friedenssehnsucht ehrlich und weitverbreitet ist und man gern einen Schlußstrich unter das Vergangene ziehen möchte, so hat man doch vor allem in den Ländern, die während des Krieges von den deutschen Heeren besetzt waren, noch nicht vergessen, was damals an sinnlosen Zerstörungen, an Geiselmorden und massenhaften Deportationen geschah. [...] Nicht alle Menschen im Ausland denken politisch. [...]

8. September 1949

Erstes freigewähltes Parlament der Bundesrepublik Deutschland eröffnet.

[...] Alterspräsident Paul Löbe: Herstellung der Einheit Deutschlands unsere erste Aufgabe. [...] Gleichzeitig sei aber ein Bekenntnis zu Europa abzulegen, denn die Bundesrepublik bewege nicht der Gedanke an eine Vorherrschaft, sondern sie wolle mit allen gleichberechtigt im Kreise der europäischen Nationen vertreten sein. [...]

22. September 1949

Besatzungsstatut in Kraft. Offizieller Besuch des Bundeskanzlers bei den Hohen Kommissaren auf dem Petersberg. [...] Nachdem die Hohen Kommissare im Empfangsraum Bundeskanzler Adenauer begrüßt und dieser die ihn begleitenden Kabinettsmitglieder vorgestellt hatte, ergriff der Bundeskanzler das Wort zu einer Ansprache, in der er u.a. ausführte, daß mit der Wahl des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers und der Ernennung der Bundesminister ein neuer Abschnitt in der deutschen Geschichte der Nachkriegsjahre begonnen habe. [...]

Wir werden das unsere dazu tun, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die es den alliierten Mächten ermöglichen, das Besatzungsstatut in einer großzügigen und maßvollen Weise anzuwenden, weil nur auf diesem Weg das deutsche Volk wieder zur völligen Freiheit gelangen kann.

Adenauers Chance: [...] Es ist der bedeutungsvolle Anfang einer neuen deutschen Politik, der es nicht mehr möglich sein wird, sich hinter dem breiten Rücken der Besatzungsmacht zu

verbergen. [...] Gewiß liegen die Bedingungen zu einem erfolgreichen Wirken der neuen deutschen Regierung bei den Besatzungsmächten. Das gleichzeitig verkündete Besatzungsstatut der Alliierten ist der Katalysator für die Entwicklung für die nächsten Jahre. Das soll nicht abgestritten werden, aber es gibt der deutschen Regierung so große Möglichkeiten einer Souveränität, daß es von ihr allein abhängen wird, ob sie den augenblicklichen Notstatut einer Krisenzeit überwinden und damit für die deutschen Demokratie werben wird.

22. November 1949

„Normalisierung der Beziehungen Deutschlands zur Außenwelt“

Stellungnahme eines Sprechers der britischen Hohen Kommission

Von unserem Redaktionsmitglied Lothar Franke

Frankfurt am M., 21. November

Ein Sprecher des Verbindungsstabes der britischen Hohen Kommission in Frankfurt erklärte am Montag vor Pressevertretern, die Normalisierung der Beziehungen Deutschlands zur Außenwelt könne nicht von heute auf morgen erfolgen, sondern sei ein Vorgang stetiger Entwicklung, dessen Tempo sowohl von praktischen Erwägungen als auch von der staatsmännischen Kunst abhängig sei, die die Alliierten wie Deutsche im gleichen Maße aufbringen müssten. In dieser Hinsicht hätten die Dinge in den letzten Tagen einen „äußerst ermutigenden Anfang“ genommen.

Die Pariser Besprechungen und die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen der Hohen Kommission und der Bundesregierung mit dem Ziel, die Beziehungen Deutschlands zu den Besatzungsmächten und seinen westlichen Nachbarn zu stärken, seien nicht das Ergebnis irgendeines plötzlichen Wandels der Gegebenheiten innerhalb oder außerhalb Deutschlands und ganz bestimmt nicht die Folge der Bildung der ostdeutschen Regierung, sondern eine logische Konsequenz der alliierten Deutschlandpolitik. [...]

15. Januar 1951

Der Ton macht die Musik

[...] Wir werden aber auch bei dem Studium der Rede den Verdacht nicht los, als ob der Hochkommissar bei seinen Schlußfolgerungen einige durchaus verschiedene Faktoren nicht klar genug auseinandergehalten hat. So erläutert er u.a. den – betont – britischen Standpunkt in der Europafrage. Das ist ein sein gutes Recht. Unser gutes Recht ist es, hier mit der Kritik anzusetzen und einen anderen – etwa den kontinentaleuropäischen Standpunkt – einzunehmen. Wir haben dies, wie andere deutsche und auch westeuropäische Blätter, des öfteren mit Nachdruck getan. Nichts wäre aber falscher und bedauerlicher, als daraus nun eine „antienglische“ oder gar „antiwestliche“ Tendenz in der deutschen öffentlichen Meinung ohne weiteres zu konstruieren. Mit ähnlicher „Berechtigung“ könnten z.B. Amerikaner den Briten Wankelmütigkeit vorwerfen, da in politischen Entscheidungen der letzten Zeit die beiderseitigen Meinungen oft divergierten. Zur Gleichberechtigung gehört schließlich auch das gleiche Recht in der Diskussion. [...]

25. Januar 1951

Aufnahme Deutschlands in Atlantikpakt wahrscheinlich/ Direkte Verhandlungen zwischen Eisenhower und Bundesregierung erst nach Erfüllung notwendiger politischer Voraussetzungen.

Fr. a. M., 24. Januar. Die Aufnahme der Bundesrepublik als dreizehntes Land in die Verteidigungsgemeinschaft der Nordatlantikpaktstaaten im Laufe des Jahres 1951 wird in Kreisen der alliierten Hochkommission und der Militärs für durchaus wahrscheinlich gehalten. [...]

Wenn die Einbeziehung Westdeutschlands in die nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft Wirklichkeit werden sollte, so betonen alliierte Gewährsleute mit Nachdruck, dann werde die Bundesrepublik nahezu volle Souveränität besitzen und die gleichen Rechte und Pflichten haben wie die anderen zwölf Teilnehmerstaaten. [...]

12. Februar 1951

Adenauer: Wir leben nicht mehr im Jahr 1945

„Beschlüsse einer Viererkonferenz müssen mit deutschen Interessen übereinstimmen“.

Bonn, 11. Feb: „Ich glaube, berechtigt zu sein, zu sagen, daß das deutsche Volk einen Beschluß der Viererkonferenz nur dann auch innerlich anerkennen kann, wenn er mit den Interessen des deutschen Volkes übereinstimmt“, erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer am Samstagabend in einer Rede über außen- und innenpolitische Probleme vor der Bonner Studentenschaft. „Das soll keine Drohung sein, aber wir leben nicht mehr im Jahr 1945.“ [...]

16. März 1951

„Deutschland hat seine Wahl getroffen“ / Adenauer vor dem Verein der Auslandspresse

Bonn, 15. März (Eig. Bericht). Deutschland hat sich hundertprozentig für den Westen entschieden, erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer am Mittwochabend auf einem Bankett, das der wieder gegründete Verein der Auslandspresse in der Godesberger Redoute gab. [...] Der Bundeskanzler appellierte an die zahlreichen Vertreter der Auslandspresse, Deutschland zu helfen, daß das in vielen Ländern noch bestehende Mißtrauen verschwinde. Die Deutschen hätten es vorgezogen, sagte der Kanzler, nach 1945 abseits vom großen Weltgeschehen ihr Land wiederaufzubauen, doch habe das Schicksal es anders gewollt.

Im Jahre 1945 seien die Deutschen klar gegen die Sowjetunion eingestellt gewesen, dann sei ihr Mißtrauen gegen sich selbst und die anderen erwacht. Je schwächer ein Volk sei, desto empfindlicher sei es für den Schein der Macht. Es habe sich in Deutschland ein Gefühl festgesetzt, daß die Alliierten ihre Kraft nicht bewußt einsetzen oder überhaupt nicht dazu bereit seien, während die Sowjetunion ihre Linie immer weiter vorgeschoben habe. [...] Der französische Hochkommissar, der seine Reden in drei Sprachen hielt, bezeichnete den Kanzler als einen der besten Pioniere des erwachenden Abendlandes. Dr. Adenauer sei nicht nur ein großer deutscher Bürger, sondern auch ein guter Europäer, weil er trotz allen Widerständen Deutschland in den Europarat gebracht und sich hartnäckig für den Schumann- und Plevén-Plan eingesetzt habe. Hiermit habe Adenauer die große klassische Tradition Deutschlands wiederaufgenommen, die stets die Wahrung ihrer nationalen Interessen mit dem Glauben an die universalen Werte zu verbinden versuchte. Die von Dr. Adenauer erzielten Fortschritte sind nach Ansicht des französischen Hochkommissars möglich gewesen, ohne daß der Kanzler sein Land erniedrigt oder seiner Würde als Regierungsoberhaupt Abbruch getan oder seine patriotische Härte im geringsten verleugnet hätte. Niemand an Dr. Adenauers Stelle hätte mehr erreichen können.“

31. März 1951

Die deutsche Angst / von Karl Gerold

Es mag manchen unter uns geben, der das Thema von der deutschen Angst in der heutigen Welt als Beleidigung des „nationalen Gefühls“ empfinden möchte. Wenn wir trotzdem auf

dieser thematischen Feststellung beharren, so einfach aus der Erkenntnis, daß unser nationales Leben, wie es sich in der Öffentlichkeit, in Politik und Wirtschaft genauso wie in der Denk- und Sprechweise der vielen einzelnen unseres Volkes widerspiegelt, von Befürchtungen aller Art beherrscht wird. Dies ist aber zweifellos keine spezifisch deutsche Erscheinung, sondern ein Vorgang, der die europäische Welt allgemein ergriffen hat. Versucht man die Wurzeln dieser, sagen wir einmal allgemein, ‚abendländischen‘ Angst aufzuspüren, so kommen wir sehr bald zu dem scheinbar überraschenden Schluß, daß – abgesehen von aller individuellen Betrachtungsweise – die heutige Menschheit sich in einem Aufbruch hin zu einer neuen Welt der Einheit bewegt, die durch allgemeine Sicherungen die Schrecken der Vergangenheit, wie Krieg und Nachkriege, bannen soll. Und seltsam: Je mehr wir uns in diesem Aufbruch bewegen, der schon deutlich die Merkmale des Aufbaues trägt, umso mehr wachsen die Ängste und ihre politisch aggressiven Resultate als Teilerscheinungen in der Weltpolitik. [...] Kontrollieren wir Deutschen unsere innere und äußere Situation, nachdem wir uns schuldig-unschuldig in einen der Zentralpunkte des Kampfes um die Gestaltung des Weltfriedens gestellt sehen, so müssen wir sehr rasch entdecken, daß von uns nach wie vor besondere politische und moralische Leistungen verlangt werden. Wir dürfen nicht vergessen, was im Namen unseres Volkes geschehen ist – gleichgültig, ob wir uns heute davon distanzieren oder nicht. Wir dürfen nicht vergessen, daß das Leid, das Deutschland trug und trägt, seinen Ursprung in uns hatte und nur ein Teil des Leidens ist, das in der Folge von allen Völkern der Welt getragen werden mußte und muß. Dieses Leiden wird nicht zuletzt durch die allgemeinen Ängste gekennzeichnet, daß die Barbarei der Vergangenheit wiederkehren und uns alle, jeden Einzelnen, wie ein Blitzstrahl treffen könnte.

Diese gefürchtete Barbarei aber wäre ein neuer Krieg. Und es ist in diesem Zusammenhang ein gutes Zeichen für den Frieden in der Welt, daß das deutsche Volk dort, wo es seiner Meinung Ausdruck geben kann – nämlich in der Bundesrepublik – eindeutig seinen Willen zum Frieden dokumentiert. Die kommunistische Propaganda aber nimmt diesen Friedenswillen für sich in Anspruch und versucht, aus ihm Kapital zu schlagen. In Wirklichkeit aber ist dieser Friedenswille, der sich bei uns abzeichnet, echt demokratisch, verursacht durch die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit. Er entspringt im kindlich-direkten Sinne der Angst vor dem einmal schrecklich Erlebten. Was diesem Friedenswillen fehlt, ist jedoch, wenn wir genau hinsehen, das notwendige Realitätsgefühl dafür, wie dieser Friede in Zukunft gesichert werden soll.

Mit der Frage nach der Sicherung des Friedens durch demokratisch-kontrollierte Selbstverteidigung eines freiheitlichen Staates muß die deutsche Angst vor der Wiederkehr des alten „Kommiß“ genauso wachsen wie die Angst der früheren ausländischen Feinde des altdeutschen, altpreußischen Systems, jenes Systems, das sich immer wieder in der deutschen Geschichte aus scheinbar kleinen Anfängen zu einem geheim und offen wirkenden Machtapparat gegen „innere und äußere“ Gegner verhängnisvoll für das deutsche Volk zu entwickeln wußte. Wir erinnern hier nur an die Entwicklung in der Weimarer Republik – angefangen von den Freikorps à la Edelweiß, den Fememördern, der sogenannten Schwarzen Reichswehr bis zu Hitlers Wehrmacht, die der „Waffenträger der Nation“ wurde [...]

Die Angst des deutschen Volkes vor einer Wiederkehr solcher innenpolitischen Zustände erweist sich heute, sechs Jahre nach 1945, jeden Tag aufs Neue. Sie ist berechtigt und wird ihre Ergebnisse auch positiv in der Gestaltung der deutschen demokratischen Landesverteidigung finden müssen. Auf der anderen Seite aber muß, angesichts der bewiesenen Tatsache, daß das deutsche Volk nicht nur genug von jeder Art Krieg hat, sondern auch bewußt seine friedliche Landesverteidigung auf europäischer Basis konstruieren will, vom Ausland her mehr Verständnis für die deutsche Lage aufgebracht werden. Die Wiederkehr der politisch praktizierten Auffassungen eines Clémenceau ist nicht möglich, es

sei denn, man befürworte im europäischen Ausland die Verewigung eines historisch überlebten Zustandes, der uns alle dem Untergang preisgeben müßte...

Man sollte die wirkliche Einstellung des deutschen Volkes, seine Angst vor Krieg und Angriffen nicht unterschätzen. Es wäre im Gegenteil wichtig, die politische Gefühlslage dieses Volkes zu verstehen, sie anzuerkennen, um über die historisch und aktuell berechtigten Ängste hinaus neue und dauerhafte Verbindungen herzustellen. [...]

4. Mai 1951

„Erfolg und Verpflichtung“.

Einstimmig sprachen sich am Mittwoch die 13 Minister, die das Ministerkomitee des Europarates in Straßburg bilden, dafür aus, der Bundesrepublik die volle Gleichberechtigung im Europarat zu gewähren. Seit dem Juli vergangenen Jahres war die Bundesrepublik (ebenso wie das Saargebiet) ‚assoziertes Mitglied‘, d.h. sie war zwar gleichberechtigt in der Beratenden Versammlung, im Ministerkomitee aber nicht beschließend, sondern nur beratend vertreten.

Vizekanzler Bücher hat sicher recht, wenn er diese Nachricht als ein Politikum ersten Ranges und den Beweis für unser Fortschreiten auf dem Wege der Gleichberechtigung bezeichnet. Der Europarat ist nach OEEC und Montanunion nun die dritte internationale Organisation, in der die Bundesrepublik gleichberechtigt vertreten ist. Das ist umso beachtlicher, als nach den Statuten des Europarates nur Staaten mit voller Souveränität aufgenommen werden können – eine Bedingung, die wie Dr. Adenauer auf eine entsprechende Frage in seiner Straßburger Pressekonferenz erklärte, bei uns nur zu 90% erfüllt ist.

Wenn wir in diesem Zusammenhang des Einzuges Gustav Stresemanns in den Genfer Völkerbund gedenken, der sich heuer zum 25. Male jährt, so geschieht das mit etwas gemischten Gefühlen. Wir freuen uns darüber, daß nach der beispiellosen internationalen Isolierung, in die das deutsche Volk durch die nationalsozialistische Gewaltpolitik hineingeraten war, der Vertreter einer demokratisch gewählten deutschen Regierung wieder seinen Platz im Rate der Außenminister einnehmen kann. Wir betrachten die Bemerkung des holländischen Außenministers Stickers in seiner Begrüßungsrede: „Ein vereintes Europa kann ohne Deutschland nicht zustandekommen“, nicht nur als eine Schmeichelei, sondern vor allem als eine verpflichtende Formel, welche die Situation besser charakterisiert als das etwas schroffe und selbstbewußte Kanzlerwort: „Europa kann nicht ohne Deutschland auskommen und Deutschland nicht ohne Europa“. Es hieße, die Vergangenheit bagatellisieren und die Stimmung in der Welt verkennen, wenn man – wie der dem Kanzler nahestehende Pressedienst – behaupten wollte, Dr. Adenauer habe dem deutschen Volk bereits das Vertrauen zurückgewonnen, das es verloren hatte. Jeder, der Gelegenheit hat, ins Ausland zu kommen – und am besten sicher der Kanzler selbst – weiß, daß wir noch lange nicht so weit sind, sondern daß unsere neue Position im Europarat einen großen Vertrauensvorschuß darstellt, den wir durch Taten verständigungs-bereiter Zusammenarbeit zurückzuerstatten haben. Dabei wird jede Regierung der Bundesrepublik von dem unbedingten Wunsch des deutschen Volkes unterstützt werden, dauernden Frieden mit allen Völkern zu halten, nicht nur mit seinen westlichen Nachbarn – um hier jeder mißverständlichen Auslegung einer Bemerkung Dr. Adenauers den Boden zu entziehen. [...]

8. Juni 1951

Ein Schlußstrich / Von Karl Gerold

[...] Wir haben schon früher ausgeführt, daß mit Vollstreckung des Urteils in Landsberg ein Kapitel deutscher Geschichte abgeschlossen worden ist – ein Kapitel, über dessen historischen Inhalt es keine Unklarheit mehr geben kann. Die deutsche Geschichte wird weiter gelebt und weiter geschrieben. Die neuen Kapitel werden zu beweisen haben, ob wir alle aus der Vergangenheit gelernt haben!

10. Juli 1951

„Großbritannien beendet Kriegszustand mit Deutschland/ Weitere Commonwealth-Länder schließen sich an/ Letzte Vorbereitungen zu gleichem Schritt in den USA und Frankreich getroffen. [...]

Die Vertreter der drei Westmächte wiesen darauf hin, daß durch die Schritte ihrer Regierungen der Revision des Besatzungsstatuts sowie der Regelung von Fragen, die einem endgültigen Friedensvertrag vorbehalten bleiben müßten, nicht vorgegriffen werde.

Deutsche nicht mehr feindliche Ausländer

Dies kam auch in der Botschaft Trumans an den Kongreß zum Ausdruck, in der es heißt, die Beendigung des Kriegszustandes werde sich nicht auf die Besatzungspolitik auswirken, sondern stelle vor allem eine ‚psychologische Maßnahme‘ dar, die den Deutschen ihre ‚normalen Rechte‘ zurückgebe. Sie würden danach nicht mehr als feindliche Ausländer betrachtet werden. [...] Truman bedauerte, daß durch die „Handlungen der Sowjetunion“ vorläufig der Abschluß eines Friedensvertrags mit einem geeinten Deutschland nicht möglich sei. [...]

17. Juli 1951

Mc Cloy: Keine wirksame Verteidigung Europas ohne volle Teilnahme der Bundesrepublik / „Frage außerordentlich dringlich“/ François-Poncet: Deutschland soll als große Nation gebührenden Platz in der westlichen Völkergemeinschaft einnehmen. [...] In seiner Ansprache wies der französische Hochkommissar François-Poncet auf das Ziel der alliierten Deutschlandpolitik seit 1948 hin, der Bundesrepublik den Weg freizumachen, um als „große Nation“ einen gebührenden Platz in der westlichen Völkergemeinschaft einnehmen zu können. Man wolle aus Westdeutschland einen „ehrlichen Partner und Verbündeten“ machen. Der französische Hochkommissar betonte, daß es nicht wie einige andere Leute über ein Wiederaufleben des Nazismus in einigen Teilen der Bundesrepublik beunruhigt sei; er vertraue vielmehr auf das feste Fundament der jungen deutschen Demokratie, die er für stark genug halte, jeden Angriff gegen den Staat von Anfang an ersticken zu können.

Andererseits kritisierte François-Poncet das zu starke Selbstvertrauen der Deutschen, welches mitunter unerwünschte Wege gehe. Dies komme vor allen Dingen im Parlament und in der Presse zum Ausdruck, wo die Worte „fordern“ und „auffordern“ am häufigsten gebraucht würde. [...]

5. Mai 1952

SPD: Taktlosigkeit der Regierung „Wir haben von der Entscheidung des Bundespräsidenten Kenntnis genommen“, das heißt in der offiziellen Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei, die sich darauf beschränkt, die Gedanken gegen die Einführung des Deutschlandliedes als Nationalhymne aufzusteigen. Dem Bundespräsidenten müsse zugestanden werden, daß er vergeblich versucht habe, dem Nachkriegsdeutschland eine unbelastete neue Nationalhymne zu geben. Er habe dem wachsenden Druck der

Bundesregierung nachgegeben und das Deutschlandlied zur Nationalhymne erhoben, das Hitler zum Vorspann des Horst-Wessel-Liedes degradierte. Nun würden in weiten Kreisen des deutschen Volkes und noch mehr des Auslandes unangenehmste Erinnerungen wachgerufen. „Wir werden ihre Wirkung noch zu spüren bekommen.“

Im Widerspruch zu den Wünschen des Bundespräsidenten, auf alle Pathetik und Dramatisierung zu verzichten, habe die Bundesregierung die pathetische Proklamation des Liedes zuerst bei der Rückgabe Helgolands und dann am Tage der Verkündung des Generalvertrages durchzusetzen versucht. Der Bundesregierung fehle anscheinend das Gefühl für den Hohn auf das deutsche Volk, der in dieser Verbindung zum Ausdruck komme.

Taktgefühl gegenüber den Opfern des deutschen Nationalismus und Nationalsozialismus im In- und Ausland sei der gegenwärtigen Regierung immer fremd gewesen. Das beweise die Besetzung des Auswärtigen Amtes unter der Verantwortung des Kanzlers ebenso wie diese unzeitgemäße Entscheidung. Wenn die deutsche Bevölkerung, insbesondere im Osten, damit in Gewissenskonflikte gerate, der ideologische Spalt zwischen Ost und West sich vertiefe und wenn die deutsche Position im Ausland durch Weckung alter Ressentiments geschwächt werde, dann gebe es nur einen Verantwortlichen dafür, nämlich den Bundeskanzler. Gerade dieser Bundeskanzler habe nicht die deutsche Einheit in Freiheit erreicht. Nach der Politik des Kanzlers scheine der SPD „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ in weitere Fernen gerückt.

27. Mai 1952

Deutschlandvertrag in Bonn unterzeichnet/ Bundesrepublik erhält innen- und außenpolitische Souveränität/ Acheson, Eden, Schuman und Adenauer bezeichnen Wiedervereinigung Deutschlands als nächstes Ziel

Bonn, 26. Mai. Die Außenminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik unterzeichneten am Montagvormittag im festlich geschmückten Bundesratssaal die „Konvention über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten“ (Deutschlandvertrag) mit den Zusatzabkommen. In Anwesenheit einer großen Zahl geladener Gäste und der Vertreter der Weltpresse setzten die Außenminister Dean Acheson, Anthony Eden, Robert Schuman und Dr. Konrad Adenauer nacheinander ihren Namenszug unter das Vertragswerk, das der Bundesrepublik die volle innen- und außenpolitische Souveränität wiedergeben und das Besatzungsregime ablösen soll. Die Alliierten behalten sich lediglich solche Rechte vor, die sich aus der allgemeinen internationalen und besonderen deutschen Situation ergeben. [...]

Adenauer: Erster Schritt zur Wiedervereinigung

Bundeskanzler Dr. Adenauer betonte in einer kurzen Ansprache, die der Unterzeichnung vorausging, es sei das Ziel der Ablösungsverträge und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, den Frieden und die Freiheit der ganzen Welt zu sichern und Deutschland seiner Einheit einen Schritt näherzubringen. Dr. Adenauer gedachte „der Brüder im Osten“ und sagte: „Ich versichere Ihnen, daß wir überzeugt sind, daß mit diesem Vertrag der erste Schritt zur Wiedervereinigung Deutschland getan wird.“ Mit der Unterzeichnung des Vertragswerks beginne eine Epoche in der Geschichte Europas, die im Zeichen des Friedens und der Zusammenarbeit stehe. [...]

Schlußstrich unter die Kriegs- und Nachkriegszeit

In einer anschließenden Pressekonferenz gaben die Außenminister nochmals Erklärungen über die Bedeutung der Verträge ab.

Bundeskanzler Dr. Adenauer, der als erster sprach, wies darauf hin, daß das deutsch-alliierte Vertragswerk einen Schlußstrich unter die Kriegs- und Nachkriegszeit ziehe. Die Bundesrepublik trete damit in eine politische Gemeinschaft ein, deren Ziel die

Aufrechterhaltung von Frieden und Freiheit in der Welt sei. Nochmals betonte der Kanzler, daß die Ablösungsverträge in einem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Verteidigungsvertrag ständen. Die Bundesrepublik sei frei von allen nationalen Forderungen. Ihr Hauptziel sei, den Weg in die Gemeinschaft der Völker zu finden. Der mit diesen Verträgen beschrittene Weg sei der einzig mögliche, um Deutschland in Frieden und Freiheit wiederzuvereinigen. Die deutschen nationalen Probleme könnten nicht losgelöst vom weltpolitischen Geschehen betrachtet werden. Deutschland, das nicht abseits vom Geschehen der Welt liege, könne seine Probleme nur gemeinsam mit anderen Völkern lösen. [...]

10. Juli 1952

Adenauer: Deutsch-alliierte Verträge geben Bundesrepublik Gleichberechtigung/ Bundestag debattiert Deutschlandvertrag und Verteidigungsabkommen

Bonn, 9. Juli: ‚Die dem Bundestag vorliegenden Verträge führen die Bundesrepublik als gleichberechtigtes Mitglied in den Kreis der freien Völker zurück‘, sagte Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer in der Regierungserklärung, die er bei der ersten Lesung der Westverträge am Mittwoch im Bundestag abgab. Adenauer gab der Überzeugung Ausdruck, daß der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zusammen mit der Montanunion die Integration Westeuropas ein großes Stück weiterbringen werde und es könne mit Bestimmtheit gehofft werden, daß es im Lauf der Zeit zu einer Integration ganz Europas kommen werde. Da die Bundesrepublik nicht mehr Objekt politischer und strategischer Überlegungen bleibe, sondern zum Mithandelnden werde, könne sie ihre ganze Kraft dafür einsetzen, die bestehenden Spannungen zwischen Ost und West auf friedlichem Wege zu lösen. Als Sprecher der sozialdemokratischen Opposition warnte der Abgeordnete Professor Carlo Schmid davor, durch Ratifizierung der Verträge vollendete Tatsachen zu schaffen. Er befürwortete die Abhaltung einer Viermächtekonferenz, auf der die Westmächte zu erklären hätten, wie sie sich die Lösung des deutschen Problems vorstellten. Zur Wiederherstellung der deutschen Einheit sei man auf die Mitwirkung der Sowjetunion angewiesen. [...]

25. Juli 1952

„Gleichberechtigung / von Oberbürgermeister Dieter Roser (Esslingen)

Mangelnde Sicherung der deutschen Gleichberechtigung ist einer der Vorwürfe, der gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und die Deutschlandverträge der Westmächte erhoben werden. [...] Aus den schwierigen Fragen der deutschen Gleichberechtigung, der deutschen Wiedervereinigung in Freiheit und des europäischen Gleichgewichts gibt es nicht mehr den Weg zurück zur nationalstaatlichen Souveränität, die alle gegenwärtigen Probleme ungelöst ließe. Deutsche Gleichberechtigung kann nur dadurch erreicht werden, daß alle westeuropäischen Staaten in gleicher Weise auf Souveränitätsrechte zugunsten eines europäischen Bundesstaates verzichten. [...]

15. September 1952

Seebohm vor Sudetendeutschen/ „Wiedergewinnung der Heimat Lebensvoraussetzung für Europa“

Rüdesheim (Niederwald), 14. September (Eig. Bericht). „Wir erleben, daß unser Traum einmal wieder in der Heimat zu sein, Wirklichkeit wird“, erklärte Bundesverkehrsminister Dr. Seebohm (deutsche Partei) am Sonntag am Fuße des Niederwalddenkmals vor 18.000 sudetendeutschen Heimatvertriebenen, die übers Wochenende aus ganz Hessen zu einem Heimattreffen nach Rüdesheim gekommen waren. „Das Sudetenland gehört uns mit dem

Recht der Erstgeburt. Stalin wußte, daß Europa dort endet, wo Deutsche ansässig sind, denn europäische Kultur ist nur dort, wo deutsche Menschen wohnen“. Das große Verbrechen der Austreibung von Millionen Menschen, denen man die Heimat geraubt habe, sei nur begangen worden, um die europäische Kultur zu zerstören. Die Wiedergewinnung der Heimat sei kein nationalistisches Ziel, sondern Lebensvoraussetzung für Europa und damit ein Anliegen der gesamten Menschheit.

„Die Wiedergutmachung an Israel ist für die Heimatvertriebenen nur ein schwer begreiflicher Vorgang“, erklärte der Bundesminister weiter. Er habe den Vertrag ‚mitunterschrieben‘, weil man anerkennen müsse, daß Israel nach 1945 über eine halbe Million Juden haben aufnehmen müssen „im Zuge des ihnen im Dritten Reich geschehenen Unrechts“. Man müsse sich jedoch fragen, ob Amerika, England und Frankreich nicht die gleiche Schuld mit der Austreibung von 15 Millionen Deutschen aus den deutschen Ostgebieten auf sich geladen haben. „Und nun tut das gleiche wie wir bei Israel, damit ihr moralisch vor den Deutschen bestehen könnt.“ Die Kundgebung an dem „Germania-Denkmal“ schloß mit dem Deutschlandlied ab.

8.-9. November 1952

Der 38. Breitengrad der Bundesrepublik

Wer in den letzten Jahren fremde Länder zu besuchen Gelegenheit hatte, die während des Krieges von deutschen Truppen besetzt waren, und dabei Freunde aus Friedenszeiten aufsuchte, hat immer wieder hören müssen: „Der X ist von den Deutschen als Geisel erschossen worden“ oder „der Y ist in einem Konzentrationslager umgekommen“ oder „die achtzehnjährige Tochter des Z ist von der Ustascha erhängt worden.“ Solche Feststellungen über das schreckliche Ende von Menschen, die wir selbst kannten und schätzten, mögen auf uns abgestumpfte „Kulturmenschen“ erschütternder wirken als Schilderungen, wie wir über die furchtbaren Massenmorde von Lidice, Oradour und den Ardeatinischen Höhlen lesen. Um so mehr muß man sich darüber wundern, daß die Erinnerung an diese schrecklichen Dinge in den betreffenden Völkern heute schon in den Hintergrund getreten und daß damit auch der Kollektivhaß gegen alles Deutsche meist einer säuberlichen Unterscheidung zwischen anständigen und unanständigen Deutschen gewichen ist.

Schaut man sich allerdings die ausländischen Zeitungen der letzten Wochen an, so muß man fürchten, daß diese Tendenz der Versöhnung mit Deutschland durch gewisse Vorkommnisse in unserem Lande erheblich zurückgeworfen wird. Einen explosiven Ausbruch fand die Empörung in der ausländischen Presse aus Anlaß der ebenso dummen wie geschichtsklitternden und taktlosen Rede des ehemaligen Fallschirmjäger-Generals Ramcke in Verden. Die ‚Neue Zürcher Zeitung‘ schrieb aus diesem Anlaß „Die Maßlosigkeit und der unabsehbare Mangel an Takt sind die Hypothek, mit der die Bundesrepublik durch die Rückkehr der Offiziere der nationalsozialistischen Wehrmacht in das öffentliche Leben belastet wird.“ Daß dieses Blatt die deutsche Entwicklung durchaus unvoreingenommen zu beurteilen sich bemühte, geht schon daraus hervor, daß es diese Rückkehr der Offiziere ins öffentliche Leben als einen „unvermeidlichen und notwendigen Prozeß“ bezeichnete und das Eintreten des früheren Generals der Waffen-SS Gille für die demokratische Staatsform durchaus würdigte.

Kein vernünftiger Mensch im Ausland – und die Vernünftigen sind in der überwiegenden Mehrheit – verlangt heute mehr eine Zurücksetzung der großen Masse derjenigen Deutschen, die einmal, aus falschem Idealismus oder aus Opportunismus, hinter Hitler hergelaufen sind. Was man aber mit Recht nicht versteht, ist, daß exponierte Vertreter des Naziregimes sich schon wieder in den Vordergrund drängen und daß Leute, die sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht haben, entweder straflos ausgehen oder flüchten können. So sehr man beispielsweise in Jugoslawien heute gewillt ist, dem deutschen Soldaten zu verzeihen, der auf

Befehl Partisanen füsilierte, so empört war man über das milde Gefängnisurteil für Herrn Rademacher, der für die Ermordung von Tausend serbischer Juden verantwortlich ist, und erst recht über seine Flucht aus dem Nürnberger Gefängnis. Der neuerliche Freispruch für Huppenkothen wird vom ‚Manchester Guardian‘ als die Wiedererweckung der Dolchstoßlegende und ein Schlag ins Gesicht der überlebenden Widerstandskämpfer charakterisiert.

Man kann sich vorstellen, wie es draußen aufgenommen werden wird, wenn bekannt wird, daß der Landesverband Hessen, der ‚Kameradschaftshilfe der Internierten‘ (Nationalsozialisten) neuerdings eine Haftentschädigung von zwei Dollar für jeden Tag der Internierung verlangt – zunächst von den Besatzungsmächten, später vielleicht vom deutschen Steuerzahler. Man mißverstehe uns nicht: Wir sind die Letzten, die solchen Menschen, die damals zu Unrecht in die Mühle des automatischen Arrests gerieten, nicht einen Entschädigungsanspruch zuerkennen wollten. Daß aber notorische Nazigrößen unterschiedslos für eine Haft, die sie ja schließlich vor dem Revolutionsgalgen bewahrte, dem sie nach den Spielregeln der Geschichte verfallen gewesen wären, noch Geld verlangen, dafür ist das Wort ‚Taktlosigkeit‘ bei weitem nicht mehr ausreichend.

Leider bieten auch manche Handlungen der Bundesregierung und der ihr nahe stehenden Parteien Stoff genug für die Beunruhigung des Auslands. In Niedersachsen machen Parteien, die der Bonner Koalition angehören, Flüsterpropaganda für ehemalige SRP-Funktionäre, die sie in ihre Gemeindevahllisten aufgenommen haben. In Nordrhein-Westfalen betreibt die Deutsche Partei mit schwarz-weiß-roten Plakaten, also eine Regierungspartei mit einer Flagge, Wahlpropaganda, die in scharfem politischem Kontrast zur geltenden schwarz-rot-goldenen Fahne die Restauration symbolisierte. Die Bundesregierung erledigt die sehr ernste Affäre der Personalpolitik des Auswärtigen Amts in einer Art, die nach dem Anspruch eines italienischen Abgeordneten ‚im parlamentarischen Italien unmöglich‘ wäre und ist auf dem besten Wege, das gleiche in der himmelschreienden Partisanen-Angelegenheiten zu tun. Sie nimmt die Versuche des Bundestages, diese und ähnliche Skandalfälle aufzuklären, zum Anlaß, das Parlament zu schulmeistern und übersieht dabei geflissentlich, daß Kanzler wie Bundesminister als Exekutive den verlängerten Arm der Legislative darstellen. Der Hinweis eines italienischen Liberalen, eine parlamentarische Regierung sei nur so lange gut, wie sie nicht vergesse, daß sie aus Abgeordneten zusammengesetzt ist, mag den am Sonntag in Rom eintreffenden zwölf deutschen Parlamentariern Anlaß zum Nachdenken geben.

Die unglückliche Tradition Wilhelms II., dem Ausland von Zeit zu Zeit eine besondere Unfreundlichkeit zu sagen, hat diesmal Bundesjustizminister Dehler mit seinen Ausfällen gegen Österreich aufgenommen, und zwar trotz entgegenstehendem Kabinettsbeschluß auf eigene Faust. Im Amte Blank setzt sich die preußische ‚Hierarchie des Gehorsams‘ und die etwas veraltete Weltanschauung der Heeres-Dienst-Vorschrift gegen alle gut gemeinten Vorstellungen des Amtschefs von einer ‚demokratischen Landverteidigung‘ durch. Ähnliche Kompetenzverwirrungen scheint es im Bundesverfassungsschutzamt zu geben. Man sieht, mit dem wachsenden Hang zum Autoritären geht – wie einst unter Hitler – die Anarchie Hand in Hand.

Haben wir angesichts dieser inneren Vorgänge eigentlich noch den geringsten Grund, uns über die heftige Reaktion des Auslandes zu beschweren? Hat man in Großbritannien, in Frankreich, Holland und Belgien nicht auch Augen und Ohren, zu sehen und zu hören, und ist es ein Wunder, wenn man dort schlußfolgert: ‚Nehmt euch vor Deutschland in acht!‘? Was hat man sich eigentlich in Bonn dabei gedacht, als man Wahlgesetzentwürfe entwarf mit der offen deklarierten Tendenz, komme es, wie es wolle, an der Macht zu bleiben? Begibt man sich damit nicht jeglichen ernstzunehmenden moralischen Anspruchs, Herrn Hoffmann in Saarbrücken ‚Stimmzettelschwindel‘ vorzuwerfen? Und was mindestens genauso wichtig ist,

hat die Bundesregierung vergessen, daß sie noch vor kurzem allgemeine, gleiche, freie und direkte gesamtdeutsche Wahlen forderte? Was bleibt uns denn noch an moralischem Übergewicht gegenüber dem Osten, wenn wir ihm schon im ‚Corriger la fortune‘ nacheifern? „Die Freiheit wird nicht nur an der Linie des blutigen 38. Breitengrades in Korea verteidigt, sie wird auch an allen Linien verteidigt, die das Gute vom Bösen, die Wahrheit von der Lüge und das Gewissen vom Kompromiß scheiden“, hat General Eisenhower in der letzten Rede vor seiner Wahl zum neuen Präsidenten der USA gesagt. Hoffen wir, daß dieses Wort auch nach vier weiteren Jahren ohne bittere Ironie und ohne Sarkasmus ausgesprochen werden kann. Nehmen wir uns zu Herzen, in Bonn und überall in der Bundesrepublik, statt darüber zu jammern, daß uns schon wieder eine Welt von Feinden umgebe! Man haßt uns nicht, aber man mißtraut uns draußen – und das mit gutem Grund. Es liegt an uns, daß es anders werde!

1. Dezember 1952

Heuss weiht Mahnmal in Belsen ein/ Der Bundespräsident gedenkt der Opfer des ehemaligen KZ

Belsen, 30. Nov (AP) Bundespräsident Heuss erklärte am Sonntag bei der Einweihung eines Mahnmals im früheren Konzentrationslager Bergen-Belsen, wer dort als Deutscher spreche, müsse sich die innere Freiheit zutrauen, die „volle Grausamkeit der Verbrechen, die hier von den Deutschen begangen wurden, zu erkennen“. Wer diese beschönigen oder bagatellisieren wollte, „gar mit der Berufung auf irregegangenen Gebrauch der sogenannten Staatsraison, würde nur frech sein.“ Weiter erklärte Heuss: „Wir haben von den Dingen gewusst. Wir wußten auch, aus den Schreiben evangelischer und katholischer Bischöfe, die ihren geheimnisvollen Weg zu den Menschen fanden, von der systematischen Ermordung der Insassen deutscher Heilanstalten. Wir Deutschen wollen, sollen, müssen, will mir scheinen, tapfer zu sein lernen gegenüber der Wahrheit, und zumal auf einem Boden, der von Exzessen menschlicher Feigheit verwüstet wurde.“ [...]

Der Bundespräsident fuhr fort: „Nun höre ich den Einwand: und die anderen? – die Internierungslager in den Jahren 1945/46, Lagermißhandlungen, das Lagersterben in der Sowjetzone? Ich weiß davon und habe nie gezögert, davon zu reden. Aber: Auf Unrecht und Brutalität der anderen sich zu berufen, ist das Verfahren der moralisch Anspruchlosen, die es in allen Völkern gibt. Es ist kein Volk besser als das andere; es gibt in jedem solche und solche.“

„Furchtbar ist das, was zwischen 1933 und 1945 den Juden widerfuhr“, sagte der Bundespräsident. „Etwas Neues war dabei geschehen: der Durchbruch des biologischen Naturalismus der Halbbildung führte zur Pedanterie des Mordens als automatischem Vorgang, ohne das geringste Bedürfnis nach einem bescheidenen quasi-moralischen Maß. Dies und gerade dies ist die tiefste Verderbnis dieser Zeit, und unsere Scham, daß sich solches im Raum der Volksgeschichte vollzog, aus der Lessing und Kant, Goethe und Schiller in das Weltbewußtsein traten, diese Scham nimmt uns niemand, niemand ab.“ [...]

31. Januar / 1. Februar 1953

Adenauer: 30. Januar 1933 wird sich nicht wiederholen

Demokratie ist wachsam/ Mehr Sachlichkeit vom Ausland gefordert/ Warnung vor Scheitern der EVG

Bonn, 30. Januar (AP). Einen „30. Januar 1933“ werde es für die Bundesrepublik nicht mehr geben, erklärte Bundeskanzler Adenauer am Freitag in einem Rundfunkinterview am 20. Jahrestag der ‚Machtergreifung‘ Hitlers. „Wir haben eine lebensfähige und wachsame Demokratie. Die Bundesrepublik ist ein brauchbarer und zuverlässiger Baustein Europas.“

[...] „Es wäre ein Wunder, wenn es in der Bundesrepublik überhaupt keine überzeugten Nazis mehr gäbe. Natürlich gibt es sie. So schnell sterben weder die Narren noch die Verbrecher aus. Aber eine echte Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik besteht in keiner Weise. Von einer neuen Machteergreifung kann überhaupt keine Rede sein. Ein paar Nazis machen noch keinen Nationalsozialismus und ungeschickte Meinungsbefragungen sind ein schlechtes Mittel, um die Wahrheit über Deutschland zu ergründen.“

20. März 1953

Bundestag verabschiedet Wiedergutmachungs-Abkommen.

[...] Bundestagspräsident Ehlers sagte nach der namentlichen Abstimmung, ohne Zweifel werde diese Entscheidung in der ganzen Welt ein bedeutsames Echo auslösen. Mit diesem Schritt der Bundesrepublik solle allen, die in der Welt verfolgt würden, gesagt werden, daß Gewalt und Verbrechen nicht das Letzte in der Welt sein sollen. [...]

Nach der Berichterstattung über die Ausschlußberatungen gaben die Fraktionen formulierte Erklärungen zu dem Wiedergutmachungsabkommen ab. Für die CDU-Fraktion nannte der Abgeordnete Dr. Gerstenmaier, die im Abkommen niedergelegte Wiedergutmachung im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik einen materiellen Ausdruck für die sittliche Verpflichtung des deutschen Volkes, die Schuld wiedergutzumachen, die die Mörder an den Juden im Namen und zu Lasten des deutschen Volkes auf sich geladen hätten.

Schmid: Gesamtheit der Deutschen muß für Wiedergutmachung einstehen

Als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion erklärte der Abgeordnete Carlo Schmid, die SPD habe seit je die Wiedergutmachung des Millionen von Deutschen und Ausländern angetanen Unrechts verlangt. Es sei insbesondere der verstorbene Dr. Kurt Schumacher gewesen, der unermüdlich auf die besondere Verpflichtung dem jüdischen Volk gegenüber hingewiesen habe. Die sozialdemokratische Fraktion lehne die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes ab, wie auch jene andere von der Kollektivunschuld. Doch habe auch ohne Kollektivschuld die Gesamtheit der Deutschen innerhalb der Grenzen der Leistungsfähigkeit für die Wiedergutmachung des Unrechts einzustehen, das unter Schändung seines Namens begangen worden sei. Der mit dem Staat Israel abgeschlossene Vertrag dürfe nicht die Erfüllung der Verpflichtung einschränken, die allen anderen Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung gegenüber individuell erwachsen sei. [...]

Hasemann (FDP) bezweifelt gewünschten Effekt

Für die FDP-Fraktion erklärte der Abgeordnete Hasemann, seine Partei werde immer bereit sein, den gerechten Anspruch eines Opfers des Nationalsozialismus anzuerkennen. Ob das vorliegende Abkommen geeignet sei, den notwendigen und gewünschten moralischen Effekt zu erzielen, sei in seiner Fraktion umstritten.

Der Sprecher der DP, Abgeordnete von Merkatz sagte, seine Fraktion bejahe das aus dem Vertrag sprechende Bemühen, die Größe des geschehenen Unrechts zu überwinden. Angesichts der schweren Sorge, ob der mit diesem Abkommen beschrittene Weg richtig sei, sehe ein Teil der Fraktion sich zu einer Zustimmung nicht in der Lage.

Der Abgeordnete von Thadden sagte, diese Wiedergutmachung müsse solange abgelehnt werden wie neues Unrecht gegenüber Deutschland geschehe und mit Israel direkt verhandelt werde.

1. April 1953

Vor der Kanzlerreise nach den USA

„Die bevorstehende Reise Bundeskanzler Dr. Adenauers zu seinem Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten erhält eine besondere politische Note durch den Zeitpunkt, zu welchem sie stattfindet. Als im vergangenen Jahr mehrfach von einem solchen Reiseplan gesprochen wurde, gab es kaum ein anderes Motiv auf deutscher Seite als die öffentliche Demonstration der guten Beziehungen, die sich zwischen den Vereinigten Staaten und der von Dr. Adenauer geführten Bundesregierung durch die Übereinstimmung in wichtigen politischen Fragen angebahnt hatten. Später hat man in Bonn die Hoffnung gehegt, der Kanzler werde die Reise als Repräsentant eines Staatsgebildes antreten können, das aus dem Schatten des reinen Besatzungsregimes herausgetreten ist, eine relative außenpolitische Handlungsfreiheit wiedererlangt hat und mit dem Eintritt in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gleichzeitig ein Bekenntnis zur freien Welt ablegen und einen effektiven Beitrag zu ihrer Verteidigung leisten will. Diese Hoffnungen haben getrogen. Elf Monate sind seit der Unterzeichnung der Verträge von Bonn und Paris vergangen, ohne daß sich der Zeitpunkt ihres Inkrafttretens absehen ließe.

Inzwischen hat der Kanzler mit der Verabschiedung der beiden Vertragswerke durch den Bundestag ein wichtiges, auf den politischen Effekt seiner Amerikareise berechnetes Ziel erreicht. Die auf dem alten Kontinent häufig ausgesprochene Erwartung, daß Dr. Adenauer in Washington die Glanzrolle eines ‚europäischen Musterschülers‘ spielen werde, scheint bereits durch eine Entwicklung überholt zu sein, die dem amtlichen Bonn zu gewissen Besorgnissen Anlaß gibt. Von hier aus gesehen, wäre alles verhältnismäßig einfach, wenn es sich nur darum handelte, das innerpolitische Ringen der übrigen Unterzeichnerstaaten um die letzte Entscheidung über die Vertragswerke abzuwarten. Die Wolken, die dem offiziellen Bonn die Sicht verdunkeln, sind die Unwägbarkeiten über den Fortgang des Kalten Krieges.

Bundeskanzler Adenauer ist immer davon überzeugt gewesen, daß die eigentliche Bedeutung der Verträge zur Ablösung des Besatzungsstatuts in der Festlegung der drei Siegermächte auf eine bestimmte Deutschlandpolitik zu suchen ist. Manche Opfer, die die Westmächte in diesen Verträgen der Bundesrepublik abverlangt haben, erscheinen ihm von weniger Belang als die Verpflichtungen der Westmächte. Neben der ‚Bildung einer integrierten europäischen Gemeinschaft‘ hat Dr. Adenauer stets mit Nachdruck auf den Absatz der Präambel des Generalvertrages hingewiesen, in welchem die Unterzeichnerstaaten es als ein ‚grundlegendes und gemeinsames Ziel‘ bezeichnen, ‚ein völlig freies und vereinigt Deutschland auf friedlichem Wege wiederherzustellen und eine frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung herbeizuführen.‘ Daß diese Erklärung nach der Meinung seiner politischen Kritiker durch andere Vertragsbestimmungen erheblich eingeschränkt wird, hat den Kanzler nicht an der Überzeugung irre gemacht, damit ein großes politisches Ziel für die Zukunft Deutschlands erreicht zu haben.

Die Bundesrepublik, in der die erwähnten Ziele erstrebt und verwirklicht werden sollen, ist aber noch nicht rechtsgültig vollzogen. Solange der Kalte Krieg zwischen Ost und West weitergeführt wird, ist der Bundesrepublik der Platz in der Gemeinschaft der westlichen Welt sicher, wie aber, wenn es zu einem anderen politischen Arrangement kommt? Ein Nachlassen der Spannungen zwischen den beiden Welten ruft, wie man im Palais Schaumburg sehr wohl weiß, sofort die Rachegeister aus den Tagen des Zusammenbruchs von 1945 wieder wach. Eine Annäherung der Alliierten aus dem Zweiten Weltkrieg kann das Aufrichten einer gemeinsamen Front gegen Deutschland und eine Verständigung auf dessen Kosten bedeuten. Im Generalvertrag erblickt Dr. Adenauer ein Mittel gegen solche Möglichkeiten. In Washington wird er daher aus kompetentem Munde entsprechende Versicherungen hören wollen, daß die Basis der bisherigen Politik nicht preisgegeben oder auch nur angetastet wird.

Natürlich ist der Kanzler überzeugt, daß die Vereinigten Staaten die Prinzipien, mit denen sie sich auf die Erhaltung der Freiheit festgelegt haben, nicht aufgeben können. Die politische Konzeption des Generalvertrages hat aber, richtig verstanden, einen ausgesprochen dynamischen Charakter. Das geteilte Deutschland kann es bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht bewenden lassen. Nur eine Politik, die die Lage verändern will und das Endziel der Wiedervereinigung in Freiheit erstrebt, kann die nationale Kernfrage lösen. Die Beteiligung der Bundesrepublik an der militärischen Verteidigung des Westens war der Preis für die Festlegung der Westmächte auf eine Politik der Wiedervereinigung.

[...] Die von Dr. Adenauer seit je befürwortete These der Amerikaner von der Politik der Stärke setzt das Vertrauen voraus, daß es nicht zu einer vorzeitigen Regelung kommt, bei der Deutschland bloßes Objekt ist. Gegen eine Politik des stillschweigenden Einverständnisses über die Teilung Deutschlands gibt es aber für die deutsche Seite kein Mittel, auch nicht im Generalvertrag. In dieser Hinsicht hängt alles vom guten Willen der drei Mächte ab, und es ist sicher, daß der Kanzler immer wieder in der Rolle des Drängenden erscheinen muß.

Ob in Washington gewisse Zusagen über das vorzeitige Inkrafttreten einiger Bestimmungen des Generalvertrages erreichbar sind, ist noch sehr die Frage. Da die Bundesrepublik in vieler Hinsicht bereits behandelt wird, als gebe es das Besatzungsstatut nicht mehr, scheint dieser Komplex auch wohl nicht das Wichtigste zu sein, was Dr. Adenauer im Reisegepäck mitführt. Auch gewisse Überlegungen, ob nicht bereits vor dem Inkrafttreten des EVG-Vertrages praktische Maßnahmen zur Aufstellung des deutschen Kontingents eingeleitet werden könnten, dürften in den Hintergrund getreten sein, da eine Übereinstimmung der drei Mächte darüber kaum zu erzielen sein würde. Das schließt allerdings nicht aus, daß der Kanzler seinen amerikanischen Gesprächspartnern mit einer präzisen Ausarbeitung über die mit der deutschen Wiederbewaffnung zusammenhängenden technischen Fragen aufwarten kann. Dabei werden nicht nur die Probleme der Rekrutierung und Ausbildung, sondern auch die der militärischen Ausrüstung eine wichtige Rolle spielen. [...]"

9. April 1953

Adenauers Rede vor 500 Journalisten in Washington

[...] Adenauer wies die im Ausland geäußerten Befürchtungen zurück, Deutschland könne einen Krieg mit der Sowjetunion zur Wiedergewinnung der Ostprovinzen heraufbeschwören oder sich mit Moskau verbünden, wenn es erst einmal wieder Waffen in Händen hat. Er sagte: „Das deutsche Volk hat nach dem entsetzlichen Krieg mit seinen unvorstellbaren Zerstörungen und den Hekatomben von Menschenopfern heute den überwältigenden Wunsch nach Frieden. Der Politiker, der heute das deutsche Volk zum Revanchekrieg aufrufen wollte, würde im selben Augenblick mit Schimpf und Schande davongejagt werden.“ [...]

Dr. Adenauer versicherte, daß der Links- und der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik heute keine Chancen hätten, solange die Europapolitik Erfolg habe und der wirtschaftliche Aufbau weitergehe. Es gebe zwar einige unverbesserliche Nationalsozialisten, aber solche Leute „gibt es auch in Frankreich und Großbritannien, denn Naumann ist von dort finanziell unterstützt worden.“ Von der Möglichkeit einer neuen nationalsozialistischen Machtergreifung könne jedenfalls überhaupt keine Rede sein. Adenauer betonte, daß die Bundesrepublik ein zuverlässiger Baustein Europas und ein treuer dankbarer Partner Amerikas sei. [...]

2. Juli 1953

Regierungsprogramm für Wiedervereinigung

Erklärung Adenauers vor dem Bundestag/ SPD fordert gemeinsames Vorgehen/ Große außenpolitische Debatte.

[...] Die Bundesregierung wolle der Bevölkerung in der Ostzone versichern, daß sie im Sinne des Bundestagsbeschlusses vom 10. Juni für die Wiedervereinigung wirken wolle. Ihr Appell an die Westmächte habe die volle Übereinstimmung mit diesen Forderungen gebracht. Bei dieser Gelegenheit erinnerte der Kanzler an die Präambel des Deutschlandvertrages, worin sich auch die Westmächte verpflichten, gemeinsam mit der Bundesregierung auf die Wiedervereinigung Deutschlands hinzuwirken.

Daß in dieser entscheidenden Frage der deutschen Wiedervereinigung eine solche Harmonie zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik bestehe, sei der Erfolg der bisherigen Außenpolitik der Bundesregierung, sagte Adenauer. Der Aufstand in der Ostzone sei Anlaß, über die Außenpolitik Rechenschaft abzulegen. Ihren gegenwärtigen Standpunkt darzustellen und ihre künftigen Ziele zu erläutern.

Nach 1945 sei es Aufgabe jeder deutschen Regierung gewesen, Deutschland wieder einen angesehenen Platz unter den Völkern zu verschaffen und es vom Objekt der Weltpolitik wieder zu einem selbstständigen Partner zu machen. Dieser Weg sei hart und dornenvoll gewesen, und er sei noch nicht abgeschlossen, da die Verträge noch nicht in Kraft seien. Dennoch sei die Bundesrepublik auf den meisten Gebieten tatsächlich Herr ihrer eigenen Entscheidungen. [...]

21. Oktober 1953

Kanzler tritt für Politik des Ausgleichs ein/ Regierungserklärung vor dem Bundestag: Verwirklichung der deutschen Unabhängigkeit und Wiedervereinigung/ Eingliederung in Europäische Gemeinschaft/ Soziale Marktwirtschaft wird fortgesetzt/ Umfassende Sozialreform, Erhöhung des Sozialprodukts und Steuerreform angekündigt/ Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge gefordert. [...]

Auf außenpolitischem Gebiet nannte der Kanzler drei Probleme: 1. die Herstellung der Unabhängigkeit der Bundesrepublik 2. Die Wiedervereinigung Deutschlands und 3. Die Integration Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft und Zusammenschluß des freien Europas. Unter Hinweis auf die hier erfolgte Ratifizierung erhob der Kanzler die Forderung nach Unabhängigkeit der Bundesrepublik. Daß die Wiedervereinigung oberstes Ziel der Regierung bleibe, unterstrich Dr. Adenauer mit seinen Bemühungen, eine Viererkonferenz zustandezubringen. Er gab der festen Zuversicht Ausdruck, daß der EVG-Vertrag in den kommenden Monaten ratifiziert werde. Die Bestrebungen zur europäischen Integration ständen in keinem Widerspruch zur Wiedervereinigung Deutschlands. Auf der Grundlage des EVG-Vertrages könnten der Sowjetunion Sicherheitsgarantien geboten werden, die sie noch für notwendig hielte. Abschließend kündigte der Kanzler die deutsch-französischen Saarbesprechungen für die nächste Zeit an.

Der Bundeskanzler erklärte im Einzelnen laut dpa: „Das oberste Ziel der Bundesregierung bleibt die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit.“ Der Kanzler betonte, daß das deutsche Volk die Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen werde. „Die mit der Oder-Neiße-Linie zusammenhängenden Probleme sollen nicht mit Gewalt, sondern ausschließlich auf friedlichem Wege gelöst werden. Die Bundesregierung wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um eine Viererkonferenz zustandezubringen.“ [...]

„Das deutsche Volk zeigte politische Reife“

Mit einer Analyse des Wahlergebnisses leitete der Bundeskanzler den innenpolitischen Teil seiner Regierungserklärung ein. Ein besonders hervorstechendes Merkmal der Bundestagswahl sei die Niederlage der links- und rechtsradikalen Parteien, die nicht mehr in den Bundestag zurückgekehrt sind. „Auf dieses Ergebnis kann das deutsche Volk stolz sein [...] Das

deutsche Volk hat bei den Wahlen ein hohes Maß an politischer Reife und Urteilskraft bewiesen.“

21. Dezember 1953

„Rückblick des Kanzlers auf 1953/ Adenauer erwartet wichtige Schritte im kommenden Jahr. Bonn (20. Dez.): Das amtliche ‚Bulletin‘ der Bundesregierung veröffentlichte am Samstag das Vorwort des Bundeskanzlers zu dem in den nächsten Tagen erscheinenden Tätigkeitsbereich der Regierung für das Jahr 1953, in dem Adenauer zur Innen- und Außenpolitik seines Kabinetts ausführlich Stellung nimmt.

Konrad Adenauer sprach darin die Hoffnung aus, daß im kommenden Jahr weitere wichtige Schritte auf dem Weg zur Einheit Deutschlands, zur europäischen Integration und zur Herstellung der restlosen Unabhängigkeit Deutschlands getan würden.

Der Kanzler würdigte zunächst den Ausgang der Bundestagswahlen als einen Volksentscheid über die Politik der vergangenen vier Jahre und fuhr dann fort: „Es ist auch an der Schwelle des Jahres 1954 keine Zeit, auf Lorbeeren auszuruhen. Deutschland ist noch immer im Wiederaufbau begriffen und wird noch lange an seiner materiellen Sicherung und vor allem an seiner geistig-sittlichen Gesundung zu arbeiten haben. Doch stehen wir am Anfang einer neuen Phase dieser Bemühungen.“

[...] In gleicher Weise wie die Innenpolitik sei auch der außenpolitische Kurs der Bundesregierung im Jahre 1953 vom deutschen Volk gebilligt worden. Er sei durch die Begriffe „Wiedervereinigung Deutschlands in Einheit und Freiheit“ und „europäische Zusammenarbeit“ umrissen. Es sei eine Verkennung der realen Möglichkeiten und Gegebenheiten und ein fundamentaler Irrtum zugleich, wolle man einen Gegensatz zwischen Wiedervereinigung und europäischer Integration konstruieren. [...]

Angesichts der zukünftigen Verhandlungen der vier Mächte „fühlen wir uns im Einklang mit dem Willen des ersten und des zweiten Bundestages an den Auftrag gebunden, unsere nationale und staatliche Einheit zu wahren und gleichberechtigt in einem vereinigten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Freie Wahlen für ganz Deutschland müssen der erste Schritt zu einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands sein.

5. Juli 1954

Bonn erwartet Aufhebung des Besatzungsstatuts

[...] Psychologische Wirkung gegenüber Frankreich beabsichtigt

Die anglo-amerikanische Erklärung über die Aufhebung des Besatzungsstatuts sehen hiesige Regierungskreise als den einfachsten und daher besten Weg für den Fall an, daß sich die Erklärung der französischen Nationalversammlung zu den Westverträgen verzögert. Die Auflösung der Koppelung zwischen den beiden Vertragswerken würde neue Ratifikationen in den Parlamenten, auch im Bundestag, erforderlich machen. Außerdem ist mit dem anglo-amerikanischen Schritt nicht mehr als eine psychologische Wirkung gegenüber Frankreich beabsichtigt. In jedem Falle müssten nach dem Scheitern der Westverträge die Beziehungen der Besatzungsmächte zur Bundesrepublik in neuen Verträgen ihren Niederschlag finden. Zu Pariser Erklärungen, daß Frankreichs Stellung als Besatzungsmacht nicht aufgehoben oder übergangen werden könnte, schweigt man hier, da eine Stellungnahme offenlegen würde, ob man bereit ist, das Risiko einer Aufspaltung der Bundesrepublik einzugehen.

Günstige Verhandlungsbasis angestrebt

Amtliche Kreise räumen auch ein, daß eine „Souveränität“ im klassischen Sinne für die Bundesrepublik kaum in Betracht kommen dürfte, sondern in welcher Form immer, nur die im Generalvertrag zugestandenen Rechte, die durch die Viermächteabkommen der Siegermächte begrenzt sind. Allerdings würde dies bereits eine wesentlich günstigere Verhandlungsbasis für die deutsche Seite schaffen, wenn dann über die Aufrüstung mit den USA oder Großbritannien allein oder unter Beteiligung der Beneluxstaaten verhandelt wird.

SPD gegen Irreführung des Volkes

Von sozialdemokratischer Seite wendet man sich gegen die „Irreführung des deutschen Volkes“, die in der jüngst wieder von Staatssekretär Hallstein aufgestellten Behauptung erblickt wird, als gäben die Verträge dem Bund „Gleichberechtigung, Souveränität und Sicherheit“. Der Behauptung Hallsteins, die oberste Gewalt werde nach dem Generalvertrag auf den Bund übertragen, werden die Vorbehalte der Alliierten gegenübergestellt, die sich auf „die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte in Bezug auf die Stationierung der Streitkräfte, Berlin und Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung“ beziehen. [...]

5. Juli 1954

Bonner Betonung

Leider hat es auch Bundeskanzler Dr. Adenauer für notwendig gehalten, seinerseits ein nur notdürftig verpacktes Ultimatum nach Westen zu schleudern. Die französisch-deutsche Freundschaft – wenn man von ihr überhaupt reden darf – steht leider nicht auf Beton. Adenauers barsche Forderung: entweder „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ in der jetzt vertraglich festgelegten Form oder „deutsche Nationalarmee“ hat denn auch das ohnehin wache Mißtrauen Frankreichs noch hellhöriger gemacht. Die Warnung der Pariser Abendzeitung „Le Monde“, daß Frankreich immer noch Besatzungsmacht in Deutschland ist, klingt deutlich genug.

9. Juli 1954

Unsere Glosse: Wotan und der Fußball

Es war zu befürchten, daß eine Menge Leute den Sieg unserer Fußballer bei den Spielen um die Weltmeisterschaft zu einem „nationalen Ereignis“ umempfinden würden; unter dem Motto etwa „Zwei Welkriege haben wir verloren, aber jetzt haben wir doch gesiegt“. Nun hat auch der Fußballverbands-Präsident, Dr. Peco Bauwens, in München bei einem Empfang für die Weltmeister-Elf in dieses „teutsche“ Horn gestoßen. Die folgende Glosse zu dieser Rede entnehmen wir der „Süddeutschen Zeitung“, München:

„Manche unserer Sportführer haben ein besonderes Talent, nach großen Siegen Töne anzuschlagen, die man kaum noch mit dem verständlichen Überschwang der Begeisterung entschuldigen kann. Warum löst denn bei uns eine Fußball-Weltmeisterschaft neben der natürlichen und berechtigten Freude Reaktionen aus, die im Interesse des von politischen Absichten und nationalistischem Eifer freien echten Sportgeistes besser unterbleiben würde. Den Rahmen zu wahren, lernt man hierzulande wohl sehr schwer, obwohl die sportoffiziellen Festredner leicht auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben könnten, sähen sie mehr in die Herzen unserer Sportler und unserer mit Recht begeisterten Jugend als auf Effekthascherei. Schade, daß Fußballverbandspräsident Dr. Peco Bauwens beim leider nicht sehr glücklichen Festabend im Münchner Löwenbräukeller, zu Ehren der deutschen Fußballmannschaft

gegeben, eifriges Wasser auf die Mühlen jener goß, die uns bei jeder passenden Gelegenheit sagen, wir hätten aus der Vergangenheit nicht viel gelernt.

Bauwens beschwor mit überflüßigem Pathos den alten Germanengott, der uns bei den sechs Spielen in der Schweiz beigestanden habe, und erzählte, seine elf wackeren „Knaben“ („Ich darf euch doch so nennen?“) hätten beim Spiel gegen Ungarn die deutsche Fahne eben im Herzen getragen, als sie vom Stadiondach gestohlen worden war. In dieser Tonart ging es treu-deutsch weiter. Gottlob, daß es der großen Öffentlichkeit dank der überschrittenen Sendezeit erspart blieb, über den Rundfunk die peinlich wirkenden Redewendungen des DFB-Präsidenten, mehrfach einem sattsam bekannten Sprachschatz entstammend, anhören zu müssen.

Welch ein Kapital hätte man doch im guten Sinne aus der von Herzen kommenden, ohne Propagandatrommeln entfachten Begeisterung schlagen können, mit der über hunderttausend Münchener am Dienstag die 22 Mitglieder der deutschen Nationalmannschaft mitsamt ihrem Trainer Sepp Herberger überschütteten. Noch selten war bei uns die Gelegenheit so günstig, auch Minister und Stadtväter zur Anteilnahme an Sportproblemen – gerechtere Verteilung der Toto-Überschüsse, Bau von dringend notwendigen Sportanlagen – zu gewinnen! Hoffentlich ist die große Chance jetzt nicht durch eine solche Entgleisung verdorben.“

6. Mai 1955

Das Besatzungsregime ist beendet. Proklamationen der Westmächte und der Bundesregierung/ Generalvertrag und Saarabkommen in Kraft.

[...] Die fünf Fraktionen des Bundestages gaben zu dieser Mitteilung kurze Erklärungen ab. Am Nachmittag um 15 Uhr wurde am Dienstsitz des Bundeskanzlers, dem Palais Schaumburg, die Flagge der Bundesrepublik gehißt. Bundeskanzler Adenauer verlas eine „Proklamation der Bundesregierung zum Tag der Souveränität“. Gleichzeitig fanden in allen Bundesministerien Veranstaltungen statt. [...]

Die Proklamation der Bundesregierung

Die Proklamation hat folgenden Wortlaut: „Heute, fast zehn Jahre nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch des Nationalsozialismus endet für die Bundesrepublik die Besatzungszeit. Mit tiefer Genugtuung kann die Bundesregierung feststellen: Wir sind ein freier und unabhängiger Staat. Was sich auf der Grundlage wachsenden Vertrauens seit langem vorbereitete, ist nunmehr zur rechtsgültigen Tatsache geworden. Wir stehen als Freie unter Freien, den bisherigen Besatzungsmächten in echter Partnerschaft verbunden.“ [...]

„Mit der Bundesregierung gedenken in dieser Stunde 50 Millionen freie Bürger der Bundesrepublik in brüderlicher Verbundenheit der Millionen Deutschen, die gezwungen sind, getrennt von uns in Unfreiheit und Rechtlosigkeit zu leben. Wir rufen ihnen zu: Ihr gehört zu uns, wir gehören zu euch. Die Freude über unsere wiedergewonnene Freiheit ist so lange getrübt, als diese Freiheit euch versagt bleibt. Ihr könnt euch immer auf uns verlassen, denn gemeinsam mit der freien Welt werden wir nicht rasten und ruhen, bis auch ihr die Menschenrechte wiedererlangt habt und mit uns friedlich vereint in einem Staate lebt.“ [...]

„In dieser Stunde gedenken wir der vielen Deutschen, die immer noch das harte Los der Kriegsgefangenschaft tragen müssen. Wir werden alles daran setzen, daß auch ihnen bald die Stunde der Befreiung schlägt.“ [...]

„Freiheit verpflichtet. Es gibt für uns im Inneren nur einen Weg; den Weg des Rechtsstaates, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit. Es gibt für uns in der Welt nur einen Platz: an der Seite der freien Völker. Unser Ziel ist: In einem freien und geeinten Europa ein freies und geeintes Deutschland.“

7.-8. Mai 1955

Kleine Bilanz eines Jahrzehnts. Von Karl Gerold

Der 8. Mai ist ein Gedenktag. Es ist der Tag, an dem vor zehn Jahren die deutsche Armee, die in vielen Siegen den europäischen Kontinent vom Atlantik bis zum Kaukasus unterworfen hatte, gezwungen war, durch ihre letzten Vertreter aus dem „Führerhauptquartier“ die bedingungslose Kapitulation zu unterschreiben. Wir haben keinen Anlaß, diesen Jahrestag zu betrauern oder zu feiern. Wir haben auch keine Veranlassung dazu, an diesem Tag in echte oder gemimte Selbstvorwürfe auszubrechen. Was wir aber – jeder einzelne von uns – zu tun haben, ist dies, daß wir uns als miterlebende und mitleidende Zeitgenossen darüber Gedanken machen, wieso es überhaupt möglich war, daß unser Volk als Kulturvolk in aller Welt angesehen, solchen Tag erleben mußte. Es ist notwendig, daß wir diesen Tag, den Sonntag des 8. Mai 1955, zu einem Tag der Selbstbesinnung erheben.

Nationale Gefühlsausbrüche dürfen hier keine Rolle spielen. Wichtig ist einzig und allein, daß wir uns vergegenwärtigen, wir sehr alle davon betroffen sind – gleichgültig, ob wir für oder gegen diesen Hitler waren. Daß dieser Hitler und seine Ergebnisse bei uns möglich waren – das ist die wirkliche nationale Katastrophe.

Vergessen hilft nicht.

Viele sind unter uns, die sich bemühen, Geschehenes durch Vergessen auszulöschen. Das hilft uns nicht. Tatsachen bleiben Tatsachen. Viele sind unter uns, die das bei uns Geschehene mit Ungerechtigkeiten oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit bei anderen Nationen zu beschönigen versuchen. Das hilft uns nicht. Es beweist höchstens, wie weit die Menschlichkeit in ihrem derzeitigen Zustand noch von wahrer Menschlichkeit entfernt ist. [...] Erinnern wir uns aber wirklich so, daß wir die richtigen Konsequenzen ziehen? Wir fürchten – nicht immer! Wir fürchten, daß viele von uns heute so stark in der Vorstellung vom „deutschen Wirtschaftswunder“ leben, daß sie vergessen, wie sich die Zeiten ändern können. Wir fürchten, daß viele unter uns sind, die mit anderen, mit demokratischen Vorzeichen, derselben Hybris verfallen, die in der Hitlerzeit im Schwange war. Wir fürchten, daß sich in unserem politischen Leben nach dem Gesetz der Trägheit, nach dem Gesetz des innerlich noch nicht verarbeiteten Hitlerismus, der sich in anderen Formen durchzusetzen anschickt, eine Restauration entwickelt, die imstande sein könnte, die durch die Niederlage 1945 gewonnene Freiheit in Unfreiheit umzuwandeln.

Davor hat der besorgte Zeitgenosse zu warnen – dagegen hat er sich zu stemmen. Vergessen wir nicht das Ausmaß der unseligen Spaltung, in der wir uns befinden. In wesentlichen nationalen Fragen ist der Widerspruch zwischen Regierung und Opposition bis zum Unerträglichen versteinert. Hinzu kommen die Spaltung zwischen Bundesrepublik und Ostzone, die Abtrennung der Gebiete östlich der Oder-Neiße und schließlich das leidige Saarproblem. Das alles sind die Folgen des Hitlerismus. Diese können aber nicht überwunden werden, wenn wir uns – wie schon einmal – selbst überheben. Das ist nur möglich, wenn wir – im Innern wie auch nach außen – erkennen, daß wir unseren alten imperialen Machtanspruch endgültig aufgegeben haben. Wenn wir einsehen, daß es uns besser ansteht, nachdenklich und bescheidener zu sein.

6.-7. April 1957

Kanzler besteht auf Ausrüstung mit Atom-Waffen

Auch Atombomben und Raketen für die Bundeswehr?/ Bonn über Londoner Verteidigungspläne verärgert.

Dr. Adenauer griff am Freitag in die anhaltend heftigen Auseinandersetzungen über die Bonner Rüstungspläne ein. Vor der in- und ausländischen Presse bezeichnete der Kanzler die Ausstattung der Bundeswehr mit nuklearen Waffen als eine angesichts der fortschreitenden Waffentechnik unumgängliche Notwendigkeit.

Obwohl Dr. Adenauer zunächst sehr betont zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen unterschied, schloß er die spätere Ausrüstung der Bundeswehr mit Atombomben oder Atomfernraketen als strategischen Kampfmitteln nicht aus.

Verärgert

Der Kanzler bezog sich in seinen Ausführungen mehrfach auf die Umrüstungspläne Großbritanniens. Nach Ansicht unterrichteter Kreise geht dies unter anderem auf die Verärgerung zurück, mit der man in Bonn die Bekanntgabe des britischen Weißbuches über die Verteidigungspolitik zur Kenntnis genommen hat. Die Regierungsparteien sehen ihre Position jetzt insofern beeinträchtigt, weil mit dem erklärten Ziel Großbritanniens, die Wehrpflicht abzuschaffen, der Opposition ein zugkräftiges Argument in die Hand gegeben wird. Der Kanzler sagte, die Bundesrepublik sei nicht imstande, die Entwicklung Großbritanniens zu einer nuklearen Macht zu stoppen. Man könne nur versuchen, eine Entspannung zwischen Ost und West herbeizuführen. Diese Entspannung aber werde nicht erreicht, wenn die Bundesrepublik darauf verzichte, die Bundeswehr mit neuen „normalen“ Waffen auszurüsten. Die taktischen Atomwaffen seien im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie. [...]

11.-12. Mai 1957

Kein Atomwaffen-Verzicht Bonns/ Regierung gegen Vorleistung für Abrüstungsabkommen.

[...] Die Bundesregierung lehnte in Übereinstimmung mit der Koalition den Verzicht auf die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden und die atomare Ausrüstung der Bundeswehr ab, weil sich das Problem der atomaren Bewaffnung im Falle des Abrüstungsabkommens von selbst erledigte. Die Opposition dagegen wollte mit dem freiwilligen Verzicht auf die nukleare Bewaffnung den Abrüstungsappell an die Atommächte der Welt bekräftigen und dadurch eine Verständigung erleichtern helfen.

[...] Angesichts der drohenden Selbstvernichtung forderte der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid den Kanzler auf, zur Regierungspolitik vom Herbst 1954 zurückzukehren, als der Kanzler den Verzicht nicht nur auf die Herstellung, sondern auch auf den Gebrauch von Atomwaffen damit begründet habe, daß die Bundesrepublik den anderen Staaten vorangehen wollte. [...]

27. Januar 1958

Auszüge aus den Reden von Bundeskanzler Adenauer/ Thomas Dehler und Gustav Heinemann.

Adenauer:

„[...] Wir Deutsche sollen uns doch nichts einbilden, als wenn wir das Schicksal der Welt in der Hand hätten... Der große Gegensatz, der leider Gottes in der Welt besteht, das ist doch der Gegensatz zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Und um alles das gruppieren sich die kleinen Völker, zu denen auch wir gehören – wir sind doch keine Großmacht mehr, es gibt überhaupt keine europäische Großmacht mehr, meine Damen und Herren, um alles das gruppieren wir uns herum. Es fällt darum den Vereinigten Staaten, besonders auch in der NATO, von selbst die Führung zu... [...]

Nach unserer Auffassung muß jeder mögliche Weg ertastet und mit größter Geduld gesucht werden, der eine wenn auch geringe Aussicht bietet, um eventuell stufenweise zu einer

allgemeinen kontrollierten Abrüstung sowohl der konventionellen wie der atomaren Waffen zu kommen. Das ist die Richtlinie unserer Außenpolitik.

Dehler (FDP): Will Adenauer überhaupt die Einheit?

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selten hat mich etwas so traurig gestimmt wie die heutigen Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers. Schlecht war die Form, in der diese politische Aussprache vor dem heutigen Tage und heute stattfand, und es gibt keine Entschuldigung dafür. [...] Man muß sich erst wieder vor Augen stellen, wie ernst es ist. Ich meine: Der gegenwärtige Abschnitt der Nachkriegsgeschichte und der Geschichte der Bundesrepublik wie der Geschichte der weltpolitischen Entwicklung ist entscheidend. Wenn je, dann müssen wir jetzt sorgfältigst überlegen, ob der bisherige Weg weitergegangen werden kann. Der bisherige Weg hat dazu geführt, daß die Lage immer ernster geworden ist. Er führt zur Verhärtung der Weltlage, zum Wettlauf der Rüstungen mit den unabsehbaren Folgen auf allen Gebieten, nicht nur militärischen, sondern auch politischen und wirtschaftlichen Folgen, mit der Folge – das ist meine Überzeugung –, daß Deutschland auf Generationen hin zerrissen wird. Was uns heute von der Bundesregierung gesagt worden ist, was heißt denn das anderes, als daß dieser Weg weitergegangen wird!? Man sieht zwar in der Ferne eine Abrüstung. Aber zu der Abrüstung will man dadurch kommen, daß man zunächst aufrüstet, daß man sogar atomar aufrüstet. [...]

Gustav Heinemann (SPD)

Nun erstaunt es mich, nein, ich muß so sagen: Es macht mich bis ins Tiefste betroffen, mit welcher Selbstverständlichkeit Sie im Begriff sind, auf eine atomare Bewaffnung hier in Deutschland zuzugehen. Steht Ihnen überhaupt nicht zur Überlegung – und zwar so zur Überlegung, daß Sie sich getrauen möchten, das hier auch einmal auszusprechen –, daß die Massenvernichtungsmittel von heute einfach keine Waffen mehr sind? Herr von Brentano hat das am vergangenen Sonntag in seiner Berliner Rede laut Bulletin sogar wörtlich so gesagt. Wenn das eben keine Waffen mehr sind, sondern wenn das etwas ganz anderes ist, dann können Sie doch unmöglich in dieser Selbstverständlichkeit auf solch eine ‚Bewaffnung‘ zugehen. [...]

Der Untergang Deutschlands – das ist unsere Sorge – kann kommen, wenn nicht endlich wenigstens mit dem Wettrüsten Schluß gemacht wird, wenn nicht endlich einmal in all diese Entwicklungen, von denen Sie selber sagen, daß sie sich bis heut zum Bösen ausgetragen haben, ein Stopp und ein Haltepunkt kommt“.

21. März 1958

Bonn bleibt auf unverändertem NATO-Kurs.

Atomwaffen befürwortet/ Keine eigenen Abrüstungspläne/ Außenpolitische Bundestagsdebatte

[...] Der Bundeskanzler befasste sich in seiner etwa einstündigen Rede fast ausschließlich mit den militärischen Absichten der NATO. Seiner Ansicht nach gipfelten alle Fragen, die in den Wochen seit der ersten außenpolitischen Debatte vom 23. Januar aufgeworfen worden sind, in der Frage, ob die Bundesregierung in der NATO bleiben sollte oder nicht. Der Kanzler sagte, der Nordatlantikpakt stehe vor einer strategischen und waffentechnischen Umorganisation, die für die militärische und politische Entwicklung entscheidend sei. Nach Meinung des Kanzlers ist eine Verteidigung des Westens zwecklos, wenn ein wichtiger Teil des Verteidigungssystems angesichts der nuklearen Ausrüstung des potentiellen Gegners nicht Waffen gleicher Stärke besitze. Ohne daß sich eine Hand zum Beifall rührte, sagte Dr. Adenauer, wenn die strategische Planung der NATO auch von der Bundesrepublik verlange,

daß sie von der Fortentwicklung der Waffentechnik Gebrauch mache, und wenn sich die Bundesrepublik weigere, das zu tun, dann scheide sie damit aus der NATO aus.

Mit heftigen Worten wandte er sich gegen die These, daß es nur eine Wahl zwischen Atomtod und Verzicht auf die nukleare Bewaffnung gebe. Es gebe die dritte Möglichkeit, so sagte der Kanzler, den Atomkrieg zu verhindern. Er stütze sich dabei auf die alten militärischen Überlegungen, die im Rahmen der Politik der Stärke auch als das einzige Mittel zur Wiedervereinigung Deutschlands bezeichnet worden waren, ohne daß der versprochene Erfolg eingetreten ist.

Die Pläne für die Schaffung einer atomwaffenfreien und militärisch entspannte Zone tat Dr. Adenauer mit der Bemerkung ab, er halte es nicht für opportun, in diesem Zeitpunkt darauf einzugehen. Dadurch würde nur der allgemeine Wirrwarr vergrößert werden. Uneingeschränkter Beifall von allen Seiten hatte der Kanzler bei seinem Appell, doch endlich den deutschen Größenwahn beiseite zu legen. [...]

22.-23. März 1958

Entscheidung für Atomwaffen löst Tumulte aus. CDU lehnt auch bedingten Verzicht ab/ der 2. Tag der Bundestagsdebatte

[...] Die Politik der Stärke sei in Wirklichkeit eine Politik der Selbstbehauptung. Man möge über die NATO denken, was man wollte, solange es nichts Besseres gebe, ‚bleiben wir drin‘. Man müsse wachsam und bereit sei. Auch könne die Politik der Abschreckung ein Faustpfand bei Verhandlung sein. (Schneider, DP-Abgeordnete)

[...] Bewegt ging Schmid auf die Äußerungen des DP-Abgeordneten Schneider (Bremerhaven) ein, der ihm, Schmid, unwürdige Selbstbezeichnungen bei seinem Aufenthalt in Warschau vorgeworfen habe. Nationale Würde bestehe unter anderem auch darin, so sagte Schmid, daß man sich zur Gesinnung seines Volkes bekennt, auch vom Dunklen dieser Geschichte spreche und dann dieses Dunkle dunkel nennt und nicht hell. Der letzte Krieg sei begonnen worden durch das nationalsozialistische Deutsche Reich, rief Schmid aus.

Was im Kriege im Namen des deutschen Volkes getan worden sei, fuhr Schmid fort, das seien keine Fehler gewesen, wie Schneider erklärt habe, sondern Verbrechen, Millionen Polen seien umgebracht worden. [...] Schneider warf in einem Zwischenruf ein: „Und wie viele Deutsche sind umgebracht worden?“

Helmut Schmidt: „Wenn Sie von der Einheit der NATO reden, dann meinen Sie atomare Bewaffnung der Bundeswehr, und wenn Sie dies meinen, dann meinen Sie nur die militärische Macht um dieser Macht willen! [...] Hüten wir uns vor so machtbesessenen Nachfolgern wie Strauß, und hüten wir unser Gemeinwesen vor solchen Abendländern wie Dr. Jaeger.“ Die Atomwaffen wären in ihren Händen nicht weniger gefährlich als in den Händen irgendeiner Macht.

[...] Jede Regierung, auch die der Sowjetunion werde jedes Risiko ernst abwägen. „Aber manche ihrer Reden könnten in anderen Hauptstädten die sorgenvolle Frage auslösen, wie lange man dem noch zusehen kann, was sich hier entwickelt.“ Man dürfe nicht den Eindruck erwecken, daß die Bundesrepublik danach strebt, selbst militärische Großmacht zu werden. Den Vorschlag des Ministers Strauß, wenigstens der Anschaffung von Atomraketen für die Luftabwehr zuzustimmen, lehnte Schmidt kategorisch ab. „Wer damit anfängt, hört eines Tages mit Wasserstoffbomben auf“. Unter anhaltender Unruhe des Hauses schloß der SPD-Sprecher mit dem Wort an die Koalitionsfraktionen: „Legen Sie endlich ihren deutschnationalen Größenwahn ab!“

18. Juni 1958

Gegen die Normalisierung eines Notstandes

Feier zum 17. Juni in der Frankfurter Paulkirche/ Forderungen an die westdeutsche Politik.

Wenn die Wiedervereinigung Bestandteil der Entspannungspolitik sein sollte, dann müsse die innerdeutsche Unruhe ein Bestandteil der internationalen Politik werden, erklärte der Berliner Bundestagsabgeordnete Kurt Mattick bei der Frankfurter Paulskirchenfeier zum 17. Juni. Mattick kritisierte die Tendenz zur Normalisierung in der Bundesrepublik. Man mache es sich hier gemütlich und derweilen werde aus dem bundesdeutschen Provisorium ein definitiver Staat. Dagegen gelte es zu bedenken, daß die deutsche Situation einen Staatsnotstand darstelle, und einen Notstand könne man nicht normalisieren.

Die westdeutsche Politik solle alles daransetzen, sagte Mattick, das Anormale des gegenwärtig bestehenden Zustandes sichtbar zu machen. Mattick wandte sich entschieden gegen das bequeme Zweckdenken. Viele Menschen in Westdeutschland sprächen schon gar nicht mehr von der Lage in Berlin und in der Zone. Dem entgegenzuwirken forderte Mattick, die Unruhe und den Widersinn des Zustandes zu betonen, etwa, indem man die deutsche Außenpolitik auch nach Berlin verlege. [...]

2. Januar 1959

Heuss: Berlin ist eine europäische Position. [...]

Bundespräsident Theodor Heuss widmete einen großen Teil seiner traditionellen Neujahrsansprache am Silvesterabend der Sorge des deutschen Volkes um die Freiheit Berlins. In seiner Rede, die von allen Sendern der Bundesrepublik ausgestrahlt wurde, sagte der Bundespräsident, diese Sorge überschatte uns völlig. Sie quäle seit Mitte November unsere Seele und sei nicht nur für die Deutschen eine Last geworden, sondern habe die Regierungen der halben Welt vor die schwierigsten Fragen gestellt.

Jeder spüre, daß Berlin ganz einfach nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Position sei. Nach Ansicht von Heuss bleibt trotz der Pariser Außenministerkonferenz, auf der die sowjetischen Berlin-Vorschläge abgelehnt wurden, und trotz der Beschäftigung dieser Haltung durch die NATO, „doch die allen gemeinsame Aufgabe, mit Phantasie und elastischer Zähigkeit im Gespräch mit den Russen die Wege zu suchen, die deutschen Fragen in ihrer deutschen und damit zugleich in ihrer europäischen Bedingtheit politisch zu regeln.

Niemand dürfe verkennen, daß es in den nächsten Monaten zu manchen Schwierigkeiten kommen werde. Das Wort vom ‚Nervenkrieg‘ sei kein Spruch der Verlegenheit, es lebe aus seinem eigenen Arsenal: „Die Russen erklären gerne, sie seien ‚Realisten‘. Dieser ihr ‚Realismus‘ kann aber anders gedeutet werden als die Zuversicht auf eine ihnen genehme Wirklichkeit von morgen. Die Vorstellung, ein West-Berlin mit eigener Währung, umgrenzt von einer Welt, die es praktisch immerzu abschnüren kann, als einen Faktor der Entspannung vorzuführen, kann von keinem Mann im Kreml geglaubt werden – sie ist eine propagandistische Zweckillusion.“

Der Bundespräsident wies darauf hin, daß die Schuld an dieser ganzen problematischen Situation die Folge kurzschlüssiger Entscheidungen der Alliierten von Teheran und Jalta seien. An dem Elend des Vaterlandes und der tiefen Zerklüftung der Seelen unseres Kontinents sei jedoch niemand anders schuld als Hitler. [...]

9. April 1959

Adenauer: Keine neue Außenpolitik

Bundeskanzler begründet seinen Entschluß/ Klage über London

[...] Betrachtungen über die außenpolitische Situation und das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien nahmen den überwiegenden Raum in der Ansprache des Kanzlers ein. Der Kanzler begann zunächst mit einer Erläuterung der Washingtoner Konferenzen, wobei er bestritt, daß die erzielten Ergebnisse die Folge einer versteiften deutschen Haltung seien. Der Kanzler wandte sich bei dieser Gelegenheit gegen eine illusionäre Außenpolitik und betonte, keine deutsche Regierung könnte einen Konföderationsplan der beiden deutschen Staaten akzeptieren. In Großbritannien werde bereits seit geraumer Zeit „die Stimmung gegen Deutschland – fast möchte man sagen – systematisch verschlechtert.“ [...] „Nur gegen uns und speziell gegen mich werden diese Angriffe immer stärker vorgetragen. Ich meine, wenn man Schicksalsgefährte geworden ist, sollte man derartige überflüssige und störende Momente aus der politischen Erörterung weglassen“. In einer solchen Situation, fuhr Adenauer fort, lege er ‚größten Wert‘ darauf, daß die Erinnerung an die Kriegsjahre endlich begraben werde und „die aus verschiedenen Quellen gespeiste Abneigung gegen Deutschland“ aufhöre.

18. Januar 1960:

Kanzler: Unpolitische Flegeleien

Rundfunkerklärung zu antijüdischen Aktionen/ Prügel empfohlen

Bonn, 17. Januar: In einer Erklärung über Rundfunk und Fernsehen der Bundesrepublik versicherte Bundeskanzler Adenauer am Samstagabend den Juden in Deutschland zu den antisemitischen Vorfällen, sie könnten völlig unbesorgt sein, denn die Bundesrepublik stehe mit ihrer ganzen Kraft hinter ihnen. „Ich bürgе Ihnen für dieses Wort“, fügte der Bundeskanzler hinzu, der in seiner Erklärung zwischen den antisemitischen Verbrechen bei der Schändung der Synagoge in Köln Weihnachten 1959 und den folgenden Vorfällen in der Bundesrepublik und im Ausland unterschied, die er „in den meisten Fällen Flegeleien ohne politische Grundlage“ nannte.

An alle Deutschen richtete der Kanzler die Aufforderung: „Wenn ihr irgendwo einen Lümmel erwischt, vollzieht die Strafe auf der Stelle und gebt ihm eine Tracht Prügel. Das ist die Strafe, die er verdient.“

Zur ausländischen Reaktion auf die antisemitischen Vorfälle in der Bundesrepublik sagte der Kanzler: „Unseren Gegnern im Ausland und den Zweiflern im Ausland sage ich, die Einmütigkeit des gesamten deutschen Volkes in der Verurteilung des Antisemitismus und des Nationalsozialismus hat sich in der denkbar geschlossenen und stärksten Weise gezeigt. Das deutsche Volk hat gezeigt, daß diese Gedanken und Tendenzen bei ihm keinen Boden haben. Dem Nationalsozialismus hat der größere Teil des deutschen Volkes in den Zeiten des Nationalsozialismus nur unter dem harten Zwang der Diktatur gedient. Keineswegs war jeder Deutsche ein Nationalsozialist. Ich glaube, das sollte man allmählich draußen erkannt haben. In dem deutschen Volke hat der Nationalsozialismus, die Diktatur keine Wurzel, und die wenigen Unverbesserlichen, die noch vorhanden sind, werden nichts ausrichten.“

21. Januar 1960

Carlo Schmid warnt vor billigen Entschuldigungen

[...] Daß sich diese Vorfälle ereignen konnten, ist, wie Carlo Schmid hervorhob, eine Schande, die dadurch nicht geringer werde, daß auch in anderen Ländern Wände mit Hakenkreuzen und mit Schmähungen des jüdischen Volkes befleckt worden seien. Carlo Schmid sagte: „Wir Deutsche haben kein Recht, mit dem Finger auf andere zu zeigen; anderswo sind unter dem Hakenkreuz zwar Rüpeleien vorgekommen, bei uns aber sind in seinem Zeichen sechs Millionen Juden ermordet worden. [...]“

12. August 1960

Gegen „Endlösung Bundesrepublik“

Freie Demokraten betonen provisorischen Charakter Westdeutschlands

Gegen die Tendenz führender Politiker der Regierungsparteien, neuerdings den provisorischen Charakter der Bundesrepublik systematisch zu bestreiten, wandten sich nach der SPD jetzt in Bonn mit aller Entschiedenheit auch die in der Opposition stehenden Freien Demokraten.

In ihrem Pressedienst weist die Partei auf das Grundgesetz hin, in dessen Präambel eindeutig festgestellt wurde, daß die Bundesrepublik geschaffen worden sei, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben. Jetzt aber würden „diejenigen belächelt, getadelt oder gar diffamiert“, die noch von dem provisorischen Charakter der Bundesrepublik sprächen. Mit dem Gerede von einem eigenen westdeutschen Staat aber, fährt der Pressedienst fort, werde nicht nur von Westdeutschland her die deutsche Spaltung zementiert, sondern auch das Geschäft der Ost-Berliner Machthaber besorgt, nämlich die Verwirklichung von zwei deutschen Staaten. Die Vertreter eine ‚Endlösung Bundesrepublik‘ beschleunigten auf diese Weise eine unheilvolle Entwicklung, deren Auswirkungen für das deutsche Volk gar nicht abzusehen seien.

Die Freien Demokratien sähen schon mit Sorgen den Tag voraus, an dem die „Zitierung der Bundesrepublik als Provisorium“ in Westdeutschland den Tatbestand des Landesverrats erfülle, während doch im Artikel 146 des Grundgesetzes eindeutig gesagt sei: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tag, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen ist.“

CDU/CSU widerspricht Jaspers

Ein Sprecher der CDU-CSU-Bundestagsfraktion hat am Donnerstag die Ansicht des Philosophen Professor Karl Jaspers zurückgewiesen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands ‚irreal sei‘. Der Sprecher sagte, man könne sich nicht vorstellen, daß Jaspers eines der elementarsten Rechte, das Selbstbestimmungsrecht, nicht anerkennen wolle. Die CDU/CSU werde nicht aufhören, sich für das Selbstbestimmungsrecht und damit für die Wiedervereinigung einzusetzen.

SPD: Kurzschlüssige Fehlleistung

Im SPD-Pressedienst schreibt Dr. Arndt, die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit mit einer Restauration der Bismarckschen Staatsvorstellung zu verbinden, sei eine ‚kurzschlüssige Fehlleistung‘, die keine Selbstbesinnung bei einem so namhaften Denker wie Jaspers erkennen lasse. Einem Philosophen stehe es schlecht zu Gesicht, die Tiefgründigkeit einer europäischen Katastrophe so zu simplifizieren und mit einer banalen Strafaktion gegen das deutsche Volk aus der Welt diskutieren zu wollen.

FDP: Irrige Vorstellung

Der Bundesvorsitzende der FDP, Dr. Mende, erklärt: „Professor Jaspers geht von der irrigen Vorstellung aus, daß es in einem kommunistischen Staat die Grund- und Freiheitsrechte im Sinne der westlichen Vorstellung geben könnte. Wenn also die bisherige Zweiteilung Deutschlands andauere, werde es auch bei der Unfreiheit der Menschen in Mitteldeutschland bleiben.“

27. August 1960

„Hat Jaspers recht?“ / von Conrad Ahlers

Dem Philosophen Karl Jaspers gebührt das Verdienst, durch seine provozierende These, die Forderung der Wiedervereinigung sei ‚irreal‘, sei ‚ein Gespenst der Vergangenheit‘, eine lebhaft diskutierte Diskussion in Gang gebracht zu haben. Aufgeschreckt durch den Sturm der Erregung, der dem Philosophen, der da glaubt, ‚daß unser Bundeskanzler in diesem wesentlichen Punkt dieselbe Auffassung habe‘, unerwartet kam und unverständlich schien, ist der berühmte Professor nun darangegangen, seine Lehrsätze auszuführen und zu erläutern. Er tut dies mit dem herausfordernden Mut und mit jener rücksichtslosen Einseitigkeit, die der europäischen Philosophie seit Jahrhunderten ihr Gepräge gibt.

Aber Jaspers hat keinen Grund, sich über die ‚Empörung‘, die das ihm ‚Selbstverständliche‘ ausgelöst hat, zu wundern. Nur an der Oberfläche, nur in der Hinnahme der gegenwärtigen weltpolitischen Lage in Sachen der deutschen Einheit, befindet er sich in Übereinstimmung mit den herrschenden Kräften seines Volkes. Seine Begründung dafür, daß man die Wiedervereinigung abschreiben müsse, wie seine weitergehenden Folgerungen, wir sollten auch die Oder-Neiße-Grenze akzeptieren, mußte ihn in einen scharfen Gegensatz zu denen bringen, die er an seiner Seite wähnte.

Diese Begründung lautet: „Die Besinnung verlangt die Anerkennung der Folgen eines Krieges, für dessen Anzettelung durch den Hitler-Staat und Durchführung durch die Generale wir als Bürger des Staates, der dieses tat, haften...“ Haftung ist nicht Schuld. Ertragen der Folgen ist nicht Strafe. Man kann sich auf ein Recht (der deutschen Einheit) berufen, das sich von etwas ableitet, das durch solchen Krieg unwiderruflich zerstört ist. Die Würde des vernünftigen Menschen liegt darin, daß er sich eingesteht, was geschehen und was getan ist. Die Würdelosigkeit bloßen Lebens liegt darin, einen Strich unter das Vergangene zu machen, zu vergessen und weiterzuleben aus dem bloßen Anspruch gegenwärtigen Daseins.

Gerade dies aber ist es, was heute weithin in Deutschland geschieht. Der Denkfehler dieses berühmten Denkers ist einfach: Er sieht in der Bundesrepublik etwas anderes, als sie ist und sein will. Er sieht sie als ein Kontrastprogramm nicht nur zur kommunistischen Diktatur in der DDR, sondern auch zur deutschen Geschichte seit 1871, eben zum Bismarckstaat, der sich in Weimar und im Dritten Reich fortsetzte und der ‚unwiderruflich Vergangenheit sei‘. Karl Jaspers bemerkt nicht, daß diese Bundesrepublik, die ‚beschwingende Neugründung eines deutschen Staates‘, in Wirklichkeit eine weitere Fortsetzung des Bismarck-Staates in verkleinertem Maßstab ist und daß ihre politischen Führer die Wiederherstellung der deutschen Einheit im Sinne Bismarcks betreiben. Womit sie ihr Ziel allerdings selbst in den Bereich des Unwirklichen verbannen.

Der moralischen Ansatz der Politik der Philosophen war es, der die Proteste herauslockte. Er wurde sogleich, teils bewußt, teils instinktiv, als ein Schlag gegen die geistigen Grundlagen der Bundesrepublik begriffen, noch bevor Karl Jaspers selbst erkennen konnte, was er angerichtet hatte, denn es ist unmöglich, sein politisches Sittengesetz nur auf den Fall der Wiedervereinigung zu beschränken. Die Oder-Neiße-Grenze – als Teil des polnischen Wiedergutmachungsanspruchs – mußte folgen, und wenn Jaspers wirklich ganz ernst machen wollte, dann würde er nicht bei der äußeren Politik stehen bleiben, sondern verlangen, daß auch im Innern mit dem ‚über Tod und Leben entscheidenden Ernst der moralischen Forderung‘ jene Entscheidungen abgebaut würden, die uns aus dem Bismarck-Staat überkommen sind, eben jene ‚Einheit von Militärmacht, Territorium, Wirtschaftsblüte und Scheinkonstitutionalismus‘, die noch heute wirkende Norm und nicht, wie Jaspers meint, Sache der Vergangenheit ist.

Gegen die moralischen Prinzipien, die Karl Jaspers zur Grundlage der deutschen Politik machen möchte, kann es keinen Protest geben. Deutschland und die Welt würden anders

aussehen, wenn man sich in Bonn und Ostberlin daran halten würde. Unser Widerspruch richtet sich gegen das wirklichkeitsfremde Bild von der Bundesrepublik, in der Karl Jaspers, wie vor ihm Hegel im preußischen Staat, offenbar das Wirken des Weltgeistes zu spüren scheint, sowie gegen seine Behauptung, daß die Forderung der Wiedervereinigung die Befreiung unserer Landsleute in Mitteldeutschland erschwere. Wir meinen, daß nur durch die Wiedervereinigung eine Änderung der Verhältnisse in der DDR zu erreichen sei.

Allerdings, dies würde voraussetzen, daß die Bundesrepublik von ihrer bisherigen Politik Abschied nimmt, die mehr und mehr an 1871 anknüpft. Dies würde den Willen voraussetzen, das Provisorische der Bundesrepublik im Auge zu behalten und nach einem neuen gesamtdeutschen Staat zu streben, der sozialer, liberaler und demokratischer sein müsste als die beiden deutschen Staaten, die aus den Trümmern des Hitler-Reiches hervorgegangen sind. Der Weg dorthin wird aber nicht über den deutschen Einheitsstaat führen, den die Bundesregierung mit ihrer Forderung nach freien Wahlen vorgezeichnet hat, sondern eher über eine deutsche Föderation, die einen Abbau des Ulbricht-Regimes und damit die Freiheit in Mitteldeutschland ermöglichen könnte.

14. August 1961

Senat appelliert an die Welt. Brandt: Pankow errichte Sperrwand eines Konzentrationslagers.

Berlin, 13. Aug. (dpa/ AP): Nach einer rund zweistündigen Sondersitzung des Berliner Senats sagte der Regierende Bürgermeister Brandt, der seine Wahlreise in Westdeutschland abgebrochen hatte, am Sonntagvormittag, die vom Ulbricht-Regime auf Aufforderung der Warschauer-Pakt-Staaten verfügten und eingeleiteten Maßnahmen zur Abriegelung Mitteldeutschlands und des Ostsektors von West-Berlin seien ein empörendes Unrecht. Sie bedeuteten, daß mitten durch Berlin nicht nur eine Art Staatsgrenze, sondern die Sperrwand eines Konzentrationslagers gezogen werde.

Mit Billigung der Ostblockstaaten, so sagte Brandt, verschärfe das Ulbricht-Regime die Lage um Berlin und setze sich erneut über rechtliche Bindungen und Gebote der Menschlichkeit hinweg. „Der Senat von Berlin erhebt vor aller Welt Anklage gegen die widerrechtlichen und unmenschlichen Maßnahmen der Spalter Deutschlands, der Bedrücker Ost-Berlins und der Bedroher West-Berlins“. [...]

„In dieser Stunde fühlen wir uns mit unseren Mitbürgern in Ost-Berlin und mit unseren Landsleuten in der Zone enger denn je verbunden. Trotz der bedrückenden Lage, in der wir uns befinden, vertrauen wir darauf, daß das Recht auf Freizügigkeit wiederhergestellt werden wird und daß es doch eine gemeinsame Zukunft in einem wiedervereinigten Deutschland geben wird. Die Entwicklung zeigt, wie notwendig es ist, daß dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit zum Recht auf Selbstbestimmung verholfen wird“, sagte Brandt. [...]

24. August 1961

„Die letzten fünf Prozent“

„Den ersten Schock haben die Berliner und die vielen anderen Deutschen, die sich nach dem ‚schwarzen Sonntag‘ beklagten, der Osten handle und der Westen tue nichts, mit Ach und Krach überwunden. Dem bewahrten Sorgentöter Lyndon B. Johnson und den fünfzehnhundert amerikanischen Soldaten gelang es, die Erbitterten zu beruhigen.

Diese Enttäuschung war nur zu verständlich. Ohnmächtig zusehen zu müssen, wie eine lebende Stadt ohne Betäubung seziert wird. [...]

2. Oktober 1961

„Deutliche US-Kritik an Bonn.

Senator Fulbright: Bundesrepublik für führende Rolle noch nicht reif.

[...] Auf einer Pressenkonferenz sagte Fulbright, die Sowjets seien ‚aus guten Gründen‘ beunruhigt über die Möglichkeit, daß die deutsche Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werde. Auf die Frage, ob die Bundesrepublik Atomwaffen erhalten solle, meinte der Senator, man dürfe in dieser Hinsicht nicht starr sein. Außerdem stehe sie gegenwärtig nicht zur Debatte. Wenn eine vernünftige Aussicht auf ein annehmbares Übereinkommen mit Moskau bestehe, sollte die Bundesrepublik keine Atomwaffen erhalten. Etwas anderes wäre es, wenn sich die Lage verschlimmern und ein bewaffneter Überfall der Sowjets drohen sollte. Unter keinen Umständen wolle er, fügte Fulbright hinzu, den Eindruck hinterlassen, als ob er die Westdeutschen ‚für besonders unzuverlässig‘ halte. [...] Am Samstagvormittag hatte Fulbright bereits seiner Befriedigung über den britischen Entschluß Ausdruck gegeben, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beizutreten. Es bestehe kein Zweifel daran, sagte er, daß bei einem Fernbleiben Großbritanniens die Bundesrepublik ‚dank ihres großen Industriepotentials und ihrer befähigten Bevölkerung‘ eine hervorragende, wenn nicht gar die führende Rolle in den europäischen Gemeinschaften übernehmen würde. Diese Aussicht sei ihm persönlich nicht sehr sympathisch, denn die Bundesrepublik sei eine erst flügge werdende Demokratie, die noch nicht für eine führende Rolle in der freien Welt reif sei.“

2. Januar 1962

„Bundespräsident Lübke ruft zu Gemeinsinn auf [...]

In seiner traditionellen Silvesteransprache über alle Rundfunksender der Bundesrepublik rief Bundespräsident Lübke alle Deutschen zu Gemeinsinn und Verantwortungsbewußtsein auf. Er wies darauf hin, „daß es nicht nur dunkle Kräfte sind, in deren Spannungsfeld wir uns bewegen oder bewegt werden, sondern daß es letztlich der Mensch ist, der vor Gott und vor sich selbst Verantwortung für sein eigenes Schicksal wie für das der Seinen trägt.“ Wer diese Verantwortung leugne, könne kaum für sich in Anspruch nehmen, als freier Bürger eines freien Staates geachtet zu werden. [...]

Das deutsche Volk [sei auch] in bitterer Not, „weil es schwer an der widernatürlichen und widerrechtlichen Zerreißung“ leide. Seit dem 13. August sei Gleichgültigkeit und Stumpfheit gegenüber dem Leid, der Angst und Not der Landsleute in Berlin und in der Zone geradezu tödlich für Deutschland. [...]

26. Juni 1963

Appell zur Zusammenarbeit und zum Frieden [...]

Nachdrücklich unterstrich der Bundestagspräsident [Gerstenmaier] die Forderung des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmungsrecht. An der Stelle, an der 1848 die erste deutsche Nationalversammlung unter der Losung: „das ganze Deutschland soll es sein!“ zusammenkam, sagte Gerstenmaier: „Wir werden niemals willens und bereit sein, auf die Wiedervereinigung unseres Volkes und sein Selbstbestimmungsrecht im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen zu verzichten. Wenn wir heute auf dem Weg zu diesem Ziel seien“, sagte Gerstenmaier zu Kennedy gewandt, „so verdanken wir durch Gottes Güte das in erster Linie Ihrem Land und Volk. Ihren Vorgängern, Präsident Truman und General Eisenhower, und Ihnen selbst, Herr Präsident, Ihrer Regierung und Ihrem Parlament.“ Der Ton der Dankbarkeit, der Präsident Kennedy allenthalben entgegenklinge, komme aus der

Tiefe eines narbenbedeckten und geteilten Volkes. Es leidet unter der Last seiner Vergangenheit und der Teilung mehr, als es zu sagen vermöge.

Es sei weder Illusionismus noch Widerborstigkeit gegen den Verlauf der Geschichte, betonte Gerstenmaier, wenn alles zu tun versucht werde, was mit friedlichen Mitteln für eine Wiedervereinigung und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes getan werden könne. „Wir sind einfach nicht frei, 17 Millionen Menschen im Herzen Deutschlands in Elend und Unterdrückung zu wissen, ohne uns für sie auch in der Weltpolitik beharrlich zu engagieren. [...]"

17. Juni 1964

Die nackte Wahrheit

In der Politik haben wir in Deutschland seit Jahrzehnten ein seltsames Verhältnis zur Wahrheit. Wir sehen die Welt durch die Brille unserer offiziellen Thesen. Entsprechen die Tatsachen, die Kräfteverschiebungen oder die Machtlage nicht diesem Wunschbild, so werden die Vorstellungen nicht etwa überprüft und den Tatsachen angepaßt. Im Gegenteil, wer die Wahrheit offen ausspricht, gilt als Miesmacher, Defätist oder Verräter. [...]"

Man kann darüber diskutieren, wieviel Schuld und verbrecherischer Wille zu den deutschen Geschichtskatastrophen dieses Jahrhunderts geführt haben. Auf jeden Fall steht fest, daß die deutsche Unfähigkeit, die Tatsachen richtig einzuschätzen, sich mit ihnen abzufinden und auf Grund der gegebenen Lage die richtigen Schlüsse für die eigenen Handlungen zu ziehen, ungeheure Opfer an Blut, Gebiet und Gütern gefordert hat.

Zwei totale Niederlagen haben uns nicht viel klüger gemacht. Unsere Wunderwaffe ist jetzt das „Recht“. Wir sehen die Welt und unsere Position im Lichte dieses Rechtes, nicht im Hinblick auf die gegebene Machtlage und die geschaffenen Tatsachen.

Zum elften Male feiern wir diesen Tag (den 17. Juni) als „Tag der Deutschen Einheit“, obgleich er ein Tag der deutschen Ohnmacht war. Auf Grund der Machtlage und um des Friedens willen mußten wir zusehen, wie unsere Landsleute niedergeknüppelt wurden. Wir feiern bis heute diesen Tag, der eine durch Festreden, der andere durch eine Fahrt ins Grüne, aber Lehren aus der Ereignissen wurden nicht gezogen. Wir leben weiter hinter der Mauer unserer Wunschvorstellungen und entgehen dadurch der Versuchung, uns Gedanken darüber zu machen, wie aus der gegebenen Machtlage doch noch das Beste für unsere Landsleute drüben gemacht werden kann. Wir verlangen nach der großen Lösung der deutschen Frage und versäumen einen Zeitpunkt nach dem anderen, um viele kleine Lösungen durchzusetzen.

Wer die Wahrheit ausspricht und sagt, wie unsere Chancen wirklich stehen, war 1917 ein vaterlandsloser Geselle, 1944 ein Defätist und ist heute – laut „Bild“-Zeitung – ein Partisan des Kalten Krieges. Dabei schulden wir unserem Volk und gerade auch den tapferen Frauen und Männern des 17. Juni nur eines – die Wahrheit.

4. August 1965

Brandt erläutert seine Absichten. Eine SPD-Regierung in Bonn will sich um Friedensvertrag bemühen. [...]"

Brandt kündigte an, daß eine von ihm geführte Bundesregierung die Erwartungen der USA realisieren würde, politisch mündiger aufzutreten. Es sei ein Widerspruch in sich, die drittgrößte Industrienation der Welt zu sein und auf der anderen Seite politisch nur immer nach den guten oder bösen Mienen anderer zu schielen. „Man kann auf die Dauer nicht wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg in Person sein“, sagte Brandt. Die Sozialdemokraten würden daher ihre Regierungsverantwortung in der Außenpolitik damit

beginnen, Grundsätze eines Friedensvertrages zu erarbeiten, sie mit den Verbündeten abstimmen, um dann nach allen Seiten hin illusionslose Gespräche darüber zu führen. „Das heißt auch unter Ausnutzung der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau in einen, wahrscheinlich langwierigen, Dialog über Probleme der Friedensregelung eintreten.“ Wenn das „berühmt-kritische“ Datum der Revision des NATO-Vertrages im Jahre 1969 heranrücke, werde eine sozialdemokratische Bundesregierung alles tun, um dieses Bündnis in seiner Zielsetzung zu erhalten. „Dabei werde ich nicht den Standpunkt vertreten, daß alles ausreichend ist, was man vor 20 Jahren als richtig angesehen hat“, erklärte der SPD-Vorsitzende.

Brandt mußte in dem Gespräch zugeben, daß die von ihm vertretene Forderung der Politik der ‚kleinen Schritte‘ nicht zur Lösung des Problems der Wiedervereinigung führen werde. Er sagte: „Es gibt keinen direkten Weg, der von den ‚kleinen Schritten‘ zu einer großen Lösung führt.“ Dennoch werde er an der Politik festhalten, die menschlichen Beziehungen zu verstärken, die zwischen den beiden Teilen Deutschlands bestehen. Auf dem Gebiet der Verkehrspolitik und der Wirtschaft, des Reiseverkehrs und des Sports sowie der kulturellen Beziehungen gebe es verschiedene Möglichkeiten, um die man sich ernsthaft bemühen sollte.

14. August 1965

Israelis demonstrieren gegen Pauls [...]

Zu Beginn der Demonstration hatte Parteiführer Menahem Begin erklärt, diplomatische Beziehungen zwischen Ländern, die sich früher bekämpft hätten, seien möglich. Hier handele es sich jedoch um Völkermord. Er wende sich direkt an Bundeskanzler Erhard und sage: „Sie haben uns einen Wehrmachtsoffizier geschickt und erwarten, daß wir ihn wie andere Diplomaten behandeln... Im Namen dieser Nation und des ganzen jüdischen Volkes sage ich Ihnen: Eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Deutschland ist nicht möglich... Es gibt noch kein anderes Deutschland als das frühere.“

14. August 1965

Berlin gedenkt der Mauer.

[...] Der Berliner Senat hatte am Freitag zum vierten Jahrestag des Baus der Mauer weder zu einer Demonstration noch, wie 1964, zu einer Schweigestunde aufgerufen. In einer stillen Gedenkstunde bei der Eröffnung einer Ausstellung ‚Berlin – zwei Welten – eine Stadt‘ erklärte Bürgermeister Albertz am Freitagmorgen, daß die Mauer niemals zur Grenze werden dürfe. Im Interesse der ganzen Nation müsse nach Wegen gesucht werden, die zueinanderführten und Schritte zur Wahrung der nationalen Substanz unsers Volkes ermöglichten. Die Passierscheinübereinkünfte hätten gerade in diesem Zusammenhang entscheidende Bedeutung gewonnen.

„Wenn wir sagen, ‚Treffs Deutschland in Berlin‘, so meinen wir nicht nur die Begegnung mit der Geschichte der deutschen Hauptstadt, mit jenen Stätten, in denen sich unser Schicksal entschieden hat“, meinte Albertz, „sondern vor allem die Pflege menschlich-freundschaftlicher Bindungen zu den Landsleuten drüben.“ Solche Bindungen seien stärker als Steine, Mörtel und Stacheldraht, „sie sind stärker als die Befehle, die den Grenzwächtern erteilt werden.“ Albertz betonte, daß der Schock, den der 13. August 1961 den Berlinern versetzt habe, tief ins Blut gegangen sei, die Lähmungen im Volk jedoch überwunden seien.

[...]

Das SPD-Präsidium gedachte am Freitag unter Vorsitz von Brandt in Dortmund der Toten, die an der Mauer ihr Leben lassen mußten. Der SPD-Vorsitzende sagte unter anderem: „Niemand in Deutschland und in der freien Welt darf erlahmen, immer und immer wieder die

Forderung zu erheben, den Schießbefehl an Mauer und Stacheldraht aufzuheben. An Unmenschlichkeit darf er es keine Gewöhnung geben.“

11. November 1965

Erhard setzt keine neuen Akzente/ Initiativen zu Außenpolitik und Deutschlandfrage fehlen. [...]

In einer zweistündigen Rede gab Bundeskanzler Erhard am Mittwoch vor dem Plenum des Deutschen Bundestags das Arbeitsprogramm seiner Regierung für die fünfte Legislaturperiode bekannt. Bis auf den verstärkten Appell zur Sparsamkeit und zur Selbstbeschränkung setzte die Regierungserklärung, die nur von sparsamem Beifall unterbrochen wurde, keine wesentlich neuen Akzente gegenüber dem Programm, das Erhard am 18. Oktober 1963 vorgelegt hatte. Mit der Feststellung, die Nachkriegszeit sei nunmehr zu Ende, verband Erhard die Zusicherung, der neuen Lage Rechnung zu tragen und in den Grenzen der eigenen Möglichkeiten entschlossen zu handeln. Ein Volk, das geteilt sei wie das deutsche, brauche die Überzeugung vom eigenen Recht und der eigenen Aufgabe, den Glauben an die Legitimität seiner Politik und seiner Interessen. Der Kanzler charakterisierte sein Konzept als „ein Programm ohne Überschwang und ohne Selbstenttäuschung“.

11. November 1965

Der Aufstieg der Bundesrepublik und die Wandlung Deutschlands, sagte Erhard, seien ständig von einer kritischen öffentlichen Meinung begleitet gewesen, die „uns wohl vor der Versuchung der Selbstzufriedenheit bewahrt hat“, die aber auch oft genug die Identifikation der Deutschen mit ihrem Staat und mit ihrer Leistung nach dem Kriege erschwert habe. „Ich möchte darum sagen, daß die Politik eines großen Landes nicht ohne politisches Selbstbewußtsein gestaltet werden kann.“ Diesen Tatbestand sollte auch die politische Kritik respektieren.

Gerade ein geteiltes Volk wie das deutsche brauche den Glauben an die Legitimität seiner Politik und seiner Interessen. [...]

30. November 1965

Debatte der Regierungserklärung

[...] Auch außenpolitisch werde es in den nächsten Monaten kaum leichter werden, meinte Barzel. Die Welt beginne sich an Kommunismus, deutsche Spaltung und schwindende Solidarität der Völker zu gewöhnen. Die Ziele der künftigen Politik bestünden darin, den Frieden zu erstreben, die Stabilität zu stärken, die Einheit der Deutschen zu erreichen, die Vereinigung Europas zu fördern und den sozialen Rechtsstaat auszubauen. [...][Barzel: Fraktionsvorsitzender der CDU]

„So ist Deutschland bei dieser Umwandlung unserer Welt kein bloßer Zuschauer“, bemerkte Erler. „Auch wer keine Weltmacht ist, wird vom Weltgeschehen berührt.“

24. November 1966

„Nationale Politik. Von Peter Klinkenberg

Die Wogen der Erregung über den Eintritt der NPD in das parlamentarische Leben der Bundesrepublik beginnen sich zu glätten. Kaum jemand zweifelt noch daran, daß diese Partei im kommenden Jahr auch in den Landtagen von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, ja eventuell im West-Berliner-Abgeordnetenhaus, Fuß fassen wird. Die seriöse Auslandspresse schickt sich bereits an, ‚mit der NPD zu leben‘. Und sogar der einstige ‚Chefideologe‘ der

NATO, Paul Henri Spaak, verweist auf einen wahren Kern, der neben dem Wust von Emotionen, Ressentiments und Negationen bei der Entscheidung der NPD-Wähler sichtbar geworden ist: die ungelöste nationale Frage der Deutschen.

Die romantischen Blütenträume vom Ende des nationalstaatlichen Denkens sind spätestens seit de Gaulles europäischer Kehrtwendung dahingewelkt. Überall regt sich nationales Denken aufs neue. Selbst der Ostblock, der doch in seiner Marxismus-Religion ganz gewiß das Allheilmittel gegen die kapitalistische Sumpfpflanze Nationalismus gefunden zu haben schien, muß heute staunend sich erneut regende Kräfte ins politische Kalkül miteinbeziehen. Und Deutschland mit seiner seit 21 Jahren klaffenden Wunde der Spaltung sollte da gänzlich immun sein? Es wäre ein fataler Irrglaube, insbesondere im Ausland, wollte man von den in dieser Frage ohnehin anfälligen Deutschen mehr Selbstkasteiung verlangen als vom eigenen Volk.

Ob es angenehm klingt oder nicht: Die Deutschen haben nicht mehr nur das Problem ihrer Wiedervereinigung, sondern sie haben eine ‚nationale Frage‘. Wenn diese Erkenntnis in der demokratischen Führungsschicht der Bundesrepublik – unabhängig davon, wer immer in Bonn die Regierung stellt – nicht alsbald ernst genommen wird, könnte sich in dieser Frage in absehbarer Zukunft eine Spaltung des bundesdeutschen ‚Staatsvolkes‘ vollziehen, die ungeahnte politische Energien freisetzt.

Das immer stärker um sich greifende Gefühl des Unbehagens an der bisherigen Deutschlandpolitik der Bonner Regierungen seit 1949 darf nicht sich überlassen bleiben. Es muß kanalisiert werden, ehe es sich um den falschen Kern kristallisiert. Die demokratischen Parteien müssen einsehen, daß für ihre bisherige ‚Deutschlandpolitik‘ die Stunde Null geschlagen hat. Die Erkenntnis, daß eine deutsche Wiedervereinigung eben nicht ausschließlich Sache der vier Siegermächte ist; die Erkenntnis, daß diesen nichts weniger sympathisch wäre als eine deutsche Wiederannäherung, bricht sich allmählich auch im Gehirn des bescheidensten Hinterwäldlers Bahn. Die vorerst amorphen Phrasen auf NPD-Versammlungen während der Landtagswahlkämpfe in Hessen und Bayern beweisen das zur Genüge. Hieraus gilt es Konsequenzen zu ziehen, ehe möglicherweise eines Tages ein Demagoge auftritt, der die demokratischen Parteien der Bundesrepublik wegen ihrer nationalen Passivität als einen Haufen von ‚Landesverrättern‘ diffamieren und daraus seinen Zulauf rekrutieren könnte.

Hiermit soll keineswegs ein Gespenst an die Wand gemalt werden. Aber diese Theorie über das mögliche Entstehen einer neuen, den Gedanken der Demokratie nicht im Herzen tragenden nationalen Bewegung ist nicht völlig unlogisch. Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär von Hase, glaubte noch vor zwei Wochen gewissermaßen als Rechtfertigung betonen zu müssen: ‚Bundesregierung und Bundestag haben seit 1949 eine Politik verfolgt, die die internationale Zusammenarbeit mehr gepflegt hat als das nationalstaatliche Denken‘. Eben das ist des Pudels Kern! Beides hätte im rechten Maß geschehen müssen.

Die nationale Frage, die als Folge des Zweiten Weltkrieges auf dem Tisch der Deutschen liegt, kann aber nicht mit dem Instrumentarium des klassischen Nationalstaatszeitalters angepackt werden. Die Versuchung, das zu tun, wird groß sein. Gegen diese Versuchung durch eine praktikablere Politik anzukämpfen, die letzten Endes wahrscheinlich mehr erreicht als ein eventuell durch massive Auslandsintervention gestopptes Alles-oder-nichts-Programm muß die Aufgabe aller Demokraten in der Bundesrepublik sein.

Der Weg dazu ist lang und das Ziel verschwommen im Nebel. Ob es je erreichbar sein wird? Niemand vermag das zu garantieren. 20 Jahre Politik lassen sich nicht mit einem Federstrich rückgängig machen. Aber ein Nahziel läßt sich doch ausmachen: Die zentrifugalen Kräfte der deutschen Spaltung müssen gebremst werden, soweit das in der Macht bundesdeutscher Politiker steht. Es muß ein Stillstand in diesem rapiden Prozeß des Auseinanderlebens erreicht werden. Unterhalb der Schwelle diplomatischer Anerkennung müssen Klammern angebracht

werden, die möglicherweise kraft Eigengesetzlichkeit eines Tages sogar eine Entwicklung der Wiederannäherung einleiten könnten. Abkommen zwischen beiden deutschen Teilstaaten müssen erzielt werden, selbst wenn dazu Gespräche von Minister zu Minister erforderlich sind. An der Stelle juristischer Spitzfindigkeit muß eine auf praktische Wirksamkeit gerichtete Politik treten; daß die eine Herkulesarbeit ist, bestreitet niemand. Daß hierbei leichte Erfolge zu erzielen seien, wäre angesichts des Verhandlungspartners auf der anderen Seite eine Illusion. Wenn dieser Weg dennoch beschritten werden muß, so im Interesse der Zukunft der Demokratie in Deutschland.

Eines muß dabei aber schon jetzt klar sein: Mit nationaler Beschäftigungstherapie an Stelle ernsthafter Politik kann es nicht getan sein. Das Erwachen hieraus wäre umso bitterer. Glaubhaftigkeit muß das oberste Gebot einer demokratischen Politik sein. Wenn die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik die ‚nationale Frage‘ nicht in absehbarer Zeit behutsam selbst in die Hand nehmen und sie – angesichts einer Welt von Völkern, denen ein geballter Nationalstaat von 80 Millionen Deutschen mit dem drittgrößten Industriepotential der Erde noch in 50 Jahren ein Alptraum sein wird – wenn schon nicht lösen, so doch wenigstens für die Menschen erträglich gestalten, dann verspielen sie nicht nur eine Chance für Deutschland, sondern möglicherweise ihre eigene Existenz. Diejenigen, die sich dann dieser Frage ‚annehmen‘ werden, sind bestimmt keine Demokraten.“

14. Dezember 1966

Der Begriff ‚SBZ‘ wurde nicht gebraucht.

Die sehr sachbezogene neue Sprache der Regierung Kiesinger-Brandt machte sich auch in dem sehr knapp gehaltenen Teil zur Frage der Wiedervereinigung bemerkbar. Der Regierungschef unterließ es dabei, nach der bisherigen Praxis der Bundesregierung von der ‚sowjetisch besetzten Zone‘ oder von der ‚SBZ‘ zu sprechen. Er gebrauchte entsprechend den Vorstellungen des Vizekanzlers Willy Brandt (SPD) und des Gesamtdeutschen Ministers Herbert Wehner (SPD) nur den Begriff ‚anderer Teil Deutschlands‘.

Zur Sache selbst sagte Kiesinger: ‚die politischen Gegebenheiten haben die Wiedervereinigung unseres Volkes bisher verhindert; und noch ist nicht abzusehen, wann sie gelingen wird. Auch in dieser für unser Volk so wichtigen Frage geht es uns um Frieden und Verständigung.‘

Zur Frage des Selbstbestimmungsrechts fand Kiesinger folgende Formulierung: ‚Auch diese Bundesregierung betrachtet sich als die einzige deutsche Regierung, die frei, rechtmäßig und demokratisch gewählt und daher berechtigt ist, für das ganze deutsche Volk zu sprechen. Das bedeutet nicht, daß wir unsere Landsleute im anderen Teil Deutschlands, die sich nicht frei entscheiden können, bevormunden wollen. Wir wollen verhindern, daß die beiden Teile unseres Volkes sich während der Trennung auseinanderleben. Wir wollen entkrampfen und nicht verhärten, Gräben überwinden und nicht vertiefen.‘

Über die konkreten Absichten der neuen Regierung zur Frage der innerdeutschen Beziehungen sagte Kiesinger: ‚Wo dazu die Aufnahme von Kontakten zwischen Behörden der Bundesrepublik und solchen im anderen Teil Deutschlands notwendig ist, bedeutet dies keine Anerkennung eines zweiten deutschen Staates. Wir werden diese Kontakte von Fall zu Fall so handhaben, daß in der Weltmeinung nicht der Eindruck erweckt werden kann, als rückten wir von unserem Rechtsstandpunkt ab.‘

Darüber hinaus will die Bundesregierung nach den Worten Kiesingers

1. den innerdeutschen Handel, ‚der kein Außenhandel ist‘ verstärken
2. eine Erweiterung der Kreditmöglichkeiten anstreben und
3. ‚gewisse organisatorische Maßnahmen zur Verstärkung der innerdeutschen Kontakte ins Auge fassen‘.

„Das Münchener Abkommen ist nicht mehr gültig.“

Weit über die bisherigen Erklärungen der Bundesregierung ging Kiesinger in den Fragen der Ostpolitik hinaus. Er sprach sich nicht nur für diplomatische Beziehungen zu den östlichen Nachbarn, sondern auch dafür aus, die Verhältnisse „auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu verbessern, wo immer dies nach den Umständen möglich ist“. Deutschland sei jahrhundertlang die Brücke zwischen West- und Osteuropa gewesen. „Wir möchten diese Aufgaben auch in unserer Zeit gern erfüllen.“

Die interessanteste Feststellung im Bereich der Ostpolitik galt dem Verhältnis zur Tschechoslowakei und dem Münchner Abkommen. Dazu erklärte der Kanzler wörtlich: „Die Bundesrepublik verurteilt die Politik Hitlers, die auf die Zerstörung des tschechoslowakischen Staatsverbandes gerichtet war. Sie stimmt der Auffassung zu, daß das unter Androhung von Gewalt zustandegekommene Münchener Abkommen nicht mehr gültig ist.“ Er schränkte allerdings ein: „Wir sind uns unserer Obhutspflicht gegenüber den sudetendeutschen Landsleuten wie gegenüber allen Vertriebenen und Flüchtlingen bewußt und nehmen sie ernst. Sie haben, wie das tschechoslowakische Volk zuvor, bitteres Leid und Unrecht erfahren.“ An die Adresse Warschaws richtete der Kanzler die Feststellung: „In weiten Schichten des deutschen Volkes besteht der lebhafteste Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen..., dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir im Blick auf das gegenwärtige Schicksal unseres eigenen geteilten Volkes besser als in früheren Zeiten begreifen.“ Die Anerkennung der Oder-Neiße als endgültiger Grenze Deutschlands ist nach den Worten Kiesingers aber eine Entscheidung, die nur eine gesamtdeutsche Regierung treffen kann. [...]

4. August 1967

„Bonn nun auch in Prag vertreten“ [...]

Bahr scheint – ähnlich wie die Bundesregierung – dabei auf die normative Kraft des Faktischen zu vertrauen. Er äußerte in einem Interview, er halte es für „selbstverständlich“, daß deutsche Touristen in der Tschechoslowakei sich bei Schwierigkeiten an die deutsche Mission in Prag wenden würden. Bisher werden die konsularischen und politischen Interessen der Bundesrepublik in Prag von Frankreich und von den USA wahrgenommen.

22. Oktober 1969

Ende der Nachkriegszeit

Willy Brandt ist Bundeskanzler. Erst jetzt hat der Machtwechsel wirklich stattgefunden, von dem in den letzten Wochen so häufig die Rede war. Die nächsten Wochen und Monate werden nach und nach zum Bewußtsein bringen, in welchem Maße sich die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland verändert hat. Das Ende der Nachkriegszeit, vom damaligen Bundeskanzler Erhard bereits in dessen erster Regierungserklärung 1963 beschworen, wurde nun tatsächlich eingeläutet. Am 21. Oktober ist die Ära Adenauer endgültig ausgelaufen. [...]

Der Machtwechsel, der in seinen Auswirkungen eine Änderung der Herrschaftsstruktur in der Bundesrepublik bedeutet, den viele nicht für möglich hielten und andere lange vergeblich erhofften, ist nun vollzogen. Für den Beobachter der Bonner Szene an diesem Tage ist auf einmal wenig Besonderes zu entdecken. Alles vollzieht sich auf eine angenehme Art, rücksichtsvoll und geschäftsmäßig. Das Gefühl, eine große Stunde zu erleben, zerrinnt in dem Moment, in dem sie angebrochen ist. Aber vielleicht ist es das Zeichen dafür, daß unsere Demokratie bereits so eingefahren ist, daß die Wachablösung schließlich als Normalfall erscheint. Das wäre gut für dieses Land.

29. Oktober 1969

Das Regierungsprogramm innerer Reformen/ Bundeskanzler Brandt strebt Entkrampfung des Verhältnisses zur DDR an.

Den Willen zur Erneuerung hat Bundeskanzler Willy Brandt am Dienstag an den Anfang seiner mit Spannung erwarteten Regierungserklärung gestellt. „Wir sind entschlossen, die Sicherheit der Bundesrepublik zu wahren, den Frieden zu erhalten und an einer europäischen Friedensordnung mitzuwirken“, sagte Brandt. Der Bundeskanzler würdigte die Leistungen der vergangenen Jahre in Bund, Ländern und Gemeinden und nannte Männer wie Konrad Adenauer, Theodor Heuss und Kurt Schumacher. Mit ihnen und anderen habe die Bundesrepublik einen Weg zurückgelegt, auf den sie stolz sein könne. „Die Leistungen der letzten zwei Jahrzehnte sind Geschichte geworden.“ Brandt dankte auch den Wählern für die Ablehnung des Extremismus und stellte fest, daß die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik nunmehr „die Fähigkeit zum Wandel bewiesen und damit ihre Probe bestanden hat“. Das habe dem Staat zu neuem Vertrauen in der Welt verholfen. [...]

Brandt ging davon aus, daß die offenen Fragen Deutschlands abschließend nur in einer europäischen Friedensordnung beantwortet werden könnten. Niemand könne dabei den Deutschen ausreden, daß sie wie andere ein Recht auf Selbstbestimmung hätten.

Weiter sagte Brandt wörtlich: „Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird. Die Deutschen sind nicht nur durch ihre Sprache und ihre Geschichte – mit ihrem Glanz und ihrem Elend – verbunden: Wir sind alle in Deutschland zu Haus. Wir haben auch noch gemeinsame Verantwortung: Für den Frieden unter uns und in Europa. 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander kommen. [...] Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.“ [...]

20. März 1970

Regierungschefs stecken ihre Position ab.

Stoph besteht auf völkerrechtlicher Anerkennung. [...]

Bundeskanzler Brandt, der sich für den freundlichen Empfang bei Stoph bedankte, stellte seine Ausführungen ganz in das Zeichen menschlicher Erleichterungen. Es sei wenig sinnvoll, alte Beschuldigungen wieder hervorzuholen. Vordringlichste Aufgabe sei die Normalisierung der Beziehungen, von denen dann aber auch „die Menschen hüben und drüben etwas haben“ müssten. Eine wirkliche Normalisierung müsse im Laufe der Zeit „zur Überwindung innerdeutscher Grenzverhaue und Mauern beitragen“.

8. Dezember 1970

Der Vertrag mit Polen ist unterzeichnet/ Feierliche Zeremonie in Warschau/ Brandt: Brücke zwischen Völkern [...]

Der Bundeskanzler nannte den Vertrag in einer Ansprache an die Bürger der Bundesrepublik einen Schlußstrich unter die Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit und eine Brücke zwischen den beiden Staaten und Völkern.

Noch vor der Unterzeichnung hatte Brandt am Montagvormittag am Grabmal des unbekanntes Soldaten und am Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos Kränze niedergelegt. An den Stufen des Ghattodenkmals war Brandt für Sekunden niedergekniet. [...]

Brandt lud Cyrankiewicz ein. Diplomatische Beziehungen nach Inkrafttreten des Vertrages [...]. Mit dem Vertrag erkennt die Bundesrepublik Deutschland für sich die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens an. Gleichzeitig verpflichten sich beide Staaten, auf Drohung und Anwendungen jeglicher Gewalt zu verzichten. [...]

Kernpunkt des Vertrages ist Artikel eins, in dem beide Seiten übereinstimmend erklären, daß die Grenzlinie an Oder und Neiße die Westgrenze Polens bildet. Es folgen noch vier Artikel über den Verzicht auf Androhung von Gewalt, über die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen, über die Fortdauer früher geschlossener internationaler Vereinbarungen und über das Inkrafttreten des Vertrags.

27. Februar 1971

„Der Senat von Berlin ist bereit“.

Der am Donnerstag am Hause des Ostberliner Ministerrats abgegebene Brief des Berliner Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz an den DDR-Ministerratsvorsitzenden Willi Stoph hat dem Berliner Presse- und Informationsamt zufolge den folgenden Wortlaut:

[...] Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Ihr Schreiben vom 24. Februar 71 habe ich erhalten. Der Senat von Berlin ist an einer Entspannung und Normalisierung der Lage interessiert. Er wünscht, daß die Verhandlungen der Vier Mächte über Berlin zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden.

1. Juni 1971

Goppel macht Vertriebenen Zusagen/ Beim Sudetendeutschen Tag: Bayern steht zu Heimatrecht.

„Bayern, euer Schirmland, steht zu euch und zu eurem guten Recht“, versicherte Bayerns Ministerpräsident Alfons Goppel (CSU) am Pfingstsonntag in Nürnberg den Teilnehmern des diesjährigen Sudetendeutschen Tages. Der bayerische Arbeitsminister Fritz Pirkel, von der Landsmannschaft mit einem Ehrenbrief ausgezeichnet, erklärte, die Vertriebenen würden „vor der Geschichte und der Zukunft unseres Volkes unglaubwürdig“, wenn sie nicht „nachdrücklich die Wahrung ihres Rechtes auf Selbstbestimmung und ihres Rechtes auf die Heimat fordern“, würden.

Der Vorsitzende der Landsmannschaft, Franz Böhm, sagte im Hinblick auf die angelaufenen Verhandlungen zwischen Bonn und Prag, das Münchener Abkommen von 1938 habe die Rechte des deutschen Staates im Sudetenland begründet; aber auch unabhängig von diesem Abkommen hätten die Sudetendeutschen ein „sittliches Naturrecht“ auf „ein freies Leben in ihrer Heimat“.

Der Sprecher der Landsmannschaft, der CSU-Bundestagsabgeordnete Walter Becher, formulierte: „Wenn das Verlangen nach Normalisierung wahrhaftig und echt sein soll, muß allen Völkern die Freiheit und die Heimat gesichert bzw. wiedergegeben werden. Ein Vertrag zwischen Bonn und Prag wäre von Anfang an null und nichtig, ließe er die Freiheit der Tschechen und Slowaken ebenso unberücksichtigt wie das Heimatrecht der Sudetendeutschen.“

18. Juni 1977

Kanzler betont Gemeinsamkeiten. Bekenntnis zur Einheit der Nation in Regierungserklärung zum 17. Juni

Bundeskanzler Helmut Schmidt unterstrich am Freitag aus Anlaß des 17. Juni in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag sehr nachdrücklich, daß es trotz aller Gegensätze in der Deutschlandpolitik zwischen den demokratischen Parteien weiterhin gemeinsame Grundüberzeugungen gebe. Unter dem Beifall der drei Bundestagsfraktionen erklärte der Kanzler: „In unserem Staat besteht ein Grundkonsens im Bekenntnis zur Freiheit und im Bekenntnis zur einen Nation. Dies muß so bleiben.“

Schmidt griff in seiner Rede auf die Regierungserklärung des Kanzlers der Großen Koalition Kurt Georg Kiesinger (CDU) vom 13. Dez. 1966 zurück, um zu belegen, daß die sozialliberale Koalition in dem Bemühen, die Gräben zwischen beiden Teilen Deutschlands zu überwinden, kontinuierlich handle. Die Gemeinsamkeiten faßte Schmidt in fünf Punkte zusammen:

1. „Wir stimmen darin überein, daß unsere Nation gegen ihr Selbstbestimmungsrecht geteilt wurde. Wir stimmen in dem Willen überein, den das Grundgesetz in der eben zitierten Präambel zum Ausdruck bringt.
2. Wir sind gemeinsam der Überzeugung, daß die Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeiten für das deutsche Volk, seine Selbstbestimmung auszuüben, nur mit friedlichen Mitteln anstreben kann und darf.
3. Wir sind uns darin einig, daß Nationalstaatlichkeit ohne Freiheit und Demokratie noch keinen Wert an sich darstellt.
4. Wir wissen gemeinsam, daß die Vorstellung eines vereinigten Deutschland bei unseren Nachbarn in West und Ost Befürchtungen hinsichtlich des europäischen Gleichgewichts auslöst. Deshalb arbeiten wir alle am föderativen Zusammenschluß der Staaten Europas. Wir wollen damit auch der späteren Lösung der deutschen Frage dienen.
5. Weitgehende, wenn auch nicht vollständige Übereinstimmung besteht am Ende auch darin, daß es in unserer heutigen konkreten Politik darum geht, weiteres Auseinanderleben der Deutschen zu verhindern, die Folgen der Teilung zu lindern, Spannungen zu überwinden und solche Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Staaten zu schaffen, die besser erträglich sind, als sie es in der Vergangenheit gewesen waren.“

25. Januar 1984

Besseres Verständnis erhofft.

Auf die relativ knappe Begrüßungsrede Schamirs erwiderte Kohl, er sehe seinem Aufenthalt in Israel mit großen Erwartungen entgegen. Er komme als „Vertreter eines neuen Deutschlands“, als „erster Kanzler der Nachkriegsgeneration“. [...] In Bonn sagte der SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel vor Journalisten, die Bundesrepublik dürfe in dieser Region nicht als Waffenlieferant auftreten.“

30. Januar 1984

„Kanzler spricht von Hoffnung“.

Kohl vertrat die Ansicht, aus dem durch die Vergangenheit bedingten Sonderverhältnis zwischen der Bundesrepublik und Israel sei durch den Generationswechsel immer mehr ein normales Verhältnis geworden, das jedoch auf einer besonderen moralischen Grundlage beruhe.

Im ZDF sagte Kohl, daß die Politik der Bundesrepublik gegenüber Israel nicht ausschließlich durch die jüngste Geschichte bestimmt werden könne. „Ich bin nicht bereit, mich in eine Position zu begeben, daß alles, was die Deutschen betrifft, unter einen Sonderstatus gestellt wird.“ Er spielte dabei auf Nationen wie Amerika und Frankreich an, die nicht unter derartigen geschichtlichen Belastungen stünden. „Ich sehe die Last der Geschichte und der Verantwortung... selbstverständlich wird das unsere Politik bestimmen, aber nicht allein.“

31. Januar 1984

„Voller Mißerfolg“

[...] – dieser Staatsbesuch war ganz offensichtlich ein Mißerfolg. Auch wenn man dem Bundeskanzler zugutehält, daß jeder deutsche Politiker einen schweren Gang tut, wenn er den jüdischen Staat besucht, ändert sich an dieser Feststellung nichts. Wenn schon der Kanzler selbst kein Gefühl dafür entwickelt hat, daß Israel für einen Deutschen der am wenigsten geeignete Ort ist, sich mit Plattheiten aus der Affäre zu ziehen, dann hätten ihm seine Berater dies rechtzeitig sagen müssen. Der mehrfach geäußerte Hinweis von Helmut Kohl, mit ihm habe gewissermaßen ein neuer Zeitabschnitt in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel begonnen, weil er zur Nachkriegs-Generation gehöre, ist dafür ein schlimmes Beispiel.

Ein Politiker und ein Land werden nicht nach dem Jahrgang beurteilt. Aus der Geschichte der eigenen Nation kann man nicht flüchten, auch wenn man keine persönliche Schuld trägt. Der Schatten dessen, was durch Deutsche den Juden im deutschen Namen an Schrecklichem geschehen ist, reicht weit über die eigentlichen Täter hinaus. [...]

2. Februar 1985

Lob für Brandt in Israel

SPD-Chef: Geburtsdatum befreit nicht von der Vergangenheit.

Tel Aviv, 1. Feb. (dpa/AP) Der Begriff „Normalisierung“ kann nach Ansicht des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt „noch lange Zeit nicht für die deutsch-israelischen Beziehungen gelten.“ Bei einem Empfange der israelischen Arbeitspartei in Kfar Saba bei Tel Aviv meinte Brandt am Donnerstag, es sei jetzt eine wichtige Aufgabe, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und sie der Jugend unter dem Motto „nie wieder“ zu vermitteln. Dieser Vergangenheit könne man sich nicht mit dem Hinweis auf sein Geburtsdatum entziehen, sagte Brandt in Anspielung auf Bundeskanzler Helmut Kohl, der bei seinem Israel-Besuch vor einem Jahr herausgestellt hatte, daß er der Nachkriegsgeneration angehört. [...]

7. Februar 1985

„Von deutscher Sehnsucht nach Normalität. Grüne sprechen mit Juden und Palästinensern über ihre Reise nach Israel. Von Dirk Cornelsen (Bonn)

So unübersehbar die politischen Fehler der Grünen sind, so auffällig ist auf der anderen Seite ihre Lernbereitschaft. So unterlief ihnen wie manchen älteren Politikern – etwa dem Bundeskanzler – der Fehler mangelnder Sensibilität bei einer Israel-Reise, bei der sie auch eine gewisse Geschichtslosigkeit offenbarten. Wo allerdings sollten die jungen Grünen – so könnte man fragen – die Fähigkeit zu trauern und nicht verdrängen auch gelernt haben? Von der Mehrheit der älteren Deutschen und deren durchaus verständlichen Versuchen, die Verbrechen an den Juden zu verdrängen, jedenfalls kaum.

Daß aber auch junge Deutsche, wie zum Beispiel die Delegationsmitglieder, in Israel nicht der deutschen Vergangenheit entgehen können, haben diese Grünen nun gemerkt. Andere

hätten dieser Lektion offensichtlich nicht bedurft, wie sich auf der öffentlichen Fraktionssitzung zeigte, die der Aufarbeitung der mißglückten Nahost-Fahrt dienen sollte. Bei den Reisenden selbst, die sich als „Antifaschisten“ und „Antiimperialisten“ verstehen, hat der Lernprozeß offenbar noch sehr der Illusion gehorcht, sie könnten auch in Israel auftreten wie anderswo und sich – im Übrigen einseitig – zu Anwälten der Unterdrückten machen, in diesem Fall der Palästinenser.

Daß diese leicht überhebliche Attitüde gerade in Israel einem Deutschen nicht recht ansteht, mußten sie wohl oder übel registrieren. Auf der Fraktionssitzung versuchte es ihnen ein kompetenter und verständnisvoller Freund zu erklären. Dan Diner, jüdischer Nahostexperte, Publizist und zugleich Grüner, brachte es auf den Nenner, eine Israel-Reise sei immer auch eine „Reise in die Vergangenheit“. Er stellte die rhetorische Frage, ob ein Deutscher nach Auschwitz „objektiv“ im Nahost-Konflikt urteilen könne und gab selbst die Antwort: „Sich von Deutschland aus Objektivität in dieser Frage anzumaßen, heißt, sich aus der Geschichte davonzustehlen.“

In der Bundesrepublik hat Diner die – durchaus verständliche – „Sehnsucht nach Normalität“ entdeckt. Doch dahinter stehe etwas Bedrohliches: Auschwitz. Voller Verständnis bekannte der Jude Diner: „Ich beneide die jungen Deutschen nicht, die an der deutschen Geschichte tragen, obwohl sie keine persönliche Schuld haben.“

[...]

Die versammelten Abgeordneten und Nachrücker hörten sich die zum Teil harschen Vorwürfe der Bonner Juden schweigend an, auch wenn es ihnen schwerfiel, wie Joschka Fischer später bekannte. Zur Reise selbst meinte Fischer, die Delegation habe „Geschichtslosigkeit“ gezeigt. Die angebliche Informationsreise sei ein Fiasko gewesen, bei der die Grünen Glaubwürdigkeit verspielt hätten. Vermutlich unbewußt und indirekt zog allerdings auch Fischer einen schiefen Vergleich zwischen den einmaligen Verbrechen der Deutschen an den Juden und dem unbestreitbaren Unrecht an den Palästinensern: Er habe nur eine Botschaft für die israelisch-jüdischen Freunde, verkündete der Abgeordnete: „Man erbt auch die Verbrechen, für die man nichts kann.“

Am deutlichsten analysierte Otto Schily, wie die „Sehnsucht nach Normalität“ zu verschiedenen „Mustern der Entlastung“ des eigenen Gewissens, des Schuldgefühls oder der Scham führt. Da gebe es einmal die rechte Variante, auch Philosemitismus genannt, die sich in der undifferenzierten Unterstützung der israelischen Politik zeige nach dem Motto: „Das ist der gute Jude, der einen Blitzkrieg führen kann, effizient ist und im Übrigen den westlichen Vorposten im arabischen Raum darstellt.“ Nach dem linken „Entlastungsmuster“ sei Israel dagegen die „Speerspitze des US-Imperialismus“ und deshalb einseitig zu verdammen. Hinzuzufügen wäre noch eine dritte Variante, nach der man in der unbekümmert-sensiblen Art des Bundeskanzlers ausgerechnet in Israel auf sein jugendliches Alter bei Kriegsende verweist und anmaßend behauptet: „Die junge deutsche Generation weigert sich, sich selbst für die Taten der Väter schuldig zu bekennen.“

Zu diesem Entlastungsversuch meinte Jörn Böhme von der Aktion Sühnezeichen: „Wir tragen zwar persönlich keine Schuld, aber eine ‚geschichtliche Unschuld‘ gibt es nicht mehr, denn Auschwitz ist geschehen. [...]“

12. Februar 1985

Ein Feiertag der Befreiung.

Eine „Initiative 40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens“ will verhindern, daß der 8. Mai in der Öffentlichkeit nur noch als beklagenswerter Tag des „verlorengegangenen Krieges“ begangen wird. Demonstrationen am 4. Mai sollen zeigen, daß es auch andere Positionen gibt. Im Folgenden der Wortlaut eines Aufrufs der Initiative:

„Vor 40 Jahren, am 8. Mai, endete der opferreichste Krieg in der Geschichte der Menschheit, wurde die faschistische Gewaltherrschaft in Deutschland von den Armeen der Anti-Hitler-Koalition zerschlagen.

Wir, die Überlebenden aus dem Widerstand, den Zuchthäusern und Konzentrationslagern – wir, die wir uns als junge Bürger unseres Landes in die Tradition des antifaschistischen Kampfes gegen die Nazibarbarei und den Krieg stellen –

wir, die wir als Demokraten in der Bundesrepublik, als Christen und Gewerkschaftler, als Sozialdemokraten, Kommunisten und Liberale, als in der Friedens- und Ökologiebewegung Engagierte Lehren aus unserer Geschichte gezogen haben –

wir sagen: Nach Auschwitz und Buchenwald, nach Lidice und Oradour, im Gedenken an die 50 Millionen Toten ist der 8. Mai ein Tag von historischer Bedeutung für unser Volk.

Die bedingungslose Kapitulation des faschistischen Staates und der Wehrmacht wird seit langem und heute mehr denn je in der Bundesrepublik unterschiedlich bewertet:

Für die einen ist dies der Tag der Niederlage, des Zusammenbruchs, des „verlorengegangenen“ Krieges. Doch das ist die Denktradition der Industriellen, der Generale und der Rechtskonservativen, die die Nazis 1933 an die Macht brachten, die den faschistischen Raubkrieg wollten und an ihm verdienten.

Für die anderen ist der 8. Mai der Tag der Befreiung auch unseres Volkes vom Faschismus und Krieg. Er brachte die Verwirklichung der Hauptziele aller deutschen Widerstandskämpfer: den Sturz des Naziregimes und den Frieden. Hier wird der Gleichklang der nationalen deutschen Interessen mit der Zielsetzung der Widerstandsbewegung in allen von den Nazis besetzten Ländern, mit wichtigsten Grundsätzen der Anti-Hitler-Koalition sichtbar.

Soll das große Ziel eines Lebens ohne Krieg und Faschismus Wirklichkeit werden, müssen die Lehren gezogen werden:

- Nie wieder darf vom deutschen Boden ein Krieg ausgehen. Nur eine Politik der Entspannung, der friedlichen Koexistenz und die Einhaltung der abgeschlossenen Verträge nach Geist und Buchstaben garantiert unserem Volk gutnachbarlichen Beziehungen und eine glückliche Zukunft. Neue nukleare Erstschlagswaffen machen die Bundesrepublik und darüber hinaus ganz Europa zur Zielscheibe eines atomaren Holocaust.
- Nie wieder dürfen Faschismus und Militarismus ihr Haupt erheben. Deshalb ist es notwendig, den konsequenten Kampf um die Erhaltung der demokratischen Rechte und Freiheiten zu führen, der Ausländerfeindlichkeit, dem Antikommunismus und dem Neofaschismus Paroli zu bieten.

Der 8. Mai mahnt uns, die mit diesem Datum verbundenen Hoffnungen und Forderungen in das politische Leben der Bundesrepublik zu tragen. [...]

Wir stehen gemeinsam ein für

- eine Politik des Friedens, der Entspannung und Abrüstung, gegen die Stationierung neuer Massenvernichtungsmittel,
- den gemeinsamen Kampf gegen Rassenhetze und Ausländerfeindlichkeit,
- die konsequente Unterbindung aller neonazistischen Aktivitäten und Propaganda besonders für das Verbot der SS-HIAG.

Machen wir den 8. Mai zu einem nationalen Feiertag der Befreiung und des Friedens!“

2. März 1985

„Schattenseiten deutscher Geschichte werden vernachlässigt“.

Johannes Rau vermißt ehrliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit/ 8. Mai Thema einer SPD-Fachtagung

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau hat zu einer „ehrlichen Auseinandersetzung mit unserer Geschichte“ aufgerufen. Knapp zehn Wochen vor dem 8. Mai, an dem sich das Ende des Zweiten Weltkrieges und des Faschismus in Deutschland zum 40. Mal jährt, mahnte Rau am Freitag in Bonn: „Verschweigen und Ausklammern von Phasen in unserer Vergangenheit kann uns keine Hilfe für die Gegenwart sein.“

Während einer Fachtagung der SPD zur „Geschichte in der demokratischen Gesellschaft“ kritisierte Rau, daß „manche Konservative“ mit dem Inhalt des 8. Mai als Gedenktag „zu hilflos“ umgingen. Man könne den 8. Mai 1945 auch nach 40 Jahren nicht isoliert betrachten und interpretieren. Konservativer Umgang mit Geschichte scheine auch heute noch oft durch den Willen geprägt zu sein, Einmütigkeit und Grundkonsens auf der Basis des gesellschaftlichen Status quo zu stiften. „Dabei werden die Schattenseiten deutscher Geschichte oft genug vernachlässigt oder einfach ausgelassen.“ Auf diese Weise werde Geschichte „einer durchaus nicht ungeliebten Tendenz zur Harmonisierung unterworfen.“ Ohne Bundeskanzler Helmut Kohl zu nennen, aber in offenkundiger Anspielung auf frühere Äußerungen des Bonner Regierungschefs kritisierte Rau, zu einfach seien die Versuche, unter Hinweis auf Alter und Generationszugehörigkeit die Last deutscher Geschichte etwa im Verhältnis zum jüdischen Volk abschütteln zu wollen. Es müsse gesagt werden, daß nationalsozialistische Machtergreifung ermöglicht worden sei durch ein Bündnis zwischen der faschistischen Bewegung und Teilen der traditionellen, auf die konservativen gesellschaftlichen Kräfte gestützten Eliten. Dabei müsse auch hinzugefügt werden, daß erst die Zerschlagung der Arbeiterbewegung die Errichtung einer totalitären Diktatur ermöglicht habe. Rau urteilte, eine „Tendenz zum Ausweichen vor den Konsequenzen deutscher Geschichte“ sei offensichtlich noch immer ein Kennzeichen konservativer Geschichts- und Politikauffassung.

Noch härter rechnete der renommierte Bochumer Historiker Professor Hans Mommsen mit dem Geschichtsverständnis der Union ab. Seit der von der CDU/CSU proklamierten „geistigen Wende“ werde eine Tendenz verstärkt, die an den deutschen Staatsgedanken und die nationalstaatlichen Tradition des 19. Jahrhunderts anknüpfen wolle. Dies bedinge eine veränderte Haltung zum Nationalsozialismus, der als ein „der deutschen Geschichte wesensfremdes, primär durch äußere Faktoren bedingtes Krisenphänomen gedeutet“ werde.

In einem von Mommsen bei dem SPD-Kongreß vorgetragenen Thesepapier heißt es unter anderem, die Rückkehr zur „Normalität“ der deutschen Geschichte ziele auf „eine Reduzierung der deutschen Verantwortung für die Entstehung des Zweiten Weltkrieges und enthält eine Geringerbewertung der gesellschaftlichen Ursachen für den Durchbruch des Nationalsozialismus“. Das „mit den Mitteln staatlicher Regulative unterstützte Bemühen, ein an staatspolitischen und nationalen Grundwerten orientiertes Geschichtsbewußtsein zu begründen“, trage außenpolitisch tendenziell aggressive Züge.“ Mommsen warnte, das Programm historischer Normalisierung „gefährdet die durch die Grunderfahrung des nationalsozialistischen Irrwegs und seiner Vorgeschichte endlich errungene ‚politische Normalisierung‘ des westdeutschen gesellschaftlichen und politischen Selbstverständnisses“.

18. April 1985

„Schreckliche Aufrechnung“ / von Dirk Cornelsen

Das unbewußte Verdrängen, aber auch das bewußte Verleugnen unangenehmer Wahrheiten läßt sich nicht unbegrenzt durchhalten und rächt sich allemal. Kein Mensch und kein Volk kann peinliche oder schreckliche Ereignisse einfach mit einem Schlußstrich erledigen. Daß allzu schnell nach der Kapitulation des verbrecherischen Hitler-Regimes der Ruf nach einem

„Schlußstrich“ ertönte, um nicht immer wieder mit der schrecklichen Wahrheit konfrontiert zu werden, rächt sich nun auch.

Deutlicher könnte diese Lehre wohl kaum ausfallen als gerade in diesen Monaten vor dem 8. Mai, dem 40. Jahrestag der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands. Nicht nur zeigt sich auch noch 40 Jahre danach unter vielen Deutschen Ratlosigkeit, was denn nun dieser Tag für uns bedeutet: „Katastrophe“ (Alfred Dregger) oder Tag der Befreiung. [...] Ausgerechnet in dieser Zeit wird bekannt, daß der Bundeskanzler in gewohnter Unbekümmertheit den Diktator und mutmaßlichen Freund des KZ-Arzttes Mengele, Adolfo Stroessner, nach Bonn einlädt. Nicht nur Tollpatschigkeit, sondern auch durchaus Berechnung ist es wohl auch, daß Helmut Kohl den US-Präsidenten auf einem deutschen Soldatenfriedhof bittet, auf dem auch Waffen-SS-Leute begraben liegen.

Überall schimmert die Mentalität des Schlußstrichs, des „Nur-Vorwärts-Schauens“, des Verharmlosens, Vertuschens und der Aufrechnung durch nach dem Motto: Hier Dresden, da die Vertreibung, da Auschwitz. Das nämlich hatte gerade noch gefehlt: Daß buchstäblich wenige Tage vor dem 8. Mai in überaus peinlicher Manier schnell noch das seit Jahren verschleppte Gesetz gegen das neonazistische Leugnen des Völkermords an den Juden zusammengeschustert wird.

Gegen dieses Gesetz gab es ursprünglich ernstzunehmende Argumente, insbesondere der Hinweis auf die Meinungsfreiheit in einer Demokratie. Doch auch diese Meinungsfreiheit hat bekanntlich ihre Grenzen. Niemand darf andere Menschen beleidigen. Der Bundesgerichtshof hat schon 1979 beurteilt: „Wer die Judenmorde im ‚Dritten Reich‘ leugnet, beleidigt alle Menschen jüdischer Abstammung.“ [...]

Als Beleidigung galt dieses freche und abstruse Leugnen in neonazistischen Pamphleten und Flugblättern also schon längst. Nur wurde den Angehörigen ermordeter Juden und den Überlebenden der Vernichtungslager zugemutet, auch noch selbst Strafanzeige zu erheben. Nur darum ging es also, daß künftig der Staatsanwalt von Amts wegen gegen diese Agitation der Unbelehrbaren einschreiten muß. Keineswegs sollte das Gesetz der Vergangenheitsbewältigung, der Feststellung der historischen Wahrheit und auch nicht der wirksamen Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus dienen, wie Kritiker behaupteten. Es ging einzig und allein um den Rechtsschutz der nachträglich erneut gedemütigten Juden und um die Wahrung des so oft beschworenen öffentlichen Friedens. Daß es ein Armutszeugnis für den geistigen Zustand der Nation und eine Bankrotterklärung ihrer öffentlichen Bildungseinrichtungen ist, wenn das Leugnen der historischen Wahrheit mit Strafe bedroht werden muß, wie ein Kritiker bemängelt, mag sein. Aber das ist eben eine Folge des jahrzehntelangen Vertuschens, Verharmlosens und der Aufrechnung der furchtbaren Taten.

Eben diese Aufrechnung ist nun ausgerechnet in dem Gesetzentwurf der Koalitionsparteien enthalten. Die Christdemokraten hatten gerade darauf bestanden und ihre Zustimmung zu dem Projekt davon abhängig gemacht, daß auch das Leugnen der Massaker an Deutschen während der Vertreibung mit Strafe bedroht werde. Wer aber leugnet eigentlich die Vertreibungsverbrechen? Und was haben sie mit der fabrikmäßigen Ausrottung von Millionen von Menschen durch den Nationalsozialisten gemeinsam? Was steckt hinter dieser Forderung anderes als eben die schreckliche Aufrechnungsmentalität jener Deutschen, die in der Art ertappter Kinder auf „die anderen“ zeigten, die auch keine „Engel“ gewesen seien.

Ohne diese „Aufrechnungsklausel“ wäre der Gesetzentwurf halbwegs akzeptabel gewesen. So ist er nur peinlich, für uns alle. Die Unfähigkeit, sich ohne Wenn und Aber dazu zu bekennen, daß von Deutschen einmalige Verbrechen begangen worden sind, und darüber Scham zu empfinden, wird sich auch in Zukunft rächen.

8. Mai 1985

„Die eigentliche Niederlage stand am Beginn der NS-Zeit“

Auf dem Nürnberger Friedensgespräch der SPD forderte Willy Brandt eine neue Phase der West-Ost-Politik.

Vor Bürgern aus Ost- und Westeuropa, aus Coventry und Rotterdam, aus Leningrad und Warschau, aus Köln und Dresden haben die Sozialdemokraten die besondere friedenspolitische Verantwortung der Deutschen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschworen und angesichts der Machtpolitik der beiden Supermächte, der USA und der Sowjetunion, eine neue Phase der West-Ost-Politik gefordert.

Auf einem „Nürnberger-Friedensgespräch“ am Vortag des 8. Mai, an dem vor 40 Jahren die militärische Kapitulation Deutschlands erfolgte, erinnerte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in Nürnberg daran, daß der militärischen Kapitulation zwölf Jahre früher (mit der Machtergreifung Adolf Hitlers) die moralische, zivilisatorische Kapitulation vorausgegangen sei: „Die eigentliche Niederlage stand am Beginn der NS-Zeit, nicht an ihrem Ende“, sagte Brandt vor Überlebenden aus den Konzentrationslagern von Auschwitz und Lidice beispielsweise, vor Vertretern aus Städten, die von den Bombenangriffen der Deutschen, dann der Alliierten zerstört worden waren. Nicht nur junge Menschen fragten, wie das alles möglich sei. „Die wichtigste Antwort“, sagte Brandt, heißt: „Nie wieder Zustände eintreten lassen, unter denen man ohnmächtig oder angesteckt wird.“ Am Datum des 8. Mai sollte der Wille festgemacht werden, die Wirklichkeit anzuerkennen und die Verantwortung zu tragen, die sich aus ihr ergibt, meinte Brandt.

10. April 1986

„Späte Geburt keine Gnade“

Biedenkopf widerspricht Kohl/ an deutsche Schuld erinnert.

Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf hat Helmut Kohls Wort von der „Gnade der späten Geburt“ im Zusammenhang mit der Bewältigung deutscher Schuld während des Dritten Reiches zurückgewiesen. Statt von der „Gnade der späten Geburt“ müsse man von einer „Last der späten Geburt“ sprechen, meinte Biedenkopf in einer Rede in Minden, deren Text er wegen ihrer Bedeutung am Mittwoch in Düsseldorf verteilen ließ. Diese Last der späten Geburt bestehe darin, „ohne eigene Erfahrung immer wieder zu begreifen, daß es zur richtigen Normalität zählt, mit dieser Erinnerung zu leben, und daß das Abstreifen dieser Erinnerung die Gefahren neuer Untaten bedeutet.“ Diese Aufgabe sei genau das Gegenteil von dem, was der CSU-Bundestagsabgeordnete Fellner als „In-Ruhe-Lassen“ bezeichnet habe, meinte Biedenkopf.

Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende will sich mit einem Erinnern an die Gräueltaten des Nazi-Regimes aber nicht begnügen. „Deshalb muß aus der Erinnerung die Norm erwachsen“, sagte Biedenkopf. „Die Norm muß verbindlich sein. Die Verletzung dieser Norm muß von uns allen als eine Verletzung unserer politischen Kultur begriffen werden und eine entsprechende Sanktion zur Folge haben.“ Es sei ein eher beschämendes Zeichen, wenn die Deutschen es den Juden überließen, „uns an die Notwendigkeit der Existenz solcher Normen zu erinnern.“

Biedenkopf warnte nachdrücklich davor, die deutsche Geschichte von ihrem düstersten Kapitel „zu entsorgen“. Die Geschichte der Deutschen dürfe nicht gereinigt werden, „von dem, an das wir uns nicht gern erinnern“. Nur die Erinnerung an das Schrecklichste rechtfertige auch den Stolz auf das Schöne. „Wenn wir diesen Zusammenhang leugnen, sind wir unehrlich“, mahnte Biedenkopf.

13. Mai 1986

Geschichte als Wegweiser?

Es geht das Gerücht um von einer kollektiven Identitätskrise der Deutschen und der Orientierungslosigkeit ihrer Jugend. Wenn man ausländischen und manchen heimischen Kommentatoren glauben darf, irren vor allem die jungen Deutschen ziellos dahin und fürchten die Zukunft, weil sie mit der Vergangenheit nichts anzufangen wissen. Kurz: Es mangle uns an Tradition und Geschichtsbewußtsein. Die Wiederentdeckung einer historischen Kontinuität wird denn auch schnell als Heilmittel gegen jene finsternen Mächte empfohlen, die soviel Unrast und unbequeme Fragen verursachen.

Was sich hinter dieser Therapie verbirgt, ist nichts weniger als der Versuch, die Rechtfertigung der Gegenwart durch ihren Bezug auf die Vergangenheit neu zu belegen. Ein wenig erfolgsversprechendes Verfahren, weil es auf die historische Entwicklung selbst keine Rücksicht nimmt, in deren Verlauf die Geschichte ihre Rolle als sinngebende Instanz, die sie einst von Theologie und Philosophie übernommen hatte, längst an die Naturwissenschaften weitergereicht hat.

Selbst das Geschichtsmodell des Marxismus, der diese vier Elemente zur Zauberformel des historischen Materialismus zusammenrührte, überzeugt heute nur noch wirklich gläubige Gemeindemitglieder. Die Geschichte als Wegweiser für die Zukunft hat sich vom deutschtümelnden Germanenwahn bis hin zur scheinbar automatischen Abfolge von Gesellschaftsformationen als Irrtum erwiesen. Schon deshalb wäre eine Identitätsstiftung auf diesem Weg nichts mehr als eine geistige Droge, um verunsicherte Patienten ruhigzustellen.

Die Unsicherheit aber erklärt sich nicht aus dem Verschwinden fester historischer Bezüge, sondern aus dem Verlust der Naturwissenschaften als letztem gültigen Bezugssystem, seit der technische Fortschritt wegen seiner oft menschenverachtenden Nebenwirkungen in Verruf geraten ist. Dieser generelle Mangel an Orientierungspunkten, die in der Lage wären, bei der Schaffung von akzeptierten Werthierarchien mitzuhelfen, ist die entscheidende Ursache für die Zukunftsangst und die beklagte Orientierungslosigkeit. Die vielbeschriebene technisch-wissenschaftliche Krise hochindustrialisierter Gesellschaften findet hier ihren Niederschlag, und dem ist mit einer vordergründigen Wiedererweckung historischer Begründungsklišees nicht beizukommen.

In der Bundesrepublik haben wir immerhin eine Chance, weil die Leitbegriffe des 19. Jahrhunderts wie Nation, Vaterland und Staat durch unsere nationalsozialistische Vergangenheit so radikal ruiniert wurden, daß uns dieser scheinbare Ausweg nicht mehr zur Verfügung steht. Im Übrigen fällt der Vorwurf der Geschichtslosigkeit auf jene zurück, die heute bedenkenlos an die vermeintliche Unschuld dieser Begriffe von vor 1933 anknüpfen wollen. Nicht zuletzt deshalb wirken alle Versuche, nationales Bewußtsein durch die Hymne zum Sendeschluß im Fernsehen, durch Geschichtsmuseum oder ein nationales Mahnmahl aufzumöbeln, so hilflos und peinlich.

Es gehört in den Bereich ideologischer Verklärung, den Nationalsozialismus zum Betriebsunfall einer ansonsten positiven Nationalgeschichte zu machen, wie es seitens der Bonner Wenderepublik wiederversucht wird, oder sich von diesem Teil der Geschichte einfach abkoppeln zu wollen, indem man ihn einer einst „herrschenden Klasse“ zuschreibt, deren Macht durch die Übernahme des sowjetischen Staats- und Wirtschaftssystem gebrochen sei, wie in der DDR.

Historische Kontinuität kennt keine Lücken, wer also geschichtliche Entwicklung beobachten will, muß die ganze Geschichte meinen: Das aber setzt ein Staats- und Gesellschaftsverständnis voraus, das Wirkungszusammenhänge ergründen will und die Geschichte nicht als Ordnungsfaktor mißbraucht.

Die bis zum heutigen Tag andauernden politischen Widerstände auf dem Weg der deutschen Geschichtsforschung vom Instrument der Herrschaftssicherung zur historischen Sozialwissenschaft lassen sich an den Schwierigkeiten ablesen, die interdisziplinäre Forschungsansätze überwinden mußten, die sich mit Namen wie Max Weber, Norbert Elias oder Fernand Braudel verbinden.

Eine so verstandene und praktizierte Hinwendung ist dann zwar immer noch nicht in der Lage, Zielvorgaben zu formulieren, aber sie kann helfen, Fragen zu stellen. Eine Vorstellung, die allen unheimlich sein muß, die sich von Fragen ohnehin weniger versprechen als von vorgefertigten Antworten aus dem letzten Jahrhundert.

29. September 1986

Dregger fordert Patriotismus. „Sonst kann sich unser Volk nicht behaupten“

Ohne einen „elementaren Patriotismus, der genau so wie Familiensinn in uns stecken muß, ohne selbstverständliche Vaterlandsliebe, die allen anderen Völkern in der Tat selbstverständlich ist, wird auch unser Volk im Sandsturm der Geschichte sich nicht behaupten können.“ Das stellte der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Alfred Dregger, vor der Landesversammlung der Union der Vertriebenen in der CSU am Wochenende in Nürnberg fest. „Wir als geteilte Nation haben diesen elementaren Patriotismus noch sehr viel notwendiger als alle anderen Völker.“

Das deutsche Volk habe keinen Anlaß, sich von seiner Geschichte abzuwenden, betonte der CDU-Politiker. Die deutsche Nation sei nicht 1933 gegründet und auch nicht 1945 beerdigt worden. Die Gründungsväter seien auch nicht Hitler und Himmler gewesen, sondern Karl der Große, der in Aachen, und Otto der Große, der in Magdeburg seine letzte Ruhestätte gefunden habe.

Das deutsche Volk stehe nicht nur in der Tradition des Bismarck-Reiches, sondern auch in der Tradition des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, das über ein Jahrtausend Schutz und Schirm der Christenheit gewesen sei. „Das müssen wir unserer Jugend klarmachen“, forderte Dregger. Es sei unpatriotisch, die Schattenseiten der deutschen Geschichte zu verschweigen, aber es sei ebenso unpatriotisch, „die großen Kapitel der deutschen Geschichte unseres Volkes unserer Jugend nicht zu sagen.“

8. Juli 1986

Das Vaterland im Auge

Waren das nun „unsere Jungs“, die da in den Stadien dieser Welt nach Kräften versucht haben, die Ehre Deutschlands hochzuhalten? Waren es Toni und Rudi, Kalle und Boris, die bei ihren Glanzparaden und Abstaubertoren, Fallrückziehern und Passierschlägen das Wohl des Vaterlandes im Auge hatten? Oder haben wir uns blenden lassen von schwarzen Bundesadlern auf weißen Trikots, von allzu duzfreudigen Fernsehkommentatoren und der besitzergreifenden Sprache der Boulevardblätter?

Wir waren wieder einmal hin- und hergerissen zwischen dem sicherlich ansteckenden Nationalstolz „unserer“ Gegner, und dem Restposten an Vernunft, der bei sportlichen Großereignissen auf ein denkbares Minimum zusammensackt.

War das eruptive Ausbrechen unreflektierter Deutschtümelei noch acht Tage zuvor durch eine Handvoll Argentinier verhindert worden, so sorgte ein semmelblonder Teenager mit dem schönen deutschen Namen Becker am Sonntag durch einen kraftvollen Dreisatzsieg über den finsternen Tennisschläger Ivan Lendl darüber, daß sich der Nationalstolz der Bundesdeutschen wieder ungehemmt Bahn brechen konnte. Der Leimener Boris war wieder wer. Nur ein

bißchen mehr gewohntes Glück, und auch die bundesdeutschen Kicker hätten das von sich sagen können. Wir auch?

Der Zweifel, ob Nationalstolz notwendig oder schädlich ist, gehört begreiflicherweise auch mehr als 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu den Standardfragen der politischen Kultur. Der Umgang mit Auftritt, Verhalten, Leistung und – vor allem – Erfolg deutscher Sportler wird da zum Problem. Erfolge im Sport haben ohne Frage zur Identitätsstiftung von Nationen beigetragen. Als Herbert Zimmermann am 4. Juli 1954 mit vor Erregung vibrierender Stimme sein: „Aus, aus. Das Spiel ist aus, Deutschland ist Weltmeister“ ins Hörmikrofon stieß, da war die Frage, ob die Bürger ihre nationale Loyalität auf den westdeutschen Teilstaat übertragen sollten oder durften, mit einem Schlag beantwortet. Sie taten es einfach.

Die Identifikation mit dem Provisorium Bundesrepublik Deutschland, das durch seinen im Grundgesetz festgeschriebenen Übergangscharakter eine rationale Anbindung so ungeheuer schwer machte, war vollzogen. Die Bundesdeutschen „waren wieder wer“. Eine derartige Vermittlung kollektiver Identität hat ein Sportereignis in der Geschichte der Bundesrepublik nie wieder erreicht. Das 54er Spiel in Bern wurde somit nicht nur Bestandteil der Sportgeschichte – es gehörte fortan zur Geschichte dieses Landes.

Nationen holen sich einen Teil ihres Selbstbewußtseins über den Sport. Manche haben nur ihn, wie Staaten der Dritten Welt, wo Sportler zu Hoffnungsträgern der Massen werden, zu Leistungsbeweisen von Gesellschaften, die sich auf anderen Ebenen nicht beweisen können.

Der Ostblock setzt seit jeher auf den Sport zur Selbstdarstellung. Und selbst die mächtigen USA griffen – nach Vietnam und Watergate, Iran- und Dollarkrise – auf ihn als bewährtes Mittel zurück und verkauften den orientierungslos gewordenen US-Bürgern mit den Olympischen Spielen von Los Angeles ein gigantisches Erlebnis kollektiver Identität. Das U-S-A-Geschrei bei Erfolgen amerikanischer Sportler war entsprechend.

Und in der Bundesrepublik? Auch hier meinte man in den vergangenen Jahren an höherer Stelle die Zeichen der Zeit erkannt zu haben – und setzte prompt die falschen Prioritäten. Statt sich darüber im Klaren zu sein, daß der Beweis, „wer zu sein“, über das Medium des sportlichen Erfolgs längst nicht mehr anzutreten ist, statt zu erkennen, daß vielmehr die Art und Weise, wie Erfolge errungen, Mißerfolge ertragen werden, an Stellenwert gewann, glaubte man auf die gewohnte Erfolgsorientiertheit nicht verzichten zu können. Im Gegenteil: Man spickte das auch noch mit überkommener, falscher Symbolik: Deutsche Sportler wurden wieder auf Linie eingeschworen. Die angestregten Gesichter der bundesdeutschen Kicker, die auf höhere Weisung vor jedem Länderspiel den Kaugummi aus dem Mund und das Deutschlandlied auf die Lippen nehmen mußten, zeugen davon. Erfreut wurde das registriert und anscheinend bedenkenlos wurde in Kauf genommen, daß sich bei den Auftritten deutscher Sportler bisweilen Eigentore an Doppelfehler reihten. [...]

Sind wir eigentlich Deutsche? Auch wenn wir versuchten, Ereignisse ohne einen durch die nationale Brille verklärten Blick zu werten? Auch wenn wir nicht in unreflektiertes Jugendgeheul ausbrechen, wenn wieder einmal ein Sieg lediglich unter Zuhilfenahme urdeutscher Tugenden wie Disziplin, Kampfgeist, Einsatz und wenig Esprit zustandekam? Auch wenn die Parteilichkeit – die zum Sport gehört – mal ein Ende hat, aus Angst ein Übermaß an deutscher Verbissenheit könnte das kaputt machen, worum es eigentlich geht – den Sport?

Vielleicht hat Boris Becker einmal zwischen einem ersten und einem zweiten Aufschlag Zeit, nachzudenken, daß allzu forsches Einklagen deutschen Nationalbewußtseins sehr schnell gefährlich werden kann. Vielleicht können wir uns irgendwann auch wieder einmal mehr an den Paraden des möglicherweise besten Torwarts der Welt erfreuen – wenn dieser nicht mehr meint, seine Leistungen unbedingt mit seinem „Deutsch-Sein“ verknüpfen zu müssen. Und dann sogar mit einem Anflug von Nationalstolz.

5. Dezember 1986

Kanzler interpretiert sich

Umstrittenes „Späte-Geburt“-Zitat im Bundestag erläutert.

Das Geschichtsverständnis des Bundeskanzlers war am Donnerstag beherrschendes Thema der zweiten kulturpolitischen Debatte seit Bestehen des Bonner Parlaments. Dabei versuchte Helmut Kohl seine umstrittene Äußerung von der „Gnade der späten Geburt“ zurechtzurücken. Kohl, der zweimal in die Debatte eingriff, verwahrte sich gegen den Vorwurf der Opposition, damit dem Ansehen der Bundesrepublik geschadet zu haben.

Der Kanzler erklärte, „Gnade der späten Geburt heißt doch Auftrag gegenüber den Jungen, die Erfahrungen weiterzugeben, die wir machen mußten, und heißt gegenüber der älteren Generation – und das ist jetzt ein ganz entscheidender Punkt –, daß wir jenen widerstehen, die ganz pauschale Urteile abgeben.“ Er betonte auch, wer über ein ganzes Volk die Kollektivschuld verhängt, begebe sich in rassistische und letztlich auch in nazistische Kategorien. Man könne nicht ein ganzes Volk in den Orkus werfen und müsse fähig sein, aus der Geschichte zu lernen.

Der sozialdemokratische Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel erwiderte darauf, er wolle dem Kanzler Respekt und Zustimmung für die heutige Deutung seiner umstrittene Äußerung nicht versagen, denn sie stehe im Einklang mit der These des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss, daß es „keine Kollektivschuld, wohl aber eine kollektive Scham“ gebe. Allerdings müsse der Kanzler dann auch denen entgegentreten, die Hitlers Verbrechen verniedlichten und deren Einmaligkeit bestritten. Gemeinsamkeit sei sehr wohl möglich auf der Basis der historischen Rede des jetzigen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1945.

Zuvor hatte der SPD-Abgeordnete Freimut Duve es als „im höchsten Maße unerträglich“ bezeichnet, daß Kohl, der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger und Franz Josef Strauß die national und international wichtigste Rede dieser Legislaturperiode „nicht zur Kenntnis nehmen“. Seine fundamentale Kritik an der Kanzlerschaft Kohls richtete sich vor allem gegen den „banalen Mangel an der kulturellen Selbstgewißheit“. SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz beschuldigte den Kanzler, die Tabugrenze in den letzten Jahren bewußt gesenkt zu haben, um durch populistische Ansprachen auch noch „den letzten rechten Wähler an sich und seine Partei zu binden.“ Kohl sei mitverantwortlich, wenn heute wieder „antisemitisch dahergeplappert wird.“

17. November 1989

Stolz auf die eigene Vortrefflichkeit und den Wohlstandskuchen, Anmerkungen zur deutschlandpolitischen Diskussion der Grünen im Bundestag

[...] Großdeutschland als Hegemonialmacht

Bietet die „Wieder“, „Neu“, oder Sonst-wie-Vereinigung zwischen den beiden deutschen Staaten eine positive Alternative zur gegenwärtigen Blockstruktur in Europa und der Einbindung der Bundesrepublik in die NATO?

Unter allen absehbaren Bedingungen kann sich eine Fusion der zwei Staaten nur als faktische Einverleibung der DDR in das politische und ökonomische System der BRD abspielen. In welcher Bündniskonstellation auch immer, auf den heutigen, höchst expansiven ökonomischen Grundlagen könnte ein neuer großdeutscher Nationalstaat gar nichts anderes sein als eine neue zentraleuropäische Hegemonialmacht. [...] Daher wird sich die Wiedervereinigungstoleranz der westlichen Verbündeten der Bundesrepublik in engen Grenzen halten.

Ein großdeutscher Nationalstaat paßt nicht zur Statik eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ mit gleichberechtigten Bewohnern. Je mehr Selbstbestimmung, desto weniger Wiedervereinigung. [...]

17. November 1989

„Die Einheit wächst von unten, von den Menschen her“ Auszüge aus Willy Brandts Rede

[...] „Ich habe seit vielen Jahren mein Problem mit dem ‚Wieder‘ bei der Vereinigung, weil ich überzeugt war und bin, dies suggeriert, als könnte etwas wieder so werden, wie es einmal war. [...]

Die dritte [Kategorie] ist dann die, die von der staatlichen Einheit oder von der Neuvereinigung handeln würde, wenn die Menschen in der DDR dies in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts so wollen. Ich würde keine Option ausschließen, keine Option abweisen. Und ich füge hinzu, bei allem Respekt vor den Statusmächten, auch nach Jahrzehnten, die vergangen sind: Das ist ja wohl nicht denkbar, daß wir noch einmal wie Ende der 50er Jahre eine Situation bekommen, wo die Vier etwas verhandeln und irgendwelche Deutschen an Katzentischen Platz nehmen.“

4. Oktober 1990

Kein nationaler Blankoscheck

(...) Die Deutschen bekommen ihre nationale Souveränität tatsächlich in einem historischen Augenblick. Zumindest in Westeuropa hat die Überzeugung Platz gegriffen, daß der mächtige Nationalstaat aus dem Geiste des 19. Jahrhunderts den Kontinent an den Rand der Selbstzerstörung getrieben hat. Der westeuropäische Einigungsprozeß, so mühsam er auch ist, war und ist eine Konsequenz aus dieser Einsicht. Gerade wir Deutschen haben nun die Aufgabe, die europäische Einigung unermüdlich voranzutreiben. Die Bundesrepublik ist mit ihrer Bereitschaft, nationale Rechte an eine größere, europäische Gemeinschaft abzugeben, wahrlich nicht schlecht gefahren. Nun ist es ihre Aufgabe, diese Erfahrungen an das vereinte Deutschland weiterzugeben.

Viele Deutsche, vor allem in der DDR, erleben Hans-Dietrich Genschers „glückliche Stunde“ mit sehr gemischten Gefühlen. Der Preis, den sie für die Vereinigung zur Zeit zahlen müssen – wirtschaftliche Unsicherheit und oft Arbeitslosigkeit – ist bitter. Aber er ist nicht Konsequenz der Einheit, sondern der Vergangenheit. Doch trotz dieser Probleme entsteht in den Augen unserer Nachbarn in Kürze ein Deutschland, dessen Größe und wirtschaftliche Stärke eine neue Situation schafft. Wir sind deshalb noch lange keine „Großmacht“, und das ist gut so für uns und für die anderen. Aber groß genug sind wir dann schon, daß jeder Fehler, den deutsche Politik in Zukunft macht, auch ein großer Fehler wäre. Souveränität ist kein Freibrief für politische Großmannssucht.

4. Januar 1991

Krise und Verfassung (von Werner Holzer)

Die Krise am Persischen Golf hat nun auf Umwegen die deutsche Innenpolitik erreicht. Daß dies früher oder später geschehen würde, war absehbar. So einig sich alle Parteien im Bundestag in der Ablehnung der Gewaltpolitik des irakischen Diktators Saddam Hussein sind, so weit gehen die Meinungen darüber auseinander, welcher Weg aus dieser gefährlichen Krise der beste ist. Diese Frage wird sogar innerhalb der Parteien kontrovers diskutiert.

Die innenpolitische Diskussion zwischen Koalition und SPD hat jetzt durch die Bonner Entscheidung, gemeinsam mit Italien und Belgien einer Bitte des NATO-Partners Türkei zu entsprechen und auch deutsche Kriegsflugzeuge in die Türkei zu entsenden, eine neue Dimension bekommen. Die 18 Alpha-Jets der Bundeswehr, die in der Nähe Iraks stationiert werden, sind nicht gerade das neueste Kriegsgerät. Ihre Entsendung ist wohl eher als eine Geste der Solidarität mit der Türkei gedacht, die eine gemeinsame Grenze mit Irak hat und mit der Sorge lebt, ein möglicher Krieg könne auf die Türkei übergreifen. Der Nordatlantikpakt sieht für diesen Fall vor, daß ein Angriff auf ein Mitglied als Angriff auf alle betrachtet wird. Da aber niemand weiß, ob Irak im Kriegsfall die Türkei angreifen wird, kann die Entsendung der Flugzeuge nur als ein Stück zusätzlicher Abschreckung verstanden werden.

Genau an dieser Stelle begann die Kritik zweier sozialdemokratischer Politiker an der Bonner Entscheidung. Sie sind (oder waren) der Meinung, die Bundesregierung habe damit gegen unsere Verfassung verstoßen, die im Artikel 115a festlegt, daß nur das Parlament darüber entscheiden kann, wann für die Bundesrepublik der Verteidigungsfall eingetreten ist. Dieser Verteidigungsfall ist aber weder eingetreten, noch steht er unmittelbar bevor. Die Entsendung einer Flugzeugstaffel in die Türkei bedurfte nicht der im Grundgesetz für einen anderen Fall vorgesehenen Zustimmung des Bundestages. Bonns Entscheidung ist deshalb verfassungsrechtlich nicht zweifelhaft.

Darüber hinaus hat die Bundesrepublik durch ihre Verfassung das Recht, „durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen (zu) übertragen“ (Art. 24 GG). Dies ist durch den Beitritt zum Nordatlantik-Pakt geschehen, der die Sicherheit der Deutschen ebenso garantiert wie die aller anderen Mitglieder. Zu den Maßnahmen zur „Erhaltung“ der Sicherheit des NATO-Gebietes kann durchaus auch die Abschreckung eines möglichen Angreifers gehören.

Eine ganz andere Frage ist es, ob die Bundesregierung gut beraten war, als sie diese Entscheidung wieder einmal über den Kopf der großen Oppositionspartei hinweg getroffen hat. Die Einbeziehung der SPD in diese Überlegungen wäre nicht nur besser parlamentarischer Stil gewesen, sondern auch von der Sache her vernünftiger. Hier ist dem außenpolitischen Sprecher der SPD, Karsten Voigt, zuzustimmen, der die Kritik nicht nur verfassungsrechtlich begründet, sondern politisch für notwendig hält. Schließlich kann man tatsächlich verschiedener Meinung darüber sein, ob die Entsendung westeuropäischer Luftwaffeneinheiten in die Nähe des Krisenherdes zu einem Zeitpunkt sinnvoll sind, da die Europäische Gemeinschaft eigene Initiativen zur politischen Lösung des Konfliktes vorbereitet. So eilig war die Entscheidung nicht.

Daß demokratisch gewählte Parlamente sich das Recht vorbehalten, die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht ihren Regierungen zu überlassen, gilt nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in den USA, wo Senat und Repräsentantenhaus Präsident Bush schon mehrfach ernsthaft auf diese Tatsache hingewiesen haben. Die Bundesregierung versichert wohl, nicht zuletzt deshalb, daß die Verlegung der Alpha-Jets die eine Sache sei, ihr Einsatz in einem eventuellen Kriegsfall dagegen nur vom Parlament beschlossen werden könne. Angesichts der Realität moderner Konflikte, in denen oft ohne Kriegserklärung geschossen wird, ist dies eine schmale Grenze. Parlament und Regierung können dies nicht übersehen.

Unsere Verfassung untersagt den Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des Bereichs der Staaten des Nordatlantik-Paktes. Daran besteht kein Zweifel; ebenso wenig an der Tatsache, daß die Türkei – trotz aller Verstöße gegen die Menschenrechte – Mitglied dieses Paktes ist, der all seinen Mitgliedern gleiche Verpflichtungen auferlegt. Die Bundesrepublik hat aus der Sicherheitsgarantie in der Vergangenheit großen Nutzen gezogen. Sie kann sich deshalb jetzt nicht ihren Verpflichtungen entziehen, wenn ein anderes Mitglied angegriffen werden sollte.

18. Januar 1991

Neue Rollen

Dieser Krieg (Golfkrieg) wird nicht bloß den Nahen Osten verändern. Dieser Krieg wird auch weitreichende Wirkungen auf Europa im allgemeinen und auf Deutschland im besonderen haben; denn die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der UN-Streitmacht und Irak hat nicht bloß den begrenzten Einfluß des alten Kontinents offengelegt, wenn über Weltpolitik entschieden wird, sondern zugleich die relative Bedeutungslosigkeit Bonns im globalen Geflecht der Diplomatie.

Begründungen für den Zustand Deutschlands sind schnell geliefert, historische und rechtliche Konditionen eines Staates, der nach dem Zweiten Weltkrieg von seinen Nachbarn nur schrittweise in die Völkergemeinschaft zurückgeholt und während des „Kalten Krieges“ international an die kurze Leine gelegt worden war. Ökonomisch stark, politisch schwach, so lautete deshalb lange die verkürzte Charakterisierung einer Republik, deren Gewicht sich entscheidend erst in der Europäischen Gemeinschaft veränderte und jetzt noch einmal nach dem Zusammenbruch der DDR.

Die Umwälzungen in Europa und das Blutvergießen am Golf stellen manches auf den Kopf, und die Deutschen geraten in diesen Mechanismus – ob sie nun wollen oder nicht. Der Tag rückt näher, da im Bundestag nicht bloß der eigene Nabel mit Leidenschaft zu betrachten ist, während man große Bereiche der Außenpolitik mit Gruß- und Solidaritätsadressen abhakt. Niemand weiß genau, was uns erwartet. Manche Zumutung dürfte dabei sein. Doch die Zaungast-Zeiten sind endgültig vorbei.

25. Januar 1991

Gestörte Beziehungen

Eine Woche nach Beginn des Golfs-Krieges ist nicht mehr zu übersehen, daß die Atmosphäre des deutsch-amerikanischen Verhältnisses erheblich gestört ist und bleibender Schaden droht. Mißverständnisse, mangelnde politische Abstimmung, deutsche Biedermeierei und US-Klischees vom kriegstüchtigen Deutschen haben die noch vor Jahresfrist beispiellos engen und harmonischen Beziehungen zwischen den beiden Nationen erheblich abgekühlt.

Der aus US-Sicht wieder auflebende Antiamerikanismus in Deutschland wirkt auf dieser Seite des Atlantiks moralisch verlogen. Die Deutschen, so ist allenthalben zu hören, tanzen um das goldene Wirtschaftskalb und fragen nicht danach, mit welchen Exporten Geld zu machen ist. Sie würden in der Rolle der Wirtschafts-Weltmacht verharren, ihre Erlöse zählen und keine internationale Verantwortung übernehmen.

Mit Unverständnis wird außerdem in Washington die Diskussion verfolgt, wann Bonn den NATO-Verpflichtungen nachkommen müsse, um die Türkei im Falle eines Angriffes zu verteidigen. In Kongreßdebatten und Presseberichten klingt Verwunderung und Verärgerung über die Deutschen durch, deren Sicherheit doch durch die NATO-Partner garantiert sei und deren Wiedervereinigung zu einem wesentlichen Teil aus westlicher Geschlossenheit herrühre.

Die Bundesregierung hat diesen Eindrücken Vorschub geleistet, indem sie beispielsweise Verfassungsprobleme in den USA nicht offensiv und verständlich vertrat. Sie erkannte zunächst nicht, daß es der US-Regierung mit der UN-Resolution ernst war. Sie glaubte weiter, sich mit Geld internationale Verantwortung vom Leib halten zu können. Deshalb die Vermutungen, Bonn verschanze sich legalistisch hinter Verfassungsargumenten.

Sowohl im Kanzleramt als auch im Außenministerium hätte man es besser wissen müssen; es ist ein Alptraum, daran zu denken, die nächste irakische Scud-Rakete auf Israel könnte einen

C-Waffen-Sprengkopf haben, der mit Hilfe deutscher Ingenieure gebaut wurde. Wie wird dann die Bonner Entschlußlosigkeit wirken, an der Lösung der Golf-Krise mitzuarbeiten? Wie die Tatsache, nicht einmal durch ein Sanitätsschiff Flagge zu zeigen?

Ein Übriges zur Verstimmung zwischen den USA und der Bundesrepublik trägt die Tatsache bei, daß sowohl in Washington als auch im amerikanischen Volk weiterhin ein Klischeebild von den Deutschen besteht, das an den internationalen Ruf „Germans to the front“ aus dem Boxeraufstand erinnert. Dabei haben nach dem Zweiten Weltkrieg, gut begründet, sowohl die USA als auch andere westliche Demokratien den Deutschen stets gepredigt, sich zu ändern, ihre kriegerische Mentalität und ihren Expansionsdrang abzulegen.

Nun herrscht im Ausland große Überraschung. Das deutsche Volk, dessen Generale, von Clausewitz bis Rommel, in den USA ständig zitiert werden, hat sich verändert, und man kann in Washington nicht erwarten, daß die Bundesrepublik ins alte Gebaren zurückfällt, Gewehr bei Fuß steht und ihre Soldaten an die Krisenherde der Welt schickt. Die Deutschen können legitimerweise Zeit reklamieren, um ihr neues Selbstgefühl nach der nationalen Einigung auszuloten, ihre neue Rolle in der Welt und die damit einhergehenden Verantwortungen zu diskutieren, bevor sie beispielsweise den Vereinten Nationen Soldaten unterstellen. Washington und andere täten gut daran, diesen Prozeß in Ruhe abzuwarten. Diesem Recht wird aber kein Dienst erwiesen, wenn Deutsche das Weltgewissen spielen, während die Exportkasse klingelt und die Bundesregierung angesichts des Golf-Kriegs erkennbar eiert.

Seit dem vergangenen Sommer haben sich Unterlassungen und Fehleinschätzungen zwischen Bonn und Washington aneinandergereiht. Die USA haben es versäumt, die Bundesrepublik vollständig und anhaltend über ihre Absichten zu informieren. Als Nichtmitglied des UN-Sicherheitsrats und der militärischen Allianz gegen Irak geriet Bonn während der Krise an den europäischen Rand und London in den Mittelpunkt des Interesses der US-Politik. Deutschland müßte jedoch als Partner konsultiert und nicht bloß als Flugzeugträger auf dem Weg in den Nahen Ost genutzt werden.

Gleichwohl bleibt es unverständlich, daß in Bonn nicht spätestens am 8. November 1990, als Bush die US-Truppen in Saudi-Arabien verdoppelte, die Alarmglocken schrillten und der Schwenk der US-Politik zum Krieg unerkannt blieb. Danach wäre Zeit gewesen, einander klar zu sagen, was man von der Gegenseite erwartet; Nun ist es höchste Zeit, daß George Bush und Helmut Kohl ihre Worte von der guten Freundschaft einlösen. Ein Besuch des Kanzlers in Washington könnte das Gerede vom deutschen Sonderweg beenden und die Atmosphäre reinigen, bevor die Beziehungen beschädigt werden. Der Golfkrieg fordert schon genug Opfer. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen dürfen nicht dazugehören.

28. Mai 1991

Die Gretchenfrage von Bremen. Von Werner Holzer

Es gehört zu den Eigenheiten deutscher Sozialdemokraten, daß sie sich die größten Hindernisse stets selbst auf ihren politischen Weg stellen. Vor dem Parteitag in Bremen ist das nicht anders. So richtig es ist, schwierige Probleme offen, ernsthaft und notfalls auch kontrovers zu diskutieren, so wenig kann eine Partei dauerhaft erfolgreich sein, die mit ihren inneren Auseinandersetzungen nicht fertig wird. Unentschiedenheit in grundsätzlichen Fragen bleibt den Wählern nicht verborgen – schon gar nicht dann, wenn mühsam durchgesetzten Entscheidungen umgehend der laute Widerspruch aus den eigenen Reihen folgt. Björn Engholm bekommt dies schon kräftig zu spüren, noch ehe er zum neuen Parteivorsitzenden gewählt wird.

In Bremen wird die SPD – wieder einmal – die Gretchenfrage stellen: Wie halten wir es mit der Sicherheitspolitik; welche Rolle soll die größer gewordene Bundesrepublik auf der internationalen Bühne spielen? Die Antwort, so steht zu befürchten, wird wieder einmal ein

vielstimmiger Chor geben, in dem keiner die zweite Stimme singen will. Wolfgang Thierse, der Mann an der Spitze der Sozialdemokraten in den neuen Bundesländern und einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Gesamtpartei, fürchtet wohl nicht zu Unrecht, daß der innerparteiliche Streit über die mögliche Beteiligung der Bundeswehr an militärischen UN-Aktionen zum alles beherrschenden Thema des Parteitages werden wird. Für die dringend notwendige Diskussion über ein sozialdemokratisches Konzept für den schwierigen Prozeß der deutschen Vereinigung könnte dann die Zeit fehlen. Auch in dieser Frage konnte man sich ja weder vor der Bundestagswahl im Dezember 1990 einigen, noch danach.

Es ist noch nicht lange her, da hat der SPD-Vorstand tapfer verkündet, die Partei werde alles tun, um „die Einigung Europas zu beschleunigen, zu vertiefen, und auch zu verbreitern“. Die politische und wirtschaftliche Einigung Westeuropas müsse Grundlage und Kern einer Einigung Gesamteuropas sein. Auf dem Weg dahin müßten die einzelnen Nationalstaaten Souveränitätsrechte in dem Maße abgeben, wie es gelinge, eine demokratisch kontrollierte Integration zu schaffen. Das war schön formuliert. Doch solange die SPD den Eindruck erweckt, sie sei nicht bereit, in Fragen der Sicherheitspolitik übernationale Verantwortung mit zu übernehmen, kann Europa nicht das werden, was es nach Meinung des Parteivorstandes der SPD doch sein soll – „Faktor einer Friedensordnung in der Welt“.

Die große Mehrheit der EG-Mitgliedsstaaten ist nämlich zu Recht davon überzeugt, daß politische Integration unter Ausklammerung der Sicherheitspolitik unmöglich ist. Die meisten Sozialdemokraten wissen das wohl auch. Trotzdem haben sich einige von ihnen in diesem Fall auf die Suche nach etwas gemacht, was die Partei auch sonst mit guten Gründen bekämpft hat: einen deutschen Sonderweg. Ihre Argumentation geht dabei von einer Vorgabe aus, die falsch ist. Es ist doch einfach nicht richtig, daß die Deutschen waffennärrisch und kriegsbegeistert an die Fronten der Welt drängen, aufgehetzt von irgendwelchen finsternen Kräften, die nach einer Weltmachtrolle streben.

Kein Wunder, wenn ausgerechnet Willy Brandt, dieser Mann, dem doch wirklich niemand Freude an der Gewalt vorwerfen kann, seine Partei so dringlich davon zu überzeugen versucht, daß es in dieser Frage nicht um die Wahl zwischen Friedensliebe und Kriegslüsterheit geht, sondern um eine Entscheidung von größter politischer Bedeutung für dieses Land. Weder die übrigen Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft noch die Vereinten Nationen wollen länger hinnehmen, daß die Deutschen zwar alle Rechte in diesen Institutionen einfordern, die unangenehmen Pflichten aber stets den anderen überlassen. Die bundesdeutsche Diskussion über diese Frage läßt gelegentlich den Eindruck entstehen, als hielten wir Deutschen uns für die einzigen friedfertigen Menschen auf dieser Welt. Das gilt auch für den Satz Oskar Lafontaines, die Verantwortung des größer gewordenen Deutschland bedeute, „Krieg zu vermeiden und nicht kriegerische Mittel einzusetzen“. Deshalb will er zwar einer deutschen Beteiligung an friedensbewahrenden Aktionen der UN-Blauhelme zustimmen, aber nichts sonst.

Wenn dieses größer gewordene Deutschland aber will, daß seine Stimme in der internationalen Friedenspolitik Gewicht bekommt, dann wird dies nicht durch Abseitsstehen möglich. Man darf den Zustand dieser Welt nicht mit unseren schönen Hoffnungen verwechseln. Gerade die Sozialdemokraten haben schließlich immer für die Menschenrechte gekämpft. Um sie gegen Tyrannei und Gewalt zu verteidigen, ist gewiß nicht immer Waffengewalt und Krieg nötig. Aber Gewaltherrscher lassen sich nicht durch Friedfertigkeit allein umstimmen. Die internationale Gemeinschaft muß auch mit militärischen Sanktionen drohen können, wenn ihre Forderungen ernst genommen werden sollen. In dieser Situation muß die neue Bundesrepublik ein Land werden wie jedes andere – trotz und auch wegen ihrer Geschichte. Sie kann nicht aus der Welt austreten, wenn sie nicht will, daß ihre Stimme ungehört bleibt, wenn es darum geht, zwischen politischen und militärischen Mitteln zu wählen. In Bremen, so sieht es bisher aus, will man eine klare Entscheidung vermeiden.

2./3. Oktober 1991

Die unfreiwillige Großmacht

Seit einem Jahr sind die Deutschen vereint. In Europa wurde und wird noch viel gerätselt, welche Rolle das 80-Millionen-Volk in der internationalen Politik auf die Dauer spielen wird. Den „Platz an der Sonne“, den vor hundert Jahren der großmäulige Kaiser Wilhelm II. seinen Untertanen verhieß, hatte gewissermaßen die alte Bundesrepublik längst erreicht: wirtschaftsmächtig, reich, aber ohne weitreichende Verantwortung außerhalb von EG und NATO. Eine „Weltmachtrolle“ strebten die Deutschen in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts an, das Ergebnis war fast der Untergang Europas. Die Erinnerung hält Ängste wach. Glücklicherweise nicht nur bei den Nachbarn, sondern bei uns Deutschen auch.

Nach dem Fall der Mauer 1989 und bis zum Sommer vorigen Jahres fürchteten die Franzosen und andere westliche Partner, das vereinigte Deutschland werde der EG und der NATO den Rücken kehren, um ohne die „Westbindung“ wieder die Zentralmacht Europas zu werden. Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher waren klug genug, den Westeuropäern das Aufgehen Gesamtdeutschlands in einer Politischen Union und einer Währungsunion der Europäischen Gemeinschaft anzubieten und auch – scheinbar halsbrecherisch – gegenüber Moskau die NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands zur Bedingung zu machen. Mit der Geste des gebeugten Hauptes wurden gerade auch die sowjetischen Ängste überwunden und die deutsche Einigung erreicht.

[...] Die vereinigten Deutschen suchen noch ihre Rolle im veränderten Europa. Großsprecherische Töne sind ebenso unangebracht, wie „Alleingänge“ oder Abstinenz. Aber als Wirtschafts- und Handelsmacht hat Deutschland auch weltweite Interessen. Wie es die als unfreiwillige Großmacht neben den USA und Japan wahrnehmen wird, steht als Frage am Horizont. Die deutsche Rolle in diesem Dreieck gebiete, aus historischer Verantwortung, die Amerikaner nicht aus Europa zu verdrängen. Solange sie da sind, bleiben auch die Ängste vor möglicher deutscher Vorherrschaft gering.

17. Dezember 1991

Gefährlicher Alleingang (von Werner Holzer)

Politik, so heißt es, sei die Kunst des Möglichen. Wer sich auf der nationalen und internationalen Bühne einigermaßen auskennt, kommt an der Einsicht nicht vorbei, daß Politik eher die Kunst ist, mit dem Unmöglichen solange zu leben, bis vernünftige Lösungen möglich werden. Solcherart Geduld aufzubringen fällt oft sehr schwer. Die Bundesregierung, unterstützt von einer beträchtlichen Anzahl von Sozialdemokraten, ist im Augenblick dabei, im Zusammenhang mit dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien die Geduld zu verlieren. Getrieben von einem Gefühl der zornigen Ohnmacht darüber, daß offenbar niemand einen Weg weiß, wie man den blutigen Konflikt zwischen Serben und Kroaten beenden könnte, ist man überzeugt davon, daß jetzt der Zeitpunkt zum Handeln gekommen sei.

Die meisten Menschen können die Empfindungen unserer Politiker durchaus nachvollziehen. Haben wir in Westeuropa uns doch in die Überzeugung hineingelebt, daß ein so barbarischer Streit im auslaufenden 20. Jahrhundert zumindest in Europa nicht mehr möglich ist. Inzwischen werden wir eines Schlimmeren belehrt. Die Welt ist nicht so friedfertig, wie wir sie gerne hätten. Nun sind Zorn und Enttäuschung schon immer schlechte Ratgeber für vernünftiges Handeln gewesen. Noch schlimmer aber ist es, wenn Politik sich in ihrer Ratlosigkeit in blinden Aktivismus treiben läßt. Genau dies geschieht zur Zeit.

In den vergangenen Jahrzehnten hat es manchen Anlaß gegeben, wo man sich ein entschiedeneres Auftreten der deutschen Außenpolitik auch im Umgang mit befreundeten

Staaten gewünscht hätte. Warum man nun ausgerechnet in der Frage der diplomatischen Anerkennung Kroatiens und Sloweniens aus der selbstgewählten Zurückhaltung ausbrechen will, ist schwer zu erklären.

Gewiß, niemand kann behaupten, daß die Vereinten Nationen oder die Europäische Gemeinschaft, die USA oder die meisten unserer westeuropäischen Partner bisher Zukunftsweisendes aufgezeigt hätten, wenn es um den Konflikt auf dem Balkan ging. Doch das ist noch kein Grund, nun selbst das Gegenteil zu tun.

Der Kommentator einer großen deutschen Zeitung, die die Bundesregierung schon lange zum Handeln treibt und die Anerkennung fordert, hat jetzt, ohne es zu wollen, das entscheidende Argument gegen einen deutschen Anerkennungs-Alleingang geliefert. „Wer A wie Anerkennung sagt“, so konnte man dort lesen, der müsse nicht nur über das ganze Alphabet Bescheid wissen, sondern auch bereit sein, es durchzubuchstabieren. Genau dies ist das Problem. Mag sein, daß die zitierte Zeitung bereit wäre, alle Konsequenzen einer Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zu akzeptieren. Die Bundesregierung ist es ganz gewiß nicht. Nach Meinung der Zeitung müßte sie zum Beispiel „die Abschreckungsfähigkeit Kroatiens“ stärken, was am Ende doch nichts anderes hieße, als mit Waffen und notfalls Soldaten zu intervenieren

Niemand unter den Befürwortern einer raschen Anerkennung weiß auch nur annähernd, welche Reaktion ein solcher Schritt jetzt auslösen würde. Genau deshalb sind die anderen westlichen Staaten zurückhaltend.

Politische Krisenerfahrung lehrt, daß politische Gesten sehr leicht falsche Hoffnungen auf der einen Seite und wütende Angst auf der anderen auslösen. Nicht nur in Kroatien, sondern auch in Serbien sind die Kriegstreiber eine Minderheit. Schon hat die serbische Aggression in Kroatien den Fanatismus gefährlich gestärkt. Eine serbische Regierung, die sich noch mehr in die Ecke gedrängt fühlt, würde mit Sicherheit noch wilder um sich schlagen, der Konflikt also noch verschärft werden. Und ob er dann auf Serben und Kroaten begrenzt bliebe, ist durchaus fraglich.

Die anti-deutsche Propaganda-Kampagne der serbischen Chauvinisten ist so durchsichtig demagogisch, daß niemand außerhalb Serbiens sie ernst nimmt. Natürlich kann man der Politik Bonns nicht die Absicht unterstellen, sie wolle sich in Südeuropa eine „imperialistische Einflußsphäre“ schaffen und in Osteuropa eine neue Ordnung nach ihren Wünschen aufbauen. Da müßte das deutsche Selbstbewußtsein erst noch sehr kräftig wachsen. Das Beharren auf einen Alleingang in Sachen Anerkennung aber gießt ohne Not Wasser auf solche Mühlen.

Etwas anderes kommt hinzu: Es verträgt sich einfach nicht, wenn die Bundesregierung gerade eben in Maastricht auf gemeinsames westeuropäisches Handeln drängt und nun selbst das Gegenteil tut. Daß alles getan werden muß, daß den gequälten Menschen in Kroatien – es sind ja nicht nur Kroaten, sondern auch Serben – gegen den Weg ihrer Politiker geholfen werden muß, darüber besteht Einigkeit. Wirtschaftliche und humanitäre Hilfe bedarf nicht der diplomatischen Anerkennung. Eine Anerkennung jedoch, die Hoffnung auf ein militärisches Eingreifen macht, könnte das Blutbad noch vergrößern.

13. April 1995

„Für ein europäisches Deutschland“.

Zum Kriegsende vor 50 Jahren ein Plädoyer von Andreas von Schoeler.

I. „Die Menschheit schaudert sich. Vor Deutschland? Ja, vor Deutschland.“

Diese Sätze schrieb Thomas Mann am 10. Mai 1945 in der Frankfurter Presse.

Zwei Tage nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands, die damals hierzulande kaum jemand eine Befreiung nannte, sprach der große deutsche Schriftsteller im

amerikanischen Exil von der unauslöschlichen „Schmach Deutschlands“. Die Folterkeller, zu denen die Nationalsozialisten das Land gemacht hätten, seien aufgebrochen und die Bilder überträfen alles an Scheußlichkeiten, „was Menschen sich vorstellen können“. Und so stehe Deutschland nun da, fährt Mann fort, „als Abscheu der Menschheit und Beispiel des Bösen“. Trost konnte es nicht geben, als in Europa endlich wieder ein Schimmer der Hoffnung nach völliger Finsternis sich abzeichnete.

Schonungslos sagt Thomas Mann die Wahrheit. „Meine Leser in Deutschland! Ihr konntet euch von dieser Herrschaft aus eigener Kraft nicht befreien; das war wohl nicht möglich. Die Befreier mußten von außen kommen.“ Bald sollte sich zeigen, daß es keine Stunde Null war, aber eine Stunde der Befreiung. Der Befreiung Europas von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, der Befreiung der wenigen Überlebenden aus den Händen der industriell verfahrenen Mörder, der Befreiung, auch derjenigen, die sich unter Einsatz ihres Lebens der Diktatur nicht unterworfen hatten.

Es war keine Stunde Null, formulierte Klaus Harpprecht im März im Amerika-Haus Frankfurt auf der internationalen Konferenz „Freiheit und Befreiung im kollektiven Bewußtsein Deutschlands und der USA“, aber vielen Menschen wurde ein zweites Leben geschenkt.

Für sie war der 8. Mai 1945 eine Stunde Null.

Für sie, für die Opfer, war die Stunde Null der Augenblick der ersehnten Niederlage der nationalsozialistischen Diktatur.

II. Institutionen der Freiheit konnten sich in Deutschland stets erst nach schlimmsten Niederlagen herausbilden. Eine selbstverständliche Verbindung zwischen westlich-demokratischen Lebensweisen und nationalen Selbstverständnissen ist unbekannt. Der deutsche Entwicklungspfad in die politische Modernität erscheint als Sonderweg, als verschlungen, umweghaft, furchtbar. „Die verspätete Nation“ (Helmuth Plessner) brauchte lange, um im Westen anzukommen. Läßt sich aus dieser Geschichte lernen? Warum war Deutschland nicht England? Oder auch: Warum war England nicht Deutschland?

Das sind Fragen nach der anderen Modernisierung von Staat und Gesellschaft in diesem Lande, die an Brisanz gerade nach 1989 nichts eingebüßt haben. Der Soziologe Klaus Eder hat den „deutschen Sonderweg“ als pathologische Entwicklung in die politische Modernität des Westens untersucht.

In ihrer Evolution habe die deutsche Gesellschaft ihre eigenen strukturellen Voraussetzungen partiell oder vollständig zerstört. „Das Pathologische besteht darin, die Möglichkeit für Auseinandersetzungen darüber, welche normative Ordnung kollektive Geltung besitzen soll, zu zerstören.“ Dem ist nachzugehen. Es mangelte gerade dem Bürgertum an demokratischem Bewußtsein, dominierend war der Befehlston, zackig ging es in der Industrie ebenso zu wie in der Verwaltung.

Traditionen wurden nicht – schon gar nicht kritisch – angeeignet, sondern zum Maß aller Dinge erhoben. Kein Laisser-faire, keine pragmatische Suche nach Problemlösungen, statt dessen Tiefsinn und Unterwerfungsbereitschaft. Dieses eklatante Defizit an Zivilcourage wirkte fort bis zum 30. Januar 1933; man lieferte sich der Barbarei aus.

III. Bekanntlich soll man keiner Statistik glauben, die man nicht selbst gefälscht hat. Dennoch sind manche Daten so interessant wie verwirrend. Gegen Ende der achtziger Jahre ergab eine Allensbach-Umfrage Erstaunliches: Auf die Frage, ob sie stolz auf ihr Land seien, antworteten in Großbritannien 55 Prozent, sie seien „sehr stolz“, in Frankreich und Italien waren es 33 bzw. 41 Prozent, in der Bundesrepublik hingegen nur 21 Prozent. Die überwältigende Mehrheit aber war „überhaupt nicht stolz“ auf ihr Land. Die Ergebnisse sollen sich nach 1990 nicht wesentlich verändert haben.

Der britische Historiker Harold James bemerkt in seinem Buch „Deutsche Identität“, das Bemerkenswerte am deutschen Nationalismus nach 1945 sei seine Abwesenheit. Das war nicht immer so; nach 1806 oder 1918 kam es zu exzessiven nicht nationalsozialistischen

Aufwallungen. Eine Besonderheit der deutschen Entwicklung ist nach James, daß sich die Nation mal eher ökonomisch, politisch oder kulturell bestimmte. Deutschland wurde spät zur Nation.

Es gab keine identitätsstiftenden gemeinsamen Traditionen, keine geteilte Geschichte, keine verhinderten kulturellen Erfahrungen, keine einheitsfördernden politischen Institutionen.

Zersplittert, ökonomisch ineffektiv, lange, lange im Rückstand. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation galt vielen als „unnatürliches Monster“ (Samuel Pufendorf).

Gleichwohl gab es die Sehnsucht nach Größe, nach Anerkennung, nach wirtschaftlichem Erfolg. Von Preußen ging ein „messianischer Nationalismus“ (Harold James) aus, der mit der Reichsgründung 1871 kulminierte. An kulturellen und politischen Leitbildern (wie zum Beispiel dem englischen Gentleman) mangelte es, also suchten die Deutschen ihre Identität in der Differenz von den anderen, den Demokraten, den Liberalen, dem „perfiden Albion“ (Werner Sombart). Träger des politischen Systems in Deutschland wird nicht die Gewaltenteilung, die Legislative ist suspekt, die Exekutive übermäßig stark. Träger des politischen Systems und herausragender Sachwalter der Interessen des Souveräns ist der Beamtenstand. So wird der absolutistische Autoritätsanspruch in die moderne Zeit hinübergerettet.

Wirtschaftlicher Erfolg wird zum zentralen Parameter der gesellschaftlichen Selbsteinschätzung in Deutschland. Es ist eben kein Zufall, daß der englische Faschist Sir Oswald Mosley während der Weltwirtschaftskrise keinen Sitz im Unterhaus gewann. In der Hoffnung auf eine wirtschaftliche Renaissance wurde die NSDAP in freien Wahlen zur stärksten Partei.

IV. Das Ende der Diktatur wurde mithin nicht als Befreiung erlebt, sondern als Zusammenbruch, als (nicht zuletzt) wirtschaftliche Katastrophe. Wie über Nacht schien sich die Schreckensherrschaft aufgelöst zu haben.

Über Jahre hin wurde zunächst geschwiegen, niemand schien für die schier unvorstellbaren Verbrechen verantwortlich zu sein. Der Nationalsozialismus war von einem Tag auf den anderen kein Thema.

Das „kommunikative Beschweigen“ (Hermann Luebbe) dessen, was 12 Jahre lang geschehen war, ließ die Mehrheit der Deutschen die Westintegration weitgehend frag- und klaglos hinnehmen. Etwas Besseres konnte ihnen zweifellos nicht passieren.

V. Mit dem Aufbrechen der weltpolitischen Bipolarität und der Vereinigung unseres Landes stellt sich die Frage nach der Identität der Deutschen erneut.

Wird es ihnen gelingen, als Verfassungspatrioten zugleich Deutsche, Europäer und Weltbürger zu sein? Ohne auftrumpfendes wiederentdecktes Selbstbewußtsein? Ihrer Verantwortung als Europäer bewußt?

Dies setzt voraus, daß sie sich der Befreiung erinnern, das Grundgesetz als ein unglaubliches Glücksgeschenk akzeptieren und sich ihm als würdig erweisen. Die deutsche Einheit nach 40 Jahren war ein Glücksfall der Geschichte.

Aber rasch hat sich gezeigt, daß es nicht genügt, sich der Übermacht der Gefühle hinzugeben. Deutschlands Zukunft ist nur als europäische denkbar. Zur Europäischen Union ist keine tragfähige Alternative erkennbar. Das „Land in der Mitte“ liegt im Westen, nirgendwo sonst. Das macht Deutschland auch nach 50 Jahren nicht zu einem „normalen Land“, aber es ist das einzig Vernünftige. Die Westintegration unseres Landes bedeutete nicht die Ankunft von Normalität in Deutschland.

Beim Abspielen der Nationalhymne mögen sich, mir geht es so, diffuse „nationale“ Gefühle einstellen, unser Verhältnis zum eigenen Volk muß angesichts unserer Geschichte gespalten bleiben. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß nach 1945 kein Wechsel der Machteliten stattfand, ihr Einfluß in der Bundesrepublik blieb ungebrochen. Auch Europa kann kein Alibi für die Behauptung bieten, jetzt sei die Vergangenheit endgültig vergangen.

Vor dem Grauen dessen, was geschah, können wir nicht in die Europäische Union flüchten. Unter dem europäischen Mantel dauert das Unvergängliche fort, die Deutschen können sich von Deutschland nicht befreien.

VI. Was wird aus der Identität der Deutschen?

Sie bestimmt sich im Kontext ihrer Geschichte und ihrer kulturellen Prägung als europäische. Die Europäische Union mit ihren bald 400 Millionen Menschen läßt gleichsam neben den nationalen Selbstverständnissen allmählich eine europäische Identität entstehen. Eine einheitliche und vielfältige europäische Gesellschaft zeichnet sich ab. Längst verkehren nicht nur Nationalstaaten miteinander, sondern Regionen. Das Rhein-Main-Gebiet ist so eine Region, Burgund ist eine andere.

Der Pluralität der Lebensverhältnisse in Europa entspricht die Globalisierung der Kultur, die sich zunehmend als Homogenisierung erweist. Das Stichwort von der „Mc Donaldisierung“ ist treffend. Das ist kein Hochmut gegenüber der amerikanischen Alltagskultur. Gerade Frankfurt am Main verdankt den Amerikanern Weltoffenheit, Toleranz gegenüber Minderheiten, Aufgeschlossenheit für Fremdes und Neues. Mit den Amerikanern kam wieder der Jazz hierher, der alltagspraktische Anschluß an die Modernität wäre ohne sie nicht gelungen. Gleichwohl ist die Vielfalt der europäischen Kulturen ein Zukunftskapital. Frankfurt am Main ist mit seiner internationalen Bevölkerung beispielhaft; wenn ein Drittel der hier Lebenden aus dem Ausland kommt, wenn fremde Lebensformen fast selbstverständlich sind, dann verändert das auch das Selbstverständnis einer Stadt. Frankfurt ist gewiß überschaubar, gleichwohl ist die Welt hier zu Hause. Die europäische Kultur ist nicht amerikanisch, sondern plural. Auf der Grundlage sakrosankter Bürger- und Menschenrechte wird in Europa die produktive Dialektik von Einheit und Differenz vorangetrieben. Kulturelle Artenvielfalt kann nicht durch die Vielfältigkeit kultureller Warenangebote ersetzt werden.

„Das Projekt Europa“ verbindet Universalkultur und kulturelle Verschiedenheit.

Für den Soziologen Richard Muench ist Europa keine Festung, sondern ein offen verlaufender Prozeß. „In dem Maße, in dem wir europaweit einen einheitlichen Kulturraum schaffen und Europa zugleich für den Zustrom von Menschen mit einer anderen Herkunftskultur öffnen, bedeutet das zugleich eine Vereinheitlichung und eine Steigerung der kulturellen Vielfalt, weil der europaweite Kulturraum die Herrschaft der westlichen Kultur festigt.“ Europa ist keine pure Harmonieveranstaltung, Vielfalt erfordert Konfliktfähigkeit. Die letzten fünf Jahrzehnte sollten aber bewiesen haben, daß nationale Identitäten keiner Feindbilder bedürfen. Die Nationalstaaten büßen an Bedeutung weiter ein, die der europäischen Regionen wächst. Die Nationen sind damit nicht überwunden, sie bilden die Essenz des vereinigten Europas.

Robert Schumann, gebürtiger Lothringer, Vorkämpfer der Europäischen Union, verwahrt sich gegen die historische Entwertung der Nationen: „Unsere europäischen Grenzen sollten den Austausch von Gedanken, Personen und Gütern immer weniger beschränken. Über den veralteten Nationalismen soll in Zukunft das Gefühl der Solidarität der Nationen stehen.

Verdienst der Nationalismen war es, den Staaten eine Tradition und eine solide innere Struktur zu geben. Auf diesem alten Unterbau muß ein neues Stockwerk errichtet werden.

Das Überstaatliche wird auf nationaler Grundlage beruhen.“ Die Europäische Union ist der Zusammenschluß von Nationen, die ihre Differenzen nicht leugnen, sondern nutzen. Gelegentlich gewinnt man den Eindruck, es ergehe den Europäern so, als sähen sie den Wald vor lauter Bäumen nicht, d.h. sie können Europa vor lauter Nationen nicht erkennen.

Allmählich nimmt es klare Konturen an. Der Historiker Hagen Schulze attestiert den europäischen Nationen noch ein langes Leben, schränkt aber ein: „Sie werden noch lange da sein, und sie werden gebraucht. Aber sie haben sich in der Vergangenheit immer wieder verwandelt, und auch künftig werden sie sich verändern; allmählich können sie verblassen

und zurücktreten, um Platz zu machen für eine Nation Europa, deren Gestalt wir heute nur undeutlich ahnen.“ Aufgabe eines europäischen Deutschlands ist es, ohne Wenn und Aber mit Zuversicht und Realismus daran mitzuwirken.

06. Mai 1995

Die selbstbewußte Zivilisation

Die Neue Rechte wollte den 8. Mai für ihre Ziele nutzen, entfachte aber nur einen Sturm im Wasserglas

Ein Gespenst würde gerne umgehen in der Bundesrepublik Deutschland, es ist das Gespenst der „selbstbewußten Nation“.

Ein paar spätgeborene konservative Revolutionäre hatten das Schlagwort mit dem gleichnamigen öden Buch in Umlauf gesetzt; mancher Party lieferte es Gesprächsstoff.

Das Reizwort verflüchtigte sich, bis es am 7. April in der FAZ einen Wiederauftritt hatte: Zum 8. Mai.

Gegen das Vergessen. Zwar gelten Publizistik und Aktionistik neurechter Aktivisten als unappetitlich, den Sprachgebrauch von der „selbstbewußten Nation“ machten sich aber ein amtierender Bundesminister sowie mehrere Mitglieder des Deutschen Bundestages zu eigen.

Alfred Dregger wollte bei der Kundgebung der Initiatoren die Festrede halten, wurde aber zurückgepiffen.

Wolfgang Schäuble beeilte sich nachzutragen, er würde auch unterschrieben haben, hätte man ihn nur gefragt. Der Spuk war plötzlich vorbei, die Party abgesagt, aber die Stimmung sollte nicht verlorengehen. Dabei war nicht der Inhalt des Aufrufs und der folgenden Stellungnahmen skandalös, sondern die Aufführungspraxis: Nach fast 50 Jahren Demokratie noch einmal eine fulminante Manifestation deutschen Sonderbewußtseins – ganz in der Tradition nationaler Nabelschau. Das ominöse Wort ist in Bonn lanciert, und bald wird es in politischen Reden auftauchen. Das ist ein kleiner Erfolg einer beharrlichen Begriffspolitik. Im rechten Eck kennt man seinen Gramsci gut: Begriffe besetzen, politische Themen kulturalisieren, Meinungsführerschaft erringen. Das klappt auch, wenn die Mehrheiten fehlen und sich auch nie einstellen werden. „Selbstbewußte Nation“ legt folgenden Schluß nahe: Das vereinte Deutschland ist eine normale Nation. Alle normalen Nationalstaaten betreiben eine selbstbewußte Interessenpolitik. Also muß Deutschland eine „selbstbewußte Nation“ werden. Normalisierung ist mithin nationale Bewußtseinsbildung. Aber dieser vife Syllogismus enthält einen Fehler. Denn die Nation ist nicht der Nationalstaat.

Letzterer sucht in der Tat nach der Vereinigung eine neue Orientierung in der mehrpolaren Welt. „Nation“ ist demgegenüber ein kulturelles Programm.

Der erste Begriff meint Politik als vorläufige – und vernünftige Handlungsorientierung im Konzert politischer Einheiten, die auch als Nationalstaat organisiert sind.

Das andere Konzept beantwortet womöglich drängende Sinnfragen des Einzelnen oder verspricht ihm eine verständliche, homogene Symbolwelt.

Wer beide Begriffe identifiziert, treibt der Politik den Verstand aus und macht darin Platz für die großen Gefühle und den Anspruch auf Wahrheit.

Es wäre der Angriff der „Letzten Fragen“ auf die vorletzten Antwortmöglichkeiten: auf Politik als Tätigkeit auf Zeit, gemacht von gewählten, fehlbaren Subjekten. Die Erinnerung an die historische „Paradoxie“ des 8. Mai (Theodor Heuss) samt Rebellion gegen die „Einseitigkeit“ seiner Deutung als Befreiung wurde beschworen, um die „Intaktheit“ der deutschen Nation zu demonstrieren.

Ziel ist, eine unvergängliche, den Zeitläuften trotzen Substanz zu suggerieren; „Nation“ ist Wert, steht gegen schwindenden Bürgersinn und massenkulturelle Verflachung.

In ihrer Gloriele verschmurgelt auch das Liberale an der Demokratie. Die National-

Metaphysik für den Hausgebrauch steht in aktueller politischer Funktion, auch wenn mit ihr eine alte Sichtweise auf die Geschichte verteidigt wird, eine, die gleich nach dem Krieg in Westdeutschland patriotische Gemüter beruhigt hatte.

Scham übers Gewesene galt als Oktroy der Sieger

Ein unvoreingenommenes und verantwortliches Erinnern wurde auf Jahrzehnte verhindert.

Entschuldung durch Aufrechnung – die heutigen Relativierungsversuche der NS-Verbrechen schreiben sich von dem trotzigen guten Gewissen des Nachkriegs her, das Demokratie mit Demütigung assoziierte.

Das blieb eine Schwachstelle in der politischen Kultur der Bundesrepublik.

Die Selbstrechtfertigung war erfolgreicher, wenn man nicht nur für sich sprach, sondern im Namen einer überpersönlichen Instanz.

Die Katastrophe war dann keine verantwortete historische Tat, sondern Gottesurteil, ihr Grund wurde in Hybris und Verblendung der Deutschen erblickt, aber nicht in der Machtübernahme der Nazis 1933. Diese Sicht erlaubte ein vorbeugendes Auftrumpfen gegen die Zumutung der historischen Wahrheit. Bereits die historischen Fakten zur Kenntnis zu nehmen, galt als Verleugnung des Deutschen. Historiographische Einsichten von vornherein zu bestreiten, machte den Mythos des rechten Nachkriegsbewußtseins aus. Dieses Zwangsverhalten gegenüber der Geschichte wurde fünfzig Jahre lang in nationalistischen Splittergruppen gepflegt und wirkte tief ins konservative Lager.

Es liegt auch dem Aufruf zum 8. Mai zugrunde.

Sein Wortlaut ist aufreizend banal, aber jeder weiß, wie er die Bedeutungs-Leerstelle der sprachlichen Hohlformen zu füllen hat.

„Erinnert“ wird nicht an die Faktizität der Geschichte, sondern an das deutsche Schicksalsbewußtsein.

Deswegen ging in den vergangenen Wochen Erinnerungswille und Verdrängung historiographischer Einsichten auch Hand in Hand: Hie gegen das Vergessen, dort in Stuttgart die Furcht vor einer Ausstellung, die die Verstrickung der Wehrmacht in den Vernichtungsapparat der Nazis belegt.

Der 8. Mai wurde darüber von rechts in einer Weise moralisiert, daß die Vertreibungen, die Schicksale der Kriegsgefangenen, die falschen politischen Entscheidungen der Siegermächte, auch weiterhin nicht unbefangen diskutiert werden können. Fünf Jahre ist es her, da war es dem Bundespräsidenten von Weizsäcker gelungen, beide Perspektiven des Erlebens – die deutsche Sicht aufs Kriegsende und die ihrer damaligen Überwinder – vor der Weltöffentlichkeit zu vermitteln.

Beider Berechtigung war plötzlich anerkannt.

Das war ein wirklicher Schritt zur Normalisierung Deutschlands, denn die Befangenheit vor der Geschichte des Krieges zu verlieren, ist nicht nur deutsche, sondern auch Sache unserer Nachbarländer. All das scheint 1995 wieder vergessen zu sein.

Jener „korrigierende“ deutsche Blick auf die eigenen Opfer ist selektiv und partikular, er hindert, aller Opfer zu gedenken, trennt letztlich Kriegsfolge von Kriegsursache. Neurechte Politik, das zeigten die Satyrspiele der letzten Wochen, setzt an, wo kollektive Erinnerung formuliert wird. Im Augenblick kann die Neue Rechte in Deutschland – anders als in Frankreich – nur Mittel der symbolischen Politik einsetzen, Aufrufe, Manifeste, Programmatiken.

Im Ton sind sie meist alarmistisch oder utopisch gestimmt.

Mit geringstem Einsatz wird der größtmögliche massenmediale Effekt erzeugt – offensive Polit-PR. Das muß nicht beunruhigen, dazu ist die Anhängerschaft zu klein und zu unbedeutend.

Was sich aber zeigt, ist Kalkül und Methode, mit denen Themen der politischen Öffentlichkeit usurpiert werden.

Die Netzworkebildung der Alten und Neuen Rechten funktioniert, finanzielle Mittel stehen ausreichend zur Verfügung.

Die Gesinnung wird in ein verfassungskonformes Vokabular verpackt, und manchmal klingt sogar forscher Apo-Jargon durch.

Das hat Adressaten-Bezug: Die Neue Rechte buhlt vor allem um die aufmüpfigen Jungen, die „89er“, sowie um politikverdrossene bürgerliche Schichten.

Auf mehr als einer Ebene, sei's aggressiv oder gemäßigt, verdeckt oder offen, wissenschaftlich oder rabulistisch, wird die sog. „Revisionismuskampagne“ geführt; im rechtsextremen Milieu tobt sie sich als Auschwitz-Leugnung aus. Das Etappenziel, Begriffe und Sichtweisen in politisch unverdächtigen öffentlichen Diskussionen zu verankern, ist beinahe erreicht. Prominente Namen unter sinnlosen Aufrufen sind daher sehr wohl von Bedeutung.

Das politische Establishment adelt die krausen Gedanken, oft ohne Absicht, oft aber mit Augenzwinkern. Auf der anderen Seite fallen nämlich die Hemmungen.

Alfred Dregger und Heinrich Lummer sind nur die prominentesten Christdemokraten, denen ein Rapport mit der rechtsradikalen Szene gestattet wird. Dahinter steht Kalkül: Die National-Schrate binden den rechten Rand an die Partei und sollen nichtwählende Demokratieverächter zurückgewinnen. Schäuble profiliert das nationalkonservative Lager gegen den liberalen Flügel – und gegen den Kanzler, der den Gedenktag ganz „internationalistisch“ zu begehen sich entschloß. Daß das alles ohne Folgen bleibt, ist dann aber in der Tat Anzeichen eines Verfalls der politischen Kultur. Die Gesinnung wird immer unverblümter kundgetan, es gibt keinen Grund mehr, mit dem antidemokratischen Ressentiment an sich zu halten. Währenddessen nutzt die Gruppe um den Publizisten Zitelmann die Berliner FDP, um sich erstmals parteipolitisch zu profilieren.

Die Repts taugen nach ihrer Selbstdemontage als Vehikel nicht mehr.

Vom Bezirk Spandau aus werden die Liberalen aufgemischt, mit Wohlwollen Alexander von Stahls. Vor kurzem meldete das ARD-Magazin Panorama, mittelständische Unternehmer spendeten bereits gezielt an rechtsextreme Organisationen, um deren publizistische Aktivitäten zu sponsern. Man kann da nur bei Gelegenheit auf die Machart neurechter PR-Aktionen aufmerksam machen und daran erinnern, daß hinter ihrem nichtssagenden Wortlaut auch politische Ziele stehen. Die Revisionsangebote von rechts beschränken sich mittlerweile nicht mehr nur auf den Bereich des Kulturellen mit dessen Redefreiheit (und begrenzter Wirkung).

Auch wenn die Schwilks und Zitelmanns am liebsten in den Feuilletons schwiemeln, da ist immer auch der geile Drang aufs große politische Ganze spürbar. Der Auftritt der Neuen Rechten in der Landes- und Bundespolitik ist nicht auf eine „linkskonservative Medienhegemonie“ zurückzuführen, welche die Frage der deutschen „Identität“ im Würgegriff der political correctness hielte und damit den rechten Widerspruch geradezu provozierte.

Das ist FAZ-Unsinn.

Der Auftritt ist inzwischen ein Problem der CDU/CSU und der FDP.

Diese Parteien werden sich programmatisch und personell von ihren neuen Sympathisanten distanzieren müssen. Die bisherige Choreographie aus Beschwichtigung, Distanzierung (und dann doch wohlwollender Duldung) wird nicht mehr lange funktionieren. Wenn Scham Anzeichen und Bedingung für Kultur ist, gibt es mittlerweile Anlaß, zivilisierte Verhältnisse einzufordern.

09. Mai 1995

„Ein Sieg Europas über sich selbst“.

Die Feierlichkeiten zum 8. Mai in Berlin und Paris: Ein Tag der „Normalität“ und doch kein ganz normaler Tag.

Ein ganz normaler Tag in Berlin? In der U-Bahn bettelt ein Obdachloser, ein Mitfahrer rastet aus. „Dich haben sie wohl vergessen“, brüllt er unvermittelt los.

Nicht allzu außergewöhnlich im ganz normalen Reizklima der alt-neuen deutschen Hauptstadt. Eher ein Zufall, daß der Ausbruch so grauenhaft gut zum Datum paßt.

Zum 50. Mal jährt sich an diesem 8. Mai 1995 der Tag, an dem in Deutschland aufgehört wurde, unerwünschte „Elemente“ zu vernichten. Ein ganz normaler Tag? Für die meisten Menschen in der Stadt: Sicher ja.

Die Kirchen, die zum Gedenken an die Befreiung vom Faschismus vor 50 Jahren zur Andacht rufen, sind leer.

Die Teilnehmerzahlen bleiben bei allen Demonstrationen rund um den 8. Mai weit unter den Erwartungen.

Ausnahmezustand nur an ein paar Orten organisierter Erinnerung: Weiträumig abgeriegelt ist das Schauspielhaus am Gendarmenmarkt, wo Bundespräsident Roman Herzog am Abend mit Vertretern der Sieger von damals des Kriegsendes gedenken wird. Das Volk, wäre es denn interessiert, muß Abstand halten, und die Autonomen-Demo (Kampf den deutschen Zuständen) erst recht. Keine Normalität dann auch abends, im Inneren des Prachtbaus: Frankreichs scheidender Staatspräsident Francois Mitterrand liefert ein Vermächtnis ab, das Helmut Kohl zum Strahlen bringt.

Eine Versöhnungsbotschaft jenseits des Erinnerns an deutsche Verantwortung für die Zerstörung Europas. „Ich habe Hoffnung gewonnen“, erinnert Mitterrand an seine Gefangenschaft in Nazi-Deutschland, „weil ich Deutsche kennengelernt habe.“

Im rhetorischen Gemälde des greisen Staatsmannes verlieren die Täter an Kontur; in den Vordergrund treten „Deutsche, die Widerstand leisteten, vielleicht ohne es zu wissen“. Aus der „Erfahrung derer, die gekämpft haben“ in der Epoche zweier Weltkriege, wächst in diesem Bild eine Idee: Europa.

Der 8. Mai war „ein Sieg Europas über sich selbst“. Der lange Applaus gilt dem Lebenswerk Francois Mitterrands. Er gilt aber sicher auch der Botschaft, über die sich Westeuropa – inklusive Deutschland – und die USA in dieser Stunde verständigt haben: ein „Zeitalter der Vernunft“ verkündet der britische Premier John Major, und US-Vizepräsident Al Gore beschwört einen „ständig sich erweiternden demokratischen Bereich“ in Europa.

Deutschland ist immer dabei, nur Viktor Tschernomyrdin, der Ministerpräsident aus Moskau, darf sich angesichts gleich mehrerer Bekenntnisse zur Ost-Erweiterung der Nato als Außenseiter fühlen mit seinem Appell zum Aufbau eines „echten gesamteuropäischen Systems der Sicherheit und der Stabilität auf blockfreier Grundlage“. Roman Herzog hat es leicht, ganz selbstverständlich erscheinen zu lassen, daß Deutschland sich am Gedenk-Tag mit den Siegern von einst umgibt.

Nicht, daß Herzog es an klaren Worten zur historischen Verantwortung fehlen ließe: Er lehnt es ab, „die Schuld der deutschen Machthaber hinter dem Bild des allgemeinen Ruins verschwinden oder auch nur kleiner werden zu lassen“. Doch „vor allem“ ist für den deutschen Präsidenten der 8. Mai 1945 ein Tag, „an dem ein Tor in die Zukunft aufgestoßen wurde“.

Niederlage oder Befreiung? Die Frage findet er „nicht sehr fruchtbar“. Aus der verblassenden Erinnerung an die Barbarei erhebt sich ein, wie es Herzog ausdrückt, „verlässlicher und vor allem friedlicher Partner der Welt“, ganz vorne mit dabei, wenn es darum geht, Westeuropa,

die „Insel des Friedens, der Freiheit und des Wohlstandes“, in alle Himmelsrichtungen zu erweitern. Da taucht sie auf als Vision, die neue deutsche „Normalität“.

Die Wirklichkeit „draußen“ liefert kein so eindeutiges Bild: In der Neuen Wache, der zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland, legen zwei Männer einen Kranz nieder. „Den Opfern der Gewaltherrschaft“ steht auf der Schleife – und das Emblem der rechtsextremen „Republikaner“. Aller Opfer wollten sie gedenken, versichern die rechten Herren dem zufällig anwesenden Korrespondenten des israelischen Fernsehens. Aller gleichermaßen, fragt dieser, der ermordeten Juden wie der Soldaten, die in Hitlers Eroberungs-Maschinerie kämpften? In der Wehrmacht seien „viele Verführte“ gewesen, rechtfertigen sich die „Rep“-Vertreter, aber Juden und, äh, Zigeuner, die hätten sie schon „auch“ gemeint. Nach zwei Stunden sorgen Proteste dafür, daß die skurrile Partei-Werbung der Rechtsextremen entfernt wird. Am Bersarinplatz im Ost-Bezirk Friedrichshain gedenken ein paar Aufrechte des ersten sowjetischen Stadtkommandanten Nikolai Bersarin. Wer bei der Gedenk-Demonstration am Vortag gesehen hat, mit welcher rituellen Inbrunst Damen mittleren Alters sowjetische Partisanenlieder sangen, der ahnt, wie identitätsstiftend die DDR-offizielle Würdigung der ruhmreichen Sowjetarmee und ihrer Rolle bei der Befreiung vom Faschismus gewirkt haben muß. Auf dem Gelände, wo einst Gestapo, SS und „Reichssicherheitshauptamt“ residierten, wird ein Bauschild enthüllt: Die Stiftung „Topographie des Terrors“ will ein Dokumentationszentrum errichten. Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, warnt davor, vom „Ort der Täter“ zu sprechen. „Es ist ein Ort der geistigen Planung durch einen Staat, der auch von der Mehrheit des Volkes lange Zeit getragen wurde.“ Das klingt anders als Roman Herzog, dessen Schuldspruch nur die deutschen „Machthaber“ traf. Doch Bubis ist es auch, der Signale der Hoffnung ausmacht. Ein „Zeichen für ein wiedererstehendes jüdisches Leben in Berlin“ hat er am Vorabend des 8. Mai gesehen, als die Neue Synagoge wiedereröffnet wurde.

Aber: Der prachtvolle Betraum wurde nicht neu errichtet. Da, wo er stand, versammelten sich an diesem Abend die Festgäste unter freiem Himmel, von schwarz verummten Scharfschützen bewacht: Sicherheitsstufe 1. In Deutschland brennen wieder Synagogen.

Kann es Normalität in Deutschland geben, solange es sie für Juden nicht gibt? Ja, scheinen Deutschlands Verbündete, wie seine Regierenden, zu glauben. Was sie am Abend des 8. Mai verkünden, haben sie am Morgen bei den Feiern in Paris bereits zelebriert. Auch in Paris – wenige Stunden zuvor – war es der Tag Francois Mitterrands.

Noch einmal, ein letztes Mal. Gemessenen Schritts ging der französische Präsident an diesem Montagmorgen zum Grabmal des Unbekannten Soldaten am Fuße des Arc de Triomphe, um einen Kranz niederzulegen. Minuten später donnerte die französische Luftwaffe über die Köpfe der Ehrengäste hinweg und hinterließ Kondensstreifen in Blau-Weiß-Rot. Wiederum eine halbe Stunde später marschierten Angehörige der Fremdenlegion an der Ehrentribüne vorbei die Champs-Elysees herunter.

Mit allen Mitteln, zu denen das offizielle Frankreich fähig ist, erinnerte man sich an das Kriegsende vor 50 Jahren. Er hatte eine leicht artifizielle, etwas abgehobene Symbolik an sich, dieser feierliche Morgen des 8. Mai auf den sonnenüberfluteten Champs-Elysees.

Kein Tag wie jeder andere, natürlich nicht. Und doch lag er für das französische Bewußtsein eher im Schlagschatten der Aktualität, der Wahl Jacques Chiracs zum französischen Präsidenten vom Vorabend. Was hier rund um den Arc de Triomphe flackerte, war ein Licht, angezündet für eine in der Tat erkleckliche Schar von immerhin 53 Staatsoberhäuptern aus allen Teilen dieser in den vergangenen Jahren nicht eben friedlicher gewordenen Welt. Das Volk mochte Beifall spenden.

Das tat es, eher dezent und zum Teil verkatert, aus sicherer Entfernung eines zum Hochsicherheitstrakt umfunktionierten Pariser Zentrums. Zwölf Stunden zuvor noch hatten Autokorsos mit Chirac-Anhängern den Boulevard zwischen Arc de Triomphe und Place de la

Concorde verstopft. Denn natürlich ließ sich die Nation nicht flächendeckend in Jubelstimmung bringen – trotz oder wegen aller Nonchalance gegenüber den historischen Details. Nazi-Deutschland hatte in Reims bereits in den Morgenstunden des 7. Mai 1945 kapituliert.

Die Wiederholungszeremonie in Berlin, am 8. Mai 1945 um 15 Uhr, rührte daher nur dezent an die Seelen der Franzosen. Es gab wichtigere Daten: die Rückkehr der Deportierten, die Befreiung der KZ, den 11. November 1918, das Ende des „großen Krieges“. Der Krieg ist aus, seit 50 Jahren. Die großen Versöhnungsleistungen und -gesten zwischen den verfeindeten Völkern von einst haben bereits stattgefunden – auch auf den Champs-Elysees, wo am 14. Juli vor einem Jahr erstmals seit Kriegsende wieder deutsche Soldaten paradierten. Vor Jahresfrist hatte sich nur jeder dritte Franzose an ihrem Mitwirken gestört.

Diesmal hatte die Teilnahme des Bundespräsidenten und des Kanzlers keine öffentliche Diskussion mehr hervorgerufen. Auch das ein Sieg der Normalität.

01. Juli 1995

Normalität oder Sonderweg, das bleibt die Frage.

Bosnien, der Tornado-Einsatz und eine Debatte über die richtige Lehre aus der deutschen Geschichte.

Es war eine historische Debatte des Deutschen Bundestags, aber streckenweise auch eine peinliche.

Wie leidenschaftslos konnten da ein Außenminister und ein Oppositionsführer über ein so erregendes Thema wie den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr – und den auch noch in Bosnien – reden.

Nicht „leise“, wie es manche gefordert hatten, eher lahm und geschäftsmäßig begannen am Freitag morgen Klaus Kinkel und Rudolf Scharping den parlamentarischen Streit.

Erst als die Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble (CDU), Joschka Fischer (Bündnis 90/Grüne), Gregor Gysi (PDS) und Michael Glos (CSU) nacheinander ans Rednerpult traten, wurde es im Plenum des Bundestages lebendiger; leider auch parteipolitischer und stellenweise diffamierend. Letzteres mag bei einem so zur Verzweiflung treibenden Thema wie dem Balkankonflikt verständlich sein.

Erst recht, da es auch um das deutsche Selbstverständnis geht.

Nicht nur um die ECR-Tornados wurde schließlich gestritten, die erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder deutsche Soldaten – zum Schutz von UN-Blauhelmen – in einen möglichen Kampfeinsatz fliegen sollen.

Nein, nicht weniger als die richtigen Lehren aus der deutschen Geschichte stehen hier auf dem Spiel.

„Normalität“ oder „Sonderweg“, das bleibt der Deutschen Frage.

„Bündnistreue“, wie von der Regierungskoalition angemahnt, oder das „Aufgeben der Selbstbeschränkung deutscher Außenpolitik“, wie es der bündnisgrüne Fraktionsvorsitzende Joschka Fischer befürchtet?

Während die Regierung Kohl die Bundesrepublik Deutschland durch einen militärischen Beitrag auf dem Balkan noch tiefer im neuen Europa zu verankern vorgibt, versucht sich der in der Opposition organisierte Teil der Nachkriegsgeneration an einer praktischen Antwort auf den Normenkonflikt zwischen Gewaltfreiheit und Menschenrechten: „Nie wieder“ oder „gerade wir“?

Da mußte das Eingehen auf die wirkliche Frage, ob nämlich die schnelle Eingreiftruppe dem Frieden in Bosnien dient, allzu oft aus dem Manuskript weichen.

Überdies hätte deren ehrliche Beantwortung auch noch die letzten parteipolitischen

Markierungslinien durcheinandergebracht. Wenn sie abseits der politischen Bühne nach Hintergründen und Beweggründen gefragt werden, zeichnen viele Abgeordnete ein ungleich differenzierteres Bild ihrer Ziele und Ängste.

Da räumen plötzlich die radikalen Einforderer einer selbstdefinierten „Bündnissolidarität“ wie der CDU-Außenpolitiker Karl Lamers willig ihre Zweifel an diesem Bundeswehrbeitrag ein.

Da unterstellen selbst oppositionelle Gesinnungspazifisten wie der Kölner SPD-Abgeordnete Konrad Gilges den zum Einsatz bereiten Regierungsmitgliedern „keine bösen Absichten“.

Oft ist man sich näher, als man denkt oder hinter Schlagworten verbirgt.

Die formale Entscheidung über den ersten Kampfeinsatz von Bundeswehrsoldaten an diesem historischen 30. Juni in einem schwitzenden Parlament darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in dieser Bonner Parlamentswoche gleich mehrere, einander überlagernde Debatten um den Kampfeinsatz deutscher Truppen gab: eine für die Öffentlichkeit, eine für das eigene Gewissen, eine für die Partei und eine für die eigene Generation.

Nicht allein der Parlamentsbeschluß vom Freitag, sondern die Summe dieser Debatten wird langfristig die deutsche Außenpolitik bestimmen. Eine dieser Diskussionen führt die SPD mit sich selbst.

Der Kompromiß der Partei, den Einsatz reiner Aufklärungs-Tornados zu befürworten, den von waffenbestückten ECR-Tornados aber abzulehnen, hat dies mit sich gebracht.

Außenpolitiker des transatlantischen Gewerbes argumentieren hier gegen die Anhänger einer klassischen sozialdemokratischen Friedenspolitik.

Karsten Voigt, der am Mittwoch im Auswärtigen Ausschuß ein deutsches Engagement bei der schnellen Eingreiftruppe mit dem US-amerikanischen Isolationismus begründete, steht gegen Heidemarie Wieczorek-Zeul, die in ihren Worten „nicht dazu gewählt worden ist, um deutsche Soldaten in den Krieg zu schicken“.

Dazwischen Parteiführer Scharping, durchaus erfolgreich vermittelnd, aber auch am Freitag wieder eine wenig mitreißende Präsentation sozialdemokratischer Argumente liefernd. Herr Scharping, so rät ihm der CDU-Abgeordnete Friedbert Pflüger, werde sich überlegen müssen, „ob er seine Partei gegen den erklärten Willen ihrer außenpolitischen Experten lenken kann“.

Diese hatten in dieser Woche im Auswärtigen Ausschuß erstmalig mehrheitlich gegen die eigene Partei gestimmt.

Rudolf Scharping, warnt dagegen der SPD-Abgeordnete Konrad Gilges, werde sich an die eindeutigen Parteitagsbeschlüsse der SPD-Basis halten müssen.

Daß sich dieses Dilemma weniger aus der Führungsschwäche des Parteivorsitzenden als aus dem Strukturproblem der Volkspartei ableitet, mag die ebenso hilflose Äußerung des „Gegenkandidaten in spe“ vom Mittwoch illustrieren: Zum Bundeswehreinsatz in Bosnien kann sich ausgerechnet der Machtmensch Gerhard Schröder nicht entscheiden.

Da haben es die Bündnisgrünen einfacher – es sich aber auch einfacher gemacht.

Sie sind gar nicht erst aufs sicherheitspolitische Glatteis der Regierung Kohl/Kinkel gestiegen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „lehnt den Antrag der Bundesregierung, Bundeswehr-Einheiten, insbesondere Kampfverbände, zur Unterstützung des schnellen Eingreifverbandes von Mitgliedsstaaten der Nato im früheren Jugoslawien zu entsenden, ab“.

Punkt.

Nur maximal sechs Abgeordnete der Partei stimmten am Freitag im Plenum des Bundestags für die Regierung.

Man habe mit der unbefristeten, Umgruppierung sowie Rückzug einschließenden Regierungsvorlage, die fast alle Grünen mit gutem Gewissen ablehnen konnten, ein „Schweineglück“ gehabt, so der Tenor unter den Bündnisgrünen. Doch beim nächsten Mal, das weiß auch die Fraktionsspitze, werden Schlagworte wie das von der „Militarisierung der

deutschen Außenpolitik“ nicht mehr genügen, um argumentativ zu bestehen.

Sowohl der Einsatz-Befürworter Helmut Lippelt als auch der ehemalige Vorstandssprecher Ludger Volmer geben unumwunden zu, „daß wir in der Pazifismus-Debatte nacharbeiten müssen“; und für den Fall des Scheiterns aller nichtmilitärischen Konfliktlösungen über eine Form von nicht nationaler „hard power“ nachdenken sollten, wie es Volmer formuliert.

Zwar mag der Pazifismus an der grünen Parteibasis noch die gleiche identitätsstiftende Funktion haben wie an der roten, doch geht die friedenspolitische Frage, wie SPD-Mann Gilges sagt, „bei uns viel tiefer als bei den Grünen“.

Das Bündnis 90/Die Grünen teilt eben nicht das sozialdemokratische Trauma der Bewilligung von Kriegskrediten (1914) und ist deswegen flexibler.

Ein Indiz dafür ist Fischers Rede im Plenum, in der er seine mit Verve vorgetragene Ablehnung einer Truppenentsendung nach Bosnien keineswegs mit pazifistischen Argumenten begründete.

Bei genauem Hinhören war seine historisch und militärstrategisch formulierte Kritik der Bundesregierung keineswegs als kategorisches Nein zu ähnlich gearteten Einsätzen zu verstehen – in der Zukunft und andernorts. Im Plenum mochte dies nur anklingen, in den Ausschüssen war es zuvor bereits deutlicher geworden: Die Regierung, mit einem in seinen Forderungen nach einer deutschen Beteiligung auch am Freitag „gemäßigt“ auftretenden Verteidigungsminister Volker Rühle, und die außenpolitische Expertenriege der SPD, sie könnten sich längst auf einen Einsatz deutscher Truppen bei friedenserhaltenden, vielleicht gar friedensschaffenden Maßnahmen der UN einigen.

Nimmt man dazu das deutliche Interesse der sich noch verweigernden Fraktionsspitze der Bündnisgrünen an der Weiterentwicklung ihres sicherheitspolitischen Denkens, dann werden erste Konturen eines möglichen Konsens über die zukünftige Außenpolitik Deutschlands deutlich.

Was fehlt, ist aus der Sicht der rot-grünen Partei- und Fraktionsspitzen nur noch der Zwang der Regierungsverantwortung, ohne die eine Disziplinierung der andersdenkenden Basis weder bei Sozialdemokraten noch Bündnisgrünen durchzusetzen sein wird. Bis dahin dürfte weiter so kontrovers und manchmal auch verletzend über den Einsatz deutscher Truppen gestritten werden wie am Freitag im Deutschen Bundestag.

Nur wäre dies anders, dann hätten wir bereits eine „Normalität“, die besorgniserregender wäre als diese Revue bundesdeutscher Befindlichkeiten.

27. Oktober 1995

Ein Spiegel der jüngsten Geschichte Deutschlands. Neue geistige Herausforderungen / Bewußtsein für die politische Dimension militärischen Urteilens und Handelns entwickeln./

Im November 1995 feiert die Bundeswehr ein stolzes Jubiläum: Seit 40 Jahren schützt sie, gemeinsam mit den verbündeten Streitkräften, Freiheit und Frieden für unser Land. Die Bundeswehr ist die älteste deutsche Armee in diesem Jahrhundert, die erste Wehrpflichtarmee in einer Demokratie in Deutschland und die erste deutsche Armee, die in einem Bündnis westlicher Demokratien integriert ist. Sie ist ein Spiegel der jüngsten Geschichte Deutschlands, seiner inneren und äußeren Entwicklung und Politik nach dem Kriege, seiner Wertvorstellungen und Interessen. Die Bundeswehr ist ein wichtiger Faktor der internationalen Handlungsfähigkeit Deutschlands. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, daß unser Land die volle Souveränität und schließlich auch seine Einheit wiedergewonnen hat. Seit fünf Jahren ist die Bundeswehr zur Armee der Einheit geworden und gefragter Kooperationspartner für die Streitkräfte unserer östlichen Nachbarn.

Der Aufbau der Bundeswehr 1955 war Teil eines grundlegenden Neuanfangs – politisch und moralisch.

Nach der Katastrophe, die Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg hinterlassen hatten, war die Politik Konrad Adenauers von vier Einsichten geleitet, die untrennbar zusammengehörten:

Die Bundesrepublik konnte Freiheit und Sicherheit nicht aus eigener Kraft erhalten, sie brauchte den Schutz durch andere, vor allem Nordamerika. Bedingung für Souveränität war ein substantieller Beitrag zur Verteidigung des Westens. Sicherheit für und Sicherheit vor Deutschland konnte nur durch Sicherheit miteinander erreicht werden. Ein zusammenwachsendes, friedliches und prosperierendes Westeuropa würde schließlich als „Magnet“ für die Einheit ganz Europas wirken. Integration war fortan Maxime und Gestaltungsprinzip deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.

Zwei Tage vor dem Nato-Beitritt prophezeite Adenauer: „Wir sitzen nun im stärksten Bündnis der Geschichte. Es wird uns die Wiedervereinigung bringen.“ Die Geschichte hat ihm recht gegeben. Seine Vision ist auch für die Zukunft gültig – für das ganze Europa.

Nach dem Mißbrauch von Soldaten durch eine verbrecherische Diktatur brauchte die Bundeswehr eine tragfähige geistige Grundlage für den Aufbau als Armee in der Demokratie. Integration war auch für die Stellung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft wie auch für ihre innere Verfassung das leitende Prinzip. Es war das Verdienst von Offizieren wie Heusinger und Speidel, de Maiziere, Graf Baudissin und Graf Kielmannsegg, die Bundeswehr umfassend – institutionell, rechtlich und geistig – im demokratischen Staat zu verankern und sie zugleich zu einer modernen Armee im Bündnis aufzubauen.

In bewußter Abkehr von den Fehlentwicklungen in Reichswehr und Wehrmacht hat die Bundeswehr an die freiheitlich demokratischen Werte der deutschen Militärgeschichte angeknüpft. Die Ideen der preußischen Reformen um den General von Scharnhorst zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Freiheit und Mitverantwortung, Wehrpflicht und Landesverteidigung, militärisches Können und allgemeine Bildung zu verbinden, bilden die Grundlage für die Konzeption der Inneren Führung.

Erstmals in der deutschen Militärgeschichte stehen Freiheit und Menschenwürde, Recht und Demokratie mit dem soldatischen Ethos im Einklang. Im Leitbild vom Staatsbürger in Uniform findet das seinen programmatischen Ausdruck.

Die Frauen und Männer und vor allem die Offiziere der Wehrmacht, die im Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime ihrem Gewissen folgten und in existenzbedrohender Lage die Würde der Menschen über den bedingungslosen Gehorsam, die Treue zu ihrem Land über die Gefolgschaft zu einem Diktator stellten und die für ihre Überzeugung ihr Leben gaben, stehen im Mittelpunkt der Tradition der Bundeswehr, neben anderen Beispielen tapferen und ehrenvollen Handelns in der deutschen Militärgeschichte. Die Benennung der größten Garnison in Berlin nach Dr. Julius Leber ist dafür Beispiel.

Die Geschichte der Bundeswehr ist vor allem eine Geschichte erfolgreicher Kriegsverhinderung in schwieriger Zeit. In vielen europäischen Krisen der Nachkriegszeit boten Bundeswehr und Bündnis der Bundesrepublik sicherheitspolitischen Rückhalt; die deutschen Streitkräfte bildeten das Rückgrat der Nato-Verteidigung in Mitteleuropa.

Das komplexe Gefüge aus glaubwürdiger Verteidigungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft, aus nuklearer Abschreckung und konventioneller Abwehrfähigkeit bedeutete eine schwierige intellektuelle und auch moralische Herausforderung. Glaubwürdige Abschreckung hat über vier Jahrzehnte den Frieden gesichert und schließlich zur Freiheit in ganz Europa beigetragen. Die Bundeswehr hat daran ihren Anteil.

In den letzten Jahren meistert die Bundeswehr die zweite große Aufbauleistung ihrer Geschichte. Die Auflösung der Nationalen Volksarmee der untergegangenen DDR, die Reduzierung der gesamtdeutschen Armee um ein Drittel und der Aufbau der Bundeswehr in den neuen Ländern waren eine einmalige organisatorische und menschliche Gemeinschaftsleistung der Frauen und Männer in der Bundeswehr aus Ost und West – im In-

und Ausland zu Recht als beispielhaft gewürdigt.

Rund 3000 Offiziere und 76.000 Unteroffiziere der ehemaligen NVA wurden integriert und zu Soldaten der Bundeswehr ausgebildet. Mittlerweile haben über 200.000 Wehrpflichtige aus den neuen Ländern in der Bundeswehr gedient und erfahren, was eine Armee in der Demokratie ausmacht. Die allgemeine Wehrpflicht hat eine wichtige zusätzliche Funktion gewonnen: Nichts bringt die innere Einheit der Deutschen mehr voran, als der gemeinsame Dienst für das gleiche Ziel. Viele wichtige Dienststellen und Verbände wurden von West nach Ost verlegt; die 3. Luftwaffendivision in Berlin-Gatow, das Schnellbootgeschwader in Warnemünde, das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Potsdam und nicht zuletzt die Offizierschule des Heeres in Dresden sind prominente Beispiele.

Heute gibt es zwischen der Truppe in Ost und West in der Professionalität und im Selbstverständnis keinen Unterschied. Die Nato-Assignierung der Verbände in den neuen Bundesländern zu Beginn des Jahres ist Ausdruck der sicherheitspolitischen Normalität in ganz Deutschland. Die Armee der Einheit steht.

[...]

Die Streitkräfte, die in den nächsten Jahren entstehen, werden ein neues Gesicht haben, im Umfang verringert, mit kürzerer Wehrpflicht und auf die neue internationale Lage ausgerichtet. Jetzt werden Schritt für Schritt die Verbände zur Krisenreaktion aufgebaut und ausgerüstet. Was auf unsere Soldaten zukommt, verlangt aber nicht nur eine andere Struktur und anderes Gerät. Wie vor 40 Jahren stehen wir vor allem vor neuen geistigen Herausforderungen, allerdings ganz anderer Art. Haben gestern vor allem Präsenz und Übungen die Bundeswehr bestimmt, kann heute ein Einsatz zur Krisenbewältigung jederzeit auf sie zukommen. Die künftige Rolle von Streitkräften im Rahmen internationaler Krisenbewältigung erfordert bei den Soldaten ein ausgeprägtes Bewußtsein für die politische Dimension militärischen Urteilens und Handelns.

Der Aufbau der Bundeswehr und ihre erfolgreiche Integration in die Gesellschaft, ihre Einbettung als gleichberechtigter Partner in das Nordatlantische Bündnis, ihre Leistungen im Einigungsprozeß und das Engagement, mit dem Umbau und Neuaufbau bewältigt werden, verdienen öffentliche Anerkennung. Unsere Soldaten müssen aber auch sicher sein können, daß Politik und Bevölkerung hinter ihnen stehen, wenn sie in unser aller Auftrag dem Frieden in der Welt dienen. Die Bundeswehr ist und bleibt ein unverzichtbares Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik – zur Sicherung und Gestaltung von Recht und Frieden.

07. November 1995

Berliner Republik?

Der Bocksgesang schwillt an und erreicht die Debatte über die Berliner Republik. Politiker und Journalisten sind daran beteiligt, und sie markieren den Zustand des vereinten Deutschlands mit einem Begriff, der in seinem Gefühlsgehalt verschwommen ist. Nach der Weimarer Republik, dem Dritten Reich, der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik nun die sprachliche Fixierung auf einen alt-neuen Zustand, als ob der Zusammenschluß der lange Jahre gespaltenen Nation ein konstitutiver Akt gewesen sei. So war es eben nicht.

Das Provisorium Grundgesetz besteht fort. Im Text der Verfassung zwingt nichts zur Symbolisierung Berlins fürs Ganze. Mit der Bundeshauptstadt am Rhein war und ist das auch nicht anders. Ausnahmen, bei denen häufig in Entfremdungsabsicht von der Bonner Republik geredet wurde, bestätigen die Regel. Berlin ist Bonn, möchte man deshalb lapidar sagen, um sich in Inhalt und Form auf Betrachtungen festzulegen, die auf gar keinen Fall Zentralisierungstendenzen zu Lasten föderalistischer Bescheidenheit nach vorne schieben,

also einen Zustand aufheben, mit dem dieses Land ganz gut gefahren ist.

Der Publizist Johannes Gross hat in einem lesenswerten Buch über die Lage der Nation die Berliner Republik an den Anfang seiner Betrachtungen gestellt. Aber nur zum „Zwecke der Beschreibung“, wie er fast schon entschuldigend sagt. Er weiß, wieviel Herablassung mitschwang, wenn beim ersten Versuch der Deutschen mit der parlamentarischen Demokratie in den Reden die Weimarer Republik auftauchte – immerhin der Ort, an dem 1919 von der Nationalversammlung die Verfassung verabschiedet worden war, die als Bollwerk gegen die Feinde der Demokratie dann leider nicht ausgereicht hatte. Der beschlossene Umzug der Ministerien von Bonn nach Berlin, die geplante, mehr oder weniger komplette Heimkehr deutscher Politik an die Spree verlangt keine politisch nutzbare und ideologisch zu mißbrauchende Umschreibung der Worte Deutschland oder Bundesrepublik. Auch nicht angesichts qualitativer Veränderungen in Bereichen der Außenpolitik nach Beseitigung von Mauer und Stacheldraht. Die Berliner Republik als Chiffre und Erkennungszeichen ist überflüssig, da sie ihren eigentlichen Sinn erst in der Überhöhung oder als Schmähung erlangen kann. Wer glaubt, den Begriff als reine Ortsbezeichnung inhaltlich in der Balance halten zu können, der irrt.

Manche wollen vielleicht über den spielerischen Umgang mit den Möglichkeiten der Sprache die qualitativen Veränderungen ihres Landes stärker zum Ausdruck bringen, abgrenzen zum bislang Gewohnten und Erprobten, weil jeder sich nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Welt in Europa gezwungen sieht, auch die Bedingungen der jeweils eigenen Existenz zu überprüfen. Aber nirgends ist wirklich die Notwendigkeit zu erkennen, im Kern von den nach dem Zweiten Weltkrieg als logische Folge auf das Blutvergießen entstandenen Herrenchiemsee-Vorschlägen abzuweichen. Berliner Republik verströmt Distanz zur bisherigen Verfaßtheit. Liebenswertes, sollte es dahinter verborgen sein, ist nicht zu spüren. Und soweit damit völlig wertfrei nur ein neues Kapitel der eigenen Geschichte bezeichnet wird, würde man gerne wissen, ob die Benutzer an abgeschlossene Kapitel denken oder in Fortsetzungs-Zusammenhängen.

Natürlich hat sich das Land verändert, seit Erich Honecker den Offenbarungseid leisten mußte. Nach der Staatseinheit verschoben sich die sozialen und ökonomischen Daten – diese vor allem. Um das zu beziffern, benötigt jedoch niemand Umschreibungen mit mißverständlichem Tremolo. Ohne Zweifel ist die Außenpolitik in einen Sog von internationalem Druck und eigenem Streben nach Normalität geraten wie dreißig, vierzig Jahre zuvor nicht. Auch hier jedoch gibt es (noch!) keine Entwicklung, die es zwingend machen würde, von einer anderen, der Berliner Republik zu sprechen. Wo Veränderungen in der Substanz zu beobachten sind – von erodierenden Parteien bis zur schleichenden Preisgabe repräsentativer Strukturen –, wäre es schon sehr problematisch, dies als direkte Folge des Zustandes der Bonner oder Berliner Republik auszuschellen.

Die Ursachen liegen tiefer, um sie lokal gefärbt einzugrenzen. Es reicht, wenn die ehemals geteilte Stadt in Rückblenden auf folkloristisch-schaurige Absurditäten der Mauervergangenheit zu mystifizieren ist. Da müssen nicht noch weitere Möglichkeiten der Etikettierung her. Werden, was mit tödlicher Sicherheit eintritt, manche Dinge künftig schief laufen, dann hat man es in Bayern zum Beispiel leicht, mit altgewohntem Unterton die Berliner Republik zu beschimpfen. Und wenn, was nicht abwegig ist, Sozialdemokraten ihre Europa-Skepsis bis zum nächsten Bundestagswahlkampf auf Touren halten, dürfte alle Welt die Berliner Republik zur Hochburg des Deutsch-Nationalen erklären. So ist das halt im Leben.

02. Januar 1996

Vereinte Nationen. Kinkel verlangt umfassende Reform.

Bundesaußenminister Klaus Kinkel hat eine umfassende Reform der Vereinten Nationen (UN) gefordert und den Wunsch Deutschlands nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat bekräftigt. „Wir sind drittgrößter Beitragszahler, werden unsere UN-Beiträge auch 1996 prompt zahlen und werden uns für eine Reform der UN-Finzen sowie für die Straffung zahlreicher UN-Organisationen und Institutionen einsetzen“, sagte Kinkel der Zeitung Welt am Sonntag.

Kinkel sagte weiter: „Mit der Teilnahme deutscher Soldaten an der internationalen Friedenstruppe in Bosnien haben wir einen Grad der inneren und äußeren Normalität erreicht, der unserer außenpolitischen Verantwortung entspricht und unserem internationalen Ansehen zugute kommt. Politische Abstinenz können wir uns nicht leisten.“

31. Mai 1996

Sudetendeutsche. Bündnisgrüne: Protzner verhöhnt NS-Opfer.

BONN, 30. Mai (afp). Die Bündnisgrünen haben Äußerungen von CSU-Generalsekretär Bernd Protzner mit Blick auf die geplante deutsch-tschechische Erklärung zur Aussöhnung verurteilt und ihm vorgeworfen, „mit seinen unflätigen Anwürfen die Opfer des Nationalsozialismus“ zu verhöhn. Man dürfe nicht dulden, daß CSU-Vertreter sich beschwerten, daß die Bundesrepublik als einziges Land der Welt ein „Büßergewand“ tragen müsse, erklärte Sprecher Jürgen Trittin in Bonn.

01. Juni 1996

Bundespräsident verteidigt erstes Gelöbnis in Berlin. Herzog nimmt Streitkräfte in Schutz / Laute Proteste.

Bundespräsident Roman Herzog hat das erste öffentliche Gelöbnis von Bundeswehrrekruten nach dem Krieg in Berlin gegen zahlreiche Proteste mit Nachdruck verteidigt. Die Bundeswehr gehöre „in die Mitte der Gesellschaft“, betonte er am Freitag anlässlich der Zeremonie vor dem Schloß Charlottenburg. Mehrere hundert Menschen protestierten lautstark gegen diese Veranstaltung.

BERLIN, 31. Mai. Die Bundeswehr stehe „für ein demokratisches und weltoffenes Deutschland, für die Verteidigung der Menschenrechte und für den Wunsch nach Frieden in Europa und in der Welt“, sagte Bundespräsident Herzog unter dem Pfeifkonzert der Demonstranten. Sie trage „keine Verantwortung für die Vergangenheit“. Angesichts der Sprechchöre „Mörder, Mörder“ sagte Herzog zu den Rekruten: „Wer Sie als Mörder diffamiert, ist nicht nur böse, sondern verfehlt auch die objektive Wahrheit. Sie sind keine Mörder, im Gegenteil.“ Auch der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) begrüßte das öffentliche Gelöbnis von 286 Rekruten der Panzerbrigade 42 in der bis 1989 entmilitarisierten Stadt „ungeachtet der Proteste einer kleinen, vielleicht lautstarken Minderheit“ als „ein Stück wiedergewonnener Normalität“.

Das Gelöbnis war parteipolitisch bis zuletzt umstritten und fand unter außerordentlichen Sicherheitsvorkehrungen statt. Bereits mehrere hundert Meter vor dem Schloßplatz wurden Zuschauer durch Polizei und Bundesgrenzschutz mehrfach kontrolliert, das Schloß selbst war seit dem Vortag für den Publikumsverkehr geschlossen. Die Bündnisgrünen und Teile der Berliner SPD hatten sich gegen die Veranstaltung ausgesprochen, das Bezirksamt Charlottenburg hatte sie noch Anfang der Woche zu verbieten versucht. Im Vorjahr war ein

bereits geplantes Gelöbnis wegen befürchteter Prostete wieder zurückgezogen worden. Innensenator Jörg Schönbohm (CDU), zuvor Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, vertrat jedoch die Einschätzung, daß „ein längeres Zuwarten den Widerstand nicht reduzieren“ werde.

Eine von der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ mit Hilfe des Berliner Verwaltungsgerichts durchgesetzte Gegendemonstration „gegen die Militarisierung öffentlicher Räume“ mit nach Angaben der Veranstalter mehr als 2000 Teilnehmern fand parallel zum Gelöbnis in gehörigem Abstand statt. Sie verlief bis zum Ende des Rituals trotz einiger Steinwürfe ohne massive Störungen. Mehr als zehn Personen wurden nach Auseinandersetzungen mit der Polizei vorübergehend festgenommen, darunter dpa zufolge auch zwei PDS-Mitglieder.

06. Dezember 1996

Mittelmacht mit Hinterland. Ängste und Erwartungen gegenüber Deutschland ändern sich, doch eine offene Diskussion darüber gibt es kaum.

Die Szene spielt in einem Zugabteil in Frankreich. Der Mann aus Bonn fährt von einer Tagung nach Hause. Im Abteil sitzt eine französische Studentin, die seinen Vortrag gehört hat. „Wir haben Angst“, beschreibt sie die Stimmung der Franzosen beim Blick auf das größer gewordene Nachbarland. Angst, überrollt zu werden. Dem Politiker bleibt das im Gedächtnis. „Ich war wirklich schockiert“, sagt Karl Lamers, der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Aber auf solche Stimmungen könne man nicht nur in Frankreich mit seiner „Fixierung“ auf das französisch-deutsche Verhältnis treffen.

Angst vor Deutschland? Ralf Fücks, früherer Bremer Senator und jetzt hauptamtlich mit dem Aufbau einer einheitlichen Grünen-nahen Böll-Stiftung beschäftigt, veranstaltet in Heidelberg einen Kongreß zum Thema „Wir sind wieder wer – Wer sind wir?“. Er will damit Neuland für die Bündnisgrünen betreten, bei denen er neben der Debatte über Militäreinsätze immer noch kein außenpolitisches Gesamtkonzept sieht. Er eröffnet die Tagung mit einem Zitat des polnischen Ministerpräsidenten: „Zum ersten Mal seit Jahrhunderten gibt es keine Angst mehr vor Deutschland.“ Damit, sagt Fücks seinen Grünen, müsse man sich doch auseinandersetzen. Doch solche Auseinandersetzung, egal ob mit Ängsten oder Hoffnungen, ist selten. Auch sieben Jahre nach dem Mauerfall dringt die Außenpolitik nur häppchenweise durch in das Land, dessen Außenminister sagt, daß es „unheimlich Kraft braucht, um gerade nach der Wiedervereinigung mit sich selbst fertig zu werden“. Tibet im Sommer, Iran im Herbst, Bosnien vielleicht wieder im Winter und die offenen europapolitischen Fragen dann ab nächstem Frühjahr: Die Themensprünge folgen der Aktualität und dabei meist auch taktisch-innenpolitischen Motiven. Antworten auf die Frage, wie dieses Land seine Rolle nach außen definiert, bleiben durchweg vage und abwartend. Die wenigen erfahrenen Außenpolitiker klagen über abnehmende Aufmerksamkeit und sehen einen Trend wie in den USA, wo kürzlich nur noch vier Prozent der Befragten die Außenbeziehungen als die wichtigste politische Aufgabe sahen.

Die offizielle Außenpolitik versucht sich in Kontinuität und stößt gerade deshalb – siehe Iran – auf zunehmendes Unverständnis. Daneben wiederum gibt es dann manchmal doch die gerne bestrittene neue Unbefangenheit im Umgang mit größeren und kleineren Freunden, ein Ende der alten deutschen Bescheidenheit – und sei es nur von der Tonlage her. Es müssen gar keine spektakulären politischen Alleingänge sein wie 1991, als Slowenien und Kroatien zunächst von Bonn und dann von der EU anerkannt wurden.

Mit Stolz wird aus der Regierung berichtet, daß Bonn mittlerweile nach Washington die Regierungszentrale mit den weltweit meisten politischen Besuchern ist. Wie diese

Anlaufstelle mit den gewachsenen Erwartungen umgeht, die dahinter stehen, bleibt hinter Floskeln verborgen. „Wir sind die Anwälte der Mittel- und Osteuropäer in Sachen EU-Beitritt“, sagt der Außenminister. Einen Anwalt sucht man sich nach Vertrauen, und er vertritt etwas gegen eine Gegenseite. Wenn Rußland „rückfällig“ werden sollte, hat der Kanzler ganz in der Anwaltsrolle sinniert, werde das am Ende teurer für die Welt als jede Kooperationsstrategie.

Das war an jenem Morgen, als ein aufgeräumter Helmut Kohl im fernen Manila den Tag seines Kanzlerjubiläums begann und ihm beim Frühstück mit Wirtschaftsvertretern der Begriff vom „natürlichen Hinterland“ der Deutschen im Osten herausrutschte, das bisher versperrt gewesen sei. Für ihn ist die Außenpolitik, die er zunehmend an sich zog, genau wie die Führung der CDU Ausdruck eines persönlichen Beziehungsgeflechts. Von einer „Mittelmacht“ Deutschland sprechen höflich jetzt viele seiner Staatsbesucher. Rußlands Außenminister hat schon einmal schmeichelnd von Großmacht gesprochen.

Quer durch alle innenpolitischen Lager kommt an diesem Punkt schnell der Hinweis auf die gewollte und hoffentlich bald noch verstärkte europäische Einbindung Deutschlands. Aber die neue Psychologie der Außenbeziehungen ändert sich dadurch nicht: Das Land wird anders wahrgenommen, selbst wenn seine Vertreter dasselbe sagen wie früher. Offen auszusprechen, daß es in den Augen anderer eine weltpolitische Rolle schon hat, ist mit guten historischen Gründen eines der bestbehüteten Bonner Tabus. Außenminister Kinkel sieht die Deutschen von außen „überschätzt“. Aber auch er spricht nun ganz selbstverständlich von dem „zentralen Land in Europa“, das dort eine „herausgehobene Rolle als politische und wirtschaftliche Kraft“ habe, „ob wir wollen oder nicht“. Und er sieht, die Worte lange wägend, begründet durch die europäische Rolle immerhin eine „Rolle in der Welt“.

Manchmal, sagt nachdenklich der CDU-Außenpolitiker Lamers, gebe es nicht nur Unkenntnis, sondern auch „etwas Überheblichkeit und Rücksichtslosigkeit“ im Umgang mit Ängsten der Nachbarn. Schon deshalb, weil die Mühen der anderen „unterschätzt“ würden, den Weg zur Euro-Währung mit seinem Zwang zum Defizitabbau mitzugehen. Bonn sei sich auch sonst seines „unglaublich großen“ Einflusses noch gar nicht recht bewußt. Und wer sich seiner Macht nicht bewußt sei, könne auch nicht verantwortlich handeln.

„Ganz Europa folgt dem klassischen deutschen Modell“, freut sich eher undiplomatisch BDI-Chef Hans-Olaf Henkel über die Stabilitätspolitik von Maastricht. Nach Einschätzung eines CDU-Mannes bringt der von Bonn durchgesetzte, europäisch verordnete Sparzwang in manchem Land eine wahre „Kulturrevolution“ mit sich. Die SPD warnt an diesem Punkt seit Wochen schon, vor allem wegen der zunehmend brisanten französischen Diskussion über eine zu starke deutsche Einflußnahme auf die Wirtschafts- und Währungspolitik. Auch das aber hat noch keine wirkliche Debatte in Bonn bewirkt.

Ansonsten meidet die SPD den Konflikt über die Grundlinien der Außenpolitik. Kinkel-Sätze wie der, daß die Deutschen hinsichtlich internationaler Bundeswehreinsätze „normal werden“ und „von der Zuschauertribüne runterkommen“ müssen, werden auf Oppositionsseite kaum noch attackiert. „Der geringste Zweifel“ an der außenpolitischen Zuverlässigkeit beende alle Wahlchancen, mahnte der Ex-Geheimdienstchef Konrad Porzner seine SPD. Günter Verheugen, einer der SPD-Chefaußenpolitiker, erkennt nur noch bei „ganz wenigen Staaten“ Verständnis für eine „deutsche Neigung zur Selbstbeschränkung“ und meint: „Es hat keinen Sinn, daß wir uns kleiner machen als wir sind.“ Das Land müsse jetzt – als „Kooperationspartner“ und möglichst nie mehr mit ganz eigenständiger Außenpolitik – „eine erkennbare Meinung“ in Streitfragen haben, statt jedermanns Liebling sein zu wollen. Das ist einer der neuen Spannungsbögen im Parteienkonsens: nicht wegtauchen, aber auch keine Sonderwege.

Kinkel meint, es gebe schon jetzt, da das Land „erstmalig nur von Freunden umgeben“ sei, „eigentlich praktisch keine uns direkt betreffenden oder von uns verursachten Probleme“

mehr in der Außenpolitik – außer denen, die „von außen auf uns zukommen“. Die vielen Osteuropäer, die vor der Bonner Kanzlei Schlange stehen, kommen von außen. Polen, Ungarn und Tschechien haben nach allgemeiner anwaltlicher Einschätzung beste Chancen, mit der ersten Erweiterungsrunde in EU und Nato aufgenommen zu werden, Slowenien ebenfalls in die EU. Für alle anderen Mandanten ersinnen die Advokaten gutklingenden Trost: Langfristig sollen alle ihre Hoffnungen behalten können.

Aber auch bei den dreieinhalb Kandidaten für Runde 1 steht am Anfang nur die Symbolik. Es wird mit Übergangsfristen gerechnet, die politische Generationen überdauern werden. Und da kommt gerade für Deutschland als Noch-Grenzland, das als Hauptprofiteur der Umbrüche in Europa seine neue Mittellage gerne herausstellt und deshalb im Westen auf neues Mißtrauen stößt, wieder voll die Innenpolitik ins Spiel: Reinstes „Dynamit“ wäre es, sagt ein Bonner Beamter, die Handels-, Gewerbe- und Freizügigkeitssperren nach Osten schnell herunterzufahren.

Die Bundesregierung vermeide die öffentliche Debatte über die hohen Lasten, die zum Beispiel der Ausgleich der wirtschaftlichen Unterschiede mit sich bringen muß, analysiert Verheugen. Deshalb sei dieser politische Scheck gesellschaftlich noch lange nicht gedeckt. Mehr Verantwortung für Osteuropa könne die Gesellschaft durchaus „destabilisieren“, sagt der Grüne Fücks, und da sei die Angst vor billigen polnischen Bauarbeitern „erst der Anfang“. Dies und den „Euro“ aus den Wahlkämpfen herauszuhalten ist der unausgesprochene, aber abgesprochene Konsens aller Parteien. Doch mulmig ist ihnen dabei schon. Mit der offenen Debatte entfällt auch die Chance, etwas mehr im Bewußtsein zu verankern als nur das schöne moralische Ziel vom einigen Europa.

Auch Stimmungen im Hinterland können sich ändern. „Jetzt wollen wir globalisieren, und die Deutschen schotten sich ab“, wundert sich ein Pole beim „Wir-sind-wieder-wer“-Kongreß der Grünen. Die Verhältnisse hätten sich umgekehrt. Jetzt habe das „dicke, fette Deutschland“ Angst vor Arbeitskräften aus dem Osten und Waren aus Asien. Und es lachen erst einmal spontan die Bündnisgrünen, als ihr Diskussionsleiter die Frage stellt, was ein grüner Außenminister anders machen würde als Kinkel. Der grüne Minister, sagt vage die so gefragte Bundestagsabgeordnete, werde sich mehr mit den „vielfältigen Verflechtungen“ von Außen-, Wirtschafts-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik befassen. Ein solcher Ansatz werde dann „niemanden dominieren“.

Es suchen alle für sich allein nach ihrer neuen deutschen Normalität. Und der politische Reisende von der CDU, der die französische Studentin traf, grenzt die Mittelmacht von der Weltmacht mit einem wohlbekannten Erfahrungssatz ab: Wenn Deutschland vereint war, ist es immer schon stärker gewesen als jeder seiner Nachbarn, aber schwächer als alle zusammen. Es hat sich erwiesen. Gerade das ist der Grund, befangen zu bleiben.

19. März 1997

Vom Mündel zum Partner

Es wäre keck zu behaupten, daß die Völker und Staaten sich in normalen Bahnen bewegen. Alte Gewißheiten sind mit dem Ende des Kalten Krieges zusammengebrochen. Deren Trümmer begraben Sicherheiten unter sich, die uns lieb geworden waren in den Jahren des Gleichgewichts zwischen Ost und West. Es deckt sich aber auch auf, was wir für längst vergangenen Schrecken hielten: Somalia, Bosnien, Ruanda, Zaire, Armenien, Georgien und nun Albanien. Nichts ist mehr normal, weil die Norm des hinter uns liegenden knappen halben Jahrhunderts verlorengegangen ist. In dieser Ära des Übergangs vom Vertrauten ins Neue kann die Beziehung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika nicht so bleiben, wie sie war.

Wenn die beiden Völker auch mehr verbindet als nur der Kalte Krieg, so war ihr Verhältnis doch entscheidend durch ihn geprägt: Deutschland als das potentielle Schlachtfeld zwischen Nato und Warschauer Pakt war von besonderem Wert. Das war bequem für alle. Die USA bekamen einen über die Maßen zuverlässigen Verbündeten und ein strategisch ideales Stationierungsgebiet. Im Austausch erhielten die Deutschen eine Sicherheit, unter deren Schirm sich gut wirtschaften ließ. Mit dem Fortfall der Bedrohung sind auch diese als normal empfundenen Verhältnisse verschwunden, die historisch betrachtet eigentlich ein Ausnahmezustand waren. So durchleben wir jetzt die Normalisierung. Ein Prozeß, der unvermeidbar schmerzhaft sein muß.

Darauf werfen Beispiele aus jüngster Zeit ein scharfes Licht. Als man noch einen gemeinsamen Feind hatte, wäre es undenkbar gewesen, daß Washington Bonn der Menschenrechtsverletzung an den obskuren Scientologen zeiht. Unvorstellbar wäre auch gewesen, daß die Deutschen – gemeinsam mit den EU-Partnern – die USA vor der Welthandelsorganisation wegen der Kuba-Sanktionen verklagen, die wiederum von amerikanischer Mißachtung europäischer Interessen zeugen. Helmut Kohls Absage an eine EU-Mitgliedschaft der Türkei ist ein Tritt vors Schienbein der USA, nachdem Washington versucht hat, der EU eben diese Mitgliedschaft abzupressen, um der Türkei die Nato-Erweiterung schmackhaft machen zu können. Die CIA betreibt in Deutschland Wirtschaftsspionage. Nicht gerade fein unter Freunden.

Dies alles läuft vor dem Hintergrund eines schwindenden Wissens übereinander ab. Das Interesse der US-Medien an Deutschland ist rapide gesunken. Die Neigung zur Außenpolitik im allgemeinen und zu deutschen Fragen im besonderen tendiert im US-Kongreß gegen Null. Umgekehrt verschwenden deutsche Politiker kaum einen ernsthaften Gedanken an die Neugestaltung des Verhältnisses zu den USA. Verlieren sich also die Freunde, wie manche aus der Kaste der alten Transatlantiker beklagen? Wohl nicht. Nur ihr Verhältnis ändert sich, wird nüchterner, vielleicht ein bißchen kühler, aber es bleibt eng.

Denn die während der vergangenen Jahrzehnte geknüpften politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Fäden sind stark genug, dem Übergang einen Rahmen, ja vielleicht sogar Ziele zu geben. Vieles muß man sich entwickeln lassen, weil noch eine große Zahl Unbekannter in den Kulissen der Politik auf ihren Auftritt wartet. Die deutsche Neigung zum seminaristischen Gesamtkonzept wird zwar daran scheitern, woran, wie schon Bert Brecht erkannte, alle Pläne zugrunde gehen, nämlich an der Welt, wie sie ist. Aber ein passives Abwarten der Weltläufe wäre genauso falsch. Es ist Zeit für Gestaltung, und es gibt Ansatzpunkte. Einen hat verfrüht, weil mitten in den Umbruch des Ostens hinein, George Bush mit seiner „Partnership in Leadership“ gegeben.

Der Weg vom Beschützer/Beschützten-Verhältnis zu einer Partnerschaft wird nicht leicht sein. Aber eine Alternative gibt es nicht. Die Deutschen werden dem tatsächlichen Maß ihrer ökonomischen und geopolitischen Bedeutung entsprechend politische Verantwortung übernehmen müssen. Das braucht Zeit und bedarf politisch kluger Ausgewogenheit zwischen dem, was die europäische Einigung und die weltpolitische Entwicklung einerseits fordern, und dem, was den Menschen in Deutschland psychologisch zumutbar und praktisch abverlangbar ist. Hinter letzterem aber sollte die Politik sich nicht verstecken. Regierung und Parteien müssen die Menschen offen auf die neue Normalität vorbereiten. Eine Politik, die sich allein auf die normative Kraft des Faktischen verläßt, gibt ihren Anspruch auf.

Notfalls streitig, auf jeden Fall aber aktiv, muß Deutschland sich vom Müdel zum selbstbewußten Partner entwickeln. Das verlangen allein schon die am Horizont aufziehenden Verteilungskämpfe um die Weltmärkte. Der schwierigste Teil dieser Operation dürfte darin liegen, dem ehemaligen Vormund die Neigung zur Bevormundung abzugewöhnen. Aber die USA haben in Europa zu viele Wirtschaftsinteressen, und die Erkenntnis, daß es die USA

ohne Europa in der Welt schwerer haben würden, sinkt mehr und mehr in entscheidende amerikanische Köpfe. Das Unternehmen ist nicht illusorisch. Es muß nur angefangen werden.

08. November 1997

Das Wesen der Demokratie

Morgen vor acht Jahren, daran erinnern in diesen Tagen Politiker aller Couleur, „fiel die Mauer“. Das war, wird oft hinzugefügt, das Ende „des Sozialismus“ überhaupt. Viele, die so reden, sprechen nicht nur vom Staatssozialismus à la DDR. Sie meinen all das, was sie – im Westen – unter „linken Glaubenswahrheiten“ oder „Alt-68er-Denken“ einzuordnen pflegen. Will heißen: Was den Kohls und Hintzes schon immer verdächtig war, soll untergegangen sein mit der autoritären DDR. Auch die Verhältnisse in der alten Bundesrepublik gelten ihnen als im gewünschten Sinne bereinigt.

Es stimmt natürlich: Der Sturm der Geschichte, der die Mauer niederriß, ist auch durch die politische Öffentlichkeit der Republik (West) geweht. Aus den Schatzkästlein des linken und linksliberalen Repertoires blies er manch ein Requisit zu Recht davon. Zum Beispiel einen Umgang mit Menschenrechten, der auf Verfolgung und Mord im westlichen Lager sensibler reagierte als auf die Repressionsapparate im Osten. Das ist erklärbar als Reflex auf die Blindheit etwa eines Franz Josef Strauß gegenüber Folterern in „Freundesland“ wie dem Chilenen Augusto Pinochet. Aber letztlich waren beide Seiten, aus unterschiedlicher Perspektive, gleichermaßen geprägt von der Optik des Kalten Krieges. Selbstkritik im linken Lager ist also angebracht.

Allerdings: Seit dem Mauerfall ist mehr geschehen als die Befreiung eingespielter Kritikrituale von falschen Gewißheiten. Dem System Kohl ist es gelungen, jede Abweichung vom Kurs der Anpassung an die vermeintlichen Zwänge des siegreichen Kapitalismus unter Ideologieverdacht zu stellen. Die konservativen Modernisierer sind dabei, die vollgestellte Bude der 68er so gründlich zu entrümpeln, daß nicht nur Überflüssiges auf dem Sperrmüll der Geschichte zu landen droht, sondern auch jene Pretiosen, die der Erhaltung wert wären.

Zum rhetorischen Aufräumkommando gehört nicht nur das „Argument“ der globalisierten Weltwirtschaft, die den Abbau sozialer Leistungen zum Sachzwang mache. Es gehören dazu auch Schlagworte wie das von deutscher „Normalität“ mehr als 50 Jahre nach dem Faschismus, in der es „überkommene Tabus“ (zum Beispiel die Gewißheit über die geschichtliche Einmaligkeit der NS-Verbrechen) zu brechen gelte; oder das von der grenzüberschreitenden Kriminalität, die eine rigide Ausländerpolitik und die Einschränkung von Bürgerrechten unausweichlich mache.

In diesem Diskussionsklima erscheinen aufgeklärte, linke, liberale Überzeugungen, die den freiheitlichen und sozialen Gründungskonsens der Bundesrepublik nicht für überholt erklären mögen, als „unrealistisch“. Die Idee sozialer Chancengleichheit wird, im Rückblick auf die DDR, als „Gleichmacherei“ verhöhnt – als hätte diese Idee nicht in ihrer freiheitlichen Variante auch die Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik geprägt. Visionen vom friedlichen Zusammenleben unterschiedlicher Volksgruppen stehen da als ideologische Luftschlösser, in denen der marokkanische Handtaschenräuber weggeträumt werde. „Antifaschismus“ wird, unter Hinweis auf seinen Mißbrauch in der DDR und auf militante Antifa-Gruppen, fast zum Schimpfwort.

Dabei entstehen seltsame Allianzen. Daß Wahlkämpfer vom Format Hintze fast jeden Hinweis auf soziale Ungerechtigkeit als Griff in die „sozialistische Mottenkiste“ abtun, ist klar. Daß Joachim Gauck, intellektuell ein paar Spielklassen darüber, über „die Intellektuellen“ herzieht, die „mit den letzten Resten überkommener Glaubenssicherheit“ hausieren gingen, ist schon schwerer zu erklären. Es muß daran liegen, daß einem, der aus der

Diktatur in die Freiheit kam, nicht einleuchten mag, warum manch einer an der besseren dieser beiden Welten noch immer so vieles schlecht findet. Daß es in manchen Medien und besonders unter konvertierten Ex-Linken als schick gilt, die Konkurrenz in Häme über die Protestkultur linksliberaler „Gutmenschen“ zu überbieten, ist nur Ausdruck eines weit gediehenen, gefährlichen Prozesses.

Verschüttet wird unter diesen groben Klötzen jede vernünftige Debatte über die Frage, welche Ideale aus dem Arsenal aufklärerischen Denkens denn als nach wie vor „modern“ zu gelten haben. An die Stelle dieser Diskussion tritt ein Billig-Pragmatismus, der nur ernst nehmen will, was kurzfristig „mehrheitsfähig“ ist.

Dahinter steckt ein verhängnisvolles Mißverständnis in Sachen Demokratie. Wer seine Wünsche auf das bereits jetzt Mögliche, das schon Diskutierte, in gesellschaftliche Mehrheiten Gegossene beschränkt, sollte sich nicht „Modernisierer“ nennen, denn er predigt Stillstand. Eine Gesellschaft, die Zukunft haben will, muß sich auch ernähren von Ideen, die über die Gegenwart hinausreichen. Sie muß sich, das sollte auch acht Jahre nach dem Ende der alten Bundesrepublik zur politisch-moralischen Staatsräson zählen, immer neu messen lassen an „unrealistischen“ Idealen wie Gleichheit und Solidarität. Andernfalls gehen der Demokratie die Grundnahrungsmittel aus. Und das ist bekanntlich nicht zu überleben.

10. Dezember 1997

Die Verantwortung des Ministers

Der Minister ist mit einem Problem konfrontiert, er informiert sich, tritt vor die Öffentlichkeit, vermittelt einen zupackenden, disziplinierenden Eindruck, wie es zum Dienstherrn einer Armee paßt. Wird seine Truppe kritisiert, stellt sich Volker Rühle mit breitem Kreuz vor seine Soldaten, nimmt sie in Schutz, erklärt Heer, Luftwaffe und Marine für topfit und keinesfalls angekränkt von „Einzelfällen“ ideologisch Verblendeter oder dummer Betrunkener. Wer an der Bundeswehr herummäkelt, wird abgekanzelt, wer aus der Bundeswehr Bedenken an Zustand und Geist der Truppe äußert, wird mundtot gemacht. Der Minister redet oder er läßt reden.

Wie sehr Rühle die Bundeswehr und sich selbst mit dieser Art der geistigen Führung in unübersichtliches Terrain gebracht hat, unterstreicht der Skandal an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg. Der in jeder Beziehung ungeheuerliche Vorfall ruft nach Bekanntwerden den Minister alsbald auf den Plan. „Indiskutabel, Dienstaufsicht, mangelnde Sorgfalt“ sind die beherrschenden Vokabeln seiner Analyse. Zupackend und oberflächlich. Der Eindruck drängt sich auf, das Krisenmanagement Rühles, der seit 1992 auf der Hardthöhe den Ton angibt, hat sich bei der Schadensbegrenzung des Falls Führungsakademie auf die Strategie Dummheit besonnen. Der einladende Oberst wußte nicht, wen er einlud, ahnte nichts von der Sensibilität des Vortragsthemas, und die zuhörenden Kameraden Offiziere tappten ebenfalls im Dunkeln, hatten nicht mal lichte Momente, als sie – Pupille, Pupille – mit dem sattsam bekannten Neonazi Roeder beim anschließenden Bankett die Gläser klingen ließen. Da aber Dummheit nicht vor Strafe schützt, wird der Oberst disziplinarrechtlich belangt, sein vorgesetzter General läßt sich von seinen Pflichten entbinden. Fall erledigt? Sicherlich nicht!

Feinsinnige Differenzierungen, bei dem Haufen Ahnungsloser in Hamburg handle es sich ja nur um Verwaltungshengste, wie das im Jargon heißt, und nicht um Lehrpersonal oder Lehrgangsteilnehmer, ziehen nicht. Der Geisteszustand von Einladendem und Zuhörern beleuchtet das Ausmaß an staatsbürgerlicher Ignoranz, das sich unter der Amtsführung Rühles nicht nur in Truppe und Unteroffizierskorps, sondern auch unter Offizieren bis hin zur Generalität ausgebreitet hat. Die vornehmste Erziehungsaufgabe der Inneren Führung, die politische Erziehung der Soldaten nach den Grundwerten unserer freiheitlich demokratischen

Verfassung, ist während der Amtszeit Rühes vernachlässigt worden. Der Führungsstil des Ministers ist dafür beredtes Indiz.

Rühes Priorität ist die „Normalität“ der Bundeswehr. Dafür kämpft der Minister. Ganz zu Recht hat er darauf hingewiesen, daß das souveräne Deutschland und seine Armee im Konzert internationalen Krisenmanagements nicht mehr das Orchester sponsern oder die Triangel spielen können. Konsequenter und mit Geschick hat er dafür gesorgt, militärische Ausbildung und Ausrüstung für internationale Einsätze auf den dafür notwendigen Stand zu bekommen.

Ohne Zweifel haben der Minister und die Bundeswehrführung die großen organisatorischen Aufgaben dieses Jahrzehnts mit hoher Professionalität durchgeführt. Da war zunächst die Mammutaufgabe der Eingliederung der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr. Für die Art und Weise, wie dies geschah, kann man nur Respekt zollen. Anschließend galt es die Armee zu verkleinern, zu restrukturieren in Kräfte für die Landesverteidigung und solche für internationales Krisenmanagement. Und schließlich mußte die Hardthöhe mit der Planungsunsicherheit durch den drohenden Rotstift des Finanzministers leben. Eine Flut von Organisations- und Ausbildungsanforderungen.

Dabei geriet offensichtlich die geistige Erziehung der Soldaten unter die Räder. Das Parlament ist daran nicht unbeteiligt. Die Berichte der Wehrbeauftragten gleichen immer mehr Mitteilungen aus dem Verteidigungsministerium. Die Abgeordneten verwenden Zeit und Energie auf einen Gesetzentwurf zum Schutz des „Ansehens der Bundeswehr“, statt ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die Armee selbst ihren Geist wach und dem Grundgesetz verpflichtet hält. Gerade in der Zeit nach der deutschen Einheit und angesichts wachsender sozialer Probleme hätte die Führung der Bundeswehr nicht in der staatsbürgerlichen Erziehung ihrer Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere nachlassen dürfen. In Rühes „Normalität“ für die Bundeswehr konnten sich Traditionen deutscher Militärgeschichte ausbreiten, die die Innere Führung aus den sechziger und siebziger Jahren zu überwinden sich zum Ziel gesetzt hatte.

Für diese Fehlentwicklung trägt der Minister die Verantwortung. Er hat nicht erkannt, daß sich die politisch problematischen Entwicklungen der Gesellschaft im Militär wie unter dem Brennglas verdichten. Er hat von Einzelfällen geredet, wo er den wahrscheinlichen systematischen Hintergrund der Gefahr längst hätte erkennen können. Deshalb sollte der Minister persönlich die Konsequenzen ziehen.

9. März 1998

Das Paradoxon gehört wohl zur Normalität

Zum Jahrestag der Gründung Israels beleuchten Experten das Verhältnis zu Deutschland

Alles ganz normal? In der Berliner Akademie der Künste drängten sich am Samstag abend die Menschen, um über das deutsch-israelische Verhältnis zu diskutieren. Der kleine Saal war überfüllt. Seit einer Woche schon feiert Berlin mit der Veranstaltungsreihe „Zions Sehnsucht“ den 50. Jahrestag der Staatsgründung Israels. Theateraufführungen, Lesungen und Vorträge sind gut besucht, oftmals ausverkauft. Bei so viel Interesse muß sich der israelische Historiker Tom Segev, der die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel als „völlig normal“ bezeichnete, irren. Schließlich: Wer interessiert sich schon für das Normale?

Am Anfang klaffte „ein Abgrund mit sechs Millionen toten Seelen“, beschrieb die israelische Generalkonsulin in Berlin, Myriam Shomrat, den Ausgangspunkt der deutsch-israelischen Beziehungen: „Das Land der Täter auf der einen Seite, das der Opfer auf der anderen, und die DDR, die von alledem nichts wissen wollte.“ 50 Jahre später gilt Deutschland nach den USA als Israels verlässlichster Partner. „Die deutsch-jüdisch-israelischen Beziehungen sind geprägt von Paradoxa“, sagte Ari Rath, Ex-Chefredakteur der Jerusalem Post. Der jüdische Staat sei

eine „Konsequenz der Shoa“ gewesen, in vielerlei Hinsicht. Nazis und Zionisten vereinbarten in den 30er Jahren, daß deutsche Juden bei ihrer Vertreibung einen Teil ihres Geldes mitnehmen durften. Mittel, mit denen die wirtschaftliche Entwicklung Palästinas angekurbelt wurde. Nach 1952 halfen die „Wiedergutmachungszahlungen“ dem jungen Staat bei der Integration Hunderttausender Flüchtlinge. Gleichzeitig diente diese Vereinbarung der Bundesrepublik als „Eintrittsbillet in die westliche Welt“ (Ari Rath). Moralische Pflicht und politisches Kalkül gingen Hand in Hand.

Es folgten Jahre angestrebter „Bemühungen um Normalisierung“ wie Julius Schoeps, Leiter des Moses-Mendelssohn-Instituts, die Beziehungen in den 70er und 80er Jahren beschrieb. „Bitburg“ und den „Historikerstreit“ wertete er als vergebliches Mühen der Deutschen, einen Schlußstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Seit der Überwindung des israelischen Mißtrauens gegen die deutsche Vereinigung sei das Verhältnis der beiden Staaten jedoch entspannt. Wenn auch keineswegs normal. „Wo der deutsche Botschafter in Israel auch hingehet, er hat immer den Holocaust im Gepäck“, erinnerte sich Franz Bertele an seine Zeit als Botschafter in Tel Aviv von 1993 bis 1996.

Die offizielle Regierungsversion „der besonderen Verhältnisse“ lehnte Historiker Segev dennoch ab. Die Beziehung der Menschen, namentlich der Israelis zu den Deutschen, sei „völlig normal“. Das staatliche Radio spiele inzwischen Richard Wagner, der jahrzehntelang auf dem Index stand, und Kommissar Derrick löse auf israelischen Bildschirmen schwierige Fälle. Zugleich sei der Holocaust in den vergangenen 25 Jahren zu einem wesentlichen Bestandteil der israelischen Identität geworden, betonte Segev.

Ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Krieges scheint es, als ob die jüdischen Israelis zwischen der noch immer unerträglichen Erinnerung an den Holocaust und ihrem Verhältnis zu heute lebenden Deutschen trennen können. Während der Massenmord umgekehrt jede Normalität zwischen Deutschen und Israelis verhindert. Vielleicht ist es das größte Paradoxon im deutsch-israelischen Verhältnis, daß die Erinnerung an die Shoa jüdische Israelis und Deutsche gleichermaßen trennt und verbindet.

6. April 1998

„Es ist sehr schwierig, die einzige Weltmacht zu sein“

Der US-Botschafter in Bonn, John Kornblum, über die Zukunft Deutschlands und den Stand der transatlantischen Beziehungen

Seit acht Monaten ist John Kornblum US-Botschafter in Bonn. Der 1943 in Detroit geborene Diplomat, dessen Eltern Ende des letzten Jahrhunderts aus Ostpreußen in die USA ausgewanderten, gilt als der wohl beste Deutschlandkenner in der Clinton-Administration. Im US-Planungsstab für den KSZE-Prozeß während der 70er Jahre, als US-Gesandter im Berlin der 80er Jahre und als Stellvertretender Abteilungsleiter für europäische Angelegenheiten im US-Außenministerium in den Neunzigern, hat Kornblum die Entwicklung Deutschlands in seinem sich dann plötzlich verändernden Umfeld aus nächster Nähe beobachtet. Und das immer mit amerikanischem Optimismus. Mit dem US-Botschafter sprachen die FR-Redakteure Rolf Paasch, Roderich Reifenrath und Jochen Siemens.

FRAGE: Sie sprechen oft davon, wie „normal“ dieses Deutschland schon geworden ist. Einige Deutsche halten den Begriff der „Normalität“ noch für verfrüht. Gibt es denn keine Angst mehr, keine Bedenken, wenn z.B. rechte Jugendliche ganz Städte zu ausländerfreien Zonen erklären?

Ich habe keine Angst und keine Bedenken. Es ist sehr wichtig, sich in dieser Phase großer Umstellungen auf die pragmatische Lösung der Probleme zu konzentrieren, statt auf theoretische Krisenszenarien. Jedes normale Land hat solche Probleme. Deutschland ist nur in dem Sinne nicht normal, weil es eine schwierige Vergangenheit hat. Ich sage nicht, daß es hier keine Schwierigkeiten gibt, aber das demokratische System hat die Probleme bisher erfolgreich gehandhabt – und wird dies auch weiter tun.

FRAGE: Manchmal bekommt man den Eindruck, die USA brauchen die „Normalität“ Deutschlands für ihre Außenpolitik.

ANTWORT: Es darf in Europa kein Vakuum entstehen, dadurch daß die Deutschen sich heraushalten. Aber wir sagen in allen unseren Stellungnahmen aus Washington, daß wir für eine allmähliche Rolle Entwicklung der deutschen Rolle in Europa und in der Welt sind. Wir hoffen, dabei helfen zu können, daß Deutschland seinen geeigneten Platz als Nation mit weltweiten Interessen einnimmt. Am Beispiel der Bundeswehr-Einsätze „out of area“ zeigt sich ja gerade, wie ruhig und kontinuierlich sich die Deutschen seit 1990 in die internationale Politik eingefügt haben. Wir drängeln dabei überhaupt nicht.

4. Juli 1998

Nicht ganz normal

Normalität ist ein Lieblingswort der deutschen Außenpolitik. Das gilt auch für Beziehungen zu Ländern, denen die Deutschen im Zweiten Weltkrieg unermessliches Leid zugefügt haben. Der jüngste, fast einstimmig gefaßte Beschluß des Sejm zur Vertriebenen-Resolution des Bundestags macht erschreckend deutlich, was mit falsch verstandener Normalität angerichtet wird.

Die Resolution des polnischen Parlaments muß in Bonn alle Alarmglocken läuten lassen. Schon seit einiger Zeit haben gewichtige Stimmen jenseits der Oder, wie die des ehemaligen Außenministers Wladislaw Bartoszewski davor gewarnt, die Vertriebenenproblematik mit dem EU-Beitritt Polens zu verbinden. Obwohl Deutschland als wichtigster Förderer des polnischen EU-Beitritts gilt, wird diese Verknüpfung in Polen weithin als erpresserisch empfunden. Daß unter dem Deckmäntelchen der EU-Freizügigkeit alte Besitzansprüche geltend gemacht werden, hat in der Tat kein anderes Prädikat verdient. Auch besonnene Köpfe unter den Vertriebenen haben die Gefahr erkannt, daß das Verhältnis der Nachbarn dauerhaft Schaden nehmen könnte.

Das Bonner Holzen im hoffnungsvoll sprießenden Grün der deutsch-polnischen Freundschaft ist fatal. Daß Polen-Witze hierzulande wieder als salonfähig gelten, ist vielleicht nur ein anderer Ausdruck dieser gedankenlosen Grobschlächtigkeit. Dem Europa-Enthusiasten Kohl sollte, abgesehen von der deutschen Verantwortung, besonders zu denken geben, daß auch der Europa-Gedanke beim Nachbarn durch die Bonner „Zweideutigkeiten“ schwer beschädigt wird. Mit Normalität hat das nichts zu tun.

13. Juli 1998

Eine neue Normalität, aber noch keine neue Rolle

Bilanz von 16 Jahren Außen- und Sicherheitspolitik unter Kanzler Kohl

Das vereinte Deutschland, erstmals in seiner Geschichte rundum umgeben von Freunden: Es ist ein zufriedenes, optimistisches Bild, das die Außenpolitiker der Bonner Regierungskoalition ein knappes Jahrzehnt nach der deutschen Vereinigung von der Lage der Nation malen.

Normalität als Glanzleistung, die internationale Einbindung des einwohnerstärksten europäischen Landes als Sicherheitsgarantie für die Nachbarn – das ist nicht allein der deutschen Außenpolitik in der Ära Helmut Kohl zu danken, aber sie hat doch ihren Anteil daran. Stark beeinflusst war sie dabei immer von der FDP, die den Außenminister stellte und den eher nationalen Flügel der Konservativen abblocken half.

Sieht man von wahlkampfbedingten Absetzbewegungen ab, wie sie regelmäßig vor allem von der bayerischen CSU kommen, dann hat die Bonner Republik sich unter Kohl als verlässlich europäisch erwiesen. Das lag immer auch im deutschen Interesse, sowohl wirtschaftlich (Exporte) wie politisch. Zumindest seit der deutschen Einheit schimmerte im Unionslager aber auch wieder mit neuer Unbefangenheit das Nationale durch. Bislang aber fehlt bei den Konservativen ein politischer Gegenentwurf zur europäischen Einbindung. Vielfach wird nur rhetorisch Klientelpolitik betrieben, vor allem zur Beruhigung der Vertriebenenorganisationen, aber mit entsprechendem außenpolitischen Schaden, zuletzt vor allem im Verhältnis zu Tschechien und Polen. Eine andere Frage ist die nach der eigenen Rolle des europäisch ausgerichteten Deutschlands. In Wirtschaftsfragen wurden von der Kohl-Regierung in Brüssel zentrale Vorgaben durchgesetzt, an erster Stelle die ganz auf Geldwertstabilität fixierte Ausgestaltung des Euro im Vertrag von Maastricht. In der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dagegen gab es solche Anstrengungen nie. Kohl betrieb Europapolitik in seinen letzten Regierungsjahren als Patriarch unter den durchweg dienstjüngeren Regierungschefs. Aber selbst die Kernfrage, wie weit die Integration nach der Einführung des Euro fortgesetzt werden soll, wird in Bonn nicht mehr klar beantwortet. Über das grundsätzliche Ja zu Europa hinaus fehlt die Vision.

Im Verteidigungsbereich wurden internationale Bundeswehreinätze unter dem Stichwort „Normalität“ Schritt für Schritt ausgeweitet, aber auch hier gibt es kein klares Bild von der künftigen Rolle der Streitkräfte, das auch die Wehrpflicht berühren würde. Auf diplomatischer Ebene gab es kurz nach der deutschen Einheit mit der Anerkennungspolitik gegenüber neuen Staaten im zerfallenden Jugoslawien spektakuläre Alleingänge mit weitreichenden Folgen, aber ein durchdachtes Konzept für eine friedliche Zukunft der Region war damit nie verbunden. Weiter entfernt liegende Weltgegenden wurden hin und wieder von Regierungspolitikern bereist, aber eine programmatisch ausgewiesene deutsche Rolle in der internationalen Politik gibt es nicht. Es wird laviert, in den Grundfragen wie beim Verhältnis Wirtschaftsinteressen / Menschenrechte kein eigenes Profil aufgebaut und in Konfliktfällen am Ende meist die US-Linie mitvollzogen.

Die Rolle des „Anwalts der Ost- und Mitteleuropäer“, in der sich Bonn bei der Osterweiterung von Nato und EU gerne sieht, ist wegen der eigenen Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen viel eigennütziger, als es die hehren Reden über die historische Dimension glauben machen wollen. Offen ausgesprochen aber wird das nicht, und innenpolitisch bleibt auch eine ehrliche Debatte über die künftige deutsche Rolle an der innereuropäischen Wohlstandsgrenze aus. Regierungsparteien und SPD haben daran wenig Interesse, weil sie bei einem Teil der Stammklientel Schwierigkeiten befürchten. Am Umgang mit der anstehenden EU-Reform („Agenda 2000“), mit der unter anderem die alte Landwirtschaftspolitik in Frage gestellt wird, wird dieses Wegtauchen deutlich.

In der Außen- und Sicherheitspolitik wurde in der Ära Kohl meist nur einfach mitgeschwommen im langsamen westeuropäischen Strom. Nach den Erfahrungen der deutschen Geschichte ist das nicht das Schlechteste, aber es reicht als Konzept doch nur vorübergehend. Die Widersprüche zwischen den Erwartungen von außen und dem eigenen großen Anspruch (bis hin zum erhofften ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat) einerseits und dem politischen Lavieren in der Praxis andererseits sind schon jetzt offensichtlich geworden.

26. September 1998

Demokratie lebt vom Wechsel

Garantien gibt es nicht. Aber Wahrscheinlichkeiten und eine Gewißheit: Die Ära Kohl geht zu Ende. Noch einmal will es der „jüngere Alte“ wissen – zum fünften Mal –, hat den Wahlkampf seiner Union auf sich gezogen, ist mit enormem persönlichen Einsatz und unerschütterlicher Zuversicht durchs Wahlkampfland geeilt und weckte wenn schon keine Begeisterung, dann doch Sympathie, nicht Wehmut, aber ein wenig nostalgische Gerührtheit. Unabhängig von Wahlergebnis und Koalitionsmöglichkeiten nach dem morgigen Sonntag legt sich Dämmerung über Kohls Kanzlerschaft. Und das, obwohl der Kanzler es schaffte, vom vergangenheitsorientierten Klotz am Bein der Union zum hautnahen Verfolger Gerhard Schröders in der Schlußphase des Wahlkampfs aufzuschließen. [...]

Kein anderer Wahlkampf dieser Republik signalisierte soviel demokratische Normalität. Die Außen- und Europapolitik ist im Grunde ebensowenig umstritten wie der Euro, die nationale Einheit oder die Osterweiterung der Nato. Die Befürchtungen vor deutschen Sonderwegen sind verstummt. Ein Machtwechsel in Bonn/Berlin brächte keine außen- und sicherheitspolitischen Überraschungen. Der Wahlkampf um die Mitte kannte als Hauptthemen die Arbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit. Und den Wechsel als Wert an sich. Nach sechzehn Amtsjahren von Helmut Kohl, der das Land in die nationale Einheit und zum Euro geführt hat, kam auch sein Herausforderer nicht umhin, dies als große Leistungen anzuerkennen. Aber die Demokratie lebt vom Wechsel, und der kann sich nicht darin erschöpfen, daß der neue Bundestag und die neue Regierung nach Berlin umziehen.

28. Oktober 1998

Die innere Einheit und der Respekt vor andersartigen Biographien
Wolfgang Thierse, der erste ostdeutsche Bundestagspräsident, zum
deutsch-deutschen Verhältnis / Seine Antrittsrede

Als erster Ostdeutscher ist der Sozialdemokrat Wolfgang Thierse am Montag zum Präsidenten des Deutschen Bundestages gewählt worden. Der Politiker bezeichnete dies in seiner Rede als ein „historisches Datum“. Thierse warb vor allem für ein besseres Verständnis zwischen den Menschen in den alten und neuen Bundesländern. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende sieht sich auch als Repräsentant vieler ostdeutscher Lebensläufe. Wir dokumentieren Wolfgang Thierses erste Rede als Parlamentspräsident im Wortlaut.

Erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung. Als ich im Oktober 1990 zum ersten Mal im Deutschen Bundestag reden konnte, habe ich davon gesprochen, was es für mich bedeutete, über 30 Jahre lang – gewissermaßen aus weiter Ferne – parlamentarische Debatten zu verfolgen, welche Faszination die parlamentarische Demokratie auf mich ausübte, von Kindesbeinen an.

Es erfüllt mich deshalb mit großer Bewegung, heute von Ihnen zum Parlamentspräsidenten gewählt worden zu sein. Daß ein ehemaliger Bürger der überwundenen DDR dieses Amt übertragen bekommt, ist dabei wohl mehr als eine Geste, es ist durchaus ein historisches Datum: Das ist keine unbescheidene Behauptung, denn sie meint ja nicht mich, sondern gilt dem eigentlichen Vorgang: Zum ersten Mal wurde ein Ostdeutscher in eines der hohen Ämter der gemeinsamen Republik gewählt – acht Jahre nach der staatlichen Vereinigung ein Akt demokratischer Normalisierung in den immer noch nicht ganz konflikt- und vorurteilsfreien ost-west-deutschen Verhältnissen, ein Schritt im Prozeß, den innere Vereinigung zu nennen wir uns angewöhnt haben. Dabei empfinde ich mich in einem gänzlich uneitlen Sinne als Stellvertreter, als Repräsentant meiner ostdeutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger: Ich bin weder mein Leben lang ein Widerstandskämpfer gegen die SED-Herrschaft gewesen, noch

habe ich mich jemals mit dieser Herrschaft identifizieren können oder wollen. Darin stehe ich für vermutlich eine große Mehrheit meiner Landsleute in den ostdeutschen Ländern. Es gab das wirklich – das richtige Leben im falschen System. Und es bleibt weiterhin notwendig, was ich seit acht Jahren als ‚politischer Wanderprediger‘ einfordere: nämlich einen Unterschied zu machen zwischen dem Urteil über das gescheiterte System und dem Urteil über die Menschen, die in ihm gelebt haben, leben mußten und die nicht alle gescheitert sind, gescheitert sein dürfen! Wenn die vielbeschworene innere Einheit wirklich gelingen soll, dann setzt sie jene Gleichberechtigung voraus, die erst durch die Anerkennung von Unterschieden ermöglicht wird, durch den Respekt vor andersartigen Biographien. Dieser deutsch-deutsche Diskurs, der Vergangenheit und Gegenwart einschließt, ist noch lange nicht an sein Ende gekommen. Und in ihm wird auch von Enttäuschungen die Rede sein müssen.

Wie viele andere Ostdeutsche habe ich auf die deutsche Einheit gehofft, solange ich politisch denke. Diese Hoffnung war aber – ganz und gar nicht nationalistisch – die Hoffnung auf Freiheit und Demokratie. Ostdeutschland hat in den letzten acht Jahren einen Wandlungsprozeß durchlaufen, dessen Dramatik für die Menschen durch die Wörter ‚Transformation‘ oder ‚Umbruch‘ nicht auf den Begriff gebracht werden kann.

Unspektakulärer Machtwechsel

Nachdem wir die sich plötzlich bietende Chance zu Freiheit und Einheit entschlossen wahrgenommen haben, verursachen die Probleme der Einheit – die Probleme, die wir uns immer gewünscht haben, wie Egon Bahr einmal gesagt hat –, erzeugen die Erschütterungen und Enttäuschungen des Einigungsprozesses tiefe Zweifel an der Demokratie selbst, an den Problemlösungsfähigkeiten demokratischer Politik. Allerdings: Ich habe in den letzten Wochen auch erlebt, wie die Erfahrung, daß der Wechsel zwischen Regierung und Opposition nicht nur theoretisch, sondern ganz konkret möglich ist, viele dieser Zweifel verringert hat.

Und ich darf von dieser Stelle aus gewiß die Vermutung äußern, daß auch die respektvolle Art, wie die Parteien in dieser Situation miteinander umgegangen sind, daß die unaufgeregte, fast unspektakuläre Weise des demokratischen Machtwechsels beispielhaft ist für das, was altmodisch und doch so zutreffend „Gemeinsamkeit der Demokraten“ genannt wird – ein überzeugender Ausweis entwickelter und gefestigter demokratischer Kultur Deutschlands!

Bonn ist eben nicht Weimar geworden und Berlin wird es, dessen bin ich gewiß, auch nicht werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am 20. Juni 1991 hat der Deutsche Bundestag beraten und beschlossen, wie wir durch die Verlagerung von Bundestag und Teilen der Bundesregierung nach Berlin zur Vollendung der Einheit Deutschlands beitragen wollen. Über sieben Jahre sind seither vergangen. Sieben Jahre, in denen wir Vorbereitungen getroffen und um Vertrauen geworben haben. Der Deutsche Bundestag hat seither seine Vertragstreue und seine Aufmerksamkeit für alle Notwendigkeiten und Folgen dieses Schrittes bewiesen. Wir haben versucht, gerechte Lösungen für alle Menschen zu finden, die von diesem tiefgreifenden Vorgang in Berlin, in Bonn und in anderen Regionen betroffen sind.

Im nächsten Jahr nun wird der 14. Deutsche Bundestag den großen Schritt tun und seinen Sitz in die alte Hauptstadt und neue Bundeshauptstadt Berlin verlegen. Ich freue mich darauf, weil es eine Konsequenz aus der wiedergewonnenen Einheit ist. Die Verlegung des Parlamentssitzes nach Berlin, wo sich das Parlaments- und Regierungsviertel über die ehemalige Sektorengrenze, über die ehemalige Mauer, dieses absurde und tödliche Monument der Teilung hinweg wie eine Klammer spannen wird, ist ein Teil der Verwirklichung des Wunsches von Willy Brandt: daß zusammenwächst, was zusammengehört. Mir erscheint Berlin als eine Chance für das Parlament wie für die Bundesregierung. Wir können sie nutzen, indem wir uns öffnen für die pluralistische, vielfältige Kultur in dieser Stadt. Wir, Sie alle,

meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, sollten diese Chance, die Berlin bietet, nutzen und den Diskurs, das Gespräch, den Streit zwischen Kultur und Politik tatsächlich intensivieren.

Der historisch außerordentliche Vorgang, ein lebendes, arbeitendes Parlament in eine lebendige, arbeitende, pulsierende Metropole zu verlagern und zu integrieren, wird uns in dieser Wahlperiode vor besondere Aufgaben stellen.

Dabei wird meine Sorge und Aufmerksamkeit besonders darauf gerichtet sein, daß allen Abgeordneten bestmögliche Arbeitsbedingungen und Wirkungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wir brauchen ein Parlament, das vom ersten Tag an an seinem neuen Sitz arbeitsfähig ist. Nur ein gut funktionierender Bundestag garantiert auch die Funktionsfähigkeit unserer parlamentarischen Demokratie. Wir können uns keinen Einbruch und keinen Stillstand der gesetzgebenden, kontrollierenden und informierenden Aufgaben des Bundestages erlauben.

Wenn das Parlament seine Arbeit in Berlin aufnehmen wird, wird es Bonn verlassen. Hier am Rhein sagen manche, der Bundestag werde Bonn den Rücken kehren. Ich möchte dem widersprechen. Ich habe selbst erfahren dürfen, welche Anstrengungen diese Stadt unternommen hat, um den Abgeordneten gute Arbeitsbedingungen zu sichern und wie uns Bonn und die Bonnerinnen und Bonner mit offenen Armen empfangen haben. Wir haben gemeinsam die Entscheidung getroffen, daß in Zukunft Teile der Regierung ihren Sitz in der Bundesstadt Bonn behalten. Das bedeutet zwangsläufig, daß der Deutsche Bundestag auch weiterhin mit Bonn verbunden bleiben wird. Wir hinterlassen keine Tabula rasa, sondern eine funktionsfähige Bundesstadt!

Müssen die Menschen – vor allem im Westen – Angst vor einer neuen „Berliner Republik“ haben? Gerade gegenwärtig wird in den Feuilletons wieder das Goldene Zeitalter am Rhein beschworen – und zwar mit erheblichem elegischem Unterton. Vielleicht liegt es an meiner ostdeutschen Unbefangenheit, daß ich in das Klagelied nicht einzustimmen vermag.

Immerhin: Günter Grass warnte noch vor der Bundestagswahl: „Will man mit dieser preußisch-forschen Benennung die „Weimarer Republik“ und deren Scheitern heraufbeschwören? Soll etwa Berlin, eine Stadt, die mit sich selbst nicht zu Rande kommt, die hinfällige Republik sanieren?“

Ich glaube nicht, daß diese Befürchtungen berechtigt sind. Nicht Berlin, die Stadt, hat den preußischen Militarismus entstehen lassen, sondern es waren die politischen und militärischen Eliten, die ihm zum Durchbruch verhelfen. Nicht Berlin hat das Monster Nationalsozialismus geboren, sondern eine in anderen Teilen Deutschlands erstarkende politisch-rassistische Bewegung hat – übrigens sehr spät – schließlich auch von der deutschen Hauptstadt Besitz ergriffen.

Nein, nicht um die Gefahren eines neuen preußisch-militaristischen Zentralismus wird es in Berlin gehen. Berlin als geographischer Ort wie als Schmelztiegel der deutsch-deutschen Probleme zwingt auch uns, das Parlament, uns diesen Problemen ganz unmittelbar zuzuwenden. Die eine sehr gegenwärtige, sehr notwendige Perspektive heißt, wie sie der Publizist Klaus Hartung formuliert hat: „Die Frage für die ‚Berliner Republik‘ kann nur sein: Hat sie mehr Kraft und Möglichkeiten, die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland durchzusetzen?“ Ich hoffe sehr, daß sie diese Kraft entwickelt. Aber die andere Perspektive ist nicht weniger gewichtig: Auch die Westdeutschen müssen sich auf das vereinte Deutschland und seine Veränderungen einlassen. [...]

6. November 1998

Zu Auschwitz fällt vielen Jugendlichen nicht einmal „Keule“ ein

Zwischen „Nie wieder“ und „Nicht schon wieder“ – wenn sich Deutsche Gedanken

über ihre Gedenktage wie den 9. November machen

Ein Jahrestag, 9. November, rundes Datum, sechs Jahrzehnte später. Nicht schon wieder, sagen die einen. Niemals darf dieser Tag vergessen werden, sagen die anderen. Zwischen den Ritualen liegt vermutlich das Eigentliche – Gedenken.

Michel Friedman traut seinem Impuls. Bei diesem Ergebnis könne doch wohl von „einem Zuviel an Erinnerungsarbeit“ keine Rede sein, merkt das Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland an. Das Resultat legten jetzt Forscher des in Köln ansässigen Instituts für Massenmedien vor: Ihre Befragung von 2179 Bürgern dieses Landes ergab, daß 22 Prozent der jungen Deutschen mit Auschwitz gar nichts mehr anfangen können. Sie wissen nicht einmal, was es mit der gleichnamigen „Keule“ auf sich hat, von der der Schriftsteller Martin Walser in der Paulskirche gesprochen hatte.

Vergleichbare Studien wie die der Kölner Wissenschaftler um den Soziologen Alphons Silbermann, der im Zusammenhang mit der Untersuchung einen dringenden Bedarf pädagogischer Aufklärung anmahnt, gibt es immer mal wieder. Jahre vor dem Fall der Mauer etwa: Wissenschaftler des Sinus-Instituts hatten sich im Auftrag des Bundeskanzleramts via Umfragen mit dem ideologisch geprägten Denken der Westdeutschen befaßt. Das Ergebnis: Fünf Millionen Bürger vertraten die Ansicht, „wir sollten wieder einen Führer haben ...“. 13 Prozent der Wahlberechtigten, ermittelten die Forscher, „haben ein rechtsextremes Weltbild“. Die Studie versetzte der mittlerweile aufgeklärten Republik doch kurzerhand einen Schock.

Die Kölner Forscher machen „die Ahnungslosigkeit“ vor allem bei jungen, noch dazu schlecht ausgebildeten Ostdeutschen aus. Dort stecke das Potential fremdenfeindlicher Gruppen. Wenn von Rechtsextremismus und von Auschwitz die Rede ist, spricht Friedman von „qualitativen Sprüngen“ zwischen der zweiten und dritten Generation nach dem Krieg, denen eine besondere Aufmerksamkeit zu gelten habe: Während die unmittelbare Tätergeneration schwieg und dennoch zumeist bruchlos in das öffentliche Leben zurückkehrte, lehnten sich ihre Kinder dagegen auf, thematisierten die Verbrechen der Nationalsozialisten und erzogen ihre Schüler im „antifaschistischen Geist“. Auschwitz wurde zu einem Symbol für das Menschheitsverbrechen der Deutschen. Die dritte Generation aber will fünf Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg davon offenbar nicht mehr viel wissen. Zumindest wenn man der Kölner Studie folgt: „Von den Angehörigen der zweiten und dritten Nachkriegsgeneration hielten 26,4 Prozent die Erinnerung für weniger wichtig und sogar für völlig unwichtig.“

Vergessen aber darf es nicht geben. Das versteht sich von selbst. Sagt Friedman auch. Manchmal strikt pathetisch. Wie kürzlich bei der Begrüßung ehemaliger Zwangsarbeiter der IG Farben, die sich in Frankfurt am Main trafen. Dann ist bei Friedman die Rede vom Gestern, aus dem sich die Verpflichtung der Heutigen für das Morgen nährt.

Sätze, gebaut, um sie in Stein zu meißeln. Bausteine für Ansprachen zu Gedenktagen. Gut gesprochene Sätze aus dem Repertoire eines jeden Sonntagsredners. Ist es eigentlich das, was die Kölner Soziologen meinen, wenn sie „angesichts der gravierenden Wissenslücken“ der Jüngeren die Frage stellen, „ob das Plädoyer für die Wichtigkeit der Erinnerung nur ein pflichtbewußt fades Lippenbekenntnis, eine von latenten Schuldgefühlen durchsäuerte Anstandsgeste oder tatsächlich ernstgemeinte Absicht mit Verbindlichkeit für sich selbst ist?“

Ein Jahrestag. Nicht schon wieder. Manche Menschen werden zu mancher wiederaufgebauten Synagoge gehen, Texte von Zeitzeugen vorlesen und einen Moment lang innehalten. So ist das an Jahrestagen in Deutschland. Und das lassen sich viele nun doch nicht nehmen, selbst wenn Martin Walser an diesen Tagen wieder vor der „Auschwitz-Keule“ in Deckung gehen muß. Der Schriftsteller spricht in diesem Zusammenhang dann von „der Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“. Das wurmt ihn. Mit der Wiedervereinigung

beider deutschen Staaten, diesem wie durch einen Zufall ebenfalls auf den Gedenktag 9. November datierten Fall der Mauer, sollte die bis dahin offene Wunde doch eigentlich geschlossen werden. Eine Nation strebt nach Normalität.

Was aber ist normal? Wenn die Deutschen so werden sollen wie die Franzosen und neben Schande auch wieder so etwas wie Stolz empfinden können, nein, wollen? Oder wenn sie sich ihre Geschichte als steten Lauf der Dinge konstruieren, in dem kein Platz mehr bleibt für „den Zivilisationsbruch“?

Ein Gedenktag. Und irgendwie finden Michel Friedman und der von ihm seit Wochen zu jeder Gelegenheit gescholtene Martin Walser zusammen. Denn beide stellen sich Geschichte dann doch als langen, wenn auch nicht ruhigen Fluß vor: Bei Friedman geht sie ganz schlicht aus dem Gestern über das Heutige im Morgigen auf; bei Walser taucht „der Zivilisationsbruch“ beim Herannahen „der Schande“ kurzerhand ab.

So kann es gehen. Nicht nur an den Gedenktagen. Dann aber erzählen die Menschen, die dabei waren, wie es gewesen ist. Damals, als die Synagogen brannten und die Nachbarn auf ihre jüdischen Nachbarn einprügelten. Sie erzählen das ganz konkret und ohne Vorwürfe. Von einer Schande ist dabei eigentlich nicht die Rede. Und von seiner Verantwortung für das Morgige will eigentlich auch kein 14-Jähriger etwas hören. Die meisten von ihnen hören dann einfach nur zu.

6. November 1998

Staatsmann auf Probefahrt

Joschka Fischer zwischen Klischee und Anspruch: die erste hektische Woche des grünen Außenministers

[...]

Die Resonanz auf diese erste Woche ist nicht übel. Mit den Fernsehbildern sind sie in Bonn zufrieden. „Bemerkenswert“ sei er aufgetreten, hat ihm sein Kanzler bescheinigt. Boulevardzeitungen haben den Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Herrenmode zu Wort kommen lassen, der Fischer als „Paradebeispiel“ für die stilsichere Kleidung der neuen Ministerriege lobte. Etwas kleinlich wirken da die Gesprächsthemen im Begleittroß, vor allem bei den jüngeren Journalisten. Zum Beispiel über die Frage, ob er den Kranz am Holocaust-Mahnmal in Warschau besser mit etwas mehr innerer Einkehr niedergelegt hätte, statt so schnell und zügig. Oder über den Bildertausch an der Wand im Ministerzimmer, wo statt Otto von Bismarck jetzt Willy Brandt die Ehre hat.

Das ist eines der vielen Spannungsverhältnisse bei diesem Minister: Vorbei ist es mit dem Mythos ewiger grüner Jugend. Einige der begleitenden Journalisten sind zwanzig Jahre jünger als er. Sie wissen nichts mehr vom Häuserkampf im Frankfurt der späten 60er Jahre, sondern kupfern fleißig ab, dieser Fischer sei einst ein „Straßenkämpfer“ gewesen. Sie können sich nicht erinnern an seine erste hessische Umweltministerzeit in den 80ern, als er (so Fischer heute) „von nichts 'ne Ahnung“ hatte. Nur das Bild von der Vereidigung in weißen Turnschuhen haben immer alle vor Augen. Sie wissen auch nichts mehr über die Zeit Anfang der 90er, als er nach vier Jahren Oppositions-Frust wieder Umweltminister in Wiesbaden war und erst dabei „das Handwerk gelernt“ zu haben glaubt. Und sie lächeln müde über Sätze wie: „We say no to a German Sonderweg.“ Ein Grüner, der keinen deutschen Sonderweg will, ist schon wieder langweilig. [...]

Der Grüne will die Außenpolitik stärker mit dem historischen Blick einer anfangs antiautoritären Nachkriegsgeneration betrachten. Er spürt intensiv den Traditionsbruch, der sich aus den Verbrechen des Nationalsozialismus ergibt. Er erlebt neben dem nüchternen Sparkassenstil der deutschen Regierungsgebäude jetzt den Prunk in den Machtzentralen von London und Paris und fühlt sich dort wie im Museum. Er arbeitet dann gedanklich schon an

der Frage, wie wohl der Stil einer Außenpolitik der Zukunft sein sollte, die keine nationale mehr sein kann.

Er hat bei der Amtsübernahme angemerkt, die „Rolle des wiedervereinigten Deutschland“ sei „noch nicht zu Ende definiert“. Hier sieht er den Kern der Verantwortung – und zugleich die Gefahr, daß jede grüne Idee von der Menschenrechts- bis zur Umweltpolitik als falscher deutscher Führungsanspruch abgetan werden kann. Noch wundert er sich, daß all die radikalen europäischen Umbrüche im Inland so wenig interessieren, gerade die eigene Generation. Auch das sieht er als Reflex auf die unüberwindbare Vergangenheit.

Was immer er tun wird: Es darf nie wie deutsche Führung aussehen. „Der wichtigste Wechsel ist kein Wechsel“, sagt er also in Washington. Es gehe nicht um Wechsel, sondern um die nächsten Schritte. Er spricht es so nicht aus, aber dieses Projekt grüner Außenminister soll auf eine andere, bewußtere deutsche Normalität abzielen, auf Sinnstiftung für ein nicht-mehr-nationales Land. Von der „Vollendung Europas“ spricht Fischer und ahnt, was damit auf die Grünen zukommt. Weil die Generation Kohl das Haus Europa mit dem Euro für gebaut hielt, brauchte sie nicht darüber zu grübeln, wie wohl eines fernen Tages eine europäische Kontrolle der Atomwaffen aussehen könnte. [...]

17. November 1998

Wie die SPD ihr historisches Erbe pflegt

Die Eigenheiten der sächsischen Sozialdemokraten und warum sie mit der PDS kein gemeinsames linkes Lager bilden wollen

In Mecklenburg-Vorpommern haben SPD und PDS gerade die erste Koalition geschlossen, in Sachsen-Anhalt hatte die SPD zuvor bereits eine Regierung gestellt, die von der SED-Nachfolgepartei toleriert wurde. Von derlei Annäherungen ist die sächsische SPD weit entfernt. Warum die SPD im Freistaat nichts mit der PDS zu tun haben möchte, hat Karl-Heinz Kunckel aufgeschrieben. Wir dokumentieren seinen Text im Wortlaut. Kunckel ist Vorsitzender der SPD in Sachsen und Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.

Im zehnten Jahr der Transformation schreitet die Ausdifferenzierung Ostdeutschlands, sowohl regional wie auch sozial fort. Immer deutlicher tritt eine komplexe Wirklichkeit an die Stelle einer einheitlichen Problemlage. Der Transformationsprozeß im Osten ist weiterhin in vollem Gange. Das Ergebnis wird weder dem Westen gleich, noch ein gesonderter Osten sein. Sachsen ist weder Bayern noch Mecklenburg-Vorpommern.

Niemand leugnet die wesentlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die nicht nur in einem ökonomischen Gefälle, sondern auch in der unterschiedlichen politischen Sozialisation der Bürger liegen. Aber: Das Bild eines einheitlichen Ostens war immer auch ein Konstrukt. Zu DDR-Zeiten diente es in vielfältigen Ausformungen als Integrationsideologie.

Die Abschaffung der Länder durch die SED im Jahre 1952 hatte ja auch den zentralen Einheitsstaat zum Ziel, wobei die Zerschlagung des Landes Sachsen und seine Unterwerfung unter die alte preußische Hauptstadt Berlin das sächsische Selbstbewußtsein in besonders schwerwiegender Weise verletzte. In den letzten Jahren ist die absurde Behauptung eines einheitlichen Ostens in zunehmendem Maße zu einem politischen Instrument verkommen.

Für den ehemaligen CDU-Generalsekretär Peter Hintze war die DDR das Land der „Roten Socken“, die PDS wiederum stilisierte den empörten „Ossi“ zur eigenen Existenzberechtigung. Bloß nicht näher hinschauen scheint die Devise zu sein!

Bizarrerweise nutzt die Behauptung vom einheitlichen Osten sowohl den Überlebensbedürfnissen der PDS wie den Verdrängungsbedürfnissen im Westen. Frech

reklamiert die PDS die Interpretationshoheit über das, was die DDR war und was der Osten heute ist. Und viele im Westen sind geneigt, die bequemsten Allgemeinplätze über den Osten zu schlucken und das Mäntelchen einer vermeintlichen „Normalität“ über Vergangenheit und Gegenwart im Osten zu breiten, nur um sich nicht wirklich mit dem Osten beschäftigen zu müssen.

Mittlerweile scheint das Bedürfnis nach ostdeutscher „Normalität“ und innerer Harmonie so weit zu gehen, daß sich einige die PDS offenbar nur als Regierungspartei in einer „normalen“ Rolle vorstellen können und von der SPD verlangen, sie solle der PDS dabei helfen, eine normale, demokratische Partei zu werden.

Die Fragwürdigkeit des Begriffes „Normalität“ im Zusammenhang mit einer Bewertung politischer Vorgänge im Osten wird vollends deutlich, wenn die Bewertung der SPD-PDS-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern auf die Frage „Normalität“ oder „Sündenfall“ reduziert wird.

Wer näher hinsieht, wird erkennen, daß sich die landestypischen Unterschiede zunehmend auch in den ostdeutschen Landesverbänden der politischen Parteien widerspiegeln. So ist die CDU in Sachsen nicht nur gänzlich anders – etwa was ihren in Sachsen vergleichsweise geringen Verwurzelungsgrad in der Bevölkerung angeht – als die CSU in Bayern. Sie ist auch, etwa durch einen anderen Mix von Reformern zu Blockflöten oder von neoliberalen Westimporten zu sozialgesinnten Milieuprotestanten, eine wesentlich andere CDU als die in Sachsen-Anhalt. Und eine PDS, die in Sachsen einen Tüve Schur als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl aufstellt, offenbart sich als eine Partei, die eine im Ostvergleich besonders DDR-rückgewandte Art der Identitätsstiftung pflegt. [...]

19. Dezember 1998

Eichel stellt sich an Bubis' Seite

Bundesratspräsident geht Walser bei Gedenkstunde für ermordete Sinti und Roma scharf an

Bundesratspräsident Hans Eichel (SPD) hat dem Vorwurf der Intoleranz gegen den Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, nachdrücklich widersprochen. Dies sei ein „unglaublicher“ Vorwurf gegen einen großen Mahner, dem die deutsche Demokratie viel zu verdanken habe, sagte der hessische Ministerpräsident am Freitag in einer Gedenkstunde des Bundesrates für die während des Nationalsozialismus verfolgten und ermordeten Sinti und Roma. Anlaß ist der Jahrestag eines Erlasses von SS-Reichsführer Heinrich Himmler vom 16. Dezember 1942. Darin wurde die Deportation von 22.000 Sinti und Roma aus elf europäischen Ländern in das Konzentrationslager Auschwitz angeordnet.

In der Kontroverse zwischen Bubis und dem Schriftsteller Martin Walser müsse schon gefragt werden, wer eigentlich tolerant sei, fügte Eichel hinzu: Menschen, die sich auf ihren professionellen Umgang mit der Sprache einiges zugute hielten und zugleich in öffentlichen Ansprachen durch ihre Wortwahl Überlebende des Holocaust verletzten oder ein nicht „zuletzt aufgrund seiner Lebensgeschichte durch und durch glaubwürdiger Mann, der uns immer wieder daran erinnern muß, wie gefährdet unsere Normalität ist“.

Eichel empfahl, von Zivilisation, Demokratie und Toleranz statt von Normalität zu sprechen. „Die Mörder, die Helfer und Helfershelfer des Mordens, die Beifall geklatscht, die weg- oder zugeschaut haben – sie möchten vergessen“, sagte Eichel. „Die Opfer und die Nachkommen der Opfer – sie können nicht vergessen. Das Grauen lebt in ihnen fort.“ Forderungen nach einem Ende des Erinnerns und der Gedenkrituale an die Opfer des nationalsozialistischen Völkermordes, die es in der bundesdeutschen Geschichte schon immer gegeben habe, seien abzulehnen.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma, Romani Rose, betonte, Schlagworte wie sie Walser gebraucht habe, seien dazu angetan, den Opfern von Auschwitz den Schutz der Minderheit zu entziehen. Er sei in Sorge, daß mit derartigen Formen ein neuer Nationalismus entstehe, der die bisherigen Grundlagen des Rechtsstaates angreife.

Studentische Gruppen an der Humboldt-Universität zu Berlin stellten sich am Freitag auf die Seite von Bubis. Der Schriftsteller Walser habe mit seiner Friedenspreisrede in der Frankfurter Paulskirche eine Debatte angestoßen, „die zur Relativierung des Holocaust führen soll und wird“, hieß es in einer Erklärung.

21. Dezember 1998

„Europäer müssen sich einmischen“

CDU-Politiker Lamers plädiert für Ausweitung des Nato-Interessengebiets [...]

FRAGE: Glauben Sie, daß sich für solche Gedanken eine Mehrheit erreichen läßt?

LAMERS: Ich glaube ja, wenn ich sehe, wie sich die Diskussion über das sogenannte Out-of-Area-Thema seit dem Golfkrieg entwickelt hat. Ich sehe, welche vor wenigen Wochen noch völlig unvorstellbaren Erklärungen auch grüne Politiker zu den amerikanischen Angriffen auf den Irak abgegeben haben. Da bin ich dann durchaus zuversichtlich. Ich scheue mich vor dem Begriff der Normalität, denn da stellt sich immer die Frage, wer die Norm setzt. Aber ich glaube schon, daß Deutschland ein Land werden muß und kann, das im vollen Bewußtsein seiner Geschichte seiner Verantwortung in der Gegenwart gerecht werden kann.

24. Dezember 1998

Erinnern und Gedenken sollen nicht lähmen, sondern wachsamer machen / von Rita Süßmuth

Anmerkungen zu einer aktuellen Kontroverse über die Vergangenheit, die trotz mancher Bemühungen nicht vergehen will

Der öffentliche Streit zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis um Erinnern und Gedenken an Auschwitz, an das unermessliche Verbrechen der Nazis, hat sich gelegt. Es wurden miteinander gesprochen, Mißverständnisse thematisiert, Vorwürfe ausgeräumt, aber wenig wirklich geklärt. Die Diskussion um Erinnern und Gedenken bleibt. Sie geht alle an und ist heute, Jahrzehnte später, offener und zukunftsbezogener zu führen.

1. Bedrückend, daß die Diskussion so personalisiert und unter so wenigen geführt wurde. Warum wurde die jüngere Generation kaum beteiligt? Gerade der interessierte und engagierte Teil der jüngeren Menschen hat gezeigt, wie Erinnern und Gedenken positiv erfolgen können: nicht floskelhaft, nicht in erstarrten Formen, sondern Wissen und Bewußtseinsbildung fördernd, die Verantwortung stärkend.

Diskussion tut not. Unterschiedliche Sichtweisen und Meinungen sind gefragt. Damit stellen wir in der Demokratie Freiheit des Denkens und der Meinungsäußerung unter Wahrung von wechselseitiger Achtung und Toleranz unter Beweis.

Insofern ist jenen zu danken, die die Hitze des Streits gewagt haben und durch die kontroverse Vehemenz die Frage „Umgang mit der Nazi-Vergangenheit, Umgang mit Auschwitz“ zum Thema gemacht und erneut auf die Ebene des aktuellen gesellschaftlichen Bewußtseins gehoben haben.

2. Dieses Bewußtsein ist – wie an der breiten und gegensätzlichen Reaktion der Medien und der Öffentlichkeit erkennbar ist – empfindlich und reizbar, uneinheitlich und gespalten in der Frage, wie lange Erinnern und Gedenken andauern sollen, welche Formen sinnvoll, annehmbar und zukunftsbezogen sind, wann Deutschland wieder ein „normales“ Land wie jedes andere sein kann.

Die öffentlichen Reaktionen haben eines sofort gezeigt: Diese Fragen haben keinen einheitlichen Resonanzboden. Da ist die Gruppe derjenigen, die sich sehr intensiv und gewissenhaft mit Auschwitz auseinandersetzt, die es genauer wissen will. Sie weisen uns darauf hin, wie viel nach 50 Jahren jetzt erst zur Sprache kommt, nicht länger verdrängt wird, und das nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland. Nazi-Gold, Versicherungskonten, Entschädigung von Zwangsarbeitern, die Rolle der Justiz, Medizin oder Wehrmacht. Die Aufarbeitung ist intensiv im Gange und keineswegs abgeschlossen. Diese Gruppe weist zu Recht darauf hin, daß es ein großer Fehler wäre, etwas beenden zu wollen, das noch in der notwendigen Klärung steht.

Ihnen wird vorgeworfen, sie hielten sich für die besseren Deutschen, seien moralisch überheblich, vergangenheitsfixiert, schwächten das Selbstwertgefühl und das Selbstbewußtsein der Deutschen.

Da ist eine zweite meinungsbildende Gruppe. Sie hält Erinnern und Gedenken für notwendig. Aber zugleich zweifelt sie und äußert Bedenken. Sie fragt ebenso wie Martin Walser, ob der Holocaust nicht zu häufig in Schulen und Medien thematisiert und zu ritualisiert behandelt würde. Könnte das abstupfen, Abwehr und Wegschauen zur Folge haben? Könnte es schwächen in den Handlungsanforderungen von heute und morgen? Oder besteht etwa die Gefahr, daß beim Vordringen zum Existentiellen, zu unseren Wurzeln, gerade das Innerste der Menschen beschädigt und zerstört wird? Bleiben wir stecken im undurchdringlichen Netz des Entsetzens und des Unaufklärbaren? Lähmt es uns, statt uns zu stärken für das, was hier und jetzt zu tun ist? Überfordert es viele Menschen?

Diese Fragen sind menschlich verständlich und politisch relevant. Aber sie sind auch nicht unproblematisch. Keinesfalls darf die ethische Frage, nämlich das, was ethisch sein muß, den anderen Fragen untergeordnet werden.

Erinnern und Gedenken schmerzen, wühlen auf, belasten. Wissen kann Gewissen stärken; aber jeder kann nur für sich über sein Gewissen entscheiden. Dazu ist Aufklärung eine notwendige, keine hinreichende Voraussetzung. Keine der Gefahren soll verharmlost oder in Abrede gestellt werden. Es gibt das „Zuviel“ der Aufklärung statt der gezielten, eindrücklichen Aufklärung und emotionalen Erfahrung. Öffentliches Geschehen kommt nicht ohne Rituale aus, aber die Gefahr der Erstarrung im Formelhaften ist heute weit weniger gegeben als noch vor zehn Jahren. Die Reden zum Gedenktag am 27. Januar im Deutschen Bundestag waren bislang alles andere als Ritualreden, ganz im Gegenteil. Sie machten nachdenklich, betroffen und erschütterten durch ihren Inhalt und Gehalt. Jede Generation wird neu auf der Suche sein, wie sie Erinnern und Gedenken gestalten will. Es gibt nicht die abschließend zu findende richtige Form und Sprache. Die Suche bleibt unabgeschlossen. Bei aller Unzulänglichkeit beeindruckt die intensive und differenzierte Form der Aufarbeitung in Deutschland sowie die Arbeit in den Gedenkstätten, die zunehmend entscheidend weitergeführt wird von jüngeren Menschen.

Unser Grundgesetz von 1949 war und ist die wichtigste Antwort auf ein menschenverachtendes Regime. Die gelebte Verfassung ist unser stärkstes Bollwerk gegen Angriffe auf die Würde des Menschen und die unveräußerlichen Menschenrechte.

Denn es gibt sie, die Gruppe, die den größten Schatten wirft. Es sind jene, die sich abwenden oder längst abgewandt haben und wegschauen. Sie wehren sich gegen das andauernde

Erinnern. Sie wollen nicht länger von Instrumentalisierungen und ritualisierten Reden herabgesetzt werden.

50 Jahre lang Schuldigsein sei genug, die systematischen Störungen des Selbstwertgefühls seien unerträglich. Wunden müßten nicht immer neu aufgerissen werden. Nicht nur andere hätten eine Seele, auch Deutsche seien verletzlich. Diese Deutschen wollen endlich wieder „normal“ sein, ein Volk wie andere Völker auch, mit ihren Stärken und Schwächen, ohne mit Auschwitz in Verbindung gebracht zu werden.

Die Zahl derer, die so denkt, ist nicht klein. Und sie erwarten, daß diese Befindlichkeit, diese Seelenlage und diese Positionen ohne jedes Tabu öffentlich zur Sprache kommen müssen. Und vor allem die Politik bzw. die Politiker sollen dem Erinnern und Gedenken wenn schon nicht Einhalt gebieten, so aber zumindest das Ausmaß des Erinnerns zurücknehmen, die Erinnerung allmählich verblassen lassen.

Rituale sind notwendig, aber sich verfestigende Tabus schaden der Aufarbeitung der Vergangenheit und dem Umgang mit der Zukunft. Instrumentalisierungen, ob von einzelnen oder Gruppen, ob in den Medien oder der Öffentlichkeit, sind zurückzuweisen. Kritik ist ernstzunehmen in bezug auf ritualisierte Formen des öffentlichen Gedenkens im gesprochenen oder geschriebenen Wort. Aber beide Einwände stehen nicht gegen Erinnern und Gedenken als Verpflichtung gegenüber den Opfern und aus Verantwortung für Gegenwart und Zukunft. Nicht Schuld, sondern Verantwortung, nicht Angst vor Schwächung, sondern Mut zur geschichtsbewußten Identität bestimmen unser Handeln.

Es ist nicht überraschend, daß in den Streit um den Umgang mit der Vergangenheit auch das Denkmal einbezogen ist. Ist ein Denkmal ein kollektiver Akt des Nachdenkens oder befreit es vom Denken? Ehren wir die Opfer und bringen zum Ausdruck, was uns quält und quälen muß, um es nach draußen zu bringen, um es auf diese Weise zu bearbeiten und befreiend zu verarbeiten und unser Handeln zu kräftigen? Oder steht ein solches Mahnmal unserem „Heilungsprozeß“ entgegen, wenn unser Blick darauf fällt oder gerichtet wird?

Das Denkmal interpretiert als Manifestation der Schande, der Konfrontation mit Versagen und Schuld, ist von keinem der bisher beteiligten Künstler gewollt. Gesucht wird nach Ausdrucksformen des ehrenden Gedenkens, einer starken Konzeption, die die Besucher aufmerken und innehalten läßt.

Wir wollen Auschwitz im öffentlichen Bewußtsein nicht verlorengehen lassen, wir wollen nicht, daß jemals wieder Realität wird, was schon einmal Realität war. Und dafür setzen wir uns ein. Ich wünsche mir für uns, daß das Denk- und Mahnmal kommt, als Zeichen unserer Ehrung der ermordeten Juden Europas. Es soll unserem Bemühen, unserem Gedenken in aller Zerrissenheit und Unvollkommenheit Ausdruck geben. Mit dem Denkmal werden wir kraftvolle Unruhe und auch Ruhe für Nachdenken und Orientierung finden. Mit dem Denkmal setzen wir ein überdauerndes Zeichen, ergänzt durch die Orte des Gedenkens in und außerhalb Berlins. Wir haben damit das Richtige und Wichtige vielleicht nur unzulänglich getan. Aber es kann auf Auschwitz auch nur eine unzulängliche Antwort geben. Sprache, bildende Kunst und Architektur haben jeweils eigene und sehr unterschiedliche Ausdrucksformen gefunden.

Es liegen Hunderte von Entwürfen vor, der zweite Wettbewerb ist noch nicht abgeschlossen. Die Entscheidung wird der Deutsche Bundestag treffen. Ich bin überzeugt, daß diese Debatte behutsam, engagiert und verantwortungsbewußt geführt werden wird. Dabei ist auch über den Vorschlag zu entscheiden, anstelle eines Denk- und Mahnmals ein zentrales Holocaust-Museum zu bauen.

Ein Denkmal ist kein steinerner Schlußstrich. Es geht auch nicht um Monumentalität, sondern um Leere, Verlorenheit, Verlust und Vergegenwärtigung. Denk- und Mahnmale haben ihre eigene Form- und Ausdruckssprache. Sie gehören nicht der Vergangenheit an, sondern sind

sowohl in Deutschland als auch im Ausland überdauernde Zeichen des Gedenkens und der Mahnung.

Die Diskussion, die seit nun zehn Jahren um das Denkmal in Berlin geführt wird, ist ein Teil der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Das Pro und Kontra wird andauern, solange keine Entscheidung gefallen ist. Jeder Einwand ist zu prüfen. Beantwortet werden muß endlich die Frage, ob wir ein Mahnmal wollen. Ein Mahnmal ist – da irren die Gegner – weder ein Ort der Demütigung oder der Schande, vielmehr ein Ort der Auseinandersetzung mit dem Verbrechen, ein Ort der Trauer und des Schweigens.

Die Debatte verläuft so emotional und so kontrovers, weil sie an den Fundamenten des Menschlichen rüttelt, an dem, was uns vor uns selbst erschreckt.

Erinnern und Gedenken heißt nicht, sich von der Vergangenheit fesseln und festhalten zu lassen, sondern im Loslassen und in der Konzentration auf das je Geforderte gegenwarts- und zukunftsbezogen zu handeln. Erinnern und Gedenken sollen uns weder schwächen noch lähmen oder blockieren, schon gar nicht erschöpfen oder resignativ, sondern bewußter, wachsamer, entschiedener machen.

Wer mehr Schutz vor quälenden Selbstvorwürfen, vor verletzenden Nachfragen, vor unangemessenen Verdächtigungen will, der gewinnt ihn nicht, indem er die Erinnerung meidet.

Die Zukunft wird nicht einmal entworfen und dann ist sie fertig, sondern sie wird immer wieder neu konzipiert, überarbeitet, verändert und in Frage gestellt.

Mit der Vergangenheit ist es ebenso. Man klärt sie nicht einmal und ist dann mit ihr fertig. Auch sie wird immer wieder anders, aus den Perspektiven unterschiedlicher Bedürfnisse und Situationen heraus erarbeitet, so oft und so lange wir Verborgenes entdecken, Wichtiges in Erfahrung bringen, d. h. lernen.

Manchmal ist die Vergangenheit uns ein Zufluchtsort. Manchmal verweigern wir uns der Vergangenheit. Und doch wird sie zurückkehren, solange wir selbst es sind, die sie lebendig halten, weil wir sie brauchen.

Es ist die Stärke lebendiger Gesellschaften, es ist die Stärke der Demokratie, divergierende Einstellungen und Dissonanzen, unsere Übereinstimmungen und Widersprüche integrieren zu können. Auf diese Stärke sollten wir bauen, allen Ängsten, allem Versagen und Verletzungen zum Trotz.

Rita Süßmuth ist Abgeordnete des Deutschen Bundestags für die CDU und frühere Bundestagspräsidentin.

19. April 1999

Das Fundament des Parlaments

Die Republik hat sich in Berlin ein Haus gebaut. Die Fundamente, auf denen die Pfeiler für die gläserne Kuppel des altneuen Reichstagsgebäudes ruhen, gründen zwanzig Meter tief im Boden. Denn in Berlin wird nur auf Sand gebaut. Wer ein stabiles Dach über dem Kopf und festen Boden unter den Füßen haben will, muß sich zuvor in tiefere Schichten graben. Es wäre schön, wenn die Republik und ihre Repräsentanten dies auf ihr politisches und gesellschaftliches Tun übertragen würden. Ein bißchen mehr öffentliches Bewußtsein für die Tatsache, daß ganz Deutschland sich auf dem Weg aus der Nachkriegszeit auf brüchigem Terrain bewegt, könnte nicht schaden. Ein Schuß mehr (Selbst-)Verständigung über die Fundamente politischen Handelns täte sogar dringend not.

In den „Plenarbereich Reichstagsgebäude“ zieht ein Parlament ein, das vor kaum vier Wochen von einer Minderheit geradezu geprügelt werden mußte, bis es den Verteidigungsminister anläßlich des ersten bundesdeutschen Kriegseinsatzes seit 1945 zur

Stellungnahme zitierte. Fast wäre die historische Zäsur an der Volksvertretung vorbeigegangen. Ein schlimmes Omen wäre das gewesen für die Republik, die man voreilig und fälschlich „Berliner“ zu nennen begonnen hat.

Das Schweigen des Parlaments hätte gestanden für das Hinnehmen einer Gesellschaft, in der sich „das Volk“ zwischen Direktübertragung und Demoskopie zu verorten hätte. Einer Gesellschaft, die die Benutzeroberfläche ihres täglichen Treibens schon für die Wirklichkeit hält. Die unter dem Jubelschrei „Wir sind in der Realität angekommen“ von ihren historischen Wurzeln so wenig wissen will wie vom Ideal der Balance zwischen Freiheit und Gleichheit, das sie – noch – trägt. Einer Gesellschaft, die Zukunftskonzepte jenseits des Altbekanntes unter Ideologieverdacht stellt und öffentliche Debatten darüber für wirklichkeitsfremde Zeitverschwendung erklärt. Die unter dem Banner der „Normalität“ nicht zu Unrecht, aber doch oft unreflektiert nach der neuen internationalen Rolle Deutschlands sucht.

Der auf die Wirtschaftspolitik gemünzte Satz von Gerhard Schröder, es gebe weder gut noch schlecht, sondern nur modern, sollte nicht zum Paradigma der Ära nach Kohl und nach Bonn werden. Denn er verwechselt augenblickliche Konstellationen aus Wissensstand und Machtbalance mit „der Wirklichkeit“, an der man nur ganz realistisch und damit „modern“ entlangmarschieren müsse. Das ist eine Haltung, die das trügerische Gefühl, ganz sicher auf dem Boden der Tatsachen zu stehen, schon für einen Standpunkt hält. Auch Pragmatismus verkommt zur Ideologie, wenn er nicht tiefer gründet als in der Wahrnehmung des ersten oder zweiten Blicks. Wenn zum Beispiel Wirtschaftsvertreter eine „einfache Wahrheit“ (zu hohe Löhne, zu hohe Steuern etc.) verkünden, sollte die Kritikfähigkeit der Gesellschaft ausreichen, sie (und ruhig auch die „Wahrheit“ der Gegenseite) zu erkennen als das, was sie ist: eine von vielen Sichtweisen, entstanden nicht nur an den Werkbänken, wie die Herren so gerne sagen, sondern auch in den Grundsatzabteilungen ihrer Verbände. Selbst die Moral hat ja, wie das Beispiel der je moralisch begründeten Argumente von Befürwortern und Gegnern des Kosovo-Kriegs zeigt, keinen eindeutigen Standort.

Demokratie hat auf Dauer nur eine Chance, wenn sie, besonders in ihrem Parlament, Platz bietet für den Austausch unterschiedlicher Werte und Interessen. Die Alternative wäre Politik nach Maßgabe derjenigen „Wahrheit“, die die stärkste Lobby besitzt. Eine solche Politik verkauft sich gerne als Überwindung der Ideologien und als cooler Realismus anstelle kindischen Gezänks. Doch kindisch ist sie selbst. Erwachsene sollten wissen, daß die Dinge nicht wirklich verschwinden, wenn man die Hand vor die Augen hält. Nicht die sozialen Gegensätze. Nicht die institutionellen Mängel der Parteienlandschaft, die ohne plebiszitäre Ergänzungen als Ort öffentlicher Artikulation wohl auf Dauer nicht tragen wird. Auch nicht die historischen Wurzeln, aus denen das neue Deutschland wächst, ob es will oder nicht. Vor allem sie, die Geschichte, sollte nicht unter deutscher „Normalitäts“-Trunkenheit vergraben oder verbogen werden. Gerade im Reichstagsgebäude lohnte es, aus dem Bewußtsein des auch an diesem Ort gescheiterten Versuchs von Weimar, des einzigartigen Auschwitz-Verbrechens, des zur spießigen Diktatur verkommenen realsozialistischen Experiments, aber auch des bundesdeutschen Verfassungsstaates das Fundament zu legen für ein neues Selbstverständnis.

Vielleicht setzt ja irgendein Redner im Reichstagsgebäude bald das Startzeichen für den Grundkonsens der Nachgeborenen, die auf die Erfahrungen der Hitler-Zeit weder fixiert sind noch es nötig haben, sie zu verdrängen, und deren persönlicher Freiheitswunsch auch in deutschdeutschen Nachkriegs-Erfahrungen ruht. Kein Haus wäre für diesen Versuch besser geeignet. Denn von heute an tragen uralte, tief in die Erde gegründete Holzstämme das deutsche Parlament. Ohne sie gäbe es den freien Blick nicht aus der gläsernen Kuppel in den Himmel über dem neuen Berlin.

17. Mai 1999

Das Bundesverfassungsgericht ist nicht der Erzieher der Nation

Jutta Limbach über das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit, Mythen aus Karlsruhe und die Normalitätssehnsucht mancher Politiker [...]

FRAGE (FR): Sie haben die Worte „Altbundesrepublik“ und „Bundesrepublik“ benutzt, aber nicht von der „Berliner Republik“ gesprochen. Welche Assoziationen haben Sie dazu?

ANTWORT (Limbach): Keine negativen. Wenn ich als Berlinerin diesen Begriff früher völlig leidenschaftslos gebraucht habe, dann war das nicht als Entgegensetzung zur Bonner Republik gemeint, sondern einfach als Ausdruck für den Ortswechsel und Herausforderung für die Berliner. Das bedeutet für mich aber nicht nur geographische Änderung, sondern auch, daß heute die Hauptstadt dort ist, wo noch vor zehn Jahren die deutsch-deutsche Grenze durchgegangen ist. Von diesem Standort der Hauptstadt erwarte ich auch, daß wir besser mit dem Tatbestand umgehen, daß uns nach wie vor unterschiedliche Erfahrungen trennen. Heute hat diese Bundesrepublik eine Scharnierfunktion im Verhältnis zu West- und Osteuropa. Ich werde bei dieser Wortwahl nicht durch Assoziationen geplagt, die mit dem Zivilisationsbruch in den Jahren zwischen 1933 und 1945 oder mit dem Scheitern der Weimarer Republik zu tun haben. Ich denke, das war nicht nur ein Berliner Phänomen. Zugleich gehören viele Anfänge der Demokratietradition zu Berlin, ich denke etwa an das Ausrufen der Republik. Ich sehe mit gewisser Ironie die Streitigkeiten, die um diese Begrifflichkeit geführt werden.

FRAGE (FR): Wenn wir etwa die leidige Debatte über das Holocaust-Denkmal nehmen, zeigt sich doch: Einige, die von Bonn weggehen, wollen in Berlin etwas ganz anderes. Nicht unbedingt was Schlechtes, aber eben was anderes. Halten Sie das für abwegig?

ANTWORT (Limbach): Sie denken an die Normalitätssehnsüchte einiger Politiker?

FRAGE (FR) : Ja. Das gehört dazu.

ANTWORT(Limbach): Da gilt für mich einschränkungslos, was einer Ihrer Kollegen jüngst geschrieben hat: Erinnerung an Auschwitz, Reue und Verantwortung sind in der Bundesrepublik Deutschland Staatsräson. Politiker sollten da mit gutem Beispiel vorangehen. Im übrigen teile ich Ihre Besorgnis nicht. Ich beobachte in der jüngeren Generation eine besondere Aufmerksamkeit für diesen Zivilisationsbruch zwischen 1933 und 1945. Sie widmen sich dem mit großer Wißbegier. Im Gegensatz zu meiner Generation kann man ihr nicht den Vorwurf des Heldentums nach Ladenschluß machen. In diese Generation setze ich große Hoffnung. [...]

27. Juli 1999

Gefährliches Bedürfnis nach so genannter Normalität

Roderich Reifenraths hervorragender Kommentar spricht mir voll und ganz aus der Seele und muß doppelt und dreifach unterstrichen werden. Denn in der Tat brachten die jüdischen Redner bei der Frankfurter Trauerfeier für Ignatz Bubis genau das auf den Punkt, was jenen großartigen politischen Menschen wohl umgetrieben haben muß und ihn kurz vor seinem plötzlichen Tod offensichtlich resignieren ließ.

Es ist die schlimme Erkenntnis, daß in diesem Land über fünfzig Jahre nach der Befreiung von Nazi-Tyrannie in der politischen Klasse eine Haltung heranzureifen scheint, die dem gefährlichen Irrglauben unterliegt, keine Verantwortung mehr für das übernehmen zu müssen,

was im deutschen Namen zwischen 1933 und 1945 an Unsäglichem geschehen ist. Offensichtlich ist eine Politikergeneration herangewachsen, der das Bewußtsein für die Singularität des Holocaust langsam aber sicher abhanden zu kommen scheint und deren Attitüde von einem gefährlichen Bedürfnis nach so genannter Normalität geprägt ist.

Es schmerzt besonders, daß unter Schlußstrich-Apologeten auch viele Sozialdemokraten zu finden sind. Die geschichtslose Rede des Bundeskanzlers während der Trauerfeier für Ignatz Bubis ist ja ein deutliches Zeichen für jenen sich vollziehenden gefährlichen Paradigmenwechsel.

Es muß aufrichtige Demokraten aller Couleur beklemmen und erschüttern, daß Martin Walsers verheerende Paulskirchen-Rede mit dem bösen Wort von der „Moralkeule“ Ausschwitz nicht auf entschiedenen Widerspruch, sondern ganz im Gegenteil auf stillschweigende Akzeptanz, ja sogar Applaus gestoßen ist. Es besteht die Gefahr, daß ein sich langsam sensibler gestaltendes Bewußtsein in den achtziger und neunziger Jahren wieder abgelöst wird von einer individuellen und kollektiven Verharmlosung, ja sogar Leugnung unserer nationalsozialistischen Vergangenheit.

Angesichts von zunehmendem Rechtsradikalismus und gewalttätiger Fremdenfeindlichkeit sowie dem Einzug rechtsextremer Parteien in Landtage eine fatale Entwicklung. Sie zeigt, wie lebensnotwendig für diese zweite deutsche Demokratie Bubis' Botschaft: „Seid wachsam“ ist. Denn von Normalität zwischen nichtjüdischen und jüdischen Deutschen, das ist auch das bittere Fazit der Geschichte der Bundesrepublik, sind wir alle noch meilenweit entfernt.

3. August 1999

Die Rede von der Normalisierung stand zuletzt wiederholt im Verdacht, das rhetorische Vehikel einer politischen Aufräumarbeit zu sein. Der Normalisierer, so der Verdacht weiter, betreibe eine Geschichtspolitik, mittels derer das bundesrepublikanische Provisorium, der Umstand, in der großen Politik nicht ganz bei der Sache zu sein, endlich überwunden werden solle. Der Bauplan einer neuen Staatsästhetik schien Eile zu gebieten. Die emsigen Modernisierer empfänden die historische Schuld der Deutschen dabei zunehmend als Störung. Protagonist einer solchen Haltung sei der Kanzler selbst, den die verschiedenen Ausdrucksformen der Gedenkkultur vor allem als Kostenfaktor beschäftigten. Lauter Schlußstriche, schon um der Staatsfinanzen Willen. Normalität ergießt sich demzufolge nicht im Fluß der Dinge, sondern ereignet sich als Ruck. Es drohten Zeiten kurzer Prozesse. [...]

11. August 1999

Verblaßt Schuld bei Opfern und ihren Nachkommen?

Zu Kanzler: Kosovo-Einsatz läßt Schuld verblassen (FR vom 24.7.1999): Nach 16 Jahren Kanzlerschaft Helmut Kohls war eine Ablösung fällig, und die Erwartungen in eine neue politische Klasse, die das Spektrum der jüngeren deutschen Nachkriegsgeschichte deutlicher repräsentiert, waren groß. Zu den Überraschungen und auch Enttäuschungen auf vielen Feldern der Innen- und Sozial- und Wirtschaftspolitik will ich mich nicht äußern, aber ich erinnere an leichtfertige und irritierende Äußerungen des Kanzlers Schröder in den ersten Monaten seiner Amtszeit zur „Normalität“, zu der Deutschland nun gefunden habe, und dieses Selbstverständnis von Normalität spiegelte sich in manchen Beiträgen zur Mahnmal-Debatte ebenso wider wie in der politischen Kommentierung des Entschädigungsfonds der Deutschen Wirtschaft, deren Absatzchancen im Ausland das wirkliche Interesse der Politik dieser neuen Regierung gilt und nicht der moralischen Verpflichtung gegenüber den Opfern der Zwangsarbeit aus dem Bewußtsein von Schuld und Scham.

Und nun schließt Gerhard Schröder mit seiner so schrecklich unpassenden Bemerkung von der verblässenden Schuld zu Helmut Kohls weit zurück liegender Äußerung von der „Gnade der späten Geburt“ auf. Und es spricht wenig dafür, daß Schröder die Statur eines Helmut Kohl noch zu entwickeln vermag, die ihm den außerpolitischen Respekt gerade auch in Hinsicht auf die Vergangenheit Deutschlands und damit eben auch in moralischer Hinsicht entgegenbringen könnte, den sich Kohl durchaus erworben hatte.

Wenigstens für meine Generation häufen sich die Fehler in der politischen und historischen Reflexion einer Regierungsmannschaft, die mehr als alle anderen Regierungen davor gerade von dieser Generation gewählt worden ist. Eine Generation, die mit der Schuld ihrer Eltern, der individuellen ebenso wie der kollektiven, moralisch belastet und politisch herausgefordert war und für die 1968 einen deutlichen Bruch mit der restaurativen Nachkriegsbundesrepublik bedeutete. Es gab den politischen Glücksfall eines Bundespräsidenten Gustav Heinemann, es gab den – wenigstens außenpolitischen – Glücksfall Willy Brandt. Dem „Enkel“ Gerhard Schröder hingegen schwillt die Brust ob seines pragmatischen, modernen Sozialdemokratismus, er löst sein Versprechen ein, Deutschland in die „Normalität“ zu führen, was eben nichts anderes heißt, als daß die Schuld nun verblässen würde. Ob sie in den Opfern und deren Nachkommen auch verblaßt?

Diese rot-grüne Bundesregierung ist auf dem besten Weg, eine vor gut 10 Jahren begonnene „Schlußstrichdebatte“ oder eine Revision des Geschichtsverständnisses zu legitimieren und zu deren Erfolg beizutragen. Da kann es gar nicht mehr überraschen, obwohl es mich nicht nur überrascht, sondern vor allem erschreckt hat, wenn der Außenminister Joschka Fischer, ein 68er sui generis, nach seinen schon gewagten Vergleichen Serbiens mit Nazi-Deutschland zu Beginn des Nato-Bombardements in Kosovo nun der Türkei das Recht bescheinigt, gegen Terrorismus vorzugehen, gemeint ist die PKK, und vergessen scheint in diesem Moment, mit wie viel menschenrechtsverletzendem Terror die türkische Militärmaschinerie sowie die türkische Polizei gleichsam ethnische Säuberungen in den mehrheitlich kurdisch besiedelten Landstrichen vorgenommen haben, seit Jahrzehnten.

Es fällt mir schwer zu begreifen, was hier politisch passiert, aber daß dieses Jahrhundert am Ende zu mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit führen wird, nachdem es den tiefsten Punkt der Barbarei durchschritten hatte, scheint in der Ära nach Thatcher, Reagan und Kohl immer weniger wahrscheinlich. Das Projekt Grün und Alternativ ist am Ende, die deutsche Sozialdemokratie profiliert sich wieder einmal an der Staatsräson, die nichts anderes ist als das Primat der Ökonomie, der globalen allenthalben, und der kategorische Imperativ „Menschenrechte“ dient als Vehikel einer „Neuen Weltordnung“, die schon George Bush formulierte, als Linke und Friedensbewegte noch gegen die Bombardierung des Irak auf die Straße gingen.

15. September 1999

„Seid wachsam!“

Trauergemeinde würdigt den Humanisten Ignatz Bubis

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat bei der Trauerfeier für Ignatz Bubis den früheren Präsidenten des Zentralrats der Juden als einen Menschen gewürdigt, der mitgeholfen habe, ein „neues moralisches Fundament“ zu legen. Vertreter der Jüdischen Gemeinden hoben aber hervor, daß sein Lebenswerk für Bubis selbst in Frage stand – nachdem der Schriftsteller Martin Walser eine „Normalität ohne Auschwitzkeule“ gefordert hatte. [...]

Bubis selbst hatte kurz vor seinem Tod am 13. August erhebliche Zweifel daran angemeldet, ob es ihm wirklich gelungen sei, etwas zu einer Normalität zwischen Juden und Nicht-Juden in Deutschland nach dem Holocaust beizutragen. Darüber, sagte Hessens Ministerpräsident

Roland Koch, „hätte ich mich gern mit ihm gestritten“. Denn selbst wenn Bubis den tiefen Graben nicht habe schließen können, „er hat viel erreicht“, merkte der CDU-Politiker an – „aber wir hätten ihn noch gebraucht“.

So bleibt für Salomon Korn, Präsidiumsmitglied des Zentralrats, als Bubis' Botschaft: „Seid wachsam“, denn eine Normalität ist nicht vollständig verwirklicht.“ Eine Erkenntnis, die im letzten Lebensjahr von Ignatz Bubis genährt worden sei. Die Zäsur, für die Walsers Rede bei der Verleihung des Friedenspreises des Buchhandels in der Paulskirche steht, versteht Korn als „eine Sonntagsrede im Zeitenwechsel“, in der sich Walser von der „Last der Erinnerung“ habe befreien wollen. Die versammelte Elite der Republik hatte „dem Schriftsteller vom Bodensee“ (Korn) Beifall gezollt – nur Bubis und seine Frau waren entsetzt sitzen geblieben. Bubis habe gleich die von der Rede ausgehenden Gefahren begriffen, schließlich seien es auch 1933 die Eliten gewesen, die sich zuerst auf Seiten der Machthaber geschlagen hätten, sagte Korn.

Bubis, fügte er noch an, habe ein Bild vom Juden in die Gesellschaft getragen. Dabei habe nicht „der ‚Beitrag‘ zur deutschen Kultur im Vordergrund gestanden“. Bubis sei es vielmehr um „viel Höheres gegangen: im Anderen den Nächsten, nicht den Fremden zu sehen“.

16. September 1999

Friedman geht den Kanzler an

Mitglied des Zentralrats der Juden rügt Geschichtslosigkeit

HAMBURG, 15. September. Nach der Trauerfeier für Ignatz Bubis hat das Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, der Bundesregierung vorgeworfen, die nationalsozialistische Vergangenheit zu verdrängen. Zugleich beklagte er Antisemitismus in der Politik: „Antisemitismus ist überparteilich, unabhängig von Bildung und unabhängig vom Einkommen.“

„Diese Bundesregierung verwechselt nach meinem Eindruck Ernsthaftigkeit und Tiefe, die bei der Einordnung der Geschichte notwendig wären, mit einer oberflächlichen Haltung des Belästigtseins“, sagte Friedman, der auch Mitglied der CDU ist, der Zeitung Die Woche. „Es gibt inzwischen eine Vielzahl von populistischen Signalen, die eine fatale Sehnsucht nach Normalität bedienen und die Haltung transportiert: Wir lassen uns von der Geschichte nicht mehr stören“, sagte Friedman. Er sehe Ansätze für eine linke Schlußstrich-Debatte. Friedman kritisierte zugleich die Haltung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter: „Natürlich haben Leute, die glauben, weil sie links sind, könnten sie gar keine Rassisten oder Antisemiten sein, die Illusion, sie müßten nichts mehr beweisen.“

Friedman kritisierte die Entscheidung der Bundesregierung, keine eigene Trauerfeier für Bubis auszurichten. „Es wäre nicht bedeutend gewesen, wenn es diesen Staatsakt gegeben hätte. Aber es hat eine Bedeutung und eine Symbolik, daß es ihn nicht gab“, sagte er.

23. September 1999

Das Wort „Normalität“ blieb Barak vorbehalten

Israels Premier und Deutschlands Kanzler besuchten das ehemalige KZ Sachsenhausen

Einen hat es gegeben, der hat tatsächlich im Zusammenhang mit dem Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak das Wort „Normalisierung“ gebraucht, aber es war nicht Gerhard Schröder. Es war Ehud Barak selbst, der eine „Normalisierung der Verhältnisse in

Europa“ sieht, mit der die Deutschen nicht nach Verdienst oder für gelungene Läuterung belohnt würden, sondern weil sie „mehr Glück als andere Völker“ gehabt hätten.

Der Bundeskanzler hat hingegen die Notwendigkeit des Erinnerns beschworen. Im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen, an der Genickschußanlage der „Station Z“ zitiert er das Wort des Dichters Elie Wiesel: „Man kann es nicht verstehen, aber darf es nicht verschweigen.“ Das ist und bleibt die „Normalität“ des Verhältnisses zwischen Deutschen und Juden: daß ein israelischer Premier die Vokabel verwenden kann, ein deutscher aber nicht.

Man kann Gerhard Schröder nicht unterstellen, er habe den Begriff auch auf die Beziehungen zu den Juden und ihrem Staat gemünzt. Dennoch sind seine Rhetorik, sein ganzer politischer Gestus und die dahinter steckenden Absichten Gegenstand besorgter bis argwöhnischer Motivforschung gewesen. Was ist von einem zu halten, der nach eigener Auskunft daran arbeitet, „deutsche historische Schuld nicht immer in den Mittelpunkt zu stellen“? Seinen Auftritt auf der Frankfurter Gedenkfeier für Ignatz Bubis hatte der Kanzler nach dem Eindruck vieler Beobachter als Routinetermin absolviert, unbeteiligt und distanziert.

Das wird man von dem kurzen Abstecher nach Oranienburg kaum sagen können. Die Gedenkstätte Sachsenhausen gehört nicht zu den Orten, wo man gern hingeht. „Imbiß, Snack's, Eis“ steht am Cafe vor dem Tor. Drinnen kämpfen die trüben Überreste des NS-„Leitlagers“ gegen den fortschreitenden Verfall. Die DDR-Führung ließ die schon stark geplünderte weitläufige Anlage erst von 1958 an notdürftig zur Gedenkstätte herrichten. Auch das Jahrzehnt nach der Wende hat den Eindruck nicht tilgen können, daß hier eine Pflicht auf materiellem Minimalniveau erfüllt werden soll. „Vorsicht Betonschäden – nicht betreten“, heißt es auf einem Schild auf dem ehemaligen Appellplatz.

Wenigstens die Baracken 38 und 39 sind wieder hergerichtet, letzte Station jüdischer Häftlinge vor dem Abtransport nach Auschwitz, 1992 niedergebrannt von Rechtsextremisten, nach dem Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin. Die Ehepaare Schröder und Barak lassen sich das neue Museum zeigen, dann folgt die Zeremonie an der „Station Z“: Kranzniederlegung, Totengebet, kurze Ansprachen. „Hier und auf den Schlachtfeldern Europas ist das größte Verbrechen der Menschheit geschehen“, sagt Barak auf Hebräisch und erinnert daran, daß dies Verbrechen nicht Ausbruch dumpfer Triebe, sondern rationale Planung gewesen sei. „Es fällt nicht leicht, hier zu reden“, sagt Schröder. Das ist ein anständiger Moment Un-Normalität und spricht für den verbal üblicherweise leichtfüßigen Kanzler. [...]

27. Januar 2000

Kommentar. Kein Ausverkauf des Gedenkens.

Fragt man nach der besonderen Bedeutung des 27. Januar, dürfte den meisten Deutschen nichts, allenfalls die Vorbereitung auf den Winterschlussverkauf, einfallen. In den Terminkalendern des offiziellen Deutschland steht der Holocaust-Gedenktag. Manche, die sich mittlerweile öffentlich etwas trauen, werden sagen: Das ist ein Tag allein für „Gutmenschen“. Jene fordern dann gebetsmühlenartig „nie wieder“, reden im Bundestag und an Gedenkstätten über Erinnerung an die NS-Verbrechen zwecks „Gewinnung der Zukunft“ und verschwinden dann gleich wieder in der Behaglichkeit der letztlich angestrebten Normalisierung. Symbolische Akte, die nicht einmal die Qualität eines Rituals besitzen. Eine Rolle spielt dieses von dem damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog 1996 zum Holocaust-Gedenktag proklamierte Datum, der Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die sowjetische Armee, im kollektiven Gedächtnis nicht.

Da scheint es nahe zu liegen, Herzog zwar gute Absichten zu unterstellen, wie das kürzlich Peter Reichel getan hat. Der Historiker fügte aber hinzu: Guter Wille allein reicht nicht.

Reichel brachte den alten, aber durchaus berechtigten Einwand vor, der 27. Januar sei der Tag der Befreier und der Opfer. Die Nachfahren der Tätergeneration aber hätten damit gar nichts zu tun. Reichel ist jedoch ein bißchen ungerecht. Diesen Vorwurf verdient Herzog nicht. Denn der Präsident bewies Weitblick: Keineswegs, hob er in der ersten Feierstunde des Bundestags zum 27. Januar vor vier Jahren hervor, gehe es an diesem Gedenktag darum, „unser Entsetzen zu konservieren“. Er wünsche sich, daß der 27. Januar „zu einem wirklichen Tag des Gedenkens, ja des Nachdenkens wird“. Eine Gelegenheit des Innehaltens, eine Möglichkeit der Reflexion auf die Debatten, die die Republik über ihre eigene Geschichte nicht nur zu Jahrestagen führt – zumal am 9. November der Fall der Mauer mittlerweile die Erinnerung an die Pogrome und die brennenden Synagogen in den Hintergrund rückt.

Zum 27. Januar könnte einem also auch der ungeheure Wandel einfallen, der sich bei vielen Deutschen zumal nach dem heftigen Streit zum 50. Jahrestag des Kriegsendes im Verhältnis zu ihrer eigenen Geschichte vollzogen hat. Die Historikerinnen Aleida Assmann und Ute Frevert beschreiben das so: An die Stelle der Geschichtsverlorenheit im unmittelbaren Nachkriegsdeutschland trete inzwischen „eine Geschichtsbesessenheit“. Der Verdrängung in den 50er Jahren stehe entgegen, sich mit den konkreten Taten wie den konkreten Tätern zu konfrontieren. Das Publikum vollzieht mittlerweile in seinen Debatten nach, was – vor allem jüngere – Historiker jenseits der Konkurrenz der Ideologien zu Tage förderten. So veränderte sich sukzessive die Sichtweise: Heute führt kaum einer mehr den Aufstieg des Nationalsozialismus nur auf die Person Hitlers als treibende Kraft der autoritären Herrschaft zurück, versteht keiner das NS-Regime allein als Produkt des Kapitalismus. Auschwitz verliert seine lange Jahre ausschließlich abstrakte Bedeutung als Signum der Barbarei: Heute machen sich viele klar, daß SS-Bürokraten bei der Wannsee-Konferenz 1941 keine explizite Entscheidung zur Vernichtung der europäischen Juden trafen, sondern daß die Täter lange vor diesem Zeitpunkt bereits „eine gleitende Eskalation“ (Dan Diner) in Gang gesetzt hatten – es entfaltete sich, unterstützt von der SS, eine seit Beginn des Angriffs der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion gängige Vernichtungspraxis.

Das ist der Stoff für den 27. Januar. Der Gedenktag könnte ein Tag der Reflexion ganz in Herzogs Sinne sein. Ein Stichtag, um eine Bilanz der Verständigungsverhältnisse zu ziehen. Denn egal, ob der Schriftsteller Martin Walser mit Ignatz Bubis über moralische Verpflichtungen im Schatten von Auschwitz stritt, die Wehrmachtsausstellung unabhängig von handwerklichen Fehlern einen alten Mythos radikal in Frage stellt, der Historiker Daniel Goldhagen auf einen eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen als zentralem Motiv der Vernichtungspolitik hinweist oder Intellektuelle mehr als ein Jahrzehnt lang hartnäckig um die Schaffung eines Holocaust-Mahnmals ringen – stets suchen sich die Debatten über das Selbstverständnis der sogenannten Berliner Republik den nationalsozialistischen Terror als Medium.

Solche Bemühungen um Verständigung kann der Republik keiner nehmen. Auch Eberhard Diepgen nicht, dieser der Komplexität der Debatten leider nicht gerecht werdende Chef des Berliner Senats. Anders als Bundespräsident Johannes Rau und Bundeskanzler Gerhard Schröder will der CDU-Politiker an einer Feierstunde zum 27. Januar auf dem Gelände des südlich des Brandenburger Tores geplanten Holocaust-Mahnmals nicht teilnehmen. So nutzt der erklärte Gegner des im vergangenen Jahr vom Bundestag beschlossenen Projekts wohl eine der letzten Gelegenheiten in diesem Zusammenhang, populistisch die „Berliner Seele“ zu bedienen. Auch dieses Streben nach Normalisierung gehört wohl 55 Jahre nach dem Ende des Krieges noch zum 27. Januar. Und Diepgen vielleicht zu jenen, die an diesem Tag am liebsten in den Sinn bekämen – den Winterschlußverkauf.

15. April 2000

Schröder: Es ist kein Schlußstrich. Bundestag begrüßt Entschädigung für NS-Opfer / „Reparationen kein Thema“.

Bundesregierung und Parteien rechnen mit den ersten Entschädigungszahlungen an NS-Zwangsarbeiter noch im Laufe dieses Jahres. Die Regelung soll laut Kanzler Gerhard Schröder (SPD) „keinen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen“; das Thema Reparationen sei aber erledigt. Vertreter der Wirtschaft gehen davon aus, daß die USA Reparationsforderungen „allein aus taktischen Gründen“ wieder auf die Tagesordnung der Verhandlungen gesetzt hätten.

Sämtliche Bundestagsfraktionen begrüßten am Freitag grundsätzlich den gemeinsam eingebrachten Gesetzentwurf für die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Sie soll zehn Milliarden Mark aufbringen, die je zur Hälfte deutsche Unternehmen und der Staat beisteuern. Gezahlt werden soll der größte Anteil direkt an überlebende Zwangsarbeiter der NS-Zeit oder ihre Hinterbliebenen. Der Rest dient dem Ausgleich von Vermögensschäden und der Ausstattung eines „Zukunftsfonds“ für Jugendarbeit und historische Dokumentation. Alle Fraktionen bekräftigten den Willen zur zügigen Verabschiedung des Gesetzes, meldeten aber zum Teil Änderungswünsche im Detail an.

Schröder erinnerte an die Qualen, die Zwangs- und Sklavenarbeiter unter dem Nazi-Regime erdulden mußten. „Schon deshalb ist es uns Deutschen eine historische Verpflichtung, endlich eine gerechte finanzielle Regelung umzusetzen“, sagte der Kanzler. Dazu gehöre die fortdauernde Erinnerung an die Opfer und „ebenso die Verpflichtung, Haß, Rassismus und Intoleranz in unserer Gesellschaft nicht wieder aufkeimen zu lassen“. Weitere Ansprüche sehe er nicht, sagte Schröder im Hinblick auf die US-Position, die Frage deutscher Reparationszahlungen für den Zweiten Weltkrieg sei noch offen: „Ich möchte [...] unterstreichen, daß Reparationsfragen für mich heute kein Thema mehr sein können.“

Wie die Redner anderer Fraktionen rief der Kanzler zögernde deutsche Firmen auf, sich an der Stiftung zu beteiligen. Im Gegenzug zu ihren Entschädigungszahlungen sollen die deutschen Unternehmen durch eine offizielle Erklärung der US-Regierung gegen weitere Sammelklagen von NS-Opfern geschützt werden. Dieses „statement of interest“ Washingtons biete zwar „keine hundertprozentige Rechtssicherheit“, sagte Schröders Verhandlungsführer Otto Graf Lambsdorff (FDP), habe aber „weitgehend bindende Wirkung“. Details werden momentan zwischen Berlin und Washington noch beraten.

Alle Fraktionen dankten Lambsdorff für seinen Einsatz bei den zähen Verhandlungen. Das Ergebnis ist nach Auffassung von CDU-Fraktionschef Friedrich Merz aber noch verbesserungsbedürftig. Volker Beck (Grüne) sprach von „einer fairen und gerechten Lösung“. Die Unternehmen seien erst unter Druck bereit gewesen, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

Die Stiftungsinitiative der Wirtschaft unterstrich nach der Debatte im Bundestag, den Forderungen aus Washington gelassen entgegen zu sehen. „Das ist ein taktisches Argument, um bestimmte Ziele zu erreichen“, sagte ihr Sprecher Wolfgang Gibowski der FR. Sicherlich werde Washington die Verhandlungen jetzt nicht mehr an der Frage etwaiger Reparationen scheitern lassen. Die Stiftungsinitiative mache sich wegen dieses Verlangens „keine übertriebene Sorge“. Unterdessen hätten sich 1250 Firmen der Initiative angeschlossen und ihre Bereitschaft signalisiert, in den Fonds einzuzahlen. „Etwas mehr als 2,4 Milliarden Mark“ brächten diese Firmen jetzt zusammen, sagte Gibowski.

20. Juli 2000

Deutsche Un-Normalität

Der Name der Organisation, deren Gründung vor 50 Jahren mit einer Fünf-Zeilen-Meldung in der Presse veröffentlicht wurde, signalisierte nichts Dauerhaftes: Zentralrat der Juden in Deutschland. Zu unvorstellbar erschien nach 1945 der Gedanke, daß dem Massenmord ein Wiederbeginn jüdischen Lebens in Deutschland folgen könnte. Aber es gab eben noch Juden in Deutschland. Etwa 15.000 hatten in Verstecken und Illegalität überlebt, zumeist geschützt durch ihre nichtjüdischen Ehepartner. An die 200.000 Juden aus Osteuropa wurden als Displaced Persons durch die Besatzungszonen und die Bundesrepublik in die USA und nach Israel geschleust. Nur wenige blieben in Deutschland. Es gab also Juden in Deutschland, aber keine jüdischen Deutschen. Diese Heimat-Identifikation der Deutschen jüdischen Glaubens aus den ersten vier Jahrzehnten des Jahrhunderts war mit ihnen in den Gaskammern der industriellen Menschenvernichtung gestorben.

Die Zahlen aus Frankfurt sind beispielhaft: 1933 lebten gut 30.000 Juden in der Stadt, 1945 waren es noch 147, 1950 etwa 1600. Sie bildeten eine der großen Gemeinden in Deutschland und lebten wie die in Berlin, München, Köln oder Düsseldorf mit Friedhofsschändungen und anderen Zeichen nicht endenden Antisemitismus. Aus der internationalen jüdischen Gemeinschaft erfuhren sie das starke Ressentiment, weiter im Land der Mörder zu leben. Mit der Gründung eines Dachverbandes für die versprengten und zumeist kleinen jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik wurde allen Widerständen zum Trotz das Signal gegeben: Juden werden in Deutschland bleiben.

Rückblickend betrachtet war es ein Glücksumstand für die junge Bundesrepublik. General Clay hatte der westdeutschen Republik vorausgesagt, die Fortführung jüdischen Lebens in Deutschland werde als Gradmesser für die Bewährung der neuen Demokratie gelten. Wie zwiespältig die demokratischen Anfänge waren, belegt die Tatsache, daß der neu gegründete Zentralrat für die Adenauer-Regierung Ansprechpartner in Fragen der Wiedergutmachung war und den jüdischen Gemeinden beim Aufbau Hilfe zuteil wurde, zugleich aber Nazis in Regierung und Justiz zu Amt und Würden kamen. Erinnerung sei nur an Adenauers Staatsminister Hans Globke, der die Nürnberger Rassegesetze wohlwollend kommentiert hatte.

Der Protest des Zentralrats gegen diese Ernennung begründete eine Wächterrolle im politischen und gesellschaftlichen Leben Deutschlands. Oft genug ohnmächtig, wie das Beispiel Globke oder der Händedruck von Bundeskanzler Kohl und US-Präsident Reagan über SS-Gräbern belegen, aber nie ohne mittelbare Wirkung. Diese Wächterfunktion im Ursprungsland des Holocaust wurde auch zur Rechtfertigung jüdischen Lebens in Deutschland. Das jüngste Beispiel für diese Wächterrolle lieferte 1998 Ignatz Bubis, als er in der Paulskirche den Applaus für Martin Walsers Rede boykottierte, mit der der Schriftsteller eine Lanze für die Schlußstrich-Mentalität in Deutschland brach.

Unter Bubis' Führung von 1992 bis 1999 hatte der Zentralrat seine größte öffentliche Wirkung und wurde vor die größten Aufgaben seit der Gründung gestellt. Anders als seine Vorgänger Werner Nachmann, der Wiedergutmachungsmillionen in seine Taschen schaffte, und Heinz Galinski, der zum Inbegriff des mahnend erhobenen Zeigefingers wurde, war Bubis eine wirkliche Moralinstanz, der sich öffentlich zum jüdischen Leben in Deutschland bekannte und sich zu politischen und gesellschaftlichen Themen äußerte, die nicht unbedingt etwas mit den Juden im Lande zu tun hatten. Daß dieser Mann vor seinem Tod resignierend feststellte, „nichts bewirkt“ zu haben bei der Normalisierung des Zusammenlebens von Deutschen christlicher und jüdischer Religion, ist ein bitteres und mahnendes Testament.

Sein Nachfolger Paul Spiegel wendet sich den internen Herausforderungen zu, die in den letzten zehn Jahren entstanden sind. Es gilt für im Zentralrat organisierte Gemeinden nicht

weniger zu regeln als die Integration von rund 60.000 jüdischen Zuwanderern aus Osteuropa und Rußland. Damit hat sich die Anzahl der jüdischen Mitbürger binnen eines Jahrzehnts verdreifacht. Jüdisches Leben in Deutschland wird ein Stück selbstverständlicher, die Struktur der Gemeinden aber so heterogen, daß der Zentralrat längst nicht mehr die Autorität vergangener Zeiten hat. Sein Alleinvertretungsanspruch unterliegt ständigen Herausforderungen.

Eines aber bleibt unverändert: die Un-Normalität jüdischen Lebens in Deutschland. In die neuen Bundesländer kehrt es nach zwei Diktaturen nur langsam zurück. Antisemitismus und Ausländerhaß reflektieren dort jahrezehntenlange Fehlentwicklungen. Den stärksten Indikator für die Un-Normalität aber liefert der Bekanntheitsgrad, den der Zentralrat der Juden in Deutschland zu Recht hat. Zum Beweis dafür muß man sich nur das Gewicht des Zentralrats der Moslems (*sic*) vor Augen halten, der immerhin drei Millionen Mitglieder vertritt. Daran wird sich auch nichts ändern, sollte aus dem Zentralrat der Juden in Deutschland ein Zentralrat der deutschen Juden werden.

20. März 2001

Nationen-Debatte, die soundsovielte

Wie die Union versucht, Trittins Skinhead-Äußerung in eine Diskussion über Patriotismus hochzufrisieren

Das Wochenende war ruhig. Allemal eine Spur zu ruhig für die Union, um nun, Montag vormittag kurz nach elf, plausibel begründen zu können, warum es absolut dringlich wäre, den Bundestag zu einer – ziemlich teuren – Sondersitzung außerhalb der regulären Parlamentswochen einzuberufen, um über den schnöseligen Deutschland-Verächter Jürgen Trittin im Besonderen und über die Frage nationaler Identität im Allgemeinen zu diskutieren. Friedrich Merz greift also zum Konjunktiv. Da erst wird jedem klar, wie knapp es wieder einmal gewesen sein muß: „Wenn es eine weitere Äußerung Trittins gegeben hätte“, so der Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, „dann wäre eine Sondersitzung unvermeidlich gewesen.“

Gab es aber nicht. Der grüne Umweltminister, der qua Amt zwar für das Klima zuständig ist, politisch selbiges aber durch seine unbedachte Skinhead-Äußerung in Richtung des CDU-Generalsekretärs Laurenz Meyer „vergiftet“ hat (Urheberrecht für das Klima-Wortspiel: Friedrich Merz), hat stillgehalten. Auch gut. So wird sich das Parlament erst in der Woche nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit der ewig jungen Gretchenfrage befassen: Wie hältst du’s, deutscher Volksvertreter, mit der Nation? Oder anders, sprechen wir’s ruhig aus: mit Deutschland.

Die Union hat da offenkundig ein dankbares Sujet gefunden. Fast war’s ein Geschenk aus heiterem Himmel nach der für die CDU eher unglücklich verlaufenen Debatte über die deutsche Leitkultur und der als Zumutung empfundenen Teilnahme beim „Aufstand der Anständigen“, als man im Konrad-Adenauer-Haus von der Sorge geplagt war, daß die Großdemonstration gegen den Rechtsextremismus zu einem Bekenntnis gegen rechts umgedeutet werden könnte.

Zwar klaubt Friedrich Merz noch auf die Schnelle zwei, drei fachliche Gründe zusammen, die ohnehin die Weiterbeschäftigung Trittins im Kabinett Schröder als unnötig erscheinen lassen: mangelnde Leistungen bei Natur- und Klimaschutz etwa oder des Ministers deutlich schwankende Haltung in Sachen Castor-Transporte. Doch das sind allemal Marginalien, verglichen mit dem zentralen Vorwurf der Christdemokraten an Trittin: Der Mann habe „ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie in Deutschland“.

Es ist ein neues, ein interessantes Junktim, das Friedrich Merz da an diesem Montag en passant aufstellt – das Bekenntnis zur Nation sozusagen als *conditio sine qua non* für

Kabinettsqualifikation. Einiges deutet darauf hin, daß die Regierungsmannschaft in den nächsten Tagen in toto ins Gebet genommen werden soll. Stolz? Ja oder nein? Und auf was genau? Und mit welcher Terminologie wird das versehen?

Man wird aufmerksam hinhören, im Unionslager. Der Bundeskanzler soll sprechen und erklären, wie es um das „Amtsverständnis“ seines Umweltministers stehe, fordert Merz. Da wird man, so das Unions-Kalkül, dann schon sehen, wie wichtig Schröder die Nation nimmt. Mutmaßlich nämlich nicht so wichtig.

Wie immer es für Trittin auch ausgehen wird – seine ausfällige Bemerkung über den späten Haaransatz des CDU-Generalsekretärs Laurenz Meyer hat längst Wirkung in der Fläche erzielt. Was Thema für die Friseur-Innung hätte bleiben können, nun moduliert es sich zur Diskussion um die Identitätsbausteine der Deutschen.

Der Kanzler, einvernommen von der Süddeutschen Zeitung, muß leicht gestelzt zu Protokoll geben: „Ich bin auf die Leistungen der Menschen und auf die demokratische Kultur stolz. Und in diesem Sinne bin ich ein deutscher Patriot, der stolz auf sein Land ist.“ Und selbst Friedrich Merz kommt nicht drumrum, Bekenntnis abzulegen. Er tut dies gern, wenn auch, vorsichtig geworden im Umgang mit allzu forschen Tönen, rhetorisch ein wenig holprig: „Ich kann auch stolz sein, Deutscher zu sein.“ Daß es zu diesem Satz noch „fein ziselierte Unterschiede“ gibt, wie sie etwa der FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle formuliert, der stets von „unserem Land“ spricht, will Merz wiederum nicht in den Kopf.

Nationen-Debatte, die soundsovielte. Ist nicht alles schon mal da gewesen, respektive gesagt worden, zum Beispiel bündig von Gustav Heinemann, der bekanntlich darauf beharrte, Liebesgefühle hege er nur für seine Frau? Ein Vierteljahrhundert ist's her, das waren noch Zeiten vergleichsweise großer Gelassenheit. Dem Bürgerpräsidenten reichte seine spröde Pffiffigkeit, das Ansinnen abzuwehren, eine amouröse Zuneigung zum Staat zu entwickeln.

Seither ist viel passiert: Die Nation ist wiedervereinigt und im Besitz ungeschmälerter Souveränität, hochmögende Historiker haben dafür plädiert, die NS-Barbarei zur reaktiven Ungeheuerlichkeit zu relativieren, der Große Fritz ruht in Potsdam und reitet in Bronze vor der Berliner Humboldt-Universität, Reps und DVU zogen in Landesparlamente ein, und während die Republik Begriffe wie „Unverkramptheit“, „Normalisierung“ und „selbstbewußte Vertretung deutscher Interessen“ durchbuchstabierte, meldeten braune Schläger die Räumung „national befreiter Zonen“ und waren ziemlich stolz, Deutsche zu sein. Das alles hat die Emphase-Anforderungen dramatisch erhöht, die man im konservativen Lager glaubt, an den Patriotismus eines Staatsoberhauptes stellen zu dürfen. Was man Heinemann durchgehen ließ, wird bei seinem politischen Ziehsohn Johannes Rau als Mangel an Dienstauffassung gebrandmarkt. Wie kommt der dazu, die Unterschrift unter den Satz „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ zu verweigern? Unerhört, findet CSU-Generalsekretär Thomas Goppel in der Bild-Zeitung: „Bei einem Bundespräsidenten, der diesen Stolz nicht hat, darf man fragen, ob er die 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger seines Landes angemessen vertritt.“

Die Frage, wenn überhaupt, hätte man freilich schon früher stellen können. Was Rau nämlich jetzt zum Thema beigesteuert hat, ist nur die jüngste Variante eines ungezählte Male vorgetragenen Credo, wonach der Patriot das eigene Vaterland liebt, der Nationalist hingegen die Vaterländer der anderen verachtet. Rau ist Patriot und hat kein Problem, zu Protokoll zu geben, daß er es als „ein Glück“, „schön“, „gut“ und daß er „Anlaß zur Dankbarkeit“ empfinde, als Deutscher zu leben. Nur der Ausdruck „stolz“, der leuchtet ihm in diesem Zusammenhang nicht recht ein, „weil Stolz eine eigene Leistung unterstellt“.

Kein sonderlich provokativer Gedanke, und durchaus im Einklang mit sprachlicher Logik, aber das nützt nichts. Es nützt Rau nichts, daß er schon in seiner Berliner Rede zur Ausländer-Integration herausgestrichen hat, wie „nicht nur Wohlstand und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unser Land attraktiv machen“. Es nützt ihm nichts, daß er in seiner

Weihnachtsansprache versicherte: „Mit vielem können wir in Deutschland sehr zufrieden und auf manches auch mit Recht stolz sein.“ Es ist Wahlkampf im Lande und große Not in den Reihen der Opposition, da wird selbst dieser, in diesem Punkt lächerlich untaugliche Bundespräsident zum vaterlandslosen Gesellen umkostümiert.

Fritz Kuhn, Parteichef der Grünen, warnt vor einem „Gesinnungs-TÜV“ in der deutschen Politik – zu spät. Längst sind die Ingenieure im schwarzen Kittel dabei, nach dem Kleinwagen Trittin die Staatslimousine Rau mit dem Vorschlaghammer auf Korrosion abzuklopfen. Es gehe „um die Frage, ob man in Deutschland noch sagen kann: Ich liebe mein Land, ich liebe Deutschland, ich bin stolz darauf“, behauptet CDU-„General“ Laurenz Meyer – als ob der Bundespräsident den Menschen die Heimatliebe verboten hätte.

10. November 2001

Normalität

Grüne Politik auf Abwegen

Den Grünen sei Dank: Die allerorten beschworene Alternativlosigkeit angesichts der weltpolitischen Situation, angesichts von Terror und Krieg hat in den letzten Tagen wieder Eingang gefunden in die bundesrepublikanische Innenpolitik – und zwar als Problem. Der kleine Koalitionspartner verweigert sich möglicherweise der von Kanzler Gerhard Schröder erklärten „uneingeschränkten Solidarität“ mit den Vereinigten Staaten. Wenn, dann könne man nur eingeschränkt solidarisch sein, dann müsse vor allem die Dauer des Krieges gegen den Terror festgelegt sein; ohne einen überschaubaren Rahmen für künftige Kriegseinsätze käme jede Solidaritätsadresse einer Blankovollmacht gleich. Mit der neuerlich erwachenden Skepsis – bereits der Bundeswehreininsatz in Mazedonien war mehr als umstritten – stellt sich für die Grünen die Frage nach ihrer Bündnistreue innerhalb der Regierungskoalition.

Hintergrund ist eine Anfrage des US-Verteidigungsministeriums: Deutsche Soldaten sollen sich an Militäreinsätzen rund um Afghanistan beteiligen. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld wollte dies zuerst nicht bestätigen, aber nachdem die Bundesregierung ihn zu einer „Klarstellung“ seiner bislang nur allgemein gehaltenen Unterstützungsaufforderungen gedrängt hatte, liegt eine schriftlich „Anforderung“ nun vor. Sie ist hinreichend konkret: Sanitätseinheiten, KSK-Truppen, Marine-Geleitschutz, Lufttransportkräfte und Fuchs-Spürpanzer. Doch den Grünen geht das alles viel zu schnell. Sie bestehen auf ihre Vorbehalte; eine große Zahl von Bundestagsabgeordneten will im Bundestag gegen das von der Regierung angestrebte Bundeswehrmandat stimmen. Außenminister Joschka Fischer drohte vorsorglich schon einmal mit seinem Rücktritt. Mit dem Satz, er „klebe“ nicht an seinem Sessel, sorgte er jedenfalls für einige Verwirrung.

Fordern die Grünen Unmögliches? Überfordern sie sich schließlich selbst? Auf den ersten Blick scheint es so, als seien sie nicht ganz in der Berliner Republik angekommen: Deutschland gilt nach der Wiedervereinigung als souveräner Staat, der alle bis dahin gültigen Sonderwegsoptionen hinter sich gelassen hat; alles drängt in Richtung Normalisierung. Mit diesem Zauberwort, das nur noch entfernt an Normierung oder Disziplinierung erinnert und stattdessen eine eher durchschnittliche und damit harmlose Attitüde suggeriert, wurde das Phantasma der Neuen Mitte vorbereitet – die Jetztzeit also. Mit anderen Worten, wir durften die Geburt einer Nation aus dem Geiste mittig versammelter Durchschnittlichkeit erleben. Gar nicht schlecht, wenn es tatsächlich so wäre. Immerhin: Angesichts von Krieg und Terror fielen die Regierungsverlautbarungen wohlthuend zurückhaltend aus.

Keine kriegerische Rhetorik, kein martialischer Ton. Es wird eher ein Sachzwang administrativ abgewickelt. Doch eben hier droht eine Normalitätsfalle. Sozial- und wohlfahrtsstaatliche Belange ließen sich noch durch gesetzliche Verfahren und wirtschaftlichen Reichtum regeln. Und wenn kein Geld da war, wurden entweder die Gesetze

komplizierter oder einfach die Bezüge gestrichen: Über diese Art der Abwicklung sachzwanghafter Problemlagen konnte stets ein alle Parteien übergreifender Konsens gefunden werden. Dieser Konsens galt als Inbegriff der Normalität – auch: Stabilität oder Prosperität – und verlieh allen Beschlüssen die Weihen des einzig Richtigen, eben Alternativlosen. Nun aber liegen die Dinge etwas anders, immerhin geht es um Krieg oder Frieden, also auch um Leben und Tod. Was bedeutet dann, daß eine Nation endlich wieder ganz souverän und normal sein darf?

Wohl kaum das Fehlen kritischer Gegenstimmen, überhaupt einer kritischen Öffentlichkeit. Die Partei der Grünen hat die Friedensbewegung zum Verschwinden gebracht, in sich aufgenommen und in jahrelangen Flügelkämpfen – hier Realos, dort Fundis – bis zur Harmlosigkeit entstellt. Dieser historische „Verdienst“ hinterließ eine Lücke. Wenn sich bei den Grünen Widerstand gegen die Militärpolitik der Bundesregierung regt, dann wird dies Bundeswehreinmärsche nicht verhindern; andere parlamentarische Mehrheiten lassen sich immer finden. Auch ihrer Rolle als schlechtes Gewissen der Republik – die sprichwörtlichen „Zerreißproben“ der Grünen nehmen uns stellvertretend die Seelenqual – mag die kleine Partei mittlerweile überfordern. Und sollte sie aus der Regierungskoalition aussteigen, dann würde sie sich der politischen Belanglosigkeit überantworten, für lange Zeit.

Basisdemokratische Avancen, wie berechtigt auch immer, haben in Kriegszeiten keine Chance. Doch andererseits: Die Kritik an der herrschenden Militärpolitik wäre nicht so sehr als Wiederbelebung irgendeines ominösen Anti-Amerikanismus mißzuverstehen, sondern als (vielleicht letzte) Möglichkeit, sich der Bestandsvoraussetzungen der in letzter Zeit so gerne wie häufig herbeizitierten westlichen Zivilisation mitsamt ihrer Werte zu vergewissern. Sie sind keinesfalls nur durch den Terror bedroht.

14. November 2001

Ohne Ballaststoffe

Die Unbefangenen der Berliner Republik in der Normalisierungsfalle

Um den Ursprungsmythos zu benennen, der die Geschicke der Berliner Republik lenkt, muß man ihn auch heute bloß zur Wiedervorlage bringen. Nichts anderes als die Rede von der Normalisierung kann das sein. Wenn man sich so umhört, hier der Ruf nach einer normalen Nation, dort die Sehnsucht nach einem normalen Volk, fühlt man sich bestätigt in der Auffassung, daß der zuverlässigste Alliierte der Normalität das Diffuse ist. Das Verschwimmelte – darauf hat vor wenigen Jahren der Literaturwissenschaftler Jürgen Link mit Blick auf die Kategorie der Normalität hingewiesen – wird zum faktensetzenden Konsens.

Die Normalisierung des Ausländerrechts. Die Normalisierung der Pflegeversicherung. Die Normalisierung des Verhältnisses zu Polen. Der Rede von der Normalisierung ist die Republik ausgesetzt wie dem Versprechen einer Gesundheitsoffensive. Normalisierung, wahlweise normal oder Normalität: Man muß den Eindruck haben, als ginge es um den Wunsch nach einer therapeutischen Veranstaltung. Normalisierung des Verhältnisses zu Moskau. Keine Normalisierung des Verhältnisses zur PDS. Die Normalisierung der Diskussion der Schwulenehe. Die Normalisierung der tagelang aufgeheizten Atmosphäre in Sebnitz. Auch am Arbeitsmarkt, wir erinnern uns, wurde vorübergehend eine Normalisierung erreicht. Nichts normaler als der normativ vollkommen sinnentleerte Begriff der Normalisierung.

Das paßt zum Strukturwandel der Geschichtspolitik seit der Einführung der Berliner Republik und der darin vorherrschenden Rhetorik von einer angeblichen Entdramatisierung der Politik (die im Übrigen in einem auffälligen Mißverhältnis zu den Inszenierungsfähigkeiten heutiger Politik steht). Auch deshalb beherrscht das Verlangen nach Normalisierung, ungeachtet ob es

einem Vertragspartner (etwa den USA), Ideen (etwa der Nation), Gesetzen (dem Ausländerrecht) oder gar historischen Ereignissen (Auschwitz) gilt, die Berliner Republik wie ein Dogma. Es beherrscht den historischen Diskurs – und sein Mehrwert im politischen Handgemeine ist nicht zuletzt ein aggressiver. Die Beschwörung des Normalen ist nicht erpicht auf den Dissens. Dieser erscheint vielmehr unangemessen, wobei es zum Wesen der nach oben offenen Skala der Normalität gehört, daß sie die Abweichung wahlweise zum wenig attraktiven Gutmenschentum rechnet, zum intellektuellen Sozialarbeitertum oder auch zur Hysterie.

Mit anderen Worten: Das Normalitätsbewußtsein ist recht dogmatisch; es hat überhaupt, nicht erst in Zeiten des Bündnisfalls, von sich selbst eine heroische Auffassung. Und nicht erst seit gestern gehört zum Anliegen des Normalisierens eine Umwertung der Werte, die Schäden für das historische Gedächtnis mit Absicht in Kauf nimmt. Der Wunsch, normal sein zu wollen, war von einem Anliegen nach einem eher geselligen Umgang mit den politisch kontaminierten und moralisch hochgradig aufgeladenen Kapiteln der deutschen Geschichte begleitet.

Auch das hatte der Sozialdemokrat Peter Glotz im Blick, als er 1991 schrieb: „Und die Sozialdemokratie? Aus ihr wird immer harter Widerstand gegen die Normalisierungs-Denkshule (...) geleistet werden. Aus ihr. Aber von ihr?“ Weder noch, in beiden Fälle hat die gesinnungsfeste sozialdemokratische Denktradition nichts genutzt. Die SPD, so lautete 1998 ihr Anliegen, befand sich auf dem Weg in die Neue Mitte – sie fokussierte ihre politische Strategie auf eine semantische Leerstelle, den auch der SPD-Diskurs nicht mit Bedeutung aufzuladen wußte. Normalität in der Neuen Mitte: Man darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß Gerhard Schröder, kaum daß er als Kanzler 100 Tage im Amt war, in besonderer Weise bei gewissen historischen Themen ein starkes Normalitätsbedürfnis artikuliert, ob nun in der Frage nach der Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses oder aber in der Frage der Gestaltung des Holocaust-Mahnmals, eines Orts, der vom Bürger, wie Schröder damals wünschte, eines Tages „gerne“ besucht werden solle. In die geistige Topographie des Entspannten paßte, daß die SPD in der Walser-Bubis-Kontroverse schwieg. Besonders auffällig geschah dies durch das sonst so mitteilungs-fidele Amt Naumann.

Auch wenn man sich erinnert, daß Normalisierung ein Credo sozialdemokratischer Entspannungsbemühungen war, lange her, in den sechziger und siebziger Jahren – so tut Erinnerung dem Normalitätsstreben im Grunde überhaupt nicht gut. Salonfähig wurde durch das neue Normalitätsbegehren der neunziger Jahre nicht nur eine neue Unbefangenheit gegenüber der eigenen Geschichte, sondern zudem ein fescher Zynismus oder eine maulige Überheblichkeit gegenüber einer moralisch-pazifistischen Mentalität.

Zudem ist gegen das Normalitätsbewußtsein schwerlich zu argumentieren, basiert es doch auf einer Selbstorientierung, einer Hingabe an eine Identität, der die exklusive Tradition immer schon ein Anliegen war anstelle der diskursiven Erinnerung. Im Grunde ist die Republik im Falle der Normalisierung mit dem Wiedergänger eines Dogmatismus konfrontiert, der über die Alternative, die abweichende Meinung den Ausnahmezustand verhängt.

Alles total normal. Die Absicht all der Reden von der Normalisierung besteht in einem Verschlanungsprogramm. Slim-Fast-Erinnerung, von historischen Ballaststoffen weitgehend befreit. Heute verbindet sich mit dem Normalisierungsbegehren, neben dem Wunsch nach Historisierung der alten Bundesrepublik, neben der Sehnsucht nach Kolossalpolitik, auch ein Entpolitisierungsanliegen. Vor Augen steht den Normalos der Eintritt in ein neues Geschichtskapitel – und schon deshalb kann man in Anlehnung an ein Wort Alexander Kluges von einem „Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit“ sprechen.

Daß die Politik des Normalisierens nicht ausdrücklich, wohl aber stillschweigend ausgeweitet wird auf die Notwendigkeit eines Kriegseinsatzes deutscher Soldaten in Folge normalisierter Beziehungen zu den USA hat die Regierung in eine Koalitionskrise gestürzt. Immerhin, so

möchte man sagen, in einen Zustand der Irritation, der Störung des parlamentarischen Usus. In einen Zustand, der das Normale aufmischt. Doch nicht erst die Diskussion über den Kriegseinsatz deutscher Soldaten in Afghanistan offenbart das Paradox, das alle Reden von der Normalisierung ausmacht. Je lauter nach ihr gerufen wird, desto schriller dementiert sich das, was das Normale sein soll: das scheinbar Selbstverständliche.

Erhält die geschichtspolitische Strategie der Normalisierung mit der Anpassung an die Kriegssituation ihren Ritterschlag? Es spricht einiges dafür, daß die Regierung in einer Normalitätsfalle sitzt, aus der sie nur herausfindet, wenn sie die Beteiligung deutscher Soldaten im Afghanistan-Krieg, auch diesen Weitwegkrieg, nicht zu einem weiteren Beitrag im Rahmen flächendeckender Normalisierung der Republik erklärt. Die Kollateralschäden auf Seiten des Nah- und Ferngedächtnisses wären enorm.

18. Dezember 2001

Am Ende des Sonderwegs

Die Rolle der deutschen Streitkräfte in der gewandelten weltpolitischen Konstellation / Ein Diskussionspapier sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter

Die Jahre zwischen dem 3. Oktober 1990 und dem 11. September 2001 können für Deutschland und auch für die deutsche Sozialdemokratie als eine außenpolitische Übergangszeit interpretiert werden, in der zu beinahe jeder neuen außenpolitischen Frage erst noch einmal die alten Antworten auf den Tisch kamen, bevor neue Antworten sich durchsetzen konnten. Die SPD ist in diesen wenigen Jahren einen weiten Weg gegangen.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation, des Sowjetkommunismus, der europäischen und der deutschen Teilung, mit der gewaltfreien Wende in der DDR und der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands 1990 war die Ordnung des Kalten Krieges als globaler Spannungsachse, nach der sich auch die inneren Spannungsachsen vieler Staaten der Welt ausrichteten, zerbrochen, die Nichteinmischungsdoktrin obsolet. Kurz: Die Nachkriegszeit war abgeschlossen, eine neue Ära begann.

Eine eigene, über den Epochenwechsel fortlaufende Tradition der bundesdeutschen Außenpolitik ist der Multilateralismus. Der historisch begründete deutsche Ansatz bestand immer auch darin, sich nicht zu isolieren, stattdessen zu kollektiven Lösungen beizutragen, nie neutral, aber auch nie (über die Blockgrenzlage hinaus) besonders exponiert zu sein.

In weiten Teilen der Welt genießt Deutschland ein halbes Jahrhundert nach Nazi-Diktatur und Weltkrieg ein erstaunlich hohes Ansehen, einen großen politischen Kredit: Vertrauen. Das liegt unter anderem daran, daß Deutschland nur in sehr begrenztem Maße und kurz Kolonialmacht war; uns blieb die schwierige Phase der Dekolonialisierung erspart. In der Zeit des Kalten Krieges ist Deutschland – anders als etwa die USA und die UdSSR – nicht militärisch in Erscheinung getreten.

Und Deutschland wird wegen seiner multilateralen Ausrichtung weniger als anderen unterstellt, eigene Wirtschafts- oder Hegemonialinteressen zu verfolgen. Daraus ergeben sich heute Gestaltungschancen.

Trotz EU, Nato, OSZE und UN scheint es zur Zeit keinen linearen Internationalisierungsprozeß zu geben. Einzelne Staaten und die internationalen Organisationen gewinnen an Bedeutung – zum Teil zunächst auf Kosten der zerfallenen UdSSR, gegenwärtig auch auf Kosten der USA.

Außenpolitische Grundsätze der SPD

– Heute gibt es keine Rechtfertigung mehr dafür, besondere Rücksichten auf Deutschland von den Bündnispartnern oder der Weltgemeinschaft einzufordern. Deutschland verfügt über alle Rechte und Pflichten eines souveränen Staates. Wo schweres Unrecht geschieht und Deutschland helfen kann, müssen wir uns auch verpflichtet fühlen, es zu tun. Über die Mittel

entscheiden wir in einem demokratischen, innerstaatlichen Prozeß selbst.

– Isolationismus und Internationalismus sind in jeder Gesellschaft die beiden Pole auf dem Kontinuum der außenpolitischen Möglichkeiten. In den USA wie in Großbritannien, Japan, Frankreich, Deutschland oder anderen Ländern orientiert sich die öffentliche Willensbildung mal mehr in die eine, mal mehr in die andere Richtung.

Die deutsche Außenpolitik tut gut daran, internationalistisch zu bleiben, auch wenn die Stimmungen in der Bevölkerung schwanken mögen. Darüber besteht unter den Parteien des alten bundesrepublikanischen Verfassungsbogens weitgehend Konsens. Dies wird praktisch in den Bindungen und Bündnissen, die Deutschland eingegangen ist.

– Westbindung (Adenauer) und Ostaussöhnung (Brandt) werden unter den neuen Bedingungen jetzt durch eine Politik der souveränen Normalisierung (Schröder/Fischer) ergänzt.

– Begleitet werden muß dieser Prozeß durch eine auch auf deutsche Initiative hin beschleunigte europäische Integration und Stärkung der UN-Instrumentarien. Dazu gehören z. B. die Schaffung und Durchsetzung einer internationalen Gerichtsbarkeit genauso wie die langfristige Etablierung einer europäischen Armee als Instrument einer einheitlichen europäischen Sicherheitspolitik, auch unter Aufgabe von Teilen heutiger nationaler Souveränität.

– Deutschland als bevölkerungsreichstes, wirtschaftsstärkstes und finanzkräftigstes europäisches Land hat in der EU und Nato eine zentrale Rolle zu spielen. Das erwarten die großen wie auch die kleineren Partner. Erklärungsbedürftig, quasi „verdächtig“, wäre gerade nicht das behutsam-selbstbewußte Auftreten, sondern ein kleinmütig-selbstbezogenes. Insofern spielt Deutschland seine Rolle heute richtig. Ein Sitz im UN-Sicherheitsrat ist dazu nicht notwendig (wäre aber auch kein Schaden), ein gemeinsamer Sitz für die EU könnte aber nützlich sein.

– Die Identifizierung drohender Krisen und deren frühzeitige Prävention muß ein integrales Instrumentarium der Sicherheitspolitik werden. Deutschland hat in diesem Bereich mit seiner Vorbildrolle im Klimaschutz, bei der Bekämpfung der Wüstenbildung und dem weltweiten Schutz des Trinkwassers bereits erste Erfolge in den letzten Jahren erreicht. Die Möglichkeiten des erst vor wenigen Jahren entstandenen deutschen UN-Standorts (Bonn) müssen dabei noch besser genutzt werden.

– Konflikte, Gefahren und Bedrohungen, denen wir am Beginn des 21. Jahrhunderts begegnen, unterscheiden sich sehr von der Zeit des Systemkonflikts mit ihrem Gleichgewicht des Schreckens. Vielleicht wird es niemals einen „Kampf der Kulturen“ als Kampf zwischen Staatengruppen geben, doch die Konflikte auf der Welt könnten dort am mörderischsten werden, wo die kämpfenden Parteien diesseits und jenseits einer Grenzlinie zwischen zwei Kulturkreisen stehen. Diese Möglichkeit läßt sich nicht wegwünschen. Aber für die Fundamentalalternative, die Perspektive der „einen Welt“, läßt sich einiges tun: selbstbewußt, hilfreich, behutsam.

Unmittelbare Folgen für den militärischen Aspekt deutscher Sicherheitspolitik

– Militärische Beiträge zu UN-Beobachtermissionen, zur Friedenssicherung (SFOR, KFOR, TFF), zur Friedenserzwingung (Kosovo 1999) und zur Gefahrenabwehr (Terrorbekämpfung) sind Teil einer internationalistischen Außenpolitik, die der sozialdemokratischen Programmtradition entsprechend ethnische Verfolgung, Völkermord, Vertreibung, Terror und das Faustrecht des Stärkeren nicht „neutral“ und bequem hinnimmt. Entgegen dem alt-klugen Merksatz, mit Gewalt könne man keine Probleme lösen, ist militärische Intervention dann legitim und geboten, wenn die Sicherheit das allen anderen vorgehende Problem darstellt. Solange geschossen wird, sind alle anderen Probleme erst recht nicht lösbar. Militär ist ein Mittel der Außenpolitik – und zwar nicht nur als Ultima-Ratio-Instrument für den Fall des Krieges, sondern auch in vielen humanitären, logistischen, robust-polizeilichen und

vertrauensschaffenden Missionen im Ausland.

– Die Fähigkeiten der deutschen Streitkräfte, ihre erweiterten Aufgaben im Rahmen der kollektiven Sicherheitssysteme, denen die Bundesrepublik konkrete militärische Beiträge verbindlich zugesagt hat, zu erfüllen, sind bei weitem noch nicht hinreichend entwickelt. Die langfristigen Ausrüstungsschwerpunkte der Bundeswehr orientieren sich – seit langem vertraglich gebunden – noch immer zu stark am Bedrohungsszenario der frühen 80er Jahre. Beim Schließen der Fähigkeitslücken sollte Deutschland auf eine erweiterte europäische oder, soweit dies sinnvoll ist, euro-atlantische Aufgabenverteilung dringen. Das spart auch Kosten. Die Bundeswehr muß nicht alles können und nicht überall präsent sein, wo Bündnispartner Aufgaben übernehmen. Aber sie muß mehr können als heute.

01. März 2002

Kontoführung

Zur moralischen Neuverschuldung der Neuen Mitte

Die Entsendung von Streitkräften ist zum festen Bestandteil der deutschen Außenpolitik geworden. Es geht, so die regierungsamtliche Version, um Terrorbekämpfung und Krisenprävention. Vorbehalte, wie sie vor einigen Jahren wenigstens noch ausgesprochen wurden, scheint es nicht mehr zu geben: Die „Verantwortung“ gegenüber der eigenen Geschichte, die „Lehre“ des Nie-wieder-Krieg-von-deutschem-Boden-aus, die Festlegung der Deutschen als ein „Volk von Tätern“ und die dadurch gebotene Zurückhaltung in militärischen Angelegenheiten. Doch das „Dritte Reich“ und „Auschwitz“ sind nicht länger die normativen Bezugspunkte, die moralischen Gravitationszentren der deutschen Politik. Die Normalisierung ist weit vorangeschritten und Deutschland in das Stadium der Unschuld zurückgekehrt.

Ein Neubeginn wird somit wieder möglich, nicht zuletzt und vor allem, weil er auch wieder notwendig geworden ist. Man denke nur an die gerne und immer öfter herbeizitierten globalen „Verpflichtungen“ oder „Anfragen“ der internationalen Staatengemeinschaft. Glaubwürdig sich selbst und den anderen gegenüber ist hier nur, wer über ein – auch im moralischen Sinne – ausgeglichenes Schuldenkonto verfügt. Mehr noch: Unschuld kann immer noch als die beste Voraussetzung für die durch ein erweitertes außenpolitisches Zuständigkeits- und Handlungsfeld unvermeidliche Neuverschuldung gelten. Wer unschuldig ist, hat nicht nur seine Schuld verloren, sondern darf auch seine Unschuld wieder verlieren – eine raffinierte, aber nicht immer leicht zu handhabende Schuldökonomie.

Nicht nur Geld . . .

Bezeichnend ist jedenfalls, daß in der Folge der Anschläge vom 11. September die hiesige Debatte nicht über die schlichte Entgegensetzung von „uneingeschränkter Solidarität“ mit den Vereinigten Staaten und „Antiamerikanismus“ hinausgekommen ist. Hier und dort mögen sich Zweifel regen, auch auf Seiten der Regierungsparteien, doch sollte es zum Schwur kommen, wird man sich einer Neuverschuldung entlang der jetzt gültigen außenpolitischen Richtlinien nicht verweigern wollen noch können. Das belegen auch die jüngsten Auseinandersetzungen um den Einsatz des sogenannten „Kommandos Spezialkräfte“ (KSK) der Bundeswehr. Warum die Empörung über den Einsatz der Elitesoldaten in Afghanistan? Haben Regierung und Opposition entweder nichts gewußt oder nichts wissen wollen?

Der Bundestag hatte am 16. November letzten Jahres die Bereitstellung von 100 „Spezialkräften“ beschlossen. Jetzt strittig sind allenfalls die Angaben über die Zahl der tatsächlich eingesetzten Soldaten: Hat sich die Bundesregierung über die klaren Vorgaben des Bundestagsmandats für den Anti-Terror-Krieg hinweggesetzt? Nicht genug damit, scheint es auch Unklarheiten darüber zu geben, was mit Gefangenen geschieht, die von deutschen Soldaten festgenommen wurden. Übergibt man sie den Amerikanern? Auf die Gefahr hin, daß

sie in Guantánamo Bay und möglicherweise vor einem Erschießungskommando landen? Konkrete Absprachen in dieser Frage gebe es „selbstverständlich im Augenblick nicht“, mußte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums einräumen. Wie ist das zu verstehen?

Der Sprecher tat unwissend und insofern unschuldig. Dazu wollten auch seine Ausführungen passen, zu viel öffentliche Aufmerksamkeit schade den im Verborgenen operierenden Einsatzkommandos: Die Soldaten vor Ort zu schützen ist ein allemal moralisches und dabei auch noch integrires Ansinnen. Wer so denkt und handelt, läßt sich nichts zu Schulden kommen. Doch in Frage stand eigentlich etwas anderes. Genauso übrigens wie auch bei einigen Parlamentariern: Sie wollten wissen, was es mit dem Einsatz der 250 als ABC-Abwehrkräfte deklarierten Soldaten in Kuwait auf sich habe. An eine Katastrophenschutzübung an der Grenze zu Irak, von der das Verteidigungsministerium spricht, mochte niemand mehr glauben. Und was macht die Bundesmarine, nicht weit entfernt davon, vor der Küste Somalias?

Viele Fragen, nur wenige, zaghafte und ausweichende Antworten. Es scheint doch nicht so leicht, die Unschuld zu verlieren. Auf dem einmal eingeschlagenen Weg ist das allerdings unvermeidlich. Die zurzeit vorherrschende Rede von der Geheimhaltungspflicht bei militärischen Angelegenheiten bezeugt nichts anderes als eben diese Unvermeidlichkeit. Die momentan etwas unbeholfene Informationspolitik der Bundesregierung muß insofern nicht beunruhigen. Mit ein wenig mehr Übung wird derlei in Zukunft professioneller abgewickelt werden – hat das Bundespresseamt in Aussicht gestellt. Hilfreich auf dem Weg in die Neuverschuldung könnte allerdings noch etwas anderes sein. Damit gemeint sind nicht materielle Ressourcen, etwa die – durchaus naheliegende – Erhöhung des Verteidigungs- oder Geheimdienstetats.

Nein, als entscheidend könnte sich etwas weniger Manifestes und eher an Symptomen Ablesbares erweisen. So war es zwar kaum mehr als ein Zufall, doch in seiner Koinzidenz bezeichnend, daß Gerhard Schröder von einer „Ermächtigung“ sprach, als er im Bundestag um eine Mehrheit für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr warb. Offenkundig war ihm die Parallele zum „Ermächtigungsgesetz“ von 1933 nicht bewußt, mit dem der Reichstag Hitler erlaubte, Gesetze ohne die Zustimmung von Reichstag und Reichsrat zu erlassen. Schröders Unbedarftheit in Sachen Geschichte wurde kaum bemerkt. Jedenfalls zeigte sich die bei solchen „Ausrutschern“ sonst übliche Empörung nicht – in der Ära des Geschichtspolitikers Kohl wäre das noch anders, der böse Verdacht sofort zur Stelle gewesen. Zwar gab es etwas Aufruhr bei Schröders Vorschlag, das Berliner Holocaust-Mahnmal so zu gestalten, daß man dort auch „gerne hingeh“t. Doch geschah das im Vergleich zu früher eher läppisch und wenn überhaupt, dann pflichtschuldigt. Alles andere hätte wohl auch übertrieben wirken müssen. Der Deutschen Sozialdemokratie mit Faschismus- oder Revisionismusvorwürfen zu kommen, wäre vollkommen abwegig. Denn hier ist allenfalls eine gewisse Unbekümmertheit im Spiel – die allerdings ist symptomatisch. Insgesamt zeichnet sich eine große Entspannung ab. Vom Historikerstreit in den achtziger Jahren über die Walser-Bubis-Debatte bis zum Streit um die Entschädigung der Zwangsarbeiter: Das Skandalisierungspotential der jüngsten deutschen Vergangenheit hat sich erschöpft.

Und Deutschland ist um eine entscheidende, wenn nicht seine größte Hypothek ärmer. Hilfreich in diesem Zusammenhang waren gewiß auch die „Erwartungen“ des Auslands, mit den Selbstzerknirschungsritualen und den daraus folgenden Sonderwegsoptionen endlich aufzuhören und stattdessen mehr, zumal der ökonomischen Bedeutung angemessene Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Interessant dabei ist, daß der Holocaust als Thema nicht verschwindet, sondern nur in einer anderen, jetzt dekontextualisierten und globalisierten Gestalt wieder auftaucht: Es geht immer weniger um die „Vergangenheitsbewältigung“ als deutschem Sonderproblem und immer mehr um die Verhinderung künftiger „Holocauste“ – wie George W. Bush seinen Krieg gegen der Terror

versteht.

Aus dem Mord an den europäischen Juden wird so, jedenfalls dem Anspruch nach, eine universal gültige moralische Erzählung, aber auch eine praktische Aufforderung, ein politischer Auftrag in menschheitsgeschichtlicher Dimension. Intervention und Engagement werden angesichts der Erweiterung des Holocaust-Begriffs zum schlechthin „Bösen“ eine unbedingte Pflicht; sich heraushalten gilt nicht mehr, und zwar weltweit. Deutschland als „Land der Täter“ reiht sich ein in die internationale Staatengemeinschaft und macht sich die Universalisierung seiner Geschichte zu eigen. Inwieweit und wie umfassend das gelingt, bleibt vorerst offen. Klar sind allerdings die realpolitischen Konsequenzen: Das „Land der Täter“ ist nicht mehr nur und immer weniger ein Land der Täter; es ist ein Land unter anderen.

Universalisierung bedeutet in Bezug auf Deutschland Umschuldung und insofern auch die Aussicht auf ein ausgeglichenes Schuldenkonto. Die damit einhergehende Befreiung oder Erleichterung wird indes nicht nur mit neuen Verpflichtungen beschwert; die nicht zuletzt auch moralische Neuverschuldung bereitet immer noch Probleme. Vielmehr werden auch andere, zumal geschichtspolitische Begehrlichkeiten geweckt. So ist in der letzten Zeit eine Konjunktur historischer Themen zu beobachten. Fast scheint es, als ob insbesondere die lokalen, eher kleinteiligeren und bislang vernachlässigten Aspekte der deutschen Geschichte endlich angemessen gewürdigt werden können – nachdem die große Last des alles beherrschenden Holocaust verschwunden ist. Sogar Traditionsbildung scheint wieder möglich.

. . . sondern auch Werte

Wie wäre es mit Preußen? Der Vorschlag des Potsdamer Sozialministers Alwin Ziel, die Länder Berlin und Brandenburg zusammenzulegen, hat zumindest in manchen Feuilletons Anklang gefunden. Preußen sollte das neue Bundesland heißen. Was die alten und vor allem auch jungen neuen Liebhaber zur Begründung vorbrachten, lief allerdings auf nicht viel mehr hinaus als eine „Art historisches Legoland“ (so Dieter Schröder in der Berliner Zeitung) zur Ankurbelung der mittelständischen Tourismusbranche. Die These ist wohl nicht zu gewagt, daß Preußen letztlich an sich selbst zu Grunde gegangen ist; es hat immer über seine Verhältnisse gelebt, politisch, ideologisch und materiell. Und so verschwand auch die Idee seiner Wiederbelebung. Der Spuk (oder nur Jux?) war nach wenigen Tagen vorbei.

Mit zuerst großem und dann ebenso schnell erlahmendem Eifer wurde unlängst auch über das zerrüttete Verhältnis zwischen den Physikern Niels Bohr und Werner Heisenberg spekuliert: Hat es gar keinen deutschen Widerstand gegen den Bau von Hitlers Atombombe gegeben? Entschieden wurde die Frage nicht. Immerhin rückte auch der Assistent Heisenbergs in den Blickpunkt: Carl-Friedrich von Weizsäcker, der ältere Bruder des ehemaligen Bundespräsidenten Richard. Der pfiffige Vorschlag: Wie wäre es mit einer Familiengeschichte der von Weizsäcker? Verstrickung und Verdienste? Der Preis der Moral in Zeiten ihrer Anfechtung? Was immer dabei herauskommen wird, eine Neuverteilung von Schuld und Unschuld steht an – jetzt ad personam oder en détail. Ausschnitte, Auszüge aus der Geschichte.

In diesem Sinne, aber mit dem ihm eigenen Effet begrüßte Rudolf Augstein die Novelle „Im Krebsgang“ von Günther Grass: „Es ist wieder angebracht, der Toten unter den 12,5 Millionen Vertriebenen zu gedenken, die auf ihrer Flucht nach Westen zu Grunde gingen.“ Wird Deutschland zu einem Land der Opfer? Normalisierung bedeutet dann: Eintritt in die internationale Opferkultur. Opfer sein – unschuldig sein.

18. Mai 2002

Im Nothafen der Normalisierung

Die kolossale Sehnsucht nach einem Berliner Stadtschloß wird zum monumentalen Ballast der Republik

Wenn die Welt, die ja zuletzt verstärkt auf Deutschland geblickt hat, eines fernen Tages wissen will, wann das Berliner Stadtschloß des frühen 21. Jahrhunderts mental ausgebrütet worden ist, wird sie sich an eine Epoche der nationalen Sinnsuche erinnern müssen. Zweifellos schlug eine große Stunde für dieses Vorhaben in Berlin-Mitte, als Gerhard Schröder, ein angesehener Gönner und spezieller Freund des Historischen, seinen Wunsch zum Wiederaufbau einer barock anmutenden Residenz artikulierte. Wenige Monate war Schröder als Kanzler im Amt, als er in einem Zeitungsinterview im Februar 1999 meinte: „Eine Fassade würde mir nicht reichen. Dann würde ich mir getäuscht vorkommen. Entweder – oder. Ich habe nicht vor, das zur Chefsache zu machen. Wenn ich einen Wunsch zu äußern hätte, dann wäre ich für das Schloß.“ Bei aller Vorsicht des Sprechenden – der Kanzler dachte bei dieser Institution an ein Comeback des Gestrigen. Auch ließ er die Gelegenheit nicht aus, neben dem rein architekturästhetischen Wunsch einen weiteren Gedanken zu formulieren: Der Neubau der Hohenzollernresidenz sei etwas, das „dem Volke was für die Seele“ gebe.

Ganz pragmatisch und nicht etwa pathetisch betrachtet, darf man diese Äußerung Gerhard Schröders mit einem Wort seines heutigen Kulturstaatsministers, Julian Nida-Rümelin, als eine weitere Forcierung der „Ideologisierung“ der Stadtschloßidee betrachten. Schröders Wunsch nach nationaler Psychohygiene baute auf die Renaissance der Hohenzollernresidenz. Mit dieser Vision baute der Sozialdemokrat das Berliner Stadtschloß endgültig zum Staatsschloß der Berliner Republik auf.

Vergleichbare historische Stunden hat die Republik in den letzten Jahren während der Konsensbemühungen um die Gestaltung des Holocaust-Mahnmals in Berlin erlebt. Dabei galt die Debatte über eine Gedenkstätte einem – unbestritten – republikweit zentralen Auftrag. Elemente dieses hochgradig komplexen und komplizierten Willensbildungsprozesses, der schließlich im Deutschen Bundestag abgeschlossen werden konnte, sind auch auf die Auseinandersetzung um das Berliner Stadtschloß übertragen worden. Auch bei dieser Kontroverse drängt sich längst der Eindruck auf, daß sich bereits die mittlerweile zwölfjährige Debatte zu einem Monument entwickelt hat. Eine weitere Parallele ergibt sich aus dem hier wie dort unternommenen Versuch einer Selbstverständigung der (noch jungen) Berliner Republik über ihre Möglichkeiten architektonischer Repräsentation. Baukunst als staatliche Imagestrategie. Architektonischer Ausdruck als Beitrag zur Staatsästhetik.

Seit dem Regierungsumzug nach Berlin steht diese im Zeichen einer Normalisierung. Die Strategie, endlich wieder eine normale Nation sein zu können, gehörte zu den stillschweigenden Vereinbarungen der rot-grünen Koalition in Berlin. Und keiner aus dem Bundeskabinett hat den gelegentlich geselligen Umgang mit den bisher moralisch hochgradig aufgeladenen Kapiteln der deutschen Geschichte so sehr gepflegt wie der Kanzler selbst. Geschichtspolitik als Entspannungspolitik – nicht mehr in Richtung Osten, sondern mit Blick auf die eigene Geschichte. Und tatsächlich, so darf man die Bemühungen lesen: Mit der Heimholung der Hohenzollernresidenz soll die geschichtspolitische Strategie dieser Entspannungsbemühungen ihren Ritterschlag erhalten.

In der Stadtschloßdiskussion wurde diese Anstrengung um eine entkrampfte historische Optik jedoch von den denkbar schlechtesten Beratern sekundiert: von historischem Pathos, nationalem Prestigegewinn (und, an den Rändern, von einem geschichtspolitischen Revanchismus). Wenn es um das Stadtschloß zu Berlin ging, spielte nicht in erster Linie Signifikanz zur Bebauung eines Stadtraums eine Rolle. Wo in der Mitte der Stadt die Fiktion „Staatsort“ auf dem Spiel stand, hatten ausgerechnet historische Argumente keinen Platz mehr.

Um diesen Staatsraum möblieren zu können, soll die bewußte Bilderarmut der Bonner

Republik endgültig vergessen gemacht werden. Zur Erinnerung: In Frankfurt, an der Bertramstraße, schuf Gerhard Weber mit seinem Bundestagsplenarsaal von 1948, einem Zylinder aus Glas, der als feinsinnig-unaufdringliches Gegenstück zur runden Paulskirche zu lesen war, das Muster eines diskreten Staatskults. Nicht Frankfurt wurde, wie bekannt, Regierungssitz; doch auch in Bonn, der provisorischen Hauptstadt, wurde diese architektonische Haltung in den Rheinauen übernommen.

Diese architektonische Zurückhaltung der Bonner Republik Deutschland ist häufig belächelt worden, auch muß man das rituelle Bekenntnis zu architektonischen Bescheidenheitsgesten nicht überstrapazieren – vor allem dann nicht, wenn man sich noch einmal den „schwarzen Trippelkatafalk“ (Heinrich Klotz) des Bonner Bundeskanzleramtes, entworfen von der sagenhaften Planungsgruppe Stieldorf, vor Augen führt. Dennoch, ob Sep Rufs Kanzlerbungalow oder Günter Behnischs Bonner Parlamentsgebäude: Am Rhein wurden architektonisch eindrucksvolle Bescheidenheitsgesten verwirklicht. Auch erlebte bereits Behnischs Bauwerk eine jahrelang verbissen geführte Diskussion, die sich jedoch weitgehend hinter den Kulissen abspielte, jenseits einer breiteren Öffentlichkeit, die diese Diskussion als Gelegenheit der Selbstverständigung über staatliche Symbole weitgehend ignorierte.

Mit dem Gefühlshaushalt der Berliner Republik waren solche beiseite gesprochenen Kontroversen nicht mehr vereinbar. Die Unlust an der Überhöhung durch staatliche Symbole während der Bonner Jahre wurde nach 1989 zur repräsentativen Kritik. Das „Untermaß an Staatsrepräsentation“, so der Bonner Staatsrechtler Josef Isensee, sollte in Berlin keine Fortsetzung finden, an erster Stelle nicht mit dem neuen Kanzleramt von Axel Schultes und Charlotte Frank, einem Bauwerk, das durch seine Monumentalität ebenso wie durch seine Theatralik den Anspruch erhob, Machtzentrale zu sein.

Möglicherweise hat die Stadtschloß-Kontroverse eine gewisse Dynamik auch dadurch erhalten, weil die Republik an dem Kanzleramt bisher leiden mußte (ein Gedanke, den der Architekt selbst ins Spiel brachte). Das Bauwerk im Spreebogen wird von der Republik so ganz und gar nicht als ein „normales“ Regierungsgebäude empfunden, die dort verwirklichte Architektur kaum als glückliche Geste staatlicher Repräsentation.

Tatsächlich ist das Kanzleramt nicht das Bauwerk geworden, das Vertrauen in den Staatskult zu wecken vermag. Und so darf man vermuten, ob nicht, mit der verbissenen Sehnsucht nach dem Schloß, der mentale Haushalt der Berliner Republik so etwas wie ein Kompensationsgeschäft abwickelt. Zumal sich an ihm, dem weitgehend historisierenden Neuaufbau, der Normalisierungswille gerne abarbeitet.

Ein Nebeneffekt dieser Normalisierungsabsichten ist jedoch ein tatsächlich kolossales Mißverständnis. Ähnlich wie die Pietà nach dem Vorbild von Käthe Kollwitz in der Neuen Wache Schinkels ist der Neuaufbau des Stadtschlusses nach dem Vorbild Andreas Schlüters (und anderer) zu einer nationalen Schicksalsfrage aufgepumpt worden. Es ist atemberaubend, wie stoisch Repräsentanten der Bundesrepublik, von Ausnahmen abgesehen, es hinnehmen, daß eine stadthistorische Entscheidung als eine staatsästhetische Kontroverse ausgetragen wird. Ob absichtsvolle Verwechslung oder arglose Konfusion: Diese Übertragung erklärt möglicherweise auch, warum maßgebliche Stadtschloßenthusiasten eine scheinbar nationale Bauaufgabe nicht den Unwägbarkeiten eines Architekturwettbewerbs aussetzen wollen. Der Architekturwettbewerb als institutionalisierte Unzuverlässigkeit – so geht die Befürchtung. Die Quartiermeister einer Neohohenzollernresidenz argwöhnen, daß ein Wettbewerb den vaterlandslosen Gesellen unter den kompromißlos modernen Architekten Tür und Tor öffnen würde.

Wenn die Welt eines Tages wissen will, wie das Berliner Stadtschloß als historisierendes Staatsschloß zustande kam, wird sie sich daran erinnern, daß sich die häufig so cool auf Entkrampfung setzende Republik ausgerechnet einem verbissenen Bekenntniseifer zu einem monumentalen Überbau hingab.

01. Juni 2002

Die Fälle Jürgen W. Möllemann und Martin Walser: Die Elite und der Mob / Von Jan Philipp Reemtsma

Frank Schirrmacher hat erklärt, warum die FAZ den neuen Roman von Martin Walser nicht vorabdruckt (s. FR von gestern). Diese Entscheidung dürfte richtig sein, und gut ist, daß der damalige Friedenspreis-Laudator sie begründet. Walser phantasiere, so hören wir, in seinem Roman die vermeintliche Ermordung eines alter ego von Marcel Reich-Ranicki namens André Ehrl-König. Schirrmacher sagt, was angesichts des dem deutschen Mordregime wider alle Wahrscheinlichkeit entronnenen Reich-Ranicki über so eine veröffentlichte Phantasie zu sagen ist. Ich fasse es kurz: Es ist eine literarische Barbarei. Schirrmacher zitiert aus den Druckfahnen des Romans außerdem folgenden Satz: „Umgebracht zu werden paßt doch nicht zu André Ehrl-König“, und interpretiert ihn als Anspielung auf den unsterblichen ewigen Juden. Er hätte noch mehr sagen können. Walser jongliert nämlich mit einem der schlimmsten Sätze des von Reich-Ranicki verehrten, von Walser oft geschmähten Thomas Mann, den er anlässlich der Ermordung Theodor Lessings durch ein Nazi-Mordkommando geschrieben hat: ein solcher Tod passe zu ihm.

Wir werden jetzt wieder über Walser sprechen, dessen Rede in der Paulskirche für Ignatz Bubis der Anlaß war, zu sagen, er habe nichts erreicht. Vielleicht wird der Skandal um Walser dazu führen, daß wir aufhören, über Jürgen Möllemann zu reden, von dem Paul Spiegel sagt, die Juden in Deutschland seien nach 1945 noch nie so beleidigt worden wie durch ihn. Aber eins verbindet Möllemann und Walser; beide haben sich zur Rechtfertigung ihrer öffentlichen Auslassungen auf den bloßen Umstand berufen, Applaus erhalten zu haben. Viel Applaus. Beide haben auf jenen Faktor gesetzt, in dem Hannah Arendt eines der Erfolgsmomente des Nationalsozialismus gesehen hat, das Bündnis von Elite und Mob. Das Projekt 18, das Möllemann der FDP aufgeschwatzt hat, soll wohl jugendlichen Überschwang an der Mündigkeitsgrenze signalisieren und zu dieser Jugendlichkeit gehört auch, daß Möllemann im Neuen Deutschland eine Kolumne mit dem Titel „Die neue Zeit“ schreibt, die den europaweiten Rechtspopulismus als Emanzipation der Demokraten hochleben läßt und dafür prompt Beifall von Jörg Haider erhält.

Was sind die Schlagworte des Populisten Möllemann? Zum Beispiel, daß man in Deutschland die Politik Scharons nicht kritisieren dürfe. Dafür erhalte er Beifall. Das ist ziemlich verrückt: Die Politik Scharons wird mehrheitlich kritisiert. Möllemann hat gesagt: „Herr Friedman muß akzeptieren, daß Kritik an der israelischen Regierung erlaubt ist.“ Die Unterstellung, Friedman habe jemals etwas anderes gesagt, ist bodenlos. Es gibt einen überparteilichen Konsens: die Existenzberechtigung Israels anzuerkennen. Dieser wird auch von Möllemann nicht in Frage gestellt. Er sagt nur, daß er, wenn Deutschland angegriffen würde, kämpfen würde, auch im angreifenden Land. Das war im Kontext der Selbstverteidigung Israels gegen Terrorangriffe im eigenen Land eine eindeutige Rechtfertigung des palästinensischen Terrorismus, aber wörtlich hat er das natürlich nicht gesagt.

Möllemann hat allerdings gesagt, daß Michel Friedman den Antisemitismus schüre. Diese Aussage hat er inzwischen als unbedacht bezeichnet: „Ich war zornig und bin aus der Haut gefahren“, denn es sei „nicht fair“ gewesen, ihn „einen Antisemiten zu nennen.“ Wenn man jemanden einen Antisemiten nennt, dann muß man wohl darauf gefaßt sein, daß der so Genannte zur Widerlegung des Vorwurfs prompt den klassischen antisemitischen Topos äußert: die Juden seien schuld am Antisemitismus. Irgendwas muß an denen doch faul sein, daß wir sie seit Jahrhunderten verfolgen. Aber Antisemitismus, so Möllemann, sei mit „seinem liberalen Menschenbild unvereinbar“. Antisemitismus hätte auch mit einem christlichen, mit einem sozialistischen, mit einem aufklärerischen Welt- oder Menschenbild unvereinbar sein sollen und ist es nicht gewesen. Was ist das, Bauernfängerei oder Ignoranz,

oder das Bündnis von Elite und Mob im eigenen Kopf?

Es gibt Antisemiten, deren Denken und Handeln vom Antisemitismus beherrscht wird, der Typus Streicher oder Hitler. Die sind gut zu erkennen, und niemand würde wohl Möllemann dieser Gruppe zurechnen. Wir leben aber in Europa und hier gehört nun einmal der Antisemitismus zu den traditionsreichsten Glaubensrichtungen, und auch dort, wo man sich nicht mehr zu ihm bekennt, ist er im allgemeinen Gefühlshaushalt überall latent präsent. Es kann vielen passieren, daß ihnen bei einem Klischee oder einem Argument plötzlich wohl wird, bloß weil es so vertraut klingt. So wie Norbert Blüm, der von einem israelischen „Vernichtungskrieg“ spricht, um das Wort endlich einmal nicht nur auf den deutschen Krieg gegen die Sowjetunion und die Ermordung der Juden durch SS und Wehrmacht anwenden zu müssen, sondern um es auf den Krieg der Söhne und Enkel der Opfer beziehen zu dürfen.

Es ist unrealistisch, zu hoffen, irgendeine europäische Nation – und speziell die deutsche oder österreichische – könne 50, 60, 70 und mehr Jahre nach dem Holocaust von solchen Affekten frei sein. Es ist eben aus diesem Grunde unerlässlich zu verlangen, daß solche Affekte erkannt und benannt werden. Es ist intellektuell unreif und politisch verantwortungslos, im Namen eines Generationswechsels, einer neuen Zeit oder einer allfälligen Historisierung oder Normalisierung eine diesbezügliche Aufmerksamkeit als „Alarmismus“ zu denunzieren.

Jürgen Möllemann richtet seine Strategie politischer Meinungsäußerungen augenscheinlich an den Anforderungen aus, die an ihn als Lobbyisten gestellt werden. Möllemann ist ein Populist und weiß, daß man den Leuten einreden kann, man führe sie an, obwohl man bloß hinter ihnen herrennt – und daß man sich auf diese Weise an die Spitze einer so geschaffenen Bewegung setzen kann. „Emanzipation der Demokraten“ eben. Möllemann scheint aber auch gewissen Affektstürmen ausgeliefert zu sein, wie er hartnäckig demonstriert. Daher stammt das lustige Wort seiner Parteifreunde vom „Quartals-Irren“. Noch streiten die Statistiken darüber, wie erfolgreich der Populismus von Möllemann ist. Daß, wie ein seit Neuestem umlaufender Witz behauptet, das Projekt 18 darum so heiße, weil die Neonazis gerne einen Buchstaben-Zahlen-Code verwendeten, also einen Treff darum Club 88 nennen, weil H der achte Buchstabe des Alphabets ist und 88 Heil Hitler bedeuten soll, ist nicht mal als Witz besonders gut. Daß ihn möglicherweise irgendein Vollzeitirrer aus der Neonazi-Szene ernstnimmt und darum FDP wählt, hat Möllemann durch sein Gerede möglich gemacht.

Es geht darum, Grenzen zu ziehen. Schirmmacher hat dies getan. Politikerinnen und Politiker der FDP haben das bisher nur angekündigt.

04. Juli 2002

Den Heilsplan der Republik mit der Seele suchen

Seit zwölf Jahren dauert die Kontroverse über den Neubau des Berliner Stadtschlusses, der zur Staatsaffäre geriet

Eines fernen Tages wird natürlich alles vollkommen normal sein. Denn eines Tages wird ein Zeitalter einer perfekten Normalität sein. Nichts von Anspannung mehr, sie wird von den Menschen ganz einfach abgefallen sein, hier, zwischen Dom und Lustgarten, zwischen nagelneubarockem Stadtschloß und Neo-Bauakademie. Die Mitte der Hauptstadt: ein Ort zum Wohlfühlen, den der Besucher mit der Seele sucht – wie von einem ehemaligen Bundeskanzler einst ersehnt. Die Mitte der Hauptstadt wird für den Bürger der Berliner Republik ein Schauplatz der Erbauung sein, mit einem fabrikneuen Schloß. Vielleicht wird der Passant hier, an diesem Ort, eines Tages wieder das Klingeln einer Tram vernehmen, vielleicht auch das Hufegeklapper einer Pferdebahn. Oder gar das artige Spiel von Mädchen in Krinolinen und Knaben in ihren Matrosenanzügen?

Ohne jede Frage hat sich der auf Berlin-Mitte gerichtete Stadtschloßenthusiasmus das 21.

Jahrhundert im historischen Zentrum Berlins niemals derart adrett-nostalgisch vorgestellt. Aber kolossal anachronistisch schon. Um diese gigantische Unbekümmertheit gegenüber der Zukunft perfekt zu machen, darf der Deutsche Bundestag heute zwischen zwei Strategien entscheiden. Unter der Kuppel Norman Fosters wird das Parlament – in einer offenen Abstimmung, ohne Fraktionszwang – eine Empfehlung aussprechen. Damit findet eine seit zwölf Jahren andauernde Debatte über den Neubau des 1950 von der SED in einem staatsterroristischen Akt restlos beseitigten Stadtschlusses einen parlamentarischen Abschluß. Die Stadtschloßkontroverse, bereits unmittelbar nach der Wende erstmals heftig aufwallend, hatte ihre Konjunkturen. Vor allem seit 1993 der Hamburger Kaufmann Wilhelm von Boddien eine Polyesterattrappe der historischen Fassade neben dem Palast der Republik installieren ließ, riß das Faible fürs Vergangene nicht mehr ab. Wer damals bereits von den stadträumlichen und architektonischen Verheißungen des Plastikbahnschlusses absehen konnte, um den geschichtspolitischen Fundamentalismus der Schloßliebhaber und den symbolischen Überschuß ernst zu nehmen, der wußte bald: Ein Schloß wird kommen.

Der Augentrug, animiert durch eine dünnhäutige Attrappe, wurde von Argumenten begleitet, die architekturhistorisch nie welche waren. Die Hinweise auf Anstrengungen, etwa beim Wiederaufbau der Frankfurter Paulskirche, im Fall der Münchner Residenz oder der Dresdner Frauenkirche, waren vorsätzliche (oder ignorante) Irreführungen. In Dresden oder Frankfurt, genauso wie in Warschau oder Venedig, hier mit dem Schloß, dort mit dem Glockenturm von San Marco, ließ sich der Wiederaufbau mit Ruinenresten bewerkstelligen, die eine konservierende, eine restaurierende oder gar interpretierende Rekonstruktion ermöglichten.

Wenn sich heute im monumentalen Reichstag unter einem furiosen Symbol der Moderne der Bundestag mit dem Thema beschäftigt, stehen zwei Varianten zur Debatte: Die „Alternative A“ plädiert für die vollständige Rekonstruktion der barocken Fassaden der Nord-, West- und Südseite des einstigen Hohenzollernschlusses sowie des Schlüterhofs; die „Alternative B“ empfiehlt einen Architektenwettbewerb, der, die Maße des historischen Barockbaus berücksichtigend, sowohl zeitgenössische als auch historisch orientierte Konzepte zuläßt. Daß die Bundesarchitektenkammer Anfang der Woche noch einmal mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit ging, um für einen Architektenwettbewerb zu plädieren („Geben Sie Ideenfreiheit“), wirft ein bezeichnendes Licht auf die Ohnmacht der Schloßkritiker. Handelt es sich doch beim Votum für das Stadtschloß längst nicht mehr um ein Bekenntnis zu einer berlinischen Immobilie, sondern um einen innerweltlichen Heilsplan für die Berliner Republik Deutschland.

In besonderer Weise hat Gerhard Schröder, als Stratege der Normalisierung, die Stadtschloßfrage zur Staatsaffäre promoviert. Schon wenige Wochen nach der Wahl zum Bundeskanzler richtete sich Schröders Interesse nicht allein auf ein Comeback des Gestrigen, vielmehr verband der Kanzler die architekturästhetische Perspektive mit einer patriotischen Bildungsoffensive: Der Neubau der Hohenzollernresidenz sei geeignet, „dem Volke was für die Seele“ zu geben. Seitdem wurde der republikanische Diskurs vom rot-grünen Dienstweg begleitet. Auf diesem (nicht auf jenem) wurde mancher Zweifler oder Gegner zum glühenden Neoresidenzliebhaber.

Es war der heutige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin, der zuletzt immer wieder vor der „Ideologisierung“ der Stadtschloßidee gewarnt hat – und er wird genau wissen, warum. Einmal zum innerweltlichen Heilsplan erklärt, wurde die Milliarden-Immobilie gar zum „historischen Staatsort“ (der Berliner Architekturhistoriker Dieter Hoffmann-Axthelm) verklärt. Überhaupt wurden der ehemaligen Schloßcollage die tollsten Zeugnisse ausgestellt. Dabei wurde geflissentlich übersehen, daß das Barockschloß, auf den sich alle heutigen Rekonstruktionsanstrengungen beziehen, 1698 begonnen wurde, zu einer Zeit also, als in Preußen nicht etwa ein aufgeklärter Absolutismus waltete, sondern ein drakonisch-höfischer herrschte.

Eines fernen Tages, wenn die Welt auf die Berliner Stadtschloßdebatte zurückblickt, wird sie feststellen, daß die Wiederkehr des Gestrigen auch damit zu tun hat, daß Berlin zur Bannmeile für Schloßkritiker erklärt wurde. Die Bedeutung der zur nationalen Sache erklärten Debatte bestand auch darin, daß der Zutritt zu ihr auf Hauptstadgebiet von einer lokalpatriotischen Kamarilla abgeschirmt wurde. Bitter hat der Präsident der Bundesarchitektenkammer und frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi die „Beratungsresistenz“ der Kommission Historische Mitte Berlin kritisiert. Der Bauhistoriker Bruno Flierl, wie Conradi Mitglied der Kommission, sprach gar mit Blick auf lancierte Entscheidungsprozesse von „vorgreifender Erpressung“.

Ins Bild paßte, daß abweichende Voten wie die von Flierl, Conradi und der Bundestagsabgeordneten der Grünen, Franziska Eichstädt-Bohlig, in den Abschlußbericht nicht aufgenommen wurden. Ins Bild paßte, daß Anfang des Jahres ein bemerkenswerter Vorschlag des Kanzleramtsarchitekten Axel Schultes nie ernsthaft von der Kommission diskutiert worden ist. Wenn der Bundestag heute über die künftige Gestalt in offener Abstimmung entscheidet, dann fällt er auch ein Urteil darüber, daß ein offener Architekturwettbewerb von den Neoresidenzenthusiasten immer denunziert worden ist. Der Architekturwettbewerb ist von den Quartiermeistern einer historischen Camouflage nie anders denn als institutionalisiertes Risiko gesehen worden.

Seit das Stadtschloß auf den Dienstweg gebracht worden ist, mit Kanzlerwort und Kommission, Bericht und abschließendem Bundestagsvotum, haben die Schloßenthusiasten enormen Zulauf erhalten. Ein ehemaliger Gegner der Stadtschloßrekonstruktion, der Berliner Kunsthistoriker Tilman Buddensieg, äußerte Anfang der Woche sein „Bedauern über den mutlosen Verzicht auf eine moderne Lösung“. Nicht ohne seiner Resignation eine Kapitulationserklärung nachzuschieben: Einem architektonisch verunglückten Kompromiß aus Historismus und Moderne ziehe er die rücksichtslose Rekonstruktion vor. Fundamentalere kann das Mißtrauensvotum gegenüber der Architektur-Moderne kaum ausfallen. Aber Buddensieg steht mit seiner – ästhetisch begründeten – Kapitulation nicht allein da. Schon vor Wochen stellte sie der Regierende Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, aus ökonomischen Gründen in Aussicht; die finanzierungsunfähige Stadt müsse auf Gestaltungswünsche potenzieller Investoren „flexibel reagieren“.

Eines Tages, in einer Epoche der vorzüglichen Normalität der Nation, wird der Bürger genauer wissen, wie sich die katastrophale Finanzlage Berlins an einem Staatsschloß für die Berliner Republik ausgewirkt hat. Als detailversessene Designstrategie eines barockversessenen Investors? Oder als drakonisches Sparprogramm, das ausgerechnet an einem Schloß für Deutschland den Kompromiß erzwingt?

25. September 2002

Das Zauberwort heißt Normalität

Nach dem Wahlsieg gelobt Rot-Grün Besserung für die arg strapazierten transatlantischen Beziehungen

Wenn alle Amerikaner so wie Kathleen McGinty wären – das Problem wäre nie aufgetaucht. Die Frau aus Washington, früher bei Vize-Präsident Al Gore für Umweltfragen zuständig, hat auf Einladung der den Grünen nahestehenden Böll-Stiftung die Schlußphase des Bundestagswahlkampfes beobachtet. Vor ihrer Rückkehr in die USA berichtet sie bei einer unaufgeregten Diskussionsveranstaltung in Berlin über „die Wahl aus transatlantischer Perspektive“ ganz sorglos: „Ich habe nichts Anti-Amerikanisches gehört bei den grünen Wahlkampfbotschaften.“

Daraus läßt sich zweierlei ablesen. Zum einen scheint, langfristig betrachtet überraschend, derzeit die Partei des Außenministers viel weniger unter dem Verdacht des Anti-

Amerikanismus zu stehen als die Kanzlerpartei SPD. Und zum anderen gibt es in parteipolitischen Nischen längst, was der US-Botschafter in Berlin, Daniel Coats, auch für die größere Politik signalisierte: Rückkehr zur Normalität.

„Schritt für Schritt“ müsse an solcher Normalisierung gearbeitet werden, heißt es in der Regierung. Zur neuen Militärstrategie der US-Regierung bleibt Rot-Grün – wie die meisten Europäer – auffallend sprachlos. Jeder Präsident entwerfe solche Strategien, hängt man das Thema tief. Und das Hauptinteresse Europas sei doch, in Sachen Nahost die UN ins Spiel zu bringen, statt über US-amerikanische Strategiepapiere zu debattieren. Das alles paßt durchaus zu Signalen aus Washington, die Deutschen seien nun selbst am Zug, sich als treue Partner neu zu bewähren.

Joschka Fischer will bald dorthin reisen, soviel zeichnet sich ab. Er wird sich Zeit nehmen, viele Gespräche im Kongreß und mit Medienleuten vorsehen, um das Deutschlandbild zurechtzurücken. Denn das war ja gerade das Hauptproblem der Regierungsspitze mit Herta Däubler-Gmelins verunglückten Zitaten über George W. Bush, Adolf Hitler und die US-Politik: Plötzlich fanden sich Kanzler und Außenminister in eine Ecke bugsiert, in die sie nie wollten. Deshalb betont Gerhard Schröder jetzt täglich, daß er es war, der im November seine politische Existenz – per Vertrauensfrage – riskierte, um Bush in Afghanistan zu unterstützen. Auch aus den Koalitionsfraktionen reisen Parlamentarier in die Partnerländer. Gert Weisskirchen, außenpolitischer Sprecher der SPD, bricht einen Tag nach Schröder am heutigen Mittwoch in Richtung London auf, um dort ebenfalls nach Kräften Irritationen abzubauen und zu testen, wie viel Kooperation in der Irak-Politik mit den Briten möglich ist. Hans-Ulrich Klose, der Amerika-freundliche Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, will in Washington für die SPD sondieren. Manches an den Debatten im Wahlkampf sei „virtuell“ gewesen, heißt es freimütig in der SPD-Fraktion. Frei übersetzt also: etwas künstlich. Denn weder Washington noch London seien doch auf eine deutsche Beteiligung an einem Irak-Krieg erpicht.

Das ist die eine Seite. Die andere bleibt, daß Schröder und Fischer in der Sache beim bisherigen Widerspruchsgeist zur Irak-Politik Washingtons bleiben wollen – und erleben, wie ungewohnt das aus Sicht der US-Regierung ist. Insofern bräuchte die Normalität, die gesucht wird, jetzt doch ein paar neue Akzente. Da geht es gewiß nicht nur um Stimmungsfragen, denn die Rot-Grünen sehen in ihrem Wahlsieg längst viel mehr als nur ein innenpolitisches Ereignis. Sie spüren große internationale Erwartungen von dort, wo man klassisch von der sozialdemokratischen, derzeit allerdings meist deprimierten „europäischen Linken“ spricht.

Bis zu einer Visite des Kanzlers bei Bush kann es noch ein paar Wochen dauern. „Wir haben ein hohes Interesse daran, daß die Atmosphäre wieder besser wird“, signalisiert Weisskirchen: „Aber die inhaltliche Auseinandersetzung ist davon nicht berührt.“ Dahinter steht die Hoffnung, daß es mit den gegenseitigen Retourkutschen bald ein Ende hat. Letztes Kapitel der Ruppigkeiten könnte dann das bisherige Ausbleiben eines Glückwunsches von Bush zu Schröders Sieg sein. Zugleich dämmert den rot-grünen Außenpolitikern, daß die Strategie der US-Hardliner gegen Irak und womöglich Iran sicher einen gewissen Rückzug der USA von Einsätzen auf dem Balkan und womöglich auch aus Afghanistan zur Folge haben dürfte. Daran knüpft sich die Frage nach einer Verstärkung des deutschen Anteils.

Doch eines mögen die Koalitionsoberen sich lieber nicht vorstellen – eine ernsthafte Debatte über die Nutzung der US-Stützpunkte in Deutschland für einen Irak-Krieg. Die wäre, glaubt Weisskirchen, außenpolitisch nicht durchzustehen: „Unsere politischen Bindungen können nicht zur Disposition stehen.“ Bislang hilft der Hinweis Berlins, über hypothetische Fragen müsse man nicht reden. Sobald es eine reale Frage wird, steht aber bei „Rot-Grün II“ die erste Probe auf die Geschlossenheit an. Prognose aus heutiger Sicht: Es gibt Debatten in beiden Parteien, aber die Fraktionen bleiben im Griff. Es ist ja nicht unbedingt ein Bundestagsbeschluß nötig.

Die Welt

26. März 1946

Revolution oder Aufbau?

Wir stehen nicht nur an einem Ende. Wir stehen an einem Anfang, einem dunklen und mühseligen und beladenen Anfang. Wir spielen nicht Revolution, da wir nur zusammengebrochen sind. Das war 1918 anders. Damals haben wir den Zusammenbruch getarnt. Wir entfesselten einen Sturm im Wasserglas und meinten, das Ganze sei eine Revolution. Heute sind wir nüchterner, realistischer, illusionsloser.

Man kann mit Recht gegen die deutsche Vergangenheit einwenden, dass sie keine Geschichte glorreicher Freiheitskämpfe gewesen sei. Wir haben damals zu lange in den Dienstbotenzimmern der Fürsten gegessen. Aber wenn wir in unserer gegenwärtigen Lage keine Revolution vortäuschen wollen, dann kann uns heute kein Vorwurf treffen. Die Revolutionen der europäischen Geschichte haben zu zweifelhaften Ergebnissen geführt. Der historische französische Aufstand gegen den Absolutismus begann mit Rousseau, der die Rückkehr zur Natur forderte. Aber diese Revolution brachte in der politischen Wirklichkeit den Kapitalismus, die Technik und eine bourgeoise Republik. Hitler brachte eine andere Revolution, eine Revolution von rechts. Er wollte im Zeichen von Blut und Boden eine neue Volksstruktur begründen. In der politischen Wirklichkeit entstanden aber der Vierjahresplan, die Aufrüstung, die Zwangsarbeit, die Entwurzelung der Menschen. Sollen wir jetzt eine neue Revolution im Namen der sozialen Gerechtigkeit beginnen, um in einem Staatskapitalismus zu landen? Gibt es überhaupt noch die Möglichkeit zu einer Klassenrevolution in Deutschland, wenn 20 Millionen Heimatlose aus allen Bevölkerungsschichten, wenn Millionen Ausgebombter aus allen Klassen das Hauptkontingent unserer Armee des Elends bilden?

Es scheint, als suche Deutschland etwas anderes als eine neue Revolution. Wir brauchen den Frieden, den wirklichen und vollen Frieden. Wir hoffen auf eine Zukunft, in der ein Platz in irgendeiner Ecke der Welt für ein einfaches und gesichertes Leben zu finden ist. Unter den Trümmern der Großstädte graben wir nach dem verschütteten Bild des Menschen. Bange fragen wir uns, ob nach der vergangenen Epoche des Hasses noch eine politische Ordnung gefunden werden kann, die auf dem Gedanken der Freiheit, der Würde und der Liebe unter den Menschen aufbaut.

Wir wollen den Zusammenbruch überwinden, der das Ende der falschen Götter bedeutet. Es liegt heute aber kein Sinn in einer Revolution, die den alten Trümmern nur neue hinzufügen würde. Wir brauchen einen neuen Begriff: den Aufbau. Nüchtern und misstrauisch, Schritt für Schritt und unerbittlich in der Sache werden wir Stein an Stein zum Gebäude einer menschlichen Ordnung der Demokratie fügen.

Wenn Deutschland aus der Lähmung und Lethargie den Mut zu dem ungeheuren Neubeginn finden soll, so bedarf es dazu der inneren Aufrichtung, des Zuspruchs. Wir stehen in Deutschlands dunkelster Stunde und brauchen jetzt die lichten Worte der Liebe auch aus dem Ausland. Der Krieg ist von dorthier im Zeichen des Christentums geführt worden, das gegen eine dämonische Ordnung zu verteidigen war. Es ist nicht schwer, das Christliche zu vertreten, solange es mit dem Willen zum Sieg übereinstimmt. Wenn das Christliche ernsthaft gemeint ist, so muß es aber in der Stunde nach dem Sieg seine eigentliche Kraft entfalten und den Weg zu einer Hilfsbereitschaft freilegen, die in dem früheren Gegner den gefallenen Bruder sieht.

Wir haben mit uns selbst zu tun, wir können keine Ansprüche erheben. Aber es gehört zur Erziehung des deutschen Volkes, ihm klarzumachen, dass die friedlichen Gedanken der

Verständigung, der Zusammenarbeit, der Verbundenheit aller Menschen eine reale Kraft, nicht nur eine Behauptung humanistischer Ideologen sind. Das deutsche Volk hat diesen Gedanken nie sehr starkes Vertrauen geschenkt. Die Erfahrungen, die die Weimarer Republik machen musste, waren nicht ermutigend. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, in dem wir es allein noch mit der internationalen Verständigung versuchen können. Wir müssen es lernen, in großen Zusammenhängen zu denken, auch wenn wir auf dem Theater der Welt keine erste Rolle mehr spielen. Wir treten aber nicht ab und unser erstes Bemühen muß um den größeren Zusammenhang gelten, der uns am nächsten liegt: Europa. Jedes gute und neue Wort, das aus dem europäischen Ländern und der übrigen Welt zu uns gesprochen wird, löst in unseren Herzen die Verkrampfung und Erstarrung. Es ist nicht gut, wenn ein Volk mit seinem Hunger und seinen Trümmern allein bleiben muß. Wenn uns schon das materielle Elend bleibt, so brauchen wir um so dringender die Freundschaft der anderen Nationen. Eine kühne Forderung, in manchen feindlichen Ohren eine vermessene Forderung. Aber so, wie Deutschland zur Welt finden muß, so muß das Ausland langsam aber stetig voranschreitend den Weg zurück zu Deutschland finden. Das gilt für Engländer, Franzosen, Polen und – für die Juden. Mit unserem unbedingten Willen zum Neuaufbau fangen wir von unten und von innen her an. Aber das Werk kann nur gelingen, wenn es in eine Atmosphäre des beginnenden Vertrauens von außen hineinwächst.“

18. April 1946

Unteilbarer Friede

Paris rüstet zur Konferenz der Außenminister Englands, Rußlands, der USA und Frankreichs. Die Konferenz soll die 5 europäischen Friedensverträge für Italien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Bulgarien entwerfen. [...]

Deutschland hat ein besonderes Schicksal. Wir haben den Krieg ohne Kriegserklärung kennengelernt. Wir erleben jetzt den Frieden ohne Friedensvertrag. Ein Krieg beginnt mit der Kriegserklärung und endet mit einem Friedensvertrag. Zum Abschluß eines solchen Vertrages ist aber eine Regierung erforderlich, die Deutschland voraussichtlich für längere Zeit nicht besitzen wird. Die Kapitulation, unter deren Bedingungen wir gegenwärtig leben, ändert völkerrechtlich am Kriegszustand nichts. Völkerrechtlich. Sollen wir und die übrigen Staaten der Welt wegen dieser juristischen Lage auch geistig und politisch am Kriegszustand festhalten oder wäre es nicht besser, wir stellten uns moralisch auf den Frieden um, auch ohne Abschluss eines irgendwann winkenden Friedensvertrages? Der Friede ohne Friedensvertrag bedeutet für Deutschland eine bessere moralische Haltung als die Andauer eines fiktiven Kriegszustands.

Wahrscheinlich wird Deutschland auf der Tagesordnung der Pariser Konferenz stehen. Für diesen Fall haben Polen, Holland, Belgien, Dänemark, Luxemburg und die Tschechoslowakei um Gehör auf der Konferenz gebeten. Die Debatte über Deutschland würde nicht nur das Saargebiet, die Ruhr und den Rhein umfassen, sondern auch Themen wie Schadenersatzforderungen für ausgeführtes Industriematerial einbeziehen. Deutschland hat keinen Platz am runden Tisch. Es muß sich damit abfinden, daß seine Rechte treuhänderisch von den Besatzungsmächten wahrgenommen werden.

Aber Deutschland ist an seinem Frieden interessiert. Es soll hier ein Wort aufgegriffen werden, das früher von dem russischen Außenminister Litwinow geprägt und von der ganzen Welt anerkannt wurde: Der Friede ist unteilbar. Deutschland liegt geographisch noch immer im Herzen Europas. Europa, das durch den Krieg seine zentrale Stellung in der Welt verloren hat, wird nur wieder zu sich kommen, wenn auch Deutschland ökonomisch und politisch gesundet. Um ein bekanntes Sprichwort abzuwandeln: Ein gesundes Deutschland in einem gesunden Europa. Für Deutschland wird in Paris kein Friedensvertrag vorbereitet. Der Friede

aber ist unteilbar. In Europa und in der Welt wird kein Friede herrschen, solange Deutschland nicht wenigstens moralisch in den allgemeinen Friedenswillen einbezogen ist.

Hitler hatte eine brutale imperialistische Machtpolitik getrieben. Es ist daher verständlich, wenn auch die noch unformulierten Wünsche Deutschland zum Frieden von vornherein dem Verdacht einer Erneuerung alter Sünden ausgesetzt sind. Man muß aber zwischen nationalistischen Forderungen und solchen Wünschen unterscheiden, die auf eine demokratische Selbsterhaltung Deutschlands gerichtet sind. Die demokratische Selbsterhaltung ist vordringlich die Sache Deutschlands selbst. Er ist aber gleichzeitig ein Gebot an das Ausland, weil Deutschland ohne politische Hilfe für längere Zeit nicht existieren kann. Die britisch-französischen Kohlenverhandlungen in Essen haben eindeutig die Wechselwirkung zwischen der materiellen Existenz Deutschlands und seiner politischen Form gezeigt. Herr Dalton, der englische Schatzminister, hat kürzlich im Unterhaus erklärt, dass der englische Steuerzahler 80 Millionen Pfund für die Besetzung Deutschlands zu bezahlen habe. Eine Übernahme dieser Kosten durch Deutschland kann nur in Betracht kommen, wenn sein Industriepotential und sein Export einen entsprechenden Überschuß gestatten. Dies sind nur zwei Beispiele, die beliebig vermehrt können. Sie beweisen die unauflösbare politische und wirtschaftliche Verflechtung Deutschlands mit Europa. Das ökonomische Gesetz gilt auch für die moralische Situation. Darum sei am Vorabend der Pariser Konferenz noch einmal auf das Wort hingewiesen: Der Friede ist unteilbar.

21. September 1949

“Erster Schritt in die politische Mündigkeit“

24. November 1949

Das Abkommen vom Petersberg

(...) Das vom Bundeskanzler gegebene Wort wird von seinen Vertragspartnern, den Hohen Kommissaren, als vollwertige Garantie für die Einhaltung dieses Vertrages durch die Bundesregierung akzeptiert. Der Prozess der Erneuerung deutscher Souveränität hat bereits mit der Inkraftsetzung des Bonner Grundgesetzes und der Konstituierung der obersten Bundesorgane seinen Anfang genommen. Mit dem Abkommen vom Petersberg hat der Prozeß der Rehabilitierung des deutschen Volkes begonnen.

8. Februar 1951

Der neue Platz

Die kommenden Monate werden mit dem Versuch ausgefüllt sein, der Bundesrepublik in der westlichen Welt einen neuen rechtlichen und politischen Platz zu geben. Mitte Dezember 1950 beschlossen die westlichen Außenminister in Brüssel, die Beziehungen zur Bundesrepublik auf eine ‚vertragliche Grundlage‘ zu stellen; General Eisenhower formulierte das politische Fazit seiner westdeutschen Begegnungen dahin, dass ‚Gleichberechtigung die wichtigste Vorbedingung für einen Verteidigungsbeitrag Westdeutschlands sei‘. Es ist damit zu rechnen, dass der Westen binnen kurzem auf gemeinsame Beratungen drängen wird, den Status der Bundesrepublik neu zu ordnen - und zwar nach Erledigung der Zwischenstufe: der seit langem beschlossenen Revision des Besatzungsstatus.

Plastische, für den Mann auf der Straße leicht faßliche Erläuterungen, wie diese ‚Gleichberechtigung‘ aussehen soll, wurden vom Westen bis heute nicht gegeben. Sie müssen offensichtlich erst erarbeitet werden. Auch auf deutscher Seite hat es bisher an exakten Vorstellungen - trotz mancher Ansätze dazu - gefehlt.

Wenn die Formel ausreichend und durchführbar wäre: ‚Gebt uns Deutschen die volle Souveränität als selbständig handelnder Staat, dann ist unsere Hauptforderung erfüllt‘, so bedürfte es keiner intensiven Verhandlungen. Realitäten zeigen jedoch auf den ersten Blick, daß mit der ‚Gleichberechtigung‘ eine kaum übersehbare Fülle von Fragen aufgeworfen wird, die das Urteil eines amerikanischen Chronisten berechtigt erscheinen lassen, die alliierte Diplomatie steht jetzt vor ihrer schwersten Aufgabe in der Deutschland-Politik.

Zweifellos ist die Herstellung der Souveränität, wenn auch eine durch die Anwesenheit der alliierten Truppen bedingte ‚eingeschränkte‘ Souveränität, der erste entscheidende Punkt. Durch einen Staatsvertrag sollte bei Ablösung des Besatzungsstatus festgelegt werden, dass die Bundesrepublik in allen inneren Angelegenheiten gemäß ihrer Verfassung selbständig entscheiden kann, ohne Eingriffen ausgesetzt zu sein. [...]

17. März 1951

Der deutsche Außenminister

Trotz aller Fortschritte, die insbesondere in den letzten zwei Jahren erzielt wurden und die in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden sollten, haben wir die Normalisierung unseres staats- und völkerrechtlichen also unseres politischen Zustandes noch nicht erreicht. Ein Netz von Verboten und Kontrollen beschränkt unsere autonome politische Willensbildung. Für viele ist dies ein enttäuschender Zustand. Man darf aber nicht übersehen, wo wir 1945 standen und wo wir heute stehen. Man darf aber vor allem nicht übersehen, dass die Dinge im Flusse sind. Die Entwicklung ist auf die noch fehlende Normalisierung unseres politischen Status ausgerichtet. Diese Normalisierung ist keine politische Utopie. Sie ist ein durchaus reales politisches Ziel, das, wenn alles gut geht, in nicht allzu ferner Zeit erreicht werden kann.

Es wäre jedoch falsch, wollte man sich darauf verlassen, dass da nun einmal die Dinge im Flusse sind, sich alles von selbst zum Richtigen wenden werde. Niemandem fällt der reife Apfel in den Schoß. So muß unsere gesamte Politik ständig und bei jeder auch noch so geringfügigen Entscheidung von der Erwägung beherrscht sein, wie wir am schnellsten in den Besitz voller Souveränität gelanden können, wie sich der gegenwärtige Zwischenstand rasch überwinden lässt: Das gibt jedem Problem seine spezifische Prägung. Das wird auch der deutschen Außenpolitik, die nach der Schaffung des Auswärtigen Amtes in eine neue Phase getreten ist, eine besondere Gestalt geben. [...]

5. Januar 1952

Schuman vorgeladen

Der Außenpolitische Ausschuß der Nationalversammlung hat auf Grund der in Bonn abgegebenen Erklärungen Staatssekretär Hallsteins einstimmig die Vorladung Außenminister Schumans beschlossen. Schuman soll den Ausschuß über die von Frankreich im Verlauf der letzten Verhandlungen über die Europa-Armee eingegangenen Verpflichtungen unterrichten. Hallstein hatte am Mittwoch vor der Presse erklärt, wenn die Bundesrepublik in der europäischen Verteidigungsgemeinschaft wirklich gleichberechtigt sein sollte, müsste sie als Einzelmitglied in den Atlantikpakt aufgenommen werden, oder aber die anderen Mitgliedstaaten der Europa-Armee, die gleichzeitig Einzelmitglieder des Atlantikpaktes sind, müssten diese Einzelmitgliedschaften aufgeben. Diese Äußerung wurde in Paris als „voreilige Forderung“ Deutschlands bezeichnet und hat stark befremdet. In politischen Kreisen befürchtet man, dass sich durch die Hallstein-Erklärung der Widerstand in der Nationalversammlung gegen die Europa-Armee versteifen könnte.

12. Januar 1952

Kanzler-Appell an die SPD

[...] In sehr scharfer Form warf er [Adenauer] der Opposition vor, mit ihren Argumenten, „andere Völker, mit denen wir zusammenarbeiten müssen“, vor den Kopf zu stoßen. In dieser Debatte hätte man den Eindruck gewinnen müssen, als vermöge die Opposition sich kein Bild darüber zu machen, wie es im Ausland wirklich aussehe. „Hat man bei uns vergessen, dass es der von den Nationalsozialisten entfesselte Krieg und das heraufbeschworene Elend ist, unter dem die Welt heute noch stöhnt?“

Bei richtiger Bewertung der Vergangenheit und bei dem im Ausland noch herrschenden Misstrauen könne man im Bundestag nicht einfach fordern, „dass zuerst die anderen einen Beweis ihrer europäischen Haltung liefern müssten“.

[...] Als Adenauer behauptete, dass die Argumente der Opposition eine verblüffende Ähnlichkeit mit den Reden der Hugenberg-Anhänger in den 20er Jahren hätten, kam es zu tumultartigen Lärmszenen bei der SPD. Unbeeindruckt von den Zwischenrufen wies Adenauer auf den Wandel hin, den die Haltung der Alliierten gegenüber Deutschland in den letzten Jahren durchgemacht habe. „Erst waren wir Gegner, dann Subjekt der Besatzungspolitik. Morgen werden wir gleichberechtigte Partner sein.“ Er forderte die Opposition auf, den Weg in die Höhe mit der Regierung zusammenzugehen. [...]

Ollenhauer wies in seiner von Beifall und Bravorufen der Opposition unterstützten Erwiderung Adenauers Vorwürfe energisch zurück. „Die SPD ist sich ihrer Verantwortung gegenüber Deutschland und Europa bei jedem Wort, das hier gesprochen wurde, genau bewußt geworden“. Zu dem Vergleich mit Anhängern Hugengebgs sagte Ollenhauer: „Sie, Herr Bundeskanzler, werden aus Ihrer im Ausland gesammelten Erfahrung wissen, wie sehr die Zweifel an der demokratischen Gesinnung der Bundesrepublik und ihrer Regierung gerade durch die Äußerungen von Kabinettsmitgliedern noch bestärkt worden sind.“ [...]

31. Januar 1952

Dreimächtekonferenz am 13. Februar [...]

„Besondere Lösung“

Der deutschen Forderung auf gleichberechtigte Mitgliedschaft im Atlantikpakt könne wahrscheinlich durch eine „besondere Lösung“ entgegengekommen werden, erklärte Außenminister Acheson am Mittwoch vor der Presse.

Er deutete an, dass eine einstweilige Verbindung zwischen Bundesrepublik und Atlantikpakt beschlossen werden könne, die jedoch keine Präjudizierung einer möglichen vollen Mitgliedschaft Deutschlands darstellen würde. [...]

Paris: Ist Deutschland reif?

Nach Mitteilung eines Sprechers des Quai d’Orsay lehnt Frankreich die Aufnahme der Bundesrepublik in die Atlantikpaktorganisation aus materiellen und moralischen Gründen ab. Frankreich stehe auf dem Standpunkt, dass Deutschland erst in der nahen Zukunft beweisen müsse, ob es reif und würdig sei, in den Atlantikpakt aufgenommen zu werden.

11. April 1952

„Nicht mehr über unsere Köpfe hinweg“.[...]

„Es geschieht jetzt nichts mehr in der Weltpolitik über Deutschlands Kopf hinweg“. In diese Worte faßte der Bundeskanzler kurz vor seiner Abreise nach San Francisco das Ergebnis seiner Washingtoner Besprechungen zusammen. [...]

27. Mai 1952

Die Bonner Verträge

Man verzichte auf die großen Worte. Nicht, weil sie fehl am Platze wären. Das ist durchaus nicht der Fall. Sondern, weil es Zeiten gegeben hat, in denen viele dieser großen Worte durch Missbrauch abgenützt wurden.

Man verzichte aber auch auf etwas anderes, nämlich darauf, die am Montag unterzeichneten Bonner Verträge zu zerpfücken, um aus ihnen all das herauszupicken, was diesem oder jenem nicht gefällt. Gewiss, es gibt in ihnen manche Bestimmung, die uns nicht unerhebliche Belastungen bringt. Die wiedererlangte volle Souveränität und die erneuerte uneingeschränkte Freiheit ist mit einigen Hypotheken belastet. Konnte man aber etwas anderes erwarten angesichts der politischen Funktion dieser Übereinkommen?

Für das, was im Bonner Vertragswerk verwirklicht wurde, kennt weder die Geschichte noch das Völkerrecht einen Präzedenzfall. Hinter einen Krieg, der die größte Katastrophe darstellte, den die Historie kennt, wird der Schlusspunkt gesetzt. Im gleichen Augenblick verbündeten sich aber die Staaten, die sich in dieser gigantischen Katastrophe als erbitterte Gegner gegenübergestanden hatten, zu einer auf echter Partnerschaft beruhenden Gemeinschaft, um ihre staatliche und nationale Existenz zu sichern.

Was in den Jahren des Krieges geschehen ist, kann natürlich nicht ungeschehen gemacht werden. Es kann auch nicht aus der Erinnerung der Völker ausgelöscht werden. Man wäre ungerecht, wollte man solches verlangen. Aber die Geschehnisse von einst und ihre psychologischen Nachwirkungen haben nicht zu einer Erstarrung der Fronten geführt, die es unmöglich macht, dass sich jene Nationen, die frei sind und trotz aller Bedrohungen frei bleiben wollte, zusammenschließen, um so ihre Sicherheit zu erhöhen.

Eine solche Politik fordert von allen Nationen Verzicht und Opfer. Nach der Unterzeichnung der Bonner Verträge bildet die Bundesrepublik, als die politische Repräsentation des sich in seiner Gesamtheit zu den Grundsätzen der Freiheit bekennenden deutschen Nation, einen integrierenden Bestandteil dieser Staatengemeinschaft. So hat auch sie mancherlei Opfer und Verzicht gebracht. Doch der Eintritt der Bundesrepublik in die Familie der freien Völker als gleichberechtigtes Mitglied vollendet für sie gleichzeitig den Prozess der Erneuerung ihrer vollen Souveränität. Sie ist nicht mehr ein Staat zweiten Ranges, sie ist in der Zukunft nicht mehr mit der Kuratel des Besatzungsregimes belastet, sie ist in ihrer erneuerten Souveränität der Bundesgenosse der in der freien Welt führenden Nationen.

Wer die Bedeutung der Bonner Verträge ermessen will, muß sich diese politisch sehr wesentlichen und in ihrem Dasein nicht zu bestreitenden Sachverhalte vor Augen halten. Und für die richtige Wertung dieser politischen Realitäten kann es nur zweckmäßig sein, wenn man bedenkt, dass der Sturz, den das deutsche Volk 1945 erlebte, sehr viel tiefer war als der von 1918, und dass die Bonner Verträge sowohl ideell als auch materiell sehr viel mehr bedeuten als die Verträge von Locarno aus dem Jahre 1925. In beiden Fällen spiegelt sich die Entwicklung eines Zeitraumes von sieben Jahren wieder. Überlegt man sich dies, dann haben wir – so scheint es noch wenigstens – keinen Grund, mit unserem Schicksal und mit unserer Politik zu hadern.

Die Bonner Verträge, die mit ihnen verbundene Erneuerung unserer Souveränität und die sich aus ihnen ergebende Einbeziehung in die Gemeinschaft der freien Nationen kommen – auch das darf nicht vergessen werden –, der Rehabilitierung der deutschen Nation gleich. Was dies bedeutet, kann nur der ermessen, der sich frei von allen Ressentiments jener Zeiten erinnert, die dem Zusammenbruch von 1945 unmittelbar folgten.

Machen wir uns heute nichts vor. Gestehen wir es ruhig ein: wir alle waren damals bedrückt von dem, was hinter uns lag, aber auch von dem, was uns, sich daraus ergebend, noch bevorstehen könnte. Wir sahen turmhohe Schuld und zweifelten an der Möglichkeit einer

vernünftigen Zurechnung dieser Schuld. Jetzt, da die Rehabilitierung der deutschen Nation auch formell ausgesprochen wurde, können wir hoffen und erwarten, dass auch Fehlbeurteilungen aus jenen Tagen ihre Korrektur erfahren werden und dass die öffentliche Meinung bei unseren Partnern in der Gemeinschaft der freien Völker die Reste eines Gefühles der Bedrohung durch Deutschland verlieren wird.

Die Bonner Verträge bedeuten allerdings nicht die Lösung der deutschen Frage in ihrer Gesamtheit. Das wissen wir. Sie konnten uns der Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht näher bringen. Das liegt außerhalb des unmittelbaren Wirkungsbereiches. Die Bonner Verträge bedeuten jedoch nicht die Verewigung der Teilung Deutschlands

Die Bundesrepublik ist einer Staatengemeinschaft beigetreten, deren Politik von dem Wunsch und auch der Hoffnung getragen ist, dass der Osten sie endlich als das erkennt, was sie in Wahrheit ist, nämlich als eine Staatenverbindung, die von dem Prinzip der Stärke lediglich zu ihrem eigenen Schutz Gebrauch machen will, niemals aber, um andere Völker in ihrer Sicherheit und Existenz zu bedrohen. Das Problem der deutschen Einheit wird aber seine Lösung automatisch finden, wenn der Osten erkennt und diese seine Erkenntnis auch zugibt, dass die Dinge so und nicht anders liegen. Unter diesem Aspekt betrachtet, bilden auch die Bonner Verträge eine wesentliche Etappe auf dem Wege der Erneuerung der deutschen Einheit.

6. November 1952

Bonn begrüßt die Entscheidung der USA

Regierung und Opposition begrüßten in fast übereinstimmenden Erklärungen die Wahl Eisenhowers. Der Bundeskanzler sagte: „Die eingehende Kenntnis der europäischen Probleme, über die Eisenhower verfügt, ist von sehr großer Bedeutung, weil die Entscheidungen, die Westeuropa in naher Zukunft zu treffen hat, nur in enger Zusammenarbeit mit den USA gefällt werden können.“

In einer Erklärung des Vorstandes der SPD heißt es, Eisenhowers Wahl lasse erhoffen, daß Amerika bei den kommenden weltpolitischen Entscheidungen die Bedeutung Europas auch für die amerikanische Politik voll in Betracht stellen werde.

In Bonn hat man nicht vergessen, dass Eisenhower seine frühere Meinung über Deutschland in der Nachkriegszeit erheblich geändert hat und sich sowohl über den deutschen Soldaten als auch über den Gesundungs- und Aufbauwillen des deutschen Volkes positiv geäußert hat.

9. April 1953

„Kein neues Rapallo“

Adenauer unterbreitet Manifest der deutschen Außenpolitik

In seiner außenpolitischen Rede vor dem Nationalen Presseclub stellte Bundeskanzler Adenauer fest, dass eine überzeugende Änderung des bisherigen Kurses der Sowjetunion noch nicht zu erkennen sei. Man müsse daher die Erklärungen des Kremls mit Vorsicht aufnehmen. Der Westen solle zwar nicht von vornherein alles verneinen, „aber man muß sich auch davor hüten, einem etwaigen Versuch zur Zerstörung der westlichen Einheit und seiner Front gegenüber Sowjetrußland Vorschub zu leisten.“

Adenauer wies anschließend die im Ausland geäußerten Befürchtungen zurück, Deutschland könne seine Wiederaufrüstung zur Führung eines Krieges gegen die Sowjetunion ausnutzen, um die verlorengegangenen Ostprovinzen zurückzuerobern. Er sagte: „Das deutsche Volk hat nach dem entsetzlichen Krieg heute den überwältigenden Wunsch nach Frieden. Der Politiker, der heute das deutsche Volk zum Revanchekrieg aufrufen wollte, würde im selben Augenblick mit Schimpf und Schande davongejagt werden.“

Pakt mit Moskau unmöglich

Auch die Furcht vor einem neuen Rapallo wurde vom Kanzler entkräftet. Er sagte: „Jeder Deutsche ist sich heute über eines klar: ein Paktieren mit Sowjetrußland auf der Basis der Partnerschaft und der Gleichberechtigung ist für ein schwaches Land, wie es Deutschland geworden ist, ein Ding der Unmöglichkeit. Die Zeit des Vertrages von Rapallo ist nicht wiedergekommen. Damals war Sowjetrußland schwach, es suchte und fand in dem damals noch starken Deutschland einen Partner. Wollten wir ein solches Paktieren versuchen, so würden wir binnen kurzem zu einem Vasallen der Sowjetunion herabsinken.“

Keine Chance für Radikale

Der Kanzler versicherte außerdem, dass Links- und Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik heute keine Chancen hätten, solange die Europa-Politik Erfolg habe und der wirtschaftliche Aufbau weitergehe. Es gäbe zwar einige „unverbesserliche Nationalsozialisten“, aber solche Leute gibt es auch in Frankreich und in Großbritannien, denn Naumann ist von dort finanziell unterstützt worden.“ Im übrigen habe die Bundesrepublik mit der Annahme des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens dem Geist des Nationalsozialismus die bisher schärfste Absage erteilt. [...]

3. Juli 1953

„Falsch und gefährlich“

Adenauer antwortet Kritikern

Wenn die Bundesregierung und die Mehrheit des Bundestages in den letzten vier Jahren diese Politik verfolgt hätten, so hätten sie damit den Auftrag erfüllt, den das Grundgesetz gegeben habe, nämlich die nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.

„Es ist nicht nur falsch, sondern auch gefährlich, wenn unrealistische Politiker heute fordern, dass die europäischen Zusammenschlüsse zurückgestellt oder gar aufgegeben werden sollten“, betonte der Kanzler. „Ganz und gar unrealistisch ist es und den Interessen Deutschlands abträglich, wenn sogar geäußert wird, die deutsch-alliierten Verträge seien tot.“

Gerade die Bevölkerung der Sowjetunion erwarte, daß sich die Bundesregierung ihrer starken Position nicht begeben, die die Partnerschaft mit der freien Welt bedeute.

Wenn heute die Möglichkeit einer Viererkonferenz vorausgesehen werden könne, auf der die Frage der deutschen Wiedervereinigung behandelt wird, so sei dies ein Erfolg der Außenpolitik der Bundesregierung, stellte Adenauer fest. (...)

Außerdem hätten sich die Beziehungen der Bundesrepublik zur ganzen freien Welt durch die Politik der Regierung nicht nur normalisiert, sondern sogar freundschaftlich gestaltet.

Eine spätere Zeit werde erst voll würdigen können, dass sich die Bundesregierung in den letzten vier schweren Jahren entschlossen von falschen Ressentiments freigemacht habe und den Weg des Maßhaltens und der Verständigung mit den anderen Mächten gegangen sei.

Das Ziel seiner Politik, sagte der Kanzler, Deutschland vom Objekt zum Subjekt der internationalen Politik zu machen, sei allerdings noch nicht ganz erreicht, da die deutsch-alliierten Verträge noch nicht in Kraft gesetzt worden seien.

21. Oktober 1953

Adenauers Programm:

Für Ausgleich nach innen und außen

Bundeskanzler Adenauer gab am Dienstag im Bundestag eine umfangreiche Regierungserklärung ab, mit der er sein außen- und innenpolitisches Programm für die nächsten vier Jahre verkündete. [...]

Ziele der deutschen Außenpolitik sind nach dem Regierungsprogramm: die Herstellung der Unabhängigkeit der Bundesrepublik, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Integration

Deutschlands in die Gemeinschaft der freien Völker Europas. Das Ziel der Wiedervereinigung soll ausschließlich mit friedlichen Mitteln erreicht werden. (...)

Mit großem Nachdruck erklärte Adenauer, dass das deutsche Volk jedoch niemals die Oder-Neiße-Linie als Grenze anerkennen werde. Alle Fraktionen des Bundestages begrüßten diese Feststellung mit stürmischem Beifall. [...]

23. Januar 1954

Gebt uns Freiheit, Einheit, Frieden

Der Wortlaut des Aufrufs von Bundeskanzler Adenauer zum Berliner Kongreß

Der Aufruf des Bundeskanzlers zum Berliner Kongreß hat folgenden Wortlaut: „Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat nach dem Kriege in unermüdlicher Arbeit versucht, aus dem Chaos, das nationalsozialistische Gewaltherrschaft hinterlassen hatte, den Weg zu einem Leben in Frieden und Freiheit zu finden. Es hat sich überall da, wo es frei entscheiden konnte, ein demokratisches Staatswesen aufgebaut und in der Gemeinschaft der Völker wieder einen Platz gefunden, der seinem Anteil an Rechten und Pflichten entspricht.

Das deutsche Volk hat aus der Einsicht in die Lehren der Geschichte und unter dem Druck der Notwendigkeiten in allen seinen Ständen und Schichten erkannt, dass es Wohlfahrt, Freiheit und Sicherheit nur finden kann in einer größeren, ihm durch gleiche Interessen und Ideale verbundenen Gemeinschaft. Von dieser Erkenntnis war unsere Politik geleitet.

Die Deutschen, die ja am eigenen Leibe die Schrecken des Krieges und der Gewaltherrschaft erlebt haben, sind fest entschlossen, all ihre Kräfte in den Dienst der Freiheit und des Friedens zu stellen. Sie wünschen nichts sehnlicher, als gemeinsam mit allen ihren Nachbarn durch den Austausch geistiger und materieller Güter zur Fortentwicklung der Menschheit und zur Festigung des Friedens beizutragen. Eingedenk des geschehenen Unrechts und des Leids der Völker verlangen sie nach einer Ordnung, die sich auf die Achtung des Rechts, der Würde und der Freiheit der Menschen in aller Welt gründet. Sie wünschen, dass Lösungen strittiger Probleme ausschließlich mit friedlichen Mitteln gefunden werden und dass diese Lösungen bei keinem der betroffenen Völker Bitterkeit zurücklassen. Diese Lösungen müssen deshalb den Interessen aller Beteiligten entsprechen. [...]

Neun Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist Deutschland noch immer geteilt. Diese Spaltung ist nicht das Ergebnis eines Streites unter den Deutschen selbst. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit kann nur aus einer Einigung der Großmächte hervorgehen. Alle Deutschen, die ich zu vertreten die ernste Pflicht habe, richten an die vier Mächte die Aufforderung, ihnen eine Einheit in Frieden und Freiheit, die sie als ihr natürliches und göttliches Recht ansehen, zu ermöglichen.

Deutschland ist bereit und fähig, gemeinsam mit allen Völkern, die guten Willens sind, an der Verwirklichung der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Ziele mitzuhelfen. Dem Frieden und der Sicherheit in Europa und in der Welt kann kein größerer Dienst erwiesen werden, als durch die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Ohne die Wiedervereinigung wird die von allen Völkern erhoffte Entspannung und Befriedung Europas und der Welt nicht erreicht werden. Ein wiedervereinigtes Deutschland wird keinen dringlicheren Wunsch haben, als mit allen Völkern in Frieden und im Geiste guter Nachbarschaft zu leben. Deutschlands Arbeit wird nicht nur ihm selbst, sondern allen seinen Nachbarn und der Gemeinschaft der Völker zum Segen gereichen.

Die Politik, die wir in den vergangenen Jahren geführt haben und die Zustimmung, die diese Politik in ganz Deutschland, in Ost und West, gefunden hat, verleiht dieser Erklärung eine überzeugende Kraft.

Gebt ganz Deutschland endlich Freiheit, Einheit und Frieden! Das ist die Forderung aller Deutschen an die Welt.“

23. Januar 1954

Adenauer dringt auf die Rückgabe der Souveränität

Der Kurswechsel in Frankreich veranlasst den Kanzler zu der Feststellung: „Wir können nicht ewig warten.“

Amerikaner und Engländer zeigen Verständnis

Mit der von Bundeskanzler Adenauer erhobenen Forderung nach Souveränität für die Bundesrepublik ist ein neuer Abschnitt in den Verhandlungen mit den Westmächten eingeleitet worden. Dr. Adenauer wird in den nächsten drei Tagen in Wahlreden in Solingen, Detmold und Iserlohn diese Forderung als Konsequenz der politischen Entwicklung mit Nachdruck vertreten.

Regierungskreise unterstrichen am Dienstag Adenauers Argumente: der Platz der Bundesrepublik an der Seite des Westens ist gewählt und wird nicht aufgeben, die Deutschen haben Beweise ihrer friedlichen und demokratischen Gesinnung gegeben. Nachdem das Regime der Militärregierungen durch das Besatzungsstatut abgelöst worden ist, muß jeder wegen der nicht von deutscher Seite verschuldeten Verzögerung des EVG- und des Deutschlandvertrages der schon vor zwei Jahren vorgesehene Schritt, nämlich Rückgabe der Souveränität an die Bundesrepublik, das Gebot der Stunde sein. „Das deutsche Volk kann nicht ewig warten“, ist der Standpunkt des Bundeskanzlers. [...]

7. Februar 1955

Nach zwei Tagen Beratungen: CDU bleibt bei ihrer Außenpolitik

Die Pariser Verträge sollen auf jeden Fall Ende Februar ratifiziert werden – Adenauer: „Ich bin nicht in Sorge“

Parteivorstand und Parteiausschuß der CDU beschlossen am Sonntag nach zweitägigen Beratungen in Bonn, unbekümmert um die Regierungskrise in Paris und die Vorstöße Moskaus die bisherige Außenpolitik fortzusetzen. Einstimmig sprechen die Delegierten Bundeskanzler Adenauer das Vertrauen aus. Die Bundestagfraktion der CDU/ CSU soll sich auf Beschluß der höchsten Parteigremien dafür einsetzen, dass die Pariser Verträge, wie vorgesehen, Ende Februar vom Bundestag ratifiziert werden.

In einer Entschließung betonten Vorstand und Parteiausschuß: „Wir wollen mit allen unseren Kräften dem Frieden in der Welt dienen. Wir wollen die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Darum ist unser Weg vorgezeichnet. Wir werden ihn unbeirrt weitergehen. Dabei wissen wir in voller Übereinstimmung mit den Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone.“ [...]

Adenauer zählte fünf Gründe für die Pariser Verträge auf:

1. Sie sichern die Bundesrepublik davor, ein Satellitenstaat Moskaus zu werden.
2. Sie machen die Bundesrepublik zu einem souveränen Mitglied der Völkerfamilie, der NATO und der Westeuropäischen Union.
3. Sie geben der Bundesrepublik die Möglichkeit, sich als souveräner Staat für die Wiedervereinigung einzusetzen.
4. Sie sichern die Hilfe aller NATO-Staaten dabei.
5. Sie sichern den Zusammenschluß Europas, der eine absolute Notwendigkeit ist.

[...]

19. März 1955

Der Bundesrat hat ratifiziert

Adenauer legt Heuss das Pariser Vertragswerk vor.

Der Kanzler: Jalta ist ausgelöscht.

Bundeskanzler Adenauer hat die vier Pariser Verträge am Freitagabend Bundespräsident Heuss zur Unterzeichnung vorgelegt. Nachdem die Verträge im Bundesrat vorher die letzte parlamentarische Hürde genommen hatten, wird ihre Ratifizierung in der Bundesrepublik jetzt durch die Unterschrift des Bundespräsidenten abgeschlossen. Die Ratifikationsurkunden sollen aber erst gleichzeitig mit Frankreich hinterlegt werden. [...]

Der Bremer Staatspräsident Kaisen eröffnete als Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses die Sitzung. [...] sehr ernst erklärte Kaisen: „Der Maßstab der Geschichte ist gerecht und streng. Mit der Ratifizierung stehen wir erst am Beginn der Handlungsfreiheit. Das Ziel jedes Schrittes muß jetzt die Wiedervereinigung sein. Wir werden vor der Geschichte nur bestehen, wenn wir das tun.“

Dann lag der – durch die amerikanische Veröffentlichung beschworene – Schatten von Jalta auf dem Bundesratssaal. Gespannt hörten die im Saal anwesenden Diplomaten der drei Westmächte Kaisen zu, als er ausführte: „Ohne Hitler hätten wir keinen Krieg und keine Zerstörung erlebt. Ohne die Besetzung Mitteldeutschlands durch russische Armeen brauchten wir heute nicht Sicherheit zu verlangen. Daraus ist zu folgern: Die Verträge sind indirekt eine Folge der Nachkriegspolitik der Sowjets, aber der Westen ist nicht ohne Schuld, daß es zwei Deutschland gibt. Es ist gewiss die Folge der wahnsinnigen Politik des Hitlerreiches, aber auch der Reaktion der westlichen Siegermächte. In Jalta wurde nicht nur Deutschland getroffen, auch Europa und die ganze Welt. Am schwersten wurden die demokratischen Grundrechte getroffen.“

Nur einen Satz sagte der Bundeskanzler, als Journalisten wenige Minuten später auf ihn zutraten: „Das Inkrafttreten der Pariser Verträge bedeutet die Auslöschung von Jalta.“

2. April 1955

Partnerschaft

Vor einer Woche hat Frankreich die Pariser Verträge endgültig ratifiziert. Sofort im Anschluß daran begannen die drei Westmächte mit den diplomatischen Vorbereitungen für eine Konferenz mit Russland. Die letzten Tage waren von Äußerungen der führenden Staatsmänner zu diesem Thema erfüllt.

In Deutschland werden diese Bemühungen mit großem Interesse verfolgt. Denn es ist unser Schicksal, um das es bei den Verhandlungen geht, die jetzt in die Wege geleitet werden. Und es war eine Forderung aller deutschen Parteien, dass dies sofort nach Abschluß der Ratifizierung erfolgen sollte.

Aber es gibt Vorgänge, die uns mit Sorgen erfüllen. Es ist der Eindruck entstanden, als wollten die Westmächte bei den Vorbesprechungen unter sich bleiben und die Bundesregierung zwar konsultieren, aber sich nicht verpflichten, die deutschen Wünsche zu berücksichtigen. Eine derartige Haltung widerspräche dem Geist der Pariser Verträge, die eine echte Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik und dem Westen begründen sollen.

Darüber hinaus wird uns das Recht bestritten, selbst die Initiative in der Frage der Wiedervereinigung zu ergreifen, falls dies notwendig werden sollte. Niemand denkt in Deutschland daran, eigenmächtige Schritte zu unternehmen. Aber die Wiederherstellung der deutschen Souveränität erhält nur dann ihren Sinn, wenn auch unsere Außenpolitik sich frei entfalten kann.

„Wir wollen die Weltpolitik nicht länger durch die alliierte Brille sehen“, hat der Bundeskanzler kürzlich einmal erklärt. Jeder Deutsche wird ihm darin zustimmen.

5. Mai 1955

Oberstes Ziel nach Rückgabe der Souveränität: Deutsche Einheit
Souverän

Drei Tage vor dem zehnjährigen Stichtag der bedingungslosen Kapitulation, dem schwärzesten Tag der deutschen Geschichte, ist Westdeutschland wieder ein souveräner Staat. Das ist ein Datum, das als Markstein eines beispiellosen Wiederaufstieges ebenfalls in die Geschichte eingehen wird.

Wir verdanken diese Souveränität drei Umständen. Einmal dem Gegensatz zwischen West und Ost, der unmittelbar nach Kriegsende bereits die Front der alliierten Mächte aufspaltete. Ferner der ungebrochenen Kraft des deutschen Volkes, das auch im Zusammenbruch nicht verzweifelte. Und schließlich nicht zuletzt der Persönlichkeit des Kanzlers, dem es gelang, eine stabile Regierung im Innern zu schaffen und das Vertrauen des Auslandes zu gewinnen.

Wenn die Rückgewinnung der Souveränität nicht jene Begeisterung im Volk auslöst, die früher bei diesem Anlaß üblich gewesen wäre, so liegt das einmal an der Teilung Deutschlands, die nur den Westen souverän macht, und die andererseits den ehemaligen Besatzungsmächten Vorrechte einräumt, die mit dieser Teilung zusammenhängen.

Es liegt aber auch daran, dass die nationalstaatliche Souveränität in einer Epoche der Großräume und Weltmächte an absoluter Bedeutung eingebüßt hat, während die wirkliche Souveränität planetarischen Charakter angenommen hat und allein den großen Weltmächten oder den Koalitionen vorbehalten bleibt.

Die Epoche der nationalstaatlichen Souveränität hat sich gewandelt. Wir spüren das heute, wo die deutsche Fahne auf den Regierungsgebäuden in Westdeutschland weht. Wir werden das noch einmal zu spüren bekommen, wenn sie auf den Regierungsgebäuden eines wiedervereinigten Deutschlands wehen sollte. Für dieses zweite allerdings schafft die Souveränität die notwendigen Voraussetzungen einer selbständigen und aktiven Außenpolitik Westdeutschlands. Damit beginnt die zweite Etappe der deutschen Geschichte nach 1945.

7. Mai 1955

Zehn Jahre

Denken wir am 8. Mai 1955 an den Zusammenbruch von 75 Jahren nationaler Geschichte? Oder denken wir an diesem Tag an die zehn Jahre des Wiederaufbaus und des Wirtschaftswunders, an deren Ende die Souveränität steht?

Man war sich in den offiziellen Kreisen selber nicht klar darüber, woran man denken sollte. Die Mehrheit der westdeutschen Öffentlichkeit dürfte am Sonntag an den Aufstieg aus dem Nichts denken.

Ob es morgen so bleiben und wie es übermorgen sein wird, ist ungewiß. Denn der 8. Mai 1945 gehört zu den entscheidenden Daten der deutschen Geschichte. Es sind jene Daten, die das Schicksal eines Volkes von nun an mit sich durch die Geschichte schleppt und auf die es immer gestoßen wird. Sie bleiben so lange ungelöst, bis sie das Wesen dieses Volkes verändert und verwandelt haben.

Wir können heute eines mit Sicherheit feststellen: dass die innere Kraft des deutschen Volkes ungebrochen ist. Das beweisen die letzten zehn Jahre. Nicht mit der gleichen Sicherheit können wir sagen, ob dieses Datum seine verwandelnde Kraft erfüllt hat und ob wir es in die Archive entlassen können. Wahrscheinlich ist das in einem so kurzen historischen Zeitraum nicht möglich. [...]

10. Mai 1955

„Freiheit, Frieden und Sicherheit“

Die Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Atlantikrat

Die Erklärung, die Bundeskanzler Adenauer anlässlich der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO am Montag im Atlantikrat abgab, hat u.a. folgenden Wortlaut.

„Ich danke Ihnen aufrichtig für die Willkommensworte, die Sie an die Bundesregierung und an das ganze deutsche Volk gerichtet haben; Ihre Worte kennzeichnen die Bedeutung der Stunde und der Ereignisse. Sie werden verstehen, dass ich in diesem Augenblick tief bewegt bin. Die Organisation des Nordatlantikvertrages stellt eine Gemeinsamkeit freier Nationen dar, die ihre Entschlossenheit bekundet haben, gemeinsam das Erbe der westlichen Zivilisationen zu verteidigen, die auf Grundsätze der persönlichen Freiheit auf der Herrschaft des Rechtes gegründet ist. Gegenüber der wachsenden Bedrohung durch die Staaten des östlichen Blocks war die Organisation des Nordatlantikvertrages getreu ihren Zielsetzungen gezwungen, eine militärische Macht zur gemeinsamen Verteidigung ihrer Mitgliedstaaten, ihrer Sicherheit und zur Wahrung des Friedens in der Welt aufzustellen.

In Anbetracht der die Welt umfassenden politischen Spannung sind die Zielsetzungen der Organisation des Nordatlantikvertrages und insbesondere der rein defensive Charakter ihrer Aufgaben völlig den wirklichen Interessen der deutschen Nation entsprechend, die nach der fürchterlichen Erfahrung zweier Weltkriege ebenso nachdrücklich wie jede andere Nation in der Welt nach Sicherheit und nach Frieden strebt. Das deutsche Volk hat hart für die Missetaten bezahlt, die in seinem Namen von verderbten und verblendeten führenden Persönlichkeiten begangen wurden. Diese Leiden haben die deutsche Nation gewandelt und gereinigt. Heute ist es sicher, dass in ganz Deutschland Frieden und Freiheit für die köstlichen Güter gehalten werden, wie in den bedeutendsten Abschnitten der deutschen Geschichte. [...]

10. Mai 1955

Der Atlantikrat heißt Deutschland willkommen

Feierliche Aufnahme der Bundesrepublik in den Atlantikpakt.

Adenauer: „Ereignis von historischer Bedeutung“

[...] Der Kanzler dankte auf Deutsch für die Begrüßung, die dem 15. NATO-Mitglied zuteil wurde. Er sprach von einem „Ereignis von historischer Bedeutung“. [...]

Auch der amerikanische Außenminister Dulles hatte den Beitritt des freien deutschen Volkes zur NATO ein „Ereignis von historischer Bedeutung“ genannt, an das man lange denken werde. Der französische Außenminister Pinay hatte ebenso wie sein britischer Kollege MacMillan darauf hingewiesen, dass es der klugen und entschlossenen Politik Adenauers zu verdanken sei, wenn Deutschland jetzt auf der Basis der gemeinsamen Werte der demokratischen Welt wiederaufgerichtet worden sei. [...]

Nach der offiziellen Aufnahme Deutschlands in die NATO sprach Adenauer als Gast vor dem Auslands-Presseverband. Er warnte vor der Annahme, „dass die so desorganisierte Welt in drei bis vier Monaten wieder gesund gemacht werden kann“, und bestritt entschieden, dass „die Deutschen mit einem Auge nach Westen und mit dem anderen nach Osten schielen.“ [...]

11. Juni 1955

Deutschland im Spiel

In allen Hautstädten der Erde hält man noch immer den Atem an. Die Einladung Adenauers nach Moskau wird als eines der wichtigsten Ereignisse seit dem Ausbruch des Korea-Krieges empfunden. Auf die beruhigende Versicherung Adenauers könne man sich verlassen, bis zur

dunklen Gespensterbeschwörung der Tage von Rapallo zeigt das Echo jede nur denkbare Variation. Konsterniert sind fürs erste nur die Leute in Pankow und auch in einigen Satelliten-Hauptstädten. Wenn man in Washington ohne Umschweife sagt, nun also sei man mitten in dem so lange erwarteten großen Spiel, mitten in der eigentlichen Frage um die politische Gestaltung der Erde, so berechnet man dort die Ensätze. Und man hat wohl keine Illusionen mehr, wie hoch sie sind.

Ähnliche Stimmen kommen aus Frankreich: „Le Monde“ - seit jeher Vorkämpfer für eine französisch-russische Allianz – erinnert an ein Wort von Bidault aus dem Februar 1947. Er hat damals gesagt: „Darüber muß man sich wohl beunruhigen, wenn man sieht, wie Deutschland zum Einsatz im Spiele wird, ehe es schließlich Schiedsrichter wird“. „Le Monde“ fügt hinzu : „Leider ! Was hat man getan, um das zu verhindern?“ Wir glauben, dies ist eine falsche Sicht. Gespensterbeschwörungen sind sinnlos, denn die Zeiten, in denen Deutschland Schiedsrichter sein könnte, sind lange vorbei. Auch nach der Einladung Moskaus bildet sich in der Bundesrepublik niemand ein, Deutschland sei nun mit einem Schlage wieder eine echte Großmacht. Wir sind das nicht und können es, sieht man die Verteilung der Machtverhältnisse kaltblütig an, auch niemals werden.

Was sich vollzieht – welchen Lauf einmal die Dinge nehmen werden – ist Normalisierung, eine Rückkehr ins notwendige Gleichgewicht. Die Teilung Deutschlands ist widernatürlich, die Absperrung Deutschlands vom Osten ist es ebenso. Seit sieben Jahren gibt es für uns nur Washington, Paris und London als Blickpunkte. Bis in die jüngste Zeit hat Moskau daran festgehalten, die einzig wahren Deutschen säßen östlich der Elbe-Werra-Linie. Die Bundesrepublik erschien als die Stätte alles Abscheulichen. Dass man nun im Kreml davon abgekommen ist, ist das erste und Wesentliche.

Die Note an die Bundesrepublik enthält eine ausführliche Darlegung darüber, die Deutschen und die Russen seien es gewesen, die die schwersten Opfer im letzten Krieg getragen hätten. Halten wir fest, dass am 13. Oktober 1949 Stalin in einem Telegramm an Grotewohl anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratische Republik fast die nämlichen Worte gerichtet hat. Halten wir fest, dass sie jetzt an die richtige Adresse gesprochen werden. Den westdeutschen Journalisten, die sich gerade in Moskau aufhielten, als die Sowjets ihre Note bekannt gaben, hat man denn auch in privaten Gesprächen keinen Zweifel darüber gelassen, dass man diese Wendung in vollem Ernst und mit der ganzen Tragweite vollziehe, die sich für die Lösung der deutschen Frage in sich birgt.

Die Begleitmusik zeigt die Absichten; am liebsten möchte man den Deutschen allein gegenüber treten. Alles ist darauf abgestellt: Beseitigen wir die Mißverständnisse zwischen Russland und Deutschland, die schon lange nur durch böse Dritte hervorgerufen werden. Unsere Antwort darauf kann nur lauten: Sehr gut, beseitigen wir die Mißverständnisse – aber die bösen Dritten sind genau diejenigen, die uns geholfen haben, dass wir wieder zu einem kräftigen Leben erwacht sind. Glaubt bitte nicht, dies sei vergessen, wenn ihr zu lächeln beginnt.

Dies ist es, was wir zuerst nach Osten sagen müssen. Nach dem Westen gerichtet aber müssen wir klarmachen, dass die von Russland gewünschte Normalisierung für uns Deutsche die entscheidende Voraussetzung für die Aufhebung der Teilung Deutschlands ist. Die alten Forderungen – freie Wahlen und keine Neutralisierung – lassen sich ja nur verwirklichen, wenn auch Russland darin zuletzt einen Vorteil sieht. Dazu aber muß man mit Russland sprechen. Das hat nichts mit Schaukelpolitik zu tun. [...]

9. September 1955

Mit Deutschlandlied und Ehrenkompanie. Bulganin und Molotow empfangen den Bundeskanzler in Moskau

Adenauer: Normale Beziehungen einleiten

„Ich hoffe sehr, dass der erste Kontakt, den wir mit unserer Anwesenheit in Moskau aufnehmen, die Herstellung normaler guter Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion einleitet“. Mit diesem Satz antwortete der Bundeskanzler auf die Begrüßungsworte des russischen Ministerpräsidenten Bulganin. [...]

„Es ist meine feste Überzeugung, dass die Völker der Sowjetunion und das deutsche Volk großen Nutzen aus einer friedlichen Zusammenarbeit ziehen können und dass die Erhaltung und Festigung von Wohlfahrt und Sicherheit in Europa in hohem Maße von einer Normalisierung unserer Beziehungen abhängt. Wir wollen unsere Arbeit und unsere Besprechungen hier in Moskau ganz in den Dienst des Friedens stellen.“ [...]

6. August 1956

[...] Logisch müsste also eine Verminderung der alliierten Truppen in Deutschland zu der Forderung nach einer Verstärkung der deutschen Truppen führen, sofern die bisherige Zahl von 500 000 Mann schon als das Minimum für die Bundesrepublik angesehen wird. Eine derartige Forderung ist aber aus wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht möglich. Die Bundesrepublik kann es sich nicht leisten, zur stärksten Militärmacht in Europa zu werden, ohne das Misstrauen in der ganzen Welt gegen Deutschland wieder hervorzurufen. Unsere Nachbarn im Osten und im Westen würden gewiss alles tun, um eine solche Entwicklung nach Möglichkeit zu verhindern. Aus diesem Grunde blieb der Bundesregierung keine andere Wahl, als gegen beide Vorgänge Einspruch zu erheben: gegen eine Herabsetzung der deutschen Truppestärke und gegen einen Abzug alliierter Verbände.

Es ist unbestreitbar, dass eine derartige Vetopolitik unbefriedigend ist. Die deutsche Frage ist ja nur ein Teil der weltpolitischen Problematik und – seitdem sich das Hauptgewicht der Weltpolitik von Europa wegverlagert hat – nicht einmal mehr der wichtigste Teil. Aber die Westmächte werden bedenken müssen, dass sie in den Pariser Verträgen Verpflichtungen gegenüber Deutschland eingegangen sind, die sie nicht ohne Not vernachlässigen dürfen. Diese Verträge würden ihren Sinn verlieren, wenn sie nur als eine einseitige Angelegenheit angesehen würden. Der Westen muß sich also in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung um eine Lösung zu bemühen, die die deutschen Wünsche befriedigt und Bonn aus der misslichen Situation befreit, als Hindernis für eine Abrüstung und Umrüstung in Erscheinung zu treten. [...]

8. September 1956

„Fortdauer der Spaltung eine schwere Gefahr“

Wortlaut des Bonner Memorandums zur Wiedervereinigung

Das am Freitag von Botschafter Haas im Kreml überreichte Memorandum der Bundesregierung zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit hat folgenden Wortlaut:

1. Im September 1955 ist zwischen den Regierungsdelegationen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion in Moskau der übereinstimmende Entschluß festgestellt worden, diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Nachdem dieser Entschluß in die Tat umgesetzt worden ist und die Botschaften in Bonn und Moskau ihre Tätigkeit aufgenommen und sich eingearbeitet haben, hält es die Bundesregierung für an der Zeit, an eine weitere im Zusammenhang damit getroffene Vereinbarung zu erinnern. Sie ist in dem Schreiben des

Herrn Ministerpräsidenten Bulganin vom 13. September 1955 an die Regierungsdelegation der Bundesrepublik Deutschland in folgenden Worten zum Ausdruck gebracht worden:

„Die Regierung der Sowjetunion verleiht der Überzeugung Ausdruck, dass die diplomatischen Beziehungen, die nun hergestellt werden, zur Entwicklung der gegenseitigen Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa beitragen werden.

Hierbei geht die Sowjetregierung davon aus, dass die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zur Lösung der ungeklärten Fragen beitragen wird, die ganz Deutschland betreffen und somit zur Lösung des nationalen Hauptproblems des gesamten deutschen Volkes – der Wiederherstellung der Einheit des deutschen demokratischen Staates – verhelfen wird.“

Die Bundesregierung hat in ihrem Antwortschreiben vom selben Tage diese Vereinbarung bestätigt und in den gleichen Worten zum Ausdruck gebracht.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass es der ernste Wille beider Seiten war und auch heute noch ist, diese Vereinbarung zu verwirklichen und ihre Politik demgemäß zu führen.

Der Wille beider Seiten

Im Geiste dieser Vereinbarung erlaubt sich die Bundesregierung, der Regierung der UdSSR ihre Gedanken darüber darzulegen, wie die Wiedervereinigung des deutschen Volkes am besten und raschesten in einer für die zunächst beteiligten und gleichzeitig für alle Völker befriedigende Weise gelöst werden kann.

2. Die Regierung der UdSSR hat neuerdings verschiedentlich die Auffassung vertreten, dass die Existenz zweier deutscher Staaten eine Realität sei, der man Rechnung tragen müsse, dass es daher diesen beiden überlassen bleiben müsse, die Wiedervereinigung herbeizuführen. Sie hat mehrfach durchblicken lassen, dass sie die Wiedervereinigung Deutschlands gegenwärtig nicht für dringlich halte. Sie hat demgemäß auch wiederholt vorgeschlagen, dass ein europäisches Sicherheitssystem geschaffen werden sollte, an dem zunächst zwei deutsche Staaten als Mitglieder zu beteiligen seien.

Unaufschiebbarer Aufgabe

Demgegenüber hat die Sowjetregierung selbst noch vor wenigen Jahren die Lösung des deutschen Problems als eine unaufschiebbarer Aufgabe bezeichnet (Note der Sowjetregierung an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten vom 29. September 1953). In ihrer Note vom 15. August 1953 an die Regierungen Frankreich, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten hat die Sowjetregierung als ihre Auffassung zum Ausdruck gebracht:

„Dass die Frage der Wiederherstellung der nationalen Einheit eines demokratischen Deutschlands für das deutsche Volk die Hauptfrage war und bleibt, an deren Lösung die friedliebenden Völker ganz Europas interessiert sind.“

In dieser Note erklärte die Sowjetregierung weiterhin: „Keinerlei Ausreden können eine weitere Verzögerung dieser Angelegenheit rechtfertigen, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der UdSSR für diese Lösung der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands, der Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung dienen können

Anormaler Zustand seit elf Jahren

Die Bundesregierung vermag keine Gründe zu sehen, die die Sowjetregierung veranlassen könnten, ihre Auffassung über die Dringlichkeit der Wiedervereinigungsfrage zu ändern. Sie ist ihrerseits der Auffassung, dass alle Gründe, die die Sowjetregierung damals von der Dringlichkeit der Frage überzeugt haben, auch heute noch fortbestehen, ja sich sogar verstärkt haben. Die Sowjetregierung hat es in ihrer Note vom 10. März 1952 an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten selbst als einen anormalen Zustand bezeichnet, dass seit Beendigung des Krieges in Europa bereits sieben

Jahre vergangen wären und noch immer kein Friedensvertrag mit Deutschland geschlossen wurde. Inzwischen dauert dieser anormale Zustand nun schon elf Jahre an. In ihrer Note vom 9. April 1952 an die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten hat die Sowjetregierung sogar davon gesprochen, dass mit dem Fortbestehen der Teilung Deutschlands die Gefahr eines Krieges in Europa verbunden war. Die Bundesregierung teilt die von der Sowjetregierung damals ausgesprochene Ansicht, dass die Fortdauer der Spaltung Deutschlands eine schwere internationale Gefahr darstellt.

Gewisse Besserung der Lage

Wenn auch im Vergleich zu den schweren internationalen Spannungen, die noch im Jahre 1952 bestanden, glücklicherweise eine gewisse Besserung der Lage zu verzeichnen ist, so kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß eine dauerhafte Befriedung Europas eine Lösung der deutschen Wiedervereinigungsfrage und damit die Beseitigung der in der Spaltung Deutschlands beschlossenen Gefahren fördert. Wiederholt hat die Sowjetunion erklärt, dass es die aufrichtige Absicht der sowjetischen Politik sei, den Weltfrieden zu sichern und in Europa eine dauerhafte Ordnung herbeizuführen, die allen Völkern Sicherheit, Freiheit und Wohlstand bietet. Es scheint der Bundesregierung unvereinbar mit den Absichten zu sein, wenn die Sowjetregierung andererseits die Spaltung Deutschlands verlängert, indem sie, entgegen der Auffassung der weit überwiegenden Mehrheit der Staaten der ganzen Welt, die Existenz zweier deutscher Staaten behauptet.

3. Über die Rechtslage besteht wie die Bundesregierung mit Befriedigung feststellt, Übereinstimmung: Mit der Übernahme der Regierungsgewalt bei Beendigung der Feindseligkeiten übernahmen die vier Mächte Verpflichtungen, Deutschland als Ganzes zu erhalten. Sie haben sich in der Folgezeit immer wieder zu diesen rechtlichen Verpflichtungen und zu ihrer moralischen Verantwortlichkeit für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands bekannt. In ausdrücklicher Anerkennung dieser „gemeinsamen Verantwortung für die Regelung der deutschen Frage und die Wiedervereinigung Deutschlands“ ist daher zum Beispiel auch die Direktive der vier Regierungschefs an die Außenminister vom 23. Juli 1955 abgefaßt worden.

4. Die internationale Entwicklung der letzten Jahre vermag nach der Auffassung der Bundesregierung keinesfalls eine so tiefgreifende Meinungsänderung zu rechtfertigen, wie sie aus den neueren Äußerungen der Sowjetregierung hervorzugehen scheint. Die Bundesregierung weiß, dass die Sowjetregierung ihr jetziges Urteil in der deutschen Wiedervereinigungsfrage u.a. damit begründet, dass sich die Bundesrepublik dazu entschlossen hat, eigene Streitkräfte aufzustellen und dem Verteidigungssystem des Nordatlantikpaktes und der Westeuropäischen Union beizutreten. Die Bundesregierung glaubt indessen, dass die sowjetische Bewertung dieser Politik auf irrigen Voraussetzungen und Annahmen beruht, und sie kann nicht die Hoffnung aufgeben, die Sowjetregierung und das sowjetische Volk von der Irrigkeit dieser Annahmen und Voraussetzungen zu überzeugen.

5. Es kann nicht angenommen werden, dass die Aufstellung eigener Streitkräfte durch die Bundesrepublik ernsthafte Befürchtungen der Sowjetregierung für ihre eigene Sicherheit oder die Sicherheit der östlichen Nachbarstaaten Deutschlands hervorruft. Es ist eine unbestreitbare Befugnis jedes souveränen Staates, das Recht der individuellen und kollektiven Selbstverteidigung auszuüben, das im Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen – deren Mitglied die Sowjetunion ist – allen Staaten zugestanden wird. Die Sowjetregierung hat ferner selbst in ihrem Entwurf für einen Friedensvertrag für Deutschland am 10. März 1952 vorgeschlagen, dass es dem wiedervereinigten Deutschlands gestattet sein soll, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu haben, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

Die Stärke der Streitkräfte, deren Aufstellung der Bundesrepublik plant, liegt – gemessen an der Bevölkerungszahl der Bundesrepublik – weit unter dem Rüstungsstand, den die meisten anderen Staaten in Europa, insbesondere auch in Osteuropa, aufweisen. Die von der Bundesrepublik eingeführte allgemeine Wehrpflicht ist eine Form des Militärdienstes, die auch in der Sowjetunion üblich ist. Die Bundesrepublik hat als einziges Land der Welt förmlich auf die eigene Herstellung nicht nur aller Massenvernichtungswaffen (Atomwaffen, biologischer und chemischer Waffen), sondern darüber hinaus zahlreicher schwerer Waffen verzichtet. Schon darin kommt der defensive Charakter ihrer militärischen Maßnahmen eindeutig zum Ausdruck.

6. Zugleich zeigt sich hierin, welche Haltung die Bundesregierung in der Abrüstungsfrage einnimmt. Sie ist an einer allgemeinen Abrüstungsvereinbarung lebhaft interessiert. Sie ist es zunächst aus dem allgemeinen Grunde der Sicherung des Friedens. Bundeskanzler Adenauer hat in Moskau am 9. September 1955 gesagt:

„das oberste Gut, das er für alle Deutschen zu wahren gilt, ist Friede. Wir wissen nur zu gut, wie sehr insbesondere das sowjetische und deutsche Volk unter dem letzten Krieg gelitten haben, und ich glaube deshalb, dass das Grauen vor den Zerstörung eines modernen Krieges, vor den millionenfachen Menschenopfern, vor der Vernichtung der Häuser und Arbeitsstätten, vor der Verwüstung von Städten und Landschaften sich allen tief eingeprägt hat. Auch in Deutschland weiß man zudem, dass die naturwissenschaftlichen und technischen Fortschritte, die seit dem letzten Krieg auf dem Gebiet der Atomspaltung und verwandten Gebieten gemacht worden sind, den Menschen Möglichkeiten der Vernichtung in die Hand gegen, an die wir nur mit Schaudern denken können. Schließlich weiß jedermann in Deutschland, dass die geographische Lage unseres Landes uns im Falle eines bewaffneten Konflikts besonders gefährden würde. Sie werden deshalb niemanden in Deutschland finden, nicht nur unter den verantwortlichen Politikern, sondern auch in der gesamten Bevölkerung, der auch nur von ferne mit dem Gedanken spielt, irgendeines der großen politischen Probleme, die der Lösung harren, könne durch das Mittel des Krieges gelöst werden. Die Sehnsucht, die die Menschheit ergriffen hat, dass der Krieg sich durch seine eigene Fruchtbarkeit überlebt haben möge, diese Sehnsucht lebt stark und tief auf in den Herzen der Deutschen“.

6. Juni 1958

Rede Heuss vor dem Kongress der USA

[...] Es war für uns sehr wichtig, fast beruhigend, dass Herr Präsident Eisenhower wiederholt sehr deutlich sagte, wie er die tragische Spaltung Deutschlands mit als die ärgste Belastung des europäischen Schicksals empfindet. Wir werden nie, nie vergessen, dass der Präsident Truman mit der sogenannten „Luftbrücke“, unter Zustimmung des ganzen amerikanischen Volkes, 1948/49 Deutschlands alte Hauptstadt Berlin gerettet, und damit ein europäisches Schicksal entschieden hat.

An dessen friedlicher und freiheitlicher Möglichkeit in freier aktiver Partnerschaft teilzuhaben, ist auch als deutsche Pflicht erkannt worden. Darum die loyale Kooperation der Bundesrepublik in der umfassenden Verteidigungsplanung der NATO. Niemals wieder in aller Zukunft werden deutsche und amerikanische Soldaten gegeneinander kämpfen. [...]

Glauben Sie mir, dass unser Deutschland nie wieder vom Wege der Demokratie und Freiheit abkommen wird. Es ist unser aufrichtiger Wille, ein guter und zuverlässiger Bundesgenosse zu sein. [...]

19. Juni 1958

Brandt: Spaltung widernatürlich

Der Berliner Senat appelliert an die vier Großmächte

Der Berliner Regierende Bürgermeister Brandt forderte am Mittwoch die vier Großmächte auf, die Wiedervereinigung Deutschlands nicht hinter anderen Problemen zurückstehen zu lassen.

[...] Brandt hatte die Initiative am Dienstag in einer Kundgebung zum 17. Juni vor dem Schöneberger Rathaus angekündigt und versichert: „Die Berliner Bevölkerung wird sich niemals mit dem Zustand der widernatürlichen Zerklüftung Deutschlands abfinden.“

Vor etwa 20000 West- und Ostberlinern gedachten Brandt und Bundestagspräsident Gerstenmaier des fünf Jahre zurückliegenden Arbeiteraufstandes in der Zone. Gerstenmaier stellte die Frage, ob der „Tag der Einheit“ von der deutschen Bevölkerung richtig begangen werde. „Können wir es uns leisten, mit diesem Tag so umzugehen, dass dabei zwar für uns auf der Seite der Freiheit allerlei Annehmlichkeiten herauskommen, wenig oder nichts aber für die wachsende Schar der Opfer des Ulbrichtschen Terrors?“ bemerkte der Bundestagspräsident.

Nach Auffassung Gerstenmaiers wird der Feiertag den Ereignissen des 17. Juni 1953 nur gerecht, wenn er dem deutschen Volk über alle Parteien und Ländergrenzen hinweg ein Ansporn zur Zusammenfassung des nationalen Willens ist, für die Einheit des deutschen Volkes Opfer zu bringen.

Auch Brandt hatte sich kritisch zum Charakter des Gedenktages geäußert und festgestellt: „Heute sollen die Gewissen deren wieder wachgerüttelt werden, die denkfaul und müde und reichlich statt geworden sind. In unserem Volk gibt es allzu viele, die allzuwenig an die eigentlichen Aufgaben denken und die sich in den Selbstbetrug hineingelebt haben, als sei alles wieder ganz schön normal.“ [...]

11. September 1958

Ollenhauer: Über Einheit sprechen

Sozialdemokraten fordern aktive Wiedervereinigungspolitik

„Wenn wir nicht eines Tages erleben wollen, dass bei uns politische Unvernunft die Explosion auslöst, dann müssen wir die Frage der Wiedervereinigung immer und immer wieder ins Gespräch bringen“, erklärte der SPD-Vorsitzende Ollenhauer am Mittwochabend in einer Rundfunkansprache.

Ollenhauer forderte die Bundesregierung auf, Verhandlungen über einen Friedensvertrag für Gesamtdeutschland zu fordern, damit sich später eine aus freien Wahlen hervorgegangene gesamtdeutsche Regierung mit dem Verhandlungsergebnis beschäftigen könne. Das Flüchtlingsproblem müsse dazu anspornen, ernsthaft die deutsche Frage wieder auf den Tisch der Weltpolitik zu bringen.

Nach Auffassung Ollenhauers muß Bonn eine Politik betreiben, die das Leben der Menschen in der Zone erträglicher gestaltet. „Man muß alle Möglichkeiten des Interzonenhandels und der Normalisierung der Beziehungen der Bevölkerung der beiden Teile Deutschlands fördern, denn jede Erleichterung hilft nicht Ulbricht, sondern den Menschen jenseits der Elbe“, sagte der SPD-Vorsitzende. [...]

9. November 1958

Besuche

Die Bundesrepublik ist zwar keine Großmacht, aber sie ist nicht mehr so schwach und so unbedeutend wie vor neun Jahren bei ihrer Gründung. Ihre wachsende Bedeutung in der Weltpolitik wird sichtbar in der wachsenden Zahl von Besuchen, die fremde Minister der Bundeshauptstadt abstatten.

Gestern ist der kanadische Ministerpräsident in Bonn eingetroffen. In den politischen Kreisen gilt Diefenbaker als eine Persönlichkeit von ausgeprägten Überzeugungen. Es wird kaum zu schwierigen Verhandlungen mit ihm kommen, weil offensichtlich die Meinungen der beiden Bundesgenossen über die Weltlage zurzeit übereinstimmen.

[...] Je mehr die Bundesrepublik in ihre politische Rolle hineinwächst, umso größer werden die Anforderungen, die an ihre Diplomatie gestellt werden. In diesen Tagen wird sich ihre Kunst von neuem zu bewähren haben.

28. Februar 1959

Um einen deutschen Beitrag (Hans Zehrer)

I.

Drinnen wie draußen mehren sich die Stimmen, die von der Möglichkeit oder sogar Notwendigkeit eines deutschen Beitrags zur Entspannung und zum Frieden der Welt sprechen. Nicht zu Unrecht! Die Deutschen haben wesentlich zur Weltkrise beigetragen, in der wir uns heute befinden. Sie würden sich in gewisser Weise rechtfertigen und ihr Ansehen und ihre Glaubwürdigkeit wiederherstellen können, wenn sie heute die Kraft aufbrächten, der Welt zumindest geistig weiterzuhelfen.

Die äußere Chance hätten sie dazu, weil sie zwischen West und Ost geteilt mitten im Brennpunkt der Welt liegen, an dem sich die Dinge verschärfen, an dem sie sich aber auch entspannen können. Auch ihre geschichtliche Tradition wie ihre Wesensart enthält Elemente, die ähnlich wie beim jüdischen Volk auf das Ganze der Welt bezogen und im Bereich der Geister beheimatet sind. Die Deutschen brauchen sich nur selber in Ordnung zu bringen, um die Ordnung der Welt zu fördern. Voraussetzung hierfür wäre die eigene Schuld und das Bemühen, sich von ihr zu lösen.

Wir müssen dabei feststellen, dass die geistige Kraft, die Vergangenheit aufzuarbeiten, nach dem Ersten Weltkrieg im deutschen Volk stärker war, als sie nach dem Zweiten in Erscheinung trat. Der Schock des Ersten Weltkrieges war der Krieg selber. Deshalb konzentrierte sich die Besinnung nach seinem Ende auf die Forderung: „Nie wieder! Nie wieder Krieg!“. Und erst um diesen Kern kristallisierten sich alle anderen geistigen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ideen, die auf etwas Neues warten.

Der Schock des Zweiten Weltkrieges war das Erlebnis der totalen Zerstörung und die Erfahrung, dass der Mensch alles, was er besitzt, verlieren kann. Deshalb konzentrierte sich die Besinnung nach seinem Ende auf die Forderung: „Wieder!“ Wiederhaben wollen, was verloren ging: Wiederaufbau, Wiedervereinigung, auch Wiedergutmachung. Um diesen materiellen Kern kristallisierten sich dann alle anderen geistigen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ideen, die ebenfalls unter dem Zeichen des „Wieder!“ standen und infolgedessen wenig Neues bringen, sondern eher das Alte restaurieren konnten.

II

Es gab auch, nach dem Zweiten Weltkrieg die Parole: „Nie wieder!“ Aber der materielle Verlust wog schwerer als die geistige Not. Deshalb hatte er den Vorrang, während sich das „Nie wieder“ in die Sphäre des Privaten zurückzog und dort zum individuellen und nicht mehr zur Mitgestaltung des gemeinschaftlichen politischen Lebens bereiten „Ohne mich“ degenerierte. In den Bereich dieses „Ohne mich“ flüchteten sich wertvollere geistige Kräfte,

als ihnen diejenigen, die die Last des Wiederaufbaus zu tragen hatten, zubilligen wollten. Aber es ist der Raum der Resignation und des Verzichts, in dem die geistige Kraft vielleicht eine Zeitlang überwintern kann, in dem sie aber wohl eher Gefahr läuft, zu verderben und zu verkommen.

Es ist die Schizophrenie des Deutschen, daß er beides tun konnte. Dass er einerseits seine ganze Kraft auf den materiellen Wiederaufbau werfen und damit im Handumdrehen den materiellen Verlust ausgleichen und zu einem Gewinn machen konnte. Und dass er allen anderen Anforderungen, die an ihn herangetragen wurden, sein „Ohne mich“ entgegensetzte. Eine Geisteshaltung, die zum Beispiel dazu geführt hat, dass wir heute in den materiellen Bereichen eine Fülle fähiger und intelligenter Leute haben, während die Qualität der geistigen und politischen Führung weit dahinter zurückbleibt. Wir werden aber heute nicht nach dem Wirtschaftswunder, sondern nach einem deutschen Beitrag zur Entspannung und zum Frieden der Welt gefragt. Und ein solcher Beitrag kann nur aus dem Raum der geistigen und politischen Führung, nicht aber aus dem der technischen und materiellen Intelligenz kommen. Liegt die eine Ursache dafür, dass wir heute um einen eigenen deutschen Beitrag verlegen sind, bei den Deutschen selber, so liegt die andere bei den fremden Mächten, die das Schicksal des deutschen Volkes nach 1945 bedingungslos in der Hand hielten. Diese Mächte waren nicht in der Lage, die Selbstbesinnung der Deutschen und die Auseinandersetzung mit ihrem Wesen und ihrer Geschichte zu fördern. Im Gegenteil! Hinter dem Zweiten Weltkrieg tauchte schon der Schatten des Dritten Weltkriegs auf, und das Potential der 70 Millionen in der Mitte Europas war zu groß, um nicht in die neuen Fronten des Kalten Krieges zwischen West und Ost eigenordnet zu werden. Die Deutschen wurden dabei geteilt. 52 Millionen wurden westlich und 18 Millionen östlich erzogen, geformt und schließlich sogar wiederaufgerüstet. „Nie wieder“ und „Ohne mich“, nie wieder Krieg und Uniform, nie wieder totaler Staat und Gewissenszwang. Sie haben es beide wiedererhalten, und es verband sich diabolisch mit dem jeweiligen materiellen Interesse des einzelnen, dem Wiederhabenwollen des materiell Verlorenen, das ihn als stärkste Triebkraft beherrschte. [...]

III

Denn wiederbekommen konnte er es nur im Zusammenwirken mit der großen Macht, die ihm die Hand dazu reichte; den westdeutschen Führern Amerika, den mitteldeutschen Führern die Sowjetunion. Und da auch eine gewisse Form von Servilität dem deutschen Wesen und der deutschen Geschichte nicht fremd ist, die aus der Unsicherheit des vaterländischen Gefühl resultiert, entstand jene seltsame Situation von heute, in der die Westdeutschen oftmals amerikanischer erscheinenden als die Amerikaner selber, die Mitteldeutschen sowjetischer als die Sowjets und in der der Kalte Krieg, dessen die Welt offensichtlich müde zu werden beginnt, am leidenschaftlichsten zwischen den Deutschen selber weitergeführt wird.

Wie kann man unter diesen Umständen einen deutschen Beitrag erwarten, der gerade der Überwindung des Kalten Krieges in der Welt dienen soll? Es ergibt sich eine recht paradoxe Lage. Die Welt wartet auf die Wiedervereinigung des deutschen Volkes, weil sie eines der wesentlichen Momente des Friedens, der Entspannung und das Ende des Kalten Krieges, weil sie die wesentlichen Momente für die Wiedervereinigung ihres Volkes darstellen würde. Die Welt erwartet einen Beitrag der Deutschen; die Deutschen aber erwarten einen Beitrag der Welt.

Dabei wäre ein eigener deutscher Beitrag auch heute gar nicht so aussichtslos; denn es gibt zweifelsohne mehr nachdenkliche Leute im deutschen Volk, als es äußerlich scheinen mag, und im Volke selber sind die Kräfte im Wachsen begriffen, die die heutige Lage nur mit Unbehagen und Unruhe sehen können. Inzwischen aber sind vierzehn Jahre vergangen, die eine neue äußere Wirklichkeit geschaffen haben. Ein deutscher Beitrag müsste davon ausgehen, diese Wirklichkeit in Frage zu stellen und von der Wurzel aus, das heißt radikal, zu überprüfen. Das würde zunächst alle diejenigen auf den Plan rufen, die inzwischen das

wiedererworben haben, was sie verloren hatte und die deshalb – was wir haben, haben wir! – keine Experimente wünschen.

IV

Das materielle Sein bestimmt nun einmal weitgehend das Bewußtsein. Das ist drüben so, wo es sich „soziale Errungenschaft“ und anders nennen mag, und das ist auch hüben nicht anders, wo es ebenfalls seine Begriffe hat. Ferner würde ein solcher Beitrag sicherlich kaum den Vorstellungen und Interessen der jeweiligen Schutzmacht entsprechen, so dass man sich damit in ein gefährlich-schutzloses Niemandsland begeben würde. Und schließlich würde sich der eine Deutsche sofort wie ein Habicht auf den anderen Deutschen stürzen, der westliche auf den östlichen und umgekehrt, wenn er auch nur von ferne spüren sollte, dass drüben andere, eigene und vielleicht neue Idee gedacht werden.

Solange die Weltmächte noch in der Erwartung leben, dass sie alles gewinnen können, werden sie sich kaum auf das Geben und Nehmen einlassen, wie es in einem ehrlichen Geschäft handelsüblich ist. Und solange die beiden deutschen Teilstaaten, noch in der Erwartung leben, dass sie das ganze Deutschland gewinnen können, das dann entweder weiß oder rot sein soll, werden sie sich ebenfalls nicht daran erinnern, dass sie wenigstens die gleiche Sprache sprechen und Glieder des gleichen Volkes darstellen. Erst wenn beide, die Weltmächte wie die beiden Teile Deutschlands in der Zone der äußersten Gefahr geraten sollten, in der sie alles verlieren und nichts gewinnen können, könnte man auf eine Änderung der heutigen starren Haltung hoffen, die sich dann wirklich hart am Abgrund der Vernichtung, vollziehen würde. Das darf keineswegs als Wunschbild oder Forderung gedeutet werden. Hier wird nicht gewünscht und nicht gefordert, sondern hier soll die Lage analysiert und lediglich gesagt werden, was ist.

Das wäre zugleich der Augenblick für einen eigenen deutschen Beitrag, der erst dann Aussicht auf Erfolg haben würde, wenn die Ereignisse die vielen heutigen Widerstände und Gefahren überholt und die Entwicklungen wieder an das Jahr 1945 herangeführt haben werden. Denn trotz des äußeren Wiederaufbaus und der verflossenen vierzehn Jahre ist das deutsche Volk in Wirklichkeit noch nicht über dieses Jahr hinausgekommen. Ein echter und glaubwürdiger deutscher Beitrag müsste deshalb hier beginnen und nicht auf den Grundlagen des Jahres 1959. Denn seitdem leben wir im Grunde ein äußerliches und geschichtsloses Leben, das nur notdürftig durch den Glanz der Neonröhren und Sprachbänder verdeckt wird. Diesseits der Elbe und jenseits der Elbe.

14. März 1959

Die 14 Jahre danach, Hans Zehrer

I) Gunst oder Ungunst der Weltpolitik – (wie man will) – zwingen den Deutschen heute zur Auseinandersetzung mit sich selber. Der Mann im Kreml hat durch seinen Griff nach Berlin und die Aufrollung der deutschen Frage den Startschuss dazu abgegeben. Er erfolgt mehr oder weniger zufällig, wie die kleinen Posten in der Geschichte immer zufällig erscheinen, während die große Linie und die Schlussbilanz immer stimmen. Die Auseinandersetzung des Deutschen mit sich selber und mit der Wirklichkeit, in der er lebt, wäre auch ohne diesen Anstoß von außen gekommen. Nur hätte sich vielleicht etwas länger auf sich warten lassen und sich etwas zögernder gegen die Widerstände durchgesetzt, die aus Illusion und Selbstbetrug den tragenden Boden einer neuen Wirklichkeit zu schaffen versuchten.

Der Schuss aus Moskau hat dieses trügerische Gespinnst jäh zerrissen. Es war ohnedies fadenscheinig geworden. Manche Phänomene der letzten Zeit deuteten schon darauf hin, dass die vierzehn Jahre danach, die als Epoche der Nachkriegszeit in die Geschichte eingehen dürften, abgelaufen sind und mit ihnen die Männer und Ideen, die diese Epoche zu formen und zu prägen suchten. Die Deutschen in West und Ost, sicherlich neun Zehntel unseres

Volkes, haben in dieser Zeit in einem Provisorium gelebt, das von den Hoffnungen auf die Wiedervereinigung unseres Volkes erfüllt wurde. Von ihr erwartete man die Rückkehr in die geschichtliche Wirklichkeit, die vor vierzehn Jahren suspendiert wurde. Denn seitdem hat der Deutsche geschichtslos gelebt. Der heutige Augenblick – nicht nur der Schuß aus Moskau, sondern auch manche Stimmen, die aus der übrigen Welt zu uns dringen –, erinnert uns schmerzhaft daran, daß wir innerlich noch nicht darüber hinausgekommen sind.

II) Man darf dem Mann aus Moskau nicht den Gefallen tun, seine These von der endgültigen Spaltung des deutschen Volkes und der vollen Entmannung seiner Hauptstadt zu akzeptieren. Auch Atombomben und Fernraketen zerstören die Geister der Geschichte nicht, die über einem Land lagern und in der Seele eines Volkes im Werden begriffen sind. Auch die Chruschtschows kommen und gehen, um ein Wort seines Vorgängers im Kreml zu zitieren, aber das deutsche Volk bleibt! Nur der Weg dieser vierzehn Jahre endet heute in einer Sackgasse. Wir hatten gehofft, außen herum zum Ziele zu gelangen. Das heißt, wir hatten erwartet, durch die Wiedervereinigung unseres Volkes den Anschluss an unsere Geschichte zu finden. Dieser Weg scheint sich heute als Irrweg zu erweisen. Es bleibt nur der andere Weg. Nämlich der: durch den Anschluss an die deutsche Geschichte die Wiedervereinigung unseres Volkes zu schaffen. Es geht nicht außen herum! Es geht nur auf dem Weg einer inneren Selbstbestimmung und einer geistigen Erneuerung. [...]

IV [...]Vor allem findet das Ende der Nachkriegszeit, das wir heute erleben, eine Öffentlichkeit vor, die wohl in ihrer Mehrheit nicht auf die neue Entwicklung vorbereitet sein dürfte und vom Dogma des Materialismus befallen ist, nach dem das materielle Sein auch das Bewußtsein bestimmt. Sie klammert sich heute an die These: wir haben es geschafft, und was wir haben, haben wir! Ohne zu ahnen, dass in diesem Glauben an den Status quo inmitten einer immer dynamischer werdenden Welt schon der Rückschritt und die Rezession miteingeschlossen sind. Vom Materialismus her findet man nicht den Weg zur geistigen Erneuerung und zum Wiederanschluss an die Geschichte. Das bedeutet politisch: auf diesem Weg verfehlt man die Wiedervereinigung unseres Volkes und läuft Gefahr, zu einem geschichtslosen Fellachenvolk zu werden.

5. Januar 1960

Sind die Deutschen so?

Das deutsche Volk kann gegenüber den Juden nicht mehr unbefangen sein. Das ist nicht möglich nach allem, was geschehen ist. Es wäre auch nicht gut, da es bedeuten würde, dass wir unsere Vergangenheit durch einfaches Vergessen bewältigt hätten. Weil wir nicht mehr unbefangen sein können, deshalb ist es so schwer für uns, die rechte Mitte zu finden im Urteil über die jüdenfeindlichen Ausschreitungen. Die Gefahr, dass wir diese Vorfälle verharmlosen, sie als Einzelfälle, als Streiche unreifer Knaben betrachten, ist ebenso groß wie die andere, dass wir über Deutschland wieder die Woge der Unmenschlichkeit heranbrausen sehen.

Die Wahrheit liegt hier in der Mitte. Was geschieht, ist beschämend. Es macht auf bestürzende Weise sichtbar, dass auch in den Köpfen vieler junger Menschen das Erbe Hitlers nicht überwunden ist. Aber die Vorfälle von Köln und Wuppertal und anderen Orten bedeuten nicht, dass sich eine allgemeine deutsche Haltung darin verkörpere.

Erfreulicherweise wird das auch im Ausland anerkannt. Gefährliche Verallgemeinerungen sind selten. Ein Blatt wie die „Daily Mail“, von der man nicht sagen kann, ihre Meinung entspringe aus einem Gefühl der Freundschaft für Deutschland, hat schon in der vergangenen Woche vor solchen Verallgemeinerungen gewarnt. Es stellt fest, dass sich mindestens die

Hälfte dessen, was in Deutschland in den letzten Jahren geschehen ist, in der gleichen Weise oder in ähnlicher Weise auch im Ausland abgespielt hat, ohne dass es über einen engen Kreis hinaus überhaupt bekannt wird. [...]

13. August 1960

Das Provisorium der Nation, von Hans Zehrer

II) [...] Nun ist in der letzten Zeit eine Diskussion über den Begriff des Provisoriums entstanden. Ausgehend von einem Artikel Winfried Martinis über die „Irrlehren der Wiedervereinigung“, der im Juni in der Wochenschrift „Christ und Welt“ erschien und in dem das Bekenntnis zum Provisorium als „Widerwillen der Bundesrepublik gegen sich selbst“ bezeichnet wurde, hat der Außenminister diese Frage in der letzten Sitzung des Bundestages aufgegriffen und sich diese Auffassung teilweise zu eigen macht. „Wir sollten uns hüten“, sagte er, „wenn wir von der Bundesrepublik sprechen, immer wieder das bedenkliche Wort vom Provisorium zu gebrauchen. Die Bundesrepublik ist mehr als ein Provisorium.“

Die WELT hat daraufhin Richard Jaeger und Fritz Erler im Forum vom 6. August zur Stellungnahme aufgefordert, der beide mit bestechender Klarheit und überzeugender Logik nachgekommen sind, der eine wies nach, dass die Bundesrepublik kein, der andere, dass sie ein Provisorium sei. Sie haben den Leser und uns selber in die Verlegenheit versetzt, die juristische Logik in die Konkretion des praktischen politischen Verhaltens zu übersetzen. Und das ist nach soviel juristischer Logik nicht leicht.

Fragen wir deshalb konkret: Seit wann bedeutet eigentlich das Bekenntnis zum Provisorium einen Widerwillen der Bundesrepublik gegen sich selbst? Gerade durch das Bekenntnis zum Provisorium stellt die Bundesrepublik das „Mehr“ da, das ihr Herr von Brentano zubilligt, weil damit ihr Bekenntnis zur Einheit der Nation und ihrer Geschichte offenbar wird. Indem sie sich als Provisorium betrachtet, stellt sie sich unter die Wirklichkeit der Nation und ihrer Geschichte und leitet daraus den Auftrag ab, die Einheit der Nation wiederherzustellen. Und je dynamischer und entschlossener sie diesen Auftrag verfolgt, umso identischer wird sie mit der Nation selber und ihrer Geschichte.

III) In der Bundesrepublik allein lebt die Nation mit ihrer Geschichte weiter, im Guten wie im Bösen, während das kommunistische System diese Kontinuität gesprengt und die Nation durch das Proletariat und die Geschichte durch den historischen Materialismus ersetzt hat. Der Begriff des Provisoriums würde uns wahrscheinlich gar nicht zum Problem werden, wenn die Dynamik, die daraus resultiert, so stark wäre, dass sie uns ganz erfüllen würde. Woraus sich der paradoxe Schluss ziehen lässt: Die Bundesrepublik ist nur in dem Maße mehr als ein Provisorium, ja sie ist die Nation selber, indem sie sich als provisorisch empfindet. Woraus sich weiter folgern lässt, dass es um diese Dynamik zurzeit nicht gut bestellt sein mag, wenn einem der Begriff des Provisoriums lästig zu werden scheint. Woraus sich schließlich folgern ließe, dass die Bundesrepublik weniger sein würde, als sie heute ist, wenn sie sich von dem Provisoriums distanzieren und mehr sein wollte, wenn sie sich auf dem Status quo als Definitivum stabilisieren würde. Sie würde damit in die Gefahr geraten, auf die Offensive zu verzichten und sich mit einem schlechten Gewissen vor der Nation und ihrer Geschichte in eine Defensive begeben zu müssen, in der sie sehr bald den kürzeren ziehen würde. [...]

4. August 1961

„Und was tun wir?“

[...] Gewiß beschwört die Politik des Westens nicht die Gefahr eines Krieges herauf; denn sie ist auf Verhandlungen gerichtet. Und dadurch, dass der Westen in diese Verhandlungen mit stärkerer militärischer Macht hineingehen will, wirkt er dieser Gefahr entgegen. Aber die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes ist auch nicht von vornherein und total

ausgeschlossen, wenn sich hinter der Entschlossenheit, keiner Erpressung zu erliegen, mehr verbirgt als nur eine Deklamation.

Es wäre gewiß falsch, wenn sich Deutschland aus unnötiger Nervosität, oder um in der Rolle des ‚Musterknaben‘ zu glänzen, zu unpassenden Machtdemonstrationen hinreißen ließe, die sich in provokatorischen Charakter trügen. Das könnte sogar den Spannungszustand auf gefährliche Weise anheizen und eine überflüssige Psychosestimmung erzeugen. Der soeben aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrte Bundesverteidigungsminister hat, auf sofortige Schritte zur Verstärkung der Bundeswehr angesprochen, die kluge Antwort gefunden, die Bundesrepublik werde zur Übernahme der Aufgaben bereit sein, die ihr von der NATO gestellt werden. Strauß hat damit kühlen Kopf bewiesen und hat sich nicht als jener Kraftmeier gezeigt, als den ihn seine Gegner gern hinstellen. [...]

3. Januar 1962

Der falsche Maßstab

Das Bündnis mit dem Westen ist in den letzten Monaten zweifellos noch enger geworden, als es vorher war. Dennoch erleben wir seit Monaten, dass sich auch in den Ländern unserer Verbündeten misstrauische, wenn nicht sogar feindselige Stimmen gegen die Bundesrepublik mehren. Man braucht ihre Wirkung nicht zu überschätzen, aber man darf sie auch nicht ignorieren. Der Eichmann-Prozeß, die Verhaftung des jugoslawischen Partisanen Vracaric, Shirers anhaltender Erfolg im westlichen Ausland mit seinem Buch über Aufstieg und Fall des nationalsozialistischen Deutschland: schon diese drei Ereignisse haben die Bundesrepublik wieder in Beziehung zu einer Zeit gebracht, an die sich die Welt nur mit Erbitterung erinnern kann.

Sowenig etwa die propagandistische Aktivität des Ostblocks diese deutschfeindliche Welle erklärt, so wenig auch reicht die Erklärung aus, allein die wieder heraufbeschworene Erinnerung an die Untaten der deutschen Vergangenheit sei daran schuld.

Ob wir es wahrhaben wollen oder nicht: Die politische Weltlage, das zerrissene Deutschland, das bedrohte Westberlin und sogar die Mauer gehören historisch auch zu den Folgen nationalsozialistischer Gewaltpolitik. Das zweigeteilte Land in der Mitte Europas ist ein Krisenherd. Und so eng auch die Perspektive ist: können wir es den Menschen in Chicago, Sydney, Rotterdam, Narvik, Brüssel oder Coventry nicht nachfühlen, wenn sich in ihnen alles dagegen sträubt, ausgerechnet wegen eines scheinbar nur deutschen Problems ihr Leben oder ihre Sicherheit und ihren Wohlstand riskieren zu sollen?

Diese Emotion ist allzu oft stärker als ruhiges, sachliches Abwägen. Jeder, der ins Ausland fährt, macht diese Erfahrung. Das vom nationalsozialistischen Deutschland begangene Unrecht ist – auch sechzehn Jahre nach dem Inferno – noch zu Erinnerungsmächtig, die Wellen des Hasses und der Verbitterung sind auch in jenen Ländern noch nicht ganz verebbt, die die Bundesrepublik heute als ihren Verbündeten werten.

Politische Bündnisse sind vor allem eine Frage der Zweckmäßigkeit; wir mögen in ihnen allenfalls einen Vertrauensbeweis sehen; sie aber gleichzusetzen mit Zuneigung, zu glauben, alle Welt fände uns nun sympathisch, wäre gefährlich naiv. Über den Problemen der deutschen Gegenwart lagert noch der Schatten der deutschen Vergangenheit. Beides erklärt, warum gerade jetzt ein Wellenschlag misstrauischer und feindlicher Stimmen zu registrieren ist.

Jedoch braucht uns alles Verständnis für die Motive und den Zeitpunkt des aufbrechenden Mißtrauens nicht davon abzuhalten, uns deutlich gegen ungerechte Urteile zu verwahren. Ein Lehrer, der seinem Schüler nichts anderes zu sagen weiß, als dass er niemals etwas getaugt habe, nichts taue und niemals etwas taugen werde, ist ein Büttel und kein Erzieher. Von vielen Predigern wider die deutschen Untugenden ist dasselbe zu behaupten. [...]

Es darf darüber hinaus auch nicht vergessen werden, dass fast die Hälfte der Bevölkerung gar keine oder allenfalls nur früheste Kindheitserinnerungen an die Jahre der Diktatur hat. Der Anteil der bis Fünfunddreißigjährigen beträgt knapp fünfzig Prozent. Als das nationalsozialistische Deutschland im Zenit seiner Macht stand, waren die Ältesten dieser Gruppe fünfzehn Jahre alt.

Seit Ende des Krieges sind bereits Generationen nachgewachsen, die, weil sie nichts zu bewältigen haben, sich genarrt fühlen, wenn man ihnen ein SS-Klischee als Spiegel des Ichs vorhält. Sie fühlen sich nicht betroffen, wenn dunkle Zeiten beschworen werden. [...]

Nichts wäre falscher, als vom historischen Detail her eine Gegenrechnung aufzumachen oder angesichts einiger gehässiger Stimmen, die selbst die Mauer als verdiente Strafe bezeichnen, in Sentimentalität oder gar Ressentiment zu verfallen.

Wir wissen selbst – niemand braucht es uns zu sagen –, daß die Vergangenheit als Hypothek auf uns lastet. Aber gerade sie, die Zeit der Kollektivurteile, gibt niemandem das Recht, neue Kollektivurteile auszusprechen. Die jungen Menschen der Bundesrepublik mit der Schuld der Vergangenheit zu belasten, ist genauso ungerecht, wie die vielen ehemaligen Verfolgten und Eingekerkerten, die heute das Gesicht der Bundesrepublik mitbestimmen, über den gleichen Leisten zu schlagen wie den Professor Heyde/ Sawade, oder ähnliche dunkle Figuren.

Soviel Sicherheit haben wir wieder gewonnen, um sagen zu können, daß nur ein Böswilliger oder ein Verblendeter den himmelweiten Unterschied zwischen dem Einst und dem Heute nicht bemerken kann. Es ist an der Zeit, mit dem Gerede von der unbewältigten Vergangenheit aufzuhören. Besser, als sich nur auf das Vergangene zu versteifen, wäre es darauf zu achten, wie wir die Gegenwart bestehen: etwa als gespaltenes Volk, wobei wir diesmal bestimmt nicht mehr sagen können, wir hätten nichts gewusst von dem, was ein paar Kilometer weiter geschieht; oder als Staatsbürger, denen demokratische Umgangsformen wichtiger sind als Steuerermäßigungen.

Der Schritt aus einer Vergangenheit in eine Zukunft geht durch die Gegenwart. In ihr haben wir zu bestehen.

28. Mai 1962

Brandt für breitere Regierungsgrundlage

[...] Im außenpolitischen Verhalten der Bundesregierung sah der Redner, wie er sagte, peinliche Zeichen der Hilflosigkeit. Die Ära Adenauer sei einer Ära des Schweigens oder des „wenig nuancierten Gemurmels“ gewichen. Die Regierung hätte ihre Idee zu Grabe tragen müssen, daß eigene Stärke, die Sowjets dazu veranlassen würde, die Zone eines Tages „wie eine heiße Kartoffel“ fallenzulassen. Brandt meinte, die Bundesrepublik dürfe im Westen nicht nur als Jasager auftreten, aber das Vertrauen sei nur zu erhalten, wenn Vorschläge und Einwände mit den Verbündeten besprochen würden. Nur dann könnte Bonn sein Gewicht in die Waagschale werfen. [...]

20. April 1963

Noch acht Wochen Zeit (Hans Zehrer)

[...] Unser Volk ist gar nicht so schlecht, wie es immer gemacht wird. Da haben die Allensbacher eine Umfrage über den 17. Juni und seine Gestaltung angestellt, die gar nicht so hoffnungslos ausgefallen ist. Über 50 Prozent, also über die Hälfte, erklärten auf die Befragung, dieser nationale Feiertag müsse würdiger als bisher gegangen werden. Es müsse ein ernster und stiller Tag werden, Tanz- und Sportveranstaltungen hätten zu unterbleiben [...]

Das ist immerhin ein Wort! Denn was ist denn von unserem Volk in den letzten achtzehn Jahren wirklich geleistet worden? Wir haben den Aufstand vom 17. Juni in der Sowjetzone. Um den geht es in acht Wochen. Wir haben die Blockade von Berlin und den Kampf der Berliner um ihre Freiheit, der für die ganze Welt gemacht hat.

Hätten wir beides nicht, wir wären heute ein unbedeutendes Fellachenvolk, eine Provinz der Weltpolitik, die keinen bewegen würde. [...]

5. Februar 1964

Deutsche Soldaten nach Zypern?

Bonn soll nein sagen

Es fehlt die Legitimation

Kein Problem der Solidarität in der NATO

Wie immer die Bundesregierung sich in ihrem Konflikt entscheiden mag, ob für oder gegen eine Entsendung deutscher Bataillone nach Zypern – schon heute lässt sich mit Sicherheit voraussagen, daß ihr Beschluß herbe und bittere Kritik hervorrufen wird: sei es im eigenen Lande, sei es bei Briten und Amerikanern, in Zypern oder in der weltweiten Öffentlichkeit; und hier am stärksten gewiß im Osten. Es stellt sich für die Bundesregierung ein Problem, das sie wahrscheinlich gar nicht lösen kann, ohne in jedem Falle einige Federn zu lassen.

Außenpolitische Fragen sind im allgemeinen nach dem Grundsatz zu fällen, ob sie im nationalen Interesse zweckmäßig sind. Natürlich ist es nicht zweckmäßig, vor allem die Briten durch eine Absage zu verprellen und sie die militärische Bürde in Zypern allein tragen zu lassen, der sie sich angesichts der auf sie herunterkommenden Lawine von militärischen Verpflichtungen nicht mehr gewachsen fühlen. Doch hier steht mehr auf dem Spiel als die Gefahr, einen Verbündeten vorübergehend zu verstimmen. Hier geht es um die Grundlagen deutscher Politik, die nicht in ein Zwielflicht geraten dürfen.

Deutschland ist keine Weltmacht wie die Vereinigten Staaten, auch keine Großmacht vom Range Englands, das trotz des anhaltenden Verfalls seines Empires noch in einem beachtlichen Maße weltweite Verpflichtungen zu erfüllen hat. Deutschland strebt auch in seiner Politik diese solche Größenordnung nicht an. Es hat Träumen abgeschworen und ist nach seiner geschichtlichen Katastrophe unter einem anderen Gesetz angetreten, das uns bei jedem politischen und militärischen Engagement außerhalb des atlantischen Bündnisses, der Art wie es für Zypern gefordert wird, große Zurückhaltung auferlegt. Ein militärischer Beitrag zu der geplanten anglo-amerikanischen Befriedungsaktion auf Zypern stünde im Gegensatz zur politischen und moralischen Ausgangslage, die die Bundesrepublik sich verschaffen hat. Unabhängig von der noch gar nicht behandelten verfassungsrechtlichen Seite, die wohl auch einige komplizierte Probleme aufwürfe.

Wo gäbe es die Legitimation für die Entsendung deutscher Bataillone nach Zypern? Nicht der Ständige NATO-Rat als politisches Organ des Bündnisses hat eine dringende Empfehlung ausgesprochen. Ein Verbündeter der NATO, Großbritannien, hat das Ersuchen um militärische Hilfe an die Bundesregierung gerichtet, in seiner Eigenschaft als einer der drei Garantemächte Zyperns. Und das für eine Polizeiaktion auf einer Insel, die nicht zu jenem Territorium gehört, das nach dem Bündnisvertrag in das Interessengebiet der Allianz einbezogen ist.

Die Bundesregierung steht also nicht etwa vor der Frage, ob sie sich einer vom Bündnis aufgegebenen Verpflichtung entziehen wollte. Es kann auch nicht darum gehen, das Engagement Großbritanniens in der Berlin-Frage zu honorieren, denn die britische Position beruht hier nicht allein auf einem Bündnis, sondern in erster Linie auf der Rolle Englands als

Siegermacht, als einer der vier für ganz Deutschland verantwortlichen Mächte. In der Zypern-Frage steht daher die deutsche Solidarität dem Bündnis gegenüber überhaupt nicht zum Schwur, und die Solidarität gegenüber Großbritannien steht in diesem Falle unter einem außergewöhnlichen Aspekt.

Wir wollen völlig offen lassen, ob die Bundesrepublik zu einem aktiven militärischen Eingreifen auf Zypern sich politisch oder moralisch aufgerufen fühlen kann, obwohl sie an der Lösung der politischen Probleme in diesem Lande naturgemäß nicht beteiligt worden ist. Auch wollen wir nicht bezweifeln, daß eine Befriedung in Zypern durchaus im [première partie du mot illisible sur la micro-fiche] mentaren Interesse des nordatlantischen Bündnisses liegt, zumal britische Sorgen nicht ganz unbegründet erscheinen, daß durch eine vor[première partie du mot illisible sur la micro-fiche]bare militärische Intervention der Türkei die Gefahr einer Art Bürgerkrieg zwischen mehreren Mitgliedern der NATO, den Briten, den Türken und den Griechen auf der Insel heraufbeschworen werden könnte.

Doch zur Befriedung Zyperns und für vorbeugende Maßnahmen, die einen Zusammenprall verbündeter Mächte auf Zypern verhindern sollen, sind deutsche Bataillone nicht geeignet. Die Zurückhaltung läge nicht nur im nationalen Interesse. Sie läge auch im Interesse der nordatlantischen Allianz, wenn man sich von dem Dilemma des Tages löst und vor allem an die wahrscheinlich unausbleiblichen politischen und psychologischen Folgen denkt, die das Auftreten deutscher Bataillone auf Zypern hervorriefe. Sie fielen eines Tages nicht auf Deutschland allein zurück, sondern auf die Gesamtheit des Bündnisses.

Die politische Selbstbescheidung der Bundesrepublik würde gründlich missverstanden und unglaubwürdig, träte Deutschland in Zypern auf. Wir spüren nahezu täglich, mit welchem Misstrauen die wachsende militärische Stärke Deutschlands betrachtet wird. Auch unter den Völkern der verbündeten Nationen, auch in Großbritannien, wo die akute Bedrängnis der Regierung nur für den Augenblick verschleiern kann, mit welchen Schattenbeschwörungen sich Bonn bald auseinandersetzen hätte, wenn deutsche Soldaten ihren Fuß auf Zypern setzten. Und in Zypern selbst und bei den anderen beiden Garantiemächten, Griechenland und die Türkei? Die Haltung des Präsidenten Makarios und die der Regierung in Athen und Ankara ist wichtig, aber wir werden uns nicht darauf verlassen dürfen, daß aus dem Augenblick der politischen Verlegenheit heraus geborene Erklärungen identisch sind mit dem, was diese Regierungen und ihre Völker auf lange Sicht für Schlüsse ziehen.

Wollen wir uns darüber hinwegsetzen? Auch in einem Lande wie Griechenland, wo natürlicherweise noch böse Erinnerungen an die deutsche Besetzung Kretas und des Festlandes schlummern? Wie wird die Reaktion des Ostens sein? [...]

2. Mai 1964

Ein blockiertes Jahr

Eine schwierige Lage, ein kompliziertes Jahr – wer stimmt Herbert Wehner bei diesem Stoßseufzer nicht zu? Die außenpolitischen Wege scheinen blockiert zu sein, wohin man auch schaut. Sind wir zur Inaktivität verurteilt? Schon solche Frage läßt die Wunde am Körper unserer Nation doppelt schmerzen. Wundgerieben an den Fesseln und Stricken, die eine Lösung der deutschen Frage, der deutschen Not verhindern, bäumt sich mehr als einer der Politiker auf. [...]

17-18. Juni 1964

Das Volk und der 17. Juni (Hans Zehrer)

[...] Auch denen im eigenen Land, die die Spaltung des Volkes mit politischen Mitteln überwinden wollen und dazu der politischen Bereitschaft und Aktivität des Volkes bedürfen,

macht das Sorgen. Das Volk ist nicht so handlungsfähig wie die Nation. Es ist diffus und lebt so vor sich hin. Es fährt ins Grüne, wenn es einen nationalen Feiertag begehen soll. Fast drei Viertel der Befragten erklären den Meinungsforschern, daß es ein arbeitsfreier und bezahlter Feiertag bleiben sollte. Nur fünf vom Hundert sind für einen gewöhnlichen Arbeitstag ohne Feiertstunden. Diejenigen aber, die an diesem Tag ein Opfer, wenn auch nur ein finanzielles bringen wollen, sind in der Minderheit. [...]

17-18. Juni 1965 (Hans Zehrer)

I) Das deutsche Volk steht zum zwölftenmal vor dem 17. Juni. Die Zeit vergeht schnell: das Dutzend ist voll. Der Tag ist nicht der gleiche geblieben. Auch das Volk ist nicht das gleiche geblieben. Beide haben sich verändert. Zum Guten oder zum Schlechten? Das ist die Frage, die dieser Tag in jedem Jahr von neuem stellt und auf die er eine Antwort fordert.

[...] **II)** Aber der Stand der deutschen Frage wird in erster Linie nicht am Barometer der Weltpolitik und an den äußeren Ereignissen abgelesen, obwohl sie letzten Endes die Entscheidung bringen. Er kann nur am Thermometer, am Fieberthermometer, wenn man so will, des deutschen Volkes abgelesen werden, dessen Schicksal ganz allein von seiner Kraft zum Widerstand gegen die Spaltung, von seiner Entschlossenheit zur Einheit des Volkes und von seinem politischen Willen zur Zukunft der Nation entschieden wird. Davon wird auch das Schicksal jedes einzelnen bestimmt, der ohne diese Entschlossenheit entweder als Mitglied eines „vielleicht gut funktionierenden, geschichtlich und national aber belanglosen Ausschnittes einer europäischen Konsumgesellschaft oder als provinzielles Anhängsel der amerikanischen Industriegesellschaft“ (Gerstenmaier) ein sattes Fellachenleben führen kann, oder aber als Geisel und Zwangsarbeiter des sowjetischen Imperialismus und seines industriellen Aufbaus ein unfreies und ärmliches Dasein fristen muß.

Der 17. Juni stellt deshalb immer wieder die Frage: wie steht es heute mit dem deutschen Volk? Er stellt sie seit zwölf Jahren, und jedesmal fällt die Antwort anders aus. Denn die Zeit verstreicht, und ein Volk wandelt sich. Das gilt schon für den 17. Juni 1953. Würde man heute die Umfrage stellen: Wie haben Sie diesen Tag damals erlebt, und wie haben Sie ihn empfunden?, so würde sich wahrscheinlich das seltsame Phänomen ergeben, daß dieser Tag auf die Mehrheit des Volkes damals nicht so gewirkt hat, wie er in den zwölf Jahren danach gewirkt hat. Er teilt dies im übrigen mit dem 20. Juli 1944, der ebenfalls als Symbol des deutschen Widerstandes fortwirkt und größer geworden ist.

III) Auch der 17. Juni 1953 gehört zu den schweren Brocken der Geschichte, die in die Seele eines Volkes fallen, ihre Kreise ziehen und immer größer und bedeutsamer werden. [...]

Aber wie steht es heute um diesen Tag? Wie steht es heute mit dem deutschen Volk? Wenn der 17. Juni 1953, zumindest auf die Deutschen außerhalb der Zone und Berlins, damals nicht so gewirkt hat, wie er sie heute bewegt, so deshalb, weil damals noch jeder damit beschäftigt war, die Trümmer der eigenen Existenz wiederaufzubauen, und weil er weiter als heute davon entfernt war, an das Schicksal der Nation zu denken.

Das ist heute anders geworden. Die eigene Existenz ist inzwischen gesichert. Es geht den meisten besser als jemals. Aber der einzelne spürt auch viel stärker das Sinnlose und Ziellose, das im absoluten Wohlstand liegt, wenn der nicht von größeren Ideen erfüllt und getragen wird.

Es wächst die Unruhe vor vollen Schaufenstern, die nach größeren Zielen Ausschau hält, und die Geborgenheit der neuen Wohnungen und Häuser täuscht darüber hinweg, daß die eigene Existenz noch unbehaust geblieben ist und in einem Provisorium lebt.

Dies ist die Stunde, wo die Wirklichkeit der Nation wieder auftaucht, anders und geläuterter als früher, und wo der Deutsche das schmerzlich zu vermissen beginnt, was er bei seinen Nachbarn noch als lebendige Wirklichkeit und was er überall in der Welt in stürmischen Aufschwung begriffen sieht.

IV) Geschichte ist nationale Geschichte, und nationale Geschichte ist eine lebendige elementare Macht, die immer wieder aus den verborgenen Tiefen der Völker aufsteigt. Wir brauchen dazu nicht auf de Gaulle zu sehen, der die französische Geschichte etwas zu sehr strapaziert. Wir brauchen nur nach Osten zu blicken, wo sich die nationale Geschichte als stärker zu erweisen scheint und wo sich die Nationen von dem Druck der Fremdherrschaft zu distanzieren suchen. Auch das deutsche Volk ist heute mitten dabei, sich wieder auf seine nationale Geschichte zu besinnen, die nicht nur von Hitler und seinen Kumpanen geschrieben wurde, sie aber auch nicht von denen bestimmt wird, die diese zwölf schändlichen Jahre zum Anlass nehmen wollen, um auch die vorangegangenen Jahrhunderte auf den Schutthaufen zu werfen.

Woher steigt diese Geschichte auf? Aus den Menschen! Woher soll sie sonst aufsteigen? Die Menschen werden geboren, sie altern und sterben, und die Generationen lösen einander ab.

Die Menschen, die noch das ungebrochene Bewußtsein der nationalen Geschichte in sich tragen, sind in der Mehrheit wohl über die 60 alt. Das sind heute noch zehn Millionen, die überlebt haben. Bei den 22 Millionen der Dreißig- bis Sechzigjährigen wirken sich am stärksten die Folgen eines Systems aus, das mit dem Jahre Eins beginnen wollte und mit dem Jahre Null endete. Es sind dies die problematischen Jahrgänge. Ihnen sind viele Werte und Ideale zerstört worden, und bei ihnen ist der Nährboden der verlorenen Illusionen und der gebrochenen Haltung zu suchen, der aus der Enttäuschung und auch oft genug aus der Verzweiflung jene radikale Kritik hervortreibt, die auf Kahlschlag aus ist und wenig vom Aufforsten hält.

Aber hinter ihnen drängen bereits die 25 Millionen derer bis zu 30 heran, die schlimmen Jahre nicht mehr oder nur am Rande der Bewußtheit miterlebt haben und die wieder jene heile und unbefangene Natur mitbringen, die jeder Jugend mitgegeben wird. Es scheint, daß es gerade diese Generationen sind, in denen die Unruhe um die Nation heute wach wird, die sich dagegen wehren, in Kniebeuge zu hocken und den ewigen Prügelknaben abzugeben, und die auch für sich und ihr Volk das gleiche Recht fordern, das man heute jedem Stamm und jedem kleinen Volk in der Welt zubilligt. Geschichte wird nicht bewältigt, sie wird überwachsen.

Es sind nicht nur die Alten, die noch die Werte der nationalen Geschichte wachhalten und die auch die menschlichen Bände zwischen den getrennten Teilen des Volkes pflegen. Von zehn erwachsenen Bürgern der Bundesrepublik haben immerhin noch vier ihre Verwandten im anderen Teil unseres Vaterlandes, und den über Sechzigjährigen gestattet es selbst das kommunistische System, ihre Verwandten im Westen einmal im Jahr zu besuchen. Die wachsende Teilnahme der Jüngeren an den Feiern zum 17. Juni, die Unruhe, die in diesen Jahrgängen im Wachsen ist und nicht zuletzt die Ziffern der vornehmlich Jugendlichen, die täglich den gefährlichen Sprung nach Westen wagen und dabei Kopf und Kragen riskieren, weisen darauf hin, daß man diese Generationen, die in wenigen Jahren aktiv in die Geschichte ihres Volkes eingreifen werden, nicht ewig mit der Teilung der Nation abspeisen wird, ohne daß das Thermometer in Deutschland bedenklich ansteigen wird.

V Natürlich wird das Schicksal der deutschen Nation von außen, den von fremden Mächten, mitbestimmt. Aber die Mächte werden nur in dem Maße an die Dringlichkeit der deutschen Frage erinnert werden, indem sie durch die wachsende Unruhe im deutschen Volk, seine Entschlossenheit und seinen politischen Willen, darauf hingewiesen werden. Hier sind die zwölf Jahre seit 1953 nicht spurlos vorübergegangen. Der 17. Juni 1965 zeigt, daß die

Wirklichkeit der Nation von Jahr zu Jahr stärker in Erscheinung tritt, und daß auch das deutsche Volk wieder auf dem Boden seiner Geschichte Fuß zu fassen beginnt. Je stärker das geschieht, um so deutlicher wird das Provisorische seiner Existenz zutage treten, indem es in beiden Teilen seines Vaterlandes leben muß, um so quälender wird es hüben wie drüben empfunden werden und umso unmittelbarer wird es die Welt mit seinem Schicksal konfrontieren.

Man sollte sich darüber auch im Ausland nicht hinwegtäuschen. Man sollte vielleicht daran zurückdenken, welche Fehler man nach 1918 begangen hat, ohne die die nachfolgende Entwicklung vielleicht anders verlaufen wäre. [...]

14. August 1965

Das fünfte Jahr der Mauer

[...] Der 13. August ist kein Tag wie der 20. Juli oder der 17. Juni, die beide zu den Stichtagen des deutschen Widerstandswillens gehören, aber bereits zur Geschichte gerechnet werden. Der 13. August ist immer noch leidvolle und bedrängende Gegenwart. Man kann die beiden anderen Tage würdig und feierlich begehen. Der 13. August aber ist der Pfahl im Fleisch der Nation, der jeden Tag spürbar ist und durch die Mauer symbolisch für das deutsche Schicksal geworden ist. Man kann die Geschichte nicht mehr verändern, und auch die späten Versuche, sie zu bewältigen, sind fragwürdig genug. Die Gegenwart aber birgt immer den Auftrag in sich, die Kraft zu finden, sie zu verändern.

17. August 1965

Deutschlandlied in Jerusalem

In diesen Tagen wird in Jerusalem zum ersten Mal die deutsche Nationalhymne gespielt, und der Anlass ist eher geeignet, eine nüchterne Bilanz vorzunehmen, als frohen Herzens die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum politischen Erfolg zu stempeln. Allzuviel steht immer noch zwischen Deutschen und Juden, zwischen Bonn und Jerusalem, als daß wir uns erlauben könnten, den Tag der Akkreditierung des deutschen Botschafters mit dem Beginn einer normalen Ära deutsch-israelischer Beziehungen gleichzusetzen.

Normal kann es nicht sein, wenn eine jüdische Kapelle auf israelischem Boden das Deutschlandlied intoniert, während fast zur gleichen Zeit die Richter in Frankfurt das Urteil gegen Kaduk und Genossen beraten. Normal kann es nicht sein, wenn eine deutsche Botschaft unter dem Schutz von Sicherheitsbeamten eingerichtet werden muß, deren Herzen sicherlich anders empfinden, als den Köpfen zu tun befohlen wird.

Für Israel ist die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eine Sache politischer Zweckmäßigkeit. Nur als solche wird sie von der überwiegenden Mehrheit bejaht. Zu glauben, die nicht in der befürchteten Intensität abgehaltenen antideutschen Demonstrationen der letzten Tage seien ein Beweis weitverbreiteten Wohlwollens, hieße, die Gefühlslage Israels zu verkennen. Vielen, die bei dem Gedanken an das Deutschlandlied auf Zions geheiligtem Boden aufschreien möchten, verschließt eine respektheischende Selbstdisziplin den Mund.

Kein Hinweis auf die Milliardensummen und die tausendfachen Zeichen guten Willens, welche die Bundesrepublik und viele ihrer Bürger als Einzelpersonen in mehr als einem Jahrzehnt an die Gestade Israels gesandt haben, vermag die Sorge völlig zu bannen, hinter der

Erkenntlichkeit könne sich dennoch der Furor teutonicus tarnen. Es kann nur schädlich sein, die Situation zu beschönigen. Aber es wäre auch falsch, anzunehmen, Israel akzeptiere nur ein Deutschland, das sich ihm im Büßerhemd nähere. Der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist eine materielle Wiedergutmachung vorausgegangen, deren man sich als einer echten Existenzhilfe für Israel nicht zu schämen braucht. Und was auch sollte die Bundesrepublik hindern, auf den politischen Preis zu verweisen, den sie für die Aufnahme dieser Beziehungen zu zahlen hatte. Mit ihnen war der größte Rückschlag verbunden, den Bonn bisher auf dem Feld internationaler Beziehungen hinnehmen musste.

Viele Jahre war es der berechtigte Vorwurf Israels, in Bonn werde nur die Stimme der feindlichen arabischen Nachbarn gehört. Jetzt überreicht im Palais Schaumburg der erste offizielle israelische Diplomat sein Beglaubigungsschreiben. Aber zehn arabische Staaten haben deshalb mit Bonn gebrochen. Mit der Akkreditierung der Botschafter in Bonn und Jerusalem ist die Baisse deutscher Nahostpolitik nicht überwunden. Einstweilen dokumentiert sich in ihr der politische Preis, der für die Beziehungen mit Israel gezahlt worden ist.

11. November 1965

Erhard fordert: Ansprüche zurückstecken oder mehr arbeiten.

„Die Nachkriegszeit ist zu Ende“, unter diesen Gesichtspunkt stellte Erhard die neuen Aufgaben. Er stellte fest: „Die Bundesregierung weiß, daß das Ende der Nachkriegszeit die Bundesrepublik im Innern und nach außen vor neue Aufgaben stellt, zu neuen Pflichten ruft; daß eine neue Lage mit neuen Mitteln gemeistert werden muß; daß eine Periode nüchterner Besinnung vor uns liegt.“ [...]

30. November 1965

Die Debatte über die Regierungserklärung. Verhärtete Fronten in der Innenpolitik

Barzel fordert eigenes Konzept der Opposition

[...] Militärisches Engagement außerhalb der NATO kann nach den Worten Barzels nicht Sache der Bundesrepublik sein. „Wir sind weder Groß- noch Atommacht.“ Dagegen darf uns keiner übertreffen im Engagement für die Menschenrechte und für Humanität. [...]

16-17/06/1966

Ist in Deutschland der Nationalismus im Vormarsch – Im Ausland wirkt sich eine Propagandawelle aus – jedes Volk braucht ein gesundes Nationalgefühl (von Armin Mohler)

[...] Mindestmaß von Selbstachtung

Was sollen die Bilder¹? Diejenigen, die den Nationalismus-Vorwurf an die Deutschen von heute erheben, haben etwas richtig gesehen: Im politischen Bewußtsein der Deutschen beginnt sich seit einiger Zeit etwas zu verändern, und zwar insbesondere unter dem Druck der nachwachsenden Generationen. Zwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges setzt sich mehr und mehr die Meinung durch, daß man auf die Dauer die politischen Aufgaben nicht bewältigen kann, wenn man im Zustand des schuldbewältigenden Büßers verbleibt. Das ging, solange man die wichtigen politischen Entscheidungen an Größere delegieren konnte. Jetzt aber kommen auf die Deutschen wieder Entscheidungen zu, die selbst zu fällen haben. Das aber ist nur möglich mit einem Mindestmaß von Selbstachtung und Selbstbewußtsein – kurz dem, was man unter einem gesunden Nationalgefühl versteht.

¹ [Photos parues dans le journal Paris Match pour l'enterrement de Sepp Dietrich à Ludwigsbourg]

Die Reaktionen des verbündeten Auslandes sind nicht einheitlich. Unter denen, die sich äußerten, hält offensichtlich eine Mehrheit am einfacher scheinenden bisherigen Zustand fest, in dem sich die Deutschen so bequem mit ihren Schuldkomplexen manipulieren ließen. Hier wird bei der leisesten Regung eines nationalen Selbstbewußtseins in Deutschland gleich gerufen: Da kommen sie wieder mit dem Hakenkreuz.

Eine Minderheit unter den ausländischen Deutschlandexperten hält das allerdings für recht gefährlich. Wir haben vor einigen Wochen mit einem Franzosen gesprochen, der nach 1945 eine Schlüsselstellung in der französischen Besatzungszone innehatte und Deutschland wie wenige andere Franzosen kennt. Er meinte: „Wir dürfen bei den Deutschen nicht den natürlichen Vorgang des Vergessens blockieren. Niemand kann ständig Auge in Auge mit den Abgründen seiner nationalen Vergangenheit leben. Wie könnten Franzosen noch Politik machen, wenn wir ständig an die Blutbäder dächten, die wir vor und nach der Libération unter uns angerichtet haben, oder an die Kette von Folterungen und Oradours, für die wir in Algerien oder Indochina verantwortlich waren!“ (Er sagte: „waren“.) „Man höre doch einmal mit dieser dämlichen (imbécile²) Behandlung der Deutschen auf – es wird sonst einmal bei ihnen eine fürchterliche Explosion geben...!“

Auch aus den angelsächsischen Ländern vernimmt man einzelne Stimmen, die über Regungen eines neuen Nationalgefühls beim deutschen Partner nicht gleich zetermodio schreien. Dass Deutsche nicht mehr ausschließlich in Gedanken an Auschwitz leben, erscheint ihnen nicht als Verruchtheit, sondern eher als ein Zeichen der Normalisierung, ja der Angleichung an die Umwelt, die ja durch Amnestien längst einen Strich unter die eigenen Kriegsverbrechen gezogen hat. Ein selbstbewußtes Deutschland ist ihnen offensichtlich lieber als ein im unberechenbaren Paria-Zustand gehaltenes. [...]

16-17. Juni 1966

Rainer Barzel: Wer nicht handelt, wird behandelt. Aus der Rede des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden in Washington und New York

[...] Durch unser Volk geht eine nationale Besinnung. Das ist gut und natürlich. Die Deutschen – allen voran die Jugend – drängen immer stärker nach Einheit des Landes. Jeder zweite Bewohner bei uns ist nach Hitlers Machtergreifung – nach dem 30. Januar 1933 – geboren. Die jungen Menschen fragen, was war und was sein wird. Mancher in der Welt fragt so.

Wir antworten als ersten Satz: Hitler war eine schreckliche Wirklichkeit. Daran gibt es nichts zu verniedlichen. Wir spüren die Folgen und müssen sie tragen.

Der zweite Satz heißt: Die deutsche Geschichte umfasst mehr als zwölf böse Jahre.

Und der dritte: Ein erneuertes Deutschland tritt der Welt gegenüber. Unsere Gegenwart ist rechtlich und um Redlichkeit bemüht; sie ist ehrenhaft. Auch uns ist erlaubt, unser Land zu lieben. Ein erneuertes Deutschland ist da. Eine Generation wächst heran, der niemand neue heimliche Stempel wegen einer endgültig gewesenen Vergangenheit aufdrücken sollte.

16-17. Juni 1966

Der 13. Jahrestag

Einige ehrliche Bekümmerte werden zu den Versammlungen eilen und der gesamtdeutschen Not gedenken. Andere werden sich zu ihnen gesellen, weil laut Kalender die patriotische Pflicht es so befiehlt. Und wieder werden die Redner die verwandtschaftlich vertraute Rede

² en français dans le texte.

„Brüder und Schwestern“ der Wirklichkeit des mit Wachtürmen, Mauern, Minen, Stacheldraht und zu Bestien abgerichteten Hunden bewehrten Todesstreifens entgegensetzen. Die allermeisten Bürger des freien Deutschlands werden sich jedoch von den Feiern der nationalen Einheit beurlauben und sich irgendwo im Grünen unpatriotisch dem Müßiggang hingeben. So wird denn dieser Jahrestag des 17. Juni 1953 nicht viel anders sein als die zwölf anderen, die ihm vorausgegangen sind. [...]

9. Januar 1967

Wenn Radikale Farbe bekennen sollen: Ihre Krallen zeigen sie nicht. Interview mit drei führenden Mitgliedern der NPD.

Frage: Ist die Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen in Ludwigsburg nach Ihrer Ansicht ein „Schandfleck der Nation“?

Von Thadden: Es wäre Aufgabe des Staates, hier endlich einen Schlussstrich zu ziehen. Es gibt keine vollkommene Gerechtigkeit, es gibt keine vollkommene Bestrafung.

5. Oktober 1967

Die Gänsefüßchen müssen bleiben. (Matthias Walden).

Heinrich Albertz, der Regierende Bürgermeister von Berlin, nennt es „das Schlachten heiliger Kühe“, und er meint damit alle Vorbehalte der Politik gegenüber der „DDR“ aufzugeben, nachdem ein für allemal offiziell erklärt worden ist, daß nichts, was auch geschehen mag, eine staatliche Anerkennung der „DDR“ bedeuten soll.

Das Bild von den Kühen ist plastisch. In Indien liegen sie in den Städten herum und blockieren den Verkehr. Würde man sie schlachten, dann wäre die Straße frei, und außerdem könnte Millionen Hungernder gesättigt werden.

Nur müssen wir für uns sehr genau prüfen, um welche alten Vorbehalte es sich handelt, ehe wir sie aufgeben, und ob es wirklich ein „gesamtdeutscher Hindusglaube“ ist, der sie uns bewahren ließ. Auch geht es Heinrich Albertz ja nicht darum, daß wir die geschlachteten Kühe selber essen, sondern daß wir sie den bösen Geistern auf der anderen Seite opfern, um von ihnen dafür etwas zu bekommen: denn verschenken dürfen wir sie nicht. Zurzeit spricht allerdings gar nichts dafür, daß wir bei einem solchen politischen Schlachtviehexport von den kommunistischen Nutznießern auch nur einen Schleuderpreis bekämen. Aber auch wenn Ostberlin zahlungswillig wäre, dürften wir nicht alles schlachten, was uns bisher „heilig“ oder auch nur wichtig war. Es gibt da eine Art „Mutterkühe“ der Deutschland-Politik, ohne die wir sehr bald zu politischen Hungerleidern würden, während ihre Opferung nur geeignet wäre, den Gegner zu mästen.

Heinrich Albertz will weder blind noch sehend in diese Gefahren laufen. Seine Meinung über die Anerkennungsunwürdigkeit der „DDR“ ist über jeden Zweifel erhaben. Er will nur Grotesken beseitigen, um ein wenig mehr Spielraum zu gewinnen. Aber wenn erst einmal das Schlachtfest beginnt, ist das Risiko groß, daß aus dem Sinneswandel ein Gesinnungswandel wird, der die Grundlagen unserer Politik zerstören könnte.

Die Tabubrecher haben jetzt Hochkonjunktur. Noch besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen den entsprechenden Aktivitäten einiger Literaten, Kabarettisten und Jungakademiker einerseits und den einschlägig tätigen Politikern andererseits. Aber schon hat Herbert Wehner (allerdings bevor er Minister wurde) gemeint, er könnte das Gerede von den Ebenen nicht mehr hören und Ministergespräche zwischen Bonn und Ostberlin seien keine Todsünde, wenn nur das Thema genug Gewicht habe. Wilhem-Wolfgang Schütz vom Kuratorium Unteilbares Deutschland will die Bezeichnung „DDR“ möglichst ohne

Anführungsstriche verwenden, der Senatssprecher Peter Herz in Berlin will es neuerdings auch, und Egon Bahr hat, bevor er nach Bonn ging, noch gesagt, wir dürfen unsere Rechtsgrundsätze kommen allmählich ins Rutschen.

Zunächst erscheint es mir wichtig, diesen Bergrutsch, gegen den wir uns vielleicht bald alle gemeinsam stemmen müssen, nicht durch gegenseitige Verketzerungen in seiner gefährlichen Wirkung zu verschlimmern. Die Tabubrecher sind – abgesehen von einigen Narren, die viel reden, weil sie nichts zu sagen haben – durchaus keine Kapitulanten, schon gar nicht Freunde der Kommunisten und auch nicht gewissenlose Hasardeure. Und die anderen, die ihnen zur Vorsicht raten und die vor einer Erfüllungspolitik gegenüber der SED warnen, sind keine Götzendiener der Starrheit, die sich ums Nachdenken drücken und nur den einen Wunsch haben, dem Bewegungsdrang tückisch ein Bein zu stellen. Das muß erstmal gegenseitig anerkannt werden, ehe wir aus unseren Meinungen Taten und Unterlassungen machen.

Seit die gesamtdeutsche Tabubrecherei in vollem Gange ist, liegen die gebrochenen, zerbrochenen Tabus zuhauf bei uns herum, aber Ostberlin weigert sich hartnäckig, sie als politisches Zahlungsmittel anzunehmen. Walter Ulbricht ließ zur Jahreswende wissen, daß er selbst für eine Anerkennung seiner „DDR“ nichts zu geben bereit ist; er stellt dafür nicht eine der Erleichterungen für unsere Landsleute in Aussicht, um die es uns geht. Er fordert alles für nichts. Es gibt keinen härteren Beweis gegen die Behauptungen vom gesamtdeutschen Segen einer eiligen Notschlachtung heiliger Kühe als die Politik der SED selbst: kein Redneraustausch, kein Zeitungsaustausch, keine Passierscheine, keine Luft für unsere gewürgten Landsleute drüben.

Es ist für mich nie eine Frage der Weltanschauung gewesen, ob Anführungsstriche um die drei Buchstaben „DDR“ gesetzt wurden oder nicht. Es war und blieb vielmehr immer eine Frage der klaren Ausdrucksweise, und das erscheint mir allerdings nicht belanglos, weil die Wörter immer stimmen müssen, wenn die Politik stimmen soll, und zu den Worten gehört die richtige Interpunktion. Die drei Buchstaben „DDR“ sind ja doch nicht die Initialen eines Namens, den sich das Regime Ulbrichts gegeben hat, sondern Abkürzungen für Begriffe, für angemäße und daher unzutreffende Titel. Nicht mehr, aber auch nicht weniger wollen die oft verhöhten Gänsefüßchen sagen: „Deutsch“ ist ein Regime nicht, das gegen den Willen und die Interessen der Mehrheit der Deutschen herrscht; daß es „demokratisch“ sei, behauptet nicht einmal die Anti-Gänsefüßchen-Liga; und als eine „Republik“ galt schon im Altertum ein Staat mit anerkannten Volksrechten, und auch heute würde niemand, der noch sicher definieren kann, eine Diktatur als Republik ansprechen. Diese drei Buchstaben sind politische Hochstapelei, und wer die Mühe scheut, von der sogenannten DDR zu sprechen, oder zwei Paar Anführungsstriche darum zu setzen, verwischt diese Tatsache, ob er das will oder nicht.

Die Tragödie der Illusionen wird aber erst dadurch vollständig, daß ein von uns als Deutsche Demokratische Republik angedeutetes Regime überhaupt nicht bereit ist, dafür auch nur die Hände aus den Hosentaschen zu nehmen. Es verlangt die völkerrechtliche Anerkennung komplett und gratis als ersten Schritt.

Nun könnte sich das ja aber eines Tages ändern. Obwohl eine solche Änderung heute ferner denn je erscheint, wäre es gut, sich darauf vorzubereiten, und zwar indem man politische Zahlungsmittel spart, statt sie zu verschleudern. Bisher fehlt es allerdings leider an der entsprechenden Kalkulation mit Soll und Haben. Es liegt nur eine immer länger werdende Opferliste unserer gesamtdeutschen Gesundheitsbeten vor, auf der genau verzeichnet ist, was wir alles weggeben können, ohne daß die Gegenleistungen, die wir dafür erwarten, spezifiziert sind. Es werden (inoffiziell bisher) angeboten: Gespräche auf Ministeriebene, Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, Verschrottung der Hallstein-Doktrin, eine Preisgabe der Formel von der Nichteinigung über Amts- und Ortsbezeichnungen bei künftigen Passierschein-Vereinbarungen, ein Verzicht auf Mitbestimmung bei der Atom-Strategie der NATO und

nicht zuletzt Milliardenkredite für die SED-Wirtschaft. Erbeten werden dafür sehr pauschal „menschliche Erleichterungen für unsere Landsleute“ drüben.

Es ist zwar vorstellbar, daß wir unter dem Schutzschild einer generellen Nichtanerkennungserklärung einiges von alledem leisten, aber dann nur Zug um Zug! Diese politische Währung muß von Anfang an stabil gehalten werden. Undenkbar und unerlaubt ist aber, jemals mit dem Verzicht auf die Wahrheit zu bezahlen und nicht mehr offen auszusprechen, was Recht und was Unrecht ist. Wer das erwägt, plant nicht, einem Tabu, sondern der Freiheit das Genick zu brechen.

6. Januar 1968

Die Auseinandersetzung mit der SED

Wehner: Wir müssen es wagen. Dialog zwischen dem Minister und Matthias Walden
Verlieren die Menschen in der Bundesrepublik den klaren Blick für den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur? Ist diese Bewusstseinsstrübung eine ungewollte Folge der neuen Ost-und Deutschland-Politik? Über diese Fragen führte Matthias Walden einen Briefwechsel mit Herbert Wehner, dem Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

WALDEN: Die Bemühungen der Bundesrepublik um eine neuartige, werbende und aufgeschlossene Ostpolitik mit dem Ziel der Entspannung und Entgiftung haben bisher nicht zum gewünschten Erfolg geführt – mit der einen Ausnahme Rumänien, die leider keine neue Regel etablierte. Ostberlin hat feindselig reagiert. Es hat nicht nur die angestrebten Erleichterungen verweigert, sondern den übrigen politischen Osten erfolgreich gegen die Bundesrepublik mobilisiert.

Die Bundesregierung setzt ihre Bemühungen fort und erklärt, daß sie kurzfristige Erfolge nicht erwartet. Ihre Hoffnungen sind auf langen Fristen von einigen, vielleicht vielen Jahren projiziert. Während dieser „Durststrecke“ wirkt ein willkommener Nebeneffekt: das verbündete und das neutrale Ausland sehen die Bundesrepublik nicht mehr als Störenfried an und erkennen die kommunistische Seite deutlich als schuldlos am Misslingen der ersehnten Entspannung. Diese Wirkung ist wertvoll, aber ich meine, man muß fragen, ob sie nicht zu teuer bezahlt wird.

Die Handlungen der Bundesrepublik, mit denen sie sich an Ostberlin wendete, sind von Unterlassungen begleitet. Die Adressaten, denen die Offerten gelten, werden weitgehend geschont. Ihre politische Minderwertigkeit wird nicht mehr deutlich beim Namen genannt, sondern nur noch gelegentlich vorsichtig umschrieben. Um sie zu Partnern zu machen, werden sie wie Partner behandelt, obwohl sie es nicht sind. Es besteht die Gefahr, daß aus dem „Sehr geehrter Herr Stoph“ für die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik bald eine „Sehr geehrte DDR“ wird. Da die Bundesregierung beteuert, sich in ihrem Versuch mit Ostberlin in ein Gespräch zu kommen, durch nichts entmutigen zu lassen, entsteht der Eindruck, die Vertreter der „anderen Seite“ seien als Gesprächspartner bereits qualifiziert.

Überall in der Bundesrepublik finden Diskussionen über die Notwendigkeit einer völkerrechtlichen Anerkennung der „DDR“ statt. Das Kontrastbild zwischen Ost und West wird vernebelt. Viele sehen – wie man hören und lesen kann – den Unterschied der beiden Welten nur noch darin, daß drüben „sozialistische“ und hüben „kapitalistische“ Gesellschaftsordnungen bestehen. Von der Freiheit hier und der Unfreiheit dort wird immer weniger gesprochen. Umso mehr wird beides angezweifelt und relativiert. Auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten wurde eine Resolution verabschiedet, in der von „zwei deutschen Staaten“ die Rede ist und eine „völkerrechtliche Anerkennung der DDR“ als Preis für ein Abkommen mit ihr empfohlen wurde.

Das bedeutet: unsere Überzeugungen schwanken. Die Kausalität mit der „neuen Ostpolitik“ ist unverkennbar.

Was ist dagegen zu tun.

Sagen, was wahr ist.

WEHNER: Es tut mir leid, Ihnen gleich am Anfang widersprechen zu müssen. Sie missverstehen sowohl die Lage im gespaltenen Deutschland als auch das, was Sie die „neue Ostpolitik“ nennen, wenn Sie Ihre Deutung: „Unsere Überzeugungen schwanken“ mit der Feststellung zu bekräftigen suchen: „Die Kausalität mit der neuen Ostpolitik ist unverkennbar“.

Aussprechen, was ist! Das ist es, worauf es ankommt. Ihre Befürchtung, „das Kontrastbild zwischen Ost und West wird vernebelt“, gilt einem Bild aus dem vorigen Akt unseres Dramas. Es ist niemandem verwehrt, sich dieses Bild immer wieder vorspielen oder vor Augen führen zu lassen. Aber das ändert nichts daran, daß das Drama inzwischen weitergeht. Die Sucht nach dem Vollzug der „völkerrechtlichen Anerkennung“ ist der Pendelausschlag oder die ohnmächtige Reaktion auf die machtvoll klingenden, aber die Länge nicht verändernden offiziellen Tiraden vergangener Akte. Mit anderen Worten: Wir zahlen noch immer die Raten ab für ein vor langer Zeit abgeschlossenes Geschäft, dessen Gegenstand längst verbraucht ist.

Darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, daß der Bundeskanzler am 17. Juni 1967 sich dem Problem stellte, indem er fragte, ob Bemühungen um eine friedliche Lösung überhaupt einen Sinn haben, und ob wir – angesichts der einander so hart gegenüberstehenden politischen Positionen – nicht warten müssten „bis der Geschichte etwas Rettendes einfällt“, und uns bis dahin darauf zu beschränken hätten, „das zu bewahren, was uns geblieben ist: unsere eigene Freiheit und die Verweigerung der Anerkennung eines zweiten deutschen Staates durch die freie Welt“? Der Bundeskanzler hat diese Frage selbst mit der Feststellung beantwortet, daß „eine solche rein defensive Politik“ uns von Jahr zu Jahr in größeres Bedrängnis führen, uns nicht nur keinen Schritt vorwärts bringen, sondern uns auch das gar nicht bewahren würde, was sie bewahren will.

Sie missverstehen das, was sie selbst eine „neuartige, werbende und aufgeschlossene Ostpolitik mit dem Ziel der Entspannung“ nennen, weil Sie davon absehen, daß der Entschluss der Bundesregierung zu einer „neuen, beweglicheren Politik“ gegenüber dem Osten...: sowohl gegenüber unseren östlichen Nachbarn, wie im innerdeutschen Verhältnis gegenüber den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands“ Ausdruck einer politischen Konzeption ist, die auf der Prämisse beruht, daß Europa nicht darauf verzichten kann, eine seine politische Spaltung überwindende zukünftige Friedensordnung zu entwerfen, in der auch die deutsche Frage ihre gerechte Lösung finden kann. Die Bundesregierung hat nicht eine kurzfristige Werbekampagne eingeleitet. Sie hat sich zur Diskussion gemeldet über das Thema einer europäischen Friedensordnung. Es geschah gerade noch zur rechten Zeit. Sonst wäre unser Volk lediglich Gegenstand der Diskussion anderer.

Das klarzumachen, das ist notwendig angesichts der weitverbreiteten falschen Vorstellung, als könne die deutsche Frage in einer Art Solo-Balance-Akt gelöst werden.

„Warum widersprechen Sie nicht?“

WALDEN: Herr Bundesminister, Sie verteidigen den notwendigen Versuch zu einer neuen Ostpolitik, den ich nicht in Frage gestellt habe. Die „alte Ostpolitik“ hat ihr Ziel, die Wiedervereinigung in Freiheit, nicht erreicht. Aber sie hat deren Voraussetzung erhalten: die Verteidigung der Freiheit in der Bundesrepublik zu der Berlin gehört. Meine Sorge gilt nicht der neuen Ostpolitik, sondern ihrem vermeidbaren Risiko. Wenn der notwendige Versuch des

Neuen mit Hoffnungen und Versprechungen überfrachtet würde, die sich nicht erfüllen, hätte er gegenüber der alten Praxis den schrecklichen Nachteil, die letzte zweier Möglichkeiten vorzeitig verbraucht und in eine gefährliche Entmutigung geführt zu haben.

Sie schreiben: „Aussprechen, was ist!“ Genau diese Pflicht scheint mir zugunsten eines aussichtsarmen Zweckoptimismus vernachlässigt zu werden. Irrten Kurt Schumacher und Ernst Reuter, als sie die kommunistische Gewalt auf ihre Weise charakterisierten? Und hat der Verlauf der allerjüngsten Geschichte das Wesentliche dieser Charakterisierung verändert? Reuter sprach von einer „rücksichtslosen, brutalen Macht“, die neue Ostpolitik spricht von den beiden politischen „Ordnungen auf deutschem Boden“. Wem ist gedient, wenn wir Terror als Ordnung bezeichnen? Oder ist die Mauer und das, was sie bewirkt, nicht mehr terroristisch? [...]

Keine Kapitulation

WEHNER: Kapitulation vor den Forderungen und Anschuldigungen, die von den SED-Führern unseren Vorschlägen entgegengesetzt werden, ist keine „Nebenerscheinung der neuen Ostpolitik“. Ebenso wenig wie „die neue Ostpolitik“ eine „neue und raffinierte Tarnung der alten Aggressionspolitik“ ist, wie es der Jargon der SED-Propaganda glauben machen möchte. Kapitulation ist die Bankrotterklärung oder die Ratlosigkeit von Menschen angesichts der unleugbaren Schwierigkeiten der Auseinandersetzung mit einem Gegner, der sich der Verständigung entziehen möchte und sich lieber in den Bunkern des Kalten Krieges verschanzt, statt in der Mitte Europas Friede durch Verständigung zustande kommen zu lassen.

In dem Maße – und nur in dem Maße –, in dem auf unserer Seite nüchtern, beharrlich, illusionslos die Bereitschaft zur Verständigung vertreten und durch praktische Vorschläge wirksam gemacht wird, werden Lehrbuchvorstellungen, als handele es sich um einerseits Sozialismus und andererseits Kapitalismus, unwirksam werden. Je deutlicher es wird, daß auf unserer Seite realistisch eine europäische Friedensordnung angestrebt wird, umso konkreter wird die Auseinandersetzung mit jenen Kräften werden, die zwar von Entspannung reden, aber Unterwerfung meinen.

Ich gönne Ihnen, Herr Walden, den kleinen Trick, mich als Registrator einzustufen. Ersparen möchte ich Ihnen gern, an jüngeren Menschen vorbeizureden und von ihnen als einer jener selbstgerechten Festredner angesehen zu werden, für die es keine Probleme in diesem Bereich gibt.

Warum beschwören Sie Kurt Schumacher und Ernst Reuter, wenn Sie es darauf anlegen möchten, einen augenfälligen Kontrast zu den von Ihnen selbst eingeschmuggelten Gleichheitszeichen zwischen zwei verschiedenen gegensätzlichen politischen Ordnungen auf deutschem Boden darzustellen? Auf diesen Kunstgriff hätten Sie verzichten können. Niemand in der Bundesrepublik setzt Gleichheitszeichen zwischen die beiden auf deutschem Boden bestehenden politischen Ordnungen. An der Vertiefung des „Grabens“ und der Erhöhung der Mauer, durch die wir Deutschen voneinander getrennt und Europa am Ausgleich gehindert werden, sind – wenn nicht ausschließlich, so doch vorwiegend – die Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands interessiert.

Wir dürfen keine Mühe scheuen, im eigenen Bereich und über ihn hinaus klarzumachen, worum es geht: Die Bundesrepublik als der demokratische und soziale, bundesstaatlich organisierte Teil des gespaltenen Deutschlands muß im Wettbewerb mit einer auf deutschem Boden etablierten Fremdherrschaft, die von Deutschen in der „Deutschen Demokratischen Republik“ exekutiert wird, ihre demokratische Lebensfähigkeit unter Beweis stellen. Wenn das Ringen um die deutsche Einheit, die in Europa möglich sein wird, zugunsten der demokratischen Lebensordnung für die Deutschen entschieden werden soll, muß die

Bundesrepublik sich imstande erweisen, als demokratischer Staat die nationalen Interessen der Deutschen so zu vertreten, daß es keine Kluft, keinen Widerspruch zwischen demokratischer Lebensordnung und nationaler Selbstbestimmung gibt. Diese Bewährungsprobe wird von uns in den nächsten Jahren abzulegen sein.

29. Oktober 1969

Der Bundeskanzler gibt der Innenpolitik den Vorrang

[...] Der Kanzler sprach sich für „besondere Beziehungen“ zwischen den „zwei Staaten in Deutschland“ aus, die „füreinander nicht Ausland“ seien, aber eine völkerrechtliche Anerkennung der „DDR“ und einen Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen ab. [...]

Als Aufgabe der praktischen Politik bezeichnete es der Kanzler, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst werde. Über ein geregeltes Nebeneinander müsse es zu einem Miteinander kommen. Brandt bot dem Ministerrat der „DDR“ Verhandlungen ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierung an: „Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein“.[...]

30. Oktober 1969

Brandts These von den zwei deutschen Staaten hart umstritten.

Die Deutschland-Politik beherrschte nach den Grundsatzserklärungen der drei Fraktionsvorsitzenden und einem Zwischenspiel über den Umgang mit dem politischen Gegner zwischen Bundeskanzler Brandt und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß am Mittwoch die Debatte des Bundestages über die Regierungserklärung.

Im Verlauf der Aussprache rückte die These des Bundeskanzlers von „zwei Staaten in Deutschland“ zwischen denen zwar keine völkerrechtlichen, aber doch Beziehungen „besonderer Art“ bestehen sollten, in den Mittelpunkt der Diskussion, in der Bundesaußenminister Scheel mitteilte, daß er den deutschen Vertretungen im Ausland am Dienstag eine erste Weisung für das Verhalten im Falle einer Anerkennung der „DDR“ durch dritte Länder gegeben habe. [...]

Wie Barzel, wies auch Kiesinger die Theorie von den zwei deutschen Staaten in einer Nation zurück und warnte vor den Auswirkungen einer Haltung, die Außenminister Scheel vor der Wahl in einer Fernsehdiskussion eingenommen hatte. Scheel hatte erklärt, die FDP habe nichts dagegen, wenn andere Staaten die „DDR“ anerkennen. Wenn die neue Regierung dies nicht klarstelle, rief Kiesinger, „dann muß es zu dem Erdrutsch kommen, den wir zwanzig Jahre lang gemeinsam verhindert haben“.

[...] Dann hatte Strauß das Wort. In sehr ruhigem Ton verwahrte er sich dagegen, als Nationalist abgestempelt zu werden. „Seit Ende der Weimarer Republik bis zur heutigen Stunde halte ich den Nationalismus für den Totengraber unseres Volkes und Europas und habe das immer zum Ausdruck gebracht“. Strauß versicherte, daß er auch im Wahlkampf immer scharf gegen „falsche Propheten“ aufgetreten sei, wenn sie Brandt in die Nähe kommunistischer Gedanken gerückt hätten. In seiner Rede in Amerika, so versicherte er, habe er nie den Ausdruck „Hirngespinnst“ verwandt, wohl aber bestimmte Ideen als illusionär bezeichnet. Mit dem Appell, was die Vergangenheit betreffe, endlich einen dicken

Schlußstrich unter das zu ziehen, was gewesen sei, wandte sich Strauß an das Haus.

30. Oktober 1969

Willy Brandt und die Realitäten von Dieter Cycon

Bundeskanzler Brandt hat die künftige Außenpolitik der Bundesregierung unter das Stichwort der Kontinuität gestellt. Das zeugt von seiner Vorsicht. Aber Geist und Inhalt seiner Regierungserklärung stimmen mit dem Etikett kaum überein. War das Kernstück der Regierungserklärung Kiesingers vom Dezember 1966 die deutsch-französische Freundschaft, so ist es bei Brandt der Ausgleich mit den Staaten des europäischen Ostens. Lehnte Kiesinger trotz aller Befürwortung von Kontakten „mit dem anderen Teil Deutschlands“ die Anerkennung eines zweiten deutschen Staates entschieden ab, so spricht Brandt ausdrücklich von „zwei Staaten in Deutschland“. Hielt Kiesinger die Festigung der deutschen Ostgrenzen nur „in einer frei vereinbarten Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung“ für möglich, so will Brandt der polnischen Regierung einen Vorschlag zur Aufnahme von Gesprächen zugehen lassen, der eine Antwort auf die Rede Gomulkas vom 17. Mai 1969 darstellen soll. Damals aber hatte Gomulka in vielen Wendungen betont, daß kein deutsches Angebot interessant sei außer einer formellen und endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Und hätte die Aufnahme von Gesprächen mit der polnischen Regierung wohl einen Sinn, wenn die Position der neuen Bundesregierung weit von dem Standpunkt Gomulkas entfernt wäre?

Die Bundesregierung scheint sich also einer De-facto-Anerkennung der „DDR“ zu nähern und vermutlich auch einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Die Forderung nach einem Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen, zu der sich auch Brandt bekannte, beginnt fragwürdig zu werden in einem Augenblick, in dem die Bundesregierung die Existenz eben jenes zweiten deutschen Staates anerkennt, der dieses Selbstbestimmungsrecht mit Füßen tritt. Es kommen dazu die anvisierten deutsch-sowjetischen Verhandlungen über einen Gewaltverzicht; die Wendungen über den „Abbau der militärischen Konfrontation in Europa“; schließlich die positive Einstellung zu einer europäischen Sicherheitskonferenz „nach sorgfältiger Vorbereitung“. Es ist ein klares Programm für „einen ehrlichen Versuch der Verständigung“ mit den kommunistischen Staaten und für ein „Werk der Versöhnung“, ein Programm auch für das allmähliche Sichabfinden mit den sogenannten Realitäten.

Es wird im Westen und in der Bundesrepublik breite Gruppen geben, die dieser Annäherung an die „Realitäten“ zustimmen. Und in der Tat ließe sich darüber diskutieren, wie sinnvoll denn das Festhalten an Rechtsansprüchen sein kann, die doch einer vorsehbaren Zukunft nicht erfüllt werden können und die selbst manchen Verbündeten nicht recht geheuer sind, wenn die Prämisse stimmte, von der die neue Regierung ausgeht. Diese Prämisse ist das statische Friedenskonzept der westlichen Alliierten und insbesondere der neuen Bundesregierung; die Vorstellung, daß auch die andere Seite nicht mehr verfolgt als eine im Kern defensive Absicherung des eigenen Interessenbereichs; daß sie zu dem „geregelten Nebeneinander und Miteinander“, zur „Versöhnung“, zum „Brückenbau“, und schließlich zum Zusammenwachsen bereit sei. Wer Brandts Wirken und seine Erklärungen über die Jahre verfolgt hat, wird sich des Eindrucks kaum entziehen können, daß diese Ansichten den Mann ausmachen. Es reichte am Dienstag von der Tribüne des Bundestages, im vollen Bewußtsein der historischen Schuld des Dritten Reiches, ein Politiker des guten Willens dem Osten die Versöhnungshand, und eben diese Geste entsprach den Erwartungen, die seine Wähler in ihn setzten. Leider ist fraglich, daß Brandt damit die richtige Antwort auf die sowjetische Europapolitik gegeben und daß er sie richtig analysiert hat. [...]

Jede Konzession, die gemacht worden ist, wird es der Sowjetunion dann erleichtern, ihre Energien auf die neuen Konzessionen zu konzentrieren, die sie der Bundesrepublik noch abringen will. Und wenn dann nach einer De-facto-Anerkennung der „DDR“ ostdeutsche Botschafter in den Hauptstädten befreundeter Staaten auftauchen, dann wird das nicht der gesamtdeutschen Aussöhnung dienen, sondern der Isolierung und Diffamierung der Bundesrepublik, falls sie in dieser oder jener Frage nicht nach der Moskauer Pfeife tanzen will. Brandt, der Mann des guten Willens, hat es leider mit Machtpolitikern zu tun, deren Wille von der Entschlossenheit zu konsequentem Kampf bestimmt wird. Deswegen begibt er sich auf glitschigen Boden.

15. Januar 1970

Der Bericht von Bundeskanzler Willy Brandt zur Lage der Nation. Kein Verzicht auf Selbstbestimmung aller Deutschen

[...] Eine Nation

Was nun unser heutiges Thema angeht, so ist festzustellen: 25 Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation des Hitlerreiches bildet der Begriff der Nation das Band um das gespaltene Deutschland. Im Begriff der Nation sind geschichtliche Wirklichkeit und politischer Wille vereint. Nation umfaßt und bedeutet mehr als gemeinsame Sprache und Kultur, als Staat und Gesellschaftsordnung. Die Nation gründet sich auf das fortdauernde Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen eines Volkes.

Eine Nation

Niemand kann leugnen, daß es in diesem Sinne eine deutsche Nation gibt und geben wird, soweit wir vorausdenken vermögen. Auch die DDR bekennt sich in ihrer Verfassung als Teil dieser deutschen Nation.

Wir müssen eine historische und politische Perspektive haben, wenn über die Lage der Nation gesprochen wird; wenn wir die Forderung auf Selbstbestimmung für das deutsche Volk bekräftigen. Die Geschichte, die Deutschland durch ihre eigene Schuld geteilt hat, wird darüber entscheiden, wann und wie diese Forderung verwirklicht werden kann.

23. Januar 1970

Absage Brandts an Rolle der Großmacht

Deutschland werde nie wieder eine Großmacht werden. Ebenso wenig werde es zur Wiedervereinigung kommen. Diese Meinung vertrat Bundeskanzler Brandt in einem amerikanischen Fernsehinterview.

Brandt sagte in der am Mittwochabend ausgestrahlten Sendung: „Deutschland kann nur eine Rolle als Teil eines Bündnisses spielen, und wir haben diese Rolle akzeptiert.

Zur Ostpolitik erklärte der Bundeskanzler, seine Ziele seien: „die Spannungen mit dem Osten abzubauen, unsere Beziehungen zu normalisieren und, wenn möglich, selbst eine Änderung der Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands herbeizuführen“. Dabei unterstrich er, daß die Bundesrepublik zum Westen gehöre.

Zur Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands sagte Brandt: „Dies wird nicht geschehen“. Er setzte hinzu: „Ich glaube an die Einheit meines Volkes, aber sie wird sich nicht notwendigerweise im Rahmen des Staates einer Nation vollziehen.“

9. Mai 1970

Aspektunterschiede im Bundestag zum Tag der Kapitulation

Bundeskanzler Willy Brandt und Sprecher aller Fraktionen des Bundestages haben zur 25. Wiederkehr des Jahrestages der Kapitulation die zukünftigen innen- und außenpolitischen Aufgaben der Bundesrepublik mit unterschiedlichen Akzenten umrissen. [...]

Bundeskanzler Brandt sagte: „Ein Volk muß bereit sein, nüchtern auf seine Geschichte zu blicken. Denn nur wer sich daran erinnert, was gestern gewesen ist, erkennt auch, was heute ist, und vermag zu überschauen, was morgen sein kann.

Für jeden der damals Lebenden war das Jahr 1945 ein tiefer Einschnitt. Es war auch ein tiefer Einschnitt in der Geschichte unseres Volkes. Die europäische Landkarte wurde entscheidend verändert. Weite Gebiete Deutschlands wurden anderen Staaten zugeschlagen. Die markanteste der Besetzungslinien jener Zeit bestimmt noch heute die Grenzlinie, die Deutschland teilt.

„Es gibt schwierige Vaterländer“, hat Bundespräsident Heinemann bei seinem Amtsantritt gesagt, und er fügte hinzu, eines davon sei Deutschland. Selten war Deutschland ein schwierigeres Vaterland als im Jahr 1945. Damals war dieses Bewußtsein allgemeiner als es heute ist. Seitdem ist schon der Begriff des Vaterlandes vielen jüngeren Menschen fremd geworden. Aber gleich, ob wir von Vaterland, von Heimat oder von der Nation sprechen: Das Bewußtsein, daß es Deutschland gibt und daß sich die Deutschen als Volk verstehen, ist nicht erloschen.

Das deutsche Volk hat sich 1945 verbissen und fleißig an die Arbeit gemacht – in beiden Teilen Deutschlands. Die sichtbaren Trümmer des Krieges wurden geräumt. Die Städte und Dörfer wurden wiederaufgebaut, neue Arbeitsplätze wurden geschaffen. Industrie und Handel wurden zu einer in der Welt bewunderten Blüte gebracht. In den Bereichen der Wissenschaften, der Kunst, der Kultur wurde die Isolierung überwunden und Wesentliches neu geschaffen.

All das wäre nicht möglich gewesen ohne die Mitarbeit der Vertriebenen und Flüchtlingen. Mit Mut und Zähigkeit haben sie ihr hartes Schicksal bewältigt. Sie wurden Bürger unserer gemeinsamen neuen Heimat und ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft. Diese Eingliederung kann wohl als größte Leistung der deutschen Nachkriegsgeschichte angesehen werden.

Wenn vom Wiederaufbau die Rede ist, wollen wir die Arbeit nicht vergessen, die im anderen Teil Deutschlands geleistet worden ist. Unsere Landsleute der DDR haben unter größeren Schwierigkeiten, als wir sie hatten, und unter gesellschaftspolitischen Bedingungen, die sie sich nicht ausgesucht haben, Erfolge erzielt, auf die sie stolz sind und die wir wohl anerkennen müssen. Nicht zuletzt auf der Achtung vor dieser Leistung sollten sich gleichberechtigte Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland gründen lassen.

Der Frieden nach außen und der Frieden im Innern gehören zusammen. Beides ist nichts anderes als ein geregelter Miteinander. Das innenpolitische System unserer Bundesrepublik kennt keine schweigende Mehrheit und keine ins Gewicht fallende antidemokratische Minderheit. Es wird getragen von der Zustimmung der Bevölkerung, die von Wahl zu Wahl ihr Vertrauen in die demokratischen Parteien bekundet. Diese demokratische Ordnung garantiert unsere Freiheit.

Im Interesse des Friedens notwendig

Es entsprach der weltpolitischen Lage, wie sie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entstanden war, daß die Verständigung zuerst mit den westlichen Völkern gelang. Diese

Politik wurde von Bundeskanzler Adenauer, unter unserem ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss, wesentlich geformt.

Das war eine historische Leistung, die das Fundament unseres politischen Wirkens und die Garantie unserer Sicherheit bleibt.

Die Teilung der Welt in zwei große Machtblöcke hat aber zugleich Europa gespalten, unser Land und seine alte Hauptstadt in zwei Teile zerrissen und unsere Verständigung mit den Völkern im Osten verzögert. Diese Verständigung und Aussöhnung ist – wie wir alle wissen – besonders schwierig. Aber sie ist im Interesse des Friedens ebenso notwendig wie die mit dem Westen. In dieser Hinsicht müssen wir scheinbar da beginnen, wo wir 1945 oder 1949 gegenüber dem Westen standen. Wir schreiben jedoch nicht mehr das Jahr 1945, sondern das Jahr 1970. In den vergangenen 25 Jahren haben sich Tatsachen ergeben, die wir nicht einfach rückgängig machen können. Von ihnen müssen wir ausgehen, wenn wir weiterkommen wollen.

Es gibt bittere und schmerzhaft Realitäten wie die der Grenzlinie, die Deutschland teilt. Und die der Grenze an Oder und Neiße. Es gibt aber auch hoffnungsvolle Realitäten wie die der fortdauernden und lebendigen Wirklichkeit einer deutschen Aktion. Und die der festen Bindungen zwischen Bundesrepublik und West-Berlin. Und nicht zuletzt gibt es die unverkennbare und zukunftssträchtige Realität Europa.“

8. Dezember 1970

Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers zur Unterzeichnung. „Schlußstrich unter die Vergangenheit

„Dieser Vertrag bedeutet nicht die Anerkennung von Unrecht“.

[...] „Der Vertrag von Warschau soll einen Schlußstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit. Er soll eine Brücke schlagen zwischen den beiden Staaten und den beiden Völkern.“ (....)

21. März 1970

Frankreich sieht Erfurter Treffen als Auftakt der „Normalisierung“

Die französische Regierung hat sich bisher jeder offiziellen Stellungnahme zum Treffen der beiden deutschen Regierungschefs in Erfurt enthalten.

Politische Beobachter sehen in diesem Schweigen den Wunsch, sich entsprechend den Traditionen der französischen Diplomatie nicht in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten und besonders nicht in den innerdeutschen Dialog einzumischen. Inoffiziell wird in Regierungskreisen jedoch nicht einmal darauf hingewiesen, daß die Initiative Bundeskanzler Brandts von Paris nicht nur gebilligt, sondern wiederholt ermutigt wurde, und daß sie in allen Punkten den Absprachen entspricht, die beim letzten deutsch-französischen Gipfeltreffen getroffen wurden.

In Paris wird die Überzeugung geäußert, daß Erfurt einen nicht mehr rückgängig zu machenden Prozeß der „Normalisierung“ in Deutschland ausgelöst und damit den entscheidendsten Beitrag zur Entspannung in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geleistet hat. Diese Tatsache entspricht in zweifacher Hinsicht französischen Wünschen: Einmal wird auf lange Sicht der Status quo in Europa gesichert, der spätestens seit den Ereignissen von Prag als nicht mehr veränderlich zu betrachten ist und sowohl westlichen als auch östlichen Interessen entspricht. Zum zweiten rückt eine deutsche Wiedervereinigung, die trotz aller Lippenbekenntnisse französischer Politiker im Grunde nicht gewünscht wurde und wird, in weite Ferne. [...]

9. Januar 1971

Halbgefrorenes à la Egon Bahr

Der Stil der deutschen Außenpolitik ist amorph und gefühlsverschwommen.

[...] Schnippisch mit dem großen Verbündeten

Es ist zu vieles amorph und gefühlsverschwommen an dieser Politik, die von ihren Vätern als realistisch ausgegeben wird. Es ist eine Politik der Hast und der Frustrierung, die getrieben ist von erwachender Ungeduld, mit einem selbstverschuldeten Schicksal. Sie ist befrachtet mit dem bestürzenden Drang, durch „kühne“ Initiativen zu überraschen und durch „neuartige“ Ideen die Gunst von Publizisten zu erschmeicheln, die keine Verantwortung tragen. Sie huldigt dem Aberglauben, daß es genügt, alles anders zu machen, als es bisher gemacht wurde, um das deutsche Problem zu lösen. Sie will verblüffen, wo sie nicht überzeugen kann. Verblüffung ist aber kein Ersatz für ein fest gefügtes System in den äußeren Beziehungen eines halbierten Landes, das auf den Trümmern seiner Geschichte sitzt.

Der Versuch, zu einer „nationalen“ Politik zurückzufinden, impliziert die Unglaubwürdigkeit des amerikanischen Engagements für Europa und die Preisgabe aller Hoffnung auf die europäische Integration. Doch die Bundesrepublik hat einfach nicht das spezifische Gewicht, um als ebenbürtiger Verhandlungspartner der Sowjetunion agieren zu können. Schon heute, noch kein volles Jahr seit dem Debüt seiner Ostpolitik, sieht sich der Kanzler in der unbehaglichen Lage, daß seine innenpolitische Position – und damit der Bestand seiner Regierung – vom guten Willen des Kreml abhängt. Die Erwartungen, die an den neuen Kurs geknüpft werden, die Euphorie, die den Abschluß des Moskauer Vertrages begleitete, machen es der Bonner Koalition unmöglich, sich je wieder aus dieser Verstrickung zu lösen. So fährt sie mit überhöhtem Tempo auf einer Einbahnstraße, an der keine Wendemarken vorgesehen sind.

Motor des Unterfanges ist das neurotische Bedürfnis, ein Vierteljahrhundert nach dem Debakel von 1945 endlich wieder etwas zur Aufrichtung des deutschen Selbstgefühls zu tun. Man ist schnippisch mit dem großen Verbündeten in Washington, den man nicht mehr so recht als das gelten lassen möchte, was er natürlich noch immer ist – ein unentbehrlicher Schutz. Es ist einfach nicht wahr, daß die Öffnung nach Osten, wie offiziell behauptet wird, primär der Bewältigung der Vergangenheit und der Anerkennung dessen gilt, „was ist“. Die Vergangenheit liquidieren zu wollen wäre legitim, wäre damit nicht ein außenpolitischer Ehrgeiz verbunden, der einem Land mit gebrochener nationaler Persönlichkeit und inkoherenter diplomatischer Tradition schlecht ansteht. Es ist eine beängstigende Selbstüberschätzung, aus der Bundesrepublik in ihrer jetzigen Situation einen autonomen Faktor der großen Politik machen zu wollen, der sich anschickt, den Westmächten die Gangart der Ost-West-Beziehungen vorzuschreiben.

Wer ist heute in Form?

Die Bundesregierung bietet als Motiv ihres Handelns wahlweise die Wiedergutmachung deutscher Schuld und die Befreiung der Außenpolitik Bonns der Hegemonie der Großmächte. Sie bekennt sich im gleichen Atemzug zur Idee des europäischen Zusammenschlusses und zur Annäherung an die Sowjetunion, die nichts unversucht läßt, um diesen Zusammenschluß zu verhindern. Der Kanzler beteuert unermüdlich, wie fest die Sicherheit Deutschlands in das atlantische Bündnis eingebettet sei. Doch in offenherzigen Stunden rechtfertigen seine Gefolgsleute ihr Werben um die Sowjetgunst mit tiefsitzenden Zweifeln an der Solvenz der amerikanischen Macht. Es liegt uns fern, ihnen zu unterstellen, daß sie leichtfertig genug sind, ein „renversement des alliances³“ zu planen. Wer in den letzten Jahren täglich das psychopathische Schauspiel amerikanischer Selbsterstörung aus der Nähe beobachtete, wer

³ En français dans le texte.

erlebte, wie Neo-Isolationisten von der Sorte der verhängnisvollen Senators Fulbright das volle Maß ihrer verblendeten Arroganz aufboten, um die Expansion von Sowjetmacht und Sowjetrüstung zu bagatellisieren, kann manchen Überlegungen der Zweifler an Amerika durchaus folgen. Es ist schwer zu begreifen, daß die Sowjetunion gegenwärtig als Weltmacht um Spenglerschen Sinne des „In-Form-Seins“ in besserer Verfassung ist als die Vereinigten Staaten. Sie ist eine Macht, die durch ihre geschlossene Gesellschaftsordnung, ihr hierarchisches Denken und ihren militärischen Autoritätsbegriff weit „rechts“ von jenem System steht, das in Amerika herrscht, selbst unter einer angeblich so konservativen Administration wie der Nixons. Das müsste die sozial-liberale Koalition in Bonn aber eher nachdenklich stimmen, wenn sie Antennen dafür hätte, wie Machtpolitik funktioniert. Sie hat sie nicht.

Sonst nämlich hätte sich der Kanzler durch die sowjetische Hartnäckigkeit nicht von seinem ursprünglichen Vorsatz abbringen lassen, die Situation Berlins vor der Vertragsunterzeichnung zu klären. Er erreichte damit nur, daß alles, was die Ost-West Beziehungen belastet, am Kleiderhaken Berlin aufgehängt wird. Das gibt dem Osten nun die Chance, einen Druck auf die amerikanische Position in Europa auszuüben, wo sie am verwundbarsten ist. Wie wenig sich das Weiße Haus darüber freut, war in letzter Zeit an vielen Zeichen abzulesen. Die Interessen der Bundesrepublik und der Westmächte in der Berlin-Frage sind ähnlich, aber nicht gleich. Es war vorauszusehen, daß sich der Osten die Gelegenheit nicht entgehen lassen würde, sie gegeneinander auszuspielen. [...]

Es ist Adenauers historisches Verdienst, daraus simple, einleuchtende, der Ausweglosigkeit der deutschen Situation und der Unwiderruflichkeit der Katastrophe angemessene Konsequenzen gezogen zu haben. Er machte aus dem Land der Mitte ein Land des Westens. Er verordnete ihm eine Außenpolitik, die übersichtlich, vertrauenserweckend und auch von minderbegabten Nachfolgern leicht zu handhaben war.

Besaß Adenauer Noblesse?

Das Konzept war nicht einfallsreich, aber überschaubar. Es trug der besonderen Lage des geteilten Landes Rechnung. Es stellte die deutsche Außenpolitik zum ersten Mal in den Rahmen eines fest gefügten Systems, über den sie bis dahin nie verfügt hatte. Es überwand das Grundübel ihrer Instabilität, das ratlose Schwanken und ständige Pendeln zwischen West und Ost. Das war mehr als simpler Realismus. Adenauer besaß ein Gespür für das Geziemende in der Politik. Er wusste, daß einem außenpolitisch kraß unterbelichteten Volk, das zudem keine seriöse Absicht auf Wiedervereinigung hatte, nichts Gutes getan wird, wenn man es überfordert und ihm die Ziele zu hoch steckt.

Das Element der Noblesse, das in solch weiser Beschränkung lag, wurde von den wenigsten verstanden. Was daran beeindruckte, waren der tapfere Pessimismus und die Bereitschaft, ohne Selbstmitleid das Schicksal zu tragen, das Deutschland über sich gebracht hatte. Es war ein Akt nationaler Erziehung, aber auch ein Akt des Respekts vor dem Urteilsspruch der Geschichte. Wie jede Politik, die „in Form“ ist, verlangte sie von sich mehr als von den anderen, stellte sie an sich selbst die höheren ethischen Ansprüche, zögerte sie nicht, ein Mehr an eigener Verantwortung der Verantwortung der Mächte vorzugeben. Diese Gesinnung welkte unter den Erben des ersten Bundeskanzlers.

Die Dynamik des europäischen Gedankens verflüchtigte sich. Niemand glaubte mehr an die politische Seele des Gemeinsamen Marktes. Versäumt sind die Stunden des abendländischen Föderalismus. Was haben die Unterschriften von Moskau und Warschau davon noch übriggelassen? Überall wird wieder nationale Interessenpolitik an die erste Stelle gerückt. Es ist wahr, daß diese Entwicklung schon vor der Brandt-Ära einsetzte. Doch jetzt dominieren das zentralistische Staatsdenken und die sozialistische Variante des Nationalismus. Die Vision eines Deutschland, das als Begegnungsland der Gesellschaftssysteme und Drehscheibe eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems wieder seinen Platz in der Mitte einnimmt,

taucht aus den Abgründen der Geschichte. Der Wechsel kommt abrupt. Vierzehn Jahre Adenauer waren eine kurze Zeit. Sie reichten nicht, um sein Konzept einzusinken und daraus eine außenpolitische Überlieferung entstehen zu lassen.

Eine Außenpolitik verdient erst dann ihren Namen, sie hört erst dann auf, Improvisation zu sein, wenn ihr Gelegenheit gegeben wird, sich einen diplomatischen Raum zu schaffen, in dem sie sich auf Dauer einrichten kann. Sie braucht einige Jahrzehnte, um die Essenz einer Tradition zu destillieren, die Dean Acheson „corpus diplomaticus“ nennt. Wechselbäder bekommen ihr nicht. Ist das Immobilismus? Das Wort sollte niemanden einschüchtern. Ist die „special relationship“, die England an Amerika bindet, Immobilismus? Je prekärer die Situation eines Landes ist, umso mehr bedarf es der außenpolitischen Kontinuität.

Die Karten ausreizen

Die Brandt-Equipe macht es sich zu leicht, wenn sie die Kritiker ihrer Ostpolitik als Reaktionäre abzuqualifizieren sucht, die sich an den territorialen Folgen des Krieges vorbeidrücken möchten. Wenig ist gegen das Prinzip dieser Politik, aber vieles gegen seine taktische Behandlung und die Einseitigkeit der Vorleistungen zu sagen. Darum ging bisher die öffentliche Auseinandersetzung. Wir meinen, daß sie am Kern des Problems vorbeilief. Die Fehlgriffe bei der Durchführung der Ostpolitik dürften zahlreich sein. Sie wiegen relativ leicht neben den Gefahren der zwielichtigen Vorstellungen, von denen sie konzipiert wurde. Das Gerede, die Bundesrepublik könne nicht länger warten, weil ihre Position gegenüber der „DDR“ immer schwächer werde, ist von unerträglicher Flachheit. Nichts könnte Ostberlin schneller ins Spiel bringen und international aufwerten als der Kurs, den Bonn jetzt verfolgt. Es ist ein beklemmendes Schauspiel, dem Duell zwischen der von Ungeduld getriebenen Bundesregierung und den Sowjetführern zuzusehen, die es gewohnt sind, jede Karte bis zum letzten auszureizen. Die stärkeren Nerven sind nicht auf der deutschen Seite. Neben dem Eisblock sowjetischen Machtbewußtseins wirkt der pffiffige Scheinrealismus Egon Bahrs wie Halbgefrorenes.

Uns bestürzt am meisten die Doppeldeutigkeit dieses Abenteuers. Es ist eine Politik, die ihren wahren Namen nicht sagt. Sie geht in Sack und Asche deutscher Bußfertigkeit. Aber hinter diesem, mit Moralin gestärkten Vorhang, lugt überall ein unruhiger, junger, unausgegrenzter Nationalismus hervor. Es ist nicht aggressiv wie der Nationalismus von einst, sondern hat eher einen Zug ins Verlegene. Aber wie immer er sich verkleiden vermag – er steht den Deutschen nicht mehr, er steht ihnen weder im Maxi- noch im Mini-Look. Der Nationalismus der Sadisten stürzte uns ins Unglück. Ein Nationalismus, der einen Zug ins Masochistische hat, wird uns nicht besser bekommen.

12-13. Mai 1973

Kritisch in die Zukunft. Matthias Walden.

Dunkle Vorzeichen schon am Tage der Ratifizierung des Grundvertrages

[...] Jeder Tag an den Mauern und in den Minenfeldern sei ein bitteres Argument gegen die innere Normalität des anderen deutschen Staates, meinte der Bundeskanzler. Ist nicht jedes dieser Opfer auch ein Argument gegen die vorgefeierte Normalisierung der Beziehungen? Die Vorschlußlorbeer-Kränze der guten Nachbarschaft taugen nicht zum Grabschmuck für diese Toten.

6. Juni 1973

Die Reise nach Jerusalem

Der Bundeskanzler in Israel – wer könnte glauben, daß irgendein Deutscher, irgendein Jude dies als einen normalen Tatbestand der Reisediplomatie werten wird? Die Beziehungen

zwischen Deutschen und Juden sind nicht normal, können nicht normal sein, weil ein Meer von Blut nicht vergessen werden kann, weder von den einen, noch von den anderen. Auch heute, 28 Jahre danach, können sich nur ganz wenige Juden und Deutsche unbefangen gegenübertreten. Die Gründe dafür liegen auf der Hand, bedürfen nicht vieler Worte der Erklärung.

Das ist es, warum mit einem schwer beschreibbaren Gemisch von Gefühl Willy Brandt und Golda Meir dem auf israelische Einladung zurückgehenden Besuch des Bundeskanzlers entgegensehen. Die Regierungschefs zweier Staaten, die fast im gleichen Jahr entstanden, treffen sich gewiß nicht zum ersten Mal. Die Verbindungen zwischen der deutschen und der israelischen Sozialdemokratie sind direkt oder indirekt im Kreis der sozialdemokratischen Internationale immer gepflegt worden. Aber es ist neu, daß Willy Brandt und Frau Golda Meir in ihrer Eigenschaft als Repräsentantin der beiden Staaten offiziell miteinander verhandeln werden. Mehr noch: Es ist nicht nur das erste Mal, daß ein deutscher Bundeskanzler offiziell nach Israel reist. Es ist auch das erste Mal, daß der Regierungschef eines westeuropäischen Staates Israel offiziell besucht.

Mit dieser Feststellung wird zugleich verdeutlicht, welche politische Bedeutung der Aufenthalt Brandts nicht nur für die deutsch-israelischen Beziehungen haben wird. Sie zeigt auch, welches Gewicht der Besucher für den umkämpften Staat Israel in seinem Ringen um die weltweite Anerkennung seines unauslöschbaren Lebensrechtes hat.

Wenn von den deutsch-israelischen Beziehungen gesprochen wird, geht es nicht nur um die moralische Schuld und um die moralischen Verpflichtungen, die den Deutschen gegenüber den Juden in aller Welt auferlegt sind. Sie sind seit den Tagen Konrad Adenauers von der Bundesrepublik Deutschland nicht nur mit Worten akzeptiert, sondern auch durch Taten honoriert worden. Das ist so, und das wird für die meisten von uns auch so bleiben, solange die Jünger Moskaus mit ihrem als Antizionismus verkleideten Antisemitismus eine winzige Minderheit zumindest unter den freien Deutschen bleiben.

Aber es gibt nicht nur das Verhältnis zwischen dem deutschen und dem jüdischen Volk. Es gibt auch staatspolitische Fragen für die Bundesrepublik Deutschland wie für den Staat Israel. Das war nicht nur der starke moralische Impetus, der den Bundeskanzler Konrad Adenauer sofort zu Beginn der Existenz der Bundesrepublik Deutschland dazu trieb, den Willen zur Wiedergutmachung greifbar und konkret zu bekunden. Da war auch ein erleuchtetes Selbstinteresse dieses Staates und seiner Führung, der westlichen Welt, der man sich beigesellen wollte, zu verdeutlichen, welcher Gesinnungswandel unter den Deutschen um sich gegriffen hatte. Konrad Adenauer und wir mit ihm hatten das Glück, daß jenseits des Mittelmeeres mit David Ben Gurion ein Mann gleichen Formats an der Spitze Israels stand, ein Mann, der den Wandel sah, und der an die Zukunft dachte, genauso wie an die Gegenwart, in der Israel auf Hilfe und Unterstützung, auf Freunde angewiesen war.

Was verlangt jetzt die Gegenwart und was verlangt die Zukunft von uns? Über ein geheimes Waffenlieferungsabkommen, das Adenauer im übrigen, wie er am 9. Februar 1965 den Verfasser wissen ließ, mit vorheriger Zustimmung der Bundestagsfraktionen abgeschlossen hatte, über das Bekanntwerden dieses Geheimabkommens und seine Einstellung kam es zum Bruch der meisten arabischen Staaten mit Bonn und zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel? Normalisierung der Beziehungen zwischen den zwei Staaten, auch wenn das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden nicht normal sein kann, das war das angestrebte Ziel der Bundesregierung. Normalisierung der Beziehungen gleichzeitig auch zur arabischen Welt bildete den zweiten Teil dieser Nahost-Politik Bonns in den letzten Jahren. Brandt weiß, wenn er sich jetzt auf die Reise macht, das ihm in Jerusalem vorgehalten werden wird, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten können nicht normal sei, da es angesichts

der Vergangenheit nur besondere Beziehungen geben könne. Walter Scheel hat es vor wenigen Tagen von sich gewiesen, daß es zwischen Bonn und Jerusalem besondere Beziehungen gebe. Er definierte sie als „Beziehungen mit besonderem Charakter“.

Niemand sollte glauben, hier ginge es um Wortklauberei. Hier geht es um die Qualität der Beziehungen. Hier geht es für die Israelis ganz offensichtlich um das Ausmaß des deutschen Engagements. [...]

17. März 1976

Was Ost-Berlin unter Normalisierung versteht

Am 21. Dezember 1972 haben die damaligen Unterhändler Egon Bahr für die Bundesregierung und Michael Kohl für das Ostberliner Regime den „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ unterzeichnet. Seither hat sich das Verhältnis zwischen beiden Teilen Deutschlands – wie erst jetzt wieder mit Diskriminierung westlicher Journalisten – keineswegs so normal entwickelt, wie es bei Vertragsabschluß angenommen wurde.

Was Ost-Berlin von diesem und anderen Abkommen hält, dafür lieferte es in der darauffolgenden Zeit eindrucksvolle Beweise.

1. März 1973: „Verordnung über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der Deutschen Demokratischen Republik (Maulkorberlaß).

September 1973: Mit der Aufnahme der Bundesrepublik und der „DDR“ in die Vereinten Nationen werden die innerdeutschen Streitigkeiten durch Ostberliner Manöver in das Weltforum getragen.

5. November 1973: Verdoppelung des Zwangsumtauschs bei Aufhalten von Westberlinern im Ost-Sektor und in der „DDR“.

19. Dezember 1973: Devisengesetz zur „Gewährleistung des Valutamonopols der Deutschen Demokratischen Republik“. Die bisherigen Bestimmungen werden wesentlich verschärft, „DDR“-Bewohner müssen ihre Devisen und ausländische Guthaben anmelden.

7. Mai 1974: Bundeskanzler Willy Brandt tritt nach der Enttarnung seines Referenten Günter Guillaume zurück. Guillaume erwies sich als hochkarätiger Agent des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit

Juli 1974: Ost-Berlin protestiert bei UNO-Generalsekretär Waldheim dagegen, daß die drei Westmächte Westberlin mit „Berlin, Hauptstadt der DDR“ gleichsetzen.

9. Dezember 1974: Zur Verbesserung des innerdeutschen Klimas bietet Ost-Berlin Verhandlungen über Verkehrsverbesserungen an. Der verdoppelte Zwangsumtausch wird teilweise rückgängig gemacht.

2. Februar 1975: Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ greift in ungewöhnlich scharfer Form Bundeskanzler Schmidt an. In seiner Rede zur „Lage der Nation“ hatte Schmidt die Themen Mauer, Stacheldraht, Todesstreifen, Schießbefehl, Fluchthelferprozesse, Spionage und Vertragsbruch angesprochen.

Februar 1975: Mehrfacher Protest Ost-Berlins wegen angeblich großer Einmischung der Bundesrepublik in die Angelegenheiten anderer Staaten. Anlaß ist das Konsular-Abkommen zwischen der „DDR“ und Österreich.

24. März 1975: Ost-Berlin protestiert bei UNO-Generalsekretär Waldheim gegen die Entsendung von Kartellamts-Präsident Günther als Vertreter der Bundesrepublik in die neue UN-Kommission für multinationale Gesellschaften. Das Bundeskartellamt hat seinen Sitz in West-Berlin.

9. Mai 1975: In Ost-Berlin werden 16 Mitglieder der westdeutschen KPD wegen anti-sowjetischer Demonstrationen verhaftet. Erst nach intensiven Verhören und Zahlung von Geldstrafen erfolgt die Freilassung am 23. Mai.

Juni 1975: Ost-Berlin fordert während der Verhandlungen über ein Kulturabkommen Bonn auf, 558 Gemälde aus den Beständen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz – darunter Rembrandts „Mann mit dem Goldhelm“ – freizugeben. Außerdem wird die Herausgabe von 3216 Kunstgegenständen aus der ägyptischen Sammlung, unter anderem die weltberühmte Büste der Königin Nofretete, sowie von Hunderten anderen Kunstwerken verlangt.

21. Juni 1975: Ost-Berlin protestiert, weil Außenminister Genscher gemeinsam mit seinem amerikanischen Amtskollegen Kissinger nach West-Berlin reist.

19. September 1975: Ost-Berlin behauptet, die Sitzung der Länderinnenministerkonferenz in West-Berlin verstoße gegen das Vier-Mächte-Abkommen.

20. November 1975: Der „DDR“-Staatsvorsitzende Stoph erklärt vor dem SED-Zentralkomitee: „Auch in Zukunft sind alle Illusionen über Wiedervereinigung und sogenannte innerdeutsche Beziehungen zum Scheitern verurteilt“.

7. Dezember 1975: „Spiegel“-Korrespondent Jörg Mettke wird aus Ost-Berlin ausgewiesen. Die „DDR“ macht ihn für Veröffentlichungen des Magazins über staatlich verordnete Zwangsadoptionen in Mitteldeutschland verantwortlich.“

24-25. März 1979

Dornröschen Deutschland

Von Rainer Barzel

Man redet wieder von Deutschland und denkt nach über Deutschland. Nicht nur Herbert Wehner. In den Hauptstädten der Welt ist das Thema wieder „da“ und „in“ – aus alten Aktenordnern neu auf dem Tisch.

Ob die Moskauer bald wegen Chinas Eintritt in die Weltpolitik etwas Neues für die Stabilität in Mitteleuropa anbieten würden, fragt man hie und da. Warum wohl die deutsche Regierung wirklich diese auffallende Rücksicht auf die Sowjetunion nähme und der „DDR“ so viel für so wenig zahle, fragen andere. (Das letztere fragen sich auch manche im Osten, in Polen zum Beispiel). Und Bonn schweigt so auffällig (so laut, wenn das Bild gestattet wird), daß der bisher neugierige Blick so machen Beobachters nun fast argwöhnisch wird.

Da gibt es einen Bundestagsbeschluß vom 28. Juni 1967, herbeigeführt von der SPD. Er verpflichtet die Bundesregierung, „alljährlich innerhalb des ersten Vierteljahres dem Bundestag einen Bericht über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland vorzulegen.“

Bisher liegt der Bericht nicht vor, und die Frist wird verstreichen, ohne daß die erforderliche Debatte im Bundestag stattfand. Warum?

Hat man es verschlafen? Bonn im Dornröschenschlaf, im Wohlstandsrausch, in Landtagswahlen verbraucht – oder was? War es gar heimlich?

Wer Antennen hat für draußen (und Kontakte) und die gebotene Sensibilität für Andeutungen, der hört diese Fragen – nicht nur aus China; vor allem aus Europa, auch aus den USA.

Auch junge Menschen hierzulande, und nicht nur diese, merken auf. Es gibt eben nicht nur die, welche nicht mehr wissen, wo Dresden liegt, und „Potsdam“ für einen ehemals bedeutenden Roman halten. Diese denken, wenn der Papst von Menschenrechten spricht, nicht nur an Südamerika, sondern konkret an Mecklenburg. So sehen sie auf Mauer und Stacheldraht. So auch ins Geschichtsbuch. Nur ein Tolpatsch wird sie an unseren Universitäten und in den Betrieben nicht finden. (Die elf Prozent, die kürzlich bei einer Umfrage meinten, Dresden liege in Polen – das sind zwar erschütternde elf Prozent zu viel, aber es ist eben doch die kleine Minderheit).

Wir müssen von Deutschland sprechen. Von Freiheit und Unfreiheit. Von Recht und Willkür. Das sind wir uns und unserer Geschichte und dem Nächsten drüben ebenso schuldig wie aller Welt als historische und moralische Wiedergutmachung: Das erneuerte Deutschland passt sich nicht der ungerechten Macht an, es widersteht und nennt die Dinge beim Namen.

So alarmiert es schlechthin, wenn eine Umfrage unter Studenten vom Herbst 1978 ergab, daß 67 Prozent der Befragten die Idee des Kommunismus für gut hielten. Alle, die über Unrecht schweigen und Unfreiheit übergehen, verantworten das – wie später die Folgen.

Was soll werden, wenn zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen in einigen Klassen der Geschichtsunterricht entfällt und man in vielen anderen „kaum bis zu Bismarck kommt?“ Was nützt es andererseits, wenn das nun in den Schulen anhand der Bemühungen der Kultusminister besser wird, aber Parlament und Politik schweigen?

Das Ganze ist nicht nur gefährlich wegen der leisen Fragezeichen von Freunden. Auch das ist zu beachten: Für den Frieden, die Entspannung und die Ost-West-Beziehungen ist unser moralischer Beitrag entscheidend. Würden die Moskauer unserer nationale Beharrlichkeit, unsere geschichtliche Unbeirrbarkeit je falsch einschätzen – das wäre noch schlimmer als fehlende Raketen und Panzer.

Im „Observer“ war kürzlich zu lesen: Deutschland sei geteilt und habe diese Teilung nicht akzeptiert. So ist es. Das amtliche Bonn soll und muß wieder davon reden.

14-15. April 1979

„Das Kind Germany wird erwachsen und schwierig“

„Alle offiziellen Dementis zum Trotz ist Bundeskanzler Helmut Schmidt offenbar doch bestürzt über die Führungsqualitäten von Präsident Jimmy Carter. Und er verbirgt diese Gefühle kaum.“ Das berichtet das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ in einem Deutschlandreport „Alte Geister aus der Flasche, Familienprobleme mit den Deutschen.“

Für Bonn, wie übrigens in diesem Punkt auch für Paris, zeigt sich Washington höchst uninteressiert an Themen, die die Westeuropäer beunruhigen. Die Folge: eine zunehmend selbstsichere, unabhängige Bundesrepublik sucht sich eine neue weltpolitische Rolle, die von amerikanischen Politikern ernst einmal verstanden werden will.

„Wird ein Kind erwachsen, ist das immer schwierig für die Familie“, erklärt ein Veteran der US-Außenpolitik Reaktionen auf Versuche Bonns, politisch an Einfluß zu gewinnen. In der Tat: zum ersten Mal seit Bestehen der NATO tauchen seit etwa einem Jahr Gerüchte und Hinweise in Washington auf, die Bundesrepublik „flirte mit einer neutralistischen Einstellung“, um mit Moskau zu einer neuen, „besonderen“ Beziehung zu gelangen. [...]

23. Mai 1979

Stark aus bewußter Schwäche. Zum 30. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland.

[...] Wo also stehen wir heute, am 23. Mai 1979? Politisch-militärisch nur eine Mittelmacht in strategisch ungünstiger Position, dem wirtschaftlichen Potential nach längst wieder eine Großmacht. Vielleicht ist das Ansehen der Bundesrepublik draußen größer als drinnen. Unsere sehr freiheitliche Demokratie mit ihrer extrem liberalisierten Rechtssprechung gewährt auch ihren zügellosen Kritikern und Feinden Spielraum. Das ist das Risiko solcher Ordnung, das nimmt man in Kauf. [...]

Es hat noch niemals irgendeine staatliche Ordnung gegeben, die frei von Fehlern war. Die einen wünschen sich hierzulande „mehr Demokratie“, etwa in der Frage der Mitbestimmung, die anderen „mehr Staat“. Demokratie, vom Volk kontrollierte Machtausübung, braucht nicht unbedingt gleichbedeutend mit Schwäche zu sein. Aber können wir heute stolz sein auf das, was in dreißig Jahren geleistet, geschaffen und behauptet worden ist? Das können wir getrost, wenn wir Ziele wie die Wiedervereinigung, die Wiedergewinnung der Freiheit für unsere Landsleute in Mitteldeutschland, nicht aus dem Auge verlieren. Die Bundesrepublik ist in dem immer enger zusammenrückenden Europa einer der ansehnlichsten Staaten geworden.

3. Oktober 1982

Vom Defizit Vaterland. Von Matthias Walden

Kaum war Helmut Kohl zum Kanzler gewählt, da fuhr er auch schon dort fort, mit größter Selbstverständlichkeit vom „Vaterland“ zu sprechen. Im Volk fällt das auf. Mehr als ein Dutzend Jahre lang war dieser Begriff von den Regierenden in Bonn aussortiert, ja fast tabuisiert worden. Im „sozial-liberalen“ Sprachgebrauch fand sich zwar „die Nation“, doch wurde sie meist in engem deutschland-politischem und auf die Beziehungen zum SED-Staat fixiertem Zusammenhang erwähnt. Es schien sich dabei um eine Nation ohne Vaterland zu handeln.

Als sich in Bonn der Wechsel vollzog, wurde absichtsvoll die Befürchtung souffliert, eine von der Union geführte Bundesregierung werde die innerdeutschen Beziehungen vernachlässigen, und die „DDR“ werde der neuen Koalition vollends die kalte Schulter zeigen. Doch der Blitzstrahl aus Ost-Berlin blieb aus, und Helmut Kohl versicherte unverzüglich, gegenüber Honecker gesprächsbereit zu sein. Doch werde sich Wesentliches ändern: Wer wirklich Frieden wolle, könne einfach nicht leugnen, daß der Schießbefehl und die Mauer „eine fortdauernde Anklage gegen den Frieden“ seien. Über diese Lage werde er „als vaterlandsliebender Deutscher“ sprechen. Dazu gehöre, „Leistungen und Gegenleistungen in ein vernünftiges Verhältnis zu bringen“.

[...] Selbstbestimmung für alle Deutschen und ein gemeinsames, freiheitliches Vaterland, die deutsche Idee also in ihrer klaren, konturierten Form schwand aus den Vorstellungen. Bürger, die heute 23 Jahre alt sind, waren 10jährige Kinder, als dieser Prozeß begann. Weder in den Schulen noch von den regierenden Politikern war ihnen das Schicksal ihres Vaterlandes im Sinne von Recht und Unrecht, von Freiheit und Unfreiheit, von Teilung und Einheitsgebot in Herz und Verstand gesenkt worden.

Helmut Kohl wird auf seinem patriotischen „Rückweg nach vorn“ nachholen müssen, was seine Vorgänger versäumten. Die ideelle Staatsverschuldung, das vaterländische Defizit auszugleichen, wird nicht leicht, aber auch nicht unmöglich sein.

14. Oktober 1982

Mehr Ehrlichkeit wagen, von Herbert Kremp

(...) Ein Kanzler muß wachsen. Kohl ist von den sechs Regierungschefs der Republik der jüngste. Seine Person trägt nicht die Narben des Krieges und nicht die Tätowierung der älteren Generation, die durch die heftigen Wandlungen der deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert gegangen ist. Der neue Bundeskanzler ist unbefangener, in keiner Weise behindert. Sein Erlebnis ist die Bundesrepublik Deutschland von Adenauers Anfang. Was der Generationswechsel bedeutet, wissen wir noch nicht. Aber es fällt auf, daß Helmut Kohl offen und ohne sichtliche Anstregung von Deutschland, vom Vaterland, von der Leistung des einzelnen, von der Freiheit und von der Unverzichtbarkeit der Eliten spricht. Der Staat ist in Ordnung, nicht allfürsorglicher Vater, und Ideologie gibt es nicht – sie ist einfach tot.

[...] Daß wir ein Volk sind und nicht statistische „Bevölkerung“, daß wir ein Vaterland haben und nicht nur eine „Bundesrepublik“, gibt der Erklärung des Kanzlers eine neue, wenn auch unsensationelle Dimension. Man weiß auf einmal, daß ein Baum Wurzeln hat. So etwas geht über „taktische Erkenntnis“ hinaus, darin liegt ein geheimer Appell. Die Krise der Wirtschaft, des Vertrauens und des Gemüts zu überwinden, ist nicht Sache irgendeiner Mechanik. Die historischen Gründe gibt es aufzuspüren, die verschlafenen Energien gilt es zu wecken. Der Kanzler Kohl reißt uns nicht vom Stuhl, aber er rüttelt uns wach.

18. Januar 1984

Deutsche Einheit nur über Einigung Europas

[...] Der ehemalige Bundesminister Gerhard Schröder zog in seiner Gedenkansprache die Verbindung zwischen dem Tag der Deutschen Einheit und der Europawahl: „Trotz aller Schwierigkeiten bei der europäischen Einigung muß uns klar sein, daß sie der einzige Weg ist, um in Selbstbestimmung die Einheit der Deutschen in Freiheit zu verwirklichen. Ein Aufgeben des europäischen Gedankens würde eine Preisgabe dessen bedeuten, was uns mit dem Gedenken an den 17. Juni 1953 aufgetragen ist“. Er forderte die Bürger der Bundesrepublik Deutschland auf: „Wir sollten uns bemühen, gute Deutsche zu sein – nachdem es so viele andere gegeben hat. Aber wir sollten dabei selbstbewußt sein, ohne Komplexe. Der Schatten unserer Vergangenheit darf uns nicht erpreßbar machen. Wir haben das westliche Lager der Freiheit gewählt, wo wir auf jeden Fall gleichberechtigt sein wollen.“
[...]

27. Januar 1984

In Jerusalem begegnet Kohl dem Schicksal Berlins.

[...] Hier [Tel-Aviv] fand der Kanzler nun wirklich Worte, die seine zunächst unverkennbare Distanz sprengen: „Das Verhältnis zwischen den überlebenden Juden und den Deutschen der gleichen Generation wird nie unbefangen sein können. Auch dort, wo der Wunsch und Wille da sind, miteinander zu reden, Brücken zu schlagen über alles Gewesene hinweg, kann diese Befangenheit nie ganz weichen. Sie erwächst – auf beiden Seiten – aus unauflösbarer Verbindung mit Geschichte und Geschick des eigenen Volkes. Erst eine neue Generation, die heutige Jugend – Ihre und unsere -, kann sich unbefangener und gelöster gegenüber treten und aufeinander zugehen.

Ohne Vorbehalt gestand Kohl ein: „Niemand kann die Vergangenheit ungeschehen machen. Wir haben uns ihr zu stellen und aus der Geschichte zu lernen.“

30. Januar 1984

Bonn wartet jetzt auf detaillierte Einwände Israels gegen Waffenexport

[...] Ein israelischer Journalist fragte, was mit den Äußerungen von Kanzler-Mitarbeitern (Staatssekretär Peter Boenisch) zu vereinbaren sei, man dürfe Auschwitz nicht zur Instrumentalisierung tagespolitischer Fragen benutzen. Kohl bemerkte dazu, Israel und die Bundesrepublik könnten gar nicht genug Freunde bleiben. Natürlich dürfe man die Barbarei des Holocaust nicht vergessen. „Unser Wille ist, aus der Geschichte zu lernen.“ Aber man müsse „nach vorn lernen“. Dies sei der Sinn des erwähnten Zitats.

18. April 1985

Die Deutschen ans Rad

Es ist nicht uninteressant zu beobachten, wieviel Systematik hinter dem Versuch steht, den Besuch des amerikanischen Präsidenten in der Bundesrepublik von vornherein zu entwerten. Schon vor der erregten Debatte um das Programm der Visite war der Grund deutlich erkennbar. Reagan, möchte den Staatsbesuch, der den Wirtschafts-Gipfel umrahmt dazu benutzen, dem wichtigen deutschen Verbündeten die Achtung zu erweisen, die demokratische spezifisch westliche Leistung dieses Staates in der Nachkriegszeit hervorzuheben, und den

Mut zur gemeinsamen Zukunft zu stärken. Er verfolgt damit konsequent eine Politik der Moskauer seine ganze Weltmacht und seinen Propagandeeinfluss entgegengesetzt.

Die Sowjetunion steht nicht allein. Sie kann in der Bundesrepublik mit einer anti-amerikanischen im Kern anti-westlichen Strömung rechnen, die ihre Kraft nicht aus der Mehrheit, sondern aus der medialen Multiplikation bezieht, nicht aus dem Verstand, sondern aus parteipolitischen Mißgefühlen, nicht aus der historischen und weltpolitischen Analyse, sondern aus einer teils ideologisch, teils irrational gespeisten Geschichtsphilosophie definieren. Die Deutschen (natürlich die im Westen des Landes) sollen aus der westlich-demokratischen Entwicklung ausscheren, sie sollen in die Bűberhaltung zurückfinden, aus der sie auf den dreisten wegen der Wirtschaftleistung des Bűndnisses und der freien Verfassung entwichen sind. Die Moral, die dafür beansprucht wird, begűnzt an strategischer Stelle die Interessen Moskaus. Revanchistisch oder gar faschistisch soll heißen, wer die vierzig Jahre, die uns von Hitler trennen, nicht schleunigst als Zeit der Irrungen erkennt. [...]

7. August 1985

Reagans Reise in einen Alptraum namens Holocaust

Reagans Besuch in Bitburg ist vorüber – ist damit auch die Bitburg-Affäre vorbei? Es wäre nicht einmal zu wűnschen, denn die emotionsgeladene Debatte hat offenbart, daß noch viele Wunden offen sind, űber die gesprochen werden sollte.

[...] Dieses Unvermogen⁴ zu differenzieren, das Soldaten des letzten Krieges zu behenden Nazis macht, ist nicht nur ein Problem des Elie Wiesel, sondern zahlreicher Amerikaner. Und das ist wahrscheinlich, das einzig Positive an dieser Bitburg-Affäre. Sie hat deutlich gemacht, daß es im Ausland immer noch ein beträchtliches Maű an Miűverstándnissen űber diesen Teil der deutschen Geschichte gibt, űber Táter, Miűbrauchte und Ausgelieferte.

Diese Affäre hat gezeigt, daß im Aussöhnungsprozess der letzten vier Jahre immer noch Lücken klaffen, Lücken der Information, Lücken im Goodwill, Lücken in der Erinnerung. Und das zeigt: Die Mission der Aussöhnung, die Prásident Reagan ursprűnglich nach Bitburg fűhrte, war wahrscheinlich gar nicht so űberflűssig und lag nicht so unzeitgeműű hinter der Wirklichkeit zurűck, wie es ursprűnglich behauptet wurde. Das verbrauchte Klischee, daß Bitburg alte Wunden der Vergangenheit aufgerissen habe, stimmt nicht. Da sind noch viele Wunden offen, wie die Bitburg-Affäre zeigt, und deshalb darf dies noch nicht das Ende der Bitburg-Affäre sein. Das ist noch Arbeit zu tun, Verstándnis zu finden, Aufklárung zu betreiben.

5. November 1986

[...] Kanzler sieht in der Kultur das stárkste Band der Einheit. Kohl: Niemand darf nur das Positive der Geschichte fűr sich reklamieren.

In der Debatte kam es zu einem heftigen Streit zwischen der Regierungskoalition und der Opposition űber die Definition deutscher Geschichte. Die Kontroverse entzűndete sich an der Konzeption fűr das in Bonn geplante „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ und das „Deutsche Historische Museum“ in Berlin. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duve hatte Kohl in diesem Zusammenhang zu Beginn der Debatte einer „Politik der Erinnerungslosigkeit“ bezichtigt, weil in diesem Gebáude nur das Werden des Nachkriegsstaates vorgefűhrt werden sollte.

⁴ [commentaire à propos de l'incompréhension d'Elie Wiesel suscitée par la visite de Reagan à Bitburg]

Der Kanzler bezog anschließend Position: „Der Staat, den die Deutschen wollten, die sich frei entscheiden konnten, soll so dargestellt werden, daß sich, auch kontrovers, unsere Bürger, darin wiedererkennen.“

Das „Dunkle und Schreckliche“ an der jüngsten Geschichte bis 1945 werde nicht bagatellisiert, „Weimar wie das benachbarte KZ Buchenwald“ gehören dazu, das erste deutsche Parlament der Frankfurter Paulskirche wie zwei Weltkriege. Als „Objekt der Diffamierung“, so Kohl, sei die Planung der beiden Geschichtsmuseen nicht geeignet, historische Standortbestimmung sei nicht Rechtfertigung irgendeiner Ideologie.

SPD-Bundesgeschäftsführers Peter Glotz warf dem Kanzler „Schaden für die politische Kultur“ vor, weil Kohl unter anderem mit dem „Wort von der Gnade der späten Geburt“ dem „antisemitischen Geplapper“ Vorschub leiste und die Tabu-Grenze für solche Äußerungen gesenkt habe. Es drohe kein „neuer Faschismus“, aber ein „drittes Biedermeier“ sei auch schon ein Rückfall. [...]

20. November 1986

Kohl will „Selbstbewußtsein der Deutschen stärken“

Moskau nennt Wahlprogramm der Union „nationalistisch“

Zum dritten Mal innerhalb weniger Tage hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Überwindung der Teilung Deutschlands als elementaren Bestandteil seiner Politik hervorgehoben. In einem Interview der „Rhein-Zeitung“ erklärte der Kanzler, er habe immer wieder darauf hingewiesen, daß die Postulate des Grundgesetzes nicht zur Disposition stünden. Er sagte weiter: „Das Wiedervereinigungsgebot der Präambel ist für mich ein Kernstück unsers nationalen Selbstverständnisses.“

Danach gefragt, was die schwierigste Aufgabe der Politik in den kommenden Jahren sei, antwortete Kohl: „Die größte und schwierigste Herausforderung sehe ich darin, den Bürgersinn und das wiedergewonnene Selbstbewußtsein der Deutschen in den kommenden Jahren weiter zu stärken“. Im Übrigen hätten Fragen der nationalen Identität wieder an Bedeutung gewonnen. Begriffe wie Patriotismus und Vaterland und nationale Symbole würden wieder selbstverständlich zur eigenen Standortbestimmung genutzt.

Bei der Eröffnung eines neuen Gebäudes des Koblenzer Bundesarchivs forderte Kohl dazu auf, die deutsche Geschichte in ihrer Gesamtheit zu betrachten und nicht allein die Jahre des Zweiten Weltkrieges. „Die deutsche Geschichte läßt sich ebenso wenig wie die deutsche Nation teilen“, betonte der Kanzler: „Aus der Geschichte zu lernen, heißt jeder selektiven Wahrnehmung zu widerstehen und Geschichte in ihrer Gesamtheit anzunehmen.“ [...]

15. Januar 1987

„Kein Volk und keine Nation kann ohne Identität auf Dauer bestehen“

FRAGE: [...] Franz Josef Strauss hat gesagt, die Deutschen müssten aus dem Schatten Hitlers heraustreten, eine Nation, der man ein Dauer-Büßerhemd auferlege, werde gelähmt.

WAIGEL: „Diese Aussage kommt von einem Mann, der ein erklärter Gegner des Nationalsozialismus war und das auch in schwieriger Zeit bewiesen hat. Gerade ein Mann mit seiner politischen Erfahrung und seiner Mitwirkung im politischen Prozess, ein unbestrittener Demokrat wie Strauss, der kann vielleicht stärker als der eine oder andere Historiker jene Lehre aus der Geschichte ziehen, die notwendig ist, um das Überleben eines Volkes, einer Nation langfristig zu sichern.“ [...]

16. März 1987

„Ohne Nationalbewusstsein wären wir eine Anomalie.“ Ein Plädoyer von Karl Carstens für die deutsche Einheit

Der frühere Bundespräsident Karl Carstens (CDU) hat an die Deutschen appelliert, mehr Nationalbewusstsein zu entwickeln und sich wie die anderen Völker Europas mit ihrer Nation und Geschichte zu identifizieren. In einem Beitrag für „Bild am Sonntag“ schreibt Carstens: „Anderenfalls würden wir eine innere Orientierung verlieren. Wir wären eine Anomalie unter den anderen Völkern Europas...Wir sollten aus unserem Geschichtsbewußtsein die dunklen Jahre von 1933 bis 1945 und die Schreckenstaten, die damals von Deutschen begangen worden sind, nicht verdrängen. Aber die deutsche Geschichte umfasst mehr als die Zeit. Sie umfasst Epochen, auf die wir mit Stolz blicken können.“

16. Oktober 1987

Weltdokumentation: Regierungserklärung des Bundeskanzlers im Bundestag zur Lage der Nation

[...] Wir sind uns bewußt, daß menschliche Erleichterung und Menschenrechte nicht dasselbe sind. Solange die Deutschen voneinander getrennt sind, ist es Aufgabe unserer Politik, die schmerzlichen Folgen der Teilung unseres Vaterlandes zu lindern. [...]

25. Mai 1989

Auszüge aus der Rede von Weizsäckers zum Grundgesetz-Jubiläum

[...] Wir, die Bundesrepublik Deutschland, sind unwiderruflich eingebettet in die Europäische Gemeinschaft und das Atlantische Bündnis. Eine Großmacht sind wir nicht, aber ein Spielball anderer auch nicht. Es ist für uns ein entscheidender Gewinn, Freunde und Partner gefunden zu haben.

Das Bündnis, das westliche Europa und der ganze Kontinent, sind ihrerseits entscheidend angewiesen auf unsere Beiträge. Unser politisches Gewicht bestimmt sich durch unsere zentrale Lage und die besondere Situation Berlins, durch unsere Bevölkerungszahl, unsere Leistungsfähigkeit und unsere Stabilität. Sowenig wir einen Sonderweg haben oder suchen, so unangebracht wäre es, unsere eigenen Interessen zu verbergen. Sonst wären wir keine berechenbaren, zuverlässigen Verbündeten. [...]

3. Februar 1990

Last der späten Geburt

Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler, der durch eloquente Beteiligung am Historikerstreit bekannt wurde, hat kürzlich vorgeschlagen, alle bestehenden staatlichen Feiertage abzuschaffen und durch zwei nationale Gedenktage zu ersetzen, den 8. Mai und den Buß- und Betttag. Der eine soll an die Kapitulation und das Ende der NS-Herrschaft 1945 sowie (kalendarisch ungenau) an Inkrafttreten des Grundgesetzes 1949 erinnern, der andere an die Opfer nicht nur des Krieges, sondern vor allem der NS-Verbrechen.

[...] Aber ein ganz anderer Gedanke drängt sich plötzlich auf. Wie, wenn der tiefe Grund dieses Verdrängungsprozesses nicht, wie immer behauptet der „restaurative Ungeist“ der Adenauer-Ära oder das Versagen des Geschichtsunterrichts wäre, sondern das fehlende Nationalbewußtsein? Seltsamerweise ist nie beachtet worden, daß ein Widerspruch darin steckt, den Deutschen, einerseits jahrzehntelang zu predigen, mit der deutschen Nation sei es nun zu Ende und die deutsche Teilung sei die unabänderliche und gerechte Strafe für deutsche Schuld, andererseits aber von eben diesen Deutschen das Bewußtsein einer fortdauernden nationalen Mitverantwortung für die Verbrechen zu erwarten.

Von einem Sohn, dem die Übernahme des väterlichen Erbes verwehrt ist, wird später niemand die Begleichung der väterlichen Schulden verlangen. Ohne deutsche Identität, ohne

Nationalgefühl ist ein deutsches Gefühl für Mitverantwortung nur schwer denkbar. Die Zerstörung des Nationalbewußtseins war zugleich die freundliche Einladung, sich aus der gemeinsamen Verantwortung zu verabschieden. Sie hat das Verdrängen gefordert.

Es gibt noch ein Beispiel dafür, wie diejenigen, die vorgeben, gegen die Verdrängung deutscher Schuld zu kämpfen, sie in Wirklichkeit fördern. Es ist der Umgang mit dem Kanzlerwort von der „Gnade der späten Geburt“. In einer selbst unter Anlegung niedrigster Maßstäbe enttäuschend flachsinnigen Deutung haben vor allem Linksintellektuelle aus diesem Satz das angebliche Triumphgefühl einer Generation herausgehört, die nun gottseidank endlich von niemandem mehr mit NS-Verbrechen behelligt werden können.

Auch hier wieder eine beklagenswerte Unkenntnis christlicher Überlieferung. Angesichts von Gnade triumphiert man nicht. Der Christ erschrickt vor Gnade, ist sie doch unverdient, macht sie die große Spannung überhaupt erst sichtbar zwischen Schuld, eigentlich verdienter Strafe und der Unergründlichkeit Gottes, der sie einem erlassen will. Ob die Formulierung nun von Helmut Kohl oder jemand anderem stammt – genau diese erschreckende Frage der jüngeren Deutschen an sich selber sollte sie doch ausdrücken: Womit haben wir eigentlich verdient, daß uns erspart blieb, entscheiden zu müssen, ob wir unter der Diktatur Mittäter, Mitläufer, schweigende Feiglinge oder Widerstandskämpfer sein sollen?

Gerade dieses Erschrecken vor der eigenen Identität, dem väterlichen Erbe, öffnet den später Geborenen erst den Zugang zu bewußter, fortdauernder Mitverantwortung. Aber nun um einen ungeliebten Politiker weiter verächtlich machen zu können, hat man über diesen Aspekt einfach hinweggesehen, sich höhnisch hergemacht über einen verfälschten Sinn. Kampf gegen die Verdrängung? Die Unbeirrbarkeit, in der manche Linksintellektuelle seit Jahren versuchen, mögliche Zugänge zu einem verantwortungsvollen Sich-Einlassen auf deutsche Schuld (ohne zwanghafte Konstruktion einer Kollektivschuld) verschlossen zu halten, läßt einen allmählich sogar an der bösen Absicht zweifeln und statt dessen etwas anderes vermuten: schlichte Dummheit. [...]

21. April 1990

Das Ende der Nachkriegszeit

Präsident Bush hat ein historisches Wort gesprochen: „Wir sind zu dem Schluß gekommen, daß ein geeintes Deutschland die volle Kontrolle über ein Staatsgebiet haben soll – ohne erneute diskriminierende Beschränkungen der deutschen Souveränität.“ Mit dieser Feststellung, getroffen, nach einem Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand, vollzieht sich für Deutschland das Ende der Nachkriegszeit. Viereinhalb Jahrzehnte zunächst völlig beseitigter, später eingeschränkter Souveränität finden ihren Abschluß. Dafür das Signal gegeben zu haben ist das Verdienst des amerikanischen Präsidenten. [...]

7. Mai 1990

Kohl: Ende der Nachkriegszeit. Moskau gibt Deutschen freie Hand. Schewarnadse macht Einigungsprozeß unabhängig von Ergebnissen der Zwei-plus-vier-Runde.

[...] Bundeskanzler erklärte zum Ergebnis der Konferenz: „Nach über 40 Jahren schmerzlicher Trennung geht der sehnliche Wunsch aller Deutschen, sich in einem Staat zu vereinigen, in Erfüllung. Das Ende der Nachkriegszeit hat begonnen.“ [...]

2. September 1990

Vom „politischen Zwerg“ zur „Weltmacht“ - Nachdenken über Deutschlands neue Rolle in Europa. Das Wunder vom Kaukasus, von Horst Teltschik

Von der „Weltmacht Deutschland“ ist wieder die Rede. Immer häufiger sprechen ausländische Gesprächspartner aus Politik und Medien mit der größten Selbstverständlichkeit darüber. Schon bisher hatte niemand im Ausland die von manchen Deutschen viel zitierte Formel ernst genommen: Die Bundesrepublik sei ökonomisch ein Riese, politisch jedoch ein Zwerg.

Heute spricht die Fraktionssprecherin der Grünen im Bundestag, Antje Vollmer ohne Zögern von der „neuen Rolle Deutschlands als einer Weltmacht“. Der Grüne Bernd Ulrich schreibt in der Frankfurter Theoriezeitschrift „Kommune“: „Deutschland ist nun ein Leithammel der Weltgeschichte“ und beklagt das „Elend der linken Opposition“, die diese Dimension deutscher Politik noch nicht erkannt habe („Frankfurter Rundschau“ vom 1.9.1990)

Sowenig die Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit ein „politischer Zwerg“ war, sowenig wird ein geeinigtes Deutschland eine „Weltmacht“ sein. Aber es ist schon heute erkennbar, daß diesem Deutschland neues Gewicht und neue Qualität in der internationalen Politik zuwächst. Sie gründen nicht nur in der neugewonnenen Größe und Stärke oder in einem neuen Selbstverständnis deutscher Politik, sondern auch in dem zum Teil erheblich veränderten Erwartungen wichtiger Partner an uns, mehr als bisher internationale Verantwortung zu übernehmen und Solidarität zu üben.

Für uns Deutsche stellt sich deshalb nicht die Frage, ob wir „Weltmacht“ sind oder sein wollen, sondern wie wir zukünftig mit unserem neugewonnenen Gewicht verantwortungsvoll umgehen werden. „Brauchen die Deutschen einen Herzschrillmacher?“ um ihre Chancen zu erkennen und wahrzunehmen, fragte Herbert Kremp in der WELT vom 28. August 1990. In der Tat machen sich Kleinmut und Kleinkariertheit, Ängstlichkeit und Unvermögen bemerkbar, es gewinnen parteipolitisches Kalkül und Wahlkampfinteressen in der Auseinandersetzung die Oberhand. Während die Deutschen weltweit bewundert werden, wie reibungslos sie innerhalb von drei Monaten die Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR durchgeführt und innerhalb von nur zwei Monaten den Einigungsvertrag ausgehandelt haben – auch wenn es letztlich von ihnen erwartet worden war – werden Wahltermine, Fristen und Themen wie die Abtreibung in das Zentrum gerückt. Angesichts der historischen Dimension der Veränderungen spiegelt sich darin der Provinzialismus so mancher deutscher Politiker wieder. [...]

21. September 1990

Die schönen Zeiten der Unmündigkeit gehen nun zu Ende, Deutschland darf sich nicht länger um Verantwortung und Mitwirkung drücken.

[...] Die Bereitschaft Deutschlands, als eine friedliche Macht für Europa und als aktionsfähiges Mitglied der Vereinten Nationen an dem Aufbau einer internationalen Friedensordnung auch militärisch mitzuwirken, wird über den Gehalt einer europäischen Union und über die Realität der europäischen Sicherheit mitentscheiden. Das Westeuropa der EG und der WEU kann ohne aktive deutsche Mitwirkung die höhere Stufe der politischen Integration zu einem Staatenbund als Übergang zu einer realen Union nicht erreichen.

Deutschland kann sich deshalb nicht länger durch politische und formalrechtliche Vorbehalte davon ausschließen, mit Streitkräften an gemeinsamen Aktionen für die europäische Sicherheit auch außerhalb Europas teilzunehmen. Die Berührungsscheu gegenüber der

äußeren Gefahr, wenn diese in Deutschland nicht unmittelbar als militärische Bedrohung auftritt, muß in Bonn und in Berlin überwunden werden. Dies ist ein Kriterium des politischen Reifungsprozesses der deutschen Demokratie und eine Bewährungsprobe für die Staatspolitik eines freien und mündigen Landes. [...]

3. Oktober 1990

[...] in der Bundesrepublik hingegen kam es zu einer rasanten Aufwärtsentwicklung. Mit dem Petersberger Abkommen wurden die Weichen für den Weg in die Souveränität und in die westliche Völkergemeinschaft gestellt.

3. Oktober 1990

Souverän – und verlässlich

[...] Die Deutschen nicht: auch das liegt in der Natur der Sache. Mancher, der heute über die „Gefahr“ einer deutschen Großmachtspolitik jammert, wird sich morgen paradoxerweise über deutsche Zurückhaltung beschweren. Aber fünfundvierzig Jahre Scham und Vorwurf lassen sich nicht über Nacht abschütteln, nicht von uns, nicht um uns. Dennoch, die Golfkrise erinnert uns daran, daß Europa der Führung bedarf. Zwei Weltmächte sprachen miteinander und entwarfen die Strategie; die – potentielle – dritte war nicht vertreten, nur einzelne Länder steuerten mehr oder weniger willig das Ihre bei.

Brüssel hat keine Autorität aus eigener Kraft, Großbritannien hält sich isoliert – Frankreich beansprucht die Führung, aber in der deutschen Frage war es Bush, nicht Mitterrand, der voranging. Am Golf war es ebenso. Die Deutschen sind souverän geworden, nicht leichten Herzens freilich, aber dankbar, als verlässliche Partner; die Europäer werden wohl noch einige Zeit brauchen, bis sie wahrhaft souverän auftraten.

4. Oktober 1990

Vom Sieg der Person über das Kollektiv. Aus der Rede des Bundespräsidenten beim Staatsakt zum „Tag der deutschen Einheit“.

[...] Wir haben jetzt einen Staat, den wir selbst nicht mehr als provisorisch ansehen und dessen Identität und Integrität von unseren Nachbarn nicht mehr bestritten wird. Am heutigen Tag findet die vereinte deutsche Nation ihren anerkannten Platz in Europa.

[...] Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland verband sich zunächst die ernste Sorge, vom Westen her die Teilung Deutschlands zu verfestigen. Dennoch führte der Weg nicht wieder in eine Sackgasse. Zunächst durfte ihn nur ein Teil der Deutschen beschreiten. Heute jedoch können wir zusammen einen neuen Anfang machen. Die Vereinigung Deutschlands ist etwas anderes als eine bloße Erweiterung der Bundesrepublik. Der Tag ist gekommen, an dem zum ersten Mal in der Geschichte das ganze Deutschland seinen dauerhaften Platz im Kreis der westlichen Demokratien findet.

[...] Wir begründen heute unseren gemeinsamen Staat. Wie gut uns die Einheit menschlich gelingt, das entscheiden kein Vertrag der Regierungen, keine Verfassung und keine Beschlüsse des Gesetzgebers. Es richtet sich nach dem Verhalten eines jeden von uns, nach unserer eigenen Offenheit, und Zuwendung untereinander. Es ist das „Plebizit eines jeden Tages“ (Renan), aus dem sich der Charakter unseres Gemeinwesens ergeben wird.

Ich bin gewiß, daß es uns gelingt, alte und neue Gräben zu überwinden. Wir können den gewachsenen Verfassungspatriotismus der einen mit der erlebten menschlichen Solidarität der

anderen zu einem kräftigen Ganzen zusammenfügen. Wir haben den gemeinsamen Willen, die großen Aufgaben zu erfüllen, die unsere Nachbarn von uns erwarten. Wir wissen, wieviel schwerer es andere Völker zurzeit auf der Erde haben. Je überzeugender wir es im vereinten Deutschland schaffen, unserer Verantwortung für den Frieden in Europa und in der Welt gerecht zu werden, desto besser wird es auch für unsere Zukunft zu Hause sein. Die Geschichte gibt uns die Chance. Wir wollen sie wahrnehmen, mit Zuversicht und mit Vertrauen.

31. Januar 1991

„Keine deutsche Flucht aus der Verantwortung“

Kohl betont Solidarität mit Israel und den Verbündeten

Unter dem starken Beifall des Bundestages hat Bundeskanzler Helmut Kohl gestern in seiner Regierungserklärung die Solidarität Deutschlands mit dem bedrängten Israel und den am Golf kämpfenden Verbündeten bekräftigt. Gleichzeitig betonte er, die Bundesrepublik müsse künftig bereit sein, auch selbst an konkreten Maßnahmen zur Sicherung von Frieden und Stabilität in der Welt mitzuwirken. „Es gibt für uns Deutsche keine Nische in der Geschichte, keine Nische in der Weltpolitik, und es darf für Deutschland keine Flucht aus der Verantwortung geben.“

Scharf verurteilte Kohl gleich zu Beginn seiner zweieinhalbstündigen Rede die Gewalttaten und Drohungen des irakischen Präsidenten Saddam Hussein. Den Israelis versicherte er noch einmal, Bonn werde ihnen aufgrund der „besonderen Verantwortung, die alle Bundesregierungen seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Israel gezeigt haben“, durch Ausrüstungs- und Materiallieferungen helfen. Nach Angaben aus Regierungskreisen wird Israel von der Bundesrepublik militärische Ausrüstung im Wert von einer Milliarde Mark erhalten. Den Verbündeten am Golf bescheinigte der Kanzler: „Sie stehen im Kampf gegen einen gewissenlosen Diktator, damit wir alle – auch wir Deutschen – morgen in einer friedlicheren Welt leben können.“

Auch die SPD stimmte in den Applaus ein, als Kohl in diesem Zusammenhang den USA dafür dankte, daß sie „40 Jahre hindurch in Deutschland Frieden und Freiheit verteidigt“ und wesentlich zur Wiedervereinigung beigetragen hätten. Umso verwerflicher seien antiamerikanische Äußerungen. Der Kanzler unterstrich, die USA würden für den Kampf der Völkergemeinschaft um die Durchsetzung des Völkerrechts auch weiterhin jede Unterstützung erhalten, „die uns möglich ist.“

Außer den 5,5 Milliarden Dollar, die Bonn zu diesem Zweck für die ersten drei Monate des Jahres 1991 zur Verfügung stelle, müsse auch noch der erhebliche deutsche „Beitrag zur Stabilität in Mittel-, Ost- und Südosteuropa im Gesamtinteresse des Westens“ berücksichtigt werden. Dafür seien Steuererhöhungen unumgänglich. Den Hinweis auf die unverzügliche Verlegung von Einheiten der Abwehrsysteme Roland und Hawk in die Türkei verband Kohl mit der Feststellung: „Das Bündnis kann sich auf unsere Solidarität verlassen“.

2. Januar 1992

Deutsche – Weltbürger ?

Das vereinte Deutschland hat mehr Verantwortung in der Welt. Ein schlichter Satz des Kanzlers im Blick auf das Jahr 1992. Dieser Satz hat es in sich. Er provoziert die Frage ob die Deutschen – vereint, aber mit ihren ökonomischen und mentalen Problemen beschäftigt – überhaupt willens oder auch in der moralischen Verfassung sind, weiterreichende Verantwortung zu übernehmen.

Diese Frage müßten vor allem diejenigen beantworten, die sich in der deutschen Politik bewegen. Denn bekanntlich, aber oft mißachtet, heißt politische Führung ja in erster Linie die Lösung von Problemen – nicht verdrängen, vertagen, kaschieren und die Sache durch nichtssagende Statements so zu verunstalten, daß sie niemand mehr begreift. Das Frappierende daran ist, daß sich eben diese Politiker besonders über das Unverständnis beklagen, das ihnen entgegenschlägt.

Was es für die Deutschen heißt, wie Kohl es formuliert hat, mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen? Auf keinen Fall, und so meint es ja auch Kohl nicht, darf es heißen: „Wir sind wieder wer, nachdem man uns Jahrzehnte geduckt hat. Die Erfahrungen, wohin politische Selbstüberschätzung führen kann, sind auch nach fünfzig Jahren noch präsent. Andererseits hat den Deutschen der Zusammenbruch der Nachkriegs-„Ordnung“, so wie sie im wesentlichen von Stalin erzwungen worden war, nicht nur die statliche Einheit gebracht, an die Ausländer oft intensiver geglaubt hatten als mancher Deutsche selber. [...]

16. Juli 1992

Unbequeme Verantwortung

[...] Welchen Sinn hätte die Bundeswehr in einer sich wandelnden Welt, wenn sie nach Wegfall der alten Gefahren nicht den neuen Bedrohungen außerhalb ihres bisherigen Aktionsradius entgegentreten wollte?

Dabei überzeugt der warnende Hinweis auf die blutigen Spuren der 47 Jahre zurückliegenden Hitlerzeit nicht mehr. Die damals im deutschen Namen begangenen Untaten können allenfalls als psychologisches Hemmnis einem UNO-Einsatz in besonders sensiblen Bereichen, beispielsweise in Israel, entgegenstehen. Sonst aber sollte die braune Vergangenheit eher als Ansporn dienen, Unrecht und Völkermord energischer zu bekämpfen, als es die Westmächte vor 1939 im Zeichen des Appeasement getan haben. Die Lehre aus der Hitlerzeit lautet nicht: „Frieden um jeden Preis“, sondern: „Aggressoren müssen rechtzeitig gestoppt werden“. Dieser Satz stand schon bei der Schaffung der Bundeswehr vor vier Jahrzehnten Pate. Er gilt heute unverändert.

Aber sowohl das pazifistische Motiv als auch der Hinweis auf die Verbrechen des Dritten Reiches sind oft nur ein Vorwand für den menschlich verständlichen, in seiner Auswirkung jedoch höchst weltfremden, ja, provinziellen Wunsch, einfach in Ruhe gelassen zu werden und von den Händeln dieser Welt verschont zu bleiben. War diese – durch einen falsch angelegten Schulunterricht noch geförderte – Haltung schon für die Bundesrepublik im geteilten Europa fragwürdig, so ist sie für das vereinte Deutschland mit seinen achtzig Millionen Einwohnern unmöglich.

Wir sind – ob uns das nun paßt oder nicht – der an Bevölkerung und Wirtschaftskraft stärkste Staat West- und Mitteleuropas. Von ihm erwartet die übrige Welt die Wahrnehmung der ganz normalen Rechte und Pflichten jedes Mitglieds der Vereinten Nationen – und dazu gehört nun einmal die Teilnahme an humanitären und bewaffneten Friedensaktionen. [...]

14. November 1992

Ein deutsches Erbe: die völlig unbewältigte Vergangenheit Ost

Wo der Rostocker Politiker Schmidt seine antizionistischen Parolen lernte (von Joachim Neander)

Die Erregung über das, was der „Eklat von Rostock“ genannt wurde, hat sich schnell wieder gelegt. Vielleicht zu schnell. Man hat den Eindruck, als hätten viele noch nicht begriffen, was

da in jenem kurzen Dialog zwischen Ignatz Bubis, dem neuen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, und dem mecklenburgischen CDU-Politiker Schmidt wirklich passiert ist.

Michel Friedman, einer der Repräsentanten der jüngeren Generation unter den Juden in Deutschland, hat dafür neulich den Begriff der „Interpretierbarkeit“ geprägt. Das trifft das Problem. Wann immer Deutsche und insbesondere deutsche Politiker heute zum Thema Israel Stellung nehmen, müssen sie sich der Gefahr bewußt sein, im historischen Kontext zu Auschwitz interpretiert zu werden. Das hat nichts mit individueller Schuld, Verstrickung oder Haftung zu tun, wohl aber mit der uralten, auch in der Bibel beschworenen Menschheitserfahrung vom Weiterwirken von Segen und Fluch über die Generationen hinweg, vom Fortbestehen einer gemeinsamen nationalen Last und Verantwortung. Gerade wer den Begriff der Nation in seinem tiefsten Sinn auch im 21. Jahrhundert für wichtig hält, müßte auch diese seine Doppelgesichtigkeit spüren.

Die Deutschen im Westen haben dies in über vierzig Jahren gelernt. Nicht alle, gewiß. Andere haben es vielleicht wieder vergessen. Und es hat Streit und Schmerzen verursacht. Aber der großen Mehrheit ist zumindest das Problem bewußt.

Dies gilt nicht für die DDR. Sie hat sich von Beginn an aus dem Problem verabschiedet, sie hat den deutschen Massenmord an den Juden anderen aufgehalst und sich selbst von Ideologie und Staats wegen nicht nur von jeder Schuld und Verantwortung, sondern auch von jedem künftigen Antisemitismus freigesprochen, weil Antifaschismus und Antisemitismus unvereinbar seien.

Das verschaffte ihr, so glaubten die Machthaber, die Freiheit in ein steinaltes Denk- und Werteschema zurückzukehren: Den Staat Israel als Feind zu bekämpfen, ohne als Feind der Juden zu gelten, obwohl sich dahinter ein gehöriges Maß an Antisemitismus versteckte.

Dieses „Wir haben nichts gegen die Juden, aber alles gegen den Zionismus“ ist fast hundert Jahre alt. Auch im Westen sind in den letzten Jahrzehnten viele Linke begeistert auf diesem Gleis mitgereist; viele, nicht allein jüdische Kritiker haben den „Antizionismus“ treffend als „linken Antizionismus“ gedeutet. Selbst die Nationalsozialisten erweckten bekanntlich zu Anfang bei vielen noch den Eindruck, sie führten Krieg lediglich gegen das „Weltjudentum“, wer immer das sein mochte. [...]

26. November 1992

Immer noch provinziell

Jenseits aller aktuellen parteitaktischen oder verfassungspolitischen Differenzen sollte in Bonn über ein Faktum Einigkeit bestehen: das wiedervereinigte Deutschland kann innerhalb der internationalen Gemeinschaft nicht länger eine Sonderrolle spielen; es muß bereit sein, nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten eines normalen UNO-Mitgliedes zu übernehmen. Dazu gehört die uneingeschränkte Teilnahme sowohl an friedensbewahrenden als auch an friedensschaffenden Aktionen. International akzeptable Argumente dagegen gibt es nicht.

Die Wirklichkeit aber wird von der SPD noch immer ignoriert. Das hat ihr Fraktionsvorsitzender Klose – eingebunden in einen für ihn unbequemen Parteitagsbeschuß – in der Haushaltsdebatte noch einmal deutlich gemacht, als der den „Herrn Kollegen Kinkel ganz leise“ fragte: „Glauben Sie wirklich, daß die Welt von dem Wunsch getrieben ist, die Deutschen mögen doch, bitte schön, ganz schnell an die militärische Front zurückkehren?“ Die Antwort lautet: Ja! Das weiß jeder, der in der Welt herumkommt und sich vor allem bei der UNO umhört. Ihr Generalsekretär Boutros-Ghali hat soeben erst unterstrichen, er würde eine Teilnahme Deutschlands an UNO-Truppen begrüßen – „besonders bewaffnete Einheiten wären äußerst willkommen“.

Die von der SPD gewünschte Beschränkung auf Blauhelm-Einsätze wird dieser Erwartung nicht gerecht. Sie lähmt die Handlungs- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik. Darauf haben der Kanzler und die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, Schäuble und Solms, im Bundestag unmißverständlich hingewiesen. Solange die SPD davor – trotz zögernder Schritte in Richtung Realität – ihre Augen verschließt, isoliert sie sich international und erweist sich außenpolitisch weiterhin als provinziell.

14. Januar 1993

Nichts begriffen

Noch immer scheint die SPD nicht begriffen zu haben, welche fundamentalen Veränderungen in der internationalen Staatenwelt seit 1989 eingetreten sind. Wie sonst wäre die schroffe Absage zu erklären, an einem Allparteiengespräch über den künftigen Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Nato-Gebiets teilzunehmen. Nimmt man die Drohung des Bundestags-Fraktionsvorsitzenden Klose hinzu, im Falle eines Somalia-Einsatzes erneut vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, ähnelt dies alles eher der Trotzreaktion eines Kindes.

Das Provinzielle am Nein der SPD ist dabei, daß dadurch Boutros-Ghali, der Gast vom New Yorker East River, brüskiert wurde. Geflüssentlich überhörte die SPD aber auch einen anderen Teil seiner Botschaft, nämlich daß nur Nationalstaaten die UNO funktionstüchtig halten können. Trotz Annäherung an Regierungspositionen flüchtet sich die SPD in neue Illusionen. Es gibt keine europäische oder globale Kategorie, die – das Asylproblem ist ein vergleichbarer Fall – einer großen Partei die Entscheidung abnimmt.

Vorbei scheinen die Zeiten, in denen die große alte Partei sich konstruktiv auf die Übernahme der Regierungsverantwortung vorbereitete wie in den Sechziger Jahren. Typisch der unbedachte Schnellschuß von Lafontaine aus Saarbrücken.

Gewiß, die Regierungskoalition war in diesen heiklen Fragen bisher alles andere als einig. Jetzt hat sie eine Einigung geschafft. Das ändert nichts an der Verantwortung für die SPD, die Politikfähigkeit Deutschlands zu bewahren. Denn das scheint sicher: Kommen die politischen Parteien dieses Landes nach einer lähmenden, seit mehr als zwei Jahren andauernden Debatte, nicht bald zu Entscheidungen, droht Deutschland die internationale Selbst-Singularisierung.

Man soll offen sagen, wenn man den deutschen „Sonderweg“ in neuer Form betreten möchte. Dann brauchen die Ärmelstreifen für ein deutsch-französisches Korps erst gar nicht entworfen werden.

18. Januar 1993

Kanzler zu UNO-Einsätzen: „Können nicht wegducken“

Helmut Kohl (CDU) will den Streit um internationale Bundeswehr-Einsätze notfalls zum Schwerpunktthema des Bundestagswahlkampfes 1994 machen. „Wir brauchen die Verfassungsänderung. Wir können jetzt nicht wegducken wie 40 Jahre zuvor.“ Deutschlands Ansehen hänge auch von der Entscheidung zu UNO-Einsätzen ab, sagte der Kanzler in Neuss. Außenminister Kinkel (FDP) warnte die Union vor Gedankenspielen, Bundeswehr-Einsätze durch einen „Verfassungsbruch“ zu ermöglichen. Er drängte die SPD zu Gesprächen, da die Regierung nur mit der Opposition aus der „Sackgasse“ herauskomme. Der Koalition gehe es nicht um einen „Freifahrtsschein“ für Militäreinsätze. SPD-Verteidigungsexperte Kolbow und die SPD-Abgeordneten von Bülow, Blücher und Niggemeier sprachen sich – im Gegensatz zur Partei- und Fraktionsführung – dafür aus, mit der Koalition zumindest zu reden.

27. Januar 1993

Schlingende Großmacht

[...] Die Positionen der wichtigen Parteien gleichen konzentrierten Kreisen. Den engsten Zirkel schlägt die Sozialdemokratie. Sie lehnt die Bestimmung Deutschlands als europäische Großmacht ab. Somit kommen Kampfeinsätze der Bundeswehr bei Friedens-Aktionen fast zwangsläufig unter den polemisch formulierten Verdacht einer neuen Kanonenboot-Politik wilhelminischen Zuschnitts. Die Beschränkung auf Friedenserhaltung – der reine Begriff hält, wie man weiß, der groben Wirklichkeit nicht stand – geht vom niedrigen Profil der Alt-Bundesrepublik aus. Diesen schon historisch gewordenen Standort soll Deutschland nicht verlassen. Der Anachronismus führt in einen „Sonderweg“ [...]

Kohl sagt seine Meinung, aber ohne die Überzeugungskraft mit der beispielsweise Adenauer die Westbindung der Bundesrepublik und Brandt die Ostpolitik vertreten hat. Dabei wäre es höchst dringlich, den Bürgern „Lebenshilfe“ bei der Annahme der veränderten Rolle ihres Landes zu gewähren. Das vereinigte Land ist, gemessen an seinem politischen, wirtschaftlichen und territorialen Format, aber auch gemessen am internationalen Standard, eine europäische Großmacht, die allerdings nicht, wie in früheren deutschen Epochen, die Position der europäischen „Mitte“ mit ihren unaufhörlichen Options-Zwängen einnimmt, sondern zum ersten Male seit der Entstehung des preußischen Königtums 1701, infolge der Umstände der Vereinigung politisch (und bald auch geistig) ungeteilt zum euro-atlantischen Westen zählt – als der am weitesten nach Osten vorgeschobene Groß-Staat der westlichen Welt. [...]

26. Februar 1993

Tabus und Blockaden – aber kann Bonn weiter abseits stehen?

Niemand scheint darüber nachzudenken, woher die UNO-Blauhelme für den Balkan kommen sollen.

Wenn es um Jugoslawien oder um Osteuropa geht, stößt man in Deutschland rasch an Tabus und Grenzen. Interessanterweise sind sie in Kreisen der Grünen, der Frauen- und bei der Friedensbewegung weniger gezogen als bei den großen Parteien.

Die Etablierten der politischen Klasse argumentieren: Der jugoslawische Kriegsschauplatz sei ein Sonderfall, politisch wie historisch out of area. Oder, wie es Otto Graf Lambsdorff formuliert, weil wir „vor 50 Jahren da waren“. Hingegen denkt eine sehr bunte Koalition ganz anders. Zu ihr gehören der CDU-Bundestagsgeordnete Stefan Schwarz, die Fernsehjournalistin Lea Rosh, der DGB-Vorsitzende Hans-Werner Meyer und auffällig viele Frauen aus den Reihen der Grünen.

Ein typisches Beispiel für Tabus und Denkblockaden bot ein „Spiegel“-Gespräch mit Ralf Dahrendorf. Der in England lebende Gelehrte schockte seine Interviewpartner gleich zu Beginn mit dem Satz: „Nach Osten hin ist nun alles offen“ - als Konsequenz der deutschen Vereinigung und des Endes der Ost-West-Konfrontation. Eine Argumentation mit der Geopolitik ist in Deutschland gleichfalls verpönt.

[...] Kann es sich Bonn leisten, aus „historischen Gründen“ weiter abseits zu stehen? Denn das jugoslawische Grundmuster galt doch überall in Osteuropa: Kollaboration mit einem Teil der Bevölkerung, gemeinsame Bekämpfung der Opposition, Widerstand, schreckliche Greuelthaten und „eine Nacht der langen Messen“ bei der Befreiung. Wenn Deutschland derartige Erfahrungen zu seiner politischen Zukunftsmaxime macht, dann steht es nirgendwo in der großen Verwerfungs- und Erdbebenzone Osteuropas zur Verfügung.

Auch hier ist ein Hinweis auf eine neue Argumentationslinie in der deutschen Friedensbewegung interessant. Sie lautet: Gerade weil Deutschland eine solche historische Bürde mit sich schleppe, müsse von ihm ein besonderes, vor allem humanitäres Engagement auf dem Balkan erwartet werden. Italien hat übrigens UN-Soldaten nach Mogadischu abkommandiert, obwohl es in Somalia einmal Kolonialmacht war.

10. April 1993

Karlsruhe oder Der schwierige Weg in die Normalität.

Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zum Awacs-Einsatz hat die deutsche Politik aus einer Selbstblockade befreit.

Von Montag an wird die Bundeswehr an einem Kampfeinsatz der Nato außerhalb des Staatsgebietes der Bündnispartner teilnehmen. Für Deutschland ist beides neu: die Beteiligung an der gewaltsamen Durchsetzung eines UN-Beschlusses und die Auftragsaktion der atlantischen Allianz jenseits der alten Verteidigungslinien. Das Neue ist indessen nichts anderes als die von nun an beginnende Normalität.

Der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts zum Awacs-Einsatz hat die deutsche Politik aus einer Selbstblockade befreit. Die Anträge der FDP und SPD auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen den Awacs-Einsatz deutscher Soldaten wurden als unbegründet abgewiesen. Bei der Abwägung spielten die außenpolitische Integrität und volle Handlungsfähigkeit Deutschlands in der Völkergemeinschaft eine herausragende Rolle. Das Verbot der Mitwirkung hätte schweren Schaden verursacht und das Land auf einen Sonderweg gezwungen. Die Deutschen standen vor einer Weggabelung.

Die Entscheidung wäre anders ausgefallen – trotz aller negativen Folgen -, wenn das Gericht zwingende verfassungsrechtliche Gründe gegen deutsche Kampfeinsätze im Rahmen der UN beziehungsweise des Bündnisses erkannt hätte. Daß dies nicht der Fall war, gibt der Union Recht und verwischt die Bedenken der FDP, wirft aber auf die vorangegangenen Grundgesetzdiskussion ein merkwürdiges Licht. Selbst die Bundesregierung hatte die Auffassung vertreten, es bedürfe zur Legitimierung von friedensschaffenden Einsätzen einer „verfassungsrechtlichen Klarstellung“.

Dies hätte um ein Haar dazu geführt, daß der Zweite Senat die Anträge auf einstweilige Anordnung und die Organklage als unzulässig beschieden und damit den Ball in das unbespielbar gewordene Feld der Legislative zurückgeworfen hätte. Die entsprechenden Szenenbilder hatten sich die Beteiligten in der Wartezeit mit gesträubten Haaren vorgestellt. Da Kanzler und Union von ihrem Beschluß, die deutschen Awacs-Besatzungen an Bord zu lassen, nicht abgewichen wären, würde eine Regierungskrise oder wenigstens ein Zusammenprall der Koalitionspartner der nächste Akt des Dramas gewesen sein. Der Infarkt hätte sich über das strittige Thema hinaus gedehnt.

Die Hauptentscheidung steht indes noch bevor. Wie wird sie ausfallen? Die Richter haben sich zur Frage der Rechtmäßigkeit nicht ausdrücklich geäußert. Man kann jedoch annehmen, daß der endgültige Spruch vom Tenor der getroffenen Abwägung nicht abweichen wird. Überraschungen könnte die Begründung enthalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Gericht, um alle Zweifel auszuräumen, dem Gesetzgeber Auflagen macht. Um beim Bild zu bleiben: Der Ball käme mit Verzögerung in das wohl immer noch unbespielbare Feld zurück. Das Urteil könnte Regeln für die künftige Beteiligung des Parlaments an verschiedenen Einsatzformen vorzeichnen. In diesem Fall begänne das Ringen um Mehrheitsfindung erneut.

Der Vorgang zeigt, wie schwer es den Deutschen fällt, den Status der Normalität wiederzugewinnen. [...]

15. April 1993

Die SPD am Scheidewege

Das Karlsruher AWACS-Urteil hat die SPD vor eine klare Alternative gestellt: Entweder sie nimmt die Chance wahr in einer Art zweiten Godesberg ihr sicherheitspolitisches Ruder herumzuwerfen, oder sie driftet vollends ab in eine außenpolitische Isolierung, die im Fall eines Bundestagswahlsieges der Partei verheerende Folgen für uns alle hätte.

Noch hat die Vernunft eine Chance. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat dafür politische Argumente geliefert, die an Exaktheit zu wünschen übriglassen. Tatsächlich erwartet jedermann in der Welt, daß das wiedervereinigte Deutschland nun endlich seinen Platz in der Völkergemeinschaft mit allen Rechten und Pflichten und natürlich auch mit allen Risiken ausfüllt. (...)

Hinweise auf die fortdauernde Schuld Hitler-Deutschlands aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges sind kontraproduktiv. Denn gerade die Erinnerung an Aggressionen und Verbrechen des Nationalsozialismus muß uns verpflichten, neue Aggressionen – wo immer sie auftreten – umso energischer bekämpfen.

Aber die SPD stellt sich blind, obwohl vernünftige Politiker in ihren Reihen durchaus wissen, worauf es ankommt. Das Beharren auf überholten Parteitagebeschlüssen, die nur die Beteiligung an unbewaffneten Blauhelmeinsätzen der UNO erlauben wollen, und die Diffamierung einer gleichberechtigten Teilnahme Deutschlands an der internationalen Friedenssicherung als „Militärisierung der Außenpolitik“ zeugen von politischer Schizophrenie. [...]

23. April 1993

Wenn die Vergangenheit Vorwand für Bequemlichkeit ist/ Deutschland ein normaler Staat im Kreis normaler Staaten, muß Flagge zeigen für die Stabilität Europas/

[...] Die Bundesrepublik hat sich in zwei Stellungen eingegraben: in die des Grundgesetzes und in die „Siegfriedlinie“ der Vergangenheit. Beide wurden von den Ereignissen überrannt. Es wird Zeit, daß die Regierung in einer außerordentlichen Erklärung zur Lage der Nation deutlich macht, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Souveränität der nüchternen Einschätzung der Lage und der eigenen Kapazitäten frei ist, jede Anforderung der UN und der atlantischen Allianz in Erwägung zu ziehen und zu entscheiden. 48 Jahre nach der Niederlage, im dritten Jahr nach der Vereinigung ist das Deutschland der Verträge ein normaler Staat im Kreis normaler Staaten. Er zeigt Flagge für die Stabilität Europas. Vergangenheit kann keine Grenze sein.

13. September 1993

Deutsche Interessen: Strategie und Spagat. Die Voraussetzungen und Anforderungen einer erfolgreichen Außenpolitik

[...] Nur wenn die Bundesrepublik bereit ist, wie ein ganz normaler Staat alle Rechte und Pflichten eines UNO-Mitglieds zu übernehmen – und das schließt natürlich auch militärische Einschätzungen für Frieden und Menschenrechte ein –, kann sie ihre Rolle in der Völkergemeinschaft, beispielsweise als potentiell Mitglied des Weltsicherheitsrates, spielen und somit ihre Interessen wahrnehmen. Andernfalls gerät sie in eine Randposition mit sinkendem Einfluß und Gewicht, und zwar nicht nur in der UNO, sondern auch in der EG und

der sich wandelnden Nato. Daß diese Einsicht in der SPD offenbar immer noch nicht mehrheitsfähig ist (wie der schleswig-holsteinische Landesparteitag soeben wieder gezeigt hat), zeugt von dem ideologisch gefärbten Provinzialismus einer tonangebenden mittleren Funktionärsschicht. [...]

20. September 1993

Druck auf Heitmann wächst

Kritik von FDP und Bubis

Der sächsische Justizminister Steffen Heitmann (49), Wunschkandidat der CDU für das Amt des Bundespräsidenten, hat am Wochenende mit Aussagen über die historische Stellung des Nationalsozialismus scharfe Kritik ausgelöst.

In einem Interview der „Süddeutschen Zeitung“ hatte Heitmann gesagt, er glaube, daß der organisierte Tod von Millionen Juden in den Gaskammern einmalig sei, „so, wie es viele historisch einmalige Vorgänge gibt“. Heitmann weiter: „Ich glaube aber nicht, daß daraus eine Sonderrolle Deutschlands abzuleiten ist bis ans Ende der Geschichte.“ Mit dem Ende der Nachkriegszeit durch die deutsche Einheit sei der Zeitpunkt gekommen, dieses Ereignis „einzuordnen“ in die „Gesamtgeschichte“. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, warf Heitmann vor, nach dem Mund zu reden, was er für Volkes Stimme halte. Seine Äußerungen seien geeignet, Rechtsradikalen Argumente zu liefern. Er könne sich nicht vorstellen, wie der Sachse „ein Präsident aller Deutschen“ werden könne. Der Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Hermann Otto Solms, forderte: „Heitmann muß zunächst nachweisen, ob er Präsident aller Deutschen sein will und kann.“

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine erklärte, Heitmann habe sich mit seiner Äußerung zur Nazi-Vergangenheit „endgültig für das Bundespräsidentenamt disqualifiziert“.

Kanzleramtsminister Friedrich Bohl (CDU) nahm Heitmann in Schutz: „Ich appelliere an alle, an seine Interviews nicht in der Manier eines Toningenieurs heranzugehen.“ Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Glos, betonte, Heitmanns Positionen stünden im Einklang mit der CSU.

In einer Repräsentativumfrage für „Bild am Sonntag“ sprachen sich bundesweit 17 Prozent für Heitmann als neuen Bundespräsidenten aus. In Ostdeutschland waren es nur zwölf Prozent. Für den SPD-Kandidaten Johannes Rau sprachen sich 54 Prozent der Befragten aus.

20. November 1993

Rau: Patrioten lieben ihr Vaterland

SPD-Präsidentschaftskandidat warnt aber vor nationalistischem Alleingang

Mehr Staatsmann als Parteipolitiker – so präsentierte sich Johannes Rau am Freitag vor dem SPD-Bundesparteitag in Wiesbaden. Der sozialdemokratische Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten mahnte, nicht immer von der „neuen Verantwortung“ Deutschlands zu reden, sondern die „besondere Verantwortung“ wahrzunehmen. Gleichzeitig erteilte der stellvertretende Parteivorsitzende jeglicher Rückwendung hin zum Nationalstaat eine deutliche Absage.

Offenbar in dem Bestreben, sich vom Unionskandidaten Steffen Heitmann abzuheben, sprach Rau davon, Deutschland sei auch nach der Einheit „nicht in den Stand historischer Unschuld zurückversetzt“. Aus der geschichtlichen Erfahrung seien Lehren zu ziehen: Intoleranz, die Verachtung von Minderheiten und die Ausgrenzung einzelner oder ganzer sozialer Gruppen dürften nicht zugelassen werden. Man müsse die Erinnerung wach halten, „was passiert, wenn die Demokratie stirbt, weil es Radikale und zu wenige aktive Demokraten gibt.“

Mit Blick auf die deutsche Einheit sprach Rau von einer besonderen „moralischen Schuld“ gegenüber Osteuropa und mahnte zugleich zu Solidarität zwischen Ost und West.

„Mit Sorge“ betrachte er eine „veränderte Tonlage“ in der Diskussion über die Zukunft Europas. Dabei seien „europäisches Denken und Patriotismus kein Widerspruch. Aber niemand sollte Patriotismus und Nationalismus verwechseln.“ Ein Patriot sei jemand, der sein Vaterland liebe, ein Nationalist, einer, der die Vaterländer anderer verachte. Die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufgaben seien nicht mit nationalem Pathos zu lösen.

11. Juli 1994

Kinkel warnt vor nationalen Alleingängen. WELT-Gespräch mit dem Außenminister

[...] WELT: Gilt der Satz noch, Deutschland sei ein politischer Zwerg und ein wirtschaftlicher Riese?

Kinkel: Nein. Deutschland ist die drittstärkste Wirtschaftsnation und kein politischer Zwerg. Wir haben unseren angesehenen Platz in Europa und der Welt. Das gilt auch für das transatlantische Verhältnis zwischen Europa und den USA. Dabei ist uns die Einbettung in die Europäische Gemeinschaft ganz besonders wichtig.

[...] WELT: Konkret stellt sich die Frage der Wahrnehmung unserer internationalen Aufgaben nach dem Spruch von Karlsruhe morgen zum Blauhelmeinsatz.

Kinkel: Wir müssen natürlich erst einmal das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abwarten. Wenn es so auffällt, wie ich hoffe, nämlich daß Einsätze der Bundeswehr außerhalb des Nato-Gebietes in Zukunft möglich sein werden, sind wir jedenfalls konzeptionell so vorbereitet, daß wir entsprechend reagieren könnten. Die Politik der Zurückhaltung ist uns gut bekommen. Wir werden auch in Zukunft öfter nein als ja sagen zu solchen Einsätzen.

WELT: Können wir denn künftig derartige Anforderungen überhaupt noch ablehnen?

Kinkel: Selbstverständlich. Wir sind wie jedes andere Land berechtigt und verpflichtet, unsere eigene Interessenlage genau abzuwägen. Aber wir müssen in mancher Beziehung von der Zuschauertribüne herunter.

20. Oktober 1994

Deutschland, die geläuterte Führungsmacht

Nur ein besonderes Europa-Engagement fördert den Wiederaufstieg

Von Ingo Friedrich (Vorsitzender der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament)

Die Deutschen haben ihn immer noch; den neidvollen Blick auf die ungebrochene Geschichte und Tradition der klassischen Nationalstaaten England und Frankreich. Es ist auch beeindruckend für Deutsche, wenn dem Besucher des britischen Unterhauses bis heute die Standplätze britischer Nationalgrößen aus dem 12. Jahrhundert gezeigt werden, können und wenn Frankreich seine Revolution von 1789 bis heute als weltbewegendes Phänomen feiert.

Und die Deutschen? Die verspätete Nation, die zerrissene und jahrzehntelang gespaltene Nation mit der „schlimmen Geschichte“, wo hat sie ihren Platz, ist ihre Geschichte damit schon endgültig geschrieben? Mit Sicherheit nein. Schon 1945, kurz nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg, beantwortete der Philosoph Martin Heidegger die Frage, ob jetzt die deutsche Geschichte zu Ende gehe, mit der Gegenthese: die deutsche Geschichte und der deutsche Beitrag zur Weltentwicklung haben noch gar nicht richtig begonnen, sondern stehen erst an ihrem Anfang. In diesen Monaten sind wir Zeitzeugen dieses neuen Abschnitts deutscher Geschichte: Wir erleben eine grundlegende Veränderung der inneren Architektur Europas: Deutschland nimmt seinen neuen Platz als führende europäische Nation an der Seite

seiner Partner ein, mit einer gewachsenen Verantwortung. Die Strukturen haben sich – insbesondere aus Sicht der Nachbarn – außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitisch zugunsten des wiedervereinten Deutschlands verschoben.

Wie wird Deutschland die ihm zugewachsenen neuen Verantwortlichkeiten und Einflussmöglichkeiten anwenden und nutzen? Ist seine innere Befindlichkeit, sein psychisches Klima und sind seine geistigen Eliten darauf vorbereitet? Die zur Bewältigung dieser neuen Dimension notwendige kluge Mischung aus Takt und Kalkulierbarkeit deutscher Politik sowie überzeugender Führungskraft ist die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre. Die linke Intelligenz, die Deutschland am liebsten im ewigen Bußerhemd und auf Dauer von den Schalthebeln der Macht verbannt wünscht, fällt als Unterstützungsfaktor sicher aus.

Es werden die konservativen Kräfte sein, die die Voraussetzung für die Bewältigung dieser neuen Herausforderung deutscher Politik schaffen müssen, um das Ziel zu erreichen: Ein stabiles und einflußreiches Deutschland, das sein Potential friedensstiftend, stabilisierend, freiheitsfördernd und in enger Abstimmung mit den EU- und Nato-Partnern einsetzt. Gerade weil dieses „geschundene Deutschland“ alle Höhen und Tiefen der Geschichte durchlitten hat, besitzt es als geläuterte Nation, die notwendige Reife zur Erfüllung der neuen Führungsaufgaben.

Hier liegen die Wurzeln für das besondere Europa-Engagement der Christdemokraten, die den Spagat zwischen der Durchsetzung deutscher Interessen und der langfristigen Vertrauensbildung bei den Partnern finden müssen. Wir haben die Lektion des 20. Jahrhunderts gelernt: Ohne und gegen Europa erreicht Deutschland Niedergang und Zwietracht, mit Europa kann der Wiederaufstieg unseres Landes fortgesetzt werden.

19. Dezember 1994

Gewissens-Frage

Unter Bonns verantwortlichen Politikern verfängt das Argument immer mehr, menschliches Leid zu lindern müsse das politische Handeln mehr bestimmen als der Blick rückwärts in die Geschichte. Mit dieser Maxime setzt sich nun Kanzler Kohl – nach einiger Zeit des Zögerns – an die Spitze der Bewegung. Er weiß, daß Deutschland den Erwartungen in der Nato nicht ausweichen kann. Bonn muß bei der Linderung des durch den Krieg auf dem Balkan ausgelösten politischen Dilemmas, in das sich die internationale Staatenwelt samt ihrer Ratlosigkeit hat ziehen lassen, helfen. Und es ist gut, wenn sich auch der Oppositionsführer Scharping dieser folgenreichen Erkenntnis nicht entziehen mag.

Beide, jeder auf seine Weise, suchen in den eigenen politischen Lagern, aber auch über sie hinaus, die Anhänger dafür zu sammeln. Kohl appelliert dramatisch an jeden Abgeordneten, an sein Gewissen und an seine Bereitschaft, Verantwortung zu tragen. Scharping beugt sich eher nachdenklich dem politischen Imperativ und sagt, wenn es sein muß, muß es sein. Die ändert nichts an der Grundauffassung beider, daß die geschichtliche Hypothek auf dem Balkan, die sich Deutschland aufbürdete, längst nicht abgetragen sei.

Deswegen scheuen sie sich, „Bodentruppen“ nach Bosnien zu entsenden. Doch da stellt sich die Frage, wo eigentlich der Unterschied ist zwischen einem Tornado-Kampfflugzeug mit Eisernem Kreuz am Rumpf, das zur Absicherung humanitärer Hilfsflüge eine Rakete auf serbische Flugabwehrstellungen abfeuert, und einem deutschen Heeressoldaten, der an der Seite von Nato-Kameraden zur eigenen und der Sicherheit der anderen schießen muß, wenn sie bei einer geplanten Rückholung von UN-Blauhelmen in ein provoziertes Gefecht geraten.

Bonn wird am Mittwoch den Zuständigen in der Nato mitteilen, daß es bereit ist, Teile der Bundeswehr für einen Bosnien-Einsatz abzustellen. Welche, wie große, wann? Deutschlands mediales Palaver wird gewaltig und lange schnattern. Erst wenn der Bundestag sich im Januar wieder versammelt, wird er über ein wohldurchdachtes Konzept der Regierung zu befinden haben.

8. Mai 1995

Es dauerte 40 Jahre, bis man über die Bedeutung des 8. Mai 1945 für uns Deutsche wirklich zu reden begann. Die Mehrheit der Bundesbürger war mit zwei „Deutschlands“ groß geworden, und sie richtete sich in der Geschichte ein. Die deutsche Frage schien nicht länger „offen“. Und darum wohl wollten die Nachgeborenen jetzt nachholen, was die Eltern in ihren Augen versäumt hatten; es galt die Vergangenheit zu „bewältigen“. Als Helmut Kohl damals von der „Gnade der späten Geburt“ sprach, da ging ein Schrei durchs Land. Man wollte sie nicht, die Gnade, man wollte die „Schuld“. Freilich „bewältigt“ man aus der Entfernung von 40 Jahren die Vergangenheit leichter, besonders, wenn es nun schon die Vergagenheit der Großeltern ist. Das Ende der DDR hat uns inzwischen gezeigt, wie schwer der Umgang mit der eigenen Vergangenheit ist. Aber Vergangenheit kann man auch nicht bewältigen. „Sie läßt sich ja“, wie Richard von Weizsäcker 1985 sagte, „nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen.“

Heute schauen wir 50 Jahre zurück. Inzwischen kennt sogar die Mehrheit der Politiker den Krieg nur noch vom Hörensagen. Der Umweg der Teilung ist zu Ende, der Frieden besiegelt. Und so weist man dem 8. Mai seinen endgültigen Standort zu: Tag der „Befreiung!“ Der Umgang mit der Geschichte wird einfacher, je weiter sie weg ist. Nach fünfzig Jahren ist sie gereinigt von Emotionen. [...]

Doch der Streit um den 8. Mai macht deutlich, daß dies nur ein Teil der Wahrheit ist. Viele begehren auf, weil sie für jene Tage vor 50 Jahren Tage furchtbare Erinnerung sind. Das ist ihr Recht. Sie müssen sich aber vor der Gefahr hüten, daß Schmerz und Leid gegeneinander aufgerechnet und daß Verantwortung und Schuld für diesen Krieg eingeebnet werden. Auf der anderen Seite kann man aus der Geschichte – wenn überhaupt – nur lernen, wenn man sich um die Widersprüche bemüht und um die Emotionen der Menschen, die damals handelten. „Wie konnte das geschehen?“, fragen die Nachgeborenen anklagend. Nein, sie fragen eigentlich nicht mehr. Sie sagen es nur. Es ist so unbegreiflich, daß es einen selbst schon nicht mehr betrifft. Denn man ist ja gut. Es ist aber doch geschehen: der furchtbare Krieg, der millionenfaches Leid über die Völker Europas brachte, auch über Deutsche, die Konzentrationslager, in denen Millionen ihr Leben verloren, vor allem Millionen Juden. [...]

19. September 1995

Nützliche Debatte

Die deutschen Gefühle in Sachen Krieg und Frieden wirken diffus. Daß grundsätzlich jeder Blutvergießen verabscheut, versteht sich von selbst. Die einschränkende Erkenntnis, daß ein Angriff auf das eigene Land militärischen Widerstand notwendig macht, wurde zwar jahrelang - zumindest theoretisch, weil praktisch nie auf die Probe gestellt - von den meisten Bundesbürgern akzeptiert. Die Zahl der Wehrdienstverweigerer aber reduzierte sich dadurch keineswegs, sondern stieg kontinuierlich an. Eine radikal-pazifistische Minderheit protestierte zeitweilig sogar stärker gegen die eigene Verteidigung als gegen die immer bedrohlicher werdende kommunistische Aufrüstung.

Mit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums, der Demokratisierung Osteuropas und der

deutschen Wiedervereinigung änderte sich die Lage gründlich. Nun gab es keine unmittelbare Bedrohung mehr. Alle Sicherheitsprobleme schienen gelöst, die Vision einer "neuen Weltordnung" (von US-Präsident George Bush nach dem Golfkrieg verkündet) erhellte den Horizont. Und nahezu natürlich breitete sich so die Unlust am Wehrdienst hierzulande weiter aus.

Bald jedoch wurde klar, daß zwei neue, eng miteinander verbundene Phänomene die Aussicht auf eine konfliktlose Zukunft empfindlich störten. Das erste Phänomen: Direkt vor unseren Augen brachen vielerorts in Ost- und Südosteuropa jahrzehntelang unterdrückte nationale Emotionen auf und entluden sich in erbitterten Kämpfen um Freiheit und Unabhängigkeit. Brutale Repressionen und Aggressionen waren die Folge - siehe Bosnien, Tschetschenien, Berg-Karabach oder Moldawien. Dies erregt auch bei uns die Menschen, obwohl sich die Demonstrationen dagegen - verglichen mit anderen, minder bedeutsamen Anlässen - sehr in Grenzen halten. Immerhin ist angesichts serbischer Kriegsgreuel selbst ein eingefleischter Pazifist wie der Fraktionssprecher der Grünen im Bundestag, Joschka Fischer, zu der Einsicht gekommen, daß der Grundsatz absoluter Gewaltfreiheit mit der Pflicht zum Schutz des Lebens kollidieren kann. Deshalb hat er seiner Partei eine überaus nützliche Debatte über Sinn und Unsinn des Pazifismus aufgezwungen.

Leider hat die Sache einen Haken: Fischer bejaht zwar eine militärische Verteidigung der UN-Schutzzonen in Bosnien, lehnt aber eine Beteiligung deutscher Soldaten "aus historischen Gründen" ab. Nun kann man über diese Gründe gewiß diskutieren. Die Gefahr, daß wiederaufgewühlte Erinnerungen an deutsche Balkan-Einsätze im Zweiten Weltkrieg den jetzigen Konflikt noch verschärfen könnten, ist nicht von der Hand zu weisen - wengleich Angehörige befreundeter Staaten, deren Soldaten in Bosnien eingesetzt sind, Hinweise auf historische deutsche Schuld als Begründung für heutige Enthaltensamkeit bei der Verteidigung von Menschenrechten eher als Vorwand empfinden.

Doch wie die Begründung auch lauten mag - fest steht, daß eine Mehrheit der Deutschen bei allen Meinungsumfragen zwar Gewaltanwendung gegen Aggression und Völkermord in Bosnien bejaht, die Bundeswehr dabei aber heraushalten möchte (wobei dem eng begrenzten Einsatz deutscher Tornado-Flugzeuge eine Sonderrolle zugebilligt wird). Diese Haltung ist durchaus nicht auf Bosnien beschränkt, sondern spiegelt eine generelle Abneigung gegen internationale militärische Aktivitäten der Bundesrepublik wider.

Und genau dies kollidiert mit dem zweiten nach der Wende von 1989/90 aktuell gewordenen, aber weithin noch nicht ins öffentliche Bewußtsein gedungenen Phänomen - nämlich den internationalen Verpflichtungen des wiedervereinigten Deutschland als ganz normalem Mitglied der Völkergemeinschaft.

Daß sich viele bemühen, diese Normalität zu verdrängen oder unwillig beiseite zu schieben, ist verständlich. Allzu lange boten deutsche Spaltung und Vergangenheitsbewältigung eine durchaus willkommene Barriere gegen unbequeme internationale Inanspruchnahmen. Dies gilt nicht nur für die mit den "Friedenskämpfern" der siebziger und achtziger Jahre verflochtenen Grünen, sondern ebenso für die traditionell pazifistischen Ideen zuneigende SPD.

Zwar hatte der Stratege Herbert Wehner die Partei 1960 gemeinsam mit Fritz Erler und Helmut Schmidt aus der Isolation des Kampfes gegen die Wiederbewaffnung herausgeholt und auf den Boden sicherheitspolitischer Tatsachen gestellt - wodurch die Große Koalition von 1966 und das sozialliberale Bündnis von 1969 möglich wurden. Aber als es angesichts wachsender Bedrohung durch sowjetische SS-20-Raketen mit der vom damaligen Kanzler Schmidt bejahten westlichen Nachrüstung ernst wurde, versagten ihm große Teile der eigenen

Partei die Gefolgschaft.

Seitdem machen pazifistische Restbestände, vermengt mit Neigungen zu Populismus und politischem Provinzialismus den Realisten in der SPD das Leben schwer - und hemmen den Weg der Bundesrepublik in die Normalität. Diese Hemmung wirkt umso störender, als sie der eher unpolitischen Abneigung vieler junger Leute gegen Mitverantwortung und Dienstleistung, beispielsweise in der Bundeswehr, entgegenkommt. Ob man daraus gleich das Schreckensbild einer "Generation von Egoisten" ableiten muß, wie es die Wehrbeauftragte Claire Marienfeld getan hat, mag dahingestellt bleiben. Tatsache aber ist, daß sich das wiedervereinigte Deutschland einen Pazifismus aus Bequemlichkeit und Ängstlichkeit ebensowenig leisten kann wie utopische Irrbilder von einer Politik der Macht- und Gewaltlosigkeit. Die Parole "Ohne mich" war schon in der Vergangenheit falsch. Heute ist sie ein Wegweiser in die Isolation.

7. Dezember 1995

Rückkehr zur Normalität

Die Bundeswehr wird sich also an der Friedenstruppe in Bosnien beteiligen. Das war seit langem klar. Und schaut man auf die Mehrheit, mit der der Bundestag der Mission zustimmte, dann scheint es, als sei hier nur das ganz und gar Selbstverständliche geschehen. Und dies ist ja auf den ersten Blick auch wahr: Hätte sich denn die Bundesrepublik dieser Mission verweigern können, die dem geschundenen Land Frieden bringen soll?

Aber es ist zugleich nur die halbe Wahrheit. Die überwältigende Zustimmung des Bundestages zum Bosnieneinsatz ist - wenn man nur ein paar Tage zurückdenkt - eher verblüffend. Noch am vergangenen Wochenende hatte die Frage, ob man hier mittun sollte, den Parteitag der Grünen schier zerrissen. Und kurz zuvor hatte der Parteitag der SPD - angeführt vom neuen Parteivorsitzenden Lafontaine - den Einsatz von Tornados in Bosnien abgelehnt. Nur mit Mühe brachte die SPD in Mannheim einen Formelkompromiß zustande, der den Abgeordneten für die Entscheidung im Bundestag freie Hand ließ.

Und wenn man noch etwas weiter zurückgeht, wird noch deutlicher, wie schnell sich die Lage des Landes verändert hat. 1993 bezweifelte sogar der Koalitionspartner FDP in einer Klage beim Bundesverfassungsgericht, daß Bundeswehrsoldaten in AWACS-Flugzeugen mitfliegen oder daß deutsche Fregatten ein Embargo überwachen dürften, das die Vereinten Nationen verhängt hatten.

Die 508 Stimmen für die Mission in Bosnien zeigen, daß sich das wiedervereinigte Deutschland allmählich an die Rolle in der Welt gewöhnt, die einem großen Land in einer strategisch bedeutenden Region zukommt. Fast 50 Jahre lang hatte man - wegen der schlimmen Vergangenheit und wegen der schwierigen Gegenwart eines geteilten Landes - den anderen Ländern die Rolle der Blauhelme und der Ordnungskräfte überlassen. Es war richtig, aber es war auch bequem. Dies ist anders geworden. Die überwältigende Mehrheit im Bundestag - bis hin zur Mehrheit der Grünen - hat den Wandel erkannt. Dies heißt nicht, daß sich die Bundesrepublik nach militärischen Aufträgen drängen sollte. Im Gegenteil. Aber die Beteiligung an UN-Missionen wird künftig ein Normalfall sein.

16. Februar 1996

Die geeinte Nation ist auf dem Weg zur Normalität

Eine deutsch-britische Untersuchung räumt mit Vorurteilen über die Bürger in den neuen Ländern auf

Der Prozeß der inneren Wiedervereinigung, des zwischenmenschlichen Verständnisses und der gegenseitigen Akzeptanz ist auch fünf Jahre nach Vollzug der staatlichen Einheit Deutschlands noch längst nicht beendet. Dies gehört zu den Binsenwahrheiten und wird durch viele alltägliche Erfahrungen bestätigt, als da sind: Animositäten zwischen "Wessis" und "Ossis", hier und da noch wuchernde nostalgische Gefühle für das untergegangene DDR-Regime, Schwierigkeiten der Anpassung an das Ungewohnte. Das alles manifestiert sich gerade eben auch im innerparteilichen Streit der CDU um ihre künftige Strategie für den Osten Deutschlands. Umso angenehmer überrascht ein Bericht der in London ansässigen Deutsch-Britischen Stiftung, dessen Quintessenz lautet: Trotz aller noch vorhandenen Probleme befindet sich das wiedervereinigte Deutschland unverkennbar auf dem Weg zur Normalität. Dahinter verbirgt sich keineswegs Wunschdenken, sondern die Auswertung intensiver, sich über zwei Jahre erstreckender Meinungsumfragen. Ihre Ergebnisse räumen mit manchen Vorurteilen auf, etwa mit dem, daß die Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern aufgrund ihres früheren Drills in einer Kommandowirtschaft unflexibel auf die freie Marktwirtschaft reagierten. Tatsächlich haben die Untersuchungen der von der Bundesregierung und der britischen Regierung finanzierten Stiftung ergeben, „daß ostdeutsche Beschäftigte äußerst flexibel sind und in größerem Umfang beispielsweise zu einer Umschulung, zu Überstunden oder zu einem Arbeitsplatzwechsel bereit sind als Westdeutsche“. Dazu paßt, daß 86 Prozent der östlichen Bundesbürger private Unternehmer für am besten geeignet halten, Betriebe zu führen. 62 Prozent von ihnen beurteilen die wirtschaftliche Lage ihres Haushalts besser als vor fünf Jahren, und überraschende 70 Prozent sind damit „sehr“ oder „ziemlich“ zufrieden. Dem entspricht die positive Bewertung des heutigen wirtschaftlichen Systems (75 Prozent) und des politischen Systems (65 Prozent). Wobei sich eine kontinuierliche Verbesserung der Akzeptanz abzeichnet, zum Beispiel im politischen Bereich um fünf Prozentpunkte von 1993 bis 1994 - mit politischen Zukunftshoffnungen von 72 Prozent. Diese Stabilisierung wirkt sich auch in der Beurteilung ganz konkreter Fragen aus, wie der: Brauchen wir einen starken Führer zur Durchsetzung von Entscheidungen? Das bejahen nur 20 Prozent der Menschen in den neuen Bundesländern, aber 25 Prozent der Westdeutschen. Eine Abschaffung des Parlaments halten lediglich zehn Prozent der Ostdeutschen für wahrscheinlich, während 21 Prozent dies begrüßen würden. Das erscheint als ein nur auf den ersten Blick bedenkliches Resultat, wenn man an die relativ kurze Zeit denkt, in der sich die neuen Bundesbürger an den Parlamentarismus gewöhnen konnten. Ihre Haltung erscheint in einem noch positiveren Licht, vergleicht man sie mit den schockierenden Antworten auf die gleichen Fragen in den ost- und südosteuropäischen Staaten. So wünschen sich 77 Prozent der Weißrussen, 71 Prozent der Slowenen, 66 Prozent der Bulgaren, 52 Prozent der Ukrainer und immerhin noch 41 Prozent der Polen einen „starken Führer“. Und ein Drittel bis fast zur Hälfte der Ukrainer, Weißrussen, Polen und Bulgaren würden eine Abschaffung ihrer Parlemeute begrüßen. Dahinter steht eine verbreitete Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation, besonders in Polen, in der Ukraine, in Weißrußland und erstaunlicherweise auch in Ungarn. Nur in Tschechien und Slowenien gibt rund die Hälfte der Bevölkerung an, zufrieden zu sein. Auch das derzeitige politische System wird unter den Mittel- und Osteuropäern von den Tschechen am besten bewertet. Dagegen sind die politischen Erwartungen in Bulgarien, Rumänien und Slowenien zurückgegangen. Die größte Unzufriedenheit über die Politik herrscht - ebenso wie im Ökonomischen - in

Weißrußland und der Ukraine. Dort wird das sozialistische System immer noch als das bessere angesehen. Dagegen wirken die nach der Wende zum Westen gestoßenen Ex-DDR-Bürger fast schon als Musterdemokraten. Aber natürlich bestehen auch hier noch erhebliche emotionale Restbestände. Dazu gehört die von 64 Prozent geteilte Ansicht, daß der Kommunismus eine gute Idee, jedoch schlecht ausgeführt worden sei. 97 Prozent der neuen Bundesbürger halten immer noch rückblickend die soziale Sicherung und 80 Prozent die „Ordnung“ für zentrale Merkmale der einstigen DDR, während beides in der Bundesrepublik als eher unzureichend beurteilt wird. Und nur 24 Prozent der Ostdeutschen fühlen sich heute gerecht behandelt. Das bedeutet: Bei allem schon Erreichten muß doch bis zur völligen Normalisierung noch viel getan werden. Information, Verständnis und gründliche Aufarbeitung der Vergangenheit sind gefragt.

9. November 1996

Bubis: Deutsche gegenüber Juden stark befangen

Erinnerung an die „Reichskristallnacht“

Baden-Baden - Nach Ansicht des Zentralratsvorsitzenden der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, sind die meisten Deutschen im Umgang mit Juden weiterhin stark befangen. In einem Interview des Südwestfunks forderte Bubis am Freitag mehr Aufklärung in den Schulen über die Geschichte des Judentums in Deutschland, die nicht nur die Zeit des Nationalsozialismus umfasse. Die Gedenkfeiern zum Jahrestag der „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938 nannte er in ihrer Intensität angemessen, da die Nachkommen daran erinnert werden müßten, was Menschen Menschen antun können. Bubis nannte ein Beispiel dafür, daß das Verhältnis zwischen Deutschen und Juden immer noch nicht normalisiert sei. Wenn in einem Wohnhaus unter zehn Mietparteien eine jüdische Familie sei, dann seien sich die übrigen Parteien dessen voll bewußt, während sie sich vermutlich nicht darum scherten, ob die anderen Mieter nun katholisch oder evangelisch seien. Aber allein die Tatsache, daß Juden wieder in Deutschland leben könnten, sei für ihn ein Stück Normalität, auch wenn er diesen Begriff nicht gerne verwende. Normalität im gegenseitigen Umgang dürfe auf keinen Fall bedeuten, einen Schlußstrich unter die Geschichte zu ziehen. Den Jahrestag der Reichspogromnacht, in der Deutsche erstmals gezielt jüdische Geschäfte zerstörten, nannte Bubis einen Tag der Mahnung für die Nachkommen. Aber auch die Überlebenden dürften nicht „ihre Geschichte versenken und sagen: ‚Ich will nicht mehr daran denken‘“.

16. Dezember 1996

"Die deutsche Ifor-Truppe hat ihren Auftrag erfüllt"

General Riechmann lobt Soldaten für ihren Einsatz

Eine positive Bilanz des Bundeswehreinsetzes im ehemaligen Jugoslawien hat der deutsche Befehlshaber vor Ort, Brigadegeneral Friedrich Riechmann, gezogen. Im Rahmen des Ifor-Einsatzes der Nato zur Friedenssicherung in Bosnien-Herzegowina waren seit Dezember 1995 in drei Kontingenten jeweils rund 2650 deutsche Soldaten in Kroatien stationiert. Ihre Aufgabe bestand hauptsächlich darin, die Alliierten für ihren Einsatz zu versorgen, ein Feldlazarett zur Verfügung zu stellen und für Ifor-Truppen Straßen und Brücken instand zu setzen. „Auftrag erfüllt“, so das militärische Fazit des Generals, der sowohl das erste als auch das dritte und letzte deutsche Ifor-Kontingent von dem kroatischen Küstenort Trogir aus befehligt. Die Bundeswehr sei durch diesen Einsatz vollwertiges Mitglied des „multinationalen Teams“ geworden. „Wir haben einen Fuß in diese Tür gesetzt und sie gesichert“, so Riechmann. Die Leistungen der deutschen Ifor-Soldaten, deren Mandat offiziell am 20. Dezember endet, können sich sehen lassen: 35 Kilometer Straßen wurden gebaut, acht

Brücken instand gesetzt, auf rund 40 Kilometern wurden im ehemaligen Jugoslawien Minen geräumt. Rund 35 000 Tonnen Fracht wurden für die Ifor-Nationen transportiert. Die Fahrzeuge der Bundeswehr legten dabei in rund 500 Einsätzen mehr als 5,5 Millionen Kilometer zurück. „Wir haben bewiesen, daß wir ein pünktliches und leistungsfähiges Unternehmen sind.“ Besonders erfreulich sei, so Riechmann, „daß die Leistungen der Bundeswehr auch bei allen Konflikt-Parteien des ehemaligen Jugoslawiens anerkannt wurden“. Dazu habe im besonderen Maße die Wiederherstellung von Brücken und Straßen beigetragen. Riechmann: „Uns wurde immer wieder gesagt, daß man Hoffnung schöpft, weil wir da sind.“ Auch für die deutschen Soldaten sei diese Anerkennung Motivation für ihre Arbeit gewesen. „Sie haben gesehen, wie wichtig ihre Arbeit ist, und erlebt, daß auch dank ihres Einsatzes der Wiederaufbau des Landes begonnen hat“, so der Brigadegeneral. Von den anderen Ifor-Streitkräften wurde der deutsche Sicherheitsstandard wie etwa die zusätzliche Panzerung der Einsatzfahrzeuge oft als übertrieben belächelt. Doch auch aufgrund dieses Konzeptes gab es bei der Bundeswehr bisher keine Toten zu beklagen, während es bei den anderen Ifor-Nationen mehr als 50 Todesfälle gab. „Es habe sich bewährt, die Bundeswehrsoldaten mit größtmöglicher Sicherheit zu schützen“, sagte Riechmann. Der Erfolg des deutschen Ifor-Einsatzes sei aber auch dem engen Dialog mit den zuständigen Heimat-Dienststellen und der langjährigen bewährten Zusammenarbeit in NATO-Stäben zu verdanken. „Man kennt sich, das erleichtert vieles“, so Riechmann. Die immer stärkere Einbindung der Bundeswehr in internationale Aufgaben wie jetzt auch die Entscheidung des Bundestags, für das Ifor-Nachfolgemandat Sfor zur Verfügung zu stehen, sei ein „konsequenter Weg zur Normalität“.

14. August 1997

Schwierige Einheit

Es sah so gut aus. Als im Jahr sieben der Einheit die Oder über die Ufer trat, gab es keine „Wessis“ und „Ossis“ mehr. Die Unterschiede waren weggespült. Die Bundeswehr hat sich als Armee des ganzen Volkes bewährt. Freiwillige aus dem Westen eilten in den Osten, um den bedrängten Landsleuten bei deren Kampf gegen die anfangs schier übermächtigen Wassermassen zu helfen. Auch der Bundestag bot über alle Parteigrenzen hinweg solidarische Hilfe an. Für die Larmoyanz und Kleinmütigkeit, die sonst in der Republik vorherrscht, gab es keinen Platz. Deutschland war zusammengerückt. Nun, da das Wasser wieder abfließt, darf es nicht allein darum gehen, Schlammschäden zu beseitigen und Sandsäcke abzuräumen. Das Gefühl, gemeinsam den Naturgewalten getrotzt zu haben, muß genutzt werden. Es ist auch hier bewiesen worden, daß der Westen den Osten in der Not nicht im Stich läßt. Und deshalb sollte man sich vor jenen Klagen hüten, die in der Senkung des Solidaritätszuschlages gleich das Ende der Solidarität sehen. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Vielleicht hat die Solidarität während der Flut geholfen, die Glaubwürdigkeitslücke der vergangenen Jahre wieder ein wenig zu schließen. Zu viele Hoffnungen waren nach dem Fall der Mauer geweckt worden. Die Erwartungen an die Geschwindigkeit des Einigungsprozesses waren vielfach zu hoch gesteckt. Im Handumdrehen sollten sich materielle Lebensverhältnisse, Gedanken und Gefühle angleichen. Jedem ist noch das Kanzler-Wort von den bald blühenden Ost-Landschaften gegenwärtig. Als dies sich hinauszog, machte sich Frustration breit. Die starken Emotionen - nationaler Überschwang im Glück der Vereinigung und die folgenden Depressionen - hatten den klaren Blick auf die Realität getrübt. Das Land ist zwar noch lange nicht so zusammengewachsen, wie es zusammengehört. Es ist aber auch beileibe nicht mehr so weit auseinander, wie es einige Auguren behaupten, die von einer neuen Ost-West-Spaltung reden. Wohl keiner im Osten - die PDS eingeschlossen - sehnt sich ernsthaft nach der DDR zurück. Eine wachsende Normalität läßt sich auch an der Wanderung zwischen Ost

und West ablesen: 166 000 Ostdeutsche zogen im vergangenen Jahr in den Westen. Fast genausoviel Bürger - 152 000 - verlegten ihren Wohnsitz in die neuen Bundesländer. Und wer die Bilanz der Hilfe zieht, die Verbesserung der Infrastruktur in den neuen Ländern betrachtet, der kann eigentlich über den mangelnden Willen zur Einheit nicht klagen. Fast eine Billion Mark wurde transferiert, 5000 Kilometer Schienen, 11 000 Kilometer Fernstraßen sind um-, neu- oder ausgebaut worden. (...)

20. Juni 1998

Am Ende erhielt sogar Helmut Kohl ein Lob,

Ebert-Stiftung zieht Bilanz über die Ostpolitik

Berlin - Vor 35 Jahren machten sich Willy Brandt als Regierender Bürgermeister von Berlin mit seinem damaligen Pressechef Egon Bahr Gedanken, wie die Mauer, die die Stadt durchschneidet, für die Berliner durchlässiger gemacht werden könne. Es war die Geburtsstunde eines Konzepts, aus dem sich unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“ die Ostpolitik der SPD entwickeln sollte. Am Freitag war Bahr wieder an seiner ehemaligen Wirkungsstätte im Schöneberger Rathaus - diesmal um auf einer Tagung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung Bilanz zu ziehen über eine Politik, die nach Einschätzung ihres Architekten die deutsche Einheit erst ermöglicht, wenn auch nicht direkt herbeigeführt hat. Der Versuch der Brandt-Regierung, neue außenpolitische Wege zu gehen, wurde von den beiden Supermächten USA und Sowjetunion mit Mißtrauen beobachtet. „Es handelte sich um einen Tabubruch, und es erforderte Mut gegen die eingefahrenen Denkschemata anzugehen“, betonte Bahr. Die Adenauer-Regierung hatte zuvor auf eine Politik der Stärke gesetzt, ein Ansatz, der in seinen Augen damals gescheitert war. Bahr fügte jedoch hinzu, es sei ein Irrglaube, daß in Berlin ein neues Konzept erdacht worden sei. „In Wahrheit ging alles vom Bau der Mauer aus.“ Brandt wollte sich damals nicht auf hilflose Proteste beschränken, sondern versuchen, mit kleinen Schritten Verbesserungen für die Berliner zu erreichen, mit deren Hilfe vielleicht das System verändert werden könne. „Wandel durch Annäherung war kein Konzept, sondern Methode“, betonte Bahr. Erst später habe sich daraus die Ostpolitik der SPD entwickelt. Er nannte den Umstand, daß die Bundesregierung die Eigenstaatlichkeit der DDR schließlich anerkannte, eine „abnorme Normalisierung“, die den damaligen Gegebenheiten in Europa entsprochen habe. Dazu habe auch gehört, daß nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 keine Umsturzversuche im Ostblock mehr ermutigt wurden. Daran habe sich auch Kohl gehalten. „Natürlich hätte er die SED 1989/90 stürzen können. Aber ohne die verantwortungsvolle Zurückhaltung wäre die Einheit nicht möglich gewesen“, lobte er den Kanzler. Vor allem eines erstaunte den Architekten der Ost-Politik: „Ich habe nicht im Traum daran gedacht, daß diejenigen, die die Ostpolitik bekämpft haben, sie nach 1982 fortführten, ohne einen Vertrag zu ändern.“ Bahr spielte damit auf die außenpolitische Kontinuität nach der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl an, obwohl die Ostpolitik der SPD zuvor von der Union heftig bekämpft worden war. Diese Kontinuität strich auch der Publizist Peter Bender heraus. Den Einwand, daß der neuen Bundesregierung die Einheit in den Schoß gefallen sei, nachdem die SPD die Voraussetzungen dafür geschaffen habe, wies er zurück. „Kohl hat zwar geerntet, was Brandt gesät hatte, aber er konnte nur ernten, weil er das Feld weiter bestellt hat.“ Auch der frühere Bonner US-Botschafter Gerald Livingston und sein früherer sowjetischer Kollege Valentin Falin reklamierten einen Anteil ihrer Länder an der Entspannungspolitik der 70er und 80er Jahre. Livingston sagte, der Anstoß für die Ostpolitik sei von einem Brief Kennedys an Brandt aus dem Jahre 1961 ausgegangen. Dort habe Kennedy Brandt wenige Tage nach dem Mauerbau empfohlen, Politik auf der Basis des Status quo zu machen. „Ohne die Rückendeckung der

USA wäre die Ostpolitik nicht erfolgreich gewesen“, fügte er hinzu. Falin betonte, nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 habe die sowjetische Führung nach einem Ausweg aus der außenpolitischen Sackgasse gesucht. Doch mit wem neue Brücken bauen? Das Politbüro sei zu der Überzeugung gekommen, daß es ohne eine Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland keine Annäherung mit Europa geben werde. Eine Einsicht, die den Weg frei machte für die Verhandlungen über die Moskauer Verträge, dem ersten Eckpfeiler der Ostpolitik. Die unterschiedlichen parteipolitischen Sichtweisen über die Erfolge und Defizite der Ostpolitik beklagte Axel Schmidt Gödelitz von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Er hoffe, es werde gelingen, künftig Brücken zu schlagen, um die verschiedenen Interpretationen zusammenzuführen.

24. August 1998

Ein moralischer Blick übersieht die Opfer,

Warum es weiter Bedarf an der Aufarbeitung des Nationalsozialismus gibt: Das Beispiel Kirchen und Holocaust

Dreiundfünfzig Jahre nach dem Ende von Hitlers Schreckensregime hat Deutschland noch immer keinen Weg gefunden, seiner furchtbaren Vergangenheit angemessen zu gedenken. Der jahrelange Streit über das Berliner Holocaust-Mahnmal quer durch die Parteien, hat längst groteske Formen angenommen und schadet jedenfalls der ursprünglichen Absicht, die Erinnerung an das Schreckliche nicht verblassen zu lassen. (...) In Deutschland schwankte seit den 60er Jahren die Beschäftigung mit dem Holocaust zwischen den „Vergangenheitsbewältigungs“-Polen schwerster moralischer Selbstbeziehung und dem Versuch einer rationalen „Normalisierung“ des Verbrechens. Beinahe allen hier vertretenen Positionen ging es nicht allein um die „Aufarbeitung“ von Geschichte, sondern auch um die Deutungsmacht über die aktuelle politische Kulturszene. Auch in der jetzt wieder peinigen Diskussion um das Mahnmal dürfte es nicht zuletzt um kulturelle Monopolansprüche gehen. Die jüngste Debatte nach dem Ende und vor dem Hintergrund der zweiten deutschen Diktatur fällt eher wieder in eine Phase historisch-politischer Beschwichtigungen zurück. Je deutlicher eine geradezu ubiquitäre Komplizenschaft vor Augen tritt, umso weniger möchten sich die betroffenen Gruppen hautnah mit der Last ihrer Vergangenheit befassen. Auch die Kirchengeschichtsschreibung scheint von einer historisch-theologischen Urteilsbildung eher abrücken zu wollen. Unter der „Historisierungs“-Perspektive erscheinen Fragen nach der Qualität biblischer Verkündigung, nach Bekenntnistreue und Schuld der Christen vor Gott und den Menschen, meist nur noch als unsachgemäße „Moralisierung“. Dieser Blickwinkel relativiert im Interesse eines anthropologischen Fatalismus auch die schon einmal gewonnenen theologischen Urteilkriterien. Öffentliche Äußerungen kirchenleitender Persönlichkeiten zugunsten des NS-Regimes spielen heute bei der interpretativen Gewichtung kaum mehr eine Rolle; denn in der Tat spiegeln sie nur die in weiten Teilen der Bevölkerung damals vorhandene Unterstützung für die Hitler-Herrschaft. Wenn eine Mehrheit so fühlte, dachte und handelte, ist es dann nicht unvernünftig, von den Christen anderes zu erwarten? Doch wer sich auf diese trügerische Spur begibt, bringt die Institution Kirche - soweit Menschen das sagen können - um eine glaubwürdige Zukunft. Zu Recht klagt Saul Friedländer das Verhalten der Kirchen an, gegen die Ausgrenzung und Ermordung der Juden nichts oder nicht genug unternommen zu haben. Für die christlichen Kirchen begrenzte sich die „Judenfrage“ ohnehin nur auf die „Judenchristen-Frage“. Auch sie wurde freilich im Strudel innerkirchlicher Auseinandersetzungen instrumentalisiert. So erwog 1936 beispielsweise der Münsteraner Theologe Martin Redeker, „die Arierfrage neu aufzugreifen“, um den kirchenpolitischen Gegner, in diesem Fall die Bekennende Kirche, zu treffen. „Ich möchte es fast tun“, schrieb er einem Kollegen, „weil ja auf diese Weise die Hauptstänkerer

im Kirchenstreit kaltzustellen wären. Allein in Münster sind von sieben evangelischen Geistlichen fünf entweder selbst nicht-arisch oder nicht-arisch verheiratet.“ Wir kommen an der Frage nicht vorbei, wie ernst die Kirchen ihr Tauf- und Ordinationshandeln im Blick auf Gemeindeglieder und Pastoren jüdischer Herkunft nahmen, wenn sie sich von ihren Mitchristen, die ihnen zur Belastung geworden waren, trennen wollten. Es gibt für dieses Verhalten zahlreiche Belege. Das elende Schicksal der von ihrer Kirche fallengelassenen Christen jüdischer Herkunft wird heute meist kleingeredet. Von den Gewaltakten abgesehen, bewirkte die Ausstoßung eine kulturelle Entwurzelung und tiefe Existenzkrise. Die „heute alles beherrschende Rassenlehre“, klagten katholische Mütter schon im Oktober 1935 ihrem Bischof, habe auch „auf jüdischer Seite Fuß gefaßt und hier besonders in der Jugend ein gesteigertes Selbstgefühl erzeugt, das sich scharf gegen die Halbarier als Christen und als sogenannte ‚Mischlinge‘ richtet“. Als Juden wurden Konvertierte in dem ihnen meist fremd gewordenen jüdischen Milieu nicht mehr akzeptiert, als Christen unter Christen oft ebensowenig. Das Vatikan-Dokument „Überlegungen zur Shoah“ vom 16. März 1998 bleibt mit seiner Unterscheidung zwischen der unbefleckten Kirche Christi einerseits und der sündhaften Christenwelt andererseits hinter früheren Erklärungen nationaler Bischofskonferenzen zurück. Der Streit um die Deutung, die Frage nach den Folgen einer Interpretation für diese oder jene Gruppierung oder die artifizielle Rekonstruktion dominiert heute die anschauliche Sachinformation über das konkrete Verbrechen. Dabei zeigen die Erfolge so unterschiedlicher Autoren wie Goldhagen und Friedländer, so kontrovers man sie auch beurteilen mag, wie stark nach wie vor die Schilderung von menschlichen Schicksalen, von Leid und Verderben, von Opfern und Tätern, das Interesse der Leser fesselt. Vor dem Hintergrund dessen, was Deutsche ihren Landsleuten und der europäischen Judenheit angetan haben, beschämt die mühsame Mahnmaldiskussion.

9. September 1998

Wir müssen endlich in unserem eigenen Land ankommen

Über den schwierigen Weg von der Bonner zur Berliner Republik dürfen nicht nur die Skeptiker debattieren - Denn es besteht eine Chance zur Neugründung

Berlin - Der Chor der Mahner wird lauter von Tag zu Tag. Ein knappes Jahr vor dem Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin gerät - bevor es sie gibt - die „Berliner Republik“ in den Verdacht, ein Monstrum nach alter deutscher Machart zu werden. In scheinheiliger Unschuld werde da versucht, zu einer trüben deutschen „Normalität“ zurückzukehren und die schöne Geschichte der friedlichen Bundesrepublik Deutschland zur bloßen Vorgeschichte, zur Anomalität, zu einer Fußnote der Historie herabzuwürdigen. Es sei ein „Kulturkampf gegen die eigene BRD-Vergangenheit“ ausgebrochen, meint Thomas Assheuer in einem „Zeit“-Beitrag, mit dem das Blatt eine Diskussionsserie über die Berliner Republik eröffnet. Es scheint, als sei da ein - über sich selbst wenig aufgeklärter - Angstwunsch am Werk. Denn jeder Blick in eine beliebige Debattier-Runde deutscher Politiker lehrt doch, daß fast alle am alten Stiefel festhalten wollen, daß Veränderung nur dort erwogen wird, wo sie wirklich unvermeidlich ist. Keine Spur von schneidiger Aufbruchstimmung, kein Zufall, daß die Konkurrenten im Wahlkampf kaum zu unterscheiden sind. Auch spricht wenig dafür, daß sich unser beamtenhaftes politisches Personal, einmal in Berlin angekommen, preußisch aufblähen wird. Im Gegenteil, die Politik könnte nicht größer, sondern kleiner werden. Im winzigen Bonn, dessen „schläfrige Reize“ Heinrich Böll einst widerstrebend lobte, hat sie alles andere überragt, war sie übermächtig. Im großen Berlin könnte das Gegenteil passieren: die Politik könnte im Getriebe der Stadt untergehen, könnte zu einer Firma neben Sony, Debis und der Bundesanstalt für Arbeit, neben „Taz“ und Volksbühne werden. Gerade die Größe der Stadt könnte das politische Personal in seinem Hang bestärken, hinauszuzögern, nicht zu

entscheiden, sich zu verstecken. Da also kein preußisch-nationaler Ikarus droht, kann offen darüber gestritten werden, wie sie denn aussehen soll: die Berliner Republik. Soll sie, wird sie das Bonner Erbe verwerfen? Keineswegs. Es bleibt dabei: die Bonner Republik war der größte Glücksfall der deutschen Geschichte der letzten 200 Jahre. Sie hat einen Teil Deutschlands zu einer modernen, zivilen Gesellschaft werden lassen. Kaum war diese Republik 1949 begründet, wurde ihr von ihren Kritikern vorgeworfen, sie sei keine wirkliche Neugründung, ziehe nicht die notwendigen Konsequenzen aus der NS-Barbarei, kurz: sie sei nur „restaurativ“. Doch das schiere Gegenteil war der Fall: mit der Bonner Republik, die von dem Skeptiker und Antipopulisten Adenauer geführt wurde, ging erstmals ein deutscher Staat auf Distanz zum Erbe von Volksgemeinschaft, Sozialpaternalismus und Ressentiment gegen die Moderne. Erstmals setzte sich der nüchterne Wind des Kapitalismus durch, wandelte sich der Volksgenosse unmerklich in die Konsumenten, den Wähler und irgendwann auch den Bürger. So wichtig die spätere Instandsetzung der Republik durch die Bewegung von 1968 und ihre Nachfolger auch war: die Würfel fielen nicht 1968, sondern in den Jahren 1945 bis 1949. Und fast alles, was der Republik dann so gut bekommen ist, wurde gegen die Linke durchgesetzt: auf Wettbewerb orientierte Marktwirtschaft statt Sozialismus und Fortsetzung der zentralisierten Zuteilungswirtschaft der NS-Zeit, unzweideutige Westbindung statt Liebäugeln mit altdeutschem Antiamerikanismus und neutralistischer Versuchung; vielgliedriger und eigentlich auf Wettbewerb angelegter Föderalismus statt Fortsetzung des Zentralismus und Unitarismus Bismarckscher Prägung; Begründung eines rheinischen Staates mit vollgültiger, moderner Verfassung statt eines Vertagens des Gründungsaktes auf die ferne Zeit der Wiedervereinigung. Es ist nicht ohne Komik, daß jene Spätbekehrten, die nun mit ehrenwerten Argumenten die bescheidene Bonner Republik verteidigen, im wesentlichen das Erbe von Konrad Adenauer, Lucius D. Clay und Ludwig Erhard verteidigen und nicht das von Kurt Schumacher, Jakob Kaiser, Viktor Agartz - und Alfred Andersch. Nichts hat 1945 für jenen triumphalen Sieg von Kapitalismus und westlicher Zivilisation gesprochen, der heute fast schon für normal gehalten wird. Das große Bonner Wunder besteht darin, daß Deutschland erstmals auf friedliche und zivile Weise einen Modernisierungssprung getan hat - den größten seiner Geschichte. Und den nachhaltigsten: jeder Besuch bei einer Evangelischen Akademie, einem Seniorenzirkel, einem Urlaubsort an der Ostsee oder auf Mallorca lehrt, daß die Deutschen - allen Gerüchten zum Trotz: inzwischen auch schon die Ostdeutschen - nie und nimmer bereit sein werden, auf die materiellen und immateriellen Segnungen dieser Modernisierung zu verzichten. Die Berliner Republik wird also die Bonner fortsetzen, es wird keine andere Republik geben. Wohl aber sollte die Republik anders werden. Denn bei allem Lob für die bescheidene Republik am Rhein: man sollte ihre Defizite nicht übersehen. Es ist eine bittere Paradoxie, daß es die größten im Namen Deutschlands je begangenen Verbrechen gewesen waren, die die Bundesrepublik zu einer Art Insel der Glückseligen im Ozean des Kalten Krieges machten. Unser Glück, unser Wohlstand, unsere Zivilität waren unverdient, waren geschenkt. Und hier kam und kommt die alte deutsche Tradition der Volksgemeinschaft doch noch zum Zuge. Wir waren ja - Gründungsväter und Nachgeborene, Rechte und Linke, Arnold Gehlen und Jürgen Habermas - alle gerne unbedeutende Bewohner einer weltgeschichtlichen Nische. Wir wollten's nicht gewesen sein: allen antifaschistischen Bemühungen vor allem späterer Jahre zum Trotz enthielt unser wohliges Beharren auf der kleinen Republik auch ein Element von kollektiver Flucht. Die Republik sollte eine kindliche, eine unschuldige Republik bleiben. Auch daran mag es liegen, daß im Grunde seit der Gründung der Bonner Republik die Versuche nicht abbrachen, ihr die Modernität wieder zu rauben. Die Herrschaft der Verbände, die Unfähigkeit, klar zu entscheiden, der absolute Vorrang des Konsenses vor dem Konflikt, der Hang zu kollektiven Sicherheitssystemen und die fast panische Furcht vor der Individualisierung von Lebensverantwortung, die rechte wie linke Furcht, den zahllosen Problemen einer

Einwanderungsgesellschaft ins Auge zu sehen: in all dem drückt sich mehr als ein Rest von individualismusfeindlichem Untertanengeist aus. Noch immer gibt es „die Sehnsucht nach einem Leben ohne Politik, einer ökonomischen Sphäre ohne Konflikte, einer Kultur ohne Differenzen, kurz: einer bürgerlichen Gesellschaft ohne Freiheit“ (Micha Brumlik). So gesehen, sollte der Beginn der Berliner Republik als Chance zur Neugründung genutzt werden: um noch einmal die Verfassung der Freiheit zu bekräftigen, um noch einmal den deutschen Epochenbruch zu bestätigen, der nach 1945 zustande kam. Das hieße, dem Volksgemeinschaftsideal des „Allen wohl und niemand weh“ nicht mehr den Primat einzuräumen. Es hieße, zu dem aktiven Veränderungswillen zurückzukehren, der die frühe Bundesrepublik geprägt hat. Es hieße, Zumutungen zuzulassen und gemeinsam zu meistern - bevor der angestaute Veränderungsdruck sich katastrophisch Bahn sucht. Es hieße, sich von den Versuchungen der Kleinheit zu befreien und eine selbstbewußte nationale Politik des europäischen Augenmaßes zu betreiben. Dabei wäre Patriotismus durchaus erwünscht. Ein Verfassungspatriotismus, der nicht - mit Habermas - Verfassung großschreibt und den Patriotismus zur *quantité négligeable* verwinzigt. Sondern der - mit Dolf Sternberger - unsere schöne Verfassung so ernst nimmt wie jenes „Gefühl von Heimatlichkeit“, das untrennbar zum Patriotismus gehören sollte. Der Bonner Republik müssen wir uns nicht schämen. Der Berliner Republik werden wir uns nicht zu schämen haben. Sie verdient Vertrauen, man kann sie mögen, man kann ihr Zuneigung entgegenbringen. Es ist nicht gut, das Land zu verachten, dessen Teil man ist und das man doch verbessern will. Der linke, wenngleich pragmatische amerikanische Philosoph Richard Rorty hat das zu Beginn eines kleinen Buches mit dem programmatischen Titel „Achieving our Country“ kürzlich so formuliert: „Nationalstolz ist für Staaten das, was für den einzelnen Selbstachtung ist: eine notwendige Voraussetzung zur Selbstverbesserung. Ein zu starker Nationalstolz kann zu Kriegslust und Imperialismus führen, so wie eine übertriebene Selbstachtung zu Arroganz führen kann. Aber wie es ein zu geringes Maß an Selbstachtung dem einzelnen schwer macht, Zivilcourage zu entwickeln, so macht es ein unterentwickelter Nationalstolz schwer, energisch und folgenreich über die Politik des Landes zu streiten.“ Man müsse, fährt Rorty fort, von den Angelegenheiten des eigenen Landes emotional berührt sein - und dazu gehöre das Schamgefühl ebenso wie der Stolz. Ein solcher Patriotismus stünde uns gut zu Gesicht. Er bedeutete ja überhaupt nicht die Rückkehr zu einer unschuldigen, vorgeschichtlichen deutschen Wesenheit. Er müßte die tiefe Scham über das nationalsozialistische Menschheitsverbrechen ebenso enthalten wie den Stolz auf die erste erfolgreiche zivile Republik auf deutschem Boden und die Zuneigung zu jenen zahlreichen Traditionen deutscher Geschichte, deren Wege nicht nach Auschwitz führten. Es wäre ein Patriotismus, der nichts Kollektivistisches hätte. Ein Patriotismus der Willensnation und ihrer Geschichte. Ein Patriotismus, der das Eigene mag und das Fremde schätzt. Ihn wohl hatte Bertolt Brecht in seiner „Kinderhymne“ gemeint: „Armut sparet nicht noch Mühe/ Leidenschaft nicht noch Verstand./ Daß ein gutes Deutschland blühe/ Wie ein andres gutes Land.“

28. Oktober 1998

„Berlin ist eine Chance für das Parlament“,

Auszüge aus der Rede des neuen Bundestagspräsidenten

Bonn - Der neue Bundestagspräsident Wolfgang Thierse hat sich in seiner Antrittsrede für einen offenen Diskurs zwischen Ost- und Westdeutschen ausgesprochen. Dafür biete die Hauptstadt Berlin große Chancen. Auszüge: „Daß ein ehemaliger Bürger der überwundenen DDR dieses Amt übertragen bekommt, ist dabei wohl mehr als eine Geste, es ist durchaus ein historisches Datum: Das ist keine unbescheidene Behauptung, denn sie meint ja nicht mich, sondern gilt dem eigentlichen Vorgang: Zum ersten Mal wurde ein Ostdeutscher in eines der

hohen Ämter der gemeinsamen Republik gewählt - acht Jahre nach der staatlichen Vereinigung ein Akt demokratischer Normalisierung in den immer noch nicht ganz konflikt- und vorurteilsfreien ost-westdeutschen Verhältnissen. (. . .) Ich bin weder mein Leben lang ein Widerstandskämpfer gegen die SED-Herrschaft gewesen, noch habe ich mich jemals mit dieser Herrschaft identifizieren können oder wollen. Darin stehe ich für vermutlich eine große Mehrheit meiner Landsleute in den ostdeutschen Ländern. Es gab das wirklich - das richtige Leben im falschen System. Und es bleibt weiterhin notwendig, was ich seit acht Jahren als politischer Wanderprediger einfordere: nämlich einen Unterschied zu machen zwischen dem Urteil über das gescheiterte System und dem Urteil über die Menschen, die in ihm gelebt haben, leben mußten. (. . .) Im nächsten Jahr nun wird der 14. Deutsche Bundestag den großen Schritt tun und seinen Sitz in die alte Hauptstadt und neue Bundeshauptstadt Berlin verlegen. Ich freue mich darauf, weil es eine Konsequenz aus der wiedergewonnenen Einheit ist. Die Verlegung des Parlamentssitzes nach Berlin, wo sich das Parlaments- und Regierungsviertel über die ehemalige Sektorengrenze, über die ehemalige Mauer, dieses absurde und tödliche Monument der Teilung hinweg wie eine Klammer spannen wird, ist ein Teil der Verwirklichung des Wunsches von Willy Brandt: daß zusammenwächst, was zusammengehört. Mir erscheint Berlin als eine Chance für das Parlament wie für die Bundesregierung. Wir können sie nutzen, indem wir uns öffnen für die pluralistische, vielfältige Kultur in dieser Stadt. (. . .) Müssen die Menschen - vor allem im Westen - Angst vor einer neuen ‚Berliner Republik‘ haben? Gerade gegenwärtig wird in den Feuilletons wieder das goldene Zeitalter am Rhein beschworen - und zwar mit erheblichem elegischen Unterton. Vielleicht liegt es an meiner ostdeutschen Unbefangenheit, daß ich in das Klagelied nicht einzustimmen vermag. (. . .) Nein, nicht um die Gefahren eines neuen preußisch-militärischen Zentralismus wird es in Berlin gehen. Berlin als geographischer Ort wie als Schmelztiegel der deutsch-deutschen Probleme zwingt auch uns, das Parlament, uns diesen Problemen ganz unmittelbar zuzuwenden.“

9. November 1998

Welche Außenpolitik für das Land?,

Wie wir unsere Interessen klarer definieren können - Auftakt zu einer Debatte in der WELT

Berlin - Noch immer zögern die meisten Deutschen lange, ehe sie das Wort „Nation“ im Munde führen. Fast alles ist ihnen suspekt, was mit „Volk“ und „Vaterland“ zu tun hat. Der Widerwille ist verständlich. Immerhin ist es nicht allzu lange her, daß Hitler und seine Helfer zum angeblichen Heil der Nation den Kontinent, das eigene Land und dessen Ideale in Grund und Boden stampften. Dennoch muß die Abneigung überwunden werden - nicht aus einem neu erwachten, übersteigerten Selbstwertgefühl heraus, sondern um nüchtern und ruhig zu erwägen, was für das Land nötig ist. Zur Abneigung gegen Realpolitik kommen zwei weitere deutsche Eigenarten: Der Drang, sich nur mit sich selbst zu beschäftigen und eine fehlende Schicksalsbereitschaft, also das mangelnde Bewußtsein, daß notfalls auch von jedem einzelnen die Zukunft des Kontinents abhängt. Die Verbündeten - und nicht nur die - kennen solche Probleme nicht. Sie begutachten ständig die Welt, beobachten die neuesten politischen Entwicklungen und wägen ihre Antworten darauf ab. In den Vereinigten Staaten etwa versammelt sich in regelmäßigen Abständen die außenpolitische Elite, bildet „Kommissionen für Amerikanische Nationale Interessen“ und erarbeitet Prioritätenlisten für alle Regionen der Erde. Immer wieder melden sich Experten wie Henry Kissinger oder Zbigniew Brzezinski zu Wort und erörtern, wie die „einzige Weltmacht“ (Brzezinski) ihre Verantwortung auf allen Kontinenten gerecht werden kann, ohne die eigenen Belange außer Acht zu lassen. Gleiches gilt für Briten und Franzosen, Russen und Polen, Israelis und Südafrikaner. Nur wir Deutschen blicken ratlos drein, wissen nicht recht, was uns außenpolitisch am wichtigsten ist

und was danach auf der Liste kommt. „Machtvergessen“ seien wir, klagte Hans-Peter Schwarz einmal. Das Land, „das vor der Gestaltung eines neuen Abschnittes seiner nationalen Geschichte steht, muß wieder machtgewohnt werden“, drängt Egon Bahr im gleichen Sinne und fügt hinzu, daß Machtgewöhnung nur ein anderes Wort für Normalität ist. Was fehlt in Deutschland, ist eine außenpolitische Grundsatzdebatte über die Prioritäten und den besten Weg in die Zukunft. Wie soll Europa im nächsten Jahrhundert aussehen? Soll der Kontinent eine eigenständige politische Macht werden? Müssen wir dann nicht vor allem enger mit den Franzosen zusammenarbeiten und auf weitere Souveränitätsrechte verzichten? Sind wir in diesem Fall aber nicht auch gezwungen, den französischen Partnern klar zu machen, daß sie ihren latenten Anti-Amerikanismus überwinden müßten, endlich in die Nato zurückkehren und den Glauben revidieren sollten, nur sie allein könnten den Kontinent führen? Und was ist mit den Briten? Sollten wir uns vielleicht eher an sie halten, weil sie wie wir von der Notwendigkeit amerikanischer Präsenz in Europa überzeugt sind und die Europäische Union ähnlich unseren eigenen Vorstellungen nach Osten erweitern wollen? Sind dem russischen Bären die Zähne und Krallen gezogen oder wachsen sie nach? Und was wird mit den Amerikanern? Wollen wir sie mit allen Mitteln in Deutschland halten oder in allen Ehren verabschieden? Viele Fragen - die Antworten mögen verschieden ausfallen, doch sie müssen kommen, gerade in der Berliner Republik. Denn Deutschland hat seit der Vereinigung auch Verantwortung hinzugewonnen. Und unsere Nachbarn und Verbündeten erwarten klare Aussagen. Wir müssen selbständig denken und im Kreis der Verbündeten unsere Positionen festmachen. Eine Debatte über außenpolitische Prioritäten ist vonnöten. Die WELT wird sie führen. In losen Abständen wird sie namhafte deutsche und ausländische Experten zu Wort kommen lassen: Was sind die Interessen deutscher Außenpolitik - und wie setzt man sie durch?

12. November 1998

Amerika wird zum militärischen Schutz Europas nicht mehr gebraucht,

Für Bonn ist gelassenes Selbstbewußtsein ein Gebot der Stunde - Europäische Identität als Verpflichtung - Auftakt zu einer WELT-Debatte über deutsche Außenpolitik

Von Egon Bahr

Die neue Regierung eröffnet sich mit der Koalitionsvereinbarung die Chance zu einer neuen Außenpolitik. Das Versprechen der Kontinuität steht nicht dagegen. Kontinuität bedeutet im Grunde nur die Selbstverständlichkeit, daß die eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht in Frage gestellt werden. Aber das muß nicht so lammfromm wie bisher sein. Pacta sunt servanda verlangt weder Servilität noch Verzicht auf neue Pakte. Die Bundesrepublik hat das schon bewiesen. 1969 hat die sozialliberale Bundesregierung die zugesagte Kontinuität gehalten und dennoch die neue Ost- und Entspannungspolitik betrieben und damit Nutzen für das Land gemehrt. Damals mußten die substantiellen Veränderungen unter den Einschränkungen der Sieger und ihren Rechten, der Teilung und des Ost-West-Konflikts durchgesetzt werden; heute kann das vereinte Land, nach dem epochalen Einschnitt in der Geschichte des Kontinents, seine Interessen souverän verfolgen. Die völkerrechtliche Souveränität haben wir, seit der Friedensvertrag, aus gutem Grund 2+4-Abkommen genannt, am 15. März 1991 in Kraft getreten ist; die Souveränität des Denkens ist noch zu beweisen. Was für den einzelnen Menschen die Volljährigkeit ist, vor der einige zittern, ist für Staaten die Souveränität: Verantwortung für das eigene Schicksal in den Grenzen, die für den einzelnen die Gesetze und für die Staaten ihre eingegangenen internationalen Verpflichtungen ziehen. Es geht um ein geistiges Klima des gelassenen Selbstbewußtseins mit dem Anspruch, nicht nur mitzulaufen, etwas zu fördern, sich an etwas zu beteiligen, es mitzutragen, nicht auszuscheren oder wie die Vokabeln alle heißen, sondern etwas zu bewirken, was über das

neue Geld hinausgeht nicht nur mitzumachen, sondern zu machen, etwas zu schaffen, worauf das eigene Volk stolz sein kann. Das verlangt dann auch die Bereitschaft zu deutscher Führung, die große und kleinere Staaten nicht scheuen, indem sie lauter oder leiser fruchtbare Anregungen und gute oder weniger gute Ideen vorbringen. Wir müssen um ihre Zustimmung werben, um Wichtiges zu schaffen, haben aber ausreichend Gewicht, um negative Entwicklungen zu verhindern. Deutschland hat eine gewachsene Verantwortung; sie nicht wahrzunehmen, könnte uns schuldig an geschichtlichen Fehlern werden lassen. Wir sollten uns nicht nervös machen lassen, wenn Nachbarn und Freunde kritisch-nervös schon auf die Vokabel „Selbstbewußtsein“ reagieren: Das sind sie so wenig gewohnt wie wir. Diese neue Mentalität wäre ein Zeichen der Gesundung, nach dem unvergessenen Exzeß des Nationalismus und der vergeblichen Hoffnung, die Nation am übernationalen Haken der europäischen Integration ablegen zu können, nun das Gleichgewicht, maßvolle Mitte. Deutschland hat die Chance, normal zu werden. Dazu gehört eine nüchterne Analyse der Lage und Interessen. Amerika, zum Schutze der europäischen Freiheit unentbehrlich als Gegengewicht zur Sowjetunion, wird nach dem Ende des Warschauer Pakts nicht mehr zur militärischen Sicherung Europas gebraucht; das ist eine wertvolle Friedensdividende nach dem glücklichen Ausgang des Kalten Krieges. Es wird seinen atomaren Schirm im eigenen Interesse auch über dem Kontinent aufgespannt halten und sich wie die anderen Atommächte wenig darum kümmern, ob die neue Bundesregierung, die wie bisher darüber nicht zu entscheiden hat, die Abschaffung aller Atomwaffen wünscht. Das ist eine ideale Situation, sich von Amerika zu emanzipieren. Wann eigentlich, wenn nicht jetzt, soll Europa seine Identität gewinnen? Zumal abzusehen ist, daß es sich mit dem Euro, jedenfalls währungspolitisch, eine globale Herausforderung des bislang unbestrittenen Dollars als Reservewährung der Welt zutraut. Zumal erkennbar ist, daß, überspitzt gesagt, das amerikanische Gesellschaftsmodell des Marktes pur mit dem europäischen konkurrieren wird, das die Sorge für den Menschen neben den Markt stellt. Wann, wenn nicht jetzt, soll Europa das gut gemeinte kindische Geplapper der letzten dreißig Jahre beenden, um endlich wirklich mit einer Stimme zu sprechen? Solange Großbritannien, so willkommen es wäre, sogar noch mit dem Euro-Beitritt zögert, liegt der Schlüssel dafür bei Deutschland und Frankreich. Wenn beide Länder sich auf eine gemeinsame europäische Politik verständigen, wird der Grundstein zur europäischen Identität gelegt sein. Für Frankreich würde das erfordern, seine Idee der nationalen Souveränität nicht als oberstes Kriterium der Außenpolitik zu erhalten, für Deutschland, nicht länger im Zweifel immer an der Seite Amerikas zu stehen. Wenn beide Länder diesen Qualitätssprung nicht schaffen, werden sie zu verantworten haben, wenn die europäische Identität nicht entsteht. Sie kann per definitionem nicht entstehen, solange Deutschland und Frankreich bei Ihrer bisherigen Grundorientierung bleiben. Die Europäische Union, jedenfalls mit dem Problem ihrer unterschiedlichen Dichte zwischen Euro-Land und ihren anderen Partnern konfrontiert, wird nicht nur institutionell und finanziell Reformen ihrer Vertiefung sondern auch ihrer Erweiterung zu behandeln haben. Die polnische Hoffnung auf eine deutsche Lokomotive ist dabei durchaus aufzugreifen, die nach dem Übergang einer „inneren Partnerschaft“ die Mitgliedschaft jener östlich und südöstlich von uns gelegenen Länder sieht, die sie zu einem integrierten Teil einer Europäischen Union machen, zu der Rußland für eine unabsehbare Zeit nicht gehören wird. Für die Organisation der europäischen Sicherheit hingegen bleibt Rußland ebenso unentbehrlich wie Amerika. Es wäre töricht, wohl unmöglich, ohne deren Beteiligung Stabilität für Europa erreichen zu wollen. Operativ gilt es also, verläßlich und berechenbar, die Stabilität der Sicherheit, deren wir uns erfreuen, nach Osten zu übertragen, ohne dadurch eine neue Spaltung der Sicherheit herbeizuführen. Dafür kann sich Deutschland auf die beschlossene Grundakte zwischen NATO und Rußland stützen. Wenn Deutschland dieses Dokument zur Leitlinie seiner Politik macht, wird eine sicherheitspolitische Teilung des Kontinents verhindert werden, sofern sich Rußland nicht

entzieht. In der Konsequenz verlangt das, im nächsten Frühjahr, wenn Polen, Tschechien und Ungarn Mitglieder der NATO sein werden, abzulehnen, die Diskussion über die weitere Ausweitung des Bündnisses fortzusetzen. Können wir das? Selbstverständlich genauso, wie wenn Frankreich, Großbritannien, Italien, die Türkei, von den USA ganz zu schweigen, die Erweiterung ablehnen, mindestens eine Pause verlangen würden. Ohne Deutschland findet die jahrelange, Konfrontation erzeugende, antiwestliche Haltung provozierende Annäherung des mächtigsten Bündnisses der Welt an die russischen Grenzen nicht statt. Trauen wir uns das zu? Ja, wenn wir selbstbewußt normal unseren Interessen folgen, die keinen bedrohen. Müssen wir Angst vor Isolierung haben? Genauso wenig wie Frankreich, dessen Verlässlichkeit und Bündnisfähigkeit nicht bezweifelt werden, wenn es nicht zur Disposition von Mehrheitsbeschlüssen übernationaler Gremien steht. Ist das sicherheitspolitisch verantwortbar? Nachdem - hierzulande kaum bemerkt - die KSE-Vereinbarungen ein voller Erfolg geworden sind und die strategische Angriffsfähigkeit der früheren Warschauer-Pakt-Staaten kontrolliert beseitigt haben, ist es relativ einfach, weitere konventionelle Verringerungen der Streitkräfte kontrolliert zu erreichen, die jeden Staat angriffsunfähig machen und auch kleinen Sicherheit geben. Deutsche Diplomaten haben dafür Modelle entworfen, die bis zum Sommer 1999 unterzeichnungsreif sind, wenn die deutsche Regierung sich aktiv einsetzt und Rußland sich nicht entzieht. Das ist ein realistischer Weg, die NATO-Erweiterung unnötig zu machen. Das ist auch ein Weg, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) neue Aufgaben zuzuweisen und ein System rechtzeitiger Krisenvorsorge zu entwickeln. Auch von Amerika, das auf Entlastung hoffen kann, ist Kooperation zu erwarten. Übrigens wird eine solche Politik zusätzlich gestatten, von Freunden umzingelt, die Bundeswehr auf die erforderlichen neuen Aufgaben neu zu formieren. Das sind nur Umriss einer neuen Außen- und Sicherheitspolitik, in der Tradition sozialdemokratischer Entspannungspolitik. Aus der Koalitionsvereinbarung läßt sich das entwickeln. Eine solche Politik hat die ungeheure Chance, auf dem Wege nach Berlin die Normalität Deutschlands zu gewinnen.

25. November 1998

Die PDS ist nicht "normal",

Gastkommentar von Ulrike Ackermann

Ein „Stück deutsche Normalität“ sei die PDS, sagte der neue Bundeskanzler anlässlich des wahrlich „historischen Ereignisses“: erstmals und ohne Zwang vereinigten sich Sozialdemokraten und altgediente ehemalige Kommunisten, um sich die Regierungsmacht in Mecklenburg-Vorpommern zu teilen. Schon zu Zeiten der realexistierenden DDR war die SPD stolz auf ihren Diskurs mit der allmächtigen SED; ihren Wandel wollte man mit der Annäherung an sie befördern. Die Zusammenarbeit hat also Tradition. Heute möchte man die gewandelten und gewendeten kommunistischen Genossen „entzaubern“ und „integrieren“ in die Berliner Republik; so die neue Parole von SPD, aber auch von CDU-Seite. Vom notwendigen „Ende der Benachteiligungen“ ist die Rede, wenn man sich nicht etwa um die Opfer des ehemaligen Unrechtsregimes bemüht, sondern weit mehr der Gruppe der Täter zugeneigt ist und sie als Funktionseelite auf Regierungsebene wieder hoffähig macht. Schloß die Dresdner Erklärung der SPD anno 1994 noch eine Zusammenarbeit mit der PDS strikt aus und drohte der heutige Verteidigungsminister Rudolf Scharping ein Jahr später dem Schweriner Parteichef Harald Ringstorff mit dem Parteiausschluß im Falle eines Bündnisses mit der PDS, so sitzt man heute im gemeinsamen Regierungsboot. Hätte die vielbeschworene Integration der PDS nicht auch in ihrer Rolle als parlamentarische Opposition bestehen können, fragt man sich verblüfft, sozusagen als Demokratieausbildung für die alten kommunistischen Kader? In Moskau auf der Kaderschule der KPdSU und während seiner

glänzenden SED-Karriere hat der stellvertretende Ministerpräsident Holter sicher nicht die hohe Kunst der Demokratie gelernt. Wohl sind die PDS-Vertreter emsig darum bemüht, ihre demokratische Tauglichkeit anzuempfehlen, wie dies im Sommer nach Aufforderung von Altbundespräsident Richard von Weizsäcker geschah. In ihrer Antwort legten sie auch, wie gewünscht, ein Bekenntnis zur Bundesrepublik ab. Gleichzeitig sehen sie jedoch im politisch ungebremsten Markt eine Kraft am Werke, die die Gesellschaft ebenso zerstöre wie die totalitären Diktaturen. Deshalb setzen sie auch dem „westlichen Ideal der bürgerlichen Menschenrechte“ ihr „östliches Ideal der sozialen Menschenrechte“ entgegen. Beklagt wird daher ganz konsequent die „Einflußnahme westlichen Denkens“ (so Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Höppner) und im Parteiprogramm der Widerstand gegen die „Verwestlichung des Ostens“ angekündigt. In Vergessenheit geraten ist offensichtlich die Forderung der Bürgerrechtler und Dissidenten zu Zeiten der Mauer und des Eisernen Vorhangs nach der „Unteilbarkeit der Menschenrechte“, deren Einlösung erst 1989 nach dem Zusammenbruch des Kommunismus möglich geworden ist. Heute werden nun im Zuge des allseits beschworenen Normalisierungsprozesses just jene auf die Regierungsbank geholt, die die Nichteinhaltung der Menschen- und Bürgerrechte in der DDR betrieben und zu verantworten hatten. Geradezu als Treppenwitz der Geschichte erscheint dann der Verzicht der Schweriner Regierung auf einen Justizminister, und dies in einem Land, das sich erst auf dem Wege befindet, eine unabhängige Justiz aufzubauen! Wie erfolgreich können sich dort Demokratie und Rechtsstaat entfalten, wenn in Zukunft ehemalige kommunistische Kader maßgeblich an der Ernennung von Richtern im Landesverfassungsgericht beteiligt sind? Folgerichtig hat man auch gleich die Regelanfrage bei der Gauck-Behörde für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes abgeschafft. Ehemalige Stasimitarbeiter können nun unbesorgt einer zweiten Karriere im deutschen Staat entgegensehen. Als Mitglieder der Bundestagsfraktion der PDS sind sie - auf Entscheidung des Innenministeriums - vorläufig in der Gauck-Behörde untergebracht worden. Der neue Pragmatismus einer sehr eigenwilligen deutschen Normalisierung nach dem Motto: Versöhnen statt Spalten; was nicht zusammenwachsen will, wird zusammengelegt. Wenn die Gauck-Behörde ihre Tore dann irgendwann schließen wird - aus der aktiven Behörde ein historisches Archiv für Wissenschaftler geworden ist, hat endlich die „Kultur des Vergebens und Amnestierens“, wie von Lothar de Maizière gefordert, gesiegt. Denn die Gauck-Behörde war, wie dem thüringischen Innenminister Dewes jüngst entschlüpfte, sowieso „nur auf Zeit geplant“. Der Skandal liegt nicht darin, daß die Ex-Kommunisten der DDR heute im Bundestag und in ostdeutschen Länderparlamenten vertreten sind. Äußerst beunruhigend ist vielmehr, daß der ungezwungene, pragmatische Umgang mit der PDS und ihre Beteiligung an der Macht die öffentliche Auseinandersetzung über das Unrechtsregime der ehemaligen DDR beenden. Ob gerade dies demokratisches Bewußtsein, Bürgersinn und das Eintreten für ungeteilte Menschen- und Bürgerrechte in den neuen Bundesländern zu fördern vermag, ist sehr zu bezweifeln.

Ulrike Ackermann lebt und arbeitet als freie Publizistin in Frankfurt/Main.

7. Dezember 1998

Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer von den Grünen nimmt Abschied vom Bild der 68er Generation - WELT-Interview

Sie gehörte 1983 der ersten Fraktion der Grünen im Bundestag an, heute ist sie dessen Vizepräsidentin: Antje Vollmer - Theologin und einst vehemente Kritikerin der repräsentativen Demokratie - verkörpert heute wie kaum eine andere Persönlichkeit der Grünen den neuen staatstragenden Zug der Partei. Mit Antje Vollmer sprach Andrea Seibel. [...]

DIE WELT: *Der Konflikt zwischen Walser und Bubis spitzt sich zu. Bricht unter Rot-Grün der Erinnerungskonsens auf?*

Vollmer: Ich bewundere die Tapferkeit von Ignatz Bubis, ich bewundere auch die Tapferkeit von Martin Walser, und ich bin besorgt über die vielen Stimmen, die aus diesen beiden Ur-Tapferkeiten soviel interessengeleitete Meinung ableiten wollen. Als der Eklat begann, hatte es einen persönlichen Zugang gegeben. Die offensichtlich schlimmste Erfahrung für Ignatz Bubis war nicht die Rede Walsers selbst, sondern daß an deren Ende alle höflich-begeistert zu stehenden Ovationen bereit waren. Nur er und seine Frau blieben sitzen. Diese Isolierung in der Verarbeitung eines Gegenwartserlebnisses, in einem Kollektiv begeisterter Friedensredenzuhörer, war offensichtlich schockierend für ihn. Warum überhöhte man diese sehr persönliche Reaktion von Bubis gleich ins Systematische? Warum hat man nicht zu der schlichten menschlichen Geste gegriffen, Bubis aus dieser Isolation zu befreien, ihm zu sagen, ja, ich war auch etwas irritiert von Walsers Rede. Dann hätten die differenzierten Dialoge begonnen, dann hätten sich auch mehr Leute eingemischt, einmischen wollen.

DIE WELT: *Wie erklären Sie sich dieses Nichtgelingen?*

Vollmer: Das wenig Befreiende unserer Vergangenheitsdebatten war immer das Autistische: Autismus der Täterväter wie auch Autismus der Väteröhne, die immer nur in großen Reden über sich selbst sprechen konnten. Auffallend war die Abwesenheit jeder privaten Gesprächsfähigkeit. Aber käme es zu einem Gespräch zwischen Walser und Bubis, ich bin mir ganz sicher, die ganze große Generationenentfernung, die hineininterpretiert wird, verschwände wie der Vampir im Angesicht des Tageslichtes.

DIE WELT: *Kann es nach dieser jüngsten Zuspitzung so etwas wie positive Normalisierung geben?*

Vollmer: Es gibt eine gefährliche Interpretation des Begriffes „Normalisierung“, die besagt: Wir haben genug getrauert, wir haben genug geredet. Und es gibt eine gute Interpretation: Wir hatten viele pathetische Gesten, jedoch zuwenig humane Qualität im Trauern entfaltet. Warum haben wir so viele Opfer vergessen? Es gibt ein großes Mißverhältnis zwischen dem Sich-Kümmern um Menschen, die geschädigt wurden, und den riesigen Debatten über die Vergangenheit und das Böse an sich. Normalisierung heißt dann, daß wir zu den humanen Bewältigungsformen großer Tragödien übergehen, also endlich dialogisch agieren. Wer auch immer Walser und Bubis an einen Tisch bekommt, gemeinsam mit zwei, drei Personen, die die sicher schwierige Anfangsphase dieses Gesprächs moderieren können, der hätte viel mehr getan als all jene, die den Konflikt zum Epocheneinschnitt hochstilisieren wollen.

7. Dezember 1998

Ein weiter Weg zur Normalität, Deutsch-tschechisches Gesprächsforum verläuft in entspannter Atmosphäre

Dresden – „Bitte drücken Sie uns nicht an die Wand“, mahnte Pavel Tigrid beim deutsch-tschechischen Gesprächsforum am Wochenende in Dresden die Journalisten. Die wollten wissen, wie weit die Tschechen mit der Aufarbeitung ihrer Schuld in der gemeinsamen Geschichte seien. „Wir haben den besten Willen. Und wenn die Zeit kommt, werden wir dazu Stellung nehmen.“ Derart irritiert zeigte sich nicht nur der tschechische Co-Vorsitzende des Gremiums, sondern auch sein deutscher Kollege, Staatsminister Günter Verheugen (SPD): Die Nachkriegsvertreibung der Sudetendeutschen bleibe zwar „Unrecht“, mit dem sich die Tschechen auseinandersetzen müßten; es wäre aber „nicht klug, so etwas von außen zu verlangen“. Vermögensforderungen jedenfalls, so bekräftigte Verheugen, werde Bonn auch künftig nicht geltend machen. Daß die innertschechische Auseinandersetzung über eigenes Versagen auch in den Eliten begonnen hat, war auf der Tagung unüberhörbar. Namentlich im

speziell eingerichteten Internetforum wurde heiß darüber debattiert: Der Hauptfehler nach 1989 sei gewesen, nicht sofort mit den Sudetendeutschen verhandelt zu haben, sagten die einen. Wäre Bonn auf das Angebot einer doppelten Staatsbürgerschaft für die Vertriebenen eingegangen, hätten die sich an der Reprivatisierung in ihrer alten Heimat beteiligen können, meinten andere. Insgesamt seien seit der Wende zu viele Chancen auf politischer Ebene vertan worden, weil es an der Bereitschaft fehlte, vor der jeweils eigenen Haustür zu kehren. Etwas mehr von der „Tabulosigkeit“, die Bundespräsident Roman Herzog zum Auftakt gefordert hatte, gab es auch im Plenum. Prags Staatsoberhaupt Václav Havel fühlte sich keineswegs brüskiert, als der stellvertretende Vorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt, die Benesch-Dekrete zur Enteignung und späteren Vertreibung deutlich ansprach. Beide Präsidenten hörten auch erschütternde Lebensberichte derer, die NS-Okkupation und Vertreibung miterleben mußten. Ein wirklicher Dialog kam dabei nicht immer zustande. Ein Ausdruck dafür, daß es bis zu völliger Normalität im bilateralen Verhältnis noch dauern wird, vieles sich „beim Abbau der Ängste zwischen Tschechen und Deutschen nur millimeterweise bewegt“, wie Posselt sagte. Die Sudetendeutschen seien zufrieden, über das Forum in den Dialog eingebunden zu sein; sie hofften aber dennoch weiter auch auf ein Gespräch mit „Vertretern des tschechischen Staates“. Verheugen sah das Treffen etwas ertragreicher: „Der Dialog mit allen über alles ist möglich geworden.“ In der Tat war der Wille unverkennbar, mit den schlimmen Kapiteln der Vergangenheit nicht die gemeinsame Zukunft beider Länder in einem geeinten Europa zu erdrücken. 150 Teilnehmer belegten mit der Vorstellung unterschiedlichster gemeinsamer Projekte, welch dichtes Geflecht speziell in den Grenzregionen schon besteht. Das Gesprächsforum, das alle vorwärtsweisenden Initiativen bündeln und in beide Gesellschaften hineinwirken lassen soll, will künftig jungen Leuten mehr Platz einräumen. Schon im kommenden Juni, wenn man sich im böhmischen Kurort Franzensbad erneut trifft.

12. Dezember 1998

Vom europäischen Auftrag Deutschland

Hans-Dietrich Genscher über Alfred Grossers Entwurf für die Zukunft des Kontinents

Wenn Alfred Grosser über Deutschland schreibt, ist ihm Aufmerksamkeit sicher. Wer könnte mehr über Deutsche und Franzosen sagen? Wer wäre eher dazu in der Lage, uns Deutsche in den Spiegel sehen zu lassen? Kaum ein anderer schließlich kann den Völkern um uns herum ein Deutschlandbild vermitteln, das derart scharfsinnig und vielschichtig ist. Alfred Grosser ist ein europäischer Franzose. Schon die erste Seite seines Werkes zeigt, wie tief er Europa versteht und wie er es ganz und gar lebt. Grosser schreibt: „Und dennoch wird ständig so geredet und geschrieben . . . als könnten Deutschland oder Frankreich noch unabhängig von Europa gesehen werden, getrennt von einer Wirklichkeit, die ohne Europa schon längst nicht mehr existiert.“ Das bezeugt die Unumkehrbarkeit des europäischen Einigungsprozesses und bedeutet eine Abfuhr an die kleinmütigen „Ja-aber-Europäer“, welche die Einigung Europas nur als eine - leider? - unvermeidbare Entwicklung zu sehen scheinen. Es ist eine Absage an all diejenigen, die nicht erkennen, daß zu der historischen und moralischen Begründung der europäischen Einigung längst die Zukunftsperspektive Europas hinzugetreten ist, die den Völkern unseres Kontinents im Zeitalter der Globalisierung nur gemeinsam eine Chance eröffnet. Eine Absage schließlich an alle, die nicht einsehen wollen, daß die europäische Einigung die Antwort ist auf die Irrwege der Geschichte. Grosser sagt nein zu der Wahrnehmung Europas als einer fernen - bei manchen klingt es schon fast wie einer „feindlichen“ - Macht unter dem Schlüsselwort: Brüssel. Ist es das Bedürfnis nach einem neuen Feindbild? Oder was ist der Grund, alles, was in Brüssel geschieht, nicht als Teil einer europäischen, von uns mitgestalteten Wirklichkeit zu empfinden? Wer zu dem einfachen „wir

Europäer“ findet, wird alles, was verbesserungswürdig ist in Brüssel, als seine eigene Sache betrachten. Alfred Grosser beläßt es nicht bei oberflächlichen Betrachtungen, er mahnt, man dürfe Deutschlands „vielschichtige Vergangenheit nicht außer acht lassen, die weiterhin die heutigen Einstellungen, Auffassungen und das politische Verhalten mitbestimmt“. Meisterhaft beschreibt er die deutschen Verflechtungen mit dem europäischen Schicksal. Er verdeutlicht, warum die Feststellung zutrifft, „uns Deutschen hat unsere Geschichte nie allein gehört, und sie wird uns auch nie allein gehören“. Das ist historische Erfahrung und realistische Zukunftsperspektive. Grosser setzt sich mit der Identität der Deutschen auseinander und natürlich auch mit jenem verdächtigen Streben nach Normalität für Deutschland. Er zeigt ein tiefes Verständnis für die ethische Begründung der Bundesrepublik, wie sie in dem alles überragenden Artikel 1 des Grundgesetzes von der Unantastbarkeit der Würde des Menschen definiert wird. Ein Deutschland, das verpflichtet ist auf die Grundwerte unserer Verfassung und das in dieser Verpflichtung der westlichen Wertegemeinschaft zugehört. Die Bundesrepublik, so schreibt er, habe nach dem gesamtdeutschen Unglück von 1945, nach dem zusätzlichen Unglück der Teilung das enorme Glück, nicht auf dem Begriff der Nation aufgebaut worden zu sein, sondern auf dem Begriff der politischen Ethik. Der Verfassungspatriotismus, der die Bundesrepublik zuallererst in ihrer Wertorientierung versteht, ist aus Sicht des Europäers Alfred Grosser ein Vorzug, nicht ein Mangel. Welten trennen ihn von denjenigen, die dafür plädieren, Deutschland müsse endlich zur Normalität finden. Er beschreibt es als Aufgabe Deutschlands, am Aufbau Europas mitzuwirken und nicht „rückfällig normal“ zu werden. Darin liegt der Schlüssel für das europäische Deutschland, das Thomas Mann forderte. Es ist das europäische Deutschland, das dem Auftrag unserer Verfassung entspricht, mitzuwirken an der Einigung Europas. Hier erinnert Grosser an den großen französischen Schriftsteller und Diplomaten Paul Claudel, der 1945 in seinem Brief an die Deutschen schrieb: „Deutschland ist nicht dazu da, die Völker zu spalten, sondern sie um sich zu versammeln. Seine Rolle ist es, Übereinstimmung zu schaffen - all die unterschiedlichen Nationen, die es umgeben, spüren zu lassen, daß sie ohne einander nicht leben können.“ Wie könnte man besser die europäische Berufung Deutschlands beschreiben. Seine Grundwerteverpflichtung ist es, die Deutschland in das vereinte Europa einbringen kann. Das ist kein Sonderweg, sondern ein Beitrag zur politischen Ethik der Europäischen Union und zu der neuen Kultur des Zusammenlebens großer und kleiner Staaten in der EU.

Im Bewußtsein des Europas der Freiheit, das heute unsere Völker verbindet, erinnert Grosser an die Rede François Mitterrands 1988, als er, zu Erich Honecker gewandt, im Elysée-Palast sagte: „Denn wie könnten sich die Europäer über den Frieden einigen, wenn sie sich über die Freiheit trennen?“ Für Alfred Grosser ist die Europäische Union mehr als nur eine wirtschaftliche Organisation. Immer wieder mahnt er, die geistige und kulturelle Dimension der europäischen Einigung nicht zu vergessen. Er erinnert an das Wort Jean Monets: „Hätte ich es gewußt, ich hätte mit der Kultur begonnen.“ Natürlich hat Grosser recht, wenn er sagt, Gott sei Dank habe sich Monet anders verhalten, sonst wären wir in der europäischen Union noch nicht soweit gekommen. Doch das soll der Bedeutung der europäischen Kultur für die Einigung Europas nichts von ihrem Gewicht nehmen. Gottlob hat der oft gescholtene Vertrag von Maastricht endlich der Kultur „ihren“ Artikel eingeräumt. Diese kulturelle Dimension der europäischen Einigung, zu der die Achtung vor der Kultur aller Völker gehört, ist die beste Garantie gegen die menschenverachtende Intoleranz, zu deren schrecklichster Form der Antisemitismus und die Vernichtung des europäischen Judentums in der Zeit des Dritten Reiches wurden. Beeindruckend ist Grossers Verständnis der deutschen Vereinigung. Er bekennt sich ausdrücklich zu dem Begriff „Vereinigung“, weil er das Restaurative, das in dem Wort „Wiedervereinigung“ liegen kann, zumindest als Möglichkeit und damit auch als Bedrohung erkennt. Im deutschen Einigungsprozeß schien diese Gefahr in der Auseinandersetzung um die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze aufzuleuchten -

gewiß zu Unrecht. Heute müssen wir wissen: Sie taucht immer wieder auf, wenn die Aufnahme Polens in die EU von der Erfüllung deutscher Sonderforderungen abhängig gemacht werden soll. Vor allem aber sieht Grosser die deutsche Vereinigung in ihrer europäischen Dimension: So wie die deutsche Politik in den Jahren 1989 und 1990 immer wieder darauf hingewiesen hat, daß die Vereinigung des Kontinents sich nicht um Deutschland herum vollziehen könne, so muß genauso bewußt sein, daß die deutsche Vereinigung nur als Teil der europäischen Einigung möglich wurde. Deshalb ist für den Autor die Aufnahme der neuen Bundesländer in die Bundesrepublik und damit auch in die Europäische Union eine doppelte Osterweiterung: sowohl der Bundesrepublik als auch der EU. Besser kann man die Verbindung deutschen und europäischen Schicksals nicht beschreiben. Doch Grosser verweist gleichzeitig auf den grundlegenden Unterschied: Für Deutschland sei es das Ende seiner Erweiterung gewesen - das ist das Verlangen nach Klarheit in der Grenzfrage -, für die EU aber sei es nur der Anfang. Beim Lesen dieses Kapitels erinnerte ich mich der Worte des jetzigen polnischen Außenministers Bronislaw Geremek, der mir am Morgen des 10. November 1989, wenige Stunden nach der Öffnung der Mauer in Berlin, sagte: „Wenn Deutschland vereinigt sein wird, werden wir Polen Nachbarn der Europäischen Gemeinschaft sein.“ Wie sehr Alfred Grosser die Werteentscheidung der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg verinnerlicht hat, bringt er mit der Kritik an dem Begriff „Westbindung“ zum Ausdruck: Denn Deutschland sei nicht an die Europäische Gemeinschaft angebunden, sondern in sie eingebunden - also der westlichen Staatengemeinschaft integral zugehörig. Diese Tatsache ist für ihn auch der Schlüssel zum Verständnis des vereinten Landes. Weil diese Einbindung eine Werteentscheidung war, führte das Hinzutreten der östlichen Bundesländer zur Erweiterung der Gemeinschaft und nicht zur Herauslösung der Bundesrepublik aus der westlichen Wertegemeinschaft. Die europäische Berufung verhinderte den Sonderweg Deutschlands. Wie wenige geht Alfred Grosser den Spuren nach, die die Teilung Deutschlands hinterlassen hat. Er rügt nicht nur westdeutsche Ignoranz gegenüber den Bürgerrechtlern in der früheren DDR, er kritisiert genauso das blauäugige Verhalten französischer Intellektueller. Wenn sich Grosser, der in Frankfurt geborene, vor den Nationalsozialisten geflohene Jude, der sehr wohl zu unterscheiden weiß zwischen den beiden Diktaturen in Deutschland, wenn er sich auseinandersetzt mit Verstrickungen zu DDR-Zeiten, dann tut er das mit großer Sensibilität und dem Bemühen um Gerechtigkeit. Grosser versteht, daß mit der Zugehörigkeit Deutschlands zur Gemeinschaft westlicher Demokratien eine Politik vollendet wurde, die diese Zugehörigkeit stets als eine unumkehrbare Werteentscheidung begriff. Sie schloß sämtliche Sonderwege Deutschlands zur Vereinigung aus. Mit dieser Aussage wird verständlich, warum die These von der Wirtschafts- und Währungsunion als Preis für die deutsche Einheit so gefährlich ist. Die Entscheidung für die Währungsunion war im Prinzip schon 1988 getroffen. Ihre Rücknahme nach der Vereinigung allerdings hätte allen deutschen wie europäischen Interessen zuwidergehandelt. Zudem hätte sie bei unseren Nachbarn alte Ängste neu belebt. Eindrucksvoll hebt der Verfasser die Wirkung des Nato-Doppelbeschlusses hervor, wenn er sagt, letztlich habe diese Entwicklung zur Einheit der Deutschen beigetragen. Aus dem Munde Michail Gorbatschows wissen wir längst, daß es genau so war. Unsere Verbündeten werden erkennen, was es bedeutete, daß die Anregung zum Nato-Doppelbeschluß von deutscher Seite ausging, und wie wichtig es war, daß dieser Doppelbeschluß in der Bundesrepublik verwirklicht wurde. Die Sowjets bekamen dadurch nicht nur ihre Grenzen gezeigt, sie erhielten auch die Chance, sich zu einer Politik der Abrüstung und Zusammenarbeit zu bekennen. Es ist zu wünschen, daß Grossers neues Buch von vielen gelesen wird. Deutschland, das Land mit den meisten Nachbarn, kann sein Selbstverständnis nur als europäisches Deutschland finden. Bestimmt durch die Grundwerte unserer Verfassung, durch den europäischen Einigungs- und den weltweiten Friedensauftrag des

Grundgesetzes, kann es einen wichtigen Beitrag zu einem neuen, einem freiheitlichen Kontinent leisten. Es ist fester Bestandteil der westlichen Staatengemeinschaft, und es wird immer daran erinnern müssen, daß das größere Europa nicht an den Grenzen der EU endet.

27. Dezember 1998

Keine Gnade der späten Geburt,

Essay: Deutschland muß mit dem langen Gedächtnis seiner Nachbarn rechnen und leben (Alexander Gauland)

Es ist schon erstaunlich. Ein deutscher Bundeskanzler möchte, daß die Menschen gern zu einem Holocaust-Mahnmal kommen, ein deutscher Staatsminister will, daß es ein Erlebnispark werde und ein berühmter deutscher Schriftsteller, der - lang ist's her - der DKP nicht fern stand, möchte an Auschwitz eigentlich gar nicht mehr erinnert werden. Und Protest gibt es dagegen nur von einem liberalen Kapitalisten jüdischen Glaubens, die Intellektuellen, die Jens', Grass' und Gaus' - die sonst schnell ihre warnende Stimme erheben - schweigen aber. Wie hatte doch Adorno so schön formuliert: Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte von Auschwitz schweigen. Hier nun schweigen die Kapitalismus-Kritiker in auffälliger Weise. Wäre Helmut Kohl nur die Hälfte von dem über die Lippen gekommen, was heute Schröder und Naumann zum besten geben, die Republik hätte in ihren Grundfesten gebebt. Jetzt erst, nach dem Regierungswechsel, werden wir wirklich der „Gnade der späten Geburt“ (von der Helmut Kohl im übrigen mit kritischem Unterton sprach) teilhaftig. So ist es eben: Die „Richtigen“ regieren, und schon nimmt man es nicht mehr so genau. Intellektuell redlich ist das nicht. Doch die neue Normalität hat auch ihre Tücken, und die seltsame Geschichtsvergessenheit der an die Macht gekommenen 68er birgt ihre Fallstricke. Denn das historische Gedächtnis unserer Nachbarn - und hier besonders der Engländer und Franzosen - reicht viel weiter zurück. Für sie war der Erste Weltkrieg der „Große Krieg“ und Hitler nicht der große Zivilisationsbruch, den er für uns bedeutet, sondern nur die Fortsetzung einer unheilvollen Traditionslinie. Wenn der deutsche Finanzminister steuerlich die Insel Jersey besetzt und der Kanzler die deutschen EU-Beiträge zum Dreh- und Angelpunkt unserer zukünftigen Europapolitik macht, bleiben erwartbare Reaktionen nicht aus - und zwar nicht nur in der britischen Boulevard-Presse. Denn Jersey war nicht nur im Zweiten Weltkrieg von deutschen Truppen besetzt, die Insel fürchtete sich schon seit Beginn dieses Jahrhunderts vor Besatzung und Annexion. Man lese nur Childers „The Riddle of the Sand“. Und Nato und Europa waren für unsere westlichen Verbündeten natürlich auch dazu da, um - wie es einst Lord Ismay formulierte - die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten, also Sicherheit *vor* ihnen gemeinsam *mit* ihnen zu schaffen. Und hier hat Walser einfach unrecht. Unsere Nachbarn werden auch künftig deutsches Reden und deutsches Tun an die Zeit zwischen 1933 und 1945 „rückbinden“ und sich daran erinnern, ob uns das gefällt oder nicht. Denn nur zu oft mußten sie dem Adler die Krallen stützen, um nicht gefressen zu werden. Als unser Außenminister vor etlichen Jahren sein erstes außenpolitisches Buch vorstellte, verkündete er mit großem Pathos Einsichten als Weistümer, die sich die Historiker an den Schuhsohlen abgelaufen haben: Deutschland ist ohne europäische Einhegung für das europäische Wohlbefinden zu groß und als Hegemonialmacht zu klein. Und nur die Einbindung erspart uns die Wiederkehr der Konstellationen von 1914 und 1939 mit allen Folgen. Denn das ist eben der Unterschied zu Le Pen oder den Haßtiraden englischer Boulevardzeitungen: In Deutschland waren diese Strömungen einmal an der Macht, in England, Frankreich oder gar in den Vereinigten Staaten nie. Gewiß, die Franzosen haben auch ein Antisemitismus-Problem, ein politisches wie ein literarisches. Doch die Dreyfus-Affäre stärkte am Ende die Republik und Clemenceau siegte über Boulanger und

Maurras. Und auch in England wurden die „dröhnenden 90er Jahre“ des britischen Imperialismus von einer liberalen Reformregierung abgelöst und nicht von einer Militärdiktatur à la Ludendorff. Engländer und Franzosen interessiert wenig, ob jetzt „Gutmenschen“ die deutsche Normalität verwalten, Engländer und Franzosen interessiert allein, daß Normalität in Deutschland in den letzten 150 Jahren keine Normalität war und es deshalb klug ist, zeitgemäße Vorkehrungen gegen die Wiederkehr eines unruhigen Deutschland zu treffen. Normalität herrscht nicht, wenn sie ein deutscher Schriftsteller verkündet, sondern erst, wenn die anderen die Normalität so sehr verinnerlicht haben, daß ihr kollektives Gedächtnis entschlafen ist. Doch dafür reichen bei alten Nationen keine 40 Jahre tadellosen Betragens, 150 oder gar 200 Jahre werden es schon sein müssen. Und hier liegt die Gefahr des neuen unverkrampften Nationalismus der Linken: Er agiert im luftleeren Raum; er berücksichtigt nicht den Seelenzustand der anderen und möchte einen Zustand herbeizwingen, den die Geschichte vielleicht unseren Enkeln oder Urenkeln gewährt. So wird die Erstschlagdebatte schnell zur Sonderwegsdiskussion, und Walsers rhetorische Ungenauigkeiten provozieren Mißtrauen. Denn deutsche Innerlichkeit und deutscher Idealismus waren auch 1914 kein Bollwerk gegen falsche politische Entscheidungen. Walsers Rede war - wie die meisten seiner Bücher - die „Betrachtung eines Unpolitischen“. Schröder, Lafontaine und Fischer müssen historisch denken und politisch handeln, wenn sie das Land vor Schaden bewahren wollen. (Der Autor ist Herausgeber der „Märkischen Allgemeinen Zeitung“ in Potsdam.)

20. Februar 1999

„Die Zombiehaftigkeit eines schattenlosen Hier und Jetzt“

Aus politischen Zeitschriften - Die „Berliner Republik“, ihre neue Führung und das 21. Jahrhundert

In einigen Monaten wird Berlin wieder Mittelpunkt der politischen Macht in Deutschland sein und der Reichstag zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert Sitz des Parlaments. Wie viele Zeitgenossen haben sich in den letzten Jahren über diesen Umzug ereifert! In nahezu jeder Debatte tauchte sie auf, die Formel von der „Berliner Republik“, mal mit warnendem Unterton, mal mit sentimental umflorter Stimme. Immer entsann man sich dabei der Vergangenheit, dachte entweder an die „goldenen Zwanziger“ oder an Stechschritt und Stulpenstiefel. Jan Roß hält derlei Phantasien für abwegig. „Nichts spricht dafür, daß die ‚Berliner Republik‘ mit solcher Geschichte viel zu tun haben wird. Eher schon mag man Geschichtsvergessenheit befürchten, aber eben nicht im Sinne eines bewußt gezogenen Schlußstrichs, um alte Fehler von neuem begehen zu können. Es ist ein begreiflicher, aber trotzdem irreführender Reflex historisch empfindlicher Zeitgenossen, bei den Reden von ‚Normalität‘ und ‚Unbefangenheit‘ sofort die Einkehr in die Bahnen schlechter Traditionen zu vermuten.“ Damit werde, so der „Zeit“-Redakteur in seinem Essay zur „Berliner Republik“ (*Merkur*, Heft 2), den Unbefangenheitspredigern ein Geschichtsinteresse unterstellt, das sie gar nicht hätten. „Als normal ... empfinden sie vielmehr die Irrelevanz des Historischen, ihre eigene flotte Gegenwärtigkeit, die alles Wesentliche aus der Vergangenheit gelernt zu haben meint.“ Besonders die neue Bundesregierung stünde für diese ahistorische Hemdsärmeligkeit. Unter Schröder und Lafontaine ließe sich ein außen- und geschichtspolitischer Stimmungswechsel vernehmen, der unter Stichworten wie „neues Selbstbewußtsein“ oder „nationales Interesse“ diskutiert werde. „Hierher gehört Schröders Abkehr von Kohls Europa-Idealismus, konkretisiert vor allem an seiner Hinhaltetaktik gegenüber den EU-Beitrittswünschen der Mitteleuropäer. Materielle Notwendigkeiten haben Vorrang vor historischen Verpflichtungen und Schuldgefühlen. Dieselbe Geschichtsverdrossenheit spürt man, wenn der Bundeskanzler zu den Entschädigungsforderungen einstiger NS-

Zwangsarbeiter sogleich bemerkt, sie müßten mit den berechtigten Sicherheitsansprüchen deutscher Unternehmen und Belegschaften abgeglichen werden.“ Es wäre falsch, so Roß weiter, „einen Gegensatz zwischen diesem Schröderschen Nationalismus und dem Internationalismus des ökonomischen Globalkoordinators und Wettbewerbsharmonisierers Lafontaine zu konstruieren“. Wie der Kanzler habe der SPD-Vorsitzende das gleiche Ziel: den Lebensstandard des bundesdeutschen Durchschnittsarbeitnehmers durch den Konkurrenzdruck des Weltmarkts ebensowenig in Mitleidenschaft zu ziehen wie „durch den Drang osteuropäischer Habenichtse nach Westen“. Nicht die bösen Geister des Gestern also seien das Bedrohliche an der „Berliner Republik“. „Es ist die Zombiehaftigkeit eines schattenlosen Hier und Jetzt und eines gespenstisch wiederkehrenden Fortschrittsglaubens.“ Das mag stimmen - oder auch nicht. Mit Berlin hat dieser Befund allerdings wenig zu tun. Burschikose Bedenkenlosigkeit würde auch in Pforzheim um sich greifen, hätte der Bundestag diesen freundlichen Ort mit dem plumpen Namen zur Hauptstadt bestimmt. Zäsuren werden nicht von Städten gezogen, Epochenwechsel selten durch Umzüge eingeleitet. Es ist der politische, wirtschaftliche oder geographische Wandel, der Regeln verändert. Seit dem Fall der Mauer und dem Untergang des Sowjetimperiums ist Deutschland nicht nur souverän, sondern auch mächtiger geworden. Schon in Bonn mußten sich die Regierenden der veränderten Lage anpassen. Sie hatten bereits in den frühen neunziger Jahren abzuwägen, was für eine Außenpolitik im Amalgam aus Bismarck-Reich und Rheinbund vonnöten ist. Überhaupt wird die Frage, welche „nationalen Interessen“ die Deutschen besitzen, immer wieder beantwortet werden müssen. Die Zeitschrift „Außenpolitik“ widmete ihr kürzlich sogar ein Schwerpunktthema. Herausragend ist darin der Beitrag von Gregor Schöllgen. Für den Historiker steht der „Beweis der Bündnisfähigkeit“ an oberster Stelle deutscher Außenpolitik: Die Annahme, die „Berliner Republik“ bedürfe keiner Bündnisse mehr, hält er für unverantwortlich. Vor allem müsse sich Berlin um den Atlantikpakt im allgemeinen, seine Erweiterung nach Osten im besonderen bemühen. Auch aus Eigeninteresse sollten die Deutschen darauf bedacht sein, ihre östlichen Nachbarn in die Nato zu holen. „Nicht daß etwa derzeit... von Rußland eine akute Gefahr ausgehen würde; aber wer wollte, zumal angesichts personeller Unwägbarkeiten in der russischen Führung, die brisante Kombination von nuklearem Vernichtungspotential, einer von den Afghanistan- und Tschetschenien-Traumata gezeichneten Armee und einer desolaten wirtschaftlichen Lage unterschätzen?“ Europa wie Rußland bräuchten geeignete Abwehrkräfte gegen Terrorismus, Sabotage und fortschreitende Umweltzerstörung. Ein unsicheres, weil instabiles Zwischengebilde würde alle Seiten bedrohen. „Aus eben diesem Grunde ist es mehr denn je Interesse deutscher Politik, den Prozeß der umfassenden Integration Europas - einschließlich der Erweiterung der Gemeinschaft insbesondere um Polen und die Tschechische Republik - so entschieden wie möglich und soweit als nötig voranzutreiben.“ Gemach, würde Egon Bahr Gregor Schöllgen zurufen. In seinem Beitrag über die Normalisierung der deutschen Außenpolitik (*Internationalen Politik*) warnt der Sozialdemokrat davor, Rußland durch solche Entscheidungen zu verprellen. „Stabilität in Europa verlangt die Organisation der Sicherheit mit Rußland.“ Bahr empfiehlt, ein „europäisches Haus“ zu errichten, ein Gebäude übrigens, in dem die Vereinigten Staaten nichts zu suchen hätten. Der Kontinent sei nicht mehr auf Amerika angewiesen. Frieden garantiere nicht die Supermacht, sondern eine Hausordnung besonderer Art: eine „Charta der europäischen Sicherheit“. Sie sollte den „guten alten Gewaltverzicht“ beinhalten, auf den Grundsätzen der OSZE beruhen und die Streitkräfte aller Nationen so weit reduzieren, bis sie „kaum noch angriffsfähig wären“. Eine derartige Strategie „könnte statt einer erneuten Teilung die sicherheitspolitische Einheit Europas verwirklichen“. Da kann man nur hoffen, daß sich Bahr nicht irrt. Wie schon in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren setzt er allein auf die Sicherheitspolitik. Was aber ist mit den Wünschen der Bevölkerungen in den osteuropäischen Staaten? Sie wollen in die Nato

und hoffen auf den Beitritt in die Europäische Union. Den Deutschen könne daran auch nur gelegen sein, gibt Friedbert Pflüger in derselben Zeitschrift zu bedenken. „Deutschland hat nach einer EU-Ausdehnung auch im Osten ‚westliche‘ Partner: Demokratien und Marktwirtschaften. Im Gegensatz dazu würde ein Verzicht auf die Erweiterung für Osteuropa ein Ende der ‚Westorientierung‘ bedeuten, einen Abbruch der Reformen, neue ethnische Spannungen und nationale Konflikte.“ Gerade die Aussicht auf die EU- (und Nato-) Mitgliedschaft habe dazu geführt, daß die Länder östlich der Oder ihre Grenzstreitigkeiten, Rivalitäten und Minderheitenprobleme weitgehend gelöst hätten. „Nimmt man ihnen diese Aussichten, werden die alten Krisen zurückkehren.“ Zudem könne die EU nur im Verbund mit den neuen Mitgliedern „Weltmacht“ werden. Das freilich setzt nicht nur Reformen innerhalb der Union voraus, die Pflüger anmahnt. Es erfordert vor allen den Abschied vom Nationalstaat. Der Kontinent müßte eine gemeinsame Identität entwickeln. Vielleicht hilft dabei eine erneute Beschäftigung mit seiner Geschichte. Europas Nachkriegsvergangenheit muß neu gedacht werden, fordert Tony Judt in einem geistreichen Artikel der Zeitschrift „Transit“. „Die schlichte Einteilung der europäischen Geschichte dieses Jahrhunderts in die Abschnitte ‚vor 1913‘, ‚1913 bis 1945‘ und ‚nach 1945‘ hat ihre Selbstverständlichkeit verloren.“ Für Osteuropa galten schon immer andere Zäsuren, so der amerikanische Historiker. Sie aber nahm der Westen nicht zur Kenntnis. Die bis heute zu verzeichnende Ignoranz der Geschichte des Ostens verhindere die Herausbildung eines für die Zukunft notwendigen Geschichtsbewußtseins, das „einen nützlichen gesellschaftspolitischen Beitrag für das künftige Europa leisten könnte“. Dem kann man nur zustimmen.

27. März 1999

Prägten sie Deutschland, 50 Jahre Bundesrepublik von Adenauer bis Wehner, Von Egon Bahr „Sie prägten Deutschland“ ist der ebenso anspruchsvolle wie irreführende Titel des Buches, das aus der interessanten Idee des Hessischen Rundfunks 22 politische Porträts zusammengestellt hat, aus denen sich „eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ ergeben soll. Dem Herausgeber, Hans Sarkowicz, verantwortlich für den Bereich Kultur und Wissenschaft im Sender, sind die Probleme einer Anthologie bewußt, der Unterschiedlichkeit von Qualität, Ansatz und Kriterien, mit denen die Autoren die Objekte ihrer schriftlichen Bemühungen zeichnen, beschreiben, analysieren, einordnen. Wenn Hans-Peter Schwarz Adenauer portraitiert, ist Neues nicht zu erwarten, auch wenn sein uneingeschränktes Lob gut formuliert ist. Da wirkt das bekannte kritische Wohlwollen Gunter Hofmanns für Willy Brandt sympathisch, wie denn generell festzustellen ist, daß es schwer ist, den „Großen“, deren Bilder ausgeleuchtet scheinen, unbekannte Farbtupfer hinzuzufügen. Das gilt für Kohl (Iring Fetscher) wie Schmidt (Hans-Peter Riese), Strauß (Wolfgang Benz) wie Wehner (Dieter Hildebrandt), Schumacher (Peter Glotz) wie Scheel (Dietrich Thränhardt), Erhard (Daniel Körfer) oder Kiesinger (Klaus Hildebrand) und Gerstenmaier (Thomas Löffelholz). Glücklicherweise halten alle Autoren, von der erwähnten Ausnahme abgesehen, kritischen Abstand und versuchen nicht, unantastbare Helden zu modellieren. Das vermeidet auch Heribert Prantl gegenüber dem herausragenden Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker. Der alten Redakteurserfahrung folgend, daß nicht durchfallen kann, was gestrichen wird, gibt es keine Portraits der Bundespräsidenten Lübcke und Carstens. Sie fehlen nicht, wohl aber das von Roman Herzog, dessen kantige Unverwechselbarkeit zu den prägenden Köpfen dieses Landes gehört und wohl schon beurteilt werden kann. Lohnend und reizvoll die Arbeit von Johannes Rau über Gustav Heinemann, nicht nur weil da der mögliche zweite sozialdemokratische Bundespräsident über den ersten schreibt, sondern weil seine vertraute menschliche wie politische Nähe neue Schlaglichter findet, vor allem solche, die für die Gegenwart Bedeutung haben und noch gewinnen können, weil sie über die Bundesrepublik

(alt) hinausreichen. Damit bin ich bei einem weiteren Höhepunkt der Galerie angelangt. Der gelernten Journalistin Hildegard Hamm-Brücher gelingt es, Theodor Heuss, der sie für sich und die Politik begeistert hat, dem Leser nahezubringen. Die Zitate sind nicht nur lebendig, sondern zum Teil aufregend, als hätte der erste Bundespräsident den Heutigen in Regierung und Gesellschaft seinen weisen und gütigen Rat geben wollen. Die Frauen sind überhaupt Gewinn und Verdienst des Buches, als Autorinnen blutvoller und lebensnäher. Petra Weber modelliert die Ausnahmeerscheinung Carlo Schmid, dessen Klugheit Verfassungsfestlegungen zu verdanken sind, die zu Selbstverständlichkeiten unserer staatlichen Wirklichkeit geworden sind, und der von Geist und Macht mehr wußte, als er im Getriebe des politischen Alltags für sich selbst durchsetzte. Vielleicht sind die Portraits dreier Frauen nur auf schamvolle Proporzermäßigungen zurückzuführen: Elisabeth Schwarzhaupt (CDU), Käthe Strobel (SPD) und Hildegard Hamm-Brücher (FDP) stehen nicht für die sogenannte große, sondern für die menschliche Politik. Hanna-Renate Laurien, Birgit Meyer und Nina Grunenberg ergänzten sich unabgesprochen in der Darstellung des mühsamen, hartnäckigen und nervenden Kampfes um Fortschritt und Veränderung für Familien und Gesundheit. Diese stillen Reformen sind gute Realitäten unseres Staates geworden. In allen drei Parteien mußten die Frauen ringen, um ihre Fähigkeiten entfalten zu können. Eine durchaus durchwachsene Geschichte, in der Deutschland noch immer keinen Ehrgeiz zeigt, einen Spitzenplatz in der Gruppe der zivilisierten Staaten zu erstreben. Gerhard Schröder (Gunter Bannas) und Joschka Fischer (Jürgen Leinemann) gehören wohl unvermeidlich als Repräsentanten eines erstmaligen und umfassenden Personalmachtwechsels in der Regierung zum Abschluß dieser in Bonn beheimateten Republik, die sie gar nicht prägen konnten. Wieweit der Auftakt für die zeitlich unbegrenzte Normalität in Berlin prägend sein wird, bleibt abzuwarten. Es ist ärgerlich, daß das Land dieses Jahr 1999 so wenig als Gelegenheit nutzt, 50 Jahre deutscher Geschichte zu begreifen. Statt dessen gefällt man sich in der westdeutschen Betrachtung von 50 Jahren Bundesrepublik, obwohl dann auch an 50 Jahre DDR zu erinnern sein wird und ganz unpassend zu solcher zahlenmäßigen Symmetrie im Herbst das zehnjährige Ende der Mauer zu feiern ist. Auch dieses Buch (und es wird in der zu erwartenden Fülle weder das erste noch das letzte dieser Art bleiben) demonstriert, wie schwer es fällt, 40 Jahre der staatlichen Teilung im Denken zu überwinden. Wenn es seinem Anspruch hätte gerecht werden wollen, Menschen vorzustellen, von denen zu sagen ist, „sie prägten Deutschland“ in den zurückliegenden fünf Jahrzehnten, dann hätten wohl mindestens Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Erich Honecker dazugehört. In der geschichtlichen Beurteilung reicht die Einheit bis Hitler, für die Zeit danach ist sie noch zu gewinnen. Der Herausgeber hat wohl im Gefühl des peinlichen Mangels, daß da doch nach 40 Jahren BRD noch etwas war, noch Bärbel Bohley (Walther Joachim) in die Galerie aufgenommen, obwohl für die letzten zehn Jahre des Landes Gregor Gysi sicher wichtiger war. In der unter allen anderen einsamen Gestalt dieser sympathischen Frau bündelt sich nun ein deutsches Leben, im Jahre des Kriegsendes begonnen, aufrecht und mutig zu einer Stimme der aufbegehrenden Bürgerrechtler in der DDR geworden, enttäuscht in der Hoffnung, ihren Staat reformieren zu können, und dann enttäuscht, statt der erwarteten Gerechtigkeit die demokratische Realität des Rechtsstaates zu finden. Trotz aller Mängel: Ich habe das Buch mit Gewinn, streckenweise mit Lust gelesen, nicht nur, weil es einiges und einige Frauen dem Vergessen entreißt, sondern es insgesamt doch ein buntes Bild von der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung im größeren Teil des geteilten Landes gibt.

4. Mai 1999

Das Spiel mit Auschwitz

Oft sind sie in den letzten Wochen parteiübergreifend gelobt worden: die glorreich zerknitterten Drei. Der Kanzler sowie der Außen- und der Verteidigungsminister haben wirkungsvoll die reif gewordene Republik in Szene gesetzt. Deutschland führt Krieg - und bleibt dabei, bei allem nötigen Selbstbewußtsein, so bescheiden wie eh und je. Zwar ist die Innenpolitik fast völlig in den Hintergrund getreten, doch Land und Leute halten unbeirrt, auch unerschütterlich an der zivilen Verfaßtheit der Republik fest.

Hört man freilich genauer hin, dann spürt man schnell, daß das Selbstverständliche so selbstverständlich doch nicht ist. Es ist Pose dabei. Ab und an sähe man lieber einen Außenminister, der sich etwas weniger demonstrativ in Sorgenfalten legt. Und man staunt über den moralisch fundierten Rigorismus, der dem Verteidigungsminister Tag für Tag tiefer ins Gesicht geschrieben scheint. Was stört an dem neuen Moralismus, der in der deutschen Politik dieses Jahrhunderts ja oft genug Mangelware gewesen war?

Es ist ein Novum auf der Hardthöhe: Rudolf Scharping hat sich soeben zu der Debatte über den Krieg geäußert, die - ein wenig stotternd und ein wenig orientierungslos - unter Intellektuellen im Gange ist. Gegen den Schriftsteller und Akademie-Präsidenten György Konrád, der die Nato-Bombardements verurteilt hatte, setzte er in einem langen Beitrag zur Verteidigung des Krieges an. Die Menschenrechte stehen im gleißenden Vordergrund, und das Argument ist schlüssig: Wo die Unversehrtheit von Menschen unter Verzicht auf Waffen nicht zu sichern ist, muß sie mit Waffengewalt erzwungen werden. Dieser Konsequenz auszuweichen, würde - so Scharping - für Deutsche bedeuten, daß sie die Lektion des Nationalsozialismus doch nicht gelernt haben. Der Verteidigungsminister bemüht die konkreten Schrecken der Vertreibung, um für seine Sache zu werben. Dabei ist nicht zu übersehen, daß er - wohl wider Willen - auf Überrumpelung setzt. Mehrfach hat er seit Beginn des Krieges dazu geneigt, die Schrecken zu überzeichnen, hat mit der Ästhetik des Schreckens gespielt, hat Vergleiche mit dem Holocaust zumindest nahegelegt.

Das ist kein Zeichen von Reife. Wer so vorgeht, glaubt nicht wirklich an die Normalität dieser Republik. Er appelliert an die Bereitschaft zum moralischen Surplus, weil er fürchtet, anders die deutsche Beteiligung am Krieg auf Dauer nicht „vermitteln“ zu können. Solange die deutsche Bereitschaft, sich an Operationen der Nato zu beteiligen, mit der besonderen deutschen Verpflichtung zur Moralität erzwungen wird, hat die deutsche Souveränität nichts Normales. Sie kommt vielmehr als umgekehrtes Sendungsbewußtsein daher.

Wenn Scharping vom „faschistischen Kern“ der Politik Milosevic' spricht und damit genau jenen Vergleich anstellt, den im Historikerstreit die „linke“ Seite der „rechten“ ankreidete, hat auch das etwas Ungutes. Wir müssen gegen Verbrechen nicht deswegen sein, weil sie an den Faschismus und damit die deutsche Vergangenheit erinnern. Wir sollten uns, mit Herz und Verstand, gegen Verbrechen einsetzen, weil sie Menschen ihres Lebens und ihrer Würde berauben. Wir brauchen, darüber hinausreichend, keine hausgemachten Begründungen.

Wer immer und überall den deutschen Faschismus als Folie braucht, treibt letztlich eine umgekehrte Politik der Selbstüberhebung. Einst einzigartig im Verbrechen, sollen Deutsche nun einzigartig in der Durchsetzung der Menschenrechte sein. Dieses Denken hat etwas Egozentrisches, hat etwas vom Sonderweg, auf dem sich die schreckliche deutsche Seele wieder zur schönen Seele geläutert haben will.

Ja wir brauchen „compassion“, Mitleid, Mitleiden. Wir müssen das aber nicht exalziert begründen. Ergehen wir uns, wie Scharping das leider zu Teilen tut, in expressionistischer Aufrüttel-Prosa, dann beweisen wir nur, daß wir noch immer jene verwöhnten Inselbewohner sind, als die wir oft verspottet wurden. Daß Krieg und Gewalt die Regel sind, erscheint uns Verschonten als ungeheuerliche Neuigkeit, die wir dann mit Eifer in die Welt hinausposaunen - ganz so, als wären wir die ersten, denen dies Licht aufgegangen ist. Fast ein halbes Jahrhundert lang waren wir behütet. Daß wir jetzt in die häßliche Normalität der Geschichte entlassen sind, sollte uns nicht mit neuem Sendungsbewußtsein erfüllen.

2. Juli 1999

Die ganze Geschichte soll es sein,
Das Holocaust-Mahnmal und der Wiederaufbau des Stadtschlusses gehören zusammen -
Essay von Benedict Maria Müller

Als der designierte Staatsminister für Kultur, Michael Naumann noch im Wahlkampf auf den wüsten Berliner Schloßplatz trat, rieben sich viele verduzt die Augen. Ein allem Monarchischen unverdächtiger Sozialdemokrat machte sich für den Wiederaufbau des Stadtschlusses stark, lehnte aber die Errichtung eines „monumentalen Mahnmals“ zu Erinnerung an die Vernichtung der Juden im Herzen des neuen Regierungsviertels vehement ab.

Verkehrte Welt: ein begeistertes, sozialdemokratisches Ja zur Restauration und ein diffuses Nein zur Manifestation deutscher Schuld. Die Ankündigung der neuen deutschen Normalität. Doch so einfach ist sie nicht zu haben, und inzwischen hat auch Naumann dazugelernt.

An seinem damaligen Verdikt fiel auf, daß er Schloß und Mahnmal zwar in einem Atemzug, aber alternativ betrachtete. Inzwischen hat auch der Kanzler den Wert des identitätsstiftenden, geschichtsträchtigen Schloßplatzes entdeckt. Tatsächlich aber ist der innere und äußere Zusammenhang der beiden für die Bundesrepublik und ihre Hauptstadt so wichtigen Projekte bislang wenig bedacht worden. Dabei liegen die Parallelen auf der Hand. Beide Areale sind noch immer und nicht zufällig große Wüsteneien im Weichbild der Stadt, erzählen von deutschen Wegen und Irrwegen, von Anmaßung und Überheblichkeit, von Unvermögen und Zerstörungswillen. Beide sind Orte verdichteter Geschichte, und so hart wie um sie gerungen wird, sind sie Symbole der Suche nach uns selbst, Schauplätze deutscher Selbstvergewisserung. Beide Plätze liegen wie mattglänzende Scherbenstücke an der historischen Achse der Stadt - Bundestag, Brandenburger Tor, die Linden und der derangierte Schloßplatz -, sie rühren tief an den Nerv unseres Bewußtseins. So gesehen, ist es gar nicht erstaunlich, daß Schloß und Mahnmal, jeweils für sich in so hohem Maße aufgeladen, bisher nicht produktiv miteinander in Beziehung gesetzt wurden.

Oberflächlich betrachtet, sprach einiges dafür, diese Trennung aufrechtzuerhalten. Denn das sorgte für Übersichtlichkeit, hielt die konträren Lager der Rechten und der Linken jeweils zusammen. In Wahrheit ist es jedoch komplizierter: Unter den Schloßenthusiasten gibt es vermutlich viele, die das Mahnmal befürworteten, und unter den Mahnmalbefürwortern gibt es sicher auch viele, die nichts gegen den Wiederaufbau des Schlusses einzuwenden haben. Von einer Allianz der Schlußstrich-Zieher und der Wir-sind-wieder-wer-Politiker, die Preußens Glorie wieder aufscheinen lassen wollen, kann also ernsthaft keine Rede sein.

Es mag Gründe geben, für das eine und nicht für das andere zu sein. Aber es gibt bessere Gründe, für Schloß *und* Mahnmal einzutreten. Und es ist hohe Zeit, beide Orte in *einer* Perspektive zu sehen und ihre Gestaltung von der langen Bank zu nehmen, auf die sie, nicht zuletzt mit planvoller Hilfe des Regierenden Bürgermeisters, geschoben worden sind. Beide

Denk-Male - denn auch das Schloß wird, wenngleich auf andere Weise, ein solches sein - sind völlig einmaligen Charakters, weisen je auf unterschiedliche Abschnitte und Erfahrungen deutscher Geschichte hin und sind zugleich miteinander verwoben. Hier das schöne Symbol „raumgreifender Herrschsucht“ (Naumann), dort das unübersehbare Zeichen des Zerbrechens, Zerstörens und Vernichtens, des Untergangs der zivilen Gesellschaft in Deutschland. Ging nicht auch dem barbarischen Bruch von 1933 das Desinteresse der Weimarer Republik an dem monarchischen Symbol voraus?

Die Stelen Eisenmanns sind alles andere als abstrakt, im Gegenteil: Jeder wird sich eines Tages an diesem Ort die Frage stellen, warum es nötig war, sich in unmittelbarer Nähe zum Parlament solch einen Platz zuzumuten. Er gibt Anlaß, ihn in seiner buchstäblichen Vielschichtigkeit zu lesen. Solche Formen des Erkennens gehen den Weg des inneren Monologs - und nicht den des Dialogs auf dem pädagogischen Pfad des guten Willens oder eines unspezifischen „Du sollst nicht morden“, das sich an alle und jeden richtet. Erinnerung und Gedächtnis entstehen nicht planvoll, sondern wachsen in unsystematischen, chaotischen Prozessen, in konkreten Menschen, die sich Fragen stellen und Antworten suchen. Ob die richtig oder falsch sind, dafür kann ein Denkmal am allerwenigsten.

Manchen gereichte ja schon die jahrelange Debatte allein als Mahnmal - ganz nach dem Motto, der Weg sei alles, das Ziel nun nichts mehr. Die Gefahr dieser Unentschiedenheit scheint im Hinblick auf das Holocaust-Mahnmal gebannt. Die heute politische Verantwortung tragende Generation, die gerade den ersten europäischen Krieg seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu verantworten hatte, hat offenbar begriffen, daß sie die letzte ist, die wirklich die Kraft hat, das Mahnmal als Zeichen fortwährender Trauer- und Versöhnungsarbeit zu errichten.

Diese Generation darf aber nicht damit zufrieden sein, daß sie nun das eine baut, während das andere zu einem städtebaulichen Horror vacui mutiert. Sich der deutschen Geschichte jenseits der Schloßbrücke zu stellen, zeugte ebenso von nationaler Reife und Würde. Auch die Rekonstruktion des Stadtschlusses, allerdings nicht als Kommerzmeile mit öffentlichem Vorzimmer, steht wieder auf der Tagesordnung.

16. August 1999

Von Normalität weit entfernt

Trübsal und Trauer prägten Ignatz Bubis' letzte öffentliche Worte. Er glaubte, nicht das erreicht zu haben, was ihm wichtig war und zu seiner Mission wurde: die Normalisierung des jüdisch-nichtjüdischen Verhältnisses in Deutschland. Die meisten Beobachter taten Bubis' Zwischenruf als die in ihrer Düsternis überzogene Bemerkung eines alten Mannes ab, der - vom Prankenschlag der Krankheit niedergestreckt - jeglichen Optimismus verloren habe. Darin aber täuschen sie sich. Ignatz Bubis traf genau den Punkt.

Es ist nicht normal, das jüdisch-nichtjüdische Verhältnis in Deutschland. Genauer noch: Es ist verkrampft, verklemmt, durchsetzt von schlechtem Gewissen. Es zeichnet sich durch Furcht, Vorurteile, ja Rassismus aus, einen Rassismus, der sich spätestens seit 1933 in das Denken vieler Landsleute geschlichen hat, dort die tollsten Kapriolen schoss mit den allseits bekannten Folgen und heute nun, umgewandelt, gleichsam mit Schokolade übergossen, als Philosemitismus in den Köpfen vieler Deutschen haust - nicht nur im Denken des einfachen Mannes: bei Akademikern wie Politikern, bei Publizisten wie Intellektuellen (von den Museumsmachern ganz zu schweigen).

1933 galt der deutsche Jude offiziell plötzlich als Fremder im eigenen Land, wurde entrechtet, entmenschlicht und schließlich als bloßes Subjekt nicht etwa gemordet, viel schlimmer: in

industrieller Massentötung vernichtet. Alles Übel, alles Perfide wurde den Juden, diesen vermeintlichen „Orientalen“ - wie schon Heinrich von Treitschke schrieb -, angedichtet. Mit Deutschland hatten sie nichts zu tun, so der verbreitete Glaube.

Bis heute hat sich an dieser Ansicht nicht viel geändert, auch wenn Generationen von jüdischen Funktionären, Rabbinern und anderen Persönlichkeiten in Deutschland so beständig wie leidenschaftlich Gegenteiliges von sich geben. Immer wieder - zuletzt tat es Kanzler Schröder nach dem Tode des Zentralratsvorsitzenden - wird von „unseren jüdischen Mitbürgern“ gesprochen, obgleich es doch Bürger sind. „Wie kann man heute als Jude in Deutschland leben?“ hört man gutwillige Journalisten mit Grabesmiene immer dann Juden fragen, wenn Rechtsradikale irgendwo einmal wieder ihr Gehirn entleeren, ohne daß jene so betroffenen Reporter nur im Entferntesten den Antisemitismus spüren, der in ihrer Frage liegt. Juden gehören eigentlich nach Israel, mußte sich Bubis oft anhören, von Landsleuten meist, die es herzensgut, keineswegs judenfeindlich meinten.

In Deutschland bleibt der Jude der Fremde schlechthin, und die meisten nichtjüdischen Deutschen freuen sich noch an dieser angeblichen Andersartigkeit; mehr als das, sie finden sie grandios, bereichernd, einfach spitze. Mit geradezu närrischer Begeisterung wird alles tatsächlich oder angeblich Mosaische ans Herz gedrückt. Vor allem die osteuropäische Stetlwelt hat es vielen angetan, der kaftantragende Jude mit traurigem Blick, aber auch die jüdische Religion - meist auf das Mythisch-Chassidische reduziert - als etwas Exotisches begriffen und bestaunt.

Der Deutschen Judäophilie kennt keine Grenzen. Überall bricht sie hervor, in den öligen Reden zu „Wochen der Brüderlichkeit“ genauso wie in überzuckerten Vorträgen über den jüdischen „Beitrag“ zu Kunst, Kultur und Wissenschaft der Weimarer Republik. Kaum einer merkt, daß derlei Phrasen die Juden erneut hervorhebt, zu etwas Besonderem, ja Einzigartigem macht, eben zu Fremden im eigenen Land, diesmal nicht im negativen Sinne wie bis 1945, sondern positiv, hoch jauchzend, „als müsse einem Mythos Unterrasse Gegendampf gegeben werden“, so Ernst Bloch einmal treffend.

Normal ist das nicht. Das kann es auch gar nicht sein. Zu groß, zu tief sind die Wunden der Vergangenheit. Und es war wohl naiv von Bubis, tatsächlich zu glauben, er könne normalisieren, was nicht alltäglich, nicht selbstverständlich ist. Normalisierung setzt Gelassenheit und die Bereitschaft voraus, von Vorurteilen zu lassen. Selbst fünf Jahrzehnte nach Ende des Dritten Reichs ist davon kaum etwas zu bemerken.

Es wird noch Generationen dauern, bis sich von Normalität reden läßt. Wenn sie in ferner Zukunft einmal erreicht sein sollte, hatten Ignatz Bubis wie übrigens auch sein Vorgänger Heinz Galinski ihren Anteil daran.

4. November 1999

Richtige Worte für die Sprache der Erinnerung

Ein Abend mit Salomon Korn - gegen Normalität

Nach dem Holocaust hat es lange gedauert, bis Juden in Deutschland ihre provisorischen Zelte mit festen Häusern vertauschen konnten, bis gepackte Koffer ausgepackt wurden, bis Pläne für die Auswanderung endgültig in der Abstellkammer landeten. Vom Stop-over zur Landung - Salomon Korn erinnert diese Passage an die Wüstenwanderung der Kinder Israel. Erst „wer ein Haus baut, will bleiben“. Das war die programmatische Aussage des Frankfurters, des Architekten Korn, nachdem das Jüdische Gemeindezentrum Frankfurt nach seinen Plänen gebaut wurde. Das war vor 13 Jahren. Korn, 1943 im Ghetto von Lublin

geboren, ist in Deutschland angekommen, im Land der ehemaligen Täter heimisch geworden.

Weil sich Normalität zwischen Juden und Nichtjuden in Deutschland aber nicht herbeireden lasse, reibt sich Korn an jenen, die sie im Schuttschatten Martin Walsers allzugern fordern - im Gespräch mit der WELT anlässlich der Vorstellung seiner wohlthuend provozierenden Aufsatzsammlung „Geteilte Erinnerung. Beiträge zur deutsch-jüdischen Gegenwart“ (Philo Verlag, Berlin 1999, 265 Seiten, 38 Mark). „Die Walser-Bubis-Debatte hat den Wunsch eines Teils der Bevölkerung angesprochen, endlich aus dem Schatten von Auschwitz herauszutreten und eine wie immer auch geartete Normalität einzuschlagen. Unter Normalität wird verstanden, sich weniger mit Vergangenheit auseinander zu setzen.“ Nach dem, was geschehen ist, sei es aber normal, „daß wir noch nicht normal miteinander umgehen“.

Korn steht als Nachfolger von Ignatz Bubis jetzt nicht nur der Frankfurter Jüdischen Gemeinde vor, er möchte auch die Debatte um Walser im Sinne seines väterlichen Freundes weiterführen: Weil sie aufgehört habe, wo sie hätte weitergehen sollen. „Walser ist nicht an einer kollektiven, nur an seiner individuellen Erinnerung gelegen. Er möchte sich seinen unschuldigen Bodensee-Blick bewahren. Was will Walser, wenn er sagt, man müsse neue Formen des Gedenkens, eine neue Sprache der Erinnerung finden? Unsere Sprache reicht doch. Man muß die Worte nur richtig setzen. Wenn jemand wie Walser so etwas sagt, meint er dann in Wirklichkeit nicht etwas anderes? Nämlich: unsere Erinnerung nur noch selektiv zu benutzen!“ Korn stellt sich in Walsers Aussicht und will von dort nicht mehr weg.

Seine Publizistik will provozieren. Lea Rosh zum Beispiel, wenn er ihr „Baby“, wenn er den Entwurf des Holocaust-Mahnmals attackiert. Sicher, als Jude begrüßt Korn ein Mahnmal für die jüdischen Opfer. Als deutscher Staatsbürger lehnt er es ab. „Der Staat ist allen Opfern in der Pflicht. Er darf sich nicht eine Gruppe herauspicken. Vor allem wurde aber die Chance vertan, im Land der Täter den Blick auf Tat und Täter zu werfen. Es ist viel leichter, sich mit einem Opfermahnmal auseinander zu setzen als mit einem Mahnmal, das auf schmerzlichste Weise einen selbst, die Eltern, die Großeltern, das eigene Volk, die eigene Geschichte betrifft.“ An diesem Punkt ist er desillusioniert: „Ich dachte, der Blick auf die Täter müsste im Abstand von 50 Jahren möglich sein. Wo doch kaum jemand aufrichtig über die sechs Millionen Ermordeten zu trauern scheint.“

Im Januar wird der neue Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland gewählt. Korn sagt, er wolle nicht kandidieren, auch wenn Bubis ihn gerne als seinen Nachfolger gesehen hätte. Aus dem Rennen ist Korn damit nicht.

5. November 1999

Wo Deutschland steht,

Zehn Jahre nach der ersten erfolgreichen und friedlichen Revolution in Deutschland scheint das Bewußtsein für die historische Dimension der Änderungen, die in diesen Jahren eingetreten sind, in der öffentlichen Diskussion in den Hintergrund zu geraten. Alltagsfragen bestimmen das innerdeutsche Leben, die innerdeutsche Diskussion. Wenn man es so bezeichnen will, ist Normalität zurückgekehrt.

Retrospektiv betrachtet, ging der Umgang der Ost- und Westdeutschen miteinander nach dem Glückstaumel der Wiederbegegnung zunächst recht subtil vonstatten. Die Menschen entwickelten ein immer feineres Sensorium, um herauszufinden, ob jemand ein Wessi oder ein Ossi ist. Man ging sehr vorsichtig - und damit letztlich sehr distanziert - miteinander um. Die gegenseitigen Erwartungen waren hoch, vielleicht zu hoch, und man hat zu wenig offen darüber geredet. Zu viele Menschen in beiden Teilen Deutschlands gingen lange Zeit wie

selbstverständlich davon aus, daß mit der Angleichung der Rahmenbedingungen und Lebensverhältnisse die deutsche Einheit vollendet sein würde. Die innerdeutsche Diskussion aber darf sich nicht darauf beschränken, sich gegenseitig die Arbeitsmarktstatistiken vorzuhalten.

Die Reibungen zwischen Ost und West werden nicht abnehmen. Das aber ist nicht nur bedrückend. Im Gegenteil: Dieser Prozeß macht erst gemeinsame Zukunftsentwürfe möglich. Es sei in diesem Zusammenhang an die Spannung zwischen Bayern und Preußen, später zwischen den süddeutschen Ländern und dem Ruhrgebiet erinnert. Nur in offener und kontroverser Diskussion wird Kennenlernen möglich, können Verständnis und Respekt wachsen.

An diesem Punkt steht Deutschland jetzt, und seine Bürger zeigen sich erschrocken über innerdeutsche Kontroversen, statt sie als fruchtbare Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Zukunft anzunehmen.

Die westdeutsche Erfolgsgeschichte ist keine immerwährende Garantie für die Zukunft. Die radikalen Veränderungen in den neuen Bundesländern, die oft als bloße Anpassung an eine „Westgesellschaft“ mißverstanden werden, stehen unter dem Stern eines grundlegenden Wandels, dem sich sowohl die alten als auch die neuen Bundesländer zu stellen haben. Gerade die Bürger der neuen Bundesländer suchen nach einer Möglichkeit aktiver demokratischer Teilhabe, in der sie sich mit den Erfahrungen ihrer Vergangenheit und mit ihren Zukunftswünschen wiederfinden.

Deutschland hat vor zehn Jahren die weltpolitische Nische endgültig verlassen. Der alte Traum vom Weltbürger kann jetzt wahr werden. Die eigene Geschichte muß nicht die Zukunft verdunkeln, wenn die Menschen bereit sind, offen darüber zu sprechen. In Deutschland ist das Bewußtsein von nationaler Identität, aber vor allem auch der Wunsch nach nationaler Identität trotz aller Unterschiedlichkeiten bei vielen Bürgern vorhanden - sonst würden sie darüber nicht so leidenschaftlich diskutieren.

Gerade in Umbruchsituationen ist es wichtig, daß man sich selbst immer wieder vergewissert, wo man steht, wie man die Widersprüche des Alltags mit den eigenen Träumen und Hoffnungen in Einklang bringt. Handlungsfähig bleibt man nur, wenn sich hinter aller Unruhe ein Zukunftsbild zeigt. Nach diesem neuen gesellschaftlichen Zukunftsentwurf suchen wir zur Zeit. Weder Ost noch West haben dafür Patentrezepte. So ist die große Herausforderung für beide, gemeinsame Visionen zu entwickeln. In dieser Herausforderung indes steckt auch eine gewaltige Chance. Mit Bezug auf die Expo 2000 im kommenden Jahr in Hannover heißt das: Der Respekt der Deutschen untereinander, der Respekt gegenüber der Andersartigkeit der in diesem Land lebenden Ausländer sind Voraussetzung für unsere Glaubwürdigkeit, daß Deutschland wirklich bereit ist, die ganze Welt freundlich und offen zu empfangen und gemeinsam eine Weltschau zu veranstalten.

Deutschland hat eine große Lösungskompetenz für globale Fragen im Verhältnis von Ökonomie und Ökologie entwickelt. Die inneren politischen Auseinandersetzungen und die unabweisbaren Aufgaben, die eine alte, dicht besiedelte Industrielandschaft an einen Strukturwandel stellt, haben dies in den letzten Jahren erzwungen. Jetzt müssen wir daraus ein Angebot für die Welt machen: im politischen wie im wirtschaftlichen Sinn.

Aber Deutschland darf der Welt nicht nur zeigen, was es erreicht hat, oder Hilfe und Unterstützung anbieten, sondern muß auch in die Welt schauen und die Fragestellungen und Lösungsangebote aus der ganzen Welt reflektieren und aufnehmen. Eine solche Weltschau soll die Expo 2000 in Hannover werden, unter dem Leitmotiv „Mensch-Natur-Technik: Eine neue Welt entsteht“.

Birgit Breuel ist Generalkommissarin der Weltausstellung EXPO 2000 und Geschäftsführerin der EXPO 2000 Hannover GmbH

7. Januar 2000

Die Deutschen sind wieder Berliner

Kommentar von Torsten Krauel

Moloch Berlin! Gefährdeter Föderalismus! Deutscher Größenwahn! Was haben die Deutschen im vergangenen Jahrzehnt nicht alles über die Risiken einer Hauptstadt Berlin zu hören bekommen. Und nun stellt sich heraus: Die Deutschen haben die Hauptstadt Berlin akzeptiert, ja, sie beginnen sie sogar zu lieben.

Die Fragen suggerierten manchmal positive Antworten, gewiß; aber sie waren nicht einseitig nach dem Motto „Finden Sie Berlin großartig, wunderbar oder nur gut?“. Die vom Senat initiierte Emnid-Umfrage zum Image Berlins läßt keinen Zweifel: Die große (bei manchen Themen sogar eine überwältigende) Mehrheit der Deutschen hält den Umzug für gelungen, die Hauptstadt für einen Anlass zum Stolz, die Statik der Bundesrepublik für gesichert. Der Blick zur Spree weckt in ihnen ein dominierendes Gefühl: Vertrauen.

Das ist, gemessen an der Dimension des Umbruchs seit der Wende, ein Signal von geradezu dramatischer Güte. Für die Bevölkerung geht die Revolutionsdekade zu Ende, und ein fast unbegreiflicher Begriff gewinnt an Raum: Normalität in einem Deutschland, von dem noch 1989 kaum jemand je zu träumen gewagt hatte.

7. Februar 2000

Auf der Suche nach der Normalität,

Als erster deutscher Staatsmann sprach Johannes Rau vor der Knesset - eine historische Geste der Versöhnung. Doch israelische Abgeordnete kritisierten, daß der Bundespräsident seine Rede auf Deutsch hielt. Von Wulf Schmiese

Bereits 32 Mal war Johannes Rau in Israel, mit vielen Politikern hier duzt er sich und scherzt mit ihnen, als säße er daheim in Wuppertal beim Bier. Doch von Normalität kann bei diesem Staatsbesuch keine Rede sein. Jetzt ist alles anders, und das Banalste wiegt politisch schwer.

„Erstmals in der Knesset: Ein deutscher Präsident wird eine Rede auf Deutsch halten.“ So kündigt das Boulevardblatt „Maariv“ den Tag an. Als US-Präsident Bill Clinton vor dem Parlament sprach, war klar, daß er in seiner Muttersprache reden würde. Wie sonst? Beim deutschen Staatsoberhaupt sorgt das für Streit.

„Rücksichtslos“, nennt Dani Nave, ein wichtiger Mann im konservativen Likud-Block, die Entscheidung. Er kündigte an, die Veranstaltung zu boykottieren. Wie auch Dov Shilansky, der ehemalige Parlamentsvorsitzende: „Der Staat Israel ist aus der Asche des Holocaust entstanden. Eine Rede des deutschen Präsidenten in deutscher Sprache ist eine Schändung des Holocaust-Andenkens.“ Derbe Worte an die Nation, die wie ein schlechtes Omen für den wichtigsten Jerusalem-Tag des Bundespräsidenten wirkten. Wer schließt sich dem Boykott an? Wird es Zwischenrufe geben?

„Das weiß ich nicht“, sagt Rau und zündet sich gelassen eine Zigarette an. Wenn, dann könne er sowieso nichts verhindern, weil die Knesset der Gastgeber sei. Derjenige, der Rau

eingeladen hat, Parlamentspräsident Abraham Burg, kann die Aufregung nicht verstehen. Er habe mit allen zuvor darüber gesprochen, mit dem Knesset-Präsidium, den Fraktionsvorsitzenden, selbst mit Holocaust-Überlebenden. Niemand habe Einwände gehabt, „daß Präsident Rau seine Rede auf Deutsch hält“. [...]

Nun ist das Thema ein Politikum. In Yad Vashem, der Gedenkstätte der Holocaust-Opfer, findet Rau keine außergewöhnliche Geste. Steif, das dünne Haar mit einer schwarzen Kippa bedeckt, steht er neben seiner Frau Christina in der dunklen, kühlen Steinhalle und hört dem Klagelied eines jüdischen Kantors zu.

Die Flamme, die er per Hebel entzünden soll, brennt bereits. Ein Kranz aus Nadelgrün und Nelken wird niedergelegt, Rau schreitet hinterher, bückt sich, um die schwarz-rot-goldene Schleife zu glätten. „Den Kniefall von Willy Brandt im Warschauer Getto kann niemand wiederholen“, hatte er noch abends zuvor im kleinen Kreis gesagt. Er setzt auf das Wort und es schmeichelt ihm, es als erster deutscher Präsident vor den israelischen Volkvertretern einsetzen zu dürfen.

Draußen im Wind, auf dem Hügel von Yad Vashem umzingeln ihn israelische TV-Journalisten. „Warum sprechen Sie auf Deutsch?“ Als fragten sie: „Warum tun Sie uns das an?“ Rau weicht aus. „Ich werde auf Deutsch reden, und ich hoffe, daß ich die richtigen Worte finde.“ Sein Stab argumentiert da entschiedener, wie auch der deutsche Botschafter in Israel, Theodor Wallau. „Deutschlands Präsident spricht selbstverständlich auf Deutsch.“

Vor der Knesset wehen sechs deutsche Flaggen zwischen sechs weiteren mit dem Davidstern. Raus Limousine fährt vor, kein Mercedes, sondern ein schwarzer, extralanger Cadillac. Parlamentspräsident Burg schreitet mit Rau die Ehrengarde ab und führt ihn ins Parlament. Dort ertönt eine Trompetenfanfare, die Flügeltüren öffnen sich. Rau schaut ernst, wagt einen kurzen Blick nach links ins Plenum, und sein Mund scheint danach noch schmaler. Nur 30 Abgeordnete stehen dort vor ihren Kunstledersesseln, die meisten der 130 Sitze sind leer. Besonders der rechte Flügel, wo sonst der Likud-Block und die Ultraorthodoxen sitzen. Selbst das 20-köpfige Kabinett ist nur zur Hälfte erschienen. Ministerpräsident Ehud Barak dreht sich flink um, als alle wieder Platz nehmen, und tuschelt mit David Levy, einem der wenigen Außenminister der Welt, die kein Wort Englisch sprechen. Auf dem Präsidentenpodium ergreift Abraham Burg das Wort, energisch, trotzig, wie jemand, dessen Gäste dem lang vorbereiteten Dinner ferngeblieben sind.

Er wisse selbst, daß Deutsch nicht nur die Sprache Einsteins und Freuds war, sondern auch die von Himmler und Hitler. „Ich habe lange gezögert“, gibt er zu. „Doch nicht die Sprache gibt den Ausschlag, sondern der Redner.“ Johannes Rau sei seit langem der „beste Freund Israels“. Burg wird noch persönlicher, berichtet von seinem Vater, der vor 60 Jahren aus Berlin geflohen war, später Parlamentspräsident wurde und erst vor wenigen Monaten starb. Er war ein konservativ-religiöser Politiker und hätte niemals einem deutschen Präsidenten diese Ehre ermöglicht. „Aber ich bin ein anderer Jude“, sagt Abraham Burg. „Das Verhältnis zu Deutschland hat sich geändert.“

Während Barak und nach ihm der Oppositionsführer Ariel Scharon sprechen und Rau immer wieder als Freund des Staates Israel loben, füllt sich das Plenum. Als der Bundespräsident zum Rednerpult geht, ist der Saal gut zur Hälfte gefüllt. „Das ist viel, viel mehr als sonst“, sagt ein israelischer Journalist auf der Pressetribüne. Avi Primor, langjähriger Botschafter in

Deutschland, bestätigt das. „Ich habe die Knesset nur einmal voll erlebt, da sprach Anwar el Sadat.“

Raus Rede kommt an. Alle applaudieren, unüblich für die Knesset. Fröhlich holt ein Abgeordneter der mitregierenden Mafdal-Partei hinterher seine Jacke von der Garderobe. Wie er es fand? „Ihr Präsident ist ein Mensch, wollen Sie noch mehr Lob?“

10. März 2000

Bündnisfähigkeit, perdu,
Leitartikel von Michael Stürmer

Während Richard von Weizsäcker die Wehrstrukturkommission noch an die Arbeit setzt, ist die Bundeswehr schon auf dem Weg ins Abseits. Die Regierung will es so, und der Opposition hat es die Sprache verschlagen. Würde noch in wütender Konfrontation die Staatsgewalt gegen die Straße stehen, NATO-Freunde gegen Friedensfreunde unversöhnlich gegeneinander in Akademien, Talkshows und Universitäten, dann hätte das Drama einen Namen. Stattdessen kommen trockene Vorgaben vom Bundesfinanzminister und werden im Parlament hingenommen wie die Gesetzestafeln vom Berg Sinai.

Seit dem Ende des Kalten Krieges wird an der Verteidigung gespart, also auch schon zuzeiten der Regierung Kohl. Das hat sich seit Rot-Grün noch einmal beschleunigt. Jetzt kommt die Bündnis Krise. Es ist an der Zeit zu fragen, wie Rot-Grün es mit der deutschen Sicherheit und, darin eingeschlossen, der deutschen Bündnisfähigkeit hält.

Es mag ja sein, daß nichts als Haushaltstechnokratie am Werk ist, die sich selbst, um unrettbare Sozialbudgets zu retten, unter Sachzwänge stellt. Dann müssten Kanzler, Außenminister und Verteidigungsminister mit Festigkeit erklären, daß die Gefahrenlinie überschritten ist.

Oder aber es geht um rot-grüne Unsicherheitspolitik, die zuerst eine hohle Bundeswehr schafft, um dann eine hohle NATO zu haben. Nicht wenige, die solches vor 20 Jahren verfolgten, sind heute im Marsch durch die Institutionen dort angelangt, wo nicht mehr Wasserwerfer drohen, sondern nur erhöhte Cholesterinwerte. Für Hobbyprojekte wie eine „Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung“ sind plötzlich 50 Millionen Mark aus dem Hut gezaubert, und die zuständige Ministerin erzählt allen Ernstes, damit würden Kriege verhindert. Manche von Rot-Grün glauben noch immer, sie müssten die Welt vor dem deutschen Militarismus retten. Sie übersehen, daß die Nachbarn längst Deutschlands Schwäche mehr fürchten als Deutschlands Stärke, die im Übrigen - vom ABC-Verzicht über die Nato-Integration bis zur Sollstärke - immer von kluger, mitunter opportunistischer Zurückhaltung geprägt war.

Vom Oderhochwasser bis zum Kosovo-Einsatz hat sich die Bundeswehr bewährt. Die Soldaten sind mit Ernst bei der Sache. Aus dem Offizierkorps hört man Sorge, daß die Bundeswehr nicht mehr mithalten kann, daß die Ausrüstung veraltet und daß die Soldaten allein gelassen werden. Die Generalität spürt den Zweifel im Bündnis.

Jetzt wird der Bundeswehr der Atem abgedrückt. Der Preis, den sich die Deutschen die militärische Sicherheit kosten lassen, wird pro Kopf der Bevölkerung nur noch von den Luxemburgern unterschritten. Aber das kleinste Land der EU bestimmt nicht die atlantische Sicherheitsarchitektur, in Deutschland aber liegt deren kontinentale Verankerung. Von Deutschland hängt es ab, daß die Nato Mittelstück atlantischer Sicherheit bleibt, daß die Staaten Ostmitteleuropas die strategische Verbindung zu den USA haben - das ist Kern ihres Nato-Beitritts - und daß die EU endlich den „europäischen Pfeiler“ bildet.

Hier und jetzt steht deutsche Bündnisfähigkeit auf dem Spiel. Sie ist, wie das Grundgesetz nach innen, der Kern, der Mantel deutscher Staatsräson nach außen. Das war so zu Zeiten der Teilung, und es ist so zu Zeiten der Einheit. Schwerlich hätten die Deutschen 1990 die Einheit gewinnen und alle Gleichgewichte Europas verändern können, ohne daß das Ganze eingebettet war in EU und Nato. Niemand soll glauben, das europäische Gefüge könne halten, wenn das atlantische durch deutsche Tagträumerei und Nonchalance aus den Fugen gerät. Rot-Grün, von „Normalität“ redend, folgt neuen Sonderwegen.

Demokratische Politik, Tocqueville hat es im 19. Jahrhundert am Beispiel Amerikas gelehrt, ist zuerst und zuletzt immer Innenpolitik. Aber es ist deutsches Interesse, daß die atlantischen und europäischen Gleichgewichte halten. Was Rot-Grün mit der Verteidigung und, in unausweichlicher Konsequenz, mit der atlantischen Sicherheit und dem europäischen System anstellt, ist nicht haushälterische Tugend, sondern Spiel mit der Staatsräson.

29. Dezember 2000

Stolz auf Deutschland sein

Der letzte deutsche Sondervorbehalt muß fallen - Leitartikel

Es könnte in diesen Wintermonaten scheinen, als sei Deutschland ein Land ganz eigener Art - ein wenig unsicher, ja nahezu hysterisch mit Themen befaßt, die andere mit größerer Gelassenheit angehen oder die sonst niemanden interessieren. Es kann aber auch scheinen und sogar so sein, daß dieses Deutschland der Tagesaktualitäten wegen den Blick für sein wirkliches Wesen verliert. Es übersieht die Normalität des Landes - eines Deutschlands, dessen politischer Charakter sich 50 Jahre nach der so genannten Stunde Null dem Lebensgefühl der „westlichen Wertegemeinschaft“ angeglichen hat, der bruchlos anzugehören seit 1949 der Kompaß des Bonner und Berliner Handelns ist. Von einstigen Polarisierungsthemen - Privatisierungsoptionen, technische Fortschrittsrisiken, die Macht internationaler Konzerne, die „Amerikanisierung“ der Kultur - ist wenig mehr geblieben als der durchaus sachdienliche Diskurs über das Für und Wider der praktischen Ausgestaltung. Die Diskussion über den Ladenschluß täuscht in ihrer augenscheinlichen Rigidität darüber hinweg; hier spielen Tagesmachtfragen eine weit größere Rolle als die in raunend-romantischen Sonderbefindlichkeiten ruhende Widerwilligkeit, das Thema überhaupt nur anzufassen. Die deutsche Fundamentalopposition gegen östliche oder westliche Rezepte, die in einem historischen Sonderbewußtsein wurzelte, ist weitgehend geschwunden. „Kanzler der Alliierten“ oder „Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau“ - solche Parolen scheinen nicht einige Jahrzehnte, sondern ganze Generationen von der Gegenwart entfernt zu sein. Der Umstand, daß die Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts, daß völkische und proletarische Sozialismen gleichermaßen ihre philosophische Wurzel ganz überwiegend in Deutschland hatten, ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine historische Restgröße geworden. Ist es vermessen zu schreiben, daß SPD und Grüne, einst der EU als Instrument des Kapitals und der Militärs eher argwöhnisch zugetan, sich nun dem Gedanken einer europäischen Machtpolitik allmählich ohne Verkrampfungen nähern? Sie tun dies mit Prämissen, die sie als spezifisch links empfinden - Menschenrechte vor Wirtschaftsinteressen, Friedenserhaltung vor Prestigekriegen -, aber es sind Prämissen, die die Union fast ausnahmslos teilt. Ist es vermessen zu glauben, daß die Union nun den Gedanken einer Staatsbürgerschaft übernimmt, die nicht mehr völkisch, sondern politisch und verfassungsmäßig begründet wird? Sie tut dies mit Einschränkungen, die sie als spezifisch konservativ empfindet - Leitkultur vor „Multikulti“, nationale Identität vor „Verfassungspatriotismus“ -, aber es sind Kategorien, die mit diesen Streitfronten in allen westlichen Staaten gewogen werden und die auch von den Regierungsparteien der Sache nach letztlich unterschrieben werden können, käme es zum

Schwur. Wenn diese beiden Neubestimmungen zum Abschluß gekommen sind, wird Deutschland in seinem politischen Denken kaum noch von Ländern wie Frankreich, Großbritannien oder den USA unterscheidbar sein. Ist es vermessen zu schreiben, daß Deutschland dann den Prozeß seiner Westbindung vollendet haben wird? Nein, es ist nicht vermessen - mit einer Ausnahme. Deutschland wird sein Verhältnis zum Begriff der Nation normalisieren müssen - gerade wenn es in der EU bestehen, gerade wenn es Zuwanderungsland sein will. Keines der westlichen Länder leistet sich die Leichtfertigkeit, das Nationalgefühl, den Nationalstolz in die rechtsradikale Ecke abzudrängen. Deutschland tut dies derzeit. Es ist der letzte wirklich bedeutende Politikbereich, in welchem sich die Bundesrepublik glaubt, sich ein Sonderbewußtsein leisten zu müssen. Das ist ein großer Fehler. In einer EU der Zwanzig wird es darauf ankommen, ohne innere Vorbehalte die eigenen Interessen zu formulieren, denn alle Partner tun dies. In einer Einwanderungsgesellschaft kommt es darauf an, sich seiner selbst zu vergewissern, bevor man Zuwanderer auf Gewissheiten festlegt. „Deutsche, wir können wieder stolz sein auf unser Land“ - Willy Brandt hatte 1972 Recht. Wir können es, angesichts der letzten fünfzig Jahre. Der letzte deutsche Sondervorbehalt muß fallen. Und wenn wir das vergessen, dann schaden wir uns selbst.

5. Februar 2001

Ende des militärischen Sonderweges

VON VERENA I. WOHLLEBEN

Zur militärischen Macht gehören Streitkräfte und der politische Wille dieses Potenzial in das außen- und sicherheitspolitische Handeln zu integrieren - Gastkommentar

Militärische Macht ist Attribut staatlicher Souveränität und politischer Handlungsfähigkeit. Grauenhafter Machtmißbrauch im Dritten Reich hat in Deutschland zu einem traumatischen Schock geführt, der unter der deutschen Bevölkerung den Realitätssinn für die Notwendigkeit von Macht - insbesondere militärischer Macht - nachhaltig getrübt hat. Dennoch: Die Spielregeln in dieser Welt kommen ohne Macht nicht aus. Macht, in der Summe ihrer facettenreichen Ausprägung, ist der Hebel, um Dinge auf dieser Erde im Guten wie im Bösen anzustoßen oder zu verhindern. Dies gilt auch für politisches Handeln. Ohne Macht herrscht Ohnmacht. Dies wird sich nicht ändern. Auch wenn heute noch viele Bürger diese Realität verdrängen, hat Deutschland keine Wahl: Es muß sich der Realität stellen. Für unsere Nachbarn und Bündnispartner ist Macht in der Politik, aber auch der Einsatz militärischer Macht zur Verfolgung nationaler Interessen oder Durchsetzung bündnispolitischer Ziele eine selbstverständliche Handlungsoption nationaler Souveränität und ein legitimes Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik. Die von deutscher Machtpolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausgelösten unvorstellbaren Grausamkeiten haben Macht und Machtbewußtsein in Deutschland zu belasteten Begriffen werden lassen. Doch dieser deutsche Sonderweg irritierte unsere Bündnispartner und Nachbarn. Sie werden aus historischer Erfahrung stutzig, wenn in Deutschland die Realität, die Spielregeln der Staaten untereinander und miteinander, nicht das politische Handeln bestimmt. Die Irritation unserer Nachbarn und Freunde ist inzwischen erledigt, der deutsche Sonderweg mit dem Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen der NATO zuletzt im Kosovo beendet. Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu verdanken, daß nach 55 Jahren Abstinenz Deutschland sich wieder zu staatlich souveräner Normalität bekennt. Der politische Mut und die außenpolitische Weitsicht des Kanzlers, deutsche militärische Macht aus dem Dornröschenschlaf zu wecken und als Mittel der außenpolitischen Interessenwahrnehmung wieder in die Politikgestaltung einzuführen, ist bemerkenswert und hat gerade auch in der NATO und der UNO größte Anerkennung erfahren. Sein persönliches Eintreten für die militärische Beteiligung an der Friedensmission

der NATO im Kosovo war beispielgebend und hat Deutschland nach Jahren der bewussten Abstinenz als vollwertiges Mitglied in den Kreis souveräner Staaten zurückgeführt. Dennoch bleibt in Deutschland viel Überzeugungsarbeit zu tun, um dem skeptischen Anteil unserer Bevölkerung deutlich zu machen, warum auch heute noch militärische Macht erforderlich ist, um nationale, europäische oder bündnisgemeinsame Interessen zu verfolgen und Beschlüsse der UNO durchzusetzen. Militärische Macht spielt auch bei Fragen der Gleichberechtigung eine nicht zu unterschätzende Rolle. Deutlich wurde dies beim Kosovo-Einsatz, wo die technisch und militärisch haushoch überlegenen Amerikaner ihren europäischen Verbündeten viele Informationen vorenthielten oder erst später zugänglich machten. Man denke nur an den aktuell diskutierten Einsatz uranhaltiger Munition durch US-Truppen. Bei unseren Partnern in der NATO und der EU ist es selbstverständlich, daß militärische Macht als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik zur Anwendung kommt, wenn dies - als Ultima Ratio - erforderlich ist. Daher wird auch unser Einfluß, unser politisches Gewicht in diesen wichtigen Organisationen danach bewertet, welches militärische Potenzial und welche militärischen Fähigkeiten wir zur Unterstützung deutscher Interessen, aber auch als Beitrag für Anforderungen von NATO und EU bereitstellen können. Deshalb ist es für unser Standing im internationalen Kräftespiel von erheblicher Bedeutung, daß wir nicht nur militärische Macht als Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik akzeptieren, sondern tatsächlich auch über das notwendige militärische Potenzial verfügen, um mit der nötigen Glaubwürdigkeit politisches Gewicht im Bündnis und damit unseren internationalen Einfluß zur Wirkung zu bringen. Zur militärischen Macht gehören Streitkräfte, eine industrielle Rüstungsbasis mit High-Tech-Produkten und der politische Wille, dieses Potenzial nicht nur bereitzuhalten, sondern, soweit notwendig, in das außen- und sicherheitspolitische Handeln zu integrieren, damit Deutschland entsprechend seiner Wirtschaftskraft und Bevölkerung als gleichberechtigter Partner agieren kann. Denn in der Realpolitik zählt der gute Wille nur, wenn er entsprechend unterfüttert werden kann.

Verena I. Wohlleben ist verteidigungspolitische Sprecherin der SPD.

30. April 2001

Alles neu am 1. Mai

Während die Deutschen ein verlängertes Wochenende genießen, verändert sich die Republik. Im Reich der politischen Symbolik jedenfalls tut sich um diesen 1. Mai herum Bemerkenswertes. Der Bundeskanzler verläßt das ehemalige DDR-Staatsratsgebäude und bezieht das neue Kanzleramt im Spreebogen. Noch nie hatte das Machtzentrum der deutschen Politik ein so monumentales Gehäuse. Welche Sprache spricht diese Architektur der Macht?

Man sollte meinen, mit dem Umzug des Kanzlers sei im demokratischen deutschen Nationalstaat nun alles an seinem Platz, seien die Sonderwege und Provisorien abgeschlossen, sei endlich der Zustand der „Normalität“ einer europäischen Mittelmacht erreicht. Der Schein trügt - nicht etwa wegen der deutschen Vergangenheit, die nicht vergehen will, sondern wegen der Zukunft, die nicht die Fortschreibung der gewohnten politischen Muster sein wird.

Während er die Umzugskisten packte hat Schröder das mit zwei Ankündigungen deutlich gemacht, die, wenn sie Wirklichkeit werden, das, was man unter „deutsche Politik“ bisher verstand, grundlegend verändern: der Nationale Ethikrat und die europäische Verfassung. Das eine wie das andere bedeutet eine Schwächung der klassischen Institutionen der nationalstaatlichen Demokratie. Es zeigen sich Umriss einer neuen Macht-Architektur.

Die spin doctors der neuen Mitte sind es also, die als leise Revolutionäre dem 1. Mai des Jahres 2001 das Gepräge geben. Die Darsteller des alten europäischen Revolutionstheaters räumen die Bühne. Pünktlich zum Kampftag der Arbeiterklasse verabschiedet sich die PDS

vom Klassenkampf und sucht Anschluss an den Mainstream zivilgesellschaftlicher Politik. Die etatistische Linke sieht für sich selbst keine Zukunft mehr.

Aber es gibt ja noch die „Antifaschistische Aktion Berlin“, die mit der Parole „Kapitalismus bekämpfen - Soziale Revolution weltweit“ die Massen in Kreuzberg mobilisieren will. Man könnte fast eine nostalgische Freude daran empfinden, daß im Mai in einigen Herzen der Glaube an den Mythos der alles neu machenden Revolution noch glimmt. Doch der Innensenator hat die Revolution verboten. Es ist nur eine polizeitaktische Streitfrage, ob das richtig war.

2. Mai 2001

Keine Angst vor Berlin

In Berlin wird das Metropolitane für ganz Deutschland neu entdeckt

Wenn die Maikrawalle toben und das neue Kanzleramt den Kleinmütigen zu groß erscheint, dann sind sie wieder da, die kollektiven Vorbehalte gegen das große Fratzen-Berlin mit der dunklen Geschichte. Nun sind Hauptstädte immer Inhaltsverzeichnisse ihrer Völker, Berlin aber gilt vielen nur als Narbenregister und Infektionsherd der Nation. Am besten es bliebe in Quarantäne.

Bleibt es aber nicht. Im Gegenteil. Die Republik wird zusehends berlinesk - bunter, schneller, selbstbewusster, ja auch lauter und aggressiver. In Berlin wird eben das Metropolitane für ganz Deutschland neu entdeckt. Gegen das rheinische Biedermeier der alten Bundesrepublik, gegen seine Sehnsucht nach Konsens und Gemütlichkeit wirkt die schrille Metropole natürlich vulgär. In der Vulgarität aber, in der Unterordnung des Erkennens unter das Wollen, liegt zugleich eine große Faszination. Während man in der alten Bundesrepublik kaum wagte zu wollen, will man in Berlin dauernd wagen. Das reizt - im doppelten Sinne des Wortes.

Natürlich wagen in der Hauptstadt des Wollens auch Extremisten in Krawallnächten ihre Idiotien. Aber Berlin muß das mit der Souveränität einer Metropole ertragen. Gerade weil die Ausnahme der Chaoten die Regel der Friedfertigen bestätigt, ist das Beruhigende an der Berliner Republik ihre innere Normalität, ihre letztlich Harmlosigkeit und die Erkenntnis, daß Größe politisch neutral ist.

Auch die Kritik am neuen, und jawohl großen Kanzleramt klingt ein wenig nach Spießreflex, nach eigener Verklemmtheit. Wieso soll unser Kanzleramt nicht das Pathos der Macht signalisieren? Wieso soll sich das größer gewordene Deutschland nicht selbstbewusst präsentieren? Ist die Stilistik der Bescheidenheit auch die der Adäquanz? Liegt nicht in der Größe eine eigene Wirkmacht des Ästhetischen? Ist die Kritik an ihr nicht in Wahrheit die Angst vor dem Stil an sich?

Das gebrochene Verhältnis der Deutschen zur eigenen Größe verändert sich in Berlin. Aber nicht zwangsläufig zum Schlechteren. Man kann im Gegenteil hoffen, daß ein Selbstbewußtsein gelassener Größe erwächst, dessen Merkmal es wird, daß sie an andere geringere Anforderungen stellt als an sich selbst.

15. Juni 2001

Die SPD geht in Berlin ein hohes Risiko ein

Es mag ja sein, daß bei manchen Deutschen die Erinnerung an die DDR-Vergangenheit schon verblasst ist und die PDS als eine nostalgische Spielvereinigung gilt, die man ins

republikanische Vereinsleben zurückholen müsse. Daß es in der Tat anders ist, machte der PDS-Vize Peter Porsch mit seiner aktuellen Weigerung deutlich, den Mauerbau zu verurteilen. Das Bauwerk von 1961 hat nach seiner Ansicht dem Frieden gedient. Die Offenheit ist hilfreich, zeigt sie doch, daß die Mitwirkung der Partei an der neuen politischen Hauptstadt-Architektur in erster Linie eine geschichtspolitische Aktion darstellt. Die PDS erkennt, daß man Kopf-Programme verändern muß, um den Fuß über die Schwelle der Macht zu bekommen.

Der Machtpakt mit der PDS zur Ablösung des Berliner Regierenden Bürgermeisters ist eine unerhörte Begebenheit. Sie verdient Aufmerksamkeit über die deutschen Grenzen hinaus. Die Wende als „Normalisierung“ darzustellen wird kaum gelingen. Man kann nicht zum Bündnis der Anständigen gegen den Rechtsextremismus aufrufen und zugleich eine taktische Liaison mit der extremen Linken eingehen. Der Eindruck entsteht, daß sich Ressentiment und Überheblichkeit zum Merkmal gesamtdeutscher Gegenwart verbinden. Teile der SPD, die sich das Gedächtnis für die Leidensgeschichte der eigenen Partei und Berlins unter den DDR-Kommunisten bewahrt haben, erkennen die politischen und moralischen Gefahren der Mesalliance. [...]

10. Juli 2001

Geschichtspolitiker Schröder, VON ECKHARD FUHR

Spricht der Kanzler über Geschichte, hört man im Hintergrund das Diskursgeklapper der Geschichtsdidaktiker - Kommentar

Am Anfang seiner Kanzlerschaft gefiel sich Gerhard Schröder in einem betont hemdsärmeligen Umgang mit dem, was man in Deutschland „Vergangenheitsbewältigung“ nennt. Oft und gern führte er das Reizwort „Normalität“ im Munde, und unvergessen ist sein Beitrag zur Debatte um das Holocaust-Mahnmal: Das solle ein Ort werden, „wo die Leute gerne hingehen“. Die neue Mitte als Ort purer Gegenwart - das war stilistisch ein Kontrastprogramm zum Kohlschen Geschichtspathos, aber eben auch eine Täuschung. Daß Politik immer auch Geschichtspolitik ist, das lernte Schröder nicht nur beim Kosovo-Einsatz, bei jener Grenzüberschreitung also, mit der die Bundesrepublik aus den Selbstdeutungsmustern der Nachkriegszeit heraustrat. Es gibt kaum ein Feld der Politik, auf dem der illusionslose Blick auf die Gegenwart nicht auch zur Revision vertrauter Geschichtsbilder zwingt - man denke nur an des Kanzlers Partei, die lernen muß, sozialen Fortschritt neu zu buchstabieren. Das ist eine Herausforderung an die politische Intelligenz Schröders.

Schröder ist kein Geschichtspolitiker aus Leidenschaft, sondern aus Vernunft. Spricht er über Geschichte, hört man im Hintergrund das Diskursgeklapper der Geschichtsdidaktiker. Auch in Bonn, bei der Neueröffnung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, war das so. Doch immerhin: Schröder gab freimütig zu, ihn habe die Heftigkeit, mit der Geschichte in die politische Gegenwart greift, überrascht.

4. September 2001

Koch: „Ohne nationale Identität würde Europa sehr schwierig“, VON ANSGAR GRAW

CDU verlangt Wort Schröders zur Zuwanderung [...]

DIE WELT: *Sie haben gefordert, die „nationale Identität“ zum Wahlkampfthema zu machen und dabei neben der Zuwanderung auch Fragen nach der inneren Sicherheit oder der*

Bundeswehr zu behandeln. Die CDU scheint auf Ihren Vorstoß sehr zurückhaltend zu reagieren.

Koch: Der Begriff „nationale Identität“ scheint den einen oder anderen zu irritieren. Ich glaube aber, daß die Union gut beraten ist, gerade als Europapartei diesen Begriff mit ihrem Programm zu füllen. Sicher werden angesichts der immer bedrückenderen Entwicklungen Wirtschaft und Arbeitslosigkeit wichtige Themen im Bundestagswahlkampf sein. Aber daneben werden andere Fragen stehen müssen. Die CDU hat eine große Kompetenz bei den Bürgern in Fragen der inneren Sicherheit, der Verteidigungspolitik, der Vertretung deutscher Interessen in Europa und eben der Zuwanderungspolitik. Dieses hohe Vertrauen der Bürger müssen wir in der Wahl mobilisieren, und darum habe ich diesen zweiten Korb, der für uns eine zentrale Bedeutung haben wird, mit dem Begriff nationale Identität überschrieben.

DIE WELT: Fraktionschef Friedrich Merz hatte unlängst versucht, eine „deutsche Leitkultur“ zu besetzen, und damit Erschütterung bei den politisch Korrekten ausgelöst. Ist nicht die nationale Identität mindestens ebenso brisant?

Koch: Wenn wir in Deutschland nicht mehr in der Lage wären zu sagen, daß die nationale Identität unseres Landes ein wichtiges Gut ist und daß Menschen sich in unserem Land wohl fühlen und auf unser Land stolz sein können, dann werden wir ein Problem haben im gemeinsamen Europa, in dem wir von selbstbewussten Nachbarn umgeben sind. Ein solches Selbstbewusstsein stünde auch uns gut zu Gesicht.

DIE WELT: In Deutschland steht aber nun einmal der Begriff der Nation unter einer Art Generalverdacht, und er wird oft in einer Kette mit Nationalismus, Nationalsozialismus, mitunter gar Auschwitz gelesen. Rechnen Sie mit einer Normalisierung des Umgangs der Deutschen mit derartigen Begriffen?

Koch: Die Deutschen haben eine Verantwortung aus ihrer Geschichte, die sie auch in Zukunft tragen und ertragen werden. Das bedeutet, daß wir mit Begrifflichkeiten, gerade dann, wenn sie uns von anderen abgrenzen, sehr vorsichtig umgehen müssen. Wir haben schließlich gesehen, was an Missbrauch alles möglich ist. Das darf uns aber nicht unfähig machen, die Selbstverständlichkeit des Zusammenlebens eines Volkes ebenso zu benennen, wie wir unsere Interessen formulieren und vertreten müssen. Ich glaube, ohne solche Orientierungen, ohne eine nationale Identität würde der Gang in ein gemeinsames Europa sehr viel schwieriger werden. Wir müssen offen und normal und unverkrampft ein Verhältnis zu uns und unserer Geschichte finden, wie es uns unsere Nachbarn in ihrem Umgang mit der Nation vorleben.

7. Mai 2002

Protest gegen Diskussion Schröders mit Walser

Eine geplante Diskussionsveranstaltung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) mit dem Schriftsteller Martin Walser an diesem Mittwoch in Berlin über Nation und Patriotismus hat den Protest verschiedener Verbände und Organisationen hervorgerufen

Der Zentralrat der Juden in Deutschland äußerte sich „irritiert und verwundert“ darüber, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands am Gedenktag der Befreiung vom Nationalsozialismus (8. Mai 1945) eine solche Veranstaltung plane.

Ähnlich äußerte sich auch der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Alexander Brenner. Ein „Berliner Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus“ sowie eine „Antifaschistische Aktion Berlin“ riefen zu einer Protestdemonstration unmittelbar vor dem geplanten Veranstaltungsbeginn am Mittwoch vor der SPD-Parteizentrale auf. Die Aktion

„Sühnezeichen Friedensdienste“ äußerte in einem offenen Brief an Schröder ihre „extreme Befremdung“ über die Veranstaltung, da der 8. Mai ein „ausgesprochen untaugliches Datum“ sei, eine „Fiktion der Normalität ungebrochen zu propagieren“, und dies in einem Haus, das den Namen Willy Brandts trage. Der Vizepräsident des Zentralrats, Michel Friedman, stellte in diesem Zusammenhang die Glaubwürdigkeit des Bundeskanzlers in Frage. Der Zentralrat erinnerte in einer Erklärung daran, daß Walser anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1998 von Auschwitz als der „Moralkeule“, der „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“ und der „Dauerrepräsentation unserer Schande“ gesprochen habe.

SPD-Generalsekretär Franz Müntefering wies die Vorwürfe zurück. Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin (SPD) sagte, Walser sei „eine zentrale literarische und intellektuelle Figur in Deutschland“. Er habe sich schon früher mit der Nation auseinandergesetzt, als es noch kein allgemeines Thema in Deutschland gewesen sei. Ihn einzuladen, sei mutig.

8. Mai 2002

Lassen Sie sich bloß am Reden nicht hindern! VON ECKHARD FUHR

Wider den verzagten Alarmismus: Eine Ermunterung für Gerhard Schröder und Martin Walser

Lieber Gerhard Schröder, lieber Martin Walser!

Bevor Sie auch nur ein Wort gewechselt haben über Nation, Patriotismus und demokratische Kultur, macht sich wieder ein politischer Alarmismus bemerkbar, den man eigentlich nicht mehr unter den Lebenden gewöhnt hatte. Der Zentralrat der Juden in Deutschland ist „irritiert und verwundert“, daß Sie, Herr Schröder, als SPD-Vorsitzender ausgerechnet am 8. Mai, dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, zu einem öffentlichen Disput mit Martin Walser antreten. Und Ihnen, Herr Walser, hält der Zentralrat noch einmal jene Formulierungen aus Ihrer Friedenspreisrede von 1998 vor, die Ihnen von Seiten des damaligen Zentralratsvorsitzenden Ignatz Bubis den Vorwurf eintrugen, ein „geistiger Brandstifter“ zu sein.

„Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede“ hatten Sie Ihren Text überschrieben, einen Text, der sich, so war mein Eindruck, wie selten einer zuvor auf dem verminten Feld der Vergangenheitspolitik, im trüben Dschungel der Floskeln, Formeln und des pathetischen Nichtssagens um subjektive Wahrhaftigkeit bemühte. Wenn ich mich recht erinnere, ging gerade bei den Sätzen ein beifälliges Kopfnicken durch die Paulskirche, in denen Sie Ihren Überdruß an diesen nutzlosen Sprachgewächsen ausdrückten: „Kein ernst zu nehmender Mensch leugnet Auschwitz; kein noch zurechnungsfähiger Mensch deutelt an der Grauenhaftigkeit von Auschwitz herum; wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerrepräsentation unserer Schande wehrt.“

Auch zum damals noch umstrittenen Holocaust-Mahnmal äußerten Sie sich mit drastischer Deutlichkeit und übrigens im gleichen Sinne wie etwa der Präsident der Berliner Akademie der Künste, György Konrád, und der damals designierte Kulturstaatsminister Michael Naumann. Sie prägten das böse, das aufschreckende Wort von der „Banalität des Guten“. Als Sie mit Ihrer Rede fertig waren, erhob sich das Publikum. Nur Bubis blieb sitzen. Daß das eine Demonstration des Nichteinverständnisses war, wurde erst ein wenig später klar. Und ein wenig noch später war dann manchen der Beifall öffentlich peinlich, den sie Ihnen gespendet

hatten.

Das, was als Walser-Bubis-Debatte in die Geschichte eingegangen ist, hat Frank Schirrmacher in einem dicken blauen Suhrkamp-Band gesammelt. Es ist die Dokumentation einer großen Häutung. Seitdem funktioniert Geschichtspolitik nicht mehr nach den vertrauten Mustern. Und wenn doch, dann nur als Farce. Wenn Sie nicht aufpassen, bestätigt sich das auch heute Abend.

Sie, Herr Schröder, hatten damals andere Sorgen. Sie standen vor dem Beginn Ihrer Kanzlerschaft, saßen noch in Bonn und blickten doch schon auf Berlin. Ihr Hauptproblem damals war, wie Sie sich aus dem Korsett des rot-grünen Koalitionsvertrages befreien könnten. Geschichtspolitik interessierte Sie nur am Rande und auch mit Schriftstellern pflegten Sie in dieser Zeit eher selten öffentlichen Umgang. Das Wort „Normalität“ allerdings führten Sie schon hin und wieder auf den Lippen. Und das machte manche misstrauisch. Sollten Sie doch der Kanzler des Schlusstriches sein?

Die Mahnmal-Pläne, die Ihnen Ihr Vorgänger ebenso wie die Riesen-Baustelle des neuen Kanzleramtes hinterlassen hatte, gefielen Ihnen nicht besonders. Das Mahnmal solle ein Ort sein, zu dem „die Leute gerne hingehen“. Da schnellte manche Augenbraue in bedenkliche Höhe.

Na ja, vielleicht war es bei allem, was dann kam, doch eine Hilfe für Sie, daß die Geschichte selbst Geschichtspolitik machte und Sie dieser Gestaltungsaufgabe enthob. Der Kosovo-Krieg zog tatsächlich einen Schlußstrich - nicht unter die Geschichte, wohl aber unter eine bestimmte Art und Weise, einen Sonderweg der deutschen Politik mit historischen Argumenten zu pflastern. Noch einmal mußte Auschwitz erhalten - diesmal aber als Begründung dafür, daß Deutschland ohne Einschränkung in der Solidargemeinschaft des Westens zu handeln habe. Das sah sogar Günter Grass ein. Und als Sie, lieber Herr Schröder, dieses grelle europäische Heldenstück gegen den Schurken Haider führend mitinszenierten und damit dafür sorgten, daß Haider nicht zum deutschen Problem und aus den Verhandlungen über die Zwangsarbeiterentschädigung herausgehalten wurde, da konnte ich mir nicht verkneifen, denn Hut zu ziehen vor so viel geschichtspolitischer Chuzpe. Man lernt eben von der Geschichte doch etwas.

In Berlin hat sich der politische Stil verändert. Geist und Politik sind sich jedenfalls räumlich näher und begegnen sich öfter auf Partys. Solche Partys veranstalten Sie ja nun auch seit einiger Zeit im Kanzleramt. Allerdings waren Sie da in der Wahl der Gesprächspartner ein wenig einfalllos. Es war doch hauptsächlich der alte sozialdemokratische Intellektuellentross aus Willy-Zeiten, der mit seinen Reden klapperte wie Mutter Courage mit ihren Töpfen.

Wenn Sie jetzt im Parteihaus mit Martin Walser zusammentreffen, dann ist das zwar keine Verjüngung, aber doch eine geistige Erweiterung, denn Sie, Herr Walser, waren politisch schon an vielen Orten, nur nicht in der SPD-Baracke. Stimmt doch, oder? Schon viele Jahre vor der Friedenspreis-Aufregung, noch vor dem Fall der Mauer, redeten Sie aus schwäbischer Randlage über das deutsche Vaterland in einer Weise, wie man es von führenden westdeutschen Intellektuellen eigentlich nicht gewohnt war. Und anders als Günter Grass, der damit beschäftigt war, mit Hinweis auf Auschwitz die Deutschen vor der Wiedervereinigung zu retten, schrieben Sie in diesen Jahren des nationalen Stress' noch eine ganze Reihe wichtiger Bücher.

Für heute Abend kann ich mir eigentlich nur wünschen, daß Sie die Kraft und die Möglichkeit haben, sich zum Nutzen und Vergnügen aller ordentlich zu streiten und damit die geistige Freiheit zu verteidigen gegen die Kleingeisterei der Verdachtschöpfer und Anstoßnehmer. Wenn das historisch bedingte Sonderbewusstsein der Deutschen darin bestehen sollte, daß sie

es nicht selbstverständlich finden, wenn der Kanzler den Austausch pflegt mit den bedeutenden literarischen Köpfen des Landes gleich welcher politischer Couleur, dann müsste man sagen, daß alles, was die Deutschen aus der Geschichte gelernt haben eine Haltung trauriger Verklemmtheit ist.

10. Mai 2002

Fehlende Häppchen

Zippert zappt

Am Mittwoch war Martin Walser bei Gerhard Schröder zu Gast. Der Kanzler hatte den Schriftsteller eingeladen, und jetzt saßen beide an mikroskopisch kleinen Bistrotischchen und sahen etwas betreten drein. Es gab nämlich nichts zu essen. Auf den Tischen standen je ein kleines Fläschchen Mineralwasser, ein Fläschchen Multivitaminensaft und ein Glas. Das war's! Es gab absolut keinen Platz für Teller, Besteck oder Serviette, Walser mußte sogar einige Blätter Papier, auf denen er sich wohl schon Stichpunkte für das Tischgespräch gemacht hatte, auf den Knien balancieren. Vielleicht wollte er auch die Speisefolge notieren. Es gab aber nichts, keine Erdnüsse und keine Currywurst.

Eine hochnotpeinliche Situation, denn das ganze Elend wurde ja auch noch vom Fernsehen dokumentiert. Walser rutschte unruhig auf seinem Stuhl hin und her, Schröder versuchte so zu tun, als ob das alles ganz normal wäre, und erklärte: „Den Begriff Normalität muß man nicht missverstehen. Natürlich ist Deutschland ein normales Land.“ Wir bezweifeln das. Deutschland ist vor allem ein extrem ungastliches Land. Da brauchen wir gar keine schärferen Einwanderungsgesetze. Wir zeigen einfach jedem Asyl Suchenden ein Video des Walser-Besuchs, und dann haben wir Ruhe.

27. Mai 2002

„Westerwelle und Möllemann spielen zusammen“

Mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main sprach Johann Michael Möller

DIE WELT:

Bricht Jürgen Möllemann mit der politischen Kultur der Bundesrepublik?

Salomon Korn: Es geht wohl eher darum, daß sich die Spaßgesellschaft, die ja für den Augenblick lebt, nicht von der Vergangenheit in ihrem Spaß weiter belästigen lassen möchte. Natürlich können wir der Historisierung auf Dauer nicht entgehen. Das ist ein normaler Prozess. Je weiter die Dinge in den Hintergrund rücken, desto mehr verblassen sie emotional, was aber nicht heißt, daß man sie nicht weiter rational bei sich und in seinem Geschichtsbild behalten kann. Doch die Spaßgesellschaft ist auch dazu nicht bereit. Sie will selbst die Erkenntnisse aus der Geschichte hinter sich lassen. Sie versucht, die Historisierung übers Knie zu brechen, und will mit aller Gewalt in eine angebliche Normalität vorstoßen. Doch das geht nicht. So etwas schlägt immer zurück. Der große Strom der Geschichte läßt sich zwar ein bisschen kanalisieren, aber nicht wirklich in seinem Lauf beeinflussen. Wir können als Enkel viele Fragen neu stellen. Aber wir dürfen eben nicht ernsthaft glauben, gegenüber der Geschichte unschuldig dazustehen.

DIE WELT: *Also ein Tabubruch?*

Korn: Hier vollzieht sich zum Glück kein grundsätzlicher Wandel in der Politik der

Bundesrepublik. Das ist eher ein ziemlich unreifer Generationskonflikt in der FDP. Dabei bleibt die ältere Generation auf der Strecke, auch wenn sie sich vielleicht im jetzigen Konflikt noch einmal durchsetzen kann. Westerwelle ist ein Virtuose auf der Klaviatur des Zeitgeistes und Möllemann ein Experte für gesellschaftliche Windrichtungen. Da spielen die beiden durchaus zusammen.

DIE WELT: *Also mehr als eine Affäre Möllemann?*

Korn: Die FDP kann man damit nicht als Ganzes in Verbindung bringen, allenfalls ihre medialen Speerspitzen. Jeder, der im öffentlichen Leben steht, muß wissen, daß er Verantwortung trägt - auch historische Verantwortung.

DIE WELT: *Droht ein neuer Antisemitismus?*

Korn: Nein. Die gegenwärtige Debatte erzeugt keinen neuen Antisemitismus. Ich glaube allerdings, daß sich der vorhandene deutlicher entlarvt. Das hat natürlich auch den Vorteil, daß man in Zukunft genauer weiß, mit wem man es zu tun hat. Fatal wäre allerdings, wenn es schick würde, so wie Möllemann zu reden und zu denken.

DIE WELT: *Erleben wir die Fortsetzung der Walser-Debatte?*

Korn: Das ist nicht identisch. Es gibt zwar eine Gemeinsamkeit, nämlich die Sehnsucht, endlich mit den Dingen, die einen belästigen, in Ruhe gelassen zu werden, sowohl bei den Älteren, die ihrer Geschichte nicht entgehen, wie bei den Jüngeren, die sich ihren Spaß nicht verderben lassen wollen. Aber es gibt deutliche Unterschiede. Die Jüngeren proben jetzt den Tabubruch, aber das ist nur ein inszenierter Tabubruch. Denn ein wirkliches Tabu im Sinne der Unaussprechlichkeit hat es ja nie gegeben. Deshalb sollten wir jetzt auch nicht übertreiben. Wir stehen nicht an einer großen Weggabelung, an der sich entscheidet, ob die deutsche Gesellschaft nach links oder rechts marschiert. Wir sind im Wahlkampf, wo die Grenzen getestet werden. Aber zu einem Preis, der bedenklich ist.

30. Mai 2002

Unsere Geschichte ist unteilbar

Es gibt eben keine einfache Rückkehr in die Disney-Version unserer Geschichte - Leitartikel

Können wir unsere Geschichte nur ganz oder gar nicht haben? Auf eine merkwürdige Weise kreuzen sich in jüngster Zeit Vorgänge, die den Beobachter der englischen Zeitschrift „Economist“ jetzt zu der Bemerkung veranlasste, das wiedervereinigte Deutschland verliere die Scheu vor sich selbst und erlange sein nationales Selbstbewußtsein zurück. Indizien dafür gibt es viele. Das forscher Agieren auf der internationalen Bühne gehört dazu; die deutlichere Formulierung nationaler Interessen, aber auch die etwas sentimentale Hinwendung zur preußisch-deutschen Geschichte, die den Umzug der Hauptstadt nach Berlin begleitete.

Nach einem Dutzend Jahren des prosaischen Wiederaufbaus im Osten, der Reparatur von Telefonnetzen und Fernverkehrstraßen, der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und des Geldtransfers beginnt die Berliner Republik über sich und ihren Platz in der Geschichte nachzudenken. Das ist nach einem halben Jahrhundert der inneren Erkaltung, der flüchtigen Präsenz, der eher kontingenten Beziehung zur eigenen Herkunft ein bemerkenswerter, wengleich verständlicher Vorgang. Die Wunden scheinen allmählich zu heilen. Aber können sie das wahrhaftig?

Zum Wiederempfinden dieser eigenen Geschichte gehört auch die nicht larmoyante, nicht von den Narben der Kriegsheimkehrerjahre verunstaltete, heute fast überraschende Entdeckung

der Opferrolle in jenen schrecklichsten Jahren deutscher Geschichte, die uns vor allem als Täter zeichneten: die literarische Annäherung von Günter Grass an das dunkle Kapitel der Vertreibung, die öffentliche Problematisierung der Benesch-Dekrete oder die epische Darstellung der Massenvergewaltigungen durch die Rote Armee. Daß diese uns der britische Autor Antony Beevor gibt, ändert nichts an ihrer Bedeutung für die deutsche Selbsterkenntnis. Und wir vernehmen den Rezensenten Robert Winder im „New Statesman“ wie die Stimme des wahrhaft Fremden: Selten sei „ein besiegt Volk in solch geradezu epischem Maßstab missbraucht worden“, wie die Deutschen im Osten in den ersten Monaten des Jahres 1945.

Es ist wie das langsame Erwachen aus einer langen Phase kollektiver Amnesie, ein zögerndes Abtasten von Geschwüren, die man eines Morgens erschreckt an sich entdeckt. Der eigene Leib tut plötzlich wieder weh. Es ist nicht das triumphierende „Wir auch“, das den unsäglichen Versuchen der Vergangenheit anhaftete, das große Morden auch noch aufzurechnen. Es ist die eher beklemmende Erkenntnis: so also tut das weh, was wir den anderen Menschen angetan haben.

Diese Form der Rückbesinnung scheint nichts Reaktionäres, auch gar nichts Leichtfertiges in sich zu bergen. Das könnte ein Trugschluss gewesen sein. Es war wohl naiv zu glauben, daß uns unsere Geschichte nur in einer reinen, geläuterten, mithin ganz aufgehellten Form besuchen kommen würde. Was uns Jürgen Möllemann, was uns womöglich gar auch Martin Walser da beschert, ist eben die Begegnung mit der ganzen deutschen Geschichte, auch mit ihren hässlichen, unappetitlichen Zügen. Aber das hat auch sein Gutes. Denn es hilft zu unterscheiden, hilft streng die Dinge zu sortieren. Es gibt eben keine einfache Rückkehr in die Disney-Version unserer Geschichte, kein harmlos-freundliches sich Wiedereinrichten hinter den Fassaden aufgebauter Kirchen und Preußen-Schlösser.

Normalisierung heißt tägliche Versuchung, tägliche Provokation, täglich wache Gelassenheit. Jetzt, da wir die beschützende Werkstatt der mentalen Nachkriegsordnung verlassen müssen, wird sich zeigen, ob wir den Fährnissen und Zumutungen einer freiheitlichen Gesellschaft gewachsen sind. Ob unsere intellektuelle Integrität und moralische Gangsicherheit ausreicht, um mit unserer Vergangenheit weder herumzuspielen, noch mit ihr frivol und zynisch zu hantieren. Erst wenn das Leiden an der Geschichte zur Erkenntnis geworden ist, wenn wir das Wissen um das Geschehene tragen und ertragen können und die Erinnerung über den letzten Lebenden der Erlebengeneration hinaus fortlebt, dann sind wir wirklich in den Strom unserer eigenen Geschichte zurückgekehrt. Wir können diese Geschichte nur ganz haben. Im Guten wie im Bösen. Ein Drittes gibt es nicht.

10. Juli 2002

Die großen Gesten fehlen VON MICHAEL STÜRMER

Rot-Grün stellt in Stil und Form ein diffuses, irritierendes Flimmern dar - Debatte

Spätere Historiker werden sich schwer tun, für die Regierungsjahre von Rot-Grün den zwingenden Slogan, das undiskutierbare Wahrzeichen, die alles zusammenfassende Formel zu finden. Nicht alles anders, aber vieles besser - heute will keiner im Regierungslager daran erinnert werden, so wenig wie an das Bekenntnis, wenn die Arbeitslosenzahlen nicht unter 3,5 Millionen lägen, dann sei diese Regierung nicht wert zu regieren.

Die Idee, Regieren sei eine spaßhafte Sache, wenn man endlich angekommen ist auf der inneren Seite des Zaunes, an dem Gerhard Schröder einst von außen rüttelte? Stattdessen nach den schnellen Revirements in der Bürokratie ein peinvolles Chaos, das selbst berufsmäßigen

Lobrednern von Rot-Grün die Sprache verschlug. Erst nach schnellem Verbrauch des ersten Kanzleramtschefs der neuen Ära begann eine geschäftsmäßige Behandlung der Dossiers.

Die Nation lernte, was Cohiba und Brioni bedeuten. Nachdem sich Lafontaine ins Schwert gestürzt hatte, folgte die schnelle Abnutzung zahlreicher Minister. Der Verteidigungsminister, der sein Waterloo auf Mallorca inszenierte, blieb nur deshalb, weil ein Ersatzmann zu den gebotenen Bedingungen nicht zu bekommen war. In Stil und Form ist vieles diffus geblieben, ein Anhänger wie Gegner irritierendes Flimmern der öffentlichen Wahrnehmung.

Es fehlen die großen, aus der Geschichte legitimierten Symbolhandlungen. Adenauer begegnete de Gaulle in Reims, wo Frankreichs Könige von alters her gekrönt wurden. Kohl, der noch am Abend seiner Inauguration 1982 als Kanzler das Flugzeug nach Le Bourget genommen hatte, hielt die Hand Mitterands über den Gräbern von Verdun. Schröder, wenige Tage nach dem Einzug ins Bonner Kanzleramt zum 11. November 1998 eingeladen nach Paris - es war der 80. Jahrestag des Waffenstillstands von 1918, als Frankreich sich seines Weißblutens erinnerte - hatte andere Termine.

Es liegt aber in den großen Gesten eine Reserve für schwierige Zeiten. Adenauer konnte darauf zählen, als er den Elyseevertrag 1963 anstrebte, um sein Erbe zu sichern. Kohl gewann Mitterand für die Wiedervereinigung. Unter Rot-Grün ist das deutsch-französische Verhältnis ins Kalt-Geschäftsmäßige abgerutscht. Man geht einander merkbar auf die Nerven. Kein Saumagen, kein Grand Cru hilft mehr, die Differenzen über die USA, die Osterweiterung, die Hilfgelder für die Landwirtschaft, den Airbus zu bändigen.

Der jungenhafte Charme von Tony Blair hat nicht abgefärbt. Blair war klug genug, die Thatcher-Revolution nicht zu revidieren. Schröder machte sich bei Renten und Arbeitsrecht zum Gefangenen der Gewerkschaften. Respekt verdient, wie des Kanzlers Berater die Hartz-Kommission, in Wahrheit eine vernichtende Abrechnung mit den Sopos aller politischen Farben, zum Helfer in der Not machen. Die „Neue Mitte“ war gut genug, schwankende Wähler zu locken, vom „Dritten Weg“ aber hat man nichts mehr gehört.

„Normalität“ wurde verkündet, die Vertretung deutscher Interessen ausgerufen, so als ob alle Vorgänger nur aus Selbstverneinung bestanden hätten. Als indes im April 1999 im Kosovo zur Tat zu schreiten war, ließ die Regierung es an Tatsachensinn nicht fehlen. Allerdings: die Berufung, ein neues Auschwitz zu verhindern, hätte eine Mahnung von Jürgen Habermas verdient, der im „Historikerstreit“ jeden Vergleich mit Hitler für ein Werk des Teufels erklärte.

„Uneingeschränkte Solidarität“ versprach der Kanzler den USA nach dem 11. September. Tatsächlich sind die NATO-Europäer technisch so weit zurück und politisch so mühsam, daß die Amerikaner darauf verzichteten, den Feldzug gegen den Terror via NATO zu führen. Unter den 19 NATO-Staaten ist Deutschland, was den Militäraufwand betrifft, an vorletzter Stelle angelangt; da hat das Kanzlerwort hohlen Klang.

Immer wieder gab die Regierung der 68er Versuchung nach, das höhere moralische Gelände zu beanspruchen. Als in Düsseldorf eine Synagoge angegriffen wurde, rief sie den „Aufstand der Anständigen“ aus, lange bevor die Kripo das Wie und Warum hatte klären können. Später stellte sich heraus, daß junge Araber das Verbrechen begangen hatten. Das wurde mit Schweigen quittiert, hätte es doch nicht nur die moralische Überlegenheit der Regierenden vermindert, sondern auch Zweifel am neuen Ausländerrecht genährt.

Zum Erbe von '68 gehört auch, Worte für Taten zu nehmen, moralische Ansprüche für Politik zu halten. Atomausstieg und Homo-Ehe - wenn das die historische Leistung war, so sind dies schwerlich genuin sozialdemokratische Ziele, sondern der Preis, der den Grünen zu entrichten

war für ihre Dienlichkeit.

Das hohe Staatsamt fordert Gravitas. Dem Alt-Grünen Schily, der zum Law and Order-Minister mutierte, wurde sie zur zweiten Haut. Fischer, wenn er nicht aus dem Nadelstreifen in die Blue Jeans schlüpft oder im Bundestag das Schreien anfängt, stellt sie meisterhaft dar, eingeschlossen das Leiden an der Macht. Der Kanzler aber will noch immer den Genossen der Genosse sein und den Bossen ein Boss. So trinkt er vor der Kamera Bier aus der Flasche, um später zur Havanna zu greifen. Missgönnen wird ihm das keiner. Doch ein erinnerbarer Stil will nicht daraus entstehen, kein Formprinzip, keine Assoziation an den Staat, den er zu repräsentieren hat: im unerbittlichen Ernst und in Zeiten, die nicht besser werden wollen.

7. August 2002

Auf dem „deutschen Weg“ zur Normalität? Mit ihrer neuen Wahlkampfparole greifen die Sozialdemokraten eine alte Historiker-These auf

Berlin – „Wir gehen unseren deutschen Weg“, lautet die Wahlkampfparole der SPD, die Generalsekretär Franz Müntefering jetzt ausgegeben hat. Sie erinnert an die Formel vom „deutschen Sonderweg“, mit der Historiker nach dem Zweiten Weltkrieg versuchten, Ursachen für den Weg der Deutschen in die Katastrophe des Nationalsozialismus zu beschreiben. Sie bezogen sich bei der These vom Sonderweg vor allem auf die Geschichte des Deutschen Kaiserreiches. Im Vergleich zu den USA oder anderen westeuropäischen Staaten entdeckten sie dort einen Mangel an demokratischer und liberaler Tradition und ein Zuviel an Untertanengeist, Nationalismus, Militarismus und Antisemitismus.

Der Begriff vom „deutschen Sonderweg“ spielte dann eine zentrale Bedeutung in den Debatten um das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik und prägte jahrzehntelang Maßgaben ihrer Außenpolitik. Ein historischer Einschnitt war die Beteiligung der Bundeswehr am internationalen Militäreinsatz im Kosovo 1999, der auch unter Berufung auf „Auschwitz“ gerechtfertigt wurde und den Begriff vom „deutschen Sonderweg“ ein Stück weit verblässen ließ.

Die SPD versucht mit ihrer Formel vom „deutschen Weg“ jetzt anzudeuten, daß Deutschland inzwischen zu einem normalen Land in der Europäischen Staatengemeinschaft geworden sei. Worin dieser Weg bestehen soll, macht sie an vier Punkten fest:

Das Modell vom Sozialstaat soll gesichert und weiterentwickelt werden. Dabei bleibt für die SPD die Lage am Arbeitsmarkt die „Messlatte“ für die Politik in Deutschland. Den „deutschen Weg“ sieht sie in Abgrenzung zum amerikanischen Weg, wo der Sozialstaat gegen den „Turbokapitalismus“ keine Chance habe. Das „Ausplündern kleiner Leute“ wie in den USA sei nicht der deutsche Weg, sagt Bundeskanzler Gerhard Schröder und fordert von den Wirtschaftsführern eine „neue Moral und Ethik“ ein. Zur Verwirklichung der Wiedervereinigung will die SPD „große Anstrengungen für den Aufbau Ost“ unternehmen.

Europa müsse gebaut, aber zugleich müssten nationale Interessen gewahrt werden. Europa könne sich auf Deutschland verlassen, zugleich aber verfolge Deutschland seine nationalen Interessen. Als Beispiel nennt die SPD die drohende Kappung von EU-Subventionen für die Agrar-Großbetriebe in Ostdeutschland.

In der Außenpolitik will sich die SPD nicht auf „Abenteuer“ einlassen und den „deutschen Weg“ auch hier in klarer Abgrenzung von den USA gehen. Deutschland scheue sich nicht, im

Kampf gegen den Terrorismus Solidarität zu üben. Zu einem möglichen US-Angriff gegen Irak sagt Schröder aber: „Spielerei mit Krieg und militärischer Intervention - davor kann ich nur warnen. Abenteuer werden wir da nicht mitmachen.“ Im Übrigen hält die SPD die Zeit der „Scheckbuch-Diplomatie“, wie sie Helmut Kohl betrieben habe, für endgültig beendet. Außenminister Joschka Fischer (Grüne) distanzierte sich inzwischen mit Blick auf Irak vom Begriff „deutscher Weg“.

26. September 2002

Sonderbarer Sonderweg, VON ECKHARD FUHR

Wo ist er denn nun, der Westen, in dem die Deutschen, folgt man dem Historiker Heinrich August Winkler, nach langen Sonderwegen endlich angekommen sind? Beschrieben wird dieser Weg, nicht nur von Winkler, als ein Prozess politischer Zivilisation, in dem Deutschland sich vom Mythos des „Reiches“ löste und damit die Behauptung einer politischen und kulturellen Sonderstellung aufgab und ein „normales“ Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft wurde.

Doch lassen sich die Gespenster der Vergangenheit nur allzu leicht herbeizitiert zu einem irritierenden dialektischen Schleiertanz. So hat Gerhard Schröder vom „deutschen Weg“ ja nicht nur im Zusammenhang mit einem möglichen Krieg gegen Saddam Hussein gesprochen, sondern auch früher schon, etwa wenn es um Fragen der Sozialordnung ging. Überhaupt trat er seine erste Kanzlerschaft mit dem Versprechen an, Deutschland werde seine Interessen von nun an selbstbewusster vertreten. Jeder verstand das als die logische Konsequenz gelungener Verwestlichung und „Normalisierung“. Was Franzosen und Engländer können und dürfen, das müssen auch die Deutschen können dürfen.

Dürfen die Deutschen auch nein sagen, wenn Amerika Solidarität fordert für einen Militärschlag gegen den irakischen Diktator? Es ist offenbar schwer, diese Frage in der Späre politischer und strategischer Rationalität zu beantworten. Es ist nicht zu verhindern, daß sich das Identitätsmotiv in den Diskurs schiebt und ihn schließlich beherrscht. Andere westliche Nationen geraten durch eine überzogene Wahlkampagne in die Isolation. Ihre Regierungen machen politische Fehler und richten diplomatischen Schaden an. Jeder wurstelt sich halt irgendwie durch die Weltgeschichte. Die Deutschen aber ziehen sich in solchen Fällen unweigerlich eine Debatte darüber auf den Hals, wer sie eigentlich seien. Da mögen einige tausend deutsche Soldaten im internationalen Einsatz stehen - es ändert nichts daran, daß ein klares Nein zu einer Beteiligung an einem Militärschlag gegen den Irak nicht nur als politischer Fehler wahrgenommen wird, sondern als Beweis eines „Rückfalls“ ins deutsche Sondergewese. Dabei soll doch Schröders deutscher Weg gar nichts Sonderbares sein.

5. Oktober 2002

Nur eine Fahne

Glosse

Einheit. Gefeierte oder gelebt? Der Frage entgeht am 3. Oktober in Berlin keiner. Erst Gottesdienst in der Hedwigs-kathedrale, dann Gedenkstunde im Konzerthaus. Noch herrscht Verhaltenheit, Zweifel trotz herziger Kinder. Viele Plätze bleiben leer. Nicht lange. Die Mitte füllt sich, das Wetter treibt die Leute zum Tor.

Wo sind wir? In einem Taxi. Der türkische Fahrer sagt, der 17. Juni habe ihm nie etwas bedeutet, dieser Tag schon. Nicht nur, weil es heute so schön ist. Dann in einem Bistro, das nach dem Wiener Juden Billy Wilder benannt ist, der seinen Namen nur gab, wenn hier jeden

Tag auch Mehlspeisen serviert würden. Das Bistro wiederum liegt in der von einem in Chicago lebenden Deutschen gebauten Europazentrale eines japanischen Konzerns. Es gibt Thaisuppe und Imperialtorte im Café. Draußen, im Kaiserwetter vor dem Kaisersaal, freuen sich die Leute immer noch.

In der Philharmonie, wo die Philharmoniker mit Sir Simon Rattle das Benefizkonzert des Bundespräsidenten geben, freuen sie sich auch. Vor allem freut sich der heute vielbeschäftigte Johannes Rau: „Man hat mir gesagt, Schönbergs 2. Streichquartett sei ein verdammt schweres Stück.“ Dafür klingt es aber ganz leicht, ebenso - bei aller Massigkeit - die „dem lieben Gott“ gewidmete 9. Sinfonie von Anton Bruckner. Beides österreichische Komponisten.

Weiter - wenn das bei einer Million sich im Anmarsch befindlicher Menschen möglich ist - zum Tor: dem der Brandenburger, der Berliner, 22 verüllte Renovierungsmonate lang der Telekom und heute Willy Bogners. Dessen viel deutbares Logo zierte den „größten Reißverschluss der Welt“, den er von einem Fesselballon aus öffnen wird. Nach dem fliegenden Bayern und den fallenden Hüllen singt die spanische Sopranistin Montserrat Caballé Hymnisches von Vangelis von einem Gabelstapler aus. Und das Tor leuchtet. Vorher gab es Artistik und Götz Alsmann. Und Nena.

Und Bill Clinton. Der schaute erst mal, was sein Nachfolger in der Torkneipe „Theobald Tucher“ wohl verloren hatte. Und hat deutsch gelernt: „Das Tor war ein Symbol der Teilung. Heute ist es ein echtes Symbol der Einheit.“ Das wird leider kein geflügeltes Ex-Präsidentenwort. Einheit aber, das finden die friedlich Feiernden gut. Keine Hymne, nirgends. Aber einer schwenkt die deutsche Flagge. Wir sind in der multikulturellen, nach wie vor wenig selbstbewußten National-Normalität angekommen.

9. November 2002

Wir tragen die Väter zu Grabe, VON ECKHARD FUHR
Leitartikel

Der 9. November wird gemeinhin als Schicksalstag der Deutschen bezeichnet. Er ist es jedenfalls insofern, als sich an diesen Tag sehr unterschiedliche Geschichtserzählungen anknüpfen lassen. Die Nation aber ist nun einmal vor allem eine Erzählung, ein gemeinsamer Erinnerungs- und Gedankenraum, in dem Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sich verbinden.

Der 9. November 1989 wurde im ersten Schock des Umsturzes der vertrauten Weltordnung ängstlich oder triumphal als abrupter Abbruch der postnationalen Erzählung der deutschen Nachkriegsgeschichte begriffen. Die einen sahen mit der Wiederkehr eines deutschen Nationalstaates die politisch-zivilisatorischen Errungenschaften der europäisierten Bundesrepublik bedroht. Die anderen betrachteten die Wiedervereinigung in freier Selbstbestimmung als eigentliche Ankunft Deutschlands in der politischen Normalität der westlichen Demokratie.

Diese zweite Betrachtungsweise ist zur vorherrschenden Erzählung geworden, fast zu einem Gründungsmythos dessen, was man sich „Berliner Republik“ zu nennen angewöhnt hat. Dabei aber wird das Bild der alten, rheinischen Bonner Republik auf eine merkwürdige Art und Weise verzeichnet. Am deutlichsten wird das am Paradigma des „Erwachsenwerdens“, das alle politischen Diskurse über die Rolle des größer gewordenen Deutschland in einer veränderten Welt beherrscht. Die alte Bundesrepublik erscheint so in der Rückschau als wohltemperierter und harmloser Winkel, in dem ein zunehmend „weichen“ Themen und Tugenden zugewandtes Geschlecht heranwuchs, das die Ferien von der Weltgeschichte für endlos hielt.

Immer wieder von neuem wurde diese alte Bundesrepublik beerdigt - beim Umzug von Regierung und Parlament vom Rhein an die Spree, bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und in zahllosen geschichtspolitischen Reden und Leitartikeln. Fast konnte man dabei den Eindruck gewinnen, die Trauergesellschaft folge einem Kindersarg - so klein und unschuldig erschien die Dahingeschiedene.

Doch jetzt sterben die Väter. Das Grab Siegfried Unselds ist noch frisch, da trauert die Republik um Rudolf Augstein. Diese Formulierung ist pathetisch, aber nicht übertreibend. Es ist erstaunlich, welchen Anteil eine breite Öffentlichkeit am Tod dieser beiden Vaterfiguren nimmt, deren Wirkungskreis doch eigentlich nicht das Populäre war. Es ist, als ob Ankertaue rissen, die das heutige mit einem älteren Deutschland verbinden. Und man muß es schon erstaunlich nennen, wie anders die angeblich so verzerrte Bundesrepublik im Schein der Aura dieser Patriarchen aussieht.

Unseld und Augstein haben jeder auf seine Weise zur politischen und kulturellen Verwestlichung Deutschlands beigetragen. Ihre in den Verhältnissen aber nicht auflösbare Größe, das Erratische ihrer Erscheinung kommt daher, daß sie aus einer anderen Welt stammen. Unselds Suhrkamp-Verlag schloß das intellektuelle Deutschland an die geistigen Strömungen des Westens an, machte das Erbe der deutschen Emigration fruchtbar und bereitete so den Weg dafür, die demokratischen Institutionen der Republik mit demokratischer Mentalität und Öffentlichkeit zu unterfüttern. Augstein schuf mit dem „Spiegel“ ein publizistisches Organ, ohne das die Rede von der „vierten Gewalt“ erheblich weniger Plausibilität und das Wort Pressefreiheit einen lange nicht so strahlenden Klang hätte. Und wirtschaftlich gesehen haben beide ganz und gar „amerikanische“ Karrieren gemacht. Ach wie fern sind doch Suhrkamp-Kultur und „Spiegel“-Journalismus von allen deutschen Mythen!

Aber Unseld und Augstein kamen aus dem Krieg. Und sie wurden den Krieg nie los. Unseld blieb der Schwimmer, der 1945 im Schwarzen Meer um sein Leben schwamm. Und in Augstein wanderten die Granatsplitter. War da nicht in den Anfängen des Suhrkamp-Verlages eine Nähe zu Wandervogel und Reformpädagogik? Wie „westlich“ ist eigentlich Unselds Hausgott Hermann Hesse? Und offensichtlich zieht sich durch Augsteins Publizistik von Anfang an ein sehr deutscher Trotz gegen „westliche“ Bevormundung. Unseld hielt dem ins Völkische abdriftenden Handke die Treue, und Augstein ließ Botho Strauss' Bocksgesang anschwellen. Wir tragen die Väter zu Grabe und ahnen, daß wir ihr sperriges Erbe noch gar nicht ermessen.

8. Dezember 2002

„Judentum darf nichts Fremdes bleiben“,

Für eine Renaissance jüdischen Lebens in Deutschland kämpft Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden. Die Probleme sind groß, die Chancen noch größer. Ein Exklusiv-Interview

WamS: Sind wir auf dem Weg zur Normalität?

Spiegel: Wir sind auf dem Weg zu einem unbefangeneren Miteinander. Wir müssen dahin gelangen, daß sich zum Beispiel zwei Männer begegnen, und der eine sagt: Ich habe gestern einen Mann kennen gelernt, der ist Jude, und der andere sagt: na und? Das Judentum darf nicht länger als etwas Fremdes begriffen werden, denn nur was fremd ist, kann Angst machen. [...].